



Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv
von Wolfgang Benz

Band 1

R. Oldenbourg Verlag München 1984

Ludwig Vaubel

Zusammenbruch und Wiederaufbau

Ein Tagebuch aus der Wirtschaft 1945-1949

Herausgegeben von Wolfgang Benz

R. Oldenbourg Verlag München 1984

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Vaubel, Ludwig:

Zusammenbruch und Wiederaufbau: e. Tagebuch aus d. Wirtschaft; 1945-1949/Ludwig Vaubel. Hrsg. von Wolfgang Benz. - München: Oldenbourg, 1984.

(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945; Bd. 1)

ISBN 3-486-52371-6

NE: GT

© 1984 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege sowie der Speicherung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben auch bei auszugsweiser Verwertung vorbehalten. Werden mit schriftlicher Einwilligung des Verlages einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an den Verlag die nach § 54 Abs. 2 Urh. G. zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe der Verlag Auskunft gibt.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-52371-6

Inhalt

Vorwort des Herausgebers	7
Einleitung	17
Chronik der ersten Wochen	21
Tagebuch	30
Das Ende des Krieges und die Wochen danach	30
Hoffnung für das Werk – Hoffnung für das Unternehmen	38
Obernburg erhält eine Militärregierung	45
Deutsche Politik unter der Besatzung – Die ersten deutschen Zeitungen	61
Die Rationen werden noch kleiner – Das Gespenst der Rückführung – Die Praxis der Denazifizierung	77
Verfassungsentwürfe – Sozialisierungstendenzen – Der Winter 1946/47	95
Der Spinnfaserprozeß	111
Die Verhaftungen	111
Die Hauptverhandlung	127
Vor der Währungsreform	149
Die Wende	171
Rückkehr und Ausblick	201
Anmerkungen	204
Dokumente	235
Abkürzungen	299
Quellenhinweis	300
Personenregister	300

Vorwort des Herausgebers

Ludwig Vaubels Tagebuch, mit dem die Reihe Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 eröffnet wird, ist in mehrfacher Hinsicht ein Glücksfall für Historiker und alle anderen, die an der Erhellung der Geschichte der Nachkriegszeit Interesse haben. Die Historiker sind nämlich daran gewöhnt, daß die Männer der Wirtschaft schweigend handeln und an ihrer Diskretion auch nach dem Ende ihres aktiven Wirkens festhalten. Den um Rechtfertigung und um Nachruhm bemühten Selbstdarstellungen vieler Politiker, die sich in einer oft öden Memoirenliteratur niederschlagen, steht auf der Ebene der Wirtschaft kaum Vergleichbares gegenüber; und sei es auch nur, weil sich die gleichen Bedürfnisse etwa von Industriellen und Bankiers auf andere Weise befriedigen lassen, durch Firmenfestschriften zum Beispiel oder durch personenbezogene Werbung. Auch für die Gründerjahre der Bundesrepublik, den Zeitraum zwischen 1945 und 1955, gibt es eine beträchtliche Anzahl von Erinnerungen, Briefeditionen und anderer autobiographischer Literatur aus der Feder von Politikern – und einige davon haben auch hohen Quellenwert, andere sind wenigstens schön zu lesen – aber so gut wie nichts war bisher zu vernehmen von den Gründungsvätern des Wirtschaftswunders in den Chefetagen der Industrie, des Handels oder der Banken.

Absicht der vom Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv publizierten Reihe biographischer Quellen, die sich an die gemeinsam herausgegebene Aktenedition zur Vorgeschichte der Bundesrepublik anschließt und diese ergänzt, ist es, die politischen Rahmenbedingungen durch persönliche Zeugnisse der Handelnden anschaulich zu machen. Tagebücher, Briefe und sonstige, noch erlebnis- und handlungsnah verfaßte Darstellungen sind, weil ihre unmittelbare Authentizität die größere Überzeugungskraft hat, der Erkenntnis meist dienlicher als Erinnerungen aus größerem zeitlichen Abstand, mit entsprechender Verklärung oder Verzerrung der Realität und nachvollzogenen Reflexionen.

Ludwig Vaubels Tagebuch enthält – und das ist der weitere Glücksfall über die Existenz der Aufzeichnungen eines Mannes der Wirtschaft hinaus – beides: die authentische und ungeschönte Darstellung der Wirklichkeit und – säuberlich getrennt davon in Gestalt von Anmerkungen – die kritische Reflexion darüber und ergänzende Information im Abstand von mehr als dreißig Jahren. Der Verfasser der hier vorgelegten Aufzeichnungen erinnerte sich nach dem Ausscheiden aus seinen beruflichen Hauptfunktionen der Notizen, die er am 8. Mai 1945 beginnend bis zum Sommer 1949 ziemlich regelmäßig in Jahreskalender in schmalem Hochformat eingetragen hatte. Diese, den vorhandenen Platz in den Kalendern ohne Abstand und Zwischenraum oft restlos füllenden und das Ganze buchstäblich zur Kladde machenden Aufzeichnungen wurden in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vom Verfasser entziffert, ins Stenogramm diktiert und daraus entstand die Rein-

schrift mit Schreibmaschine. Eine gewisse Redaktion des so wiedergewonnenen Textes, der für den Druck in Kapitel gegliedert wurde, war unumgänglich, aber an keiner Stelle wurden Gedanken oder Urteile aus späterer Zeit adaptiert. Dieses Problem war ein zentraler Punkt in den Gesprächen, die der Vorbereitung der Drucklegung dienten, bis hin zur Endredaktion, und häufig war es der Historiker, der die Skrupel des Tagebuchschreibers und Kommentators beschwichtigte.

Der publizierte Tagebuchtext ist also das Ergebnis einer Bearbeitung, die der Verfasser im Einvernehmen mit dem Herausgeber vorgenommen hat. Diese Redaktion umfaßte außer der Hinzufügung gliedernder Überschriften in erster Linie stilistische Glättungen, syntaktische und grammatikalische Verbesserungen, gelegentlich die Tilgung von Wiederholungen und in einigen Fällen auch Kürzungen. Falsche Schreibweisen von Namen und Begriffen – z. B. „Goldschmidt-Cohen-Plan“ in der Originaleintragung unter dem 4. 1. 1948 anstatt „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“ – wurden stillschweigend berichtigt. Vor allem am Beginn des Tagebuchs wurden z. T. stichwortartige Eintragungen der Lesbarkeit halber in Satzform gebracht. Für das Jahr 1945 wurden neben dem originalen Tagebuchtext auch in der beruflichen Arbeit entstandene persönliche Aufzeichnungen, in Einzelfällen auch Belege anderer am Geschehen beteiligter Personen mitverwendet. Die Kalenderdaten, bei denen solche Ergänzungen aus anderem Material der damaligen Zeit vorgenommen wurden, sind im Anhang vermerkt. Weggelassen wurden etliche Passagen, die dezidierte Urteile über Personen des engeren dienstlichen Kontakts des Tagebuchschreibers enthalten. So erscheint z. B. eine unter dem 30. Dezember 1947 notierte Sequenz, in der Personen als für bestimmte Funktionen unzulänglich charakterisiert worden sind, nicht im Druck. Diese Bemerkungen wären heute für einige wenige kränkend, für einen weiteren Personenkreis jedoch ohne Belang. Ein anderes Beispiel: Die Eintragung vom 24. 6. 1947 wurde um Details einer Intrige gegen Vaubel gekürzt, dem Leser wird dabei vor allem der Name des Urhebers vorenthalten.

Von den Ende des Jahres 1947 gemachten Aufzeichnungen wurde ferner eine längere Passage weggelassen, in der der Verfasser nach Lektüre Helmuth von Glasenapps „Buddhismus in Indien und im Fernen Osten“ über Probleme der buddhistischen Philosophie reflektiert. Die Streichung erfolgte aus Platzgründen, ebenso wie einige Kürzungen von Auszügen aus der „Zeit“ und den „Frankfurter Heften“, die sich verschiedentlich im Originaltagebuch finden. Solche Eintragungen, die sich in kürzerer Form auch an anderer Stelle finden, werden vom Verfasser als Bestandteil seiner geistigen Entwicklungsgeschichte betrachtet und daher, von dieser Ausnahme abgesehen, stets abgedruckt. Eine Ausnahme wurde auch in den Fällen nicht gemacht, die den Verfasser nachträglich schmerzlich berühren, bei den Passagen nämlich, die noch allzu dilettantische Ansichten und Urteile über moderne Kunst, über abstrakte Malerei enthalten. Den späteren Kenner und Sammler, den als Berater von Museen und staatlicher Ankäufe renommierten Freund und Förderer der Avantgarde Ludwig Vaubel hat es einige Überwindung gekostet, die Eintragungen stehen zu lassen.

In Kauf genommen wurden hie und da auch Holprigkeiten im Ausdruck: es sollte nicht unnötig geglättet werden. Die Nachschrift in den Terminkalendern

ist nicht immer auf ein Tagesdatum fixiert. Manchmal wurden über die Tagesrubriken hinweg längere Sequenzen durchgeschrieben. Im Abstand von mehr als dreißig Jahren war daher manchmal auch nicht mehr genau zu unterscheiden, welchem Datum die Eintragung zuzuordnen war. Der Authentizität des Ganzen tut dies gewiß keinen Abbruch; der Verfasser und spätere Entzifferer des Tagebuchs hat – nicht nur in Zweifelsfällen – die Originale zur Verfügung gehalten und allezeit bereitwillig, mit Akribie und Lupe, die Wurzeln des Textes freigelegt. Die manchmal sehr unterschiedliche Länge der Eintragungen beruht allerdings nicht auf diesen – gelegentlichen – Schwierigkeiten, Daten zu fixieren, sondern auf den wechselnden Umständen der Entstehung der Tagebucheintragungen, die sich in unterschiedlicher Länge und Dichte niederschlugen.

Dem eigentlichen Tagebuch, das am 8. Mai 1945 beginnt, hat Ludwig Vaubel eine „Chronik der ersten Wochen“ vorgeschaltet. Dieser Text entstand 1982/83, er ist als Einführung und Vorgeschichte des Tagebuchs gedacht und beruht auf der Erinnerung des Verfassers sowie Schriftstücken aus seiner dienstlichen Tätigkeit, die sich heute im Unternehmensarchiv der Enka AG in Wuppertal befinden. Die Originalkladden der Tagebücher Vaubels sowie sämtliche Dokumente, die zur Bearbeitung und Kommentierung des Textes herangezogen wurden, sind im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte als „Sammlung Vaubel“ deponiert worden. Dieses Material, zunächst nur als Sammlung von Belegen zu den im Tagebuch referierten Ereignissen gedacht, hat während der Zusammenstellung wegen seiner breiteren Thematik ergänzenden Charakter angenommen und ist als eigenständige Nebenfrucht der Neigung des Verfassers zur Zeitgeschichte anzusehen. Der Quellenhinweis im Anhang gibt Aufschluß, welche Tagebucheintragungen mit Hilfe solcher Unterlagen aufgefüllt oder erweitert worden sind und welche Ergänzungen auf den Erinnerungen des Verfassers beruhen. Aufgelistet ist auch, für welche Anmerkungen aus der Erinnerung des Verfassers geschöpft und für welche besonderes Archivmaterial verwendet wurde. Die Standardliteratur, die bei der Erläuterung von historischen Sachverhalten in den Anmerkungen verwendet wurde, ist nicht gesondert aufgeführt. Anmerkungen und Dokumentenanhang sind in der vorliegenden Form von Ludwig Vaubel konzipiert und zusammengestellt worden. Das soll ausdrücklich betont werden, um den Respekt des Historikers (dessen editorische Tätigkeit sich auf die kritische Durchsicht, die Klärung von Detailfragen, Hilfe bei der Auswahl von Dokumenten und die Straffung der Texte beschränken konnte) vor der Leistung Ludwig Vaubels zum Ausdruck zu bringen.

Durch die Beigabe des Dokumentenanhangs (er enthält persönliche Unterlagen aus dem Besitz des Verfassers und dienstliche aus dem Zentralarchiv der Enka AG) will der Tagebuchschreiber „dem näher interessierten Leser die Möglichkeit zu vertieftem Einblick geben“ und „Zeugnisse für Führung in einer Notzeit“ bieten. Der Verfasser und Bearbeiter der Aufzeichnungen fühlt sich aber auch beweispflichtig für seine Ausführungen und bietet daher für wesentliche Aussagen zusätzliche Belege in Form der Dokumente.

Vaubel gehörte, als er sein Tagebuch schrieb, noch nicht zu den obersten Rängen des Managements seiner Firma (über Funktionen und Stellung im damaligen

Konzern „Vereinigte Glanzstoff-Fabriken“ zur Berichtzeit gibt er in seiner Einleitung selbst Auskunft). Darum ist aber das Tagebuch nicht weniger interessant. Wichtig ist es, weil es unmittelbaren Einblick in die Wiederaufbauphase der Wirtschaft, und zwar an einem überschaubaren Beispiel, dem Werk Obernburg, bietet und die Schwierigkeiten und Probleme der Nachkriegssituation anschaulich macht. Als Stichworte wären zu nennen die Plünderung der Fabrik durch Werksangehörige und die Versuche zur Wiedergewinnung dieser und neuer Ressourcen, die Probleme der Entnazifizierung des leitenden Personals, Schwierigkeiten bei der Inangasetzung der Produktion oder die Improvisationen, die notwendig waren, um auf ungewohnten Gebieten wenigstens irgendetwas – z. B. Erntebindegarn – herzustellen. Über schier unglaubliche Schwierigkeiten und Hemmnisse im Umgang mit deutschen und alliierten Bürokratien wird berichtet, und geradezu groteske Vorschläge schlugen sich im Tagebuch nieder, etwa als ein amerikanischer Besatzungsoffizier einen Vertrag mit der deutschen Firma Glanzstoff Obernburg vorschlug (und abschloß), der ihn gegen reichliches Honorar zum Lobbyisten des Unternehmens machte (6. April 1946). Symptomatisch für die Kompensationswirtschaft der Nachkriegsjahre war der Spinnfaserprozeß in Kassel gegen einen Betrieb des Glanzstoff-Konzerns; das Verfahren, das sich aufgrund einer Denunziation entwickelte, hatte im Frühjahr und Sommer 1947 den Charakter eines Musterprozesses. Ludwig Vaubel war für die Strategie der Verteidigung verantwortlich und koordinierte die Tätigkeit der Anwälte während des Prozesses. Zu den leitmotivisch auftretenden Themen des Tagebuchs gehören auch die Probleme, die mit den Begriffen *property control* und Dekartellisierung umschrieben waren sowie bei „Glanzstoff“ speziell das Verhältnis zu den holländischen Partnern des Konzerns, die im Gegensatz zu den deutschen auf die Siegerseite des Krieges geraten waren. Im Juni 1948 reiste Vaubel als Sachverständiger aus der Industrie zu einer Tagung des Büros für Friedensfragen, das in Stuttgart im Auftrag der Ministerpräsidenten der US-Zone an Plänen für einen Friedensvertrag und eine verfassungsrechtliche Neuordnung Deutschlands arbeitete. Das Büro war eine Art Vorgänger des Auswärtigen Amts, verstand sich auch so und wurde von Vaubel damals – und wie später die Forschung bestätigte, recht treffend – beurteilt: Die Arbeit bleibe „weitgehend begriffsjuristisch. Es müßte eine im Wesen politische Aktion daraus werden, wenn eine solche Bemühung Sinn haben soll“.

Als Quelle bedeutsam ist Vaubels Tagebuch auch dort, wo nicht Firmenpolitik und beruflicher Alltag zur Sprache kommen, sondern die politischen Zeitläufe. Urteile und Reflexionen dazu sind, wenn sie wie bei Vaubel originär und erwiesen authentisch sind, auf der Ebene der Betroffenen unschätzbare sozial- und mentalitätsgeschichtliche Mosaiksteine zu einem zutreffenden Bild der Nachkriegszeit, etwa des Bewußtwerdens der Entstehung zweier deutscher Staaten. Dafür nur zwei Beispiele. Schon am 18. August 1946 notierte Vaubel: „Die Aufteilung Deutschlands erscheint endgültig. Die schon für die nächste Zukunft vorgesehene Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken zwischen der englischen und amerikanischen Zone ist nur ein Symptom für eine schon längst vollzogene Entwicklung. Die Trennung zwischen der Ost- und den Westzonen, hervorgerufen durch die völlig verschiedene innenpolitische Entwicklung, muß mit Riesenschritten zu

einer völligen Entfremdung der Deutschen selbst in den beiden Teilen führen.“ Und zur Frage Sozialisierung, Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung der Arbeiter – das waren ja die großen Themen der frühen Nachkriegsjahre – schrieb Vaubel im März 1949, er fürchte „den Mißbrauch der damit aus der Hand gegebenen Macht durch die andere Seite, deren erklärtes Ziel schon jetzt die volle Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ist. Dies müßte das Ende der Eigeninitiative des Unternehmers und seiner Verantwortung bedeuten. Richtiger erscheinen mir Leistungslohn und Prämien, weitgehende Information und gute Menschenführung, die die Idee des Klassenkampfes durch überzeugende praktische Wirklichkeit endgültig ad absurdum führen.“

Die Aufzeichnungen enthalten zuerst einmal die ganz persönliche Geschichte Ludwig Vaubels in schwerer Zeit. Darin spiegelt sich die Entwicklung eines Menschen in mancherlei Facetten: Bewältigung des Vergangenen, Suche nach Sinn und Perspektiven, nach geistigen Bindungen, Bewußtwerden der Gegenwart: „Es ist das Erlebnis dieser Jahre um vierzig – Mitte des Lebens, wenn es seine mögliche Ausdehnung erreichen sollte – zu einer ‚Weltanschauung‘ zu kommen. Bis dahin habe ich eigentlich nur Lebenserfahrung und Bildung gesammelt. Die Offenheit gegenüber den vielfachen Möglichkeiten geistigen Inbesitznehmens und zugleich das Vertrauen auf einen tragenden Urgrund des eigenen Handelns ließen mich häufig den Bindungen ausweichen. Ich wollte frei bleiben gegenüber der Fülle der Wirklichkeit.“ (Eintragung am 28. Januar 1949 nach Lektüre von Hans Zehrer „Der Mensch in dieser Welt“).

Jahre vorher, im August 1946, hatte Vaubel nach der Lektüre eines ersten Buches über den Nationalsozialismus aus der Nachkriegsperspektive (Hans Windisch: Führer und Verführte) zwar den Abstand als noch zu gering empfunden, aber das „Versagen der geistigen Elite“, den „Rückfall in die Barbarei und das Ausgeliefertsein an die Massentriebe“ konstatiert: „Hitler als dämonische Verwirklichung von Geltungsdrang und Massenverführung“. Für Vaubel lautete die Frage damals: Fehlen oder Degeneration der geistigen Elite? Bei aller Zurückhaltung – um nicht zu sagen: Sprödigkeit, vor allem aber auch Unbestechlichkeit – bringt der Verfasser des Tagebuchs ein hohes Maß an Betroffensein zum Ausdruck. Teil der geistigen Elite zu sein, gehörte zu den selbstverständlichen Ansprüchen und Forderungen, die einzulösen er auch große Anstrengungen niemals scheute. Über die persönliche Geschichte hinaus erfährt der Leser eine Menge Wissenswertes über die Lebensumstände, über Denken und Bewußtsein der oberen Mittelschicht (die Kategorisierung des sozialen Standorts soll lediglich einen Annäherungswert darstellen) im Nachkriegsdeutschland. Die Aufzeichnungen sind eine Botschaft der Gründergeneration der Bundesrepublik: Die damals in der Mitte des Lebens Stehenden gestalteten bald die politische und wirtschaftliche Entwicklung. Ihr Bewußtsein, ihr Einsatz beim Wiederaufbau – und natürlich auch ihre Irrtümer und Fehler, ihre Abneigung gegen umwälzende Reformen oder gar Revolutionen auf politischem, ökonomischem und gesellschaftlichem Feld – haben die Gründerjahre der Bundesrepublik geprägt.

Ludwig Vaubel wurde am 21. Juni 1908 in Gießen geboren, als Sohn eines kaufmännischen Angestellten, der in einer der zahlreichen kleinen Zigarrenfabriken

der großherzoglich-hessischen Provinzstadt Prokura hatte (sich aber später – im Alter von 48 Jahren – als Wirtschaftsberater und Treuhänder selbständig machte). Prägend waren humanistische Schulbildung und – wie für viele seiner Generation – die Jugendbewegung. Die politischen Sympathien der Familie gehörten der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei, gelesen wurde die Frankfurter Zeitung. Vaubel blieb seiner Heimatstadt über das Abitur (1926) hinaus treu, von einem Abstecher im Sommersemester 1928 nach Hamburg abgesehen. Während des Jurastudiums, das er 1931 mit dem Referendarexamen abschloß, absolvierte Vaubel eine kaufmännische Lehre. Im Dezember 1932 wurde er mit einer Dissertation über „Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Oberhessen“ von der Universität Gießen zum Doktor der Rechte promoviert und im Dezember 1933 bestand er das große juristische Staatsexamen für den Justiz- und Verwaltungsdienst in Hessen. Zehn Monate Referendarzeit hatte er in einer großen jüdischen Anwaltssozietät in Frankfurt verbracht und dort erste Ausblicke in weiträumigere wirtschaftliche Zusammenhänge getan. Der junge Assessor wurde – ab Januar 1934 – als Aushilfe bei verschiedenen hessischen Gerichten eingesetzt, zuerst in Offenbach, zuletzt am Landgericht Darmstadt. Im Juni 1934 trat er als juristischer Mitarbeiter in die Verwaltung der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG (VGF) in Wuppertal-Elberfeld ein. Vom September 1940 bis September 1944 war Vaubel ständiger Vertreter des deutschen Vorstandmitglieds der mit der VGF verflochtenen „Algemeene Kunstzijde Unie NV“ (Aku) in Arnheim in den Niederlanden. Im Juni 1941 hatte Vaubel als Leiter der Rechtsabteilung und des Direktions-Sekretariats der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken Prokura erhalten.

Die Jahre in Obernburg, über die im Tagebuch berichtet wird, waren eine Zwischenstation. Bald nach der Rückkehr Vaubels in die VGF-Hauptverwaltung in Wuppertal ergab sich für ihn eine ungewöhnliche, dankbar genutzte Chance. Nach einer USA-Reise des Konzernchefs Vits im Jahre 1949 erhielt Vaubel das Angebot, im Herbst 1950 für 13 Wochen an dem während des Kriegs an der Harvard Business School eingerichteten Advanced Management Program teilzunehmen. Vaubel war unter 145 Amerikanern der erste Deutsche und einer von fünf Europäern, die zu der Weiterbildungsveranstaltung für ausgewählte Führungskräfte an der renommierten Universität zugelassen wurden. Die Bewerbung Vaubels war vom Firmenchef Ernst Hellmut Vits und vom Aufsichtsratsvorsitzenden H. J. Abs nachdrücklich unterstützt worden. Fast schwerer wog aber – fünf Jahre nach Kriegsende und in Anbetracht der Jahre, die Vaubel im besetzten Holland verbracht hatte – der Empfehlungsbrief von Stephanus van Schaik, dem Vorstandsvorsitzenden der Aku in Arnheim.

Den Aufenthalt nutzte Ludwig Vaubel in vielfältiger Weise (am Rande auch dazu, im Dezember 1950 den ehemaligen Chef der Militärregierung in Obernburg, Major Logan, zu besuchen, der als Angestellter in einem Versicherungsunternehmen in Akron, Ohio, sein Brot verdiente). Eine Frucht des Harvard-Aufenthalts reifte in Gestalt eines Buches mit dem Titel „Unternehmer gehen zur Schule. Ein Erfahrungsbericht aus USA“, das 1952 bei Droste in Düsseldorf erschien. Die Harvard-Erfahrungen wirkten aber auch in anderer Weise und langanhaltend nach. Vaubel, der im Juni 1953 als Nachfolger seines bisherigen Vorgesetzten

Schmekel zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken bestellt wurde, nahm regen Anteil an entsprechenden Initiativen in der Bundesrepublik. 1954 war er Gründungsmitglied des Vorstands der „Gesellschaft zur Förderung des industriellen Führungsnachwuchses“, einer Institution, die namentlich als Trägerin der „Baden-Badener Unternehmengespräche“ bekannt wurde. Von 1963 bis 1975 führte Vaubel den Vorsitz der Gesellschaft und mit großem Vergnügen beteiligte sich der eher Wortkarge als Diskussionsleiter auch an deren sichtbaren Aktivitäten.

An seinem eigentlichen Wirkungsort hatte Vaubel einen Gesprächskreis zwischen Lehrern Wuppertaler Gymnasien und Glanzstoff-Mitarbeitern initiiert, bei dem Probleme wie Begabtenförderung, Weiterbildung, Kontakte zwischen Wirtschaft und Schule, im Mittelpunkt standen; zu den Aktivitäten gehören immer noch „Betriebserkundungen“ und sozialkundliche Studienwochen. Dieselben Fragen, aber auf bundesweitem Feld wurden seit Mai 1955 im „Wuppertaler Kreis“ diskutiert, einer zunächst ganz lockeren Arbeitsgemeinschaft von gemeinnützigen Instituten und Unternehmensvertretern. Daraus entwickelten sich Modellpläne für die Weiterbildung unterer und mittlerer Führungskräfte, Dozentenseminare und schließlich eine maßgebende Koordinierungsfunktion bei der beruflichen Bildungsarbeit. Fast zwanzig Jahre lang arbeitete der Wuppertaler Kreis unter Vaubels Leitung ohne institutionelles Gerüst und ohne organisatorischen Zwang mit dem Anspruch, meßbare Effizienz und nicht spektakuläre Einzelaktionen als Merkmal und Gütezeichen der Arbeit erkennen zu lassen. Erst 1973 erfolgte die Institutionalisierung in Gestalt der „Deutschen Vereinigung zur Förderung der Weiterbildung von Führungskräften (Wuppertaler Kreis) e. V.“.

Im Juli 1956 war im Rahmen der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) der „Ausschuß für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit“ entstanden; entscheidenden Anteil an der Konstituierung hatte Ludwig Vaubel, der auch den Vorsitz übernahm. Drei Jahre später wurde von der BDA, deren Präsidium Vaubel von 1959 bis 1977 angehörte, die Walter-Raymond-Stiftung gegründet. Die nach dem ersten Nachkriegsvorsitzenden der BDA benannte Institution war als gesellschaftspolitisches Forum konzipiert worden, zur Klärung von Grundfragen und aktuellen Problemen der sozialen Ordnung. (Die ersten drei Colloquien im Herbst und Winter 1959/1960 waren dem Problemkreis „Eigentum und Eigentümer“ gewidmet). Ludwig Vaubel wirkte nicht nur bei der Gründung der Walter-Raymond-Stiftung mit, er war von 1959 bis 1977 Vorsitzender des Kuratoriums. Dieses Amt bot ihm Wirkungsmöglichkeiten, bei denen sich seine Interessen und sein Engagement für Gesellschaftspolitik und Bildungsfragen bündeln ließen. Bei der konstituierenden Sitzung umriß Vaubel im Grundsatzreferat die Konturen der künftigen Arbeit. Es sei notwendig, Grundsatzfragen der Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu klären und den Standpunkt des Unternehmers zu formulieren: „Wir wollen dahin wirken, daß die Unternehmer mehr noch als bisher ihren eigenen Standort im Gesamtrahmen der gesellschafts- und sozialpolitischen Entwicklung erkennen, damit in ihrer Position und in ihrem Handeln noch glaubhafter werden und zugleich den Anstoß erhalten, sich noch wirkungsvoller an der Aufgabe der Erziehung und Bildung in unserer Gesellschaft

zu beteiligen. Es kommt uns darauf an, unsere Lebenswirklichkeit für möglichst viele Menschen mehr noch als bisher durchschaubar zu machen und ihnen damit die freie und selbständige Standortwahl zu erleichtern. Wir müssen der Gefahr des Verlustes der Freiheit begegnen, indem wir nicht nur für gute wirtschaftliche Lebensbedingungen sorgen, sondern auch einen Beitrag zur Ermutigung des einzelnen Menschen leisten, für unsere rechtsstaatliche Gesellschaftsform einzutreten.“ Hanns Martin Schleyer, der achtzehn Jahre nach der Gründung dem scheidenden Mentor Vaubel Ende Juni 1977 die Laudatio hielt, charakterisierte bei dieser Gelegenheit auch die Eigenart der Stiftung. Das Besondere sei, daß dort „nicht in Selbstgenügsamkeit gewissermaßen eine autonome Unternehmer-Philosophie“ entworfen, vielmehr in Gesprächen mit Wissenschaft und Politik der Konsens gesucht werde, „in dem dann auch unternehmerisches Interesse und unternehmerische gesellschaftliche Funktion sich aufgehoben weiß“.

Ähnliche Aktivitäten wie bei den Baden-Badener Gesprächen entfaltete Vaubel als Gründungsvorsitzender (1968 bis 1978) des Universitätsseminars der Wirtschaft, einer der wichtigsten Weiterbildungseinrichtungen für Führungskräfte im deutschsprachigen Raum. Daß die Institution seit 1975/1976 ein fürstliches und hervorragend ausgestattetes Domizil im Wasserschloß Gracht bei Köln hat, ist vor allem auch dem Vorsitzenden zu danken, der Jahre seines „Ruhestands“ der Renovierung und dem Ausbau des Schlosses widmete und auch dafür sorgte, daß das künstlerische Element bei den Grachter Seminaren, die unter dem Motto: „Partnerschaft von Theorie und Praxis“ stehen, nicht zu kurz kommt.

Der Eindruck, daß Vaubels Wirksamkeit vor allem in berufs- und gesellschaftspolitischen Aktivitäten bestand, wäre allerdings ganz falsch. In erster Linie war Vaubel Vorstandsmitglied beim Glanzstoff-Konzern. 1969 wurde er Vorsitzender des Vorstands (gleichzeitig war er stellvertretender Vorsitzender der niederländischen Enka Glanzstoff b.v. und Mitglied des Vorstands der niederländischen Dachgesellschaft Aku NV, Arnheim, die im September 1969 durch die Fusion mit einem anderen bedeutenden holländischen Chemieunternehmen zur Akzo NV wurde. Dort wurde er zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden bestellt). In einer entscheidenden Phase der Neustrukturierung trug Vaubel mit einem holländischen Kollegen, dem Vorsitzenden der Enka Glanzstoff b.v., die Verantwortung für den aus Aku und Glanzstoff zusammengeführten Chemiefaserbereich der Akzo in der Bundesrepublik und in den Niederlanden und wirkte zugleich in dem Spitzengremium der Akzo an dem weltweiten Zusammenschluß eines neugebildeten multinationalen Großunternehmens mit.

Am Zustandekommen der neuen, die Grundstruktur des Unternehmens berührenden Weichenstellungen hatte Vaubel wesentlichen Anteil gehabt. Nun mußten sie in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Durch den Nationalsozialismus und die Auswirkungen des Krieges war trotz einer seit 1929 bestehenden Kapitalverbindung die Zusammenarbeit zwischen Aku und Glanzstoff eher in die Richtung einer begrenzten Kooperation gedrängt worden. 1969 galt es – nicht zuletzt unter dem Druck des europäischen und weltweiten Marktgeschehens – den langjährigen Schwebezustand zu beenden. Mit dem Ausscheiden von Ernst Hellmut Vits, in dessen enger Umgebung Vaubel zur Spitze der Unternehmenshierarchie

bei Glanzstoff aufgestiegen war, kam das Ende der vorwiegend nationalen Orientierung des Unternehmens. Die Entwicklung in dem Integrations- und Neustrukturierungsprozeß, in dem Vaubel in den ersten Jahren auf der deutschen Seite entscheidende Verantwortung trug, verlief mitunter dramatisch. Zu den Ursachen gehörte die damals für die meisten überraschend verschlechterte Ertragslage im Chemiefaserbereich, die einen drastischen Abbau von Kapazitäten in dieser größten Sparte des neuen Akzo-Konzerns notwendig machte. Die Entlassung von etwa 5.000 Beschäftigten – je zur Hälfte in der Bundesrepublik und in Holland – stand zur Diskussion. Diffizil genug war schon die Verschmelzung der verschiedenen Systeme und Usancen im deutschen und holländischen Teil der fusionierten Firma. Die eigentlichen Probleme ergaben sich freilich aus der Notwendigkeit, die alten unternehmerischen Konzepte den Erfordernissen der Neuzeit anzupassen.

Die Neuordnung des Konzerns nach dem verlorenen Krieg hatte eine deutsche Mitwirkung in der holländischen Konzernspitze für lange ausgeschlossen. Aber nun mußten die Konzeptionen der 50er Jahre (und ebenso der patriarchalische Führungsstil, der ein Kennzeichen der dreißigjährigen Ära Vits gewesen war) durch europäische und internationale Strategien ersetzt werden. Vorübungen waren schon seit Beginn der 60er Jahre durch gemeinsame deutsch-holländische Auslandsprojekte gemacht worden. Vaubel hatte daran besonderen Anteil gehabt. Durch die Fusion mit Aku erfolgte 1969 für die deutsche Seite schlagartig ein Gewinn an Internationalität, verknüpft mit neuer Einbindung in den bedeutend erweiterten Gesamtkonzern. Vaubel, der sich – bereits 61 Jahre alt – keineswegs dazu gedrängt hatte, noch mit die Spitzenverantwortung für die Neustrukturierung des Konzerns mit damals allein in der Bundesrepublik über 26.000 Beschäftigten zu übernehmen, hatte sich die Unterstützung von Vits erhofft. Mit ihm hatte er lange Jahre in einem aus Unterschieden in Temperament und Charakter aufgebauten fruchtbaren Spannungsfeld menschlicher und dienstlicher Beziehungen gelebt, das auch bei zwangsläufiger Nähe notwendige Distanz ermöglichte. Vits starb bald, nachdem Vaubel die Leitung übernommen hatte. Mit der Autorität des Vorgängers als Flankenschutz wären die unternehmerischen Kraftakte Anfang der 70er Jahre – bei gleichem Ergebnis – für Vaubel wohl weniger strapaziös gewesen. Im Mai 1972 tauschte Vaubel dann den Chefsessel mit Sitzen im Aufsichtsrat der Akzo, der Konzernspitze in Arnheim, und im Aufsichtsrat der Enka Glanzstoff AG (heute Enka AG) in Wuppertal. 1978 legte er auch diese Ämter nieder.

Das Engagement Vaubels für die Probleme der Bildung und Weiterbildung von Führungskräften wurde mit einer Festschrift zu seinem 60. Geburtstag honoriert: die Walter-Raymond-Stiftung widmete ihm 1968 einen Band unter dem Motto: „Unternehmer und Bildung“. Der 60. Geburtstag Vaubels bildete auch den Anlaß für eine Aufsatzsammlung, die Mitarbeiter der Glanzstoff AG unter dem Titel „Der Faktor Mensch – Beiträge zur Betriebspsychologie und Betriebspädagogik“ als Publikation des Deutschen Industrieinstituts (Köln 1970) veröffentlichten. Zu seinem 70. Geburtstag – 1978 – erschien im Rahmen des Universitätsseminars der Wirtschaft eine zweite Festschrift mit dem beziehungsreichen Titel „Lebenslanges Lernen“. Die Beiträge werden eingeleitet von einer biographischen Skizze aus der Feder seines Nachfolgers bei Enka, Hans Günther Zempelin, in der Sätze Vaubels

zitiert werden, die ihn und sein Wirken treffend charakterisieren: „Unsere gesellschaftliche und politische Ordnung lebt von der Kraft, mit der wir persönlich uns für sie einsetzen. Sie lebt von dem Ernst und Nachdruck, mit dem wir zur Sprache bringen, was sie gefährdet. Unsere Zeit fordert die Anpassung unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung an neue Entwicklungen, die noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar waren. Diese Anpassung muß das Bewährte sichern. Sie muß ohne Angst vor dem Neuen, aber auch in dem Bewußtsein der Werte geschehen, die wir im lebendigen Ausgleich zwischen Persönlichkeit und Gemeinschaft als Erbe unserer abendländischen Welt in die Zukunft hineinzutragen haben.“

Wenn das Tagebuch Ludwig Vaubels, seine Präsentation und die Form der Edition als Ergebnis fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen dem Urheber der Quelle und dem Historiker anderen prominenten Männern der Wirtschaft ein Beispiel geben würden, wäre das für die weitere Erforschung der Geschichte der Nachkriegszeit und der Bundesrepublik ein Segen. Auch von den Berührungspunkten zwischen Historikern und den für die Archive der Unternehmen Verantwortlichen ist noch einiges abzubauen. Vielleicht trägt diese Publikation dazu bei.

Wolfgang Benz

Einleitung

Am 8. Mai 1945, dem Tag, mit dem meine Aufzeichnungen begannen, war ich fast 37 Jahre alt. Wir – meine Frau, der neunjährige Sohn, die siebenjährige Tochter und ich – lebten in Unterfranken auf dem Lande in der Gemeinde Erlenbach nahe Klingenberg am Main. Das kleine Haus war erst im Herbst 1943 – wenige Monate nach der Zerstörung unserer Wohnung in Wuppertal – als eines der letzten einer „nationalsozialistischen Mustersiedlung“ fertiggestellt worden, drei Kilometer entfernt von einer Fabrik, in der seit 1923 Chemiefasern hergestellt wurden.

Das „Werk Obernburg“, wie die Fabrik nach der auf der gegenüberliegenden Mainseite liegenden Kreisstadt heißt, war die zweitgrößte der insgesamt 12 in verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches liegenden Produktionsstätten der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG (VGF)¹. Die Verwaltung dieses Chemiefaserkonzerns lag bis 1943 in Wuppertal, dem juristischen Sitz der Gesellschaft. Nach der weitgehenden Zerstörung Wuppertals durch die ersten alliierten Flächenbombenangriffe des Zweiten Weltkrieges im Mai und Juni 1943 wurde der Hauptteil der Verwaltung in das damals noch unbeschädigte Aschaffenburg verlegt. Die Mehrzahl der Mitarbeiter konnte mit Hilfe des Werkes Obernburg in Aschaffenburg, zu einem Teil auch in der Umgebung des Werkes untergebracht werden. So kamen auch wir im September 1943 nach Erlenbach und erlebten dort am 30. März 1945 die Besetzung durch die amerikanischen Truppen.

Im Juni 1934 war ich als juristischer Mitarbeiter in die Verwaltung von VGF eingetreten. Schon seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bestanden enge Verbindungen zu einem bedeutenden holländischen Chemiefaserunternehmen, der Algemeene Kunstzijde Unie N. V. (Aku) in Arnheim. Sie besaß neben zahlreichen internationalen Beteiligungen auch in Holland zwei bedeutende Chemiefaserfabriken.

Nach der deutschen Besetzung der Niederlande im Mai 1940 wurde eine deutsche Repräsentanz in der Verwaltung der holländischen Betriebe notwendig. Da ich mit den Grundlagen und Problemen der bereits über zehn Jahre bestehenden Zusammenarbeit vertraut war, wurde mir die ständige Vertretung eines im Rahmen der holländischen Verwaltung bestellten deutschen Vorstandsmitgliedes der Aku übertragen. So kam es, daß ich, 32 Jahre alt, nicht Soldat wurde und vom September 1940 an fast ständig in Arnheim tätig war.

Mit der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen im Frühjahr 1945 zerriß der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Teilen des Unternehmens VGF zunächst völlig. Der Vorstand hatte in Obernburg, wo der größte Teil der Verwaltung nach der Bombardierung Aschaffenburgs in Werksräumen behelfsmäßig untergebracht war, einen vorläufigen Schwerpunkt. Ich selbst hatte nach der Rückkehr aus Arnheim im September 1944 – meine Aufgabe dort war mit

dem Übergreifen der alliierten Kriegshandlungen auf die Niederlande entfallen – einen neuen Auftrag erhalten. Da die deutsche Wehrmacht wegen des drängender gewordenen Benzinmangels begonnen hatte, in größerem Umfang Lastwagen mit Holzkohlevergaseren auszurüsten, war die Holzkohleproduktion der deutschen Hydrierwerke für diese Zwecke beschlagnahmt worden. Schwefelkohlenstoff, ein unverzichtbarer Hilfsstoff für die Herstellung von Chemiefasern nach dem Visko-severfahren, konnte aber nur mit chemisch reiner Holzkohle hergestellt werden. So war der Plan entstanden, die früher in den Forsten des Spessarts und des Bayerischen Waldes betriebene Herstellung von Holzkohle aus Buchenholz im alten Meilerverfahren wieder in Gang zu bringen. Ich wurde mit der Durchführung beauftragt. Mit dem Werk Obermburg hatte ich dabei nur soweit Verbindung, als dort beschäftigte frühere Köhler aus dem Spessart anzuwerben und Materialien und Geräte zu beschaffen waren. Der erste Meiler im Spessart kam am Tage der amerikanischen Besetzung des Werkes zum Brennen.

Alle Anstrengung in den ersten Monaten nach der amerikanischen Besetzung war darauf gerichtet, das tägliche Dasein der Familie zu sichern und in dem Geschehen um das Werk, in dessen Nähe wir im Herbst 1943 unsere neue Wohnung gefunden hatten, einen Ansatz für eine berufliche Tätigkeit zu finden. Besondere Umstände verhalfen mir dazu. Aus der zum Teil tief in das Leben der Deutschen eingreifenden Gesetzgebung der Militärregierung und dem schon bald erkennbaren Interesse der Besatzungsmächte an dem Unternehmen, in dem ich tätig war, sowie an dessen internationalen Verflechtungen ergaben sich bald auch wieder Aufgaben für den Leiter der Rechtsabteilung und des Direktionssekretariats². Auch die allmählich in Gang kommenden Einwirkungen deutscher Verwaltungsstellen in den Ländern der amerikanischen und britischen Besatzungszonen brachten zunehmend Aufgaben für den „Juristen“.

Der Vorstand der VGF bestand am Kriegsende aus vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, Dr. Ernst Hellmut Vits (42), früheres Mitglied des Vorstands der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Berlin, (Treuarbeit), hatte im Sommer 1939 – zugleich mit der Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes durch Hermann Josef Abs³ – die Gesamtleitung von VGF übernommen. Aus betont national-konservativer Tradition kommend, war es ihm – zunächst noch ohne Mitglied der NSDAP zu sein – gelungen, unmittelbare Parteieinflüsse aus dem Unternehmen fernzuhalten. Das Kriegsende hatte Vits entsprechend einem gemeinsamen Vorstandsbeschluss in Coburg – in der Mitte des damaligen deutschen Reichsgebietes – erlebt. Im Mai 1945 hatte er seinen Wohnsitz in Wuppertal wieder aufgenommen. Als Leiter des Industrieverbandes der deutschen Chemiefaserindustrie, die zwar als „Reichsvereinigung“ bezeichnet worden war, aber de facto nur eine Untergliederung der Textilindustrie gewesen war, gehörte Vits in der amerikanischen Besatzungszone zunächst zu den formal besonders belasteten Personen, wurde aber bereits im Juni 1945 durch die Property Control Branch der britischen Militärregierung für Nordrhein in Düsseldorf zum Custodian (Treuhänder) des Gesamtunternehmens VGF bestellt⁴. Anfang 1947 berief ihn die britische Militärregierung zum Financial Adviser der Combined Coal Control Group auf Villa Hügel in Essen⁵.

Karl Schmekel (57), als früherer Chefjustitiar von VGF mein formeller Vorgesetzter, dem ich 1953 in seinem Amt als Vorstandsmitglied nachfolgte, war mit der Hauptverwaltung in den Raum Aschaffenburg übersiedelt. Ihm oblag vor allem die Personalverwaltung. Er war auf Drängen noch in den Kriegsjahren in die NSDAP eingetreten, um die halbarischen Kinder seiner Frau aus deren erster Ehe zu schützen. Carl Ritzauer (52), der langjährige Verkaufsvorstand in Berlin, hielt sich in den Tagen der amerikanischen Besetzung in der Nähe des Werkes Obernburg auf. Als Nichtparteimitglied genoß er schon bald nach der Besetzung den Vorzug größerer Beweglichkeit. Es war ein besonderes Mißgeschick, daß gerade er im Jahr 1947 zu einem der beiden Hauptleidtragenden des sogenannten „Spinnfaserprozesses“ wurde, über den ich in meinem Tagebuch berichte. Dr. Hermann Rathert (53), das technische Vorstandsmitglied, hatte bei der Verteilung der Notaufgaben in den letzten Tagen des Krieges insbesondere die Betreuung der Werke Obernburg und Kelsterbach übernommen. Mit Rathert habe ich in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende am intensivsten im und am Werk Obernburg zusammengearbeitet. Wir suchten gemeinsam die ersten Kontakte nach draußen. Als Parteigenosse von 1933 konnte er jedoch bald in der amerikanischen Zone keine leitende Tätigkeit mehr ausüben. Er verlegte deshalb im Sommer 1945 seinen formellen Wohnsitz nach Wuppertal.

Die Beziehungen zu unseren Partnern in Holland haben sich nach den Jahren der deutschen Besetzung, den Zerstörungen beim deutschen Einmarsch im Mai 1940, den Kriegshandlungen von Herbst 1944 bis zum Rückzug der deutschen Truppen aus Holland und nicht zuletzt wegen der vielfachen persönlichen Verfolgungen während des Krieges nur langsam wieder entwickelt. Beide Seiten hatten während dieser Zeit – oft unter schwerem politischen Druck – alles daran gesetzt, den gemeinsamen industriellen Interessen unter ständig sich verschärfenden Bedingungen ebenso gerecht zu werden wie den menschlichen Verpflichtungen einer auf Dauer angelegten internationalen Zusammenarbeit. Nach Kriegsende hatte der holländische Staat durch seine Feindgesetzgebung die Rechte aus den mit der Aku 1929 abgeschlossenen Verträgen als für VGF nicht mehr existent erklärt. Damit war die Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit, die deutsch-holländische Parität in der Gesamtleitung des Konzerns, zur Disposition gestellt. Neue Lösungen wurden erst in Jahren gemeinsamer, allerdings dann Dauer gewährleistender, Bemühung gefunden.

Die ohnehin schwierige Wiederherstellung einer befriedigenden Zusammenarbeit zwischen der deutschen und holländischen Seite des Konzerns wurde weiter durch die alliierte Dekartellisierungsgesetzgebung erschwert. Sie betraf zwar unmittelbar nur den deutschen Teil. Unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlichen Schwergewichts wurden insbesondere von amerikanischer Seite aber von Anfang an auch die Beziehungen zwischen Aku und VGF in die Überprüfung mit einbezogen. Besonderen Anlaß dazu gab die Tatsache, daß die Aku Mehrheitsbeteiligungen an drei amerikanischen Tochtergesellschaften hielt. Die Einflußverhältnisse im Aku/Glanzstoff-Konzern waren daher für die amerikanische Besatzungsmacht auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Enteignung deutschen Vermögens in den USA von Interesse. Voraussetzung dafür wäre der Nachweis

gewesen, daß – wie zeitweise insbesondere von der amerikanischen Seite behauptet wurde – die deutsche Seite zumindest indirekt einen überwiegenden Einfluß im Konzern gehabt hätte.

Das Tagebuch beginnt am Tag nach der deutschen Kapitulation. Der über fünf Jahre dauernde Krieg war zu Ende. Mit dem totalen Zusammenbruch waren die bisherigen Ordnungen zerfallen. Die Menschen setzten ihr Leben erschreckt, staunend, tastend fort – in großer Zahl von nicht voraussehbaren Umständen hierhin und dorthin getrieben. Die Notwendigkeit, die physische Existenz zu sichern, drängte sie zuerst zaghaft, dann immer stärker zu neuem gemeinsamem Handeln.

Persönliches habe ich in den Aufzeichnungen im Anfang nur zögernd und vorsichtig angesprochen. Etwas wehrte sich noch dagegen, die eigenen Gedanken Papieren anzuvertrauen, die andere wegnehmen und mißbrauchen könnten. Manches von dem, was wert erschien festgehalten zu werden, war durch besondere berufliche Umstände veranlaßt.

In den Aufzeichnungen des ersten Beginns ist das Denken und die Sprache des Nationalsozialismus noch vielfach zu erkennen, zunehmend durchsetzt von Erinnerungen aus der mehr als dreizehn Jahre zurückliegenden Zeit der Weimarer Republik, die sich mit der von den Siegern mit Nachdruck geforderten Einübung neuer demokratischer Formen vermischten.

Aus der Sicht des Fünfundsiebzigjährigen sei noch folgendes hinzugefügt. Als ich das Tagebuch begann, war ich fast 37. Die Erinnerungen an die Jugend, die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, das Leben im Wandervogel, waren noch gegenwärtig. Im Beruf war konkrete Lebenspraxis hinzugewachsen. Eine Bewährung in eigener Verantwortung, die Aufgabe in Holland im Zweiten Weltkrieg, war gerade abgeschlossen. Die ersten Abrundungen der Weltanschauung des Mannes zeichneten sich ebenso ab wie das Bedürfnis nach weitergespannter Verantwortung im gewählten Beruf und ahnungsweise darüber hinaus im gesellschaftlichen und politischen Werden der Zeit. Vermögen und Art des Ausdrucks der erreichten Stufe wurden bei der Bearbeitung nicht angetastet.

Dank schulde ich Gustav Spengler, Klaus Dieter Schulz, Heinz Wolff, meinem Bruder Hermann Otto Vaubel, meinem Sohn Roland Vaubel, Hans Günther Zempel und insbesondere Wolfgang Benz für Anregung, Ermutigung und kritische Begleitung.

Bernt Krahne, der Archivar der Hauptverwaltung der Enka AG, hat mir wichtige Hilfen gegeben. Marianne Dehm und Aiga Greschkowitz haben die oft mühevollen Schreibarbeit besorgt.

Ludwig Vaubel

Chronik der ersten Wochen

Das Werk

Das Werk Obernburg der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG liegt zwischen Aschaffenburg und Miltenberg am Ufer des Mains. Das Flußtal trennt die Höhen von Spessart und Odenwald. Viele Arbeiter kommen täglich von weit her. Bei Kriegsende waren in diesem Werk 2.200 Menschen beschäftigt. Etwa tausend waren Ausländer, überwiegend Russen, Männer und Frauen aus den von den Deutschen besetzten Ostgebieten, aber auch dienstverpflichtete Belgier und einige Franzosen. Sie wohnten in Baracken unmittelbar am Werk.

Das Werk war ursprünglich zur Herstellung von Kunstseide für die Textilindustrie gebaut worden. 1923 hatte man mit der Produktion begonnen. In den dreißiger Jahren wurde bei VGF ein Verfahren zur Herstellung hochfester Garne aus Zellstoff entwickelt, Garne, die an Stelle von Baumwolle für die Gewebeeinlagen von Autoreifen geeignet waren. 1938 wurde im Werk Obernburg mit der Herstellung dieser Garne begonnen. Der akute Devisenmangel im Dritten Reich förderte den raschen Ausbau der Anlagen. War zunächst eine Produktion von 15 Tagestonnen geplant, so wurde Ende 1939 nach dem Kriegsausbruch trotz Rohstoffmangel und fehlender Arbeitskräfte eine Erweiterung auf 25 Tagestonnen gefordert. Im August 1941 wurden schließlich auch die Anlagen, die bis dahin textile Kunstseide produziert hatten, auf Reifengarne umgestellt.

Das Werk war bis auf einen Jagdbomberangriff im Februar 1945, bei dem die Produktionsanlagen nur geringfügig beschädigt, aber vier ausländische Arbeitskräfte getötet worden waren, vom Krieg verschont geblieben.

In der Nacht vom 22. auf den 23. März hatten die amerikanischen Truppen bei Oppenheim den Rhein überschritten. Es war damit zu rechnen, daß die Panzer die Ebene bis hin nach Aschaffenburg rasch durchfahren würden. Die Büros der Hauptverwaltung in Aschaffenburg wurden in Eile geräumt, wichtige Akten in das Werk Obernburg gebracht und dort in einem Keller gelagert. Das Vorstandsmitglied Rathert leitete die Aktion. Der Gesamtvorstand von VGF trat am Nachmittag des 23.3. noch einmal in Klingenberg zusammen. Rathert⁶ berichtete später: „Die von mir getroffenen Maßnahmen wurden gebilligt, insbesondere auch die Gehaltszahlung für 2 Monate (März, April) für die Angestellten [der Hauptverwaltung in Aschaffenburg]. Das Werk Obernburg durfte unter keinen Umständen dem Feind führerlos übergeben werden. Ich habe daher im Vorstand die Frage aufgeworfen, wem die Werksführung zumindest bis zum Eintreffen des Feindes nach Abrücken der Wehrmacht und allenfalls des Volkssturmes [die bisher nicht wehrdienstpflichtigen Männer] übertragen werden soll. Da Herr Dr. Strube als Batl.-Kommandeur und in seiner politischen Stellung⁷ für diesen Posten ungeeignet erscheint und die maßgebenden Herren des Werkes Obernburg jüngerer

Alters sind, schlug Herr Dr. Vits vor, mich mit dieser Tätigkeit zu beauftragen. Ich habe dazu meine Zustimmung erklärt. Herr Schmekel schlug dann vor, in Kleinwallstadt⁸ zu bleiben, um von dort aus für den Rest der Verwaltung verantwortlich zu bleiben. Die beiden anderen Herren [Vits und Ritzauer] sollten sich rechtzeitig nach Coburg absetzen [dort unterhielt VGF ein kleines Verkaufsbüro], um dem Rumpf des Konzerns mit den [bis dahin] im unbesetzten Deutschland noch tätigen Werken Führer und Vorstand zu sein.“

Noch in der Nacht zum 24. März folgte ein schwerer Bombenangriff auf Aschaffenburg. Am 25. März drangen die ersten Feindpanzer in die Stadt ein. Strube forderte im Werk Obernburg als Bataillonskommandeur des örtlichen Volkssturms von Rathert die militärische Verteidigung des Werkes und die Evakuierung der Angestelltenwohnungen am Werk. Rathert widersetzte sich dieser Forderung. Der Einsatz des Volkssturms zur Verteidigung des Werkes sei abzulehnen, da weder Ausrüstung noch Bewaffnung vorhanden seien und insbesondere die Mitglieder des Volkssturms keine Soldbücher hatten. Sie wären nach dem Kriegsrecht als Partisanen zu behandeln gewesen. Strube traf provisorische Maßnahmen, um die geeignete Legitimierung der Volkssturmangehörigen zu sichern. Rathert, der nach dem Verlust seiner Wohnung in Wuppertal durch Bombenangriff mit seiner Familie am Werk eine Wohnung gefunden hatte, lehnte es auch ab, die Häuser der unmittelbar am Werk wohnenden leitenden technischen Angestellten und Meister – die sogenannte „Kolonie“ – zu evakuieren. Strube bestand auf seinem Befehl als Bataillonskommandeur. Die Durchführung verzögerte sich jedoch. Am Abend des 25. März gingen deutsche Nebelwerferbatterien am Waldrand östlich des Werkes in Stellung. Volkssturmeinheiten aus benachbarten Dörfern wurden im Werksgelände am Mainufer zu Schanzarbeiten eingesetzt. Beim ersten Artilleriebeschuß am 27. März erhielt das Werk 32 Treffer, die keinen größeren Schaden anrichteten, aber Veranlassung gaben, die schon vorher eingeleitete Stillegung des Werkes abzuschließen. Das Feuer unter den Kesseln der Energieanlage wurde gelöscht. Schon am Tage vorher waren kaum noch Arbeiter in der Fabrik zur Arbeit erschienen. Auch die Ausländer aus den Baracken, die bis zuletzt noch den Dienst versehen hatten, waren ausgeblieben.

In der Nacht zum 26. März wurden die beiden nächstgelegenen Brücken, die Straßenbrücke nach Obernburg und die Eisenbahnbrücke bei Erlenbach, von der Wehrmacht gesprengt. Am 28. März rückten die Amerikaner mit Panzern in Obernburg ein. Deutsches Granatwerferfeuer traf über das Werk hinweg die am Gegenufer liegende Stadt und wurde von den Amerikanern erwidert. Am 29. März führte fast den ganzen Tag andauernder Artilleriebeschuß insbesondere durch Phosphorgranaten zu schweren Gebäudeschäden im Werk. Die Bedeckung der Schutzräume mit Zellstoff, dem Rohstoff für die Kunstseidenherstellung, wurde nun zum Verhängnis. Bei Fliegerangriffen wirksamer Bombenschutz, waren die entzündlichen Zellstoffballen jetzt die Ursache für schwere Brände. Mit Einbruch der Dunkelheit wurden die in Werksnähe in Baracken untergebrachten „Ostarbeiter“ in Begleitung von Werkschutzmännern auf der Landstraße in Richtung Miltenberg in Marsch gesetzt. Strube erklärte Rathert: „... daß mit einer Verteidigung der Werksanlagen und schweren Kampfhandlungen zu rechnen sei. Es sei nicht

mehr zu verantworten, daß eine solch große Zahl von Zivilbevölkerung in der HKL [Hauptkampflinie] verbleibe. Er fordere daher, daß heute nacht gegen 22.30 Uhr die Zivilbevölkerung endgültig abrücke und beauftragte mich, diesen Transport über die Orgelwiese in Richtung Streit [nahegelegener Spessartort] und andere Gemeinden durchzuführen. Er selbst werde sich nunmehr absetzen, um zunächst Quartiere für die Zivilbevölkerung vorzubereiten und dann auf Weisung des Gauleiters andere Aufträge im Gau zu erfüllen. Er beauftragte Herrn Major von Wittgen mit der Führung des Volkssturms, der aufzulösen sei.“

Da auch die schwachen Wehrmachtsverbände sich – mit Ausnahme eines Postens an einem der Werkstore – noch im Verlauf des Abends zurückzogen, teilte Rathert, nunmehr auf sich gestellt, den bereits seit mehreren Tagen und Nächten in den Werksbunkern ausharrenden Bewohnern der „Kolonie“ mit, „daß nunmehr die bereits angekündigte Rückführung nicht mehr in Frage komme und daß alle diese eine Nacht noch, einerlei unter welchen Bedingungen, in den Bunkern auszuhalten haben, da mit dem Abrücken der deutschen Truppen der Einmarsch der Amerikaner für den nächsten Tag mit Sicherheit zu erwarten sei. Es herrschte nach dem langen Bunkerleben trotz der Schwere der Verhältnisse sichtliche Erleichterung.“

Die Amerikaner überschreiten den Main

Am Karfreitag, dem 30. März 1945, erschien nach einer nochmaligen Beschießung der vom Vortag noch brennenden Anlagen mit Phosphormunition gegen 11 Uhr im Werk eine amerikanische Patrouille, gefolgt von einer größeren Einheit. Dieser Verband zog aber schon bald weiter – den sich weiter zurückziehenden deutschen Truppen nach. Erst am Nachmittag rückte eine Besatzungstruppe ein. Sie traf Vorbereitungen, um in unbeschädigt gebliebenen Fabrikräumen eine Reparaturwerkstatt für Panzer und Kraftwagen einzurichten. Auf einer von amerikanischen Pionieren gebauten Pontonbrücke rollten bald größere Kolonnen über den Main.

In Erlenbach hatten deutsche Spähtrupps die Häuser der Siedlung als Deckung gegen die am anderen Mainufer liegenden Amerikaner genutzt, während sich deutsche Nebelwerfer und amerikanische Artillerie über die Häuser hinweg beschossen. Die Bewohner verbrachten die Nacht zum Karfreitag in den primitiven Kellern, die sie kurz zuvor noch mit am Bahnhof Erlenbach lagernden Grubenholzstreben abgestützt hatten. Amerikanische Amphibienfahrzeuge hatten auch hier in der Nacht den Main überschritten. Um 6 Uhr morgens schlugen Gewehrkolben gegen unsere Haustür. Ich öffnete. Die Frage eines amerikanischen Sergeanten „Are you a German soldier?“ verneinte ich auf Englisch. Nach einem kritischen Blick auf die feldgraue Skihose, die ich trug, stürmten zwei Amerikaner in den Oberstock. Auf die weitere Frage, „who is down there?“ genügte ihnen die Antwort „my family only, my wife with two children“. Die schmale Treppe hinunter war dunkel – das Licht war seit Tagen ausgefallen. Wir hatten die Nacht auf Matratzen zugebracht, die wir auf die Kartoffelkisten gelegt hatten. Von den wenigen Männern in der Siedlung wurden bei dieser Durchsuchung einige gefangen-

genommen. Sie kamen erst nach vielen Monaten aus französischen Hungerlagern zurück.

Eine Pontonbrücke, die im Schutz einer weitgezogenen künstlichen Nebelwand im Dorf nahe der gesprengten Eisenbahnbrücke gebaut worden war, war auch in den kommenden Tagen immer wieder das Ziel deutscher Tiefflieger, die den amerikanischen Nachschub zu stören versuchten. Schwere amerikanische Artillerie hatte auf den Höhen westlich des Mains Stellung bezogen.

Im Werk hatten inzwischen Plünderungen eingesetzt. Die Lebensmittel für die Werksverpflegung und das Magazin – die Lagerräume für vielfältige Werksbedürfnisse – waren das erste Ziel. Rathert berichtet über das Geschehen im Werk am 31. März, dem Ostersonnabend des Jahres 1945: „Gegen 8 Uhr wurde ich benachrichtigt, daß unser Lebensmittelbunker im Kordkeller [Lager für Reifengarne] bereits während der Nacht durch deutsche Gefolgschaftsmitglieder⁹ geplündert worden war. Die Belgier begannen, angeblich aus Sorge um die eigene Ernährung, diese Plünderungen in starkem Maße fortzusetzen. Mit einigen beherzten Meistern wurden die Plünderer herausgeholt. In einer Aussprache mit einigen Vertretern der Belgier regelte ich, daß die Lebensmittel in der Sanitätsbaracke sichergestellt wurden und deutsche wie ausländische Gefolgschaftsmitglieder gleiche Rationen bekommen sollten. Nach dieser Regelung trat Beruhigung ein... Am Nachmittag begannen Russen, Belgier und deutsche Gefolgschaftsmitglieder die Kantine und Küche sowie die Vorratsräume und das Magazin zu plündern. Mit Major von Wittgen versuchte ich, die Plünderer, die zum Teil mit Handwagen gekommen waren, zurückzuhalten und das gestohlene Gut an den Entnahmestellen abzuladen. Der Aktion schien Erfolg beschieden zu sein, es wurde alles wieder abgeladen, die Namen der Plünderer festgestellt, bis ein deutschsprechender Amerikaner erschien, der mich zur Rede stellte. Er fragte mich nach meiner Stellung, nach dem Eigentum des Werkes, der Nationalität der Plünderer und gab mir dann in gröbster Weise zu verstehen, daß ich hier nichts mehr zu sagen hätte, das Werk mit allem Inventar sei amerikanisches Eigentum, die Gefolgschaftsmitglieder sollten sich nehmen, was sie brauchten. Da mehrere hundert Plünderer diese Entscheidung mit anhörten, war die Plünderung nicht mehr aufzuhalten. In unvorstellbarer Weise haben sich selbst Angestellte mittlerer Grade, Bewohner aus allen umliegenden Ortschaften an den Plünderungen beteiligt. Nicht nur Lebensmittel und Textilien, sondern Büromöbel, Beleuchtungskörper, Gardinen und alles Bewegliche wurden entführt. Am schwersten machten sich die Plünderungen an unseren Werkzeugbeständen in den Handwerkerbetrieben und Magazinen bemerkbar. Spätere Versuche, die Plünderer an den Toren aufzuhalten, führten nicht mehr zum Erfolg.“

Einige der Angestelltenhäuser am Werk wurden am nächsten Tag für amerikanische Offiziere beschlagnahmt. Da die Ausgehzeit für Deutsche auf die Zeit von 7 bis 17 Uhr festgesetzt worden war¹⁰, war ein Werkschutz nachts unmöglich. So wurde in den folgenden Nächten besonders durch Ausländer, die in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beschränkt waren, weiter geplündert. Auch fertige Reifengarne wurden in größeren Mengen weggeschleppt.

In den Tagen nach der Besetzung war es nur eine kleine Gruppe von Menschen,

Führungskräfte und Arbeiter des Werkes, die mit Rathert versuchten, im Werk wieder einen ersten Ansatz von Ordnung herzustellen. Die seit der Beschießung immer noch andauernden Brände wurden durch Abriegeln und Einreißen von Wänden eingedämmt. Wasser- und Stromversorgung waren wie allenthalben sonst bis zum Ingangsetzen von Notaggregaten unterbrochen. Die Bewegungsfreiheit aller Deutschen war durch die Besetzung auf sechs Kilometer im Umkreis des Wohnorts beschränkt worden¹⁰. Immer wenn Einheiten der im Werk untergebrachten amerikanischen Truppen den Weitermarsch antraten und damit auch die in der „Kolonie“ für die Offiziere beschlagnahmten Wohnungen aufgegeben wurden, sammelten sich schon Stunden zuvor Gruppen von deutschen und ausländischen Plünderern. Mit dem Heraustreten des letzten Amerikaners setzte ein Sturm in die Häuser ein. Die Einrichtung – Eigentum der hilflos danebenstehenden Werksangehörigen – wurde weggeschleppt oder zerschlagen.

Am 5. April war im Magazin ein Brand entstanden. Als Unbekannte dort verwahrte Materialien auch noch mit Benzin übergossen, hatte er riesige Ausmaße angenommen. Auch Gasflaschen kamen zur Explosion. Das veranlaßte endlich die amerikanische Militärpolizei zu der Zusage, daß keine Plünderungen mehr zugelassen würden. In einem Bahnwärterhaus in der Nähe des Werkes richtete sich eine amerikanische Wachmannschaft ein, die auch dem Werk helfen sollte. Trotzdem kam es immer wieder zu Zwischenfällen. Rathert berichtet zum 7. April: „Die evakuierten Belegschaften des Russen- und Belgierlagers waren inzwischen zum größten Teil in die Baracken zurückgekehrt, hatten sich in den Ortschaften Lebensmittel beschafft, zum Teil im Austausch gegen Kord, plünderten weiter im Werk. Die Bestände an Schweinen, Kaninchen und Hühnern [für die Werksverpflegung im Krieg dort gehalten] wurden abgeschlachtet und wanderten in die Kochkessel, ohne daß trotz aller Versuche mit der an sich ruhigen Belgier-Küchenverwaltung eine sparsame Ordnung hätte durchgeführt werden können. Der Zuwachs im Russenlager steigerte sich täglich, nachdem die Bauern in der Umgebung ihre fremdländischen Arbeitskräfte abgestoßen hatten mit dem Hinweis, daß im Glanzstofflager ohne Arbeitsleistung freie Unterkunft und Verpflegung gewährt werde. Die Amerikaner verlangten inzwischen, daß die Verpflegung der ausländischen Arbeitskräfte sicherzustellen sei und im übrigen besser sein müßte als die der Deutschen. Die Beschaffung der Verpflegung wurde der Werksleitung auferlegt. Erfreulicherweise konnten zur Vermeidung von Zwischenfällen Lebensmittel ausreichend beschafft werden.“

Die ersten Schritte nach draußen

Am 12. April konnte Verbindung mit den in Aschaffenburg gebliebenen Mitarbeitern der Hauptverwaltung aufgenommen werden. Zwei Angestellte aus der Hauptverwaltung, die Leiter der Personal- und der Finanzverwaltung, machten sich ohne Ausweis auf den Weg nach dem 20 km entfernten Aschaffenburg. Sie brachten einigermaßen beruhigende Nachrichten zurück. Die länger dauernde Beschießung der Stadt hatte unter den Mitarbeitern keine Opfer gekostet, zwei waren als Volkssturmverpflichtete noch in Gefangenschaft geraten, das Behelfs-

büro der seit Herbst 1943 provisorisch in Aschaffenburg eingerichteten Hauptverwaltung, ein früheres Warenhaus, war unbeschädigt geblieben. Die Verpflegung der wenigen in Aschaffenburg noch wohnenden Mitarbeiter war jedoch äußerst mangelhaft.

In Miltenberg war inzwischen eine Dienststelle der amerikanischen Militärregierung gebildet worden, die für die drei Kreise Miltenberg, Obernburg und Marktheidenfeld einen deutschen Oberlandrat, den früheren Bürgermeister von Miltenberg, Schwesinger, eingesetzt hatte. Nachdem der deutsche Kampfkommandant festgestellt hatte, daß sich keine deutschen Truppen mehr in Miltenberg befanden, war er im Auftrag einer Bürgergruppe zusammen mit einigen anderen auf der Landstraße nach Kleinheubach den amerikanischen Panzern mit einer weißen Fahne entgegengegangen. Rathert berichtet: „Gemeinsam mit Herrn Dr. Vaubel fuhr ich mit dem Fahrrad ohne Ausweis am Freitag den 13. April nach Miltenberg und erhielt nach Darlegung der örtlichen Verhältnisse vom amerikanischen Kommandeur durch Oberlandrat Schwesinger den Auftrag, das Werk Obernburg instandzusetzen und die Produktion vorzubereiten. Irgendwelche Hilfen an Material konnten nicht geleistet werden. Infolge Zerstörung sämtlicher Brücken sowohl an der Eisenbahn wie über den Main, war mit Ingangkommen der Schifffahrt oder des Eisenbahnverkehrs auf lange Zeit nicht zu rechnen. An keiner Stelle waren Aufräumungstrupps zu beobachten. Ich habe Herrn Oberlandrat Schwesinger als dringendstes Erfordernis für das Ingangkommen der Produktion die Instandsetzung der Eisenbahn geschildert. Die Amerikaner vertraten den Standpunkt, daß, solange der Krieg dauere, nur die Interessen der amerikanischen Wehrmacht zu berücksichtigen seien und die deutsche Wirtschaft erst später in Gang kommen könne.“

Für die unbehinderte Rückfahrt nach Obernburg erhielten die Emissäre auf Fahrrädern einen Passierschein. Der Erfolg dieses ersten Kontaktes mit einer wieder örtliche Staatsgewalt in Anspruch nehmenden Stelle war vor allem die Aushändigung von „Ausweisen“ für eine kleine Anzahl Mitarbeiter. Sie sollten – durch weiße Armbinden gekennzeichnet – berechtigt sein, als Hilfspolizisten die Ordnung im Werksbereich wahrzunehmen. Darüber hinaus bedeutete der „Auftrag, das Werk instandzusetzen und die Produktion vorzubereiten“ eine moralische Ermutigung von hohem Wert für alle, die wie Rathert in den Jahren des Bombenkrieges immer wieder ihre ganze Kraft dafür eingesetzt hatten, die Zerstörungen in den verschiedenen VGF-Betrieben so schnell wie möglich wieder zu beseitigen.

An eine Wiederaufnahme der Produktion war auf absehbare Zeit ernsthaft nicht zu denken. Und doch mußte schon mit Rücksicht auf die nur noch begrenzt vorhandenen Barmittel entschieden werden, in welchem Umfang Arbeitskräfte überhaupt eingesetzt und entlohnt werden konnten. Diejenigen Abteilungen wurden bevorzugt instandgesetzt, die den geringsten Schaden erlitten hatten. Zunächst wurden 150 und nach einer Woche 180 Handwerker eingesetzt. Die tägliche Arbeitszeit betrug mit Rücksicht auf die beschränkten Verkehrszeiten und die Schwierigkeiten der Verpflegung sechs Stunden ohne Pausen. Die in Behelfsunterkünften in Erlenbach und Klingenberg untergebrachten Teile der Buchhaltung der Hauptverwaltung – teilweise geplündert – sollten täglich vier Stunden

arbeiten. Die Löhne der Arbeiter wurden nach den bisher geltenden Tarifen bezahlt. Die Angestellten erhielten ihre Gehälter mit Abschlägen, die nach der Höhe gestaffelt waren – bis zu RM 150 Monatsgehalt 100%, bei höheren Gehältern 75, 60 oder nur 50%. Der Höchstsatz betrug RM 500 pro Monat. Tägliche Werksbesprechungen wurden angesetzt. Die im erweiterten Werksraum wohnenden leitenden Mitarbeiter der Hauptverwaltung kamen wöchentlich an zwei festen Terminen zusammen¹¹.

Erst ab 19. 4. konnten Geldabhebungen in Höhe von 100 Reichsmark je Woche bei den Banken und Sparkassen erfolgen. Für Lohn- und Gehaltszahlungen konnte über die gleichen Summen verfügt werden. Wegen Mangel an Geldscheinen wurde von den Landkreisen mit Genehmigung der Militärregierung Notgeld ausgegeben. In einem Pförtnerhaus des Werkes wurde ein „Rumpflohn- und Informationsbüro“ eingerichtet. Dort sollten auch die ausländischen Besucher empfangen werden, die zunehmend im Werk erschienen: „Es soll für die ständige Anwesenheit eines Gefolgschaftsmitgliedes gesorgt werden, das soviel Englisch spricht, um die Wünsche amerikanischer Militärs in Empfang zu nehmen und für entsprechende Weiterleitung sorgen zu können. Der jeweils in Betracht kommende Herr wird sich dann in der Regel ebenfalls zum Pförtner 2 begeben“ (Notiz des Verf. vom 17. 4. 1945).

Vordringlich war auch, möglichst viel von dem bei den Plünderungen gestohlenen Gut zurückzuholen. Viele Plünderer machten sich die Ausrede zu eigen, sie hätten die weggeschleppten Gegenstände „sicherstellen“ wollen, um sie dem Werk zu erhalten. Daran konnte angeknüpft werden. Man konnte ihnen helfen, ihr Gesicht zu wahren. Rathert berichtet: „Ich habe einige Tage nach der Plünderung ca. 30 ausgewählte Gefolgschaftsmitglieder versammelt, ihnen die Auswirkung der Plünderung auf die Instandsetzung des Werkes klargemacht und sie verpflichtet, in Trupps zu je drei Mann sämtliche Häuser der Siedlung sowie auch besonders bezeichnete Häuser in anderen Ortschaften aufzusuchen, dort nach sichergestellten Materialien eindringlich zu fragen und diese zu notieren mit dem Ziel, das Gut in den nächsten Tagen zurückzubringen. Diese Maßnahme hat zu dem Erfolg geführt, daß etwa 50 Prozent des gestohlenen Gutes abgegeben wurden, wobei allerdings Lebensmittel und Textilien zum allergrößten Teil bereits verschwunden waren. Werkzeuge in geringerem Umfange, Möbel aller Art wurden fast hundertprozentig zurückgegeben.“ Weitere Haussuchungen mit Hilfe der wieder eingesetzten Polizei und Landgendarmarie – Uniformen waren nur teilweise vorhanden – führten zur Rückgabe weiteren wertvollen Materials. Aber es mehrten sich die Klagen über das Auftreten von Ausländern, die beim Plündern mit Waffen drohten. Für einen Fahrbetrieb mit werkseigenem Boot zum anderen Mainufer, der nur für schriftlich ausgewiesene Werksmitarbeiter bestimmt war, mußte beim Landrat Antrag auf Polizeischutz gestellt werden. Der Abtransport der letzten Russen und Belgier erfolgte am 26. April abends.

Gestützt auf eine mündliche Zustimmung des Oberlandrats in Miltenberg suchte Rathert am 28. April den ersten Kontakt mit dem ca. 50 Kilometer entfernten Werk Kelsterbach, das die Besetzung trotz Artilleriebeschusses und einiger Schäden „im allgemeinen gut überstanden hatte“. Ich begleitete ihn. Wir fuhren

mit unseren Fahrrädern auf Nebenstraßen und Waldwegen. Unsere Personalausweise waren nur im Umkreis von sechs Kilometern um Erlenbach gültig. Wir mußten vermeiden, auf den mit Militärtransporten überfüllten Hauptstraßen amerikanischen Kontrollen in die Hände zu fallen. Die Nacht konnte ich bei der Familie eines Kelsterbacher Mitarbeiters verbringen. Am nächsten Morgen fuhr ich allein weiter durch den Taunus nach Gießen, um dort nach meinen Eltern zu sehen. Die Stadt war wiederholt von schweren Luftangriffen getroffen worden. Meine Eltern lebten – wenn auch unter kümmerlichen Umständen. Das Dach ihres Hauses war bei einem Fliegerangriff am 6. Dezember 1944 in Brand geraten, der Dachstock zu einem Teil abgebrannt. Amerikanische Posten an Straßenkreuzungen fahndeten noch allenthalben nach deutschen Soldaten. Wiederholt mußte ich zu der Behauptung Zuflucht nehmen, mein für Erlenbach am Main ausgestellter Ausweis gelte auch im weiteren Umkreis von Frankfurt am Main. Daß ich mich in Englisch ausdrücken konnte, verhütete wiederholt die Gefangennahme. Anderen, die sich an den Kontrollstellen in ähnlicher Lage an mich zu klammern suchten, konnte ich nicht helfen. Nach Kelsterbach zurückgekehrt, fuhr ich mit Rathert am 2. Mai wieder abseits der Straßen nach Obernburg zurück. In der Nähe von Mömlingen im Odenwald noch 10 Kilometer vom Werk entfernt – es begann dunkel zu werden – platzte an Ratherts Rad ein Reifen. Ein des Wegs kommender Arbeiter aus den Veith Gummiwerken holte uns einen Ersatzschlauch gegen das Versprechen späterer Gegenleistung in Textilien.

Inzwischen war Strube, der frühere Werksleiter, Bataillonskommandeur und Organisator des Volkssturms, der sich am 29. März abgesetzt hatte, zurückgekommen. Er hatte Rathert nicht angetroffen, sich aber dann in Miltenberg bei dem Oberlandrat gemeldet. Da er als bekannter Nationalsozialist an vierter Stelle auf der Liste der Festzunehmenden stand, mußte er der Militärregierung vorgeführt werden, die ihn in ein Internierungslager in Hammelburg bei Schweinfurt bringen ließ. Der Oberlandrat hatte bereits am 23. April bei einem Besuch, an dem auch Ritzauer teilgenommen hatte, darauf hingewiesen, daß die amerikanische Militärregierung von allen Angestellten mit einem Monatsgehalt über RM 350 die Abgabe von Personalfragebogen verlange. Zehn Formulare waren bereits mitgegeben worden. Sie enthielten eingehende Fragen nach der bisherigen politischen Tätigkeit, nach der Mitgliedschaft in Organisationen, nach der Positionsentwicklung seit 1930, nach der Gehaltsentwicklung seit 1933 usw. Es ging zunächst nur um die, die jetzt weiter beschäftigt werden sollten. Ritzauer hatte sich beim Oberlandrat um eine Genehmigung zu einer Reise nach Wuppertal bemüht. Doch daran war vorläufig nicht zu denken. Die Ausfüllung der Fragebogen wurde bei seinem Besuch in Miltenberg wieder energisch verlangt.

Von den vier Vorstandmitgliedern der VGF mit den zahlreichen über das gesamte bisherige Reichsgebiet verteilten Werken waren jetzt drei am Werk Obernburg versammelt. Von Vits, der zunächst in Coburg verblieben war, fehlte noch nähere Nachricht. Rathert, Ritzauer und Schmekel trafen sich fast täglich in Ratherts Wohnung. Ihre Beschlüsse betrafen vor allem das Werk Obernburg, an das sich zunächst alle Hoffnungen klammerten¹². Rathert berichtet später: „Nachdem im Werk eine kleine Gefolgschaft die Instandsetzung des Werkes förderte, wurden

bei der Verwaltung einzelne Angestellte eingesetzt, für die Arbeit wirklich vorlag. Es wurde bei der Ungeklärtheit der Lage bei den übrigen Werken und der Unbestimmtheit, wann die Erzeugung in den einzelnen Produktionsstätten wieder aufgenommen werden könnte, der Standpunkt verfolgt, die Mittel des Konzerns auf das Schärfste zusammenzuhalten... Trotz aller Einsparungsmaßnahmen war der örtliche Vorstand sich darüber im klaren, daß bei den Mitteln, über die der Konzern verfügte, eine Unterstützung der nicht eingesetzten Gefolgschaftsmitglieder (Arbeiter und Angestellte) in einem solchen Umfang, wenigstens zur Zeit bis zum Anschluß an die Produktionsaufnahme, durchzuführen sei, um ernste Not zu verhindern, insbesondere weil von behördlicher Seite hinsichtlich Erwerbslosenunterstützung keinerlei Initiative vorlag.“

Nach wiederholten Beratungen und Hinzuziehung des Arbeitsamtes Aschaffenburg wurden am 7. Mai 1945 entsprechende Richtlinien für die „Gefolgschaftsmitglieder der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG erlassen¹³. Die Bürgermeisterien der umliegenden Orte wurden durch einen Fragebogen aufgefordert, für jeden in ihrem Bezirk wohnenden Glanzstoffangehörigen die Unterhalts- und Verdienstverhältnisse zu klären. „Die interne Überprüfung der Gefolgschaft“ ergab, daß bei den im Spessart und Odenwald herrschenden kleinbäuerlichen Verhältnissen der größte Teil der bisher nicht eingesetzten Arbeiter während des Sommers zu Hause Beschäftigung und damit Unterhaltungsmöglichkeiten finden würde.

Tagebuch

Das Ende des Krieges und die Wochen danach

8. Mai 1945

Kapitulation des deutschen Restheeres durch Generalfeldmarschall Jodl in Reims. Alliierte Friedensfeiertage!

Ein Mitarbeiter aus der Forschungsabteilung fragt „War Hitler ein großer Mann oder ein Scharlatan?“ er meint, es sei nicht erstaunlich, daß die Ernährung in den Konzentrationslagern so schlecht gewesen sei, wie jetzt gesagt wird. Die beschränkten Nahrungsmittel seien anderswo dringender gebraucht worden. Die Zahl der Todesfälle in den Lagern sei wohl erst im letzten Stadium so hoch gewesen. Die Nachrichten, die jetzt darüber kommen, wären aber wohl nicht übertrieben. Wenn die Firma ihn jetzt nicht beschäftigen könne, weil alles still liegt, und auch kein Geld da sei für Karenzzahlungen, brauche er sein technisches Wissen auch nicht mehr geheimzuhalten. Er gehe dann zur Konkurrenz, evtl. nach USA. Er erwartet eine baldige Auseinandersetzung zwischen den USA und Rußland. Deutsche Kräfte würden mitgehen. Was ist das für ein Wunschdenken! Die deutschen Soldaten wollen nur Ruhe. Wir sind Objekte der Sieger – mit Aussicht auf Bewährung?

Bücherlesen ist sinnlos. Die Gedanken laufen weg.

9. Mai 1945

Die vielen Gerüchte werden begierig aufgenommen.

Hermann Göring soll mit Frau und Kind, drei Orden am Rock und vielen goldenen Ringen an den Händen in Salzburg gefangen genommen worden sein. Hitler habe ihn am Ende noch zum Tod verurteilt, als er sich zur Übernahme der Regierung anbot. Von der SS verhaftet, hätten ihn Luftwaffenoffiziere befreit.

Himmler sei in Schweden interniert, Prag von den Russen besetzt.

Stalin habe erklärt, man solle Deutschland nicht noch zerstückeln, es sei doch zerstört. Auch solle man die Deutschen nicht ausrotten.

Der britische Schatzkanzler Sir John Anderson habe im Unterhaus verkündet: „Keine Lebensmittel nach Deutschland außer zur Vermeidung von Epidemien oder der Gefährdung der Sicherheit der alliierten Truppen.“

Französische Truppen seien in Württemberg bis zur Jagst vorgedrungen. Die Männer würden in Lager verschleppt. Marokkanische Einheiten vergewaltigten Frauen, brächten Kinder um. Amerikaner grüßten Franzosen nicht mehr. Vier Armeebezirke entsprechend dem Vormarsch.

Das I.G.-Werk in Oppau soll mit 6000 Mann schon wieder für die Herstellung von Düngemitteln arbeiten, die Röchlingwerke an der Saar sollen voll unter britischer Leitung stehen.

Die Kriegsschäden durch deutsche Luftangriffe in England würden sich auf eine Milliarde £ belaufen.

Rathert und ich waren wieder in Miltenberg. Für öffentliche Fürsorgezahlungen sind vom Oberlandrat Schwesinger RM 57 monatlich für den Haushaltsvorstand und RM 18 als Kinderzulage vorgeschlagen worden, außerdem eine Mieterstatung. Den Satz für den Haushaltsvorstand hat die Militärregierung um die Hälfte herabgesetzt.

Wir erfahren, daß der Requisiteur der Militärregierung, ein Mr. Wichinsky, keine besonderen Befugnisse hat. Jeder amerikanische Soldat hat das Recht, Personalausweiskontrollen durchzuführen und kann unter diesem Vorwand an jeden beliebigen Deutschen Forderungen stellen. Es muß dafür gesorgt werden, daß Requisitionen künftig nur gegen Vorlage eines ordentlichen Ausweises stattfinden. Schwesinger hat versprochen, sich dafür einzusetzen. Die Aussichten für Kohleanlieferungen hält er für minimal. Über kleinste Mengen von der Saar wird verhandelt, z. B. vier to für Hefeherzeugung. Die Regierung in Würzburg versucht sich unter Leitung des bisherigen Vizepräsidenten wieder zu etablieren. Es sind jedoch kaum Beamte da. Alles ist noch sehr im Anlaufen. Wahrscheinlich wird in Kürze eine Telefonverbindung zwischen Obernburg, Miltenberg und Marktheidenfeld möglich sein. Ein Antrag wurde der Militärregierung vorgelegt.

Schwesinger braucht eine Aufstellung der Fachausdrücke in unserer Industrie, insbesondere für Roh- und Hilfsstoffe, damit er bei der Weitergabe von Anträgen richtige Angaben machen kann.

Zwischen Kleinwallstadt und Klingenberg versenkte oder beschädigte Schiffe sollen gehoben werden. Dafür muß der Stau des Mains am Wehr in Kleinwallstadt vorübergehend um drei Meter abgesenkt werden. Wir sollen einen schriftlichen Antrag einreichen. Schwesinger will dann die notwendigen Schritte unternehmen. Oberhalb Miltenberg soll ein Schiff mit über 700 to Olivenöl liegen.

Unsere Reisegenehmigungsanträge sind vom Landrat befürwortet, von dem zuständigen amerikanischen Major aber abgelehnt worden. Mit der Zulassung von Kraftwagen – ein Lastwagen und ein Dreirad – ist vorerst nicht zu rechnen.

Eine Überführung von Strube aus der Haft in das Krankenhaus hat der amerikanische Arzt abgelehnt¹⁴.

10. Mai 1945

Warme Sonne, stumpfe Müdigkeit. Gartenarbeit, ich bin nur halb beteiligt. Jede Überlegung führt zu der Frage, ob die Entwicklung so kommen mußte. Jeder Idealismus ist auf lange enttäuscht. Alle Werte sind verbraucht. Führerprinzip, Verantwortung, Glaube, Vertrauen. Das Volk bleibt zurück mit der Aussicht auf ein Sklavendasein, „Kolonie“ auf lange. Sollen wir trotzdem mit aller Kraft arbeiten? Für wen? Um des Lebens willen? Zur Betäubung? Oder sollten wir nur das Notwendigste tun, wenn das Ergebnis uns doch nicht gehört? Zu was führt persönliche

Aktivität im Rampenlicht – nach allem Erlebten?

Goethe: „Italienische Reise“ – so entlegen von allem heute, dabei von echtem Inhalt des Beobachteten. So war doch wenigstens eine Stunde Lesen möglich. Deutsche Musik, Beethovens Egmont Ouvertüre, umrahmt die Berichte des britischen Rundfunks über die Siegesfeiern in London.

11. Mai 1945

Wieder ein unwahrscheinlich warmer Tag mit großer Mittagsschwüle.

Es gibt keine deutschen Repräsentanten, mit denen die Alliierten verhandeln können. Dönitz ist auch ein Kriegsverbrecher. Er hat den Befehl an die U-Boote gegeben, keine Gefangenen zu machen.

Denunziationen überall. Ein Arbeiter, ein früherer Kommunist, – er wohnt bei uns in der Siedlung – verlangt die Aufrechnung der von ihm aus dem Werk abgeschleppten Sachen gegen frühere Betriebsstrafen und droht, die seit September 1944 im Werk Obernburg lagernden Materialien aus den holländischen Betrieben bei der Militärregierung anzuzeigen. Ich habe Wesner¹⁵ auf dessen Frage unterrichtet.

Die Geistlichkeit setzt sich dafür ein, daß nicht weiter geplündert wird. Wir versuchen, entwendetes Gut zurückzuholen. Alle, die im Werk wiederbeschäftigt sein wollen, müssen einen Fragebogen ausfüllen, in dem etwa „sichergestelltes“ Werkseigentum anzugeben ist. Den Abteilungsleitern wurde zur Pflicht gemacht, den neu zur Arbeit kommenden wie den bereits wieder Eingestellten die Notwendigkeit wahrheitsgemäßer Ausfüllung im Interesse der Erhaltung und der Wiederinbetriebnahme des Werkes klarzumachen.

12. Mai 1945

Amerikanische Fronttruppen kehren nach Beendigung des Vormarsches jetzt als Besatzung zurück und bringen die strengeren Bestimmungen der Front wieder mit. Fahrräder und Fahrzeuge werden beschlagnahmt. „The best German is the dead German!“

Mit Schmekel und Rathert bei Eissner in Kleinwallstadt. Eissner gab an, Chef der politischen Polizei im Bereich Miltenberg/Obernburg zu sein. Das Werk gehöre zu seinem Bereich. Die Privatindustrie solle möglichst wenig behelligt werden. Die NS-Leute müßten aber aus den Betrieben ausgemerzt werden. Zwei verhaftete Werksangehörige, ein Ingenieur und ein früherer Luftschutzbeauftragter, wurden nach zehntägiger Haft entlassen. Ein Schlossermeister ist noch nicht zurück. Eissner ist Halbjude. Sein Vater – früher „Kino-Eissner“ in Breslau – sei im KZ verstorben. Allenthalben gäbe es große Schwierigkeiten mit den Russen. Die Amerikaner liebten keine Diktatoren. Wenn erst einmal alle Nazis ausgeschaltet seien, würden die Amerikaner ganz Deutschland besetzen. Die SPD, die frühere Zentrumspartei und die KPD würden als deutsche Parteien zugelassen. Die Ausgehzeit soll in Kürze bis 21 Uhr verlängert und die Verdunkelung aufgehoben werden¹⁶.

Nach Auskunft von Eissner ist jetzt nur Wesner unser Gesprächspartner für

politische Werksangelegenheiten. Welche Befugnisse Eissner und andere, die angeblich in amerikanischem Auftrag in der Gegend auftreten, haben und von wem, bleibt weiter unklar. Der Oberlandrat in Miltenberg hatte Rathert und mir noch vor zwei Tagen gesagt, Eissner sei nur Vorsteher der Polizei in Kleinwallstadt. Illert, angeblich Leiter der politischen Polizei in Rück [einer Nachbargemeinde] habe überhaupt keine offizielle Funktion.

Frl. Dr. Holters¹⁷ – sie stammt von einem großen Gut in Schlesien – hatte noch gestern die bange Frage gestellt „werden wir dort wieder ein Gut haben können? Oder wird alles enteignet werden wie im Baltikum nach der Besetzung durch die Russen 1940?“ Heute kam ihre Mutter mit einem alten Fuhrmann auf einem langen Ackerwagen und zwei Pferden – 19 hatte sie mitgenommen – hier bei ihrer Tochter an. Eine sympathische alte Dame, krank und verwahrlost. Seit Januar war sie aus Schlesien unterwegs. Unvorstellbare Erlebnisse auf den Straßen! Ihre Güter sind unversehrt in russische Hände gefallen. Drei echte Teppiche hatte sie noch auf dem Wagen. Die beiden Pferde wurden hier sofort für die Landwirtschaft beschlagnahmt.

13. Mai 1945

In USA und England sollen sich sechs Millionen deutsche Kriegsgefangene befinden. Freilassungen sind angekündigt für Landwirte, Kräfte für Transport und Bergbau, soweit sie nicht Nazi-verdächtig sind. In England werden die Lebensmittelrationen herabgesetzt, um Hilfe für die besetzten Gebiete auf dem Kontinent zu leisten.

Radio-Rede Churchills: Noch ist viel zu tun. Es wird neue Leiden geben. In Europa muß Gewähr dafür geschaffen werden, daß Freiheit, Ehre, Demokratie so ausgelegt werden, wie wir sie sehen. Was nutzt es, wenn andere totalitäre Staaten an die Stelle der bisherigen treten? Eine neue Sicherheitsorganisation kann nicht bedeuten Schutz für die Starken und nur eine leere Formel für die Schwachen. 18.000 englische und amerikanische Kriegsgefangene sollen in Flugzeugen zurückgeführt werden.

15. Mai 1945

Den ganzen Tag im Wald mit Inge und den Kindern Holz gesammelt und aufbereitet. Wir haben ein Stück „Schlagabraum“ – Äste gefällter Kiefern – 3 km entfernt zugewiesen bekommen. Alles muß für einen Abtransport zusammengetragen, in passende Stücke geschlagen und geschichtet werden.

Die Russen melden Lebensmittel-Bereitstellung für Berlin, dazu Stromerzeugung für Fabriken, Verkehr und Theater.

In Frankfurt gibt es noch 140 Juden. Früher waren es 32.000! Da und dort Wiedereinsetzungen, aber Ausländer können nur langsam zurückkehren. Nur ein Teil der sechs Millionen deutscher Kriegsgefangener soll freigelassen werden.

Wiedergutmachung soll durch Sachleistungen erfolgen. 21 amerikanische Sachverständige sind für eine Wiedergutmachungs-Kommission nach Moskau entsandt. Erst nach Wiedergutmachung darf die deutsche Industrie für Deutschland arbeiten.

17. Mai 1945

Eissner und Illert, die von den Amerikanern eingesetzten deutschen Polizeikommissare, sind verhaftet. Sie seien frühere SS-Funktionäre und hätten Übergriffe bei Requisitionen begangen.

18. Mai 1945

Die Lebensmittelrationen sollen weiter vermindert werden auf 1.000 Gramm Brot und 150 Gramm Fleisch in der Woche.

Volkssturmgefangene in geschlossenen Einheiten und Militärpferde wurden jetzt der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Nach mehreren mißglückten Bemühungen um ein Fuhrwerk haben wir unser Abraumholz glücklich auf den Platz hinter dem Siedlungshaus geschafft. Eine grüne Mauer. Dann zum ersten Mal in diesem Jahr im Main gebadet. Die wunderbare Mainlandschaft ist immer wieder ein glücklicher Ruhepunkt.

19. Mai 1945

Die vier Direktions- und Meisterhäuser unmittelbar am Werk mußten bis heute 12 Uhr für ein Kriegsgefangenenkommando geräumt werden. Rathert hatte sich immer noch an seine Wohnung geklammert und mußte nun von einem Tag zum anderen eine Notwohnung suchen. Der frühere Kindergarten in der Siedlung, direkt neben uns, wurde freigemacht. Ich hielt die letzte Nacht in seiner bisherigen Wohnung mit ihm Wache. Plünderer, die die Türen mit Gewalt öffnen wollten, drängten wir – nur mit Besenstielen bewaffnet – zurück. Es gelang uns, bis zum Morgen durchzuhalten. Der Hausrat wurde gerettet.

Truman will die französische Besatzungszone auf Kosten der amerikanischen erweitern. Nach Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa soll dem französischen Volk eine entscheidende Aufgabe zufallen.

Stalin hat erklärt, es dürfe kein Cordon sanitaire durch ein Rußland-feindliches Polen geschaffen werden. Das bedeutet unmittelbare Einflußnahme auf Deutschland. Welches Gegengewicht soll dann Frankreich im Zeitalter des mechanischen Krieges bilden?

20. Mai 1945

Viele glauben, daß Hitler nicht tot ist. Der Selbstmord von Goebbels mit seiner Familie wird noch als die anständigste Lösung empfunden.

Das angekündigte Kriegsgefangenenlager ist im Werk noch nicht eingerichtet. Einzelne Gebäude sind von einem Kommando zur Aufräumung der Flugplätze der Umgebung belegt. Wir müssen versuchen, eine Abzäunung zu erreichen.

Endlich etwas Regen!

Die tschechische Armee wurde russischen Instruktoren unterstellt. Tschechische Offiziere sollen künftig in Rußland ausgebildet werden.

Berlin soll nicht mehr deutsches Verwaltungszentrum werden. Insgesamt soll eine dezentralisierte Verwaltung durch Deutsche unter Überwachung der Militärregierung eingeführt werden.

Die deutschen Häfen sind minenfrei.

Die englische Besatzungszone wird wahrscheinlich einen großen Teil der Rheinprovinz westlich des Rheins, Westfalen, Hannover, Hamburg und Schleswig-Holstein umfassen.

Die Besatzungskosten sind durch deutsche Steuern aufzubringen.

Deutsche Parteien werden nur mit Genehmigung der Militärregierung gegründet werden können. Bisher gibt es nur wenig Anzeichen für ein eigenes politisches Leben.

Es ist noch nicht bekannt, „wann die Regierungsgeschäfte es Stalin erlauben“, mit Truman und Churchill zusammenzukommen. Laut BBC sind die Beziehungen der Westmächte zu Rußland z. Zt. nicht die besten. Rußland ist damit beschäftigt, die besetzten Staaten zu Rußland-freundlich totalitären Polizeistaaten umzubauen. Den Westmächten werfen die Russen vor, in Deutschland die reaktionären Kräfte zu unterstützen.

24. Mai 1945

Die erste Verbindung nach Wuppertal! Die Militärregierung in Miltenberg hat jetzt einzelne Genehmigungen zu Fahrten dorthin erteilt. Wir haben noch zwei alte PKW, die mit Holzvergasern ausgerüstet sind. Benzin ist auch im Tauschweg kaum zu erhalten. Die Rückkehrer berichten über die Lebensmittelschwierigkeiten in Elberfeld – anstellen um 5 Uhr morgens für eine Bescheinigung, die zum Broteinkauf am Nachmittag berechtigt – keine Kartoffeln, wenig Gemüse! Die Rationen für Deutsche betragen 1.200 Kalorien, für Ausländer 2.000 Kalorien täglich.

25. Mai 1945

In Aschaffenburg und Miltenberg sollen Gewerkschaften gegründet worden sein. Einzelheiten fehlen noch.

In Aschaffenburg tritt zum ersten Mal ein für die Wirtschaft zuständiger amerikanischer Offizier, Oblt. Varda, auf. Aretz¹⁸ hat Verbindung aufgenommen und auch Schmekel dort eingeführt. Varda meint, es sei Aufgabe der Deutschen, Eisenbahn und Flußschiffahrt bald wieder instandzusetzen. Schmekel hat erklärt, daß unsere Menschen nur darauf warten, wieder arbeiten zu können und wir nur den Wunsch hätten, für den Wiederaufbau möglichst freie Hand zu erhalten. Passierscheine für Wuppertal wurden in Aussicht gestellt. Aretz sorgt für die Genehmigung. Ritzauer hat beim Major in Miltenberg die Erlaubnis für eine Reise nach Elberfeld, Köln, Kassel erhalten.

Viele frühere Gefolgschaftsmitglieder haben eine Notarbeit in der Landwirtschaft gefunden. Unklarheiten über den Umfang der für das Werk geltenden Sechskilometerzone müssen beim Landratsamt bereinigt werden, damit der Ortskommandant die ihm unterstellten Posten entsprechend anweist.

Auch die Ausweisfrage für die Einkäufer muß besser geregelt werden. Alle weiteren Arbeiten hängen davon ab. Die Vorräte an Hilfsmaterialien sind erschöpft. Die Instandsetzungsarbeiten können ohne Neubeschaffung nicht mehr weitergeführt werden. Bei den einschlägigen Firmen soll immer noch Material vorhanden sein, so daß es für die Beschaffung vor allem auf eine richtige Organisation ankommt. Die amerikanische Besatzung im Werk behindert noch laufend die Wiederherstellungsarbeiten. Mit dem zuständigen Major wird darüber gesprochen werden. Sämtliche Aufwendungen für die Besatzung müssen festgehalten werden, um die Erstattung demnächst mit dem Oberlandrat zu klären. Die Ausbildung der Handwerkerlehrlinge wollen wir weiterführen. Nur für Lehrlinge, die außerhalb der Sechskilometerzone wohnen und für die eine Reisebescheinigung nicht beschafft werden kann, soll das Ausbildungsverhältnis ruhen.

26. Mai 1945

Heute war der neue Bürgermeister von Erlenbach, Zöller, da. Wir haben ihm zugesagt, im Werk nach einer angeblich vorhandenen fahrbaren Spritze zu suchen, die für die Kartoffelkäferbekämpfung eingesetzt werden soll. Auf dringende Bitte hat Rathert ihm letztmalig für Wiederherstellung von Kriegsschäden im Ort 20 Sack Zement aus den Werksvorräten überlassen. Der vorhandene Rest wird bei uns für die Fertigstellung der Kaimauer am Werkshafen gebraucht. Der Wunsch auf Lieferung von Dachpappe mußte abgeschlagen werden. Freie Vorräte sind im Werk nicht mehr zur Verfügung.

Die Gemeinde Erlenbach will noch Kartoffeln aus den Beständen des Werkes abfahren. Rathert hat dem Bürgermeister geraten, mit dem Ernährungsamt Fühlung zu nehmen oder, falls er – wie ersichtlich – das nicht vorhat, auf eigene Verantwortung beschleunigt das Notwendige zu veranlassen. Einen Kantinenbestand von 300 Ztr. werden wir auf alle Fälle zurückbehalten.

Es gibt kein Salz. Die letzten von der Gemeinde abgeholten 35 Sack sollen nur unzureichend gefüllt gewesen sein. Rathert hat sich schließlich bereit gefunden, an den Lebensmittelladen in der Siedlung für den unmittelbaren Bedarf noch einmal fünf Ztr. abzugeben.

Der Bürgermeister bat, die in die Gemeinde zurückkehrenden Soldaten, soweit sie früher im Werk tätig waren, möglichst bevorzugt wieder einzustellen.

27. Mai 1945

Besuch in Eisenach bei der „Knechts-Mühle“. Der Müller wurde unter den Nationalsozialisten wegen Meinungsverschiedenheiten mit den örtlichen Parteileuten, die die Führung ganz an sich reißen wollten, verhaftet und hat Wochen im Würzburger Gefängnis verbracht. Sein einziger Sohn und Erbe ist noch in den letzten Kriegstagen gefallen.

28. Mai 1945

In Aschaffenburg waren jetzt überall zur Entlassung kommende deutsche Kriegsgefangene unterwegs, singend auf Lastwagen, von Negern bewacht.

Es halten sich hartnäckig Gerüchte über Rüstung gegen die Russen, die Übernahme deutscher Regimenter durch die Amerikaner, die Entlastung deutscher Kriegsgefangener gegen Musterungsschein.

Hoffnung für das Werk – Hoffnung für das Unternehmen?

29. Mai 1945

Die Textilindustrie wird nach den Plänen der Besatzung erst in der vierten Dringlichkeitsstufe nach der Sicherung der Ernährung, der Bereitstellung von Medikamenten usw. stehen¹⁹. Es kommt der Gedanke auf, in Obernburg Erntebindegarn herzustellen, um den Betrieb wenigstens mit einer Teilfertigung wieder in Gang zu setzen. Erntebindegarn war in den letzten Kriegsjahren nur in Litzmannstadt²⁰ hergestellt worden. Wegen der Abtretung der Ostgebiete wird jetzt im Westen Deutschlands ein großer Mangel auftreten. Die Festigkeit unseres Reifengarns wird bei weitem ausreichen. Aber das Garn müßte auf den Mähbindern auch glatt ablaufen. Bei dem Besitzer eines Garbenbinders soll festgestellt werden, ob unsere Garne den Ansprüchen genügen. Kohle und Rohstoffe im Werk würden bei der Herstellung von fünftausend Kilogramm je Tag noch für einen Monat ausreichen.

In der Tagesbesprechung wird festgelegt, das Werk so schnell wie möglich für die Aufnahme der Produktion vorzubereiten, und zwar für die Höchstkapazität für Reifenseide wie für die während des Krieges eingestellte textile Kunstseidenherstellung²¹. In der Umgebung erhältliche Bretter- und Dachpappmengen sollen beschleunigt herangeführt werden. Da die zentrale Küchenanlage durch eine amerikanische Truppe belegt ist, muß für die Verpflegung der Handwerker, deren Arbeitszeit auf 48 Stunden verlängert werden soll, die Küche des früheren Belgierlagers in Betrieb genommen werden. Es können nur fleischfreie Gerichte verabreicht werden. An Fett sind voraussichtlich 20 Gramm in Marken oder in natura abzuliefern. Mit Rücksicht auf die vielen Selbstversorger wird mit höchstens 500 Essen gerechnet.

Während die bei der Besetzung durch die Amerikaner im Werk noch vorhandenen Garne großenteils geplündert wurden, sind die für den Wassertransport bereits beladenen Schiffe im allgemeinen verschont geblieben. Ein Kahn in der Nähe von Wörth war zum Teil geplündert. Den größeren Teil der Ladung konnte der Schiffer sicherstellen.

Vor der Kaimauer des Werksgeländes war ein Kahn, mit 20.000 kg Nähgarn beladen, von deutschen Pionieren noch unmittelbar vor Ankunft der Amerikaner versenkt worden, ebenso wie ein nicht völlig entladener Kohlekahn. Von einem Kahn mit Zellstoff, der durch Sprengung stark beschädigt war, kann die Deckladung mit ca. 400 Ballen noch geborgen werden. Sobald die Amerikaner bei Miltenberg eine Schiffsbrücke eingerichtet haben, können andere beladene Schiffe, die bei Miltenberg und bis hinauf nach Kitzingen liegen, demnächst nach Obernburg gebracht und im Werkshafen entladen werden.

Nachricht von Vits aus Coburg! Coburg ist erst am 12. April von den Amerikanern besetzt worden. Vits war von Coburg aus am 3. April noch in Elsterberg, wo sich – von Ost und West – Führungskräfte aus den Glanzstoffwerken eingefunden hatten²². Er hat eine Genehmigung für Reisen nach Wuppertal erhalten und will nun über Obernburg kommen. Korsten²³ fährt los, um ihn zu holen.

Michaeli²⁴ hat sich aus Fehrbellin auf abenteuerlichen Wegen über Hamburg und Kassel bis zu uns durchgeschlagen. In Hamburg hat er den englischen Militärgouverneur auf der Straße angesprochen und so die Genehmigung zum Übergang über die Elbe bekommen. Er brachte auch Nachrichten aus dem Werk in Kassel mit.

30. Mai 1945

Frl. Holters kämpft noch immer erfolglos um die Freigabe der beiden von ihrer Mutter aus Schlesien mitgebrachten Pferde. Ein US-Major verspricht, sich dafür einzusetzen.

Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit im Werk sollen wieder mit der Dampfsirene angezeigt werden. Bei zu spätem Erscheinen oder zu frühem Rüsten werden Lohnabzüge erfolgen.

1. Juni 1945

Wegen Typhusgefahr wurde das Baden im Main verboten. Viele klagen über Magenstörungen, Übelkeits- und Schwächeerscheinungen. Eine Verkehrssperre ist in Aussicht genommen.

Leben ohne Aussicht, nur ein emsiges Vegetieren. Welche Möglichkeiten werden die Kinder haben?

Rathert, Schmekel und Aretz waren bei dem amerikanischen Wirtschaftsoffizier in Aschaffenburg. Das Erntebindegarnprojekt hat großes Interesse gefunden. Kohlezufuhren von der Saar wären dafür möglich. Die Aufnahme des Bahnbetriebs in vier Wochen wird in Aussicht gestellt. Eine Produktion von Reifengarn und Textiltrayon wird erst in Betracht kommen, wenn auch die Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie wieder zum Laufen kommen. Trotzdem sollen diejenigen früheren Gefolgschaftsmitglieder, die weder im Werk beschäftigt werden können noch über anderweitige Arbeits- und Einnahmequellen verfügen, vom Werk Beihilfen von 30 bis 50 Prozent des bisherigen Arbeitsverdienstes erhalten.

3. Juni 1945

Ein warmer Sommertag, Unwohlsein, Müdigkeit – ausruhen! Das Gartenland hinter dem Siedlungshaus ist endlich fertig bestellt. Die Tomatenstöcke sind auch gesetzt. Aber Ärger mit den Kohlpflanzen!

Eine Zusammenkunft Truman und Churchill mit Stalin ist angekündigt, ebenso ein erstes Treffen zwischen Eisenhower, Montgomery, Schukow als Militärregierung in Berlin. Die Besatzungszonen sollen weitgehend unabhängig verwaltet werden. Die Leitlinien sind: Ausrottung des Faschismus, Erzwingung einer Wiedergutmachung bis Deutschland in die Reihe friedliebender Völker aufgenommen werden kann.

6. Juni 1945

Vits ist heute eingetroffen. Seine Familie war bei Kriegsende in ihrem kleinen Ferienhaus in der Nähe von Garmisch. Sie sind von russischen Fremdarbeitern durchsucht worden, aber ohne Schaden zu nehmen. Garmisch soll besonders schwer geplündert worden sein.

8. Juni 1945

Wieder Besuch beim Oberlandrat in Miltenberg. Die Beschaffung von Reiseausweisen ist nach wie vor schwierig. In Aschaffenburg gibt es nur drei Lokomotiven, kaum Kohlen. Es besteht auch keine Aussicht für eine Kohleinfuhr für die Industrie. Die Bahn geht jetzt über Bingen bis nach Köln. Bei Mainz wurde eine Holzbrücke über den Main gebaut. Sie ist für Schiffe nicht passierbar. Siebzig schwere Schlepper liegen noch im Rhein unter Wasser bis nach St. Goar hin. Stinnes soll den Auftrag zur Neuorganisation des Schiffsverkehrs erhalten haben. Im Ruhrgebiet gibt es jedoch keinerlei Initiative.

Abends bei Vits in Laudenbach²⁵. Er erzählt, wie schwierig die zwei Monate in Coburg für ihn waren. Mit der Besetzung fiel die Versorgung in Gaststätten völlig aus, Tauschartikel standen kaum zur Verfügung. Dazu die Unsicherheit über das künftige Schicksal! Reimann²⁶ war es in Kassel gelungen, persönliche Beziehungen zu höheren amerikanischen Offizieren aufzunehmen und sie für Unterlagen über die deutsche Chemiefaserindustrie zu interessieren. So konnte er Vits als früheren Leiter der Fachgruppe chemische Fasern und Rämisch²⁷, der mit einigen Mitarbeitern des früheren Glanzstoff-Verkaufs ebenfalls in Coburg gelandet war, nach Kassel holen. Vits erhielt ein Reisepermit für Wuppertal, um Material von dort beizuziehen. Er mußte dann über Kassel nach Coburg zurück, bekam aber ein Papier in die Hand, mit dem er von Coburg wieder weg konnte.

Die Werke Stettin und Breslau sind von den Russen besetzt, ebenso Lobositz in Böhmen. Die Freigabe der in den letzten Kriegstagen von den Berliner Konten noch nach Erfurt überwiesenen erheblichen Geldbeträge macht noch große Schwierigkeiten. Solange nicht produziert werden kann, muß alles aus den noch vorhandenen Mitteln bestritten werden²⁸.

Von den amerikanischen Offizieren in Kassel ist der Abzug der US-Truppen aus Thüringen angekündigt worden. Die russische Demarkationslinie soll bis zur Saale vorgezogen werden. Auch Elsterberg soll also russisch werden²⁹. Die gesamte sächsische Textilindustrie geht als Abnehmer verloren.

Vits war am 21. Mai in Wuppertal und kann jetzt hier zum ersten Mal nach der Besetzung die Ereignisse der beiden letzten Monate mit den Vorstandskollegen besprechen. Es sei nicht genügend unternommen worden, um ihn zu informieren. Er glaubt, daß Fentener van Vlissingen ihn als Vorstandsvorsitzenden halten will. Er will bald ganz nach Wuppertal zurück. Über Werner Carp, den Vorsitzenden des Grubenvorstands der Zeche Rheinpreußen und des Verwaltungsrates der Fa. Franz Haniel & Co., einem alten Freund van Vlissingens, hatte er schon im Mai 1945 versucht, mit diesem Verbindung aufzunehmen. Über Carp erhielt van Vlissingen durch Vermittlung des englischen Wirtschaftsoffiziers in Düsseldorf, Colo-

nel Hartmann, auch eine Kopie des ersten Briefes, den Vits am 21. 5. 1945 an Abs als den Aufsichtsratsvorsitzenden – damals in Hamburg – über die Lage im Unternehmen gesandt hatte³⁰.

9. Juni 1945

Die Rückführung von geplündertem Werksgut ist ziemlich abgeschlossen. Der Aufruf am 15. April und die Begehung der Wohnungen von Gefolgschaftsmitgliedern und Werksfremden durch Erfassungskommissionen hatte Erfolg. Etwa 50% konnten zurückgeholt werden. Die Bewohner unserer Siedlung waren an den Plünderungen an erster Stelle beteiligt. Das Werk als Beute- und Ausschachtungsobjekt stand in den Tagen des Zusammenbruchs bei einem Großteil der Menschen im Vordergrund, denen in den Jahren davor die Siedlerstellen überlassen worden waren. Das gilt auch jetzt noch. Laufende Diebstähle beweisen es. Ohne die Polizei hätte oft selbst die Rückgabe bereits gemeldeten Plünderungsgutes nicht erreicht werden können. Auch die Bemühungen von Landräten und Bürgermeistern einschließlich der Kirche hatten kaum Wirkung.

Allerdings können Möbel und Einrichtungsgegenstände auf die Dauer kaum verborgen werden. Leder und Treibriemen, Bekleidung und Lebensmittel sind nur in ganz geringem Umfang zurückgegeben worden.

Meldung über schwere Luftangriffe auf Japan, Superfestungen haben Tokio, Osaka, Yokohama mit Brandbomben angegriffen.

Letzte Kämpfe auf Okinawa.

11. Juni 1945

Mit Frau Holters und Tochter haben wir unseren zehnjährigen Hochzeitstag begangen. Jedes Gespräch führt zu den allgemeinen Sorgen!

Die Häuser der früheren Werksleiter sind jetzt von einem Straßendienstkommando, aus München kommend, belegt worden.

Die Nachrichten über die neue russische Besatzungszone werden bestätigt. Rathert ist mit Börner³¹ nach Elsterberg unterwegs, um vor den Russen, soweit möglich, noch Material in Sicherheit zu bringen. Walter³² und Aretz sind auf dem Weg nach Erfurt, um die dortigen Konten bei der Deutschen Bank noch für uns flüssig zu machen.

Das bisherige „don't fraternize“ ist keine mögliche Haltung für eine vorgesehene „vierzigjährige“ Besatzung; angeblich ist jetzt eine Lockerung vorgesehen³³. Auch das ständige Vorhalten der Mitschuld aller Deutschen an den Konzentrationslagern führt nicht weiter. Das Volk ist dafür zu hart und abgestumpft. Der Vorhalt bleibt ohne Resonanz. Die Amerikaner und Engländer können für die politische Lage im national-sozialistischen Deutschland, wie sie wirklich war, kein Verständnis aufbringen.

Alles lebt noch aus der Substanz, die echte Not – auch die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus auf deutschem Boden – wird erst noch kommen.

12. Juni 1945

Mit dem Rad im Regen nach Miltenberg zum Oberlandrat. Das Maintal ist bei

jedem Wetter wie ein Paradies. Aber das ist immer nur der selbstische Trost, daß wir es hier noch verhältnismäßig gut haben. Darüber hinaus nichts – kein weiterreichendes Ziel!

Die letzten Russen in den Baracken wollen nicht weg. Auch in den umliegenden Dörfern gibt es noch Schwierigkeiten. Die Militärregierung hat entschieden, daß kein Zwang ausgeübt werden kann.

Für 200 bis 250 deutsche Flüchtlinge werden Unterkünfte gesucht. Die Wirtschaftsbaracke und die Küche im Werk werden aber für die Flüchtlinge gebraucht, die wir noch aus den eigenen Werken im Osten erwarten. Auch sind keine Betten mehr vorhanden, da der größte Teil bei dem Abzug der Russen nach Aschaffenburg gegangen ist. Der Rest wurde von der Besatzung requiriert.

15. Juni 1945

Für eine Produktion von 5 Tagestonnen Erntebindegarn werden 320 Arbeitskräfte gebraucht. Einstellungen sollen nach der bisherigen Betriebszugehörigkeit und den sozialen Umständen stattfinden. Bei zahlreichen Gefolgschaftsmitgliedern besteht wenig Interesse an der Einführung der Achtstundenarbeit, so daß vor allem in den Sommermonaten Schwierigkeiten für eine Produktionsaufnahme zu erwarten sind.

Heute erschien Oblt. Varda mit einem Major Ophüls. Sie meldeten sich zunächst bei Walter und Aretz, die mich aber sofort zu der Besprechung hinzuzogen. Es geht um die Zusammenhänge im Aku-Glanzstoff-Konzern³⁴. Major Ophüls gehört zur Wirtschaftsverwaltung des Hauptquartiers in Frankfurt. Der Besuch eines anderen amerikanischen Offiziers, der sich z. Zt. noch in Holland um Einblick in die Unterlagen des Konzerns bemüht, wurde für nächste Woche in Aussicht gestellt. Major Ophüls verlangte, daß sämtliche die Beteiligungsverhältnisse betreffenden Akten der Militärregierung zur Einsicht gegeben würden. Die zunächst geforderte Verbringung nach Frankfurt konnte ich zwar abwenden, die Akten müssen aber binnen zwei Tagen in der Hypobank in Aschaffenburg unter alleinigem Verschluß von Oblt. Varda untergebracht werden. Walter, Aretz und ich dürfen uns bis auf weiteres nicht aus dem hiesigen Bezirk entfernen, um für Unterkünfte zur Verfügung zu stehen. Man forscht auch nach Privatakten der Vorstandsmitglieder und wollte wiederholt wissen, ob irgendwelche Akten vernichtet worden seien³⁵.

20. Juni 1945

Es kommen wiederholt höhere amerikanische Offiziere, die sich über unsere Anlagen, das Ausmaß der Zerstörungen, die Rohstoffbeziehungen informieren wollen. Irgendeine Koordinierung findet aber offenbar nicht statt.

21. Juni 1945

Geburtstag! Weißbrot, schöne Blumen von mehreren Seiten. Den Auftrag für die Erzeugung von fünf Tagesrationen Erntebindegarn aus vorhandenen Rohstoffen haben wir jetzt in Aschaffenburg erhalten. Varda empfängt uns im Stehen ohne

jeden Gruß. Aber die Amerikaner in Aschaffenburg nehmen ihre Arbeit ernst. Sie arbeiten sorgfältig, sind aber sehr mißtrauisch.

22. Juni 1945

In der Tagesbesprechung im Werk gab es viele neue Fragen³⁶. Wir müssen erreichen, daß bei der bevorstehenden Wiederaufnahme des Bahnverkehrs zwischen Aschaffenburg und Miltenberg auf die Bedürfnisse des Werkes Rücksicht genommen wird. Notfalls müssen Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten für weiter weg wohnende Gefolgschaftmitglieder geschaffen werden.

Der Oberlandrat will uns bei der Zuteilung von Fahrradreifen und -schläuchen aus noch vorhandenen Beständen unterstützen. Mit einer Neuanlieferung ist vorerst nicht zu rechnen.

Für die Einsetzung eines Betriebsrates oder die Heranziehung von Gewerkschaften zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Betrieb ist eine behördliche Einwilligung nicht zu erwarten. Es werden aber auch keine Einwendungen gegen die Herausstellung gewisser Vertrauenspersonen der Belegschaft erhoben.

220.000 deutsche Kriegsgefangene sollen für Aufbauarbeiten in Frankreich eingesetzt sein. Aus dem französisch besetzten Gebiet kommen beunruhigende Nachrichten über völlige Ausplünderung. Sehr zahlreiche Besatzung, die im Land ernährt werden muß.

23. Juni 1945

Vits und Schmekel sind aus Elberfeld zurück. Die Engländer streben an, VGF als Dutch controlled zu beweisen, die Amerikaner behaupten einen beherrschenden deutschen Einfluß auf die Aku³⁷.

24. Juni 1945

Die französische Zone soll aus Rheinpfalz, Saargebiet, Baden und Vorarlberg mit Zugang durch Württemberg bestehen. Bei der Siegesparade in Moskau wurden 200 deutsche Fahnen im Staub mitgezogen.

Das neue Regime in Polen mit drei Präsidialmitgliedern aus allen Gruppen soll durch die USA anerkannt werden, nachdem entsprechend den Vereinbarungen in Jalta freie Wahlen stattgefunden haben.

Funcke aus Elsterberg zurück mit Wagen und Ausweis bis Wuppertal. Alle Patentunterlagen, die Perlonversuchsanlage und die Düsen wurden vorher nach Weissmain geschafft³⁸. Zwischen Amerikanern und Russen wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die Amerikaner sich 160 Kilometer zurückziehen. Ganz Thüringen, der östliche Zipfel Sachsens und die bisher amerikanisch besetzten Teile der Bezirke Magdeburg und Halle werden russisch. 25.000 Quadratkilometer Neubesetzung durch die Russen!

26. Juni 1945

Mit Rathert und Funcke bei Major Marle in Miltenberg. Er war über unsere Ver-

handlungen mit Oberleutnant Varda in Aschaffenburg unterrichtet. Ob der Auftrag auf eine Produktion von zehn Tagestonnen Erntebindegarn erhöht wird, ist noch unklar. Die Untersuchungen über den endgültigen Bedarf seien noch nicht abgeschlossen.

Funcke berichtete über den mit amerikanischer Hilfe erfolgten Abtransport der wichtigsten Teile der in Elsterberg noch vor Kriegsende in Gang gebrachten Versuchsanlage zur Herstellung vollsynthetischer Garne. Der Ausweis des Plauener Kommandeurs wird auch hier anerkannt.

Von dem Dolmetscher des Majors erfahren wir, daß bisher noch keine Kohlen in den hiesigen Bezirk gelangt sind. Frühestens im Herbst könne mit Lieferungen gerechnet werden. Die Brücken- und Schiffsverhältnisse auf dem Rhein lassen noch keine größeren Transporte zu. Ob Kohlen demnächst auf dem Schienenweg zu beziehen sind, wußte man noch nicht. Aber wir hatten den Eindruck, daß durch den über Aschaffenburg nach Miltenberg vermittelten Produktionsauftrag die Einstellung uns gegenüber doch wesentlich aufgeschlossener geworden ist. Oberleutnant Varda in Aschaffenburg hat inzwischen Reiseausweise für Rathert sowie einen erfahrenen Einkäufer und einen Fahrer mit ausreichendem Radius ausgestellt.

30. Juni 1945

Nachdem Brötz³⁹ jetzt von Elsterberg nach Obernburg gekommen ist, will Rathert die technische Leitung im Werk an ihn abgeben und sich wieder mehr auf die Vorstandsaufgaben zurückziehen. Brötz ist aber nur kommissarisch bestellt. Noch ist nicht zu übersehen, wer in den leitenden Funktionen auf die Dauer zu halten ist.

Auf Betreiben von Rathert hat Wesner die Bildung eines vorläufigen Betriebsrats in die Hand genommen. Der Vorstand hat im Hinblick auf den Produktionsauftrag jetzt zugestimmt. Der Bürgermeister in Erlenbach hat Wesner, der in den letzten Monaten als Polizist eingestellt war, für die Aufgabe im Werk freigegeben⁴⁰.

Obernburg erhält eine Militärregierung

3. Juli 1945

In Obernburg wurde eine Zweigstelle der Militärregierung eingerichtet mit Captain Logan als Chef und Captain Dumic als Industriereferent, Oberleutnant Garcia für Transport. Ich war mit Funcke und Brötz heute drüben. Gute Aufnahme wegen des Headquarter-Auftrags zur Erntebindegarnherzeugung. Dumic war in früheren Jahren bei unserer Tochtergesellschaft American Bemberg in Elizabethtown/Tennessee tätig. Er tauschte mit Funcke, der als Chemiker bei der Schwestergesellschaft American Glanzstoff ebenfalls einige Jahre in Elizabethtown gelebt hat, Erinnerungen aus.

Vor einigen Tagen wurden wir gefragt, ob wir eine Dolmetscherin für Captain Logan stellen könnten. Frl. Dr. Holters hat sich bereit erklärt.

5. Juli 1945

Besuch von Captain Dumic im Werk. Die Militärregierung hat die Weiterzahlung der Gehälter an die Angestellten in der reduzierten Höhe genehmigt⁴¹. Auch an die Familien in Haft Befindlicher dürfen wie an andere nicht Arbeitende Beihilfen – wenn auch nur in gekürztem Umfang – gezahlt werden.

Die Amerikaner transportieren alle Wissenschaftler aus der künftigen russischen Zone ab. Sie sollen angeblich nach USA und England gebracht werden. Auch unser früherer wissenschaftlicher Berater, Prof. Lieser – er war zuletzt noch einige Wochen Oberbürgermeister in Halle – und seine Mitarbeiter sind dabei. Der wissenschaftliche Stab von Röhm und Haas, Dessau, wurde von den Amerikanern bei Stockstadt unweit Aschaffenburg ausgeladen.

Engländer und Amerikaner rücken in ihre Berliner Zone ein. Die Russen besetzen ihr gesamtes neues Gebiet, auch Plauen und Elsterberg. Personal der amerikanischen Militärregierung Plauen trifft zur Unterbringung in Obernburg ein.

Nach allem was wir hören ist die politische Situation gegenüber Rußland noch ganz ungeklärt. Die Russen lassen niemand in ihre Zone. 7,3 Mio. Polen sollen in Ostpreußen, Schlesien und Westpreußen angesiedelt werden.

Parlamentswahlen in England.

Die IG Farben Fabriken in der US-Zone sind von der amerikanischen Militärregierung übernommen. Der Vorstand wurde abgesetzt.

6. Juli 1945

Morgenthau zurückgetreten. Für die USA ist auch nach dem Krieg die militärische Dienstpflicht vorgesehen.

Konferenz Stalin, Truman, Churchill erst in drei Wochen. Die Rationen für die

Bergarbeiter im Ruhrgebiet sind von dem Normalsatz von 1.150 auf 3.400 Kalorien erhöht worden – aus amerikanischen Weizenlieferungen nach Deutschland.

9. Juli 1945

Gestern, am Sonntagnachmittag, erschien eine englisch-amerikanische Kommission, die die Besichtigung des gesamten Werkes verlangte. Es waren, wie die Fragen bald ergaben, Kunstseidefachleute, die den Auftrag hatten, den technischen Stand der deutschen Industrie auf diesem Gebiet zu erkunden und nach besonderen Neuerungen Ausschau zu halten. Der Amerikaner hatte offenbar eine Stellung bei Tubize in USA, der Engländer ist Ingenieur bei Courtaulds in Coventry. Der Amerikaner sprach fließend deutsch. Er hatte zwei Jahre in Heidelberg studiert.

10. Juli 1945

Funcke war in Frankfurt, um bei anderen Industriefirmen Erfahrungen und Eindrücke zu sammeln. Es geht niemand besser als uns. Allenthalben Abwarten und Unsicherheit.

Brötz hat noch einmal klargestellt, daß der Kontakt zur Obernburger Militärregierung für das Werk und die Werksangehörigen ausschließlich bei mir liegt. Zu viele Gesuchsteller und ungeschickte Anträge gefährden sonst die Vertrauensbasis dort.

14. Juli 1945

Oberleutnant Garcia wird unseren Antrag auf Zuweisung von 30 deutschen Kriegsgefangenen für den Einsatz im Werk an das zuständige Militärkommando (6. Armee) weiterleiten. Er rechnet sicher mit Genehmigung.

17. Juli 1945

Auch Cpt. Dumic fragte heute, in welchem Umfang frühere Mitglieder der NSDAP in der Verwaltung des Werkes Obernburg beschäftigt seien. Wir sollen möglichst bald eine Liste sämtlicher Parteimitglieder einreichen, und zwar für alle Personen in Werk und Hauptverwaltung, die irgendeine Verantwortung für Entscheidungen und Menschenführung haben, nicht für Arbeiter. Er will dann Fragebogen zustellen.

18. Juli 1945

Über die Preisfestsetzung für unser Erntebindegarn wird eingehend diskutiert. Der Verkauf gehörte bei VGF immer zur Hauptverwaltung. Alle „Zuständigen“ melden sich mit Beiträgen, sehen endlich eine Aufgabe und möchten sich daran festhalten. Nach den Verlautbarungen in den nur örtlich erscheinenden Amtsblättern gelten noch die Preisbestimmungen aus der Kriegszeit. Nur fehlen die entsprechenden Behörden. Wir suchen einen Weg, um den jetzt höheren Gesteungskosten gerecht zu werden. Die Verteilung soll nur im Würzburger Bezirk erfolgen, weil in Aschaffenburg noch Sisalgarnbestände vorhanden sind. Der Leiter

der Ernährungsabteilung in der Regierung Würzburg drängt uns, beim Landesernährungsamt München bzw. dem Headquarter der dritten Armee in der Kohlenfrage vorstellig zu werden. Er hält es für möglich, daß für Kohlenlieferung aus dem Ruhrgebiet Gegenleistungen in Form von Kartoffeln oder Getreide zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn das auch mit Rücksicht auf die Ernährungslage in Bayern – die Einwohnerzahl ist durch Evakuierte usw. ca. ein Drittel höher als früher – kaum möglich erscheint.

20. Juli 1945

Der Kohlenvorrat reicht bei einem Verbrauch von 70 t pro Tag für die Erntebindegarnproduktion nur noch für 15 Tage.

Für Rathert und mich ist von der „Textilleitstelle des Bayerischen Wirtschaftsministeriums“ eine Empfehlung an die zuständigen Stellen der Militärregierung eingegangen, eine Reise nach München zu genehmigen.

21. Juli 1945

Die neue Militärregierung in Obernburg ist bereit, in Zukunft auch die Angelegenheiten des Vorstands, die in den bayerischen Bereich fallen, zu handhaben. Zumindest überläßt man es uns, hier oder in Aschaffenburg vorstellig zu werden. Das erleichtert manches.

Dumic hat nach Stoffen gefragt. Es wurde ihm mitgeteilt, daß anständige Stoffe z. Zt. nicht vorhanden sind, aber in etwa 14 Tagen beschafft werden würden. Es war ihm hinterbracht worden, im Werk lägen genug Textilien, um den ganzen Landkreis zu versorgen. Es sind aber nur zwei Webstühle vorhanden, die ganz einfaches Material herstellen. Er hat Interesse an leichten, hübsch bedruckten Kleiderstoffen.

23. Juli 1945

Mit dem kleinen DKW bin ich mit Rathert nach München gefahren. Auf Empfehlung von Gammert wohnten wir in einer Pension, die sich notdürftig in einem Hinterhaus der weitgehend zerstörten Leopoldstraße ziemlich weit draußen eingerichtet hat.

In der Kohlenfrage haben wir nicht viel erreicht. Die deutschen Behörden sind noch nicht arbeitsfähig. Nach vielem Suchen drangen wir zwar bis zu dem „Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft“, einem „Staatsrat“ Rattenhuber, durch⁴². Er hat uns eine dringende Befürwortung an das Landeswirtschaftsamt Fürth mitgegeben. Zusätzliche Kohleneinfuhren nach Bayern im Kompensationsweg seien aber nicht zu erwarten. Neben dem Eigenverbrauch der Amerikaner müßten zuerst noch andere vordringliche Anforderungen erfüllt werden.

Auf der Rückfahrt bei Pfaffenhofen amerikanische Verkehrskontrolle. Ende und Ergebnis waren nicht abzusehen. In dem Gedränge eines großen Lagerplatzes suchten wir beim Dunkelwerden mit Vollgas das Weite – erleichtert, als uns niemand folgte. Abseits im Hopfenland fanden wir bei Bauern gegen Textilien gute Unterkunft und Verpflegung.

Am Abend des nächsten Tages bei Wertheim – weil badisch einem anderen Militärbezirk zugehörig – nochmals eine Falle. Irgendwo waren SS-Leute entlaufen. Der nachdrückliche Hinweis auf den Dokortitel auf unseren Ausweisen und auf eine Ladung an der Landstraße von pflückenden Bauern erworbener Pflaumen – „perishable goods“ für die Werkskantine – ließ uns loskommen.

24. Juli 1945

Mit Schmekel und Funcke bei Cpt. Dumic, um die angekündigte Denazifizierung zu besprechen. Dumic wünscht eine Liste sämtlicher Parteimitglieder in Positionen, die in irgendeiner Weise Verantwortung, grundsätzliche Entscheidungen und Menschenführung betreffen, d. h. also auch Abteilungsleiter und Meister. Außerdem würde ihn eine Liste sämtlicher Parteigenossen interessieren, Arbeiter sollen jedoch darin nicht enthalten sein. Bis zum 27. Juli sind für alle in verantwortlichen Stellen die ausgefüllten Fragebogen einzureichen. Man will nach und nach alle früheren Parteigenossen, die irgendeine Entscheidungs- oder Führungsverantwortung haben, entlassen. Das würde die völlige Lahmlegung der deutschen Industrie auf lange Zeit bedeuten. Über die praktische Handhabung besteht offenbar auch in der Militärregierung noch keine Klarheit.

25. Juli 1945

Die Amerikaner haben für ihre Zone in Frankfurt bei dem US-Headquarter eine Industrieüberwachungsabteilung (Production Control Division) eingerichtet. Der Leiter ist ein General Frank, Leiter des Stabes Oberst Robinson. Es können „trade associations“ gebildet oder, soweit sie noch bestehen, weitergeführt werden. Diese dürfen aber weder kaufmännisch noch technisch irgendwelche Beschränkungen für den Geschäftsverkehr der Mitglieder auferlegen. Die Mitgliedschaft in den trade associations soll freiwillig sein. Jede bestehende Vereinigung dieser Art soll Neuwahlen abhalten, um sicherzustellen, daß ihre leitenden Mitglieder auf demokratische Weise gewählt sind. Sie müssen von ehemaligen Parteigenossen gesäubert werden. Sie sollen zunächst vor allem statistische Unterlagen über Produktionskapazitäten – soweit solche produktionsbereit oder innerhalb 3 Monaten instandgesetzt werden können –, Rohmaterialien, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Kohlebestände erstellen. Zugleich sollen die Erfordernisse für eine etwaige Produktionsaufnahme genannt und die notwendigen Angaben über Lieferanten, evtl. auch außerhalb der US-Zone, gemacht werden⁴³.

Arbeiter aus den Odenwalddörfern, die zum Gebiet der siebten US-Armee gehören, werden immer noch behindert, nach Obernburg – Bereich der dritten Armee – zu fahren. Wir haben Dumic um Unterstützung gebeten.

27. Juli 1945

Beim Landeswirtschaftsamt in Fürth erfahre ich, daß auf Grund der Dringlichkeitsbescheinigung des Herrn Rattenhuber und des Produktionsauftrages der Militärregierung (SHAEF) die Einreihung unseres Kohlebedarfs in ein Notprogramm erfolgen kann, das ab September unter Leitung einer in Frankfurt z. Zt.

sich bildenden europäischen Kohleverteilungsstelle die Lieferungen steuern soll. Für die Anlieferung kommt nur Ruhrkohle in Betracht. Der Transport soll mit amerikanischen Militärzügen erfolgen. Die Durchführung des Programms wird im wesentlichen dem z. Zt. in Reorganisation befindlichen Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat obliegen. Kohlelieferungen noch für August sind ausgeschlossen, da nur ganz geringe Anlieferungen aus dem Sudetenland zur Verfügung stehen.

Dr. Mengerlinghausen, dem technischen Werksleiter in Kelsterbach, wurden vier Pakete mit Goldplatinspindnüssen übergeben. Damit sind sämtliche Kelsterbacher Düsen, die nach Obernburg verbracht und dort an einem sicheren Ort verwahrt waren, wieder nach Kelsterbach zurückgegangen. Von den Obernburger Düsen fehlen die bis zuletzt benutzten (ca. 9,8 kg Goldplatin). Sie gingen bei den Plünderungen in den Tagen der Besetzung verloren.

28. Juli 1945

Im Obernburger Amtsblatt ist eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach alle Lieferungen und Leistungen an die Besatzungsarmee innerhalb Mainfrankens von der Regierungshauptkasse in Würzburg bezahlt werden.

30. Juli 1945

Es hat sich herumgesprochen, daß in Obernburg Erntebindegarn hergestellt wird. Wir werden von vielen Seiten angesprochen. Abgesandte örtlicher Militärregierungen kommen mit Lastwagen, um Garne abzuholen. Vertreter des Kreises Lichtenfels sind beim Ernährungsamt in Würzburg eingetroffen mit dem Anliegen, aus dem dortigen Kontingent für das Ernährungsamt Coburg etwas abzuzweigen als Geste gegenüber der Stadt, in der unsere Büros in den Tagen der Besetzung Unterkunft gefunden haben. Es waren aber im Ernährungsamt Würzburg gerade fast sämtliche Angestellte aus politischen Gründen entlassen worden und damit die zuständigen Herren.

31. Juli 1945

Cpt. Dumic meinte heute, nach den Listen seien ja bei Glanzstoff besonders viele frühere Pg tätig⁴⁴. Vor 1933 Eingetretene, die gleichzeitig Mitglieder noch anderer NS-Organisationen waren, mußten jedenfalls entfernt werden. Eine Einarbeitungszeit für Nachfolger von drei bis vier Monaten würde aber wohl zugestanden.

Unser Ansatz mit Erntebindegarn ist vom Verbrauch her gesehen nur ein Saisongeschäft. Das wird sich auch auf die Erzeugung auswirken. Wenn wir zu einer Dauerproduktion kommen wollen, müssen wir – solange die Kunstseidenherzeugung noch nicht aufgenommen werden kann – andere Spezialitäten auffinden. Rathert denkt an Säcke, die für die Besatzung und den deutschen Bedarf dringend gebraucht werden. Es sind schon Versuche für Garne mit der geforderten Reiß- und Schiebefestigkeit gemacht worden. Sie sollen nun intensiv fortgeführt werden, damit, vor allem wegen der dringend gebrauchten Kohlen, noch vor Ein-

stellung unserer derzeitigen Produktion eine Entscheidung getroffen werden kann.

4. August 1945

Nach den Auskünften, die Walter in Fürth erhalten hat, ist damit zu rechnen, daß das Landeswirtschaftsamt dort seine Tätigkeit in Kürze einstellt und der gesamte Bereich Bayern von dem Landeswirtschaftsamt München betreut wird. Wir sollten für diesen Fall einen ständigen Vertreter in München haben, der uns wichtige Informationen vermittelt und auch bereit ist, in einem oder anderen Fall aktiv für uns tätig zu werden. Ich habe Herrn Dr. Lante⁴⁵ im Beisein von Rathert gefragt, ob er bereit wäre, neben seiner Tätigkeit bei der Leitstelle für Textilwirtschaft für uns tätig zu werden. Er war damit grundsätzlich einverstanden. Es bleibt abzuwarten, ob daraus in Zukunft ein größerer Auftrag wird. Solange Postverkehr mit München noch nicht möglich ist, können Nachrichten über den Kurierdienst der Bay-Wa Würzburg, in Sonderfällen wohl auch über den staatlichen Kurierdienst an die Adresse der Leitstelle für Textilwirtschaft geleitet werden. Daneben wären die sonstigen Möglichkeiten für Nachrichtenbeförderung – Reisen von Angestellten, Geschäftsfreunden usw. – wahrzunehmen.

Auch Ritzauer war inzwischen bei Carp, „um sich nach Herrn van Vlissingen zu erkundigen“. Carp beklagte die geringen Fortschritte bei der Ankurbelung der Wirtschaft in der britischen Zone. Für sehr dringende Produktionsaufträge der Vereinigten Stahlwerke habe man Zusicherungen über Kohlelieferungen aus den eigenen Zechen bekommen. Trotzdem seien komplette Kohlenzüge unterwegs nach Frankreich umgeleitet worden.

6. August 1945

Zwei Angestellte melden sich bei Schmekel, um – auch für andere – Wünsche zur bestehenden Gehaltsregelung zu besprechen. Es geht in der Hauptsache darum, für die unteren Angestellten das Arbeitseinkommen qualifizierter Vorarbeiter zu erreichen. Schmekel hat die Antragsteller gebeten, auch ihrerseits um Verständnis dafür zu werben, daß die Lebensverhältnisse hier gegenüber denen der Angestellten in den Städten und bei vielen stillgelegten Großunternehmen unvergleichlich besser sind. Gegensätze in der Art der früheren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wollen auch die Vertreter der Angestellten vermeiden.

7. August 1945

Die Produktion von Erntebindegarn mußte heute wegen Kohlenmangel wieder eingestellt werden. Es sind insgesamt etwa 130 to erzeugt worden.

Nach Ansicht von Cpt. Dumic kann etwa in einem Monat mit der vollständigen Räumung des Werkes seitens der jetzt noch einquartierten Truppen gerechnet werden. Er will dafür sorgen, daß auch künftig keine Belegung mehr erfolgt.

11. August 1945

Am Mittwoch, den 8. August, wurden die im Landkreis Obernburg neueingesetzten Bürgermeister in einer feierlichen Vorstellung von der Militärregierung vereidigt. Ich habe mich zur Mitarbeit in einem von der Militärregierung eingerichteten „Advisory Committee“ (Beratender Ausschuß) als Vertreter der Industrie bereit-erklärt. Das Unternehmen braucht dort eine Möglichkeit zum ständigen persönlichen Kontakt. In der ersten Sitzung des Ausschusses gratulierte Reiss⁴⁶ Logan zur japanischen Kapitulation. Logan stellte Antworten zu allen angeschnittenen Fragen in Aussicht. Frühere Pg können nur in Sonderfällen auf Beamtenposten bleiben. Ungerechtigkeiten sind unvermeidbar. Logan erwartet von uns auch Äußerungen über die neueingesetzten Bürgermeister und Beamten. Wir wurden mit Bohnenkaffee und Kuchen bewirtet.

13. August 1945

Im Mitteilungsblatt des Oberbürgermeisters von Aschaffenburg ist eine Botschaft Eisenhowers veröffentlicht:

„... unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wiederaufzubauen...“

Unter „Anordnungen der Militärregierung“ wird mitgeteilt:

„Die Militärregierung ist angewiesen bekanntzugeben, daß über die Frage, Bayern unter russische Kontrolle zu stellen, eine offizielle Diskussion weder stattfindet, noch stattgefunden hat.“

19. August 1945

Bei Hartmann, einem früheren Hotelgeschäftsführer, der in der Siedlung Unterkunft gefunden hat, versuche ich, mein Englisch zu verbessern. Es fehlen ein ausreichender Wortschatz und die solide grammatische Grundlage.

Dienstag und Freitag nun auch noch Russisch-Unterricht bei Frl. Ulrich⁴⁷. Sie gibt sich viel Mühe, aber es fällt schwer, die neuen Worte zu behalten. Immer wieder entfällt das eben Gelernte.

21. August 1945

Im Werk hat nach der Ankündigung vom Juni jetzt eine amerikanische Untersuchungskommission ihre Arbeit aufgenommen. Als Leiter der Rechtsabteilung der Hauptverwaltung werde ich in erster Linie angesprochen. Alle Akten werden erfaßt und wichtige Stücke mitgenommen. Das Interesse geht vor allem auf die Zusammenhänge zwischen VGF und Aku, die Beteiligung an der Kriegswirtschaft und die politische Einstellung der Leitung. Dem holländischen Einfluß steht man mit Skepsis gegenüber. Ziel ist wahrscheinlich die Konzernzerschlagung.

23. August 1945

Sitzung des Beratenden Ausschusses. Major Logan hat mit anderen amerikanischen Offizieren ein früheres KZ besucht und ist von glühendem Haß erfüllt gegen

alles, was Nazi heißt. Bei den Deutschen wächst, je mehr wir darüber erfahren, die Betroffenheit über das Geschehene. Aber die andauernden Denunziationen lähmen bei vielen noch die Bereitschaft zum Umdenken.

25. August 1945

Verhandlungen über das Kriegsgefangenenlager im Werk. Ein junger deutscher Major beweist Haltung. Auch bei den Offizieren der US-Fronttruppen gibt es gute Erscheinungen. Die deutschen Gefangenen im Werk ziehen mit Liedern zur Arbeit. Die Bewacher marschieren im Takt mit.

Die amerikanische Untersuchungskommission hat ihre Arbeit über die Konzernzusammenhänge bei uns vorerst beendet. Die bei uns entnommenen umfangreichen Unterlagen werden in Frankfurt weiter bearbeitet. Auch in Wuppertal haben Befragungen stattgefunden. Wir wissen nicht, was daraus wird.

Manchmal mache ich Pläne für eine Übersiedlung nach Gießen in Vaters Steuerpraxis, wenn es hier keine Arbeitsmöglichkeit mehr gibt. Es sollte aber nicht leichtfertig geschehen. Eine Zulassung als Anwalt wäre in Gießen wohl unwahrscheinlich. Ich habe sicher noch ein Jahr Zeit, die Entwicklung abzuwarten. Wir denken nur ungern daran, einmal hier weg zu müssen. Wir leben nach hinten zum Garten. Unser Sitzplatz, von Blumen umgeben, ist immer wieder eine Freude! Von Gemüseangel wissen wir nichts.

28. August 1945

Rather hat als Pg mit Eintrittsdatum 1933 seinen Wohnsitz nach Wuppertal verlegt⁴⁸ und sucht von da aus nach neuen Ansätzen. Über das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft in München soll versucht werden, Kohlen zu beschaffen zum Dörren von Obst und Gemüse. Aber es gibt in diesem Jahr im Würzburger Raum wegen der Trockenheit kaum Gemüse.

29. August 1945

Über die von der Militärregierung angekündigte Belegung des früheren Russenlagers am Werk mit weiteren 500 deutschen Kriegsgefangenen habe ich heute nochmals mit Cpt. Dumic und Lt. Garcia gesprochen. Beide können nichts daran ändern. Die Gefangenen mußten bisher im Freien lagern, müssen aber für den Winter feste Räume beziehen. Die mit der Organisation befaßten militärischen Stellen hätten auch eine Inanspruchnahme der Werksanlagen gewünscht. Das aber habe die Militärregierung abgelehnt. Es werde nur das Russenlager in Anspruch genommen. Die wachhabenden Posten sollen im Lager selbst stationiert werden. Ihre ständige Unterbringung soll in den umliegenden Ortschaften erfolgen.

30. August 1945

Sitzung des Beratenden Ausschusses. Die politische Unsicherheit läßt keine Initiative aufkommen. Auch fehlt die Beweglichkeit zur Umstellung auf die neue harte Notwendigkeit. Es hat zuviel Enttäuschung gegeben. Nach der Erfassung der letzten seelischen Reserven nun der Rückschlag in Apathie.

2. September 1945

Die japanische Kapitulation wurde auf einem US-Schlachtschiff in der Bucht von Tokio unterzeichnet.

Herrliche Herbstsonne. Wir haben Steinpilze wie noch nie bei Eichelsbach gefunden.

3. September 1945

Fischer⁴⁹ erscheint als holländischer Hauptmann, um Auskunft über das Räumungsgut einzuholen, das auf Verlangen der Berliner Stellen in den letzten Kriegsmonaten noch aus den Aku-Werken in Arnheim und Ede abtransportiert worden war. Die Goldplatindüsen werden ihm mitgegeben⁵⁰.

6. September 1945

Ich habe Cpt. Dumic heute die letzten ausgefüllten Fragebogen von Angestellten des Werkes übergeben und erklärt, daß es sich durchweg um Pg's handelt, die sich nicht aktiv politisch betätigt haben. Der in dem Betrieb eingesetzte vorläufige Betriebsrat habe bereits dafür gesorgt, daß die aktiven Nationalsozialisten aus dem Betrieb entfernt worden seien.

Dumic braucht noch eine Liste der Personen, die seit der Besetzung entweder aus politischen Gründen verhaftet oder ausgeschieden seien. Er müsse damit rechnen, daß die zur politischen Bereinigung getroffenen Maßnahmen nochmals überprüft würden und muß dann dem „Inspector“ eine solche Liste vorlegen können⁵¹.

Cpt. Dumic bestätigte die Funcke auch schon von anderer Seite zugegangene Mitteilung, wonach – über die bisher mehr formale Bearbeitung hinaus – die gesamte Betreuung des Werkes künftig bei der Militärregierung liegen soll. Sie wäre dann auch in der Lage, Initiativen zu Gunsten des Werkes zu ergreifen. Es hat den Anschein, daß damit die Zusammenfassung der bayerischen Interessen weiter gefördert wird und für uns wesentliche Entscheidungen noch mehr als bisher aus dem Zusammenwirken der Militärbükratie der 3. Armee mit den entsprechenden bayerischen Regierungsstellen erfolgen würden. Es wird daran gedacht, eine zukünftige Produktion des Werkes Obernburg an Kunstseide als Kompensationsobjekt für aus der englischen und französischen Zone zu beziehende Stoffe einzusetzen. Cpt. Dumic glaubt, daß für dieses Projekt auch Kohle zu beschaffen sein wird, wenngleich im Moment die Kohlesituation fast hoffnungslos erscheint. Das Krankenhaus in Obernburg ist in den nächsten Tagen ganz ohne Kohle.

Cpt. Dumic ist nach wie vor an unserem Werk aufs stärkste interessiert. Sein Bruder ist heute noch bei der North American Rayon⁵² in Elizabethtown beschäftigt.

Ein kanadischer „Scientific Investigator“, Mr. Larose, besucht die Fabrik.

Noch eine Stunde Kartoffeln ausgemacht. Sie sind wegen des trockenen Sommers alle sehr klein.

10. September 1945

Walter hat in Fürth interessante Unterlagen über die Bemühungen der Militärregierung für Bayern zur Reorganisation der bayerischen Wirtschaftsbehörden erhalten. Zur Lenkung der Produktion und der Verteilung sollen für die verschiedenen Industriezweige in Bayern 13 Landesstellen errichtet werden, die allein berechtigt sein sollen, Erhebungen durchzuführen und Anweisungen zu erteilen. Das Ganze geht zurück auf eine allgemeine Weisung des Hauptquartiers Bayern vom 14. 8. an den vorläufigen Ministerpräsidenten Schäffer. Sie soll die örtlichen Wirtschaftsämter stärken.

11. September 1945

Mit Funcke in Würzburg. Minister Stegerwald, der Regierungspräsident für Mainfranken⁵³, will bayerischer Ministerpräsident werden. Er wirkt wie eine Charaktermaske aus der Vergangenheit, über siebzig aber noch voller Ehrgeiz. Er überreicht uns eine gedruckte Rede. Sie hat Niveau. Sein Anliegen – keine Verhältnismahlen, Männer wählen!

Auch hier wieder die Erfahrung, die deutsche Verwaltung ist noch ganz vorläufig. Durch weitgehende Ausschaltung früherer Pg's besteht ein völliger Mangel an Fachleuten. Ein kleiner Kreis aggressiver Antifaschisten erschöpft sich in der Suche nach Opfern. Die Anwendung formalster Kriterien verhindert jeden konstruktiven Ansatz – eine Wiederholung, ja fast Steigerung der Vorgänge von 1933, doch ohne neue Parole.

12. September 1945

Rathert bemüht sich, Lieferanten für Schwefel zur Herstellung von Schwefelkohlenstoff ausfindig zu machen. Er hat Dr. Lante eingeschaltet, um Lieferungen aus der englischen Zone zu ermöglichen. 3.000 to sollen im Kaiser-Wilhelm-Kanal festliegen, dazu noch über 1.000 to bei Gelsenkirchen. Notfalls müßte durch die höchsten Stellen der Militärregierung versucht werden, ein Kompensationsgeschäft für ausländischen Schwefel auf der Basis Kohle herbeizuführen. Er will auch Prof. Wurster von den IG Farben in Ludwigshafen deshalb aufsuchen.

Unser Sackgarnprojekt soll ebenfalls in München energisch weiter betrieben werden. Funcke und ich werden in den nächsten Tagen dort die zuständigen Stellen ansprechen.

13. September 1945

Diskussion mit Major Logan über die Ziele der amerikanischen Politik in Deutschland. Ist sie auf Behinderung eines Wiederaufbaus gerichtet? Werden wir eigene Initiativen entwickeln oder gar Hilfe erwarten können, wie es der Artikel im Amtsblatt der Militärregierung ankündigt?

Abends im beratenden Ausschuß spricht Logan über den Militarismus. Er sei nicht nur ein deutsches Problem. In den USA seien aber Industrielle, Ärzte, selbst bekannte Ballspieler angesehen als Offiziere. Der Offiziersberuf sein kein Wert an sich. Offiziere seien rasch heranzubilden, wenn geeignete Menschen vorhan-

den seien. Die Entscheidung zwischen den Weltanschauungen werde in Zukunft zwischen USA und Rußland fallen. Ein Angriff der Russen sei jedoch durch die Atombombe vorerst unmöglich geworden. Die Explosion der Bomben in Japan sei in 3.000 m Höhe erfolgt. Noch jetzt gebe es Todesfälle durch die dabei freigesetzte Radioaktivität.

14. September 1945

Major Logan besichtigt die Fabrik. Es ist unverkennbar, wie die Arbeiter inzwischen mehr Abstand von den Amerikanern nehmen. Ist es der Einfluß der Wehrmachtsrückkehrer, ist es Enttäuschung oder einfach der Rückschlag des Pendels?

15. September 1945

Aus einer Zeitschrift für die Militärregierungen:

Der Außenhandel war Deutschlands wichtigstes Aktivum. Er wird vorerst nicht ohne alliierte Kontrolle zugelassen werden und wenn, dann nur mit den Besatzungsnationen.

16. September 1945

Im Rundfunk bei der Wiedergabe eines Philharmonischen Konzerts aus München:

„Die Musik ist die erste ernste Kulturäußerung der Zeit nach dem Krieg – wie 1654!“

Aschaffenburg hat wieder eine eigene Industrie- und Handelskammer. Ihre Repräsentanten bemühen sich um unsere Unterstützung für die Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit gegenüber der auch für Würzburg in Gang befindlichen Neugründung⁵⁴. Man will uns auch mehr als bisher bei der Benzinzuteilung helfen.

17. September 1945

Meine erste Fahrt nach Wuppertal mit einem PKW über Gießen/Siegen – für die französische Zone längs des Rheins gibt es keine Passierscheine – mit Malermeister Reiss, inzwischen Bürgermeister in Obernburg, und dem Beschaffungskünstler Hüchtebrock⁵⁵. Weite Teile der Stadt liegen in Trümmern – fast noch so wie wir sie zuletzt verlassen haben. Die Menschen leben dazwischen.

21. September 1945

Funcke hat zusammen mit Lt. Friedman von der Militärregierung Obernburg bei militärischen Stellen in Frankfurt recherchiert. Nach Aussage des Leiters bei Textile Branch, Lt. Colonel Lewis, den Funcke aus seiner USA-Zeit kennt, soll eine grundsätzliche Änderung in der Besatzungspolitik eingetreten sein⁵⁶. Der deutsche Export soll zur Beschaffung von Lebensmitteln künftig in jeder Weise gefördert werden. Die Produktion von Erntebindegarn schien man in der neuen Lage nicht mehr für erforderlich zu halten. Die Autorität für die Industriepolitik sei

mehr auf die einzelnen Armeen übergegangen. Lewis will einen Offizier nach München schicken, um durch die 3. Armee für das Werk Obernburg Kohletransporte zu erwirken.

2. Oktober 1945

Gammert⁵⁷, hat zum 30. September einen ersten betriebswirtschaftlichen Bericht nach dem Zusammenbruch erstellt. Die Vorräte im Werk an Zellstoff würden ebenso wie bei Schwefelsäure für eine Fünf-Tonnen-Produktion wie im Juli für Erntebindegarn noch für vier bis fünf Monate reichen. Ätznatron und Schwefelkohlenstoff nur für zwei Monate. Was völlig fehlt, sind Kohlen. An Reifenseide und Halbfertigwaren sind noch größere Bestände vorhanden, die noch aufgearbeitet werden. Im September waren im Werk 800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

4. Oktober 1945

Am Sackgarnprojekt wird intensiv weitergearbeitet. Die Sicherung gegen Mäusefraß muß gelöst werden.

11. Oktober 1945

Wegen des Sackgarnprojekts in München. Rattenhuber ist nicht mehr im Amt. Ein Antrag in Deutsch und Englisch für die Zuweisung von Kohle wird aufgestellt. Die Landestextilstelle wird ebenfalls eingeschaltet. Dort möchte man Papiergarn mitverwendet wissen, um die Produktion von Obernburg künftig mehr für textile Verwendung einsetzen zu können. Die BayWa-Zentrale in München rechnet mit der Einfuhr von Sisalgarnen. Es seien in der Welt enorme Lager vorhanden. Die International Harvest Corporation würde als amerikanisches Unternehmen trotz der jeder Einfuhr grundsätzlich entgegenstehenden Schwierigkeiten Wege für den Bezug von Sisalgarnen finden. In diesem Fall würde die BayWa für VGF-Garn wegen des hohen Preises kaum mehr Interesse haben.

Die Leitung der Landestextilstelle hat gewechselt. Ob Dr. Lante stellvertretender Leiter wird, ist noch unklar. Die Organisation der Landesstelle hat eine fühlbare Festigung erfahren. Auf Grund ihrer Stellung im Bayerischen Landesdirektorium für Wirtschaft und ihrer Verbindung zu den zentralen Militärregierungsstellen wird sie maßgeblichen Einfluß auf die zu erteilenden Produktionsgenehmigungen und die Produktionsprogramme haben. Aufgrund unserer Meldungen an die Militärregierung in Obernburg sind bei der Landestextilstelle Unklarheiten über unsere Vorräte und die bisher erfolgten Abgaben entstanden. Es wurde geklärt, daß es sich bei den Beständen beinahe ausschließlich um Reifenseide handelt und daß fast der gesamte früher gemeldete Vorrat jetzt noch vorhanden ist. Die Landesstelle hat die Auflage, unter allen Umständen für die Versorgung von DP^s⁵⁸ größere Mengen Textilwaren bereitzustellen. Es müsse alles versucht werden, um für dieses Programm auch RT-Seide aus Obernburg in irgendeiner Weise einzusetzen.

16. Oktober 1945

Die früheren Pg in verantwortlichen Stellungen müssen nun alle die ausgefüllten Personalfragebogen an die Militärregierung in Obernburg abliefern. Für das Werk ist das schon früher geschehen. Ich habe heute meinen Fragebogen übergeben. Ritzauer hat als Mitglied des Vorstandes und Nicht-Pg die „Bescheinigung des unmittelbaren Dienstvorgesetzten“ über die Richtigkeit der gemachten Angaben unterschrieben.

17. Oktober 1945

Nachdem die Firma auf Grund der Auflagen der Militärregierung am 15. Oktober meine Entlassung wegen früherer Parteizugehörigkeit aussprechen mußte, habe ich in einem Schreiben an den Landrat in Obernburg Gegenvorstellung erhoben⁵⁹. Das Ergebniss bleibt abzuwarten.

18. Oktober 1945

Heute haben wir das „große Permit“ für die Herstellung von Kunstseidengarn für Bekleidungszwecke, Säcke und Erntebindegarn erhalten. Die Instandsetzungsarbeiten können weitergehen, um, wenn möglich, zum Jahresanfang wieder mit einer Produktion zu beginnen. Noch fehlt vieles – vor allem Kohle.

Funcke hat an einer „Textiltagung“ der Militärregierung in Heidelberg teilgenommen⁶⁰. Alle Beschränkungen im Interzonenverkehr der westlichen Zonen sollen in Wegfall kommen. Ausgenommen sind aber nicht nur Lebensmittel, sondern vor allem auch Kohle, Brennholz, Glas, Petroleum, Öl und Schmierstoffe, Zellstoff und Papier, Fahrzeuge, Textilien sowie Leder und Schuhe, die alle nur mit Genehmigung des Hauptquartiers in andere Zonen verbracht werden dürfen.

Die einzelnen Armeen und die Landesregierungen sollen keine Anordnungen über Verkäufe, Beschlagnahmen, Produktion etc. mehr geben dürfen. Dafür ist in Zukunft nur noch die Militärregierung zuständig. Es wird jetzt auch Baumwolle importiert. 15.000 Ballen sollen bereits in Mannheim und 4.000 in der französischen Zone eingetroffen sein. Das bedeutet für unsere Industrie mit ihrem hohen Kohlebedarf eher wieder eine Verminderung der Aussichten.

26. Oktober 1945

Cpt. Dumic übergab mir heute einen Auftrag der Militärregierung für Bayern zur Herstellung von „synthetischer Wolle“ für Decken. Gemeint ist offenbar Zellwolle, die aber in Obernburg nicht hergestellt werden kann. Die Landestextilstelle in München hatte sich bereits um die Umstellung auf Sackgarne oder Erntebindegarn bemüht. Die Anweisung für die Kohlebereitstellung soll bereits ergangen sein.

In der gestrigen Sitzung des Beratenden Ausschusses der Militärregierung wurden nochmals einzelne Fragen zum Denazifizierungsgesetz behandelt. Die Militärregierung deckt in allen Fällen die Entscheide des Prüfungsausschusses und führt lediglich die Benachrichtigung im Sinne dieser Entscheidung aus. Unterschiede auf Grund des Eintrittsdatums in die NSDAP werden nicht mehr gemacht. Maßgebend ist allein die politische Aktivität.

6. November 1945

Gestern habe ich meine Beschäftigungserlaubnis von der Militärregierung bekommen „screened by the Special Branch“.

15. November 1945

Cpt. Dumic teilte uns vor zwei Tagen mit, daß nach einer amerikanischen Zeitung die französische Regierung die Bereitstellung des Glanzstoff-Werkes Obernburg für Reparationszwecke gefordert habe. Nähere Nachrichten liegen bei der Militärregierung noch nicht vor. Major Logan meinte, eine ernsthafte Besorgnis brauche noch nicht zu bestehen.

16. November 1945

Wie von Logan bereits angekündigt, erschienen gestern zwei Offiziere eines höheren amerikanischen Stabes, Lt. Colonel Rothrock, Lt. Bocher, und Mr. G. N. Street. Die beiden ersten gehören der Consumer Goods Section Chemical Branch vom Hauptquartier in Höchst an. Mr. Street ist Sachverständiger für Gummifragen, der von Firestone Acron kommt. Er ist mit einem Sonderauftrag nur für einige Wochen in Deutschland tätig und hat den wesentlichen Teil der Unterhaltung geführt. Aufgrund genauer Sachkenntnis hat er eingehende Fragen über unsere frühere Produktion, Qualitätsziffern usw. gestellt. Brötz und Pieper⁶¹, der zeitweise dabei war, haben sie einigermaßen beantwortet.

Lt. Col. Rothrock hat an dem Besuch offenbar nur als Abteilungschef teilgenommen, Lt. Bocher erbot sich als verantwortlicher Offizier für die Rohstoffversorgung der Gummiindustrie Hilfestellung für eine etwaige RT-Seideerzeugung in Obernburg zu leisten. Grundsätzlich besteht offenbar nun doch auf amerikanischer Seite ein ernsthaftes Interesse. Die gesamte Situation soll bei einem am 26. 11. in Höchst stattfindenden „Rubber Meeting“ besprochen werden. Ich habe die Anwesenheit von Funcke in Aussicht gestellt.

Im Anschluß an den Besuch der drei Amerikaner kam dann gestern nachmittag auch eine französische Abordnung, zwei Offiziere mit einer Sekretärin. Wie sich herausstellte, waren es Fachleute aus unserer Industrie. Sie waren auch schon in anderen deutschen Kunstfaserwerken und wollten noch weitere aufsuchen. Ob der Besuch in Obernburg mit irgendeinem Interesse gerade an unserem Werk verbunden war, konnten wir nicht klar entnehmen. Hinweise auf die Vorzüge gerade dieser Fabrik und die Betonung der in den letzten Jahren hier vorgenommenen Erweiterungen könnten darauf schließen lassen. Wir haben die üblichen Auskünfte gegeben.

27. November 1945

Erneuter Besuch, diesmal ein Mr. Bender von der Investigation Branch von USFET, in der Dekartellisierungsfrage. Es geht wieder vor allem um das Verhältnis zwischen Aku und VGF. In den Akten von Vits hat man ein Schreiben gefunden, wonach der deutsche Besitz an Aku-Aktien über 60 Mill. hfl. betragen haben soll⁶². Man hat mich auch nach meiner Stellung in Holland während des Krieges gefragt. Van Vlissingen soll sich darauf berufen haben, daß er die Widerstandsbe-

wegung in Holland entscheidend finanziert habe. Warum dann aber die Akubetriebe in erheblichem Umfang weiterproduziert hätten? Ich habe darauf hingewiesen, daß die maßgebenden holländischen Herren in der Weiterführung der Produktion die einzige Möglichkeit gesehen hätten, ihre Produktionskapazität möglichst intakt in die Nachkriegszeit hinüberzuretten⁶³.

3. Dezember 1945

Ein Cpt. Mellor aus Würzburg hat sich nach der Anlieferung der Kohlen und dem Beginn der Inbetriebnahme der Produktion erkundigt. Es waren inzwischen tatsächlich 1.200 to Kohlen angekommen. Anfang Januar soll der Betrieb für Sackgarn in Kombination mit etwas textiler Seide anlaufen. Mellor hat auf eine frühere Inbetriebnahme gedrängt. In diesem Zusammenhang erwähnte er wiederholt Reparationswünsche der Franzosen. Nach Prüfung aller Möglichkeiten, insbesondere auf der Personalseite, hat ihm Schmekel den 15. Dezember genannt. Mellor betonte, daß es in unserem Interesse liege, so früh wie möglich anzufangen. Nach einem am Vortag eingetroffenen Kohlezug ist der Bestand auf 2.700 to angewachsen. Mit einer weiteren Lieferung soll im Januar gerechnet werden können.

12. Dezember 1945

Die Aussichten für einen Fortbestand der VGF-Hauptverwaltung gehen in Wellenbewegungen – z. Zt. wieder einmal etwas nach oben. Aber die nächsten Monate müssen die Entscheidung bringen. Jetzt bangen wir für Obernburg wegen der französischen Reparationswünsche. Meine persönliche Arbeitserlaubnis habe ich erhalten.

24. Dezember 1945

Major Logan kommt am Nachmittag in unser Siedlungshaus. Frl. Holters hatte den Weihnachtsbesuch angekündigt. Das kleine Päckchen, das er überreichte, enthielt zu Inges großer Enttäuschung nur eine rotemaillierte Puderdose! Aber es war viel guter Wille dabei.

28. Dezember 1945

Nach einer Sitzung bei USFET sind neue Richtlinien über die Einschaltung der Militärregierung in die Denazifizierung in der amerikanischen Zone erlassen worden⁶⁴. Das gesamte Verfahren soll jetzt endgültig den deutschen Prüfungsausschüssen übertragen werden. Die Militärregierung wird – von Ausnahmefällen abgesehen – nicht mehr selbst in die Entscheidung eingreifen. Cpt. Domic hat bereits dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Pfarrer Fäth, eine Liste von Fällen zugeleitet, bei denen der Prüfungsausschuß die Weiterbeschäftigung zugelassen, die Militärregierung aber auf Grund ihrer formalen Anweisungen die endgültige Entlassung ausgesprochen hatte. Mit der Genehmigung zur Weiterbeschäftigung werden auch die Bankkonten entblockiert werden⁶⁵.

4. Januar 1946

Im Beratenden Ausschuß der Militärregierung berichtete der Landrat gestern über das neue bayerische Gesetz über die Denazifizierung. Die Prüfungsausschüsse werden aus Vertretern der drei Parteien (Christl. Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten) bestehen. Ein Vertreter des Landrats soll den Vorsitz führen. Die gleiche Beteiligung aller Parteien ohne Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Stärke in dem betreffenden Bezirk ist nicht glücklich, aber im Gesetz festgelegt.

Bei den kommenden Gemeindewahlen können Personen, die nach dem 1. 5. 1937 Pg's geworden sind, nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden, soweit sie nicht Amtsinhaber oder Aktivisten waren. Es können also auch von der Militärregierung als Parteigenossen zunächst abgesetzte Bürgermeister wiedergewählt werden.

14. Januar 1946

Funcke berichtet nach einer Reise in Süddeutschland, daß im Bereich der 7. US-Armee die Empfehlungen der deutschen Prüfungsausschüsse von den Militärregierungen noch immer nicht als endgültig angesehen werden und auch bei uns noch Überprüfungen durch übergeordnete Kommissionen zu erwarten sind. In Frankfurt sind bisher sämtliche Vorstandsmitglieder von Industriegesellschaften, die überhaupt in der Partei waren, trotz Empfehlung durch den deutschen Ausschuß abgelehnt worden. An anderen Orten sind frühere Wehrwirtschaftsführer sogar bei Ablehnung durch den deutschen Ausschuß bestätigt worden.

15. Februar 1946

Major Logan ist zurückberufen. Die Entwicklung seiner Einstellung zu uns in diesen so entscheidenden Monaten zeigt, eine wie starke Wirkung menschliche Einflüsse aus dem „alten Europa“ und die Mentalität auch des besiegten Volkes doch noch haben können⁶⁶.

Deutsche Politik unter der Besatzung

Die ersten deutschen Zeitungen

24. Februar 1946

Ich hatte aufgehört zu schreiben, weil die äußeren Ereignisse allein eine Chronik nicht rechtfertigen und ich immer noch Hemmungen habe, Persönliches festzuhalten. Gewohnheit der Vergangenheit und die ungewisse politische Zukunft lassen es nicht geraten erscheinen, das Eigene zu fixieren. Trotzdem erweisen manche Zeugnisse aus den hinter uns liegenden Monaten und Jahren, die da und dort in Erscheinung treten, daß nur sie die unmittelbare Anschauung wieder wachrufen können in einer Zeit, die so angefüllt ist mit schicksalhafter, sich überstürzender Entwicklung. Das Tagebuch zwingt zu schärferem Durchdenken der Probleme. Eine Niederschrift klärt bei genügender Selbstkritik. Daraus der Entschluß, den Faden doch wieder aufzunehmen und eine laufende Darstellung der bestimmenden persönlichen Eindrücke zu geben.

25. Februar 1946

Es gibt wieder deutsche Zeitungen, in Aschaffenburg seit Anfang des Jahres das „Mainecho“. In einem Bericht über „Glanzstoff-Elsenfeld“ war davon die Rede, daß im Werk Fallschirmseide hergestellt worden sei. („Rüstungsindustrie“!) Wir haben für Berichtigung gesorgt und deutlich gemacht, daß während des Krieges nur die vorher schon produzierten Kunstseidengarne hergestellt wurden.

Seit dem 21. Januar erscheint in Hamburg die Wochenzeitung „Die Zeit“. Endlich werden unsere Probleme öffentlich angesprochen.

„Es gibt die Theorie, daß alles „von selbst“ in Ordnung kommen, daß also anders ausgedrückt, eines Tages die Produktion wieder voll anlaufen, die Gesundung der Wirtschaft sich durchsetzen werde. Das ist der alte Glaube an das Wirtschaftswunder, der, als Requisite der liberalen Epoche, solange man noch an die wirtschaftliche Allmacht der privaten Initiative glauben konnte, wirtschaftlich epochemachend gewesen ist und ja auch ganze wirtschaftliche Epochen heraufgeführt hat. Heute aber, da Planung und Lenkung das wirtschaftliche Getriebe beherrschen, ist ein solcher Wunderglaube nicht mehr zeitgemäß. „Von selbst“ wird sich der Nebel nicht verflüchtigen... den die wirtschaftliche Situation gelegt hat... zuerst muß die Geldfülle beseitigt werden, denn das ist die wichtigste Vorbedingung.“

Eine Anzahl Zeitschriften ist auch wieder da, erstaunlich zahlreich eigentlich. Die „Auslese“ – nach Reader's Digest aufgezogen – bringt Kurzbeiträge aus der amerikanischen Literatur. Einiges ist interessant. Aber nur wenig kann uns angehen. Die „Amerikanische Rundschau“, amtlich nach Kräften gefördert. Die ausführlichen Beiträge aus amerikanischem Geistesleben interessieren als Äuße-

rungen einer Zivilisation und Kultur, von der wir lange hermetisch abgeschlossen waren und die nun den Anspruch erhebt, bestimmend zu sein. Sie vermitteln eine Ergänzung des Weltbildes und machen eine Auseinandersetzung mit dem notwendig, was uns – vom scheinbar gesicherten Standpunkt der Sieger her mit dem Anspruch naiver Allgemeingültigkeit angeboten – für unsere deutsche Wirklichkeit doch häufig fremd und überheblich anmutet.

Mitarbeiter der früheren „Frankfurter Zeitung“ sammeln sich in der „Gegenwart“, Freiburg, um in halbmonatigen Abständen über Deutschland auszusagen, wie es jetzt ist, wie es dahin kam, wie es vielleicht werden könnte. Es ist ein besonderes Erlebnis, wieder ein journalistisches „Niveau“ zu erfahren – wie es früher mit „FZ“ zu umschreiben war. Das Ergebnis kann zunächst nur ein Beitrag zur Klärung sein, eine bürgerliche Bemühung – „objektiv“!

27. Februar 1946

In Würzburg immer wieder der erschütternde Eindruck einer völlig zerstörten Stadt. „Distelhäuser Bierstube“ – eine notdürftig abgedichtete Ecke im Erdgeschoß eines ausgebrannten Hauses, schmutzig-grauweiße Kalkwände, ein paar Brettertische und Bänke, Reste von Kartoffeln und Kohl, Bier gerade zu Ende, der dünne Kaffee mit dem faden Korngeschmack aus den Wartesälen der Kriegsjahre. Die Menschen sind Durchgangsreisende aus dem deutschen Winter 1945/46, die auf dem Bahnhof nicht wußten wohin in dem nieselnden Schneeregen mit Sack und Pack, grau, stumpf, gleichgültig – bis auf ein junges Paar, das von hoffnungslosem Hin- und Hergeworfenwerden erzählt. Er schlacksig, „bel ami“ im Armutskleid, sie hellblond, aktiv, verschmitzt, Lebens- und Liebeswillen vor aussichtsloser Zukunft. Am Juliusspital und an wenigen anderen Stellen der Innenstadt sind Bemühungen im Gang, Dächer instandzusetzen. Eine Ankündigung „Kaffee – Gasthaus“ verleitet zum neugierigen Nähertreten hinter leere Fassaden verbrannter und zusammengestürzter Häuser. In einer Ecke ist dann eine notdürftige Mauerung zu erkennen mit etwas anspruchsvollerer Fenstergestaltung, noch mit Kalk bespritzt – ein Pappschild „Demnächst“. Über Mauerreste in ein zusammengeflicktes Kellerlokal. Im Hinterraum, nur einige Quadratmeter groß in einer Ecke ein Haufen Steckrüben mit ein paar Lauchstangen daneben. Die beiden Aborte haben je einen qm, mit einer alten Wolldecke von $\frac{3}{4}$ Höhe als Abschluß dazwischen!

1. März 1946

Die gegenwärtige parteipolitische Situation – in der Hauptsache eine Art Wiederauftreten der linken Hälfte der Weimarer Republik – ist nur ein Anfang. Die Entscheidung zwischen „Diktatur des Proletariats“ und „Liberaler Demokratie“ muß vor allem in der zunächst zahlenmäßig so starken SPD fallen. Die KPD versucht, durch die Propagierung der einheitlichen „Arbeiterpartei“ die SPD zu zerschlagen – in der russischen Zone durch die formelle Zusammenlegung von SPD und KPD bereits weitgehend in Durchführung. Paritätische Zusammensetzung der Ortsausschüsse. Die Kommunisten werden versuchen, Wahlen schrittweise nur dazuzulassen, wo sie ihres Erfolges nach der Sozialisierung der Betriebe sicher sind. Die

Verdrängung der früheren Betriebsleitungen in elastischer Taktik von Fall zu Fall beweisen auch die neuen Nachrichten aus Seehof. Demgegenüber geht die SPD im Westen, vor allem in der US-Zone darauf aus, möglichst weite Kreise des mehr oder weniger verarmten früheren Bürgertums heranzuziehen unter teilweise offen ausgesprochener Preisgabe des Klassenkampfgedankens und des historischen Materialismus, mit Anerkennung der Kirchen und dem Ziel einer parlamentarischen Demokratie. So Staatsrat Carlo Schmid, Stuttgart. Es bleibt abzuwarten, ob die SPD mit diesen ideologischen Zugeständnissen an eine bei ihr bisher schon stark vertretene Bürgerlichkeit – Volksgemeinschaft – auch ihre ausgesprochen proletarische Anhängerschaft halten kann, zumal die KPD bewußt und demagogisch geschickt diesen Zwiespalt ausnutzt. Auch das Sammelbecken „Christlich-sozial“ wird seine Lebensberechtigung durch stärkere Herausarbeitung eigener Zielsetzungen noch erweisen müssen. Eine bäuerlich-bürgerliche Partei wird allerdings vorerst immer ihre Anhänger finden. Eine entscheidende Auswirkung wird dem künftigen Wahlsystem zukommen. Männer-Wahl statt Listen-Wahl wird von vielen gefordert. Sie wäre die wesentliche Vorbedingung für die Fundierung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland und das einzige Mittel, um die schon wieder aufkommende Tendenz zur Bildung von Splitterparteien zu unterbinden. Ob es bei dem allgemeinen Mangel an Persönlichkeiten in den Parteien dazu kommen wird?

3. März 1946

Wir können jetzt nichts wollen über den nächsten Tag und die nächsten Wochen hinaus. Ein Deutschland als politischer Faktor scheint für diese Generation und vielleicht für länger ausgelöscht. Bleibt neben der Hoffnungslosigkeit, gegen die sich jeder Instinkt zum Leben wehrt, nur der Glaube an die vielfältigen geistigen Kräfte dieser Menschen und als politische Vorstellung vielleicht die Erinnerung an die Zeit der deutschen Klassik, in der es auch eine politische Macht für Deutschland als Einheit nicht gab. Doch damals war Europa noch die Welt! Nach dem Erwachen Amerikas und Rußlands im Zeichen der technischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts und erst recht der letzten Jahrzehnte ist die politische Bedeutung Europas drastisch verkleinert. Das muß auch auf die geistige Ausstrahlung zurückwirken. Um die Kultur geht es aber, wenn wir an eine deutsche Zukunft denken.

4. März 1946

In der englischen Zone Herabsetzung der Rationen von 1550 auf 1014 Kalorien – Hungergrenze –, in der amerikanischen Zone erst für Mai angekündigt. Die drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone haben eine Zusammenlegung aller Vorräte für alle Zonen vorgeschlagen, was die Militärregierungen jedoch abgelehnt haben, da nichts damit gewonnen würde.

5. März 1946

Aretz erklärte heute: Die Zukunft Deutschlands kann nur sozialistisch sein. Es hat keinen Zweck, daß die Unternehmer in den nächsten Jahren versuchen, ein kapi-

talistisches Zwangsgebäude unter dem Schutz der Amerikaner aufrechtzuerhalten, um dann nach deren Weggang von einer gewaltsam zurückgestauten Arbeiterbewegung weggespült zu werden. Es gilt, in die zukünftige Form schon jetzt hineinzuwachsen. Ich konnte ihm nur zustimmen. Nur eine stetige Entwicklung kann einen deutschen Sozialismus schaffen, der allen Schichten des Volkes Rechnung trägt und den deutschen Voraussetzungen entspricht. Die Besitzvernichtung des Krieges hat die Entwicklung in einem früher nicht geahnten Maß erleichtert. Vielleicht ist es noch einmal das einzige Verdienst des Nationalsozialismus, auf diesem furchtbaren Weg den russischen Kommunismus von Deutschland fern gehalten zu haben.

6. März 1946

Die Kinder haben sich zur Fastnacht verkleidet. Masken und Klatschen gab es nicht, aber die Fantasie und ihr natürlicher Drang zur Freude haben alle Schwierigkeiten überwunden. Kleider von Eltern und Geschwistern, verschmierte Gesichter, Trubel auf den Straßen unserer Siedlung, 3 Tage lang, so daß auch die Erwachsenen einen Augenblick da und dort Not und Sorge vergaßen. Daß die 16- bis 18-jährigen sich die Lust zum Leben nicht nehmen lassen, ist ein Gesetz der Natur und eine Hoffnung für die Zukunft.

7. März 1946

Ein Gewerkschaftsvertreter spricht im Werk⁶⁷: Die Westmächte sind den Nationalsozialisten nicht rechtzeitig in die Arme gefallen, weil man glaubte, die Kanonen würden nach der anderen Seite losgehen. Die Großindustrie trägt die Kriegsschuld in gleichem Umfang wie Hitler. Sie hat sich auch der Nazis bedient, um die Arbeiterführer in den KZ zu beseitigen. Wachsamkeit ist geboten gegenüber allen, die jetzt von auswärts kommen, um unerkannt die alte Politik fortzusetzen. Das alte Betriebsrätegesetz hatte den Zweck, die Betriebsräte nach und nach zu Trägern der Unternehmungen zu machen. Der neue Gesetzentwurf sieht eine entscheidende Mitwirkung der Betriebsräte in der Produktionslenkung und Personalpolitik vor. Einen zentralen Unternehmerverband werden die Gewerkschaften nicht zulassen. Bessere Arbeitsdisziplin wird verlangt. Die wirtschaftliche Lage hat den Tiefpunkt noch nicht erreicht. Bei der Währungsregelung werden die Sachwertbesitzer nicht den Gewinn machen dürfen. Das Interesse der Arbeiter war nicht sehr groß, die Jungen verließen zahlreich vor Ende die Versammlung. Die kommunistische Tendenz war eindeutig, Bravo-Rufe waren nur bei der Bemerkung zu hören, daß nicht das ganze Volk schuldig sei.

9. März 1946

Die amerikanische Militärregierung in Berlin hat eine Reihe deutscher Kommunisten in Berlin verhaftet, die die Kontrolle der KPD mit Druckmitteln und entgegen den Anweisungen der Militärregierung verwirklichen wollten.

10. März 1946

Es ist gut, daß der Frühling in diesem Jahr so spät kommt. Das aus der russischen Zone und USA versprochene Saatgut ist noch nicht da. In der Landwirtschaft herrscht große Sorge. Ich habe zum ersten Mal in diesem Jahr im Garten gearbeitet. Nun wird durch die nächsten Wochen hin Beet für Beet hergerichtet – ein schönes Gefühl sichtbarer Leistung! Nach der drastischen Herabsetzung der Rationen in der britischen Zone soll es nun auch bei uns weniger Brot geben, dafür allerdings Hülsenfrüchte. Man hat bis nach den Wintermonaten gewartet. Die angekündigten Maßnahmen dienen offenbar auch der Unterstützung des Ernährungsfeldzuges für Europa in USA.

11. März 1946

Mit Funcke in einem der beiden im Werk verbliebenen PKW nach Kelheim und München. Die Zellstoff-Fabrik von Waldhof in Kelheim arbeitet mit 500 Mann⁶⁸. Auch das Zellwolle-Werk, das Kohlen aus dem bayerischen Pechkohlevorkommen im Überfluß hat, ist in Betrieb.

Der Direktor der Zellstoff-Fabrik hat sein Haus für die Besatzung räumen müssen und wurde aus einer durch den Krieg in dieser Region noch kaum berührten Umgebung in ein „Behelfsheim“⁶⁹ verwiesen. Seine Möbel und sein Besitz sind in alle Winde zerstreut. Der Leiter der Waldhof-Forschung aus Johannes-Mühle, der in Kelheim Zuflucht gefunden hat, lebt mit seiner Familie (10 Köpfe) in kümmerlichster Beschränkung. Wird die kommende Zeit überhaupt noch große Unterschiede in der Lebenshaltung zulassen?

Am Montag im Altmühltal Jurafelsen und romantische Burgen, die erste Ahnung der Märzsonne. Ich bin so sonnenhungrig in diesem Jahr nach den vielen grauen Wochen. Es liegt auch in der Zeit mit ihrem Druck auf den Menschen. Aber nun ist es doch noch einmal kalt geworden. Es will in diesem Jahr nicht Frühling werden.

In München gab es wenig Erfreuliches. Im amerikanischen Besatzungsregime versuchen sich die Baumwollinteressenten aus USA durchzusetzen. Laut Befehl der amerikanischen Militärregierung Berlin soll die Kunstfaserproduktion ganz eingestellt werden. Die regionalen Instanzen kämpfen noch dagegen. Obernburg hat vielleicht noch eine Chance mehr wegen der Möglichkeit, Reifengarn und Erntebindegarn herzustellen, aber die Sorgen wollen immer wieder Überhand nehmen.

Mit Gammert hatte ich eine Aussprache über seinen Anspruch, als kaufmännischer Leiter des Werkes alle das Werk irgendwie betreffenden Angelegenheiten nunmehr allein zu bearbeiten.

Soll ich unter diesen Umständen bleiben? Die neuen Steuergesetze mit der drastischen Erhöhung der Einkommensteuer für Bruttoeinnahmen über 12-15.000RM im Jahr nehmen jedes Interesse an höherem Verdienst⁷⁰. Bleibt als Aktivum bei VGF nur das Niveau der Arbeit und die langjährige Verbundenheit mit dem Unternehmen. Eine durch 12 Jahre intensiven Einsatzes gewachsene Bindung bedeutet eben doch mehr als nur einen Broterwerb. Wenn allerdings die

Auflockerung der Zentrale wegen der Rücksichten auf Personen, die jetzt aus politischen Gründen in den Vordergrund gerückt sind und vor allem Lokalinteressen vertreten, von Vits weiter gefördert wird – und ich rechne unter den gegebenen politischen Umständen damit –, dann wird die Mitarbeit im Rest der Hauptverwaltung immer weniger befriedigend. Das Risiko, daß der Konzern später gewaltsam zerschlagen wird, kommt noch dazu. So stehe ich immer wieder vor der Frage, ob es nicht doch besser ist, jetzt zu Vater nach Gießen zu gehen, um seine Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterpraxis zu übernehmen. Aber der Schritt wäre einschneidend, und die ganze Zukunft hängt davon ab. Die Wirkungsmöglichkeiten in Gießen sind auf die Dauer eben doch nur begrenzt. Soll ich schon verzichten? Ich will nach Gießen fahren, um mit Vater zu sprechen. Vielleicht werde ich klarer. Ich glaube, es ist noch zu früh für eine Entscheidung.

16. März 1946

Eine Ausstellung bayerischer Kunst des 15. und 16. Jahrhunderts in München war nach langer Entwöhnung ein großes Erlebnis. Wie packend die gegenständlichen Menschen Dürers! Der „Bogen“, eine neu in München erscheinende Zeitschrift, klein, teuer, etwas snobistisch. Von Ortega y Gasset über Strawinsky bis zu Entwürfen für Bohème-Einzimmergestaltung, Modeskizzen à la Italienne, Genügsamkeitsrezepte. Das Ganze übertrieben, aber anregend, ein urbaner Impuls in der Zeit der Trümmerstädte und der rustikalen Abstumpfung hier.

18. März 1946

Es gibt eine ganze Anzahl auch „gebildeter“ Menschen, die offenbar vor allem aus dem Widerspruch leben. Sie waren damals, als der Nationalsozialismus versuchte, alle Deutschen einem Willen unterzuordnen, dagegen – nicht nur nachträglich und mit dem Mund. Sie sind auch dagegen, wenn Deutschland jetzt die Reaktion des Siegers und der damals unterworfenen Völker auszukosten hat. Nur deswegen, weil sie selbst sich von allen Sünden frei fühlen und die Leiden deshalb nicht mittragen wollen? Es hat nicht diesen Anschein. Eher ist es ein Widerspruchsgeist von Menschen mit starker Betonung der eigenen Person. Sie sehen immer nur einen vorgefaßten Teil der Wirklichkeit. Deshalb ist die Opposition ihre ständige Grundhaltung mit einem jeweils ad hoc bezogenen Standpunkt. Es gibt Abstufungen, aber es wirkt doch sonderbar, aus dem Mund betonter Nicht-Nationalsozialisten von früher heute mit am lautesten die nationalen Parolen zu hören. So hatten sie sich das nicht gedacht. Aber daß die Wirklichkeit immer anders ist als ein individueller Wunschtraum des „Richtigen“, kommt ihnen kaum zum Bewußtsein.

In unwillkürlicher Anpassung nehme ich unterwegs die gleiche Haltung an, die die Menschen auf der deutschen Eisenbahn allenthalben kennzeichnet – schlafend über Gepäck gebeugt oder auf aufgestützten Armen vor sich hinbrütend; automatische Bewegung in der Masse nur, wenn eine äußere Notwendigkeit dazu treibt.

Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Aschaffenburg ist voller Pessimismus. Immer wieder die Frage, ob nicht alle diese scheinbar weltanschaulich-politischen Hemmungen der Besatzungsstellen in Wirklichkeit nur bedeuten „Sie wollen nicht“. Er warnt vor enger Fühlung „Sie werden sich nicht endgültig interessieren und das Land wird dem Osten offenstehen, wenn die Not alle zum Radikalen getrieben hat“. Wird es eine andere Lösung als die der endgültigen Auseinandersetzung zwischen West und Ost geben? Wird die Bildung eines inneren politischen Gleichgewichts in langer Besatzungszeit möglich sein? Immer wieder meldet sich der Zweifel gegen jeden Versuch eines Vorausdenkens. Wir sind nicht mehr Herren unseres Schicksals und werden es für lange nicht sein. Was können dann Voraussagen bedeuten, die doch nur aus der eigenen Perspektive kommen? Alle Theorien der letzten Jahre und alle Folgerungen daraus haben sich als haltlos erwiesen. Es bleibt uns nur das Leben selbst und die tägliche Anpassung an seine Forderungen.

Die Diskussion über die Währung reißt nicht ab. Die Kernfragen bleiben, ob das Eigentum an Sachwerten, Giralgeld oder Notenwert erhalten bleibt, dann aber auch Entschädigungsansprüche für Kriegsschäden und rückständige Forderungen an das Reich anerkannt werden oder ob eine allgemeine Enteignung und Neuverteilung vorgenommen wird. Die Abwertung der Geldnoten auf ein Zehntel und die stufenweise Blockierung der Girokonten erscheinen in jedem Fall erforderlich. Die jetzt vorgenommene Erhöhung der Vermögenssteuer bis zu maximal zweieinhalb Prozent bedeutet bereits eine erhebliche Belastung auch der Sachwerte.

Ich habe immer gefürchtet, daß die Tendenzen zur Aufteilung Deutschlands die Oberhand behalten werden. Auch Clay hat jetzt erklärt, daß die Schwierigkeiten immer größer werden müssen, wenn eine deutsche Zentralregierung nicht bald kommt. Obwohl auf der Potsdamer Konferenz ein einheitliches demokratisches Deutschland beschlossen worden ist, richtet jede Besatzungsmacht in ihrer Zone ihr eigenes Verwaltungssystem ein.

19. März 1946

Von Samstag bis Montag morgen war ich in Gießen. Ich habe mit Vater über den Beruf gesprochen. Ich habe mich nun doch entschlossen, nicht in eine scheinbare Sicherheit zu fliehen, sondern nur dann bei VGF auszuschcheiden, wenn eine vernünftige Position wirklich unmöglich wird – so wenn in Konsequenz der jetzt laufenden „Investigation“ der Konzern doch aufgelöst wird oder sich aus Reaktionen auf meine Zeit in Holland etwa noch unüberwindbare Schwierigkeiten ergeben sollten. Die Unsicherheiten der Zeit – das sozialistische und das industrielle Problem – werden vor allem an der jetzigen Stelle ausgekämpft werden. Das bedeutet für mich das Festhalten an der einmal vorgenommenen Aufgabe der Mitarbeit am „Unternehmen“, solange noch ein vernünftiger Sinn damit verbunden ist. Auch schreckt die zwangsläufige Enge des Arbeitsfelds in Gießen. Für das gegenwärtige Leben bedeuten auch Haus und Garten hier am Main noch viel.

Erfreulich ist, wieviel Aufbau doch wieder zu spüren ist – in Gießen, in Aschaffenburg, da und dort wird ein Haus, eine Fassade, ein Dach hergerichtet. Das Weg-

räumen der Schuttmassen mit Kleinbahnen in der Innenstadt erweckt die Vorstellung von großzügiger Planung von Plätzen und Straßen. Zufällige Reste alter Gasen wecken Erinnerungen an alte Bilder, selten noch irgendwo stehen geblieben, aber doppelt empfunden. Es kommt in diesem Frühjahr doch etwas wie Hoffnung auf gegenüber dem nur Warten auf eine graue, noch in nichts Gestalt gewinnende Zukunft.

Die Züge sind wieder ziemlich pünktlich und fahren häufiger. Gelegentlich gibt es Sitzplätze in wieder hergerichteten Wagen⁷¹. Die Fenster sind zumindest abgedichtet, wenn auch nur selten mit Glas. Aber die Güterzüge voller Ostflüchtlinge erinnern an die Zeit vor vier Jahren, als die gleichen Züge aus Rußland die „Fremdarbeiter“ in den wattierten Kleidern heranschleppten, Zeugen eines zuerst noch unglaublich an uns herandrängenden Elends – damals aus einer anderen Welt.

Das Gewerbe der Friseure scheint mit am raschesten die Kriegsfolgen zu überwinden. Bei „Lamotte“ in Aschaffenburg waren heute alle Arbeitsplätze an der langen Marmor-Waschtafel wieder mit gutwilligen und sauber gekleideten jungen Männern besetzt. Vor einem Jahr mühte sich an gleicher Stelle ein schwindsüchtiger Junge in grauen Stiefeln, im Eilzugtempo die hoffnungslos sich immer wieder auffüllende Reihe überfälliger Wollköpfe nach einem abgekürzten Einheitsverfahren zu scheren, obwohl er es sicher einmal besser gekonnt hatte. Diesmal: Kopfwäsche? Individuelle Wünsche? Kommt doch wieder eine andere Welt?

20. März 1946

In Bayern wird der alte fröhliche Josephstag zum ersten Mal wieder gefeiert. Es war so sonnig, daß wir eine Stunde am Weinberg auf den Steinen saßen.

22. März 1946

Es wird wirklich Frühling, ein warmer, brausender Wind weht den ganzen Tag von Süd-Westen und bringt kräftigen Regen in der Nacht. Die Knospen der Beeresträucher springen auf. Ich habe einige Tage Urlaub genommen und bestelle den Garten. Es macht Freude zu sehen, wie alles nach und nach wieder ein sauberes Bild erhält. Graben, hacken, rechen, düngen aus der Grube hinter dem Haus. Durch rechtzeitige Vorsorge habe ich aus Kitzingen Samen erhalten. Bei dieser Arbeit an der Erde gelingt es, auch im Inneren Abstand zu finden von Sorge und Elend der Zeit. Der Wert des „einfachen Lebens“ wird zur Gegenwart. Wohlige Müdigkeit nach der ungewohnten Anstrengung.

Am Abend entführt eine Erzählung aus dem Leben eines Maultiertreibers in Columbien in Abenteuer der Fantasie. Farbige Natur und Menschlichkeit. Es ist nicht nur der Frühling, der von Zeit zu Zeit den Geist in die Ferne treibt.

27. März 1946

Nach einer Meldung aus New York wird dort damit gerechnet, daß bis 1949 in Deutschland wieder einigermaßen normale wirtschaftliche Verhältnisse erreicht sein werden.

30. März 1946

Fahrt nach Wuppertal. Die Grenzkontrolle an der Zonengrenze ist nur oberflächlich, aber der „Nürburg“ unser alter Wagen mit Holzvergaser, und seine Insassen werden besonders im Siegerland vielfach mit feindseligem Mißtrauen betrachtet.

Die Wohnungspolitik in Wuppertal hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. Meine Gastgeber dort⁷² haben nach längerer Abwehr nun doch noch zwei Leute aufnehmen müssen. Es soll keinen Wohnraum mehr geben, der nicht auch als Schlafraum genutzt wird. Für Parteigenossen wird keine Zu- oder Umzugsgenehmigung erteilt, solange noch Anforderungen von Nicht-PGs vorliegen.

1. April 1946

Die frühere Pseudo-Eleganz in Wuppertal tritt zwischen den Trümmern schon wieder in Erscheinung. Es gibt eine Damenhutmode in den Ruinen, hohe Köpfe, breite Ränder. Da kein Material vorhanden ist, müssen zwei alte Hüte zu einem neuen herhalten. Aus der zwangsläufigen Verschiedenheit der Farben wird dann eine modische Besonderheit – eigentlich kein Boden für Kommunismus! Die Parteien, insbesondere die KPD und die SPD, sind erheblich aktiver geworden. Große Ungewißheit herrscht überall wegen der bevorstehenden „Denazifizierung“, nachdem in der britischen Zone bisher fast nur Einzelmaßnahmen getroffen worden waren.

Frowein⁷³ hat seinen kommunistischen Betriebsobmann wegen unbefugter Lebensmittelausgabe entlassen und wurde deshalb in einer Funktionärsversammlung und in der Partei-Presse heftig angegriffen: „Die Reaktion marschiert“.

Vits hat Hoffnung durchzukommen. Die „Reichsgruppe Chemiefasern“, deren Vorsitzender er war, hatte satzungsmäßig keinen „Leiter“ und war keine eigentliche „Reichsvereinigung“ im Sinne der Fragebogen wie die darüberstehende „Reichsgruppe Textil“. Nachmittags bei ihm in Schwelm. Das nicht zerbombte Haus der Schwiegereltern mit seinem Park – für uns zeitferner Luxus – wird auch von ihm nicht als befriedigend empfunden. Er ist entschlossen, um Führung und Einheit des Unternehmens zu kämpfen.

Der „Economist“ glaubt, daß in einer Zentralverwaltung Deutschlands, wenn sie jetzt eingerichtet würde, die Kommunisten infolge ihrer Aktivitäten – auch ohne eine russische Einmischung – weit über ihren Stimmenanteil hinaus entscheidenden Einfluß erhalten würden und daß dem von den Westmächten nachhaltiger Widerstand nicht entgegengesetzt werden könnte. Für England sei es deshalb zunächst richtig, die Zonentrennung mitzumachen und in der britischen Zone durch Unterstützung der Sozialdemokraten die wirtschaftliche Demokratie englischer Prägung einzuführen. Deren Überlegenheit soll dann das natürliche Übergewicht in der kommenden deutschen Einheit erlangen. Das würde bedeuten: die Zonenteilung beibehalten, um das Ziel der Einheit später umso sicherer zu erreichen. Solche Überlegungen zeigen, wie weit die Einheit Deutschlands – bei jedem Partner der Potsdamer Beschlüsse aus anderen Überlegungen – von der Verwirklichung entfernt ist. Vielleicht sind die Amerikaner noch am ehrlichsten und verfolgen am wenigsten das Ziel, der „Einheit“ möglichst nur ihren Stempel aufzudrücken. Jedenfalls wird es vorerst keinen Friedensvertrag geben!

4. April 1946

Ein Gespräch mit Schmekel. Er ist hoffnungslos pessimistisch für die deutsche Zukunft. Ich gebe die Gefahren zu. Aber wenn der eigene Wille, unter allen Umständen existieren zu wollen, stark genug ist, ist auch Kraft vorhanden. Der subjektive Optimismus ist eine positive Kraft.

Schmekel glaubt nicht, daß bei einer Trennung von VGF und Aku durch Dekartellisierungsmaßnahmen der Besatzung im deutschen Bereich eine Zentralverwaltung für die Werke von VGF beibehalten werden kann. Er befürchtet, daß die einzelnen deutschen Werke mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Anforderungen in den verschiedenen Besatzungszonen juristisch als selbständige Einheiten organisiert werden müssen. Sollte wie angekündigt durch die neuen Steuergesetze das bisherige Schachtelprivileg⁷⁴ aufgehoben werden, wären selbständige Betriebsgesellschaften für die einzelnen Werkseinheiten unter einer zusammenfassenden Holdinggesellschaft wegen rigoroser Doppelbesteuerung nicht durchzuhalten⁷⁵. Denkbar wäre eine zentrale Geschäftsführungsgesellschaft, die ohne Kapitaleinfluß auf vertraglicher Grundlage zentrale Funktionen ausübt. Aber die einheitliche Führung wäre – weil ohne wirkliche Machtgrundlage – damit auf die Dauer doch in Frage gestellt.

6. April 1946

Colonel Davis⁷⁶, im Rahmen der Militärregierung mit zentraler Funktion auf dem Textilgebiet ausgewiesen, hat Ritzauer nach Düsseldorf bestellt. Offenbar wird keine Fühlung mit anderen Mitgliedern des Vorstands gewünscht. Zwei Tage später ergeht ein Befehl der Militärregierung Wuppertal, die Fragebogen für alle Angestellten in leitender Stellung einzureichen. Ein Zusammenhang mit Davis ist wahrscheinlich. Davis hat offenbar vor allem auf Vits und Schmekel hingewiesen. Vits ist z. Zt. in Obernburg. Es ist schwer zu übersehen, inwieweit die mit dem Kriegsende und den unterschiedlichen „formalen Belastungen“ im Vorstand aufgetretenen Rivalitäten mit im Spiel sind. Schmekel überlegt, wie er sich bei der politischen Überprüfung in Wuppertal verhalten soll. Er zögert zu sehr und gefährdet sich dadurch, obwohl gerade er doch wenig zu befürchten haben sollte.

Cpt. Varda will als Lobbyist für uns tätig sein und überreicht einen Vertragsentwurf. Die zunächst vorgesehene Pauschale von 1.000 \$ hat er auf 2.000 \$ erhöht; Einladung in sein – requiriertes – Jagdhaus, ein Beispiel großzügiger Verbindung amtlicher und privater Funktion. Wir müssen noch dazulernen!

7. April 1946

Es ist ein herrlicher Frühlingstag – Pfirsiche, Pflaumen und frühe Kirschen blühen gegen den blauen Himmel. Am Weinberg werden die Schlehenbüsche weiß, Schlüsselblumen, Veilchen und Anemonen kommen. Noch lohnt das Leben immer wieder!

Zeitgemäße Geschichten:

Zwei Hühner bringen pro Monat 30 Eier, bei den Engländern gegen je 5-7 Zigaretten getauscht ergibt 200 Stück = 5,- Mark pro Stück = 1.000 Mark. Der diese Rechnung aufmacht, ist Landwirt. Er braucht nicht zu arbeiten!

Einem Jungen wird Hamsterware abgenommen. „Nicht so schlimm, mein Vater ist auch bei der Polizei.“

Kurt Frowein sollten an der amerikanisch/britischen Zonengrenze 2 Sack Kartoffeln abgenommen werden. Als er ein Textilmuster anbietet, werden ihm von dem Polizisten noch 2 Sack dazu gestellt, die vorher ein anderer dalassen mußte!

8. April 1946

Das neue Denazifizierungsgesetz für Bayern ist jetzt veröffentlicht. Je nach dem Untersuchungsergebnis und der Belastung kommt auch Führerscheinentzug in Betracht. Die untere Instanz stellt sich inzwischen auf die Wegnahme aller PG-Führerscheine ein, um nicht durch eigene Entscheidungen als „Nazifreund“ in Schwierigkeiten zu kommen.

Die Bahn muß wegen Kohlenmangel Züge wegfallen lassen – alle Schnellzüge sind hoffnungslos überfüllt. Aber alle PKW-Fahrten über 80 km sollen zuvor von Würzburg genehmigt werden, „um das Bahninteresse geltend zu machen.“

10. April 1946

Zum Holzkauf im Spessart. Auch die Fuhrleute wollen Kompensationen, zumindest ein Arbeitshemd!

11. April 1946

Korsten kommt mit seinem Entnazifizierungsfragebogen zu mir. Er hat Sorgen wegen seiner Tätigkeit als Textilbeauftragter im ersten Kriegsjahr in Litzmannstadt und wegen des Räumungsauftrags für das Werk Arnheim im September 1944. Wir arbeiten alles gemeinsam durch – er fühlt sich wesentlich erleichtert. Van Schaik⁷⁷ hat auf Veranlassung von van den Bosch einen Brief an die Aku geschrieben, der für Korsten sehr wertvoll sein wird. Aber zunächst kann er Schwierigkeiten bekommen.

12. April 1946

Von der Einheit Deutschlands sind wir weiter entfernt denn je. Rußland sowjetisiert seine Zone. Die Franzosen fordern hartnäckig dauernde Besetzung des Rheinlands und politische Abtrennung des Ruhrgebiets. Es ist nicht abzusehen, wann dafür eine Lösung gefunden werden kann, die Deutschland heißt.

Durch die Verschlechterung der Ernährungslage – nur noch 6.400 Gramm Brot für vier Wochen gegenüber 12.000 Gramm im Winter – und das völlige Stagnieren der industriellen Produktion (Rückgang der Kohleversorgung, aufgebrauchte Vorräte, kein Interzonenhandel) breitet sich auch in der amerikanischen Zone wieder ein tiefer Pessimismus aus.

13. April 1946

Geißler⁷⁸ ist aus München zurückgekommen. Selbst die Beschaffung der für den ganz beschränkten Betrieb erforderlichen Rohstoffe und Betriebsmittel wird immer schwieriger. Bis jetzt erfolgen noch alle Lieferungen aus der Substanz. Es gibt keine nennenswerte neue Produktion. Alle Bemühungen, den Tauschhandel einzuschränken, müssen am objektiven Mangel scheitern. Die Besorgnis ist allgemein, daß sich die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtern wird.

14. April 1946

Die Arbeitsmoral kann sich erst bessern, wenn die noch vorhandenen Geldreserven aufgebraucht sind. Die hohen Steuern werden dazu beitragen. Aber solange der Warenmangel andauert, erlaubt der Schwarzhandel vielen das Ausweichen vor geregelter Arbeit.

16. April 1946

Jung⁷⁹ ist von einem 5wöchigen Aufenthalt in der russischen Zone zurückgekehrt. Er stammt von dort. Es ist nur schwer möglich, ein zuverlässiges Bild von den Verhältnissen zu erhalten.

Die industriellen Kreise und das Bürgertum leiden sehr unter den politischen Verhältnissen – einseitige KPD Herrschaft mit autoritären Methoden, „NSDKP“! Die anderen Parteien haben praktisch keinen Einfluß. Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei ist aber Voraussetzung für irgendeine wesentliche Tätigkeit. Die Kommunisten haben keine Mehrheit, aber sie erfahren keinen Widerspruch. Die industrielle Produktion wird weitgehendst für russische Reparationsforderungen verwendet. Aber etwas bleibt doch für die Deutschen, und es gibt ausreichend Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Für den einfachen Mann sollen die Umstände besser sein als hier. Die Lebensmittelrationen sind im Durchschnitt etwa gleich. Aber es gibt mehr zu kaufen, weil die Russen die industrielle Produktion stärker fördern.

Durch die Festsetzung hoher Steuern ohne Rücksicht auf Gewinne und die Verweisung auf den öffentlichen Kredit soll die Sozialisierung auf kaltem Weg gefördert werden. Autarkische Unabhängigkeit von den Westzonen! Die Russen versuchen, in der Besatzungszeit ihr System so zu festigen, daß es sich später allein durchsetzt. Jung hat die Hoffnung der Menschen, mit denen er dort zusammen war, auf den Westen angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage hier stark trüben müssen.

Dresden ist wegen des Ausmaßes der Zerstörung die traurigste deutsche Stadt – Jung: „Barbarismus der Westmächte“. Jung hat, wie viele, starke Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Demokratie, besonders unter den deutschen Voraussetzungen, und glaubt, daß Deutschland später doch einem autoritären System, d.h. dann dem sowjetischen System, zufallen müsse. Die alte Losung der Nationalsozialisten gegenüber den deutschen Demokraten wirkt noch nach: „Zu viel Reden, zu wenig Taten“. Die industrielle Aktivität in der Ostzone hat ihn beeindruckt. Aber die deutsche „Aktivität an sich“ ist dort offenbar in Gefahr, ganz für fremde Interessen eingespannt zu werden.

Jung zeigt auf einem Schulatlas die Grenzen Deutschlands um das Jahr 1000. Die Ostgrenze zu Polen entsprach mit der Oder-Neiße-Linie genau der auf der Potsdamer Konferenz festgelegten Grenze des jetzigen polnischen Verwaltungsgebiets. Der nun russisch gewordene Teil Ostpreußens gehörte auch damals zu dem nun russischen Litauen. Aber zum Deutschen Reich gehörten damals West-Holland, Lothringen, Burgund und im Süden Oberitalien und Österreich. Das Ergebnis des „Tausendjährigen Reiches“!

21. April 1946

„Erwartet wenig und hofft alles“ – lautete das Leitwort von Dolf Sternberger in einem Vortrag über „die Enttäuschungen dieser Zeit“. Wir sind nicht „befreit“, wir sind besetzt, aber es kann glücklicherweise keine Dolchstoß-Legende mehr geben. Wir sind kein Reich, sondern leben am Rande eines Chaos. Wir müssen uns erst wieder auf uns selbst besinnen, um dann erst etwas Neues bauen zu können. Der Kommunismus bemüht sich, sich der Leere zu bemächtigen, aber der Deutsche ist nicht nur Mensch der Pflicht im Sinn der Bindung im Kollektiv, sondern bis in unterste Schichten, besonders in Süddeutschland, auch Individualist. Wir brauchen die Synthese, und wir haben vielleicht eine Chance, sie zu finden, wenn nicht von außen die Entscheidung nach einer Seite doch noch erzwungen wird.

23. April 1946

Ein Telegramm aus Gießen, Vater ist schwer erkrankt. Damit ist bei seinem Alter die Entscheidung, ob ich nach Gießen gehen soll, endgültig gefallen. Die Einarbeitung in das neue Gebiet ist nicht ohne seine aktive Unterstützung möglich. Nur wenn die weitere Arbeit hier wirklich unmöglich würde, wäre auch ein so mühseliger Weg in Kauf zu nehmen. Ich halte mich an die Hoffnung, wenn es sein muß mit jeder Lage irgendwie fertig zu werden, wenn die Gesundheit erhalten bleibt.

24. April 1946

In Friedberg fuhr ein Salonzug durch, zwei erstklassige Lokomotiven, 10 Pullmann- und D-Zug-Wagen, Richtung Berlin, mit nur etwa 40 alliierten Militärpersonen besetzt.

Die Grenzkontrolle im Norden der amerikanischen Zone zur britischen Zone hin wird sehr streng gehandhabt, vor allem von den Amerikanern sollen Zuwanderungen aus Gründen der Ernährungssicherung in der US-Zone möglichst unterbunden werden. Die Menschen nehmen auch da schon den Weg über die „grüne Grenze“.

Eisenbahner kommen aus der britischen Zone, um Kartoffeln zu hamstern. Sie können ohne Schwierigkeiten in ihrer Dienstuniform auf den Güterzügen mitfahren und dort die Säcke verstauen. Ich helfe in Friedberg beim Aufladen.

26. April 1946

Die Rückführung der Evakuierten aus der französischen und britischen Zone ist im Anlaufen. Glückliche haben ganze Waggons erwischt. Nun fahren sie mit zu-

sammengelegtem „Behelfsheim“, die häusliche Habe aufeinander getürmt, in den Güterzügen mit, z. T. mit qualmendem Öfchen, obenauf die Blumenkästen mit dem schon gepflanzten Grün und ausgegrabenen blühenden Johannisbeersträuchern. Die anderen dürfen nur 100 kg Gepäck mitnehmen. Ihre sonstige Habe, vor allem Möbel, soll bei den Gemeinden bis zu einer späteren Transportmöglichkeit sichergestellt werden. Aber kein Mensch glaubt daran. Die Erbitterung über diese Maßnahmen bei den Betroffenen ist grenzenlos. Zur Regelung der Bevölkerungszahl wäre es ein Leichtes, den Zahlenausgleich durch Umlenkung der Flüchtlingstransporte aus dem Osten vorzunehmen. Die Menschen von dort müssen in jedem Fall von vorn in einer neuen Umgebung anfangen. Für sie bedeutet es nichts, ob dies in Bayern oder irgendwo in Westfalen oder Hannover sein wird. Die Menschen hier, die während des Krieges unter den Bombenangriffen im Westen ihre Heimat verloren und teils in der neuen Heimat Wurzeln geschlagen haben, sollte man dort lassen. Aber viele wollen auch zurück. Da und dort versucht ein verständiger Bürgermeister, bei alten Leuten usw. auszugleichen. Aber meist wird der „Befehl“ stur ausgeführt und das Chaos künstlich vergrößert.

28. April 1946

Kreistagswahl in der amerikanischen Zone. Ergebnis: 50% Christlich-Soziale. Wesner war KPD-Kandidat für den Kreis Obernburg.

Auch für unsere Verwaltung ist die Frage des Bleibens noch nicht restlos geregelt. Schmekel wird in den nächsten Tagen mit dem Wirtschaftsminister in München darüber sprechen. Nachdem Erhard gegenüber Vits in München die Notwendigkeit einer Beibehaltung eines Teils der Konzernverwaltung in Bayern betont hat⁸⁰, glauben wir nicht, daß eine Umsiedlung erzwungen wird; wenn doch, wäre das verhängnisvoll. Die Dezentralisierung der Verwaltung für die amerikanische und die britische Zone ist unter den heutigen politischen Verhältnissen unvermeidlich. Außerdem ist eine Unterbringung von 200 Menschen in Elberfeld einfach nicht zu schaffen.

Meyerling, ein Angestellter, dem wegen Diebstahls gekündigt worden war, hat eine Großaktion gestartet. Nach der Ablehnung seines Einspruchs durch das Arbeitsamt hat er in München bei dem kommunistischen Sonderminister für politische Befreiung eine Anzeige über Nazi-Politik bei VGF erstattet. Das Arbeitsamt Aschaffenburg muß einen Sofortbericht liefern. Der Betriebsrat erhält die Aufforderung, die Fragebogen aller leitenden Angestellten und Betriebsratsmitglieder einzureichen. Schmekel und Gammert fahren mit Wesner nach München.

29. April 1946

Gestern ist der Beraterausschuß der Militärregierung in Obernburg zum letzten Mal in formeller Sitzung zusammengekommen. Seine Aufgaben seien jetzt weitgehend auf die deutsche Verwaltung übergegangen. Die Mitglieder sollen aber weiter mit der Militärregierung persönlich Fühlung halten.

30. April 1946

Die neuen Meldebogen aufgrund des deutschen Gesetzes über Denazifizierung wurden heute abgegeben. Zugehörigkeit zum „SA-Reitersturm“ ist nach Mitteilung aus Kelsterbach auch anzugeben. Also habe ich es erwähnt. Wir sind gespannt, wie die ganze Aktion weiter verläuft.

2. Mai 1946

Nachdem sich die Rohstoffanlieferung in der zweiten Aprilhälfte geringfügig gebessert hat, wurde heute die Produktion im Werk wieder mit 5 Tagestonnen aufgenommen, hauptsächlich für Reifenseide.

5. Mai 1946

Schmekel hat in München in der Frage der Rückführung der Evakuierten bei der Regierung in München wenig Entgegenkommen gefunden. Es handele sich um einen Beschluß des Ministerrates. Die sozialen Folgen interessieren nicht.

Die Währungsreform wird für Herbst erwartet, wenn die Ernte eingebracht ist und mit neuem Geld eine erhöhte Ablieferung erwartet werden kann.

6. Mai 1946

Mit Funcke nach München. Wir halten in Rothenburg o. d. Tauber. Das Hotel „Eisenhut“ ist wieder in „friedensmäßigem“ Betrieb. Nur die Rationen sind mit der Briefwaage gewogen. Eine Vorkriegshotelumgebung, die fast geisterhaft anmutet. Die Menschen sind wie Schemen aus einer anderen Zeit.

Die Desorganisation in den Ämtern in München ist erschreckend. Sehr viele Nichtbayern – Berliner Ämterdiplomaten –, zum Teil in Äplertracht (Loden mit grünem Besatz und rotgefütterten Taschen) mit unverkennbar norddeutscher Sprache. Dazwischen durchaus anspruchsvoll, aber im Grunde hilflos, einige Urbayern. Viel Gerede, wenig wirkliche Arbeit. Eine Personalpolitik ist nicht zu erkennen.

Die amerikanischen Stellen ziehen sich von dem Kontakt mit den Privatfirmen zurück. Der Ersatz des Militärs durch Zivilpersonen ist im Fortschreiten. Doch war wieder deutlich, daß die wesentlichen Entscheidungen nach wie vor bei der Militärregierung liegen, allerdings in Sphären, die immer schwerer zugänglich sind.

Der für uns zuständige Sachbearbeiter im Wirtschaftsministerium beschwerte sich über die Einzelaktionen der Industrie bei Rohstoffverhandlungen in der französischen Zone. Wir könnten nur erklären, daß es der Industrie gleichgültig sein muß, in welche Zone geliefert wird, wenn nur produziert werden kann und Rohstoffe beschafft werden. Wenn die Ämter nicht wirklich handeln können, bleibt der Industrie nur die Selbsthilfe. Der Unsinn der Länder- und Zonen-Wirtschaft wird immer deutlicher.

Bei herrlich aufklarendem Wetter auf der Autobahn nach Ingolstadt durch das Land der weißen Bauernhäuser, kleinen Kirchen, grünen Wälder und satten Felder zwischen München und der Donau.

13. Mai 1946

Gammert ist von der Leipziger Messe zurück. Potemkinsche Dörfer! Die ausgestellten Modelle von der letzten Messe, Statistiken, Zahlen. Versorgung und Unterbringung sind glänzend organisiert. Ein wirkliches Warenangebot gibt es nicht.

Die Rationen werden noch kleiner Das Gespenst der Rückführung Die Praxis der Denazifizierung

16. Mai 1946

Die Kartoffelzüge im Essener Bezirk werden regelmäßig überfallen und geplündert. Die allgemeinen Lebensmittelrationen werden in der nächsten Periode weiter heruntergesetzt – nur noch 1.000 g Brot in der Woche. Wir werden versuchen müssen, uns weiter mit Kartoffeln zu helfen, aber selbst für uns hier wird es sehr schwierig werden. Wir sind ja leider solche Vielesser. Es ist nicht zu begreifen, daß man bei dieser Vorratslage im Winter das Dreifache an Brot ausgegeben hatte.

17. Mai 1946

In der US-Zone wurde ein deutscher Sonderbevollmächtigter für Ernährung bestellt: Dr. Dietrich, vor 1933 Reichsfinanzminister.

Die Rationen in der britischen und US-Zone sollen künftig gleich sein. Stalin hat eine Beteiligung der Ostzone abgelehnt.

Die Außenministerkonferenz über einen Friedensvertrag zwischen Italien und Österreich wurde ergebnislos vertagt. Es war keine Einigung über Triest möglich. Das gilt auch für alle anderen Fragen, wie die Räumung Österreichs, die Aufhebung der Zonengrenzen in Deutschland usw. Es ist nicht abzusehen, wohin die Entwicklung geht, für uns wahrscheinlich bis zur endgültigen – vorläufigen? – Aufteilung Deutschlands. Die Interessen der Westmächte und Rußlands stehen sich so unversöhnlich gegenüber, daß eine Verständigung unwahrscheinlich ist.

Immer mehr Menschen kritisieren die Besatzung und rücken ab. Aber keiner weiß, was werden soll. Wirtschaftlich stagniert fast alles. Die Behörden sind schlecht organisiert und haben wenig Macht. Wo sich etwas bessert, kommen sofort politische Verdächtigungen auf.

19. Mai 1946

Ein herrlicher Weg zur Paradeismühle und über den Hoberg zurück. Die Wiesen sind so bunt wie ich es nur im Alpenvorland gesehen habe.

Kurt Enßlin⁸¹ glaubt, daß eine westliche Demokratie in Deutschland niemals verwurzelt werden kann und daß ein deutscher Kommunismus, der die Intelligenz mit einschließt, die Lösung sein muß. Ich wende ein, daß die damit unvermeidlich verbundene Diktatur mit den nur allzu bekannten Folgen noch zu frisch in unserer Erinnerung lebt.

21. Mai 1946

Vits ist tief pessimistisch. Die englische Methode, nach und nach alle wirtschaftlich wichtigen Positionen abzulösen, schafft eine lastende Atmosphäre dauernder Ungewißheit. Dazu kommen die Bestrebungen von Col. Davis, VGF möglichst auszuschalten und stattdessen Köln⁸² zu fördern und auszubauen. Baumgürtel, unser technischer Leiter im noch stillliegenden Werk Oberbruch wurde wegen angeblicher Nazi-Zugehörigkeit vorübergehend abgesetzt. K. Frowein muß auch endgültig gehen. Beide sind über ihren Kampf für das Arbeits-„Permit“ für ihre Betriebe gefallen. In den englischen Blättern wird im eklatanten Gegensatz zu dieser Praxis der britischen Militärregierung die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Industrie fortlaufend betont.

23. Mai 1946

Cpt. Dumic erklärt, daß noch in fast allen Häusern in Obernburg Glanzstoff-Seide zu finden sei. Aber auch die Gutwilligen scheuen die Ablieferung, weil sie sich nicht öffentlich zu erkennen geben wollen. Bei einem Strickereibetrieb in der Nähe von Aschaffenburg haben wir einen größeren Posten beschlagnahmen lassen. Es gibt mehrere solcher kleinen Betriebe in der Umgebung. Um wenigstens den Geldwert des gestohlenen Gutes zurückzubekommen, lassen wir sie die ihnen laufend angebotenen Posten Seide weiter annehmen, verlangen aber Zahlung des Wertes für uns. Die Plünderer und Hehler behalten den Sachwert und lassen aus dem Garn für sich Textilwaren primitiver Art herstellen. Cpt. Dumichat die Veröffentlichung dieses Angebotes im Obernburger Amtsblatt genehmigt. Es bleibt uns nichts anderes übrig, wenn wir überhaupt einen Wertersatz für unser Eigentum zurückhaben wollen. Ich fahre mit dem Rad über Land, um die Aktion zu organisieren.

27. Mai 1946

Inge tauscht gegen eine blaue Arbeitsjacke nochmals 1½ Zentner Kartoffeln. So werden es 24 Ztr., die wir in diesem Winter und Frühjahr zu vieren verzehren.

28. Mai 1946

Es ist manchmal nicht zu verstehen, wo so viel Arbeit für uns herkommt, da doch nur so wenig produziert wird. Der Umtrieb unter den Menschen ist umso stärker. Jeder hat Nöte und will etwas. An den verantwortlichen Stellen drängt sich das zusammen. Von überall her müssen Einzelheiten zusammengetragen werden, um überhaupt etwas Überblick und Urteil zu erhalten.

30. Mai 1946

Wir sind mit den Kindern und Enßlins nach Heimbuchental gefahren und von dort nach Mespelbrunn gelaufen. Nach einer Gewitter- und Regennacht hellt es auf und wird ein schöner Wandertag im Spessartwald. Zu Mittag marschieren wir auf der Straße im Waldtal und singen seit langem wieder einmal alte Wandervogellieder. „Das Wandern ist des Müllers Lust“ schmettert Eckemar dazwischen – voll

Eifer, daß auch er ein Lied kann, auch wenn er noch nicht versteht, es in den Marschrhythmus einzupassen und immer einen halben Schritt zu früh beginnt!

Zu Mittag gelingt es nach Bestellung in einem von früher bekannten Gasthaus in Hobbach, noch etwas zu essen zu bekommen. Da für jeden nur zwei Scheiben Brot mitgenommen werden konnten – Wochenration 1.000 g – haben wir schon mit einigen trockenen Haferflocken den Hunger zu vertreiben versucht. Aber Brot, auch auf Marken, will man uns nicht geben. Sie müssen noch Getreide abgeben. An einen kurzen Ferienaufenthalt im Juli oder August dort, wie wir es uns vorgestellt hatten, ist nicht zu denken. Alle Räume sind mit Flüchtlingen belegt. Wir wissen wieder, was wir an unserem kleinen Siedlungshaus haben, mit dem Kartoffelvorrat und der regelmäßigen Zuteilung des auf Karten Erhältlichen.

1. Juni 1946

Enßlins haben zwei Zimmer in der Siedlung bekommen⁸³. Was für ein Reichtum bedeutet schon eine solche Küche-Wohnschlafzimmer-„Wohnung“, zumal wenn es gelingt, mit zwei Bettcouches ein gemütliches Eck-über-Eck zu schaffen.

In der Lage, in der wir sind, ist es ausschlaggebend, einen Zusammenhang mit einem Sachwerte schaffenden Hintergrund zu haben.

Glanzstoff kann für Sachwerte Gegenwerte erhalten und wer dazugehört, kann daran teilnehmen, wer nicht, ist der normale Zeitbürger, dem nur durch Zufall oder unter endloser Mühe Kleinigkeiten zukommen⁸⁴.

2. Juni 1946

Eine Sendung „Komm güldner Friede“ bringt Dichtung und Musik aus der Zeit des 30jährigen Krieges. Wie nahe klingt uns Andreas Gryphius' Vision über den Untergang der Stadt Breisach – in einer Stunde sank in Feuer und Brand dahin, was Generationen aufgebaut – Würzburg nur ein Beispiel heute!

Wir sind beinahe erstaunt, so leidenschaftlich bewegte Klageworte zu hören. So stumpf, so hart, so gleichgültig haben wir uns verkapselt gegen das Erlebnis der Vernichtung der letzten Jahre. Es wird viel Zeit vergehen müssen, bis wir überhaupt Worte darüber hören und begreifen werden. Es ist eine Hilfe für den Menschen, daß an einer bestimmten Grenze die Möglichkeit, mitzufühlen, überhaupt aufhört und daß nach der Anstrengung, die wir aushalten mußten, die Entspannung möglichst nur darin besteht, nicht daran zu denken – einen grünen Garten lieben und sich im kleinen täglichen Tun betäuben!

4. Juni 1946

Eine Reise mit Funcke nach München führt wieder über Kelheim und Weltenburg am Donaudurchbruch. Ein starker Eindruck, wie der schnellströmende Fluß seit undenklicher Zeit die mit dunkelgrünen Bäumen überbauten Felsentore passiert.

Mit der prächtig geschmückten Barockkirche von Asam ein weltferner Ort in verzauberter Ruhe.

Die amtliche Szene in München ist unverändert. Viele Menschen treiben ohne Halt um. Ein altes Schlemmerlokal (Schwarzwälder) ruft Erinnerung an Lebensart von früher wach. Aber man fühlt sich nicht wohl dort – nicht nur, weil die Marken-

abgabe für den Nichtbevorzugten außerhalb normaler Möglichkeiten liegt. Die Menschen, die unter Kennwort Einlaß begehren, gehören einer unerfreulichen Sphäre an, die in dieser Zeit überall sich ausbreitet.

Ein freier Wartenachmittag am Tegernsee. Wir steigen durch Bergwald steil zu einem Aussichtspunkt. Ein abendlicher Spaziergang am Ufer des Sees entlang. Im hinteren Teil am Wasser ein oberbayerisches Idyll mit Bauernhäusern und Bergen. Nach Westen ziehen auf dem vergoldeten Spiegel des Sees viele kleine Boote hin – aber überall gehen und stehen Kriegsversehrte ohne Arm oder Bein und die so offenbare Ärmlichkeit der Menschen steht in schmerzlichem Gegensatz zu der Schönheit der Szene.

5. Juni 1946

Der Quartiermeister der amerikanischen Armee hat den Vorschlag gemacht, auch die Forschung auf dem Fasergebiet neu zu organisieren. Das vorhandene Geistesgut soll nutzbar gemacht werden.

Die Schwefelkohlenstoff-Herstellung in Heufeld⁸⁵ ist angelaufen. Auch Schwefelsäure ist in absehbarer Zeit von dort zu erwarten, so daß als entscheidender Engpaß der Zellstoff bleibt. Eine Besserung wird von Waldhof demnächst erhofft. Da Fichtenholz in ausreichendem Umfang fehlt, muß die Fabrik doch auf Buchenholzverarbeitung übergehen und damit von Papier- auf Kunstfaser-Zellstoff⁸⁶. Die Einfuhr skandinavischen Spezial-Zellstoffs für die Reifenseideerzeugung soll versucht werden. Die Aussichten für unsere Industrie erscheinen etwas freundlicher.

7. Juni 1946

Wieder Besuch von zwei amerikanischen Kunstseidenfachleuten im Werk. Sie sind die Vorläufer einer neuen Kommission, die zu einer eingehenden Besichtigung eintreffen wird. Man will sich technisch besonders interessierende Details ansehen. Die Amerikaner hoffen, einen Teil des japanischen und auch deutschen Exportmarktes übernehmen zu können⁸⁷.

9. Juni 1946

Nach dem Scheitern der Außenminister-Konferenz in Paris mehren sich die Gerüchte, wonach die Aufteilung in Ost und West in Deutschland zur Dauer werden soll. Von der neuen Konferenz⁸⁸ werden wohl Entscheidungen zu erwarten sein.

12. Juni 1946

Bahnfahrt nach Wuppertal. Der D-Zug ist stark überfüllt. Das Abstandnehmen von der Besatzung jeder Art ist allenthalben zu spüren. Ab und zu findet sich ein Propagandist für die russische Zone, der aber bei den Mitreisenden auch wenig Vertrauen findet. Das Essen ist das alle wirklich interessierende Thema.

13. Juni 1946

Die Verwaltung in Wuppertal ist in Erwartung der Beschlüsse des städtischen Denazifizierungsausschusses.

15. Juni 1946

Kein Brot in Wuppertal, vor allen Bäckereien lange Schlangen, keine Nahrungsmittel.

Bei der Rückfahrt in Witten kein Zuganschluß. Der vorgesehene Zug nach Gießen ist ohne Ankündigung ausgefallen. Ein halbausgebranntes Hotel nimmt wieder Gäste auf, fordert viele Essensmarken und bietet wenig. Junge Schauspieler sind mit am Tisch, die Abendmahlzeit besteht aus zwei Scheiben trockenem Brot, einem Teller Salat oder einem Teller Suppe. Ich habe noch etwas Kartoffelsalat als Reiseproviant dabei.

16. Juni 1946

„Hallo – ein Junge“ anschließend im Wittener Theater war eine fröhliche Angelegenheit. Der junge Nachwuchs des Ensembles war zwar noch unbeholfen, aber zwei erfahrene Männer „vom Bau“ reißen das Stück heraus. Man hatte es bei der Eröffnung des Theaters im April mit „Leonce und Lena“ von Büchner versucht. Es war kein Erfolg. Die Stadt ist ohne Theatererziehung. „Faust“ Erster Teil, war gerade noch volkstümlich genug. Ein junger Schauspieler, er hat ein Bein im Krieg verloren, ist aber dem Beruf von beiden Eltern her verhaftet, erzählt mir nach der Aufführung als Zimmergenosse im Hotel davon.

Im Zug Studenten auf der Fahrt nach Karlsruhe und Tübingen, fröhlich, hungrig, mit viel Galgenhumor und wenig konkreter Hoffnung. Es müssen immer mehrere zusammenleben, damit sie sich bei der Nahrungsbeschaffung und den Vorlesungen abwechseln können. Liebschaften mit „nahrhaften“ Bürgertöchtern (Metzger usw.) werden als Sport betrieben.

17. Juni 1946

Der Minister für Sonderaufgaben in München fordert Fragebogen für die von Meyerling benannten Namen – darunter für mich⁸⁹. Die Rückführung der aus der britischen Zone Evakuierten steht im Hintergrund⁹⁰.

24. Juni 1946

Wir wissen noch nicht, was aus uns wird. Die Maßnahmen sind so unsinnig, daß ich immer noch nicht an eine zwangsweise Durchsetzung glaube. Aber es ist alles möglich und so muß sich der Verstand damit beschäftigen, für uns selbst und für die anderen „Wuppertaler“ hier. Wer nicht in einem einflußreichen Verbund lebt, ist hoffnungslos der gedankenlosen Schwerfälligkeit und Härte des Behördenapparats ausgeliefert. Wer ausscheidet – und sei es vorübergehend (Denazifizierung!) – muß mit daran glauben. Sollte es dahin kommen, wird es vielleicht doch noch der Anlaß sein, nach Gießen zu gehen.

25. Juni 1946

Beim Russisch-Unterricht gibt es immer wieder Perioden, in denen kein Fortschritt mehr erkennbar ist. Plötzlich wird die Hürde überwunden. Diesmal brachte ein Wechsel in der Methode die Lösung. Wir haben begonnen, eine kleine Ge-

schichte von Turgenjew durchzuarbeiten. Im plastischen Zusammenhang eines interessierenden Textes haften plötzlich auch die Worte, die beim Versuch abstrakten Auswendiglernens immer wieder entgleiten.

26. Juni 1946

Auch Aretz lernt während eines Krankenhausaufenthaltes Russisch. Er meint, sein Englisch reiche aus für den praktischen Gebrauch. Es sei wichtiger, weitere Anstrengungen auf die andere Seite zu konzentrieren! Man kann es auch etwas weniger praktisch ausdrücken: Es gibt zwei Weltsprachen im nächsten Jahrhundert: Englisch und Russisch.

In der amerikanischen Zone sind jetzt auch Untertreuhänder für die Betriebe von VGF bestellt worden, Schmekel und Funcke für das Werk Obernburg, Aretz für Kelsterbach und Reimann für Kassel. Vits wird zwar als von den Engländern in Wuppertal bestellter Custodian für VGF als Gesamtunternehmen angesehen. Es fehlt aber an klaren Abgrenzungen der Befugnisse und Verantwortungen. Tatsächliche Unterschiede der Verhältnisse bei den einzelnen Werken und die Notwendigkeit, vor Ort selbständig zu handeln, aber auch das natürliche Streben, den vorhandenen Freiraum zu nutzen, kollidieren mit dem Bemühen des Vorstands, das Unternehmen zusammenzuhalten. Unklarheiten und Kompromisse sind die Folge. Ein Ende ist nicht abzusehen.

27. Juni 1946

Die Äußerungen Speers in Nürnberg über die Unwahrhaftigkeit Hitlers auch seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber bestätigen die Darstellungen der Feindseite über die bewußte Lüge des Regimes als ständige Methode in der Innen- und Außenpolitik. Welcher Abgrund zwischen kältester Berechnung und Verschlagenheit des „Führers“ und dem tiefen Gefühl des Vertrauens, das er bei vielen Deutschen, nicht zuletzt bei den Frauen, zu erwecken gewußt hat.

28. Juni 1946

Bei Heinz Weitzel⁹¹ in Wiesbaden. Seit Anfang Mai ist er stellvertretender Leiter des Landeswirtschaftsamtes Wiesbaden. Er ist sehr pessimistisch bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Kohleförderung geht zurück bei steigenden Ansprüchen für Reparationsforderungen. Es fehlen – vor allem auch wegen der Denazifizierung – fähige Beamte. Die vorhandenen Mittel sind allenthalben unzureichend, keine Kohle für die Eisenherstellung, kein Eisen für landwirtschaftliche Maschinen, keine Nahrungsmittel für die Bergleute, keine Düngemittel für die Landwirtschaft, keine Schuhe für die Bergleute in den Kaligruben. Man scheut davor zurück, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Die Pumpe zieht nicht, weil der Apparat unzureichend und der Spiegel zu niedrig ist. Der Ausgleich vollzieht sich außerhalb der amtlichen Einwirkung. Wer nichts zu kompensieren hat, geht leer aus. Die Bestechlichkeit in den Ämtern ist entsprechend – wie wohl noch nie in Deutschland!

29. Juni 1946

Einige moderne Doppelzwirnmaschinen aus dem Textillaboratorium wurden wegen ihres technischen Interesses für die amerikanische Reifen- und Textilindustrie durch eine Spezialabteilung des US-Hauptquartiers beschlagnahmt. Die örtliche Militärregierung ist mit dem Abtransport beauftragt. Die Beschlagnahmeverfügung stammte schon vom 22. Dezember vorigen Jahres. Wenige Tage vorher hatte aber nochmals eine eingehende Betriebsbesichtigung durch Fachleute amerikanischer und englischer Konkurrenten stattgefunden⁹².

30. Juni 1946

Captain Dumic geht nun auch. Politische Intrigen, seine Ungewandtheit im Führen und seine geistige Schwerfälligkeit ließen die Dinge dahin treiben, wo Willkür und Cliquenwirtschaft seiner ehrgeizigen Dolmetscherin sie hinlenkte.

3. Juli 1946

Ich bin mit Ulrich⁹³ nach Gießen gefahren, um Mutter zu einem zweiwöchigen Aufenthalt nach Erlenbach zu holen. Gerda versorgt dort inzwischen Vater, der damit auch die Möglichkeit zu etwas Ruhe und Erholung bekommt. Es ist ja fast ausgeschlossen, irgendwo ein anderes Unterkommen für einen Erholungsaufenthalt zu finden. Alle freien Räume sind mit Flüchtlingen belegt, dazu das Ernährungsproblem (zwei Pfund Brot in der Woche) und auch hier knapp werdende Kartoffel.

4. Juli 1946

Der Ankläger der Spruchkammer hat mitgeteilt, daß alle Arbeitsgenehmigungen der Militärregierung bis zum 31. 7. verfallen. Es ist vorgesehen, das Spruchkammerverfahren bis dahin für die leitenden Leute bei VGF durchzuführen. Die Organisation der Spruchkammern in der Idee so richtig stellt sich in der Durchführung doch als sehr schwierig heraus. Leute mit sachlich abgewogenem Urteil ohne persönliche oder parteipolitische Ziele sind für diese Tätigkeit nur schwer zu finden⁹⁴. So droht eine Entwicklung, bei der die radikalen Kräfte die Führung an sich reißen. Sie versuchen, unter dem Motto „Die Großen hängen und die Kleinen laufen lassen“ nicht die großen Nazis auszuschalten, sondern die leitenden Positionen als solche aufzurollen und damit das eigene politische Programm voranzutreiben. Die formelle NS-Zugehörigkeit wird bei dem, der getroffen werden soll, schon als ausreichend für seine Entfernung bezeichnet. Mit dem Nutznießerparagraph ist alles zu machen⁹⁵. Wenn dann noch, wie hier bei uns, die Rückführung der Evakuierten für alle zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht in lebenswichtiger Beschäftigung Stehende im Hintergrund gehalten wird – eine Nervenprobe!

6. Juli 1946

Mit Funcke beim neuen Kommandanten der Militärregierung Captain Jaeger aus Milwaukee, Wisconsin. Energisch, zielbewußt, einfach, intelligent, von unersetzter, gut genährter Statur und nicht unsympathisch. Die Möglichkeit der ungehin-

dernten Aussprache durch Funcke in Englisch ergibt einen schnellen Kontakt, so daß wir glauben, weiter gute Beziehungen entwickeln zu können.

8. Juli 1946

Vits ist sehr zuversichtlich wegen der Denazifizierungsentscheidung für ihn in Wuppertal⁹⁶.

10. Juli 1946

Die Woche ist ausgefüllt mit der Vorbereitung der Unterlagen für die Spruchkammerverfahren in eigener und fremder Sache. Godo Remszhard⁹⁷ hat eine sehr brauchbare Erklärung geschickt. Wie durch glücklichen Zufall wird mir von einer Dolmetscherin der Militärregierung Aschaffenburg jetzt ein Brief von van den Bosch an Captain Varda auf meine Anfrage vom März zugeschickt, der eine klare Bestätigung für meine Hilfeaktionen für die Holländer unter der deutschen Besatzung enthält⁹⁸.

13. Juli 1946

Schmekel ist wie immer in für ihn unangenehmen Dingen Vogel Strauß. Seine Erklärung für die Spruchkammer ist noch im ersten Entwurf. Der „Nutznießer“-paragraph ist für ihn der kritischste Punkt⁹⁹.

Am ganzen Sonnabend Gartenarbeit! Sie nimmt mich neben dem Beruf und dem russischen Unterricht so in Anspruch, daß für Bücherlesen oder Gespräche nichts bleibt. Jeden Abend falle ich todmüde aufs Lager. Aber es ist doch kein schlechtes Leben. Wir sind über die Maßen froh, mit den eigenen Frühkartoffeln jetzt den Anschluß an die Vorräte zu finden.

14. Juli 1946

Auf einem Wurm-pulver-Rezept der IG-Farben – die Salat-Esserei aus den mit Jauche gedüngten Gärten führt immer wieder zu entsprechenden Folgen – eine Diät-Anordnung: „Schlackenarme Kost, morgens nur Weißbrot, Butter und Honig“ usw. Wir essen morgens Kartoffeln, um satt zu werden.

21. Juli 1946

Mit Godo Remszhard habe ich wieder zwei Stunden in seinem bücher- und zeitschriftenüberfüllten Zimmer im kleinen schwiegerelterlichen Haus in Frankfurt debattiert. Ich behaupte, daß die auch von ihm in Anspruch genommene „Humanitas“ Toleranz einschließen muß und daß sich bei der Frage, welche Art von Sozialismus eine Zukunftslösung sein könnte, die Geister daran notfalls zu scheiden haben. Er möchte auf die taktischen Notwendigkeiten der Zeit ausweichen. Aber zunächst muß doch ein klares Ziel festgestellt werden, ehe Taktik und Opportunismus zum Zuge kommen. Godo gibt mir ein altes Reclam-Bändchen „Väter und Söhne“ von Turgenjew mit. Da ich im Russisch-Unterricht eine kleine Geschichte von Turgenjew lese, fesselt mich dieser bekannteste Roman von ihm sehr. Er überwindet die Väter und die Söhne, und der Nihilist Bagaroff mit seinem glänzenden

Intellekt und der stolzen Seele erfährt im Sterben letzte Wirklichkeit. Eindrucks-voll die warme Schilderung der Einzelheiten russischen Lebens um die Mitte des letzten Jahrhunderts.

Ich bin sehr froh, die Verbindung zu Godo wieder gefunden zu haben. Jedes Zusammensein mit ihm bringt eine Fülle geistiger Anregung, und der Gegensatz der politischen Anschauung an einem besonders aktuellen und die Zukunft entscheidenden Punkt stößt an zum ernsteren Nachdenken und zur Klärung der eigenen Position.

24. Juli 1946

Mit dem Spruchkammerverfahren ist es in dieser Woche nichts geworden. Die nur bis zum Monatsende gültigen Arbeitsgenehmigungen sind zunächst bis zur Entscheidung verlängert. Der öffentliche Kläger gefällt sich in der Rolle des undurchsichtigen Großinquisitors. Es ist noch ganz unklar, was das Ergebnis sein wird. Der Vorsitzende der Spruchkammer, Pfarrer Fäth, hat acht Fälle aus unserer Hauptverwaltung – darunter meinen – als einwandfrei „Mitläufer“ bezeichnet. Der Ankläger Janssen will Gammert, der nur ein Jahr NSKK-Mann war¹⁰⁰, in Klasse II einstufen (1 Punkt NSKK, 1 Punkt Ortswechsel, 1 Punkt UK-Stellung, 1 Punkt Nutznießer = 4 Punkte). Wenn es zu einer mündlichen Verhandlung kommt, wird alles sehr sorgfältig vorbereitet werden müssen. Vielleicht sollte ich doch noch einen Anwalt zuziehen, obwohl es mir eigentlich nicht liegt. Aretz rät dazu¹⁰¹.

Mit Aretz in Wiesbaden bei Weitzel und Reuss. Dr. Reuss beim Hessischen Wirtschaftsministerium ist eine erfreuliche Erscheinung unter heutigen Beamten. Er war früher Referent der Reichsgruppe Industrie, ein wirklicher Sachkenner mit vielseitiger Erfahrung und durch und durch sachlicher Einstellung. Er hat alle Arbeitsliteratur eingebüßt und ist froh, von Aretz Ausgaben eigener Bücher wiederbekommen zu können. Wir sprachen lange über die Änderungsbestrebungen in der Sozialversicherung. Die vorgesehene überbetriebliche Zentralisierung würde die besondere Leistungsmöglichkeit sachgebundener Organisationen, wie Betriebskrankenkassen, Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung vernichten.

Aretz hat in Kelsterbach ein Sachprämien-System eingeführt, um die sich katastrophal auswirkende Arbeitsunlust und Versäumnis zu bekämpfen. Die Behörden sehen ohne offizielle Kenntnissnahme zu¹⁰².

25. Juli 1946

Weitzel teilte uns gestern mit, daß die Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung über eine wirtschaftliche Zusammenfassung der beiden Zonen schon sehr weit fortgeschritten sind und bald mit konkreten Maßnahmen zu rechnen ist.

Nachdem der Flüchtlingskommissar in Obernburg entschieden hat, daß Maßnahmen gegen Betriebsangehörige von VGF vorerst unterbleiben sollen und eine Neuregelung angekündigt ist, sind wir wieder optimistischer. Die Einzelbestimmungen für vorgesehene Rückevakuierung sind zwar noch nicht veröffentlicht, Zwang wird aber offenbar kaum noch in Betracht kommen. Damit ist die große

Sorge behoben, bei einer etwaigen Entlassung als Nazi – sei es auch nur vorübergehend – als entbehrlich abgeschoben zu werden. Der Bürgermeister von Erlenbach hatte sich – unter Hinweis auf die bevorstehende Rückführung – bereits geweigert, den für die Rückevakuierung in Betracht Kommenden noch irgendwelche Leistungen seitens der Gemeinde, insbesondere Holz, zukommen zu lassen.

26. Juli 1946

Die Konzernentflechtung wird nur sehr langsam weitergetrieben. Ein Dr. Bauer, früher für den tschechischen Petschek-Konzern tätig, bearbeitet für Länderrat und Militärregierung diese Frage zunächst nur auf dem Kohlegebiet. Die KPD fordert für das Werk Obernburg die Verstaatlichung als Konzernbesitz. Dahinter steht ein rein machtpolitisches Kalkül. Der erneute Zusammenschluß der enteigneten Betriebe – nur mit anderen Figuren in den leitenden Funktionen – wäre schon aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten wie bei den sozialisierten Unternehmungen in der russischen Zone später selbstverständlich.

28. Juli 1946

Von Zeit zu Zeit grassieren Darminfektionen. Dauernde Unruhe, Sorge, unzureichende Ernährung, der Körper ohne Reserven. Jeder Zwischenfall greift ungewöhnlich an.

Ich will 14 Tage Ferien nehmen – soweit es geht. Obwohl „zu Haus“ bin ich praktisch dann doch immer zur Hand.

29. Juli 1946

Drei Mitläufer-Bescheide hat die Spruchkammer bis jetzt erlassen. Die auferlegten Geldbußen von dreihundert bis siebenhundert Mark für wohlbeleumdete Parteigenossen von 1940 werden angesichts der niedrigen Einkommen der Betroffenen in PG-Kreisen als ziemlich schwer empfunden.

30. Juli 1946

Die Prüfung in Wuppertal hat sämtliche Vorstandsmitglieder bestätigt. Das ist ein entscheidender Schritt weiter. Der Zerfall der Führung wurde vermieden. Daß Vits bei seiner formalen Ämterbelastung durchkommen würde, hatte ich manchmal nicht mehr geglaubt. Alle Einsichtigen unter uns sind überzeugt, daß nur er in der Lage ist, das Unternehmen – wenn überhaupt – zusammenzuhalten.

3. August 1946

Wieder in Gießen, um Jan-Eberhard¹⁰³ für zwei Wochen zu uns zu holen. Jeder Esser ist eine Belastung in der genauen Einteilung alles Verfügbaren, aber wenn nicht wenigstens im engsten Familienkreis die Bereitschaft zur Hilfe auch unter Opfern wirksam wird, dann versinkt das ganze Dasein nur in dem auf den Augenblick ausgerichteten Kampf um das tägliche Brot und die möglichst nicht gestörte Sicherheit des kleinsten Bereichs.

4. August 1946

Zwei „Frankfurter Hefte“, die mir Godo Remszhard geschickt hat, erscheinen mir immer mehr als die wertvollste Darstellung unserer Aufgabe, die aktive Gestaltung einer neuen Lebensform, die Christentum, Humanismus und Sozialismus als tragende Werte zusammenfaßt. Aber noch kommt der Wille zum Neuaufbau nur zögernd auf in dem erschöpften Land, dessen Menschen zum weit überwiegenden Teil von den Nationalsozialisten in irgendeiner Beziehung erfaßt waren und sei es in der nur patriotischen Indienststellung für den „Kampf ums Vaterland“. Nach Enttäuschung und Zerfall brauchen sie zuerst eine Besinnung, um langsam einen neuen Weg abtasten zu können. Die Ungeduld der wenigen neuen Führungskräfte stößt auf eine weitgehend stumpfe Masse, die erst langsam zu einem neuen Wollen, über das Tägliche hinaus, erwachen muß.

Wo wie in der sowjetischen Zone äußere Gewalt die politische Neuorganisation vorwärts treibt, entsteht eine Scheinordnung. Daß dabei die gleichen Mittel angewandt werden wie im gerade Vergangenen, macht die Annahme dieser Ordnung für den geistig bewußt Lebenden unmöglich, wenn nicht, wie bei Godo, alte Bindung an ein kommunistisches Ideal oder vollkommener Opportunismus die Hemmung kompensieren. Ob die Masse – wie die Führung drüben es offenbar will – trotzdem in fast unmerklichem Hinübergleiten zu einer lebendigen politischen Kraft geformt werden kann, muß die Zukunft erweisen. Man vertraut offenbar auf den preußischen Typ in der nationalsozialistischen Entwicklung zum Massenmenschen und bedient sich fast zynisch all der bewährten Requisiten. Ein deutscher Beitrag ist so nicht denkbar. Die russische Form wird da, wo sie sich einrichten kann, auf lange bestimmend sein. Sie wird echte Eigenart nicht dulden. So geht in der Tat mitten durch Deutschland die Naht zwischen westlicher und östlicher Lebensform. Die deutsche Aufgabe – wenn es eine solche gibt – wäre die selbständige Synthese, aber erst zu einem Zeitpunkt, der wieder eine eigene deutsche Leistung zuläßt. Die fremde Macht, von woher sie auch kommt, müßte dabei auf den bestimmenden Einfluß Verzicht leisten. Es wird noch lange Zeit brauchen bis dahin, und wir haben nur zu hoffen, daß bis dahin überhaupt noch Voraussetzungen für eine eigene Gestaltung übrig geblieben sind.

6. August 1946

Immer häufiger sieht man auch in den Dörfern die Gestalten und Trachten der Auslandsdeutschen, Menschen, die den Bauern von vor 200 Jahren in vielem heute noch darstellen, weil sie in der Fremde das Erbgut viel zäher und geschlossener bewahrt haben. Eine Sudetendeutsche erzählt im Zug, wie sie einen Teil ihrer Habe vor der Ausweisung von jenseits der deutschen Grenze bei Nacht ins Bayerische zu Deutschen gebracht hatte. Aber dann verweigerten diese deutschen Bauern die Herausgabe ihres Eigentums unter leeren Ausflüchten – „nicht mehr da, geplündert, abgeliefert an deutsche und amerikanische Polizei“. Nicht einmal das Kopfteil der Nähmaschine, die sie als Schneiderin für eine neue Existenz braucht, wird ihr zurückgegeben.

11. August 1946

Der Urlaub ist zu Ende. Vieles in Haus und Garten ist getan. Die Wintergemüse sind nun fast alle gepflanzt, die Hühner beschafft, auch Futter dazu – und etwas Erholung erreicht, soviel, daß „eigentlich“ nun die wirkliche Erholung einsetzen könnte. Aber Schmekel ist schon ungeduldig, und es geht nun wieder weiter.

Die Spruchkammern improvisieren noch je nach Können, Geltungsbedürfnis und Einsicht ihrer aktiven Exponenten. Das Ministerium scheint bemüht, eine objektive Ordnung an die Stelle der politischen Leidenschaft radikaler Elemente zu setzen¹⁰⁴. Wer weiß, wie viel Tradition, Routine und Vorbildung zum Funktionieren einer Gerichtsorganisation gehört, wird die Möglichkeiten für wirkliche Ordnung und Gerechtigkeit nicht überschätzen.

12. August 1946

Wir versuchen immer wieder, so etwas wie ein „normales“ Leben aufzubauen, die Zerstörung und die den Verstand überkommende Hoffnungslosigkeit gegenüber der Zukunft zu ignorieren. Wir vermeiden es, von „Not“ zu sprechen, solange es uns selbst angeht, und erst wenn das Schicksal der Zeit uns aus den ausgemergelten Gesichtern vieler Mitmenschen anspricht, gestehen wir uns für einen Augenblick, wie nahe dauernd die Verzweiflung, der Untergang im Physischen mitmarschieren.

14. August 1946

Besuch bei der Finance Investigation Branch in Frankfurt. Anstelle des früheren Betriebs mit Stößen von Akten und dem Gewimmel deutscher Hilfskräfte nun ein repräsentativer Empfang. Die Besucher dürfen sich nur in Begleitung von Ordonanzen bewegen, die weiß behandschuht, mit weißseidenen Halstüchern zur „air-born“ Elitetruppe gehören und auf Herrengefühle gegenüber allem Deutschen dressiert sind. Der Empfang im übrigen war sachlich höflich, verschlossen, etwas wichtigtuend. Dieser Aufzug überzeugt nicht ganz, wenn man, als dem Amerikaner wesentlich, eine für uns oft reichlich großzügige Formlosigkeit erlebt und in manchem Bereich gerade als erneuernd schätzen gelernt hat. Dieser Formalismus wirkt nicht selbstsicher wie der englische, eher angelernt, wenn auch äußerlich gut studiert.

16. August 1946

Ein erstes größeres Werk über den Nationalsozialismus aus der Nachkriegsperspektive „Führer und Verführte“ von Hans Windisch ist ein Versuch¹⁰⁵. Der Abstand genügt noch nicht. Das Bemühen um die ungeheure Vielfalt der Details drängt das Wesentliche zur Seite. Für die große historische Darstellung ist es noch zu früh. Aber einiges wird doch klarer: Das Versagen der geistigen Elite, der Rückfall in die Barbarei und das Ausgeliefertsein an die Massentriebe – „die herrschende Horde“. Hitler als dämonische Verwirklichung von Geltungsdrang und Massenverführung – Besessener. Das Bild ist noch unklar – das Fehlen der geistigen Elite oder ihre Degeneration –, aber die Folgen sind unabsehbar. Es kann kein neues

Deutschland geben ohne Bildung einer neuen Elite. Wo sind die Möglichkeiten dafür? Windisch gibt wesentliche Teilerkenntnisse.

18. August 1946

Die Russen haben in ihrer Zone begonnen, die größeren Industrierwerke in Kombinat unter russischer Leitung zusammenzufassen, die nur für den russischen Reparationsbedarf arbeiten. Das bedeutet die konsequente Ausschöpfung aller Möglichkeiten dieses Teils Deutschlands für rein russische Zwecke. Der zweite Geldüberhang entsteht nun aus der Bezahlung der Löhne und Lieferungen mit neuem Papiergeld ohne Verbrauchsgüter als Kompensation.

Die Aufteilung Deutschlands erscheint endgültig. Die schon für die nächste Zukunft vorgesehene Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken zwischen der englischen und amerikanischen Zone ist nur ein Symptom für eine schon längst vollzogene Entwicklung. Die Trennung zwischen der Ost- und den Westzonen, hervorgerufen durch die völlig verschiedene innenpolitische Entwicklung, muß mit Riesenschritten zu einer völligen Entfremdung der Deutschen selbst in den beiden Teilen führen. Schwierig wird es auf die Dauer für die Propaganda der KPD, die auf der Einheit aufgebaut war, solange den Russen die innenpolitische Eroberung ganz Deutschlands durch die kommunistische Idee möglich erschien. Das wird nun immer unwahrscheinlicher. Damit entfällt der Rest russischer Zurückhaltung. Stattdessen schreitet die unverhüllte Eingliederung der tatsächlich beherrschten Zone in den russischen Raum in wirtschaftlicher und politischer Beziehung rasch voran. Das Ziel ist die SED als Monopolpartei und die völlige Sozialisierung unter russischer Führung. Die Propaganda der KPD beginnt bereits umzuschwenken und den Westmächten die Schuld an der Verhinderung der Einheit durch die Beseitigung der Zonengrenzen in Westdeutschland zuzuschieben.

21. August 1946

Der Ankläger bei der Spruchkammer Obernburg wird nun doch abberufen – zwei Vorstrafen wegen Unterschlagung mit sechs Monaten verbüßter Gefängnisstrafe wurden nachgewiesen. Er ist ein mit SPD getarnter Kommunist, dessen Ziel für VGF die möglichst weitgehende Beseitigung der Führungsschicht unter der Flagge der „Denazifizierung“ war. Die Spruchkammern waren für 10 Tage zur Schulung der Vorsitzenden und Ankläger stillgelegt. Es ist eine fast unmögliche Aufgabe, ein kompliziertes, politisches Gesetz durch juristisch nicht vorgebildete Laien in einer solchen Zeit politischer Unruhe objektiv durchzuführen.

22. August 1946

Hinter der Suche nach einem Verständnis der Erscheinung Hitlers steht die Frage nach der Ursache des Geschehens, das uns in den jetzigen Abgrund geschleudert hat. Daher das fast leidenschaftliche Interesse, Bücher zu finden, die diese Person und dieses Geschehen zu erklären versuchen.

Die Darstellung von Windisch entspricht wohl unserem eigenen Erleben in der Charakterisierung der Person. Ein Besessener des Machtwillens aus enttäuschem

und unfähigem Künstlerwollen, der seine „Weltanschauung“ aus allen Zeitgedanken zusammenstellt, an das Grundsätzliche davon wahrscheinlich selbst glaubt und in seiner Besessenheit darüber hinaus alle Mittel des Betrugs und der Volksverführung genial-dämonisch seinem Ziel nutzbar zu machen wußte. Sein System im Grunde Verfallsprodukt westlicher Kultur unter Verwendung der besonderen deutschen Situation, erst später Nationalismus ohne Zeit zur Reife, Wagner und Nietzsche als geistige Vorbereiter. Viel sowjetische Technik in der Durchführung des Plans.

Die Verstrickung des durchschnittlichen Intellektuellen kann ich am eigenen Erleben ablesen. Zunächst stärkste Zurückhaltung und Ablehnung, die Parolen für den Verstand widerspruchsvoll und ohne Überzeugungskraft, die Form der Propaganda abstoßend. Der persönliche Eindruck einer Rede Hitlers 1932 in Gießen war völlig negativ. Person und Aufzug waren fremd, kein Funke des Gemeinsamen. Für den bisher rechts stehenden „nationalen“ deutschen Intellektuellen oder Gebildeten änderte sich das bald nach der Machtergreifung. Die dabei angewandte Technik verlieh die Legitimität der Obrigkeit. Der völlige Mangel echten politischen Bewußtseins und die Unkenntnis der Techniken der Macht ließ deren Demonstration als eigene Bewußtseinserrungenschaft erscheinen und überzeugte auch den deutschen Bürger entscheidend. Charakter und Erziehung des Deutschen zum Subalternen waren wohl die wichtigsten Voraussetzungen dieser Entwicklung auch beim Gebildeten, zumal in geschickter Propaganda aus dem Mosaik der Weltanschauung für jeden „etwas“ Erstrebenswertes übrig blieb. Das Entscheidende für den Einzelnen war der Augenblick, in dem früh oder nach vielfacher Hemmung der Funke des Gemeinschaftserlebnisses in irgendeiner Form übersprang, als Glaube an die Idee, als Vertrauen zum Führer oder als Erwartung nationalen Aufstiegs. Dieses „Gefühl“ zu erzeugen, war letztes Ziel aller NS-Propaganda. In der Eingliederung in das Massenbewußtsein, in der Unterwerfung unter die Suggestion lag der letzte Schlüssel für das psychologische Geschehen.

26. August 1946

Der Umfang der Rückevakuierung von früheren Einwohnern der britischen Zone ist jetzt zwar durch ein 15 Punkte-Programm des Länderrats mit Zustimmung der US-Militärregierung wesentlich eingeschränkt worden. Die bayerische Militärregierung versucht aber in der Praxis, die offiziell in Aussicht gestellten Milderungen der zwangsweisen Rückführung möglichst einzuengen, um Platz für die einströmenden polnischen Juden zu schaffen. Kontrolloffiziere der Bayerischen Militärregierung nehmen entsprechenden Einfluß auf die Flüchtlingskommissare. 60 bis 70% der Flüchtlinge aus der britischen Zone sollen zurückgeführt werden (in Bayern insgesamt 200.000), dazu auch die Flüchtlinge aus der russischen Zone.

Den Ausgleich durch eine Umdisposition von Ostflüchtlingen herbeizuführen, ist nicht möglich, weil es sich bei den festgelegten Zahlenverhältnissen um einen Kontrollratsbeschluß handelt. Darum müssen Hunderttausende erneut ins Elend getrieben werden. Es gibt kein drastischeres Beispiel für unsere Unterwerfung unter einen bzw. vier fremde Willen, denen die Objekte ihrer Politik wenig bedeuten.

28. August 1946

Mutters siebzigster Geburtstag in Gießen. Es geht beiden Eltern erträglich. Eine Hilfskraft ist glücklich auch da und das Zimmer dafür vorerst gerettet.

31. August 1946

Prof. Lieser erschien heute im Werk. Er hatte in den letzten Kriegsjahren eine Spionage-Organisation aufgezogen und war nach dem Einmarsch der Amerikaner drei Monate Oberbürgermeister von Halle. Er behielt den Posten nach der Besetzung Halles durch die Russen. Da er sich zur CDU bekannte, wurde er unter anderem Vorwand nach einiger Zeit von den Russen verhaftet und aufgefordert, entweder der SED beizutreten oder als Chemiker nach Rußland zu gehen. Er floh nach Berlin und kam von da nach Darmstadt. Nun sucht er eine neue Tätigkeit und kommt zu uns.

Nach seinem Bericht hat die SED die Lage in der Ostzone fest in der Hand. Wer an maßgebender Stelle nicht mitmacht, wird mit Gewalt ausgeschaltet. Die „führenden“ Leute der beiden anderen Parteien sind nur Puppen, die keinen eigenen Willen äußern können. Die Haltung des Durchschnitts entspricht der von 1933. Sie werden Mitläufer. Die charakterliche Erziehung durch den Nationalsozialismus erleichtert die Handhabung der gleichen Methoden. Leute, die anderer Meinung sind, machen nach außen mit, weil sie keine Lust haben, für eine zwecklose Opposition die Konsequenzen zu tragen. Lieser wartet auf eine Auseinandersetzung mit den USA und glaubt, daß die Ostzone in zwei Jahren ein festgefügtter Rätestaat sein wird, wenn nicht Gewalt von außen eine Änderung bringt. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht an eine Bereitschaft dazu in den USA glaube. Lieser meint, es genüge, wenn die USA den unbedingten Willen zur Durchsetzung ihres Standpunktes erkennen lasse. Die Russen würden davor zurückweichen, da sie sich noch nicht stark genug fühlten. Das mag stimmen – auch daß es sie in fünf Jahren vielleicht darauf ankommen lassen und wahrscheinlich sogar weiter fortschreiten werden. Das Niederdrückende solcher Diskussionen ist die Hoffnungslosigkeit unserer eigenen Lage zwischen diesen Kräften als Objekt ihrer Politik.

Der Krieg zwischen USA, England und Rußland bedeutet den Krieg in Deutschland und damit unser endgültiges Ende. So versuche ich mich daran zu klammern, daß die Westmächte die jetzige Linie unter allen Umständen – in Frieden – halten und uns hier eine Chance geben werden, in langsamer zäher Kleinarbeit eine Lebensmöglichkeit für die Zukunft aufzubauen, die ohne kommunistische Diktatur und ohne die Vernichtung unserer geistigen Tradition künftigen Generationen in Mitteleuropa ein Leben in eigener Kraft und Würde erlaubt, wenn auch mit beschränkter Wirkung nach außen. Die Gesetze des Lebens und der Geschichte scheinen dagegen zu stehen. Der Untergang des Abendlandes droht immer noch als Gespenst hinter all unserem täglichen Mühen um den Aufbau eines neuen Lebens. Die Lösung liegt weitgehend in der Hand der USA. Die Unberechenbarkeit ihrer Reaktionen, die widersprechende Haltung ihrer Vertreter lassen immer wieder die Befürchtung aufkommen, daß sie sich nach einiger Zeit aus Enttäuschung über die mangelnde Wirkung ihrer Erziehungs- und Ge-

staltungsbemühungen aus diesem Europa und erst recht aus Deutschland zurückziehen werden. Das Gesetz der nunmehr gewonnenen Stellung läßt andererseits einen solchen Verzicht unwahrscheinlich erscheinen. Er würde am Ende die Selbstaufgabe auch für die USA bedeuten. Denn die völlige Entmachtung Englands wäre die erste zwingende Konsequenz und damit à la longue der Zusammenbruch der angelsächsischen Position überhaupt. Die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik scheint aus dieser Erkenntnis zu handeln. Welche Möglichkeiten zur Wahrung dieser Position auf die Dauer ohne die Auseinandersetzung mit Rußland bestehen – und das erscheint als die echte Hoffnung zur Zeit noch in USA und für uns – ist die drückende Frage, und wie eine solche Auseinandersetzung etwa in fünf oder zehn Jahren aussehen und ausgehen würde.

5. September 1946

Schmekel hat mit dem Flüchtlingskommissar für Unterfranken in Würzburg gesprochen. Die Durchführungsbestimmungen sollen auf Anweisung der Militärregierung für Bayern nun doch möglichst eng ausgelegt werden. Es muß noch weiter über die hier verbleibenden Kräfte der Hauptverwaltung verhandelt werden. Ich kann immerhin anführen, daß ich in der US-Zone geboren bin und dort mehr als fünfundzwanzig Jahre gelebt habe¹⁰⁶.

17. September 1946

Nachdem die Spruchkammer-Urteile für VGF eine Zeitlang im Rahmen des Erwarteten ausgefallen waren, kam nun ein „schwarzer Dienstag“: zweimal Gruppe II mit zwei Jahren Bewährung, dreimal 6.000,- RM Sühne für Mitläufer und z.T. Sachwertabgabe. Auch für mich sind 6.000,- RM festgesetzt worden. Aufgrund meiner Zeugnisse aus Holland hatte ich nicht mit einer überdurchschnittlichen Belastung gerechnet. Ein sonderbares Verfahren ist es jedenfalls, mitten in den Verhandlungen die Höchstgrenze für die Sühnegelder von 2.000,- auf 6.000,- RM zu erhöhen, so daß der Zufall entscheidet, wer vorher oder nachher davon betroffen wird.

Nach fast vier Monaten wieder einmal eine Reise nach Wuppertal. Immer wieder beeindruckt die niedergeschlagenen, ausgemergelten Menschen in der Großstadt des Westens. Während unterwegs Zeichen des Wiederaufbaus vielfach zu erkennen sind und man hoffen kann, daß auch schwerbeschädigte kleinere Orte in wenigen Jahren ziemlich hergestellt sein werden, ist in der Großstadt fast kein Fortschritt zu sehen. Da und dort wurde ein Laden oder eine Wohnung wieder hergerichtet, aber im ganzen ist das Trümmerbild unverändert. Die Aufgabe ist zu riesig, und es gibt zu wenig Fachkräfte und Baustoffe dafür.

Dr. Friedrich aus Schwarza¹⁰⁷ war bei Vits. Er wagte nicht, irgendetwas über die Verhältnisse in der Ostzone zu sagen, warnte aber vor Erwartungen auf Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit Elsterberg. Es wird dort kein Unternehmen in Privathand geben. Höchstens eine Geldentschädigung an die Holländer als Eigentümer von VGF wäre denkbar. Die Leitung der von den Russen übernommenen großen Industriekomplexe ist in qualifizierten russischen Händen, die frei dirigie-

ren. Die Leitungen der landeseigenen Zusammenschlüsse arbeiten noch sehr mangelhaft. In vielen Betrieben werden russische Fachleute für Spezialaufgaben trainiert und dann wieder abgezogen.

Auch in Wuppertal zeigt sich die im Chaos der Bewirtschaftung allenthalben entstandene Tendenz, in Großbetrieben, die über geeignete Tauschwaren verfügen, Autarkie zur Versorgung der eigenen Betriebsangehörigen zu betreiben. Kartoffeln und Kohle gegen Textilien! Die Behörden schließen die Augen. Das Treiben ist fast offiziell. In der russischen Zone soll es ebenso sein.

23. September 1946

Die Praxis der Spruchkammer Obernburg ist sonderbar großzügig geworden. In nachträglichen persönlichen Verhandlungen sind viele der zunächst drastischen Entscheidungen vom 17. September geändert worden. Ein offizielles Verfahren gibt es dafür nicht. Es wird formlos verhandelt, vom Standpunkt der Gerechtigkeit mehr als anfechtbar. Ich hatte zunächst nicht vor, etwas zu unternehmen, aber ich mußte mir unter solchen Umständen sagen, daß das falscher Stolz wäre. Der Ankläger Lenk kam ohnehin ins Werk. Eine von Esser¹⁰⁸ arrangierte Besprechung ergab, daß meine holländischen Unterlagen überhaupt nicht ausgewertet worden waren. Lenk erklärte, daß danach fast Entlastung in Betracht käme – die ich nicht ernsthaft anstrebe. Die hohen Sühnebeträge seien auf eine neue Münchner Weisung zurückzuführen, wonach mehr Geld hereinkommen müsse. Ein sonderbares Verfahren! Ich betone, daß die im Vergleich zu anderen hohe Geldstrafe nach außen den Eindruck einer entsprechenden politischen Belastung machen muß, der durch die Tatsachen aber nicht gerechtfertigt ist. Lenk verspricht Rücksprache mit Pfarrer Fäth, dem Vorsitzenden der Spruchkammer.

26. September 1946

Die erste Werksleitersitzung nach dem Krieg findet in Obernburg statt. Ich bin diesmal nicht dabei. Da die Teilnahme von Walter vom Vorstand abgelehnt wurde, kann auch ich keine formale Berechtigung geltend machen¹⁰⁹. Ich empfinde die Änderung trotzdem schmerzlich. Der Rückschritt, vom Vorstand akzeptiert, bedeutet für das Geltungsbedürfnis einen empfindlichen Verzicht.

Aretz entwickelt wieder Ideen für eine paritätische Unternehmensleitung. Ich wende ein, daß bei formaler Parität zwischen Eigentümern und Mitarbeitern eine effiziente Unternehmensleitung zu sehr vom Zufall geeigneter Persönlichkeiten abhängig sein würde. Vits sieht diese Gefahr ebenfalls sehr deutlich, hält aber Zugeständnisse für erforderlich. Wesentlich wird sein, sich eine etwaige Entwicklung nicht nur abringen zu lassen, sondern für notwendig Erkanntes freiwillig zu gestalten. Darin stimme ich auch mit Aretz ganz überein.

29. September 1946

Wir hatten noch herrlich warme Spätsommertage. Ein Sonntag im Wald brachte reichlich Pilze und Bucheckern sowie ein gesundes Gefühl körperlicher Müdigkeit. Zu Mittag haben wir wieder in der Pfanne Kartoffeln, Nudeln und Blutwurst gebraten.

30. September 1946

Die Schulverhältnisse für Eckemar sind denkbar schwierig. Ein über den anderen Tag um halbsieben morgens mit dem Zug nach Aschaffenburg, keine Bücher! Die Stunden vergehen mit Diktieren des Lehrstoffs in unzureichende Hefte – dann plötzlich schriftliche Klassenarbeiten ohne ausreichende Vorbereitung. Die Ergebnisse sind natürlich bei allen verheerend. Ob man sich das genügend überlegt hat?

2. Oktober 1946

Nachdem eine Woche nichts von der Spruchkammer kam, habe ich mich gemeldet. Es wäre sonst nichts geschehen. Es ist den Beteiligten unangenehm, einen bereits an die verschiedenen Stellen gegebenen Bescheid noch einmal zu ändern. Aber nun läßt Lenk nach zweideutigem Zögern und Wartenlassen die beiden Beisitzer doch nochmals zum nächsten Dienstag.

Inge ist mit Gisela nach Itzehoe abgefahren, um nach drei Jahren die Eltern wiederzusehen.

Verfassungsentwürfe – Sozialisierungstendenzen – Der Winter 1946/47

4. Oktober 1946

Die Diskussionen über die Vorbereitung der Verfassungen in den Ländern sind überall in Gang. Zunächst stehen vor allem formelle Fragen im Vordergrund. Soll es Staatspräsidenten geben? Wird das Zweikammersystem in den Ländern eingeführt? Im Grunde geht es um die Entscheidung Zentralisierung oder Föderalismus – Parteienherrschaft oder Ausgleich der Einflüsse über eine zweite Kammer.

Das Volk ist an allem wenig beteiligt. Man begreift noch nicht, daß es sich um eigene Interessen handelt und überläßt die Behandlung den dafür Bestellten. Die Demokratie hat in Deutschland noch einen langen Weg vor sich.

Zu der im Hintergrund stehenden Frage einer künftigen Sozialisierung der Wirtschaft enthalten die Verfassungsentwürfe nur undeutliche Kann-Bestimmungen und weichen der Entscheidung aus¹¹⁰. Zumindest bei der CDU handelt es sich weitgehend um Lippenbekenntnisse mit innerem Vorbehalt. Besonders in Bayern wirken bis weit in die SPD die Eigentümerinteressen der Landwirtschaft und des mittleren Gewerbes. Entscheidend für breite Schichten ist die Sorge vor dem Bolschewismus. Ein deutscher Sozialismus ist in praktisch konkreten Vorstellungen noch nicht entwickelt. Jeder Schritt in diese Richtung führt in den gewaltigen Sog des sowjetischen Vorbilds. Auch sind die moralischen Kräfte zum Neuen nach dem völligen Zusammenbruch in der Masse nicht stark genug. Alles konzentriert sich auf die drückenden Tagessorgen – Ernährung, Wohnung, Kleidung – und überläßt das weitere dem, der es tun will. Das bedeutet eine riesige Gefahr. Noch führt die Militärregierung die Zügel. Aber was kommt später? Am deutlichsten wird empfunden, was man nicht will. Die konservative Beharrung im Täglichen bestimmt auch im öffentlichen Leben und die Propaganda der Nationalsozialisten gegen das „bolschewistische Chaos“ wirkt noch im Untergrund nach. Die konservative Grundhaltung ist jetzt vielleicht noch unser stärkster Schutz. Aber sie wird zur Gefahr, wenn nicht die allenthalben drängenden Probleme aus wirklicher innerer Beteiligung wesentlicher Teile des Volkes eine vorwärtsweisende Gestaltung erfahren.

Gespräch mit Aretz. Zu gewissen Zeiten drängen Ideen zur Gestaltung, unabhängig von Vernunft und Zweckmäßigkeit – einst das Christentum, jetzt der sozialistische Gedanke. Ich erwidere: Es ist die Aufgabe der Vernunft, die Kräfte so zu lenken, daß die endgültige Gestaltung lebensfähig ist und von Bestand sein kann. Deshalb gilt es immer wieder, die Schlagworte zu durchleuchten und die abstrakten Ideen zu organischen Formen zu entwickeln. Nicht auf das Schema kommt es an, sondern darauf, die Wirklichkeit auf Dauer zu formen.

10. Oktober 1946

Wieder Rücksprache mit dem Regierungs-Flüchtlingskommissar. Er verlangt die Rückführung mindestens eines Teils der aus Wuppertal seinerzeit Zugewanderten. Der Einwand, daß damit die Betroffenen – noch dazu die sozial am schlechtesten Gestellten – nicht nur die Wohnung, sondern auch den Arbeitsplatz verlieren, bleibt ohne Wirkung. Man sieht alles ein, erklärt aber, zunächst für die eigenen Leute und die zugewiesenen Flüchtlinge sorgen zu müssen. Andere Bezirke, die die Rückevakuierten aufzunehmen haben, sollen auch einen Teil der Sorgen übernehmen. Die Rückführung soll nach Maßgabe der vom Arbeitsamt zuzuweisenden Ersatzkräfte – arbeitslose Flüchtlinge – erfolgen.

24. Oktober 1946

Wir haben auch Flüchtlinge ins Haus bekommen, ein älteres Ehepaar mit vierundzwanzigjähriger Tochter. Sie hatten ein kleines Anwesen 500 m unterhalb der Schneekoppe im Riesengebirge auf der tschechischen Seite, vier Kühe und zwölf Fremdenbetten, bescheidene, arbeitsgewohnte Leute, die glücklich sind, als wir ihnen bei der Ausstattung des kleinen Zimmers in unserem Dachgeschoß helfen. Sie haben nur die Sorge, nicht zur Last zu fallen. Wir glauben, ein gutes Los mit ihnen gezogen zu haben, und wissen, daß der Erfolg eines erträglichen, wenn nicht guten Zusammenlebens nun auch weitgehend von uns abhängt. Lenchen wird uns im Haus und Garten helfen. Der Mann will im Wald arbeiten. Ich kann ihm über ein Holzprojekt bei Glanzstoff vorübergehend helfen. Ob sie sich auf die Dauer so ernähren können oder nicht doch das Mädchen anderwärts arbeiten muß und die Mutter uns hilft, muß sich zeigen.

So tragen wir auch an dieser Frage im Nachkriegsdeutschland nun selbst mit, wie wir hoffen können, noch erträglich – wie auch sonst, wenn man rundum schaut.

29. Oktober 1946

Volkszählung in ganz Deutschland. Der Bürgermeister hat mich aufgefordert, für Erlench die Zählung zu leiten. Die Durchsicht der über 500 Haushaltslisten ist eine große Belastung. Am Ende zeigt sich wieder, daß es leichtfertig ist, sich bei solchen Dingen auf die primitivste Vorarbeit anderer zu verlassen. Ein Teil der Kontrolllisten – ich hatte nicht nachaddiert – war falsch zusammengezählt. Die amtliche Meldung mußte berichtigt werden.

31. Oktober 1946

Unsere Flüchtlinge wehren sich dagegen, nicht endgültig als deutsche Staatsangehörige bezeichnet zu werden. Das amtliche „ungeklärt“ wird als unerträgliche Schikane empfunden. Verständlich, man will endlich irgendwohin gehören.

1. November 1946

Die Rückführung der Evakuierten in die britische Zone ist zusammengebrochen und jetzt auch offiziell abgeblasen. Ein Transport von 12.000 früheren Einwohnern

von Essen mußte nach Bayern zurückgeleitet werden, weil in Essen keine Aufnahmemöglichkeit war. Keine Aktion zeigt mehr als diese die hoffnungslose Verfahrenheit unserer Organisation und den Egoismus aller – unverhüllt selbst im innerstaatlichen Ausgleich dringendster Notlagen.

3. November 1946

Wir haben wieder im Spessart Bucheckern gesammelt, um die Fettversorgung für den Winter zu verbessern. Die Aussicht auf das Ergebnis und der schöne Herbstwald versöhnen mit der Mühsal.

5. November 1946

Amerikanische Offiziere kamen zur Planungsbesprechung. Die Transportkrise fordert höhere Reifenherstellung. Dafür muß mehr Reifengarn hergestellt werden. Aber es fehlt an Kohle, Zellstoff und Fetten für die Avivage¹¹¹.

Die Amerikaner haben keine ordentlich arbeitende Organisation mehr. Durch die weiter mit Nachdruck betriebene Demobilisierung der amerikanischen Armee wechseln die Menschen dauernd. Jeder ist anders unterrichtet. Richtige Ergebnisse sind so immer nur Zufallstreffer.

8. November 1946

Unsere Flüchtlinge erhalten keine Kartoffeln. Auf die Zuteilung wird nichts ausgegeben. Auch die Bauern weisen ihnen die Tür: „Ihr hättet Euch ja mit den Tschechen vertragen können.“ Schließlich hilft ihnen der Pfarrer von Erlenbach und ein anderer Sudetendeutscher mit einer kleinen Menge. So hoffen sie, eine Woche weiterzukommen. Das Gefühl, vor dem Nichts zu stehen, nach einem Leben mühseliger Vorsorge in der verlorenen Heimat, treibt sie fast in die Verzweiflung.

14. November 1946

Wittert van Hoogland als Abgesandter der Aku war da¹¹². In seinem Auftreten nur auf Hilfestellung bedacht. Wieweit diese Haltung endgültig ist, wird sich zeigen, wenn die Holländer das Heft in der Hand zu haben glauben. Jetzt warten sie wie wir noch auf die Entscheidung der interalliierten Kommission über das Schicksal des Gesamtkonzerns. Der Anteil der deutschen Aktionäre an der Aku soll in irgendeiner Weise zwischen Holland und den Alliierten abgegolten werden, ob durch prozentuale Beteiligung der Engländer und Amerikaner am Ganzen oder Teilabgaben bleibt abzuwarten¹¹³.

Erfreulich war für mich die Feststellung, daß die Holländer aus meiner Tätigkeit bei der Aku während des Krieges keine Ressentiments gegen mich haben, und, wenn sie damals auch manchmal in Opposition stehen mußten, meine Haltung, nicht zuletzt im Menschlichen, zu schätzen wußten.

23. November 1946

Ein Nachmittag bei Holters und abends zusammen im Kino in Obernburg. Bewunderswert immer wieder, wie selbstverständlich und ohne Klagen das Schicksal

von ihnen getragen wird. Vor zwei Jahren noch ein großes Gut in Schlesien und alles an Wohlhabenheit eines ostdeutschen Gutsbesitzerlebens, heute ein kleines Zimmer mit Bett und Couch für Mutter und Tochter, fremde Möbel, alles ohne eigenen Besitz. Nun ist die Mutter krank. Die Tochter muß da sein, um im Notfall zu helfen.

Der Film am Abend war wie ein Märchen aus der Zeit vor dem Krieg – ein reiches Haus im zwanzigsten Jahrhundert. Zuletzt sahen wir das nur in amerikanischen Filmen.

24. November 1946

Wir haben noch einmal Bucheckern gesammelt. Die Leistung steigert sich mit jedem Mal. Nun sind wir dazu übergegangen, nach Bauernart mit Besen den Waldboden zu kehren. Zu Hause am Tisch kann die Feinauslese nachgeholt werden. Auch ein Tag angestrengter Arbeit im Freien bringt doch eine willkommene Erholung der Nerven und für den Wochenbeginn wieder mehr innere Ruhe. Zu Hause eine Tasse guten Tee – „nur“ 50 RM das Viertelpfund – ein Gefühl schönen Lebensgenusses.

28. November 1946

Wieder nach Wuppertal. Der Anblick der Trümmer, die fürchterliche Wahrheit der Zerstörung. Je größer der Abstand wird, umso mehr verliert sich im Gedächtnis das frühere Bild der Stadt, das noch lange den trostlosen Eindruck der Ruinen nicht bis ins Innerste dringen ließ. Das Wegräumen des Schutts von den Straßen macht die totale Zerstörung endgültig.

Die Menschen grau und verbittert. Die feuchten, dunklen Novembertage lassen noch dazu keinen Lichtblick aufkommen. Die Ordnung der Versorgung ist unter dem Druck des absoluten Mangels im Angesicht des unmittelbaren Hungers weitgehend zerfallen. Die Behörden erklären öffentlich: „Das Versorgungssystem ist zusammengebrochen.“

Jeder organisiert, schiebt, besorgt. Wer es am besten versteht, die besten Tauschartikel bieten kann, lebt nicht schlecht. Die allzu vielen, die es nicht können, nichts haben, leben am Rand des Nichts. Krankheiten finden umso leichter ihre Opfer. Die englische Militärbürokratie verwaltet mit gefühlloser Schwerfälligkeit und Unbeteiligtheit. Es gibt kaum noch jemanden, der an die Zusicherungen und den guten Willen der Besetzer glaubt. „Sie wollen nicht.“

Die Holländer versuchen, sich unter dem Motto „Alliierte Interessen“ für die Inbetriebnahme des Werkes Oberbruch einzusetzen. Eine Besprechung bei Property Control Düsseldorf mit den holländischen Verbindungsoffizieren läßt erwarten, daß Oberbruch das Permit bald erhält. Was aber aus dem Konzern wird, ob die Holländer VGF wieder in die Hand bekommen werden, weiß noch niemand. Sie fühlen sich selbst noch nicht sicher, suchen offenbar noch.

Bei der Rückfahrt im „D-Zug“ nach Gießen schreckliche Fülle. Von Hagen ab ist niemand mehr dazu zu pressen. Bei der Einfahrt in Gießen fährt neben uns der amerikanische Schlafwagenzug nach Berlin ein. Im Speisewagen noch wenige

Gäste unter den Tischlampen. Andere lesen in ihrem Abteil auf dem Polster. So war es vor drei Jahren noch bei meinen Fahrten von Amsterdam nach Berlin!

1. Dezember 1946

Mit Vater habe ich in Gießen in den alten Büchern gekramt und für Eckemar einiges zusammengesucht. Leider ist für sofort nichts dabei, eine lateinische Anfangsgrammatik oder ähnliches. Meine juristischen Lehrbücher habe ich auch wiedergefunden. Vielleicht brauche ich sie noch einmal, wenn ich etwa doch noch wieder als Anwalt anfangen muß.

2. Dezember 1946

Dr. Jung ist wieder einmal aus der russischen Zone zurück. Er ist von der Veränderung der Situation seit dem Frühjahr tief beeindruckt. Die Ausplünderung des Landes durch restlose Erfassung aller Produktion für russische Reparationen hat katastrophale Ausmaße angenommen. Dazu gehen die Demontagen vermehrt weiter. Der Abtransport von Fachkräften nach Rußland und die Registrierung der noch verbleibenden, die halbmonatige persönliche Meldung aller gewesenen Offiziere usw. haben ein Gefühl völliger Unsicherheit der Person und allgemeine Hoffnungslosigkeit hervorgerufen. Auch auf dem Land kommt der Mangel immer mehr zum Durchbruch. Die Ablieferungspflicht wird dauernd höher geschraubt, so daß auch das Saatgetreide bei den Bauern teilweise schon nicht mehr vorhanden ist. Man glaubt, daß nach dieser Epoche wirtschaftlicher Ausplünderung die Russen eventuell der wirtschaftlichen Zonenvereinigung zustimmen werden, da die russische Zone dann nur noch als Empfänger von Lieferungen aus dem Westen in Betracht kommen kann. Zur Zeit steht der Interzonenhandel nur auf dem Papier, da die Russen Ausfuhren nicht zulassen.

3. Dezember 1946

Bei der ersten Landtagswahl in Hessen wurde die SPD stärkste Partei, in Bayern mit erheblich größerem Vorsprung die CSU – trotz der bedeutenden inneren Spannungen dieser bürgerlich-religiösen Sammelpartei, die sich in den Personalkämpfen innerhalb der Führung ausdrücken. Die KPD hat in Bayern nur 6% und nicht einen Landtagsabgeordneten erzielt, in Hessen dagegen 11%. Der Sozialisierungsartikel der hessischen Verfassung, der gesondert zur Abstimmung gestellt war, wurde mit erheblicher Mehrheit angenommen. Gewichtige Stimmen haben darauf hingewiesen, daß es überhaupt sinnlos ist, jetzt in dieser Zeit des Übergangs und der Besatzung über eine Verfassung abzustimmen. Andererseits ist nicht abzusehen, wann überhaupt die Zeit für eine wirkliche Ordnungsgebung kommen soll. Ein wenn auch weitgehend theoretisches Instrument könnte doch als Stabilisierungsfaktor wirken und im Gebrauch zum Leben gelangen.

8. Dezember 1946

Wir haben zum letzten Mal mit Enßlins Bucheckern gesammelt. Aber es ist zu kalt, um sie einzeln aufzunehmen. So haben wir wieder nur gekehrt und nach gro-

bem Sieben haben Kurt und ich jeder 40 Pfund Walderde nach Hause getragen. Der Sack ragte aus dem Rucksack über den Kopf. Dann haben Inge und Lenchen zu Hause im Laufe der Woche sechs Pfund Bucheckern herausgeklaut. Immerhin wieder ein kleiner Liter Öl!

9. Dezember 1946

Für drei Tage in Wuppertal. Immer wieder bedrückend, wie hier in der britischen Zone noch weit mehr als bei uns die moralische Ordnung infolge der noch größeren Not zerbrochen ist und eine geordnete Bewirtschaftung auf keinem Gebiet mehr existiert.

Ein Interview des holsteinischen Ministerpräsidenten in der „Zeit“ hält mit erfreulicher Klarheit den Engländern den Spiegel des Versagens vor. Man hat englische Verwaltungstradition erwartet und ist enttäuscht über den kleinlichen und starren Bürokratismus der Unzahl sich in alles einmischender, landfremder Beamter. Das amerikanische Beispiel wird den Engländern vorgehalten, die sich zuvor soviel auf ihre bessere Tradition zugute taten. Die Amerikaner sind gelegentlich rau, naiv, aber insgesamt – abgesehen von der schematischen, missionsbehafteten Denazifizierung – großzügig und aufbauwillig.

11. Dezember 1946

Wegner¹¹⁴ berichtet aus Berlin, daß die Russen einen Ausweg gegenüber der holländischen Forderung auf Elsterberg gefunden haben. Sie wollen Aku-Aktien aus dem Besitz der Gold Diskontbank Berlin zum Tausch bieten¹¹⁵. Die nicht russischen Zonen Berlins sind vom umgebenden Land jetzt fast ganz abgeschnitten. Die Ernährung ist demgemäß sehr schwierig. Wegner ist noch schmaler und durchsichtiger geworden, aber er will doch nicht weg, denn er ist selbständig und hat Verantwortung. Hilger¹¹⁶ war auch da – als Baumwollhändler, wohlgenährt, selbstbewußt. Aber die Sorge, daß alle früheren Industriellen nun die Ostzone verlassen, lastet auch auf denen, die dort inzwischen in einer weniger beleuchteten Ecke einen wärmenden Platz gefunden haben.

12. Dezember 1946

Der Bahnhof Frankfurt am Abend ist ein grausiges Erlebnis. Horden verkommener Halbwüchsiger, die sich mit irgendwelchem Schwarzhandel herumtreiben – alte Schuhe, Zigaretten... – Ausländer aller Arten, abgerissene, hohläugige Mädchen dazwischen.

Der „Dienstzug“ von Essen nach Frankfurt¹¹⁷ – Polster, Licht, geheizt. Im krassen Gegensatz dazu die Menschen, frühere deutsche Elite in abgerissener Kleidung mit grauen, eingefallenen Gesichtern. Dann wieder Reste früherer Wohlhabenheit, auch mit Nahrungsmitteln wohlversehen – Butter, Wurst, Käse fingerdick, Wein, Zigarren und englische Zigaretten – gelackte Mädchen. Auf dem Bahnsteig in Deutz im Regen ohne Dach ein armseliges Menschengedränge mit Sack und Pack.

1. Januar 1947

Im Dezemberheft der „Gegenwart“ ist eine Sammlung von Dokumenten aus dem Nürnberger Prozeß veröffentlicht. Sie zeigen noch einmal die Verlogenheit der Propaganda des Nationalsozialismus, das Spiel mit dem Krieg und am Ende die Angst vor der Konsequenz des eigenen Handelns und der anmaßenden Worte, das Pathologische und Demagogische im Wesen Hitlers.

Vor dem Haus steht ein Flüchtling in der schneidenden Kälte mit der Milchkanne am Arm. Er bittet um Milch. Er kommt umsonst. Holzschuhe, den Rockkragen hochgeschlagen, verfroren – warum dieses Elend? Wie kann das leichtfertige, gewissenlose Handeln von Abenteurern für 80 Millionen Menschen so viel Jammer und Not verursachen? Wie nahe wohnen echte und falsche Größe nebeneinander und was sind schließlich die Maßstäbe? Wären sie groß gewesen, wenn sie Glück gehabt hätten? Hätten sie überhaupt Glück haben können? Ist nicht das vorausdenkende Erfassen und Umspannen des zu Gestaltenden, das Abwägen aller wirkenden Faktoren das, woraus der Erfolg erwächst?

Eine solche Kenntnis der Wirklichkeit hätte ein anderes Handeln befohlen. An Stelle einer überheblichen und in den Voraussetzungen falschen Einschätzung der Möglichkeiten des deutschen Volkes in dieser Zeit hätte eine echte Chance für eine deutsche Mitwirkung an der Neugestaltung des europäischen Daseins zwischen den durch die Technik des Jahrhunderts zwangsläufig bestimmend wirkenden neuen Faktoren Amerika und Rußland erwachsen können. Bleibt nur die noch nie so wie jetzt im Zeitalter der Atombombe menscheitsbestimmende Frage, ob sich jemals große Entwicklungen unter Menschen mit ihrem Machttrieb ohne das Mittel der letzten Gewalt verwirklichen können. Wir leben in dieser Verstrickung, und jedem ist die Aufgabe gestellt, die Verantwortung des Handelns für sich und für die Mitmenschen zu tragen, auf deren Dasein er Einfluß nimmt.

Jeder Versuch, sich Klarheit zu verschaffen über die Grundlagen unserer Zeit, ihre Aufgaben und unsere Haltung dazu scheint zum Scheitern verurteilt. Es ist zuviel vor unseren Augen zerbrochen.

Alle Fragen laufen in kurzem immer wieder auf das für uns unlösbare Rätsel des Geschehens dieser Jahre hinaus. Fast könnten wir sagen, wir hätten zuviel erfahren, um Fragen noch ernst zu nehmen. Jede Existenz auch im Geistigen ist so auf das Minimum der Lebensbedürfnisse zurückgeführt, daß es weithin keine Diskussion von einem festen Standpunkt aus gibt, außer dem der nackten Existenz. Dahinter steht die Gefahr der völligen Stumpfheit und Apathie, eines bloß vegetierenden Daseins im Kampf um das Heute und Morgen.

Auch erschwert das Bewußtsein, bei all dem doch nur Objekt fremder Mächte zu sein – früher der Herren des Dritten Reiches, heute der Sieger und ihrer Kraftmessungen untereinander – das Finden eines eigenen geistigen Standpunkts. Sind wir zu verbraucht in unseren ideellen Kräften oder ist es nur eine Atempause, ein Wartestand im rein gegenständlichen Leben, bevor geistiges Leben, die den Menschen ergreifende Aussprache jenseits der Fragen nach Brot und Wohnung und Heizmaterial wieder möglich ist? Ich fürchte, wir werden die Beute dessen sein, der wirklich will. Oder ist es uns noch vergönnt, längere Zeit im Raum zwischen

den Mächten zu leben bis eine neue Generation aus uns heraus wieder die Kraft zum eigenen geistigen Gestalten hervorbringt und es dann noch einmal gelingt, in Deutschland Idee und Tat in einer Mitte zu verbinden und eine dauerhafte Gestalt dafür zu finden?

13. Januar 1947

Vits hat von den Engländern den Auftrag erhalten, als Adviser des britischen Coal Board für den Ruhrbergbau tätig zu werden. Das ist überraschend im Blick auf seine früheren Aufgaben als Vorsitzender der Reichsgruppe Chemische Fasern – verständlich wegen seiner Kenntnis und Erfahrung auf solchen Organisationsgebieten als Vorstandsmitglied der Treuarbeit. Er handelt sicher richtig, wenn er versucht, die Aufgabe wieder abzugeben, um nicht – in dieser Position erneut exponiert – einem innenpolitischen Angriff zu erliegen und von den Engländern doch fallen gelassen zu werden – dann für alles! Die gegenwärtige Position bei VGF ist das Äußerste, was er sich für die absehbare Zukunft an Wirkungsmöglichkeit wünschen kann. Die Engländer rechnen vielleicht damit, ihn in solcher Lage als fähiges, aber kontrollierbares Instrument in der Hand zu halten. Wenn er den vorgesehenen Weg einhalten kann, bedeutet diese Position allerdings eine erfreuliche Festigung seines Prestiges nach innen und außen.

19. Januar 1947

Operetten-Gastspiel aus Düsseldorf in der früheren „Gefolgschaftshalle“ der IG, neben der Stadthalle dem einzigen größeren Saal in Wuppertal. „Ein Walzertraum“ – dürrt die Spieler, dürrt die Aufmachung, in der Statisterie bis zum Pauver-Gewöhnlichen. Die Not von 1947 in Gestalt und Kleidung als Hintergrund eines Illusionsspiels aus dem Wien der Jahrhundertwende ist schwer erträglich. Doch der Saal ist überfüllt, es wird alles angesehen und bei manchen ist noch für alles Geld da.

22. Januar 1947

Eine Sitzung des Aktienrechtausschusses der Vereinigten Handelskammern der Nordrheinprovinz zeigt noch manche überlegenen Köpfe; daneben das Übel der Deutschen, praktische Fragen auch da ins Grundsätzliche zu verkehren, wo kein Sinn mehr darin liegt – und dann nicht mehr den Rückweg zu finden. Neu für mich war die mutige Haltung zum Einheitsstaat und zum Privatkapitalismus. Das erste ist in der amerikanischen Zone, insbesondere in Bayern, keineswegs selbstverständlich. Dort besteht eher die umgekehrte Tendenz. Das Bekenntnis zu einer privatkapitalistischen Wirtschaft war wohl aus der Zusammensetzung des Kreises zu erklären, der sich um Gegenmaßnahmen gegen das Sozialisierungsprogramm der englischen Militärregierung und der deutschen Sozialdemokratie bemühte. Bezeichnend war, daß auch von denen, die vielleicht eine stärkere Entwicklung in diese Richtung für notwendig erkannt haben oder zumindest unvermeidbar hielten, ein Widerspruch gegen die moralische Führung des Vorsitzenden nicht laut wurde. Wenn die auf deutscher Seite Beteiligten in ihrer Meinungsäußerung

nicht durch die Besatzungsmacht gebunden wären, würde die Auseinandersetzung auch in der Öffentlichkeit härter geführt werden. Insgesamt ist es eine nationale Beschämung, aber eine Wahrheit: Deutschland wäre in seinem jetzigen Zustand nicht fähig, sich selbst zu regieren. Die Selbstzerfleischung im Bürgerkrieg wäre eine reale Gefahr.

24. Januar 1947

Erster Besuch in Oberbruch nach vielen Jahren. Die große Fabrik liegt noch still, doch die Menschen haben etwas Hoffnung, daß die Arbeit bald wieder beginnt.

Grauensvoll ist die Verwüstung im Land ringsum, dem Kampfgebiet im Herbst und Winter 1944/45. Kein Dorf ohne schweren Schaden, die einzelnen Höfe meist ganz zerstört. Jülich ein einziger Trümmerhaufen. Es wundert nur, daß das Land schon wieder so bestellt wird – von wem und von wo aus? Wieviel geborgener leben wir doch demgegenüber trotz Flüchtlingszustrom in unserem außerhalb der Städte fast unbeschädigten Land am Main!

Abends im Schnellzug von Köln nach Frankfurt stehend, dann im Wartesaal in Frankfurt bis zum ersten Zug nach Darmstadt um halb vier Uhr morgens. Was für Menschen sind unterwegs! Das deutsche Elend zeigt sich immer wieder nirgends so drastisch wie auf der Bahn und in den Wartesälen.

26. Januar 1947

Eckemar hat den ersten Band „Karl May“ mitgebracht. Ich habe ihn in der Mitte angefangen und mit Spannung bis zu Ende gelesen: „Durch die Wüste“. Die Fantasie des Schreibers, sein plastischer Ausdruck und die Ich-Bezogenheit im erfolgreichen Bestehen all der bunten Abenteuer ziehen immer noch in den Bann. Was hat dieser Mensch zusammengelesen an fremder Geografie und Sprachbrocken, um die Szenerie so lebendig gestalten zu können! Die katholische Kirche hat mit Recht die erzieherische Bedeutung seiner menschlichen Tugendvorbilder zum Anlaß amtlicher Empfehlung genommen. Aber alles spielt sich nur in der einen Dimension des tätigen Abenteurers ab, die Entwicklungsstufe der 12- bis 14-jährigen, deren Abgott Karl May geworden ist.

31. Januar 1947

Wir versuchen selbst, Öl aus unseren mit so viel Mühe gesammelten Bucheckern zu pressen. Aber die Mühle, die dafür mit großer Mühe beschafft wurde, will nicht arbeiten. So heißt es wieder, weite Wege zu machen, um die Ursache beim Kenner zu erfragen.

3. Februar 1947

In Wiesbaden und Frankfurt. Die Sozialisierung in Hessen soll nicht in staatskapitalistischer Form durchgeführt werden. Der neue sozialdemokratische Wirtschaftsminister Koch war früher Syndikus der zum Flick-Konzern gehörenden „Maximilian-Hütte“. Er gehört seit einem Jahr der SPD an.

Auf eine Annonce nach einem jungen Mann mit guter Allgemeinbildung habe ich etwa fünfzig Antworten erhalten. Es sind erfreuliche Bewerber darunter, zehn

davon sind zur persönlichen Vorstellung aufgefordert. Aber im ganzen ist das Bild der Ungewißheit und Ratlosigkeit all dieser aus dem Krieg zurückgekehrten Soldaten erschreckend. Sie kämpfen um eine Zukunft. Die meisten sind ohne Verbindung zur Familie oder dem, was geblieben ist, um jeden Preis bemüht, eine Tätigkeit zu finden, die ihrer Ausbildung und ihrem früheren Berufsziel entspricht. Und doch verlieren sie langsam die Hoffnung. Es wird noch viel zerbrechen an Erwartung und Zukunftsstreben, bis all diese Menschen wieder einen Platz gefunden haben, und es wird mancher verderben. Die Rückwirkung auf die politische Entwicklung ist noch nicht abzuschätzen.

4. Februar 1947

Zu Weihnachten haben wir von VGF ein Paar Schuhe bekommen. Da Eckemar am dringendsten neue braucht, habe ich sie für ihn umgetauscht. Als ich sie heute abend mitbrachte, verschlug es ihm die Rede mitten im heftigsten Schimpfen in irgendeinem Streit mit der jüngeren Schwester. Mit einem Freudenschrei nahm er Besitz von der neuen Errungenschaft. Die Schuhnot ist bei den Kindern am schlimmsten. Viele können deshalb im Winter nicht zur Schule gehen.

5. Februar 1947

Ein neues Bombenattentat auf die Spruchkammer in Nürnberg, wo der Fall Papen verhandelt wird, ruft leidenschaftlichen Protest bei SPD, KPD und der linken Presse hervor mit Androhung neuer Repressalien gegen alle früheren Mitglieder der NSDAP – Entzug von Sonderzuteilungen, Wohnungswegnahme usw. Ein weiterer Beweis, wie wenig die politischen Leidenschaften noch gezügelt sind! Solche Attentate werden nur von einem sehr kleinen Kreis jugendlicher Aktivisten getragen, die durch Repressalien nicht zu beeindrucken sind. Die Folgen könnten nur in dem bestehen, was man bisher vermeiden wollte, der Schaffung politischer Märtyrer mit allen Konsequenzen für eine künftige demokratische Stabilisierung.

6. Februar 1947

Nach vorübergehender Milderung setzt erneut schärferer Frost ein. Der Dezember und Januar waren schon ungewöhnlich kalt. Die Rückwirkungen auf die kümmerliche, gerade angelaufene Industrieproduktion sind katastrophal. Auch das Werk Obernburg muß morgen wegen Kohlenmangel wieder stilllegen, obwohl die Produktion in unserem Industriesektor jetzt allererste Priorität hat. Wir verbringen die kalte Zeit aufeinander gedrängt in unserer kleinen Achtquadratmeter-Küche. Aber da haben wir es wenigstens warm und für nachts genug Bettzeug. Wieviele können weder das eine noch das andere von sich sagen. Besonders unter den Flüchtlingen ist die körperliche und seelische Not zum Teil unbeschreiblich.

Auf dem Obernburger Bahnhof stehen über 40 Waggon Kohle, die uns aber nicht zugeteilt werden, weil unsere Priorität nicht hoch genug ist¹¹⁸.

Die Verwaltungsstellen in München erlassen neue Bewirtschaftungsanordnungen. Sie sollen der Entbürokratisierung dienen und bewirken das Gegenteil. In Presse und Radioreden wird der Übermut der Bürokratie angeprangert und die

„Entmachtung der Landesstellen“ gefordert. Was wird getan, den vollständigen Zusammenbruch zu vermeiden? In der Wirtschaft wird immer dringender die Forderung erhoben, die Verantwortung, die letzten Wirtschaftsquellen auszunutzen, den Betrieben zu überlassen. Je weniger Vorschriften, desto weniger Vergehen! Im Beirat der Landesstelle Chemie hat Balke¹¹⁹ zu Protokoll erklärt: „Heute ist es einem Betrieb unmöglich zu arbeiten, ohne gesetzliche Vorschriften zu übertreten.“ Die geforderte Bewirtschaftung sämtlicher Erzeugnisse der Wirtschaft nach dem Muster der Landwirtschaft ist undurchführbar.

9. Februar 1947

Am 8. 2. morgens bin ich nach München gefahren. Die Bahnfahrt im überfüllten, verschmutzten, primitiv umgebauten ehemaligen zweiter Klassewagen war erträglich, nachdem es gelang, schon in Gemünden eine Sitzcke auf einer geraden Holzbank zu bekommen. Wiederholt liefen Neger-MPs durch den Zug, teils wichtig offiziell, teils kindlich-lärmend.

München ganz im Schnee, die Pension natürlich ungeheizt. Aber ein Zimmer bekam ich glücklich noch. Am Abend mußte ich den halbstündigen Weg von der Pension in Schwabing zum Bahnhof dreimal machen, um mir eine Fahrkarte nach Garmisch für den nächsten Morgen zu sichern. Die Straßenbahn war überfüllt.

Wie schauerlich sind im Wintermatsch die zerschlagenen Hallen des Münchner Bahnhofs. In Bretterbuden verstreut befinden sich die meisten Büros und Schalter. – Nur ein Automatenbuffet in einem abgedichteten Seitenraum beweist die Möglichkeit tüchtiger privater Organisation. Die Menschen zwischendrin meist heimatlos, frierend, vom Zufall lebend, die letzten Stücke einer übriggebliebenen gefärbten Montur auf dem Leib.

Es ist ein unerhörtes Vorhaben in dieser Nachkriegszeit, die sonst nur mit den Sorgen der nackten Existenz angefüllt ist, „in Erholung“ zu fahren! Die Schwierigkeiten, die mit Reisen und Unterkommen verbunden sind, lassen am nachdrücklichsten die Not und das Behelfsmäßige unseres ganzen Lebens fühlen. Wie primitiv ist alles, nur auf das Elementare der Beförderung abgestellt, einerlei wie, stehend oder sitzend, im Wagen, auf den Trittbrettern und Puffern. Wie gehetzt und von der Not gezeichnet sind alle Menschen. Wie fast unmöglich ist es, ein Unterkommen zu finden, wenn nicht – wie in meinem Fall bei den Verwandten in Partenkirchen¹²⁰ – persönliche Beziehung oder geschäftliche Gegenleistung die Tür öffnen.

12. Februar 1947

Die ersten Stunden in Partenkirchen am Sonntagmorgen waren wie ein Märchen. Sonne und Berge im Schnee, alles in einem Schimmer von Weiß, Blau und Gold im leichten Föhnwind. Nach dem Frühstück mit Onkel und Tante ging ich mit Hermann Otto hinaus und genoß voller Behagen das Freiheitsgefühl des ersten Winterurlaubs seit vielen Jahren. Am Nachmittag dann zum ersten Mal wieder auf den Brettern in leichtem Gelände.

13. Februar 1947

Hermann Otto spricht über seine Pläne und Sorgen in seiner noch so unregelmäßigen Situation. Das Leben mit den Alten im Zeichen des Mangels bringt manche Schwierigkeit, dazu die erzwungene Unselbstständigkeit. Es ist schön, daß er in dem nun schon erfolgreich ausgebauten Kunsthandel eine Möglichkeit zu eigener Leistung und zur Anwendung von Fähigkeiten hat, die sonst dort selten sind. Nachdem nur wir beide von den vier Brüdern noch leben, haben wir umso mehr das Bedürfnis nach enger Fühlung und Verbundenheit. Wir haben manches zusammen unternommen. Die Hinweise und Anregungen aus seinen Kunstvorräten waren für mich eine Bereicherung. Ich habe mir einige schöne Stücke ausgesucht.

18. Februar 1947

Eine Eisrevue im Eisstadion von Garmisch war das Publikumserlebnis im kalten Schneetreiben eines windigen, verfrorenen Sonntagnachmittags. Die Mitteltribüne nur für Amerikaner, die Referenzen des Balletts und die Kniebeuge der Stars nur nach dieser Seite erweckten dort lebhaftes Klatschen und bei den Deutschen schweigende Zurückhaltung, ebenso wie eine Schaustellung des Leiters, eines amerikanischen Captain, der in Uniform eine Extranummer bestritt. Der Abstand zu den Amerikanern in ihrer Herrenpose ist überhaupt bezeichnend hier und allgemein. Nur eine Zwischenschicht von Interessenten – vor allem weiblichen Geschlechts – schafft eine Verbindung. Sie haben keinen Teil an unserer Not und damit keinen Anteil an uns. Dazu kommt, daß die menschliche Qualität der hiergebliebenen Amerikaner so wenig anziehend ist. Bei der günstigen Beschäftigungsmöglichkeit in USA ist für die Armee zu Teilen nur eine negative Auslese übrig geblieben. Die unvermeidlichen Dauerwirkungen jeder militärischen Besatzung – dazu mit ihren Rückwirkungen in der Inanspruchnahme von so dringend gebrauchttem Wohnraum – erschweren das Verständnis. Eine vermehrt auflebende nationale Propaganda – an öffentlichen Orten, insbesondere in der Eisenbahn konsequent betrieben – vertieft die Gegensätze. Garmisch mit seinen großzügigeren Hotels ist von der Besetzung durch die Amerikaner geprägt; das ländlichere Partenkirchen ist angenehmer.

21. Februar 1947

Die Möglichkeit, bei Onkel und Tante zu wohnen, verschafft mir einen warmen, gemütlichen Aufenthalt. Das Essen in den nach einiger Erfahrung ermittelten Randgaststätten ist in der Quantität erstaunlich und auch in der Art des Gebotenen durchaus erträglich. Das besser ernährte Bayern gibt Möglichkeiten, die anderwärts, besonders im Westen, undenkbar wären.

Der Clou auf der Heimreise ist ein Besuch im Bauerndorf an der Amper, wo ich mit Rathert schon einmal vor Monaten auf einer Rückfahrt von München in kritischer Lage untergekommen war. Die Pfannkuchen, die die Bauersfrau zu Mittag dem Gast aufischt – der Mann bekommt Schmarrn mit Milch, alle anderen Knödel mit Kartoffelsuppe – sind nach Fett und Konsistenz kaum zu bewältigen. Allerdings folgten 20 km Rückmarsch im Schnee und Regen, zwei Stunden Warten

durchnäßt bis zum Zug, einem unwahrscheinlich überfüllten Zug, der nur auf der Plattform ein gewaltsames Eindringen von oben ermöglicht. Die Hälfte bleibt zurück, so wie in Würzburg auf der Hinfahrt schon.

27. Februar 1947

Dieser endlose Winter bringt die schlimmste Belastung für uns in dieser im ganzen so trostlosen Nachkriegszeit. Der Pessimismus ergreift nach und nach auch die Widerstandsfähigsten.

Wiederholt wurde ich während der Urlaubsreise gefragt, wie die Dinge denn weitergehen sollen. Eine einigermaßen zuversichtliche Äußerung erregte Erstaunen und Zweifel. Wenn ich auf die Hoffnung hinwies, die wir in der Kunstseiden-Industrie für die Zukunft haben, erwiderte jeder, es handele sich doch offenbar um eine ganz ungewöhnliche Ausnahme. Und manchmal möchte man dann selbst den Mut verlieren. Wie unendlich arm sind wir geworden mit unseren so völlig zerstörten Städten. Wie nahe vegetieren wir am Rande der Hungersnot hin, wie unheimbar herrscht allenthalben übelste Korruption. Fast keine Leistung bei Behörden und im Privatleben geschieht noch ohne materielle Gegenleistung. Welche Unfähigkeit herrscht bei den Ämtern und in der Politik, wie wenig Aussicht besteht, daß im ganzen öffentlichen Leben wieder einmal ein Niveau erreicht wird, bei dem sachliche Leistung, uneigennütziger Dienst am Ganzen, großzügiges Denken und Können das Handeln leiten.

Wie kümmerlich ist das Gezanke allenthalben und das Geraffe hinter den Kulissen oder großenteils schamlos ohne Hülle. Wie lange wird es dauern, bis überhaupt wieder echte Impulse unser politisches Leben bewegen und Menschen zum Handeln bringen; die Gestaltungskraft und Führungsvermögen besitzen? Und wie sollen wir eine uns selbst tragende Wirtschaft aufbauen, wenn allenthalben wieder die Hemmschuhe angelegt werden, aus der Angst, es würde zu schnell mit uns gehen, wie würden uns wirklich wieder selbst helfen können und die Unterstützung von draußen nicht mehr brauchen? Hier fallen Worte und Taten gerade auch der Besatzungsmächte weit auseinander, am meisten wohl bei den Engländern, denen der Vorwurf der Heuchelei auch diesmal nicht erspart bleiben kann. Noch dazu erscheint bei ihnen diese Haltung am unverständlichsten, denn in ihren wirtschaftlichen Nöten bedeutet jede Leistung für Deutschland eine Belastung für sie selbst, und es wäre so naheliegend, wenn sie wirklich täten, was sie mit Worten vorgeben zu wollen: uns arbeiten zu lassen, um sich selbst zu entlasten und damit zugleich ein politisches Desaster zu vermeiden.

Bei den Amerikanern stimmen politische Richtlinien und beanspruchtes Wollen weit mehr mit dem tatsächlichen Handeln überein. Denn die wirtschaftliche Freiheit ist in unserer Zone am größten, und es gibt gelegentlich eine wirkliche Unterstützung. Hier belasten neben dem, was eine militärische Besetzung materiell und psychologisch unvermeidlich mit sich bringt, am meisten die menschlichen Mängel eines großen Teils des verbliebenen Personals. Die wirklich guten Kräfte haben offenbar in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwung in den USA ein anziehenderes Betätigungsfeld gefunden als in der Verwaltung dieses verwüsteten Landes. Jedenfalls sitzt viel unfähige, gleichgültige Bürokratie in den

Ämtern der Militärregierungen, die – soweit sie überhaupt etwas tut – Formalien betreibt und Papierberge sammelt. Dazwischen treibt die große Zahl der dunklen Geschäftemacher ihr Unwesen. Die Mengen verschobenen amerikanischen Heeresgutes müssen ungeheuerlich sein. Die Einstellung der Amerikaner zu diesen Dingen mag aus den großzügigeren Verhältnissen ihres Landes eine andere sein als bei uns. Aber dieses Vorbild ist nicht geeignet, ihr moralisches Ansehen zu steigern. Wir wissen meist noch um das Anfechtbare solcher Haltung, auch wenn sie in der Not unseres Daseins so weitgehend geübt wird. Aber wir erwarten etwas anderes von dem, der es sich leisten kann. Daß darum der Missions- und Erziehungskomplex der Amerikaner in seinen noch dazu häufig für uns naiv erscheinenden Äußerungen auf Mißtrauen, wenn nicht spöttische Abwehr stößt, ist nur zu verständlich. Der Deutsche auf seiner ewigen Suche nach dem Grundsätzlichen, dem Ideal, ist besonders empfindlich für die Unterschiede zwischen Anspruch und tatsächlichem Vorbild. Reste einer an idealistischen Schlagworten ausgerichteten Nazi-Erziehung, durch unterirdische Parolen gestärkt, tun ein übriges. Wie sehr kommt es gerade beim Vorbild auf den einzelnen an!

Die Methoden der Franzosen sind viel rücksichtsloser und härter. Aber es gelingt vielen von ihnen, durch persönlichen Charme die unerfreuliche Sache menschlich erträglicher einzukleiden. Jedenfalls wird es von vielen, die dort die Entwicklung kennen, berichtet. Aber was soll aus Deutschland werden, was können wir noch für uns und unsere Kinder erhoffen? Wir dürfen nicht daran denken, denn es ist nicht zu fassen, was uns verloren ging, was verspielt wurde in verantwortungsloser Besessenheit und hemmungslosem Machtrausch. Immer wieder bleibt nur, eine Wand um sich zu ziehen, eine Decke über sich zu schlagen, nur das Nächstliegende ins Auge zu fassen – die Arbeit von heute, das Essen für morgen. Ein Sonnenstrahl oder ein schöner Ausblick, ein Bild, hinter allem eine vage, durch nichts begründete Hoffnung auf das Übermorgen, auch der Wille, es um jeden Preis immer wieder zu versuchen. Der Verstand vermag es nicht zu meistern.

Die Atmosphäre von Liberalismus, die die Amerikaner zu verbreiten suchen, ist für viele in Deutschland, die in der Ablehnung des Autoritären bewußt, in der Vorstellung künftiger Gestalt dagegen ohne festen Halt sind, eine große Gefahr. Denn sie erweckt den Glauben, als ob eine solche Form hier in Europa und gar im Deutschland der Not und des Mangels zur gültigen Lebensmöglichkeit werden könnte. Sie hindert damit zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit einer Neugestaltung, die nur in einer Synthese von Ost und West, in einem ausgewogenen Mittel von wirtschaftlicher Planung des Staates, verantwortungsbewußtem Ausgleich der Mitbestimmungsrechte aller und einem Maximum an persönlicher Freiheit gefunden werden kann. Sollten wir dazu die Kraft und die Einsicht als Volk nicht mehr aufbringen, dann werden wir – abgesehen von allen machtpolitischen Abhängigkeiten, die vielleicht unsere Zukunft bestimmen werden – keine wirkliche politische Form mehr finden, jedem fremden Einfluß willenlos preisgegeben sein. Noch sollte es eine Hoffnung geben, daß über den im Grunde auch jetzt noch ungebrochenen Arbeitswillen des Deutschen hinaus aus allen schweren Erfahrungen ein neuer politischer Wille ersteht.

11. März 1947

Wieder eine Reise nach Wuppertal. Der Winter ist noch nicht zu Ende. Oben im Siegerland droht der Wagen im Neuschnee stecken zu bleiben und im Oberbergischen zwang das Glatteis infolge einsetzenden Regens zu mühsamem Schieben und Abwärtsgleiten im Schnecken tempo.

13. März 1947

In der Oper „Manon“ in der Stadthalle gibt es schon wieder gute Kostüme, aber die Kulissen sind behelfsmäßig und oft geschmacklos. Ich benutze solche Tage in Wuppertal, um Kulturgenüsse zu hamstern, und bin nicht enttäuscht, auch wenn höhere Ansprüche nicht erfüllt werden.

15. März 1947

Mit dem Personenzug nach Gießen. Der einzige Schnellzug von Essen nach Frankfurt war überfüllt.

Ich bin immer wieder froh, daß die Eltern ernährungsgemäß so gut zurecht kommen, weil Vaters alte Geschäftsfreunde für ihn sorgen. Daß er als „Nicht-PG“ ihr Treuhänder in der Property Control¹²¹ wurde, ist die Basis einer an sich ungesunden, aber zeitnotwendigen Beziehung. So versteht er nicht, wie man 60,- oder 80,- RM für Lebensmittelmarken ausgeben kann, die zum Bezug eines Kilogramms Fleisch berechtigen. Wie schwer muß es werden, die deutsche Ordnung und Anständigkeit aus diesem Meer von Korruption wieder zurückzuholen. Wird es genügen, wenn wenigstens das Lebensnotwendige wieder zu haben sein wird? Oder wird diese Lehrzeit dem Deutschen ein Stück „Idealismus“ austreiben, ihn „lebensnäher“ machen? Das Abgleiten ins Haltlose ist die vielleicht größere Gefahr.

16. März 1947

Das Alter in seiner Hilflosigkeit und seiner pessimistischen Schau aller Umstände, in der Betrachtung nur von der Vergangenheit aus wurde mir bei dem Besuch in Gießen wieder deutlich. Vater und ich waren am Sonntag morgen seit langem einmal wieder auf dem Schiffenberg. Wie ist der Wald dahin verwüstet durch die Ausholzungen für den Truppenübungsplatz, der dann doch keiner wurde! Es würde mir nicht leicht fallen, heute in Gießen wieder eine Heimat zu finden. Es ist alles so trostlos geworden durch die Zerstörungen. Was Erinnerung an die Jugend sein könnte, die Bilder eines vertrauten Lebens, findet keinen Bezug mehr.

Es geht wohl nicht allen so mit ihrer zerstörten Heimat. Die in diesem Krieg erstmals entdeckte Heimmattreue der Großstädter, die auch unter schwierigsten Umständen sich in ihrem angestammten Quartier wieder eine Bleibe erkämpfen – und sei es im Keller oder im Behelfsheim daneben –, ist nicht nur eine Rückwirkung der Schwierigkeiten, die am Evakuierungsort zu bewältigen waren. Sie ist eine echte Bindung an „die Stadt“ und ihr typisches, wenn auch nur noch in der Erinnerung vorhandenes Gepräge.

18. März 1947

Eine Werksleitertagung in Kelsterbach. Zum ersten Mal waren in größerem Kreis zahlreiche Mitglieder der „Glanzstoff-Familie“ da, und wir fühlten uns so.

21. März 1947

Wieder mit dem Wagen nach Wuppertal. In Frankfurt kurz bei Dr. Rudolf Mueller, im ersten Jahr nach der Besetzung hessischer Wirtschaftsminister. Als Leiter des neuen Bizonen-Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden vorgesehen, wurde er nach Einführung der Bizonenverwaltung auf Beschluß der sämtlich sozialdemokratischen Wirtschaftsminister durch Dr. Agartz ersetzt¹²². Er saß ohne Heizung in eine Decke gehüllt, frierend, in einem kaum hergerichteten Büro, fast ohne Möbel. Das Telefon irgendwo im Haus. Alte getäfelte Wände, schadhafte Decke, Bauschmutz, Behelf, Wiederbeginn! Er will uns als neu zugelassener Anwalt in der Dekartellisierung¹²³ beraten. Als ehemaliger Princeton-Schüler, mit einer Amerikanerin verheiratet, hat er gute Verbindungen.

22. März 1947

Wegen meines Antrags auf Wiedenzulassung als Syndikusanwalt war ich vor den Unterausschuß Justiz des Denazifizierungsausschusses Wuppertal geladen. Fünf Männer in einem kleinen Zimmer des Amtsgerichts um einen Tisch, ein Stuhl davor, ohne Gruß, aggressive Fragen: „Wir verstehen nicht, daß Sie angeben, noch 1933 SPD gewählt zu haben und dann sofort in eine Nazi-Organisation eingetreten sind“ – „Sie wohnen doch gar nicht hier“ – „Sie haben aber doch sehr viel Geld verdient in jungen Jahren“ – „Warum sind Sie später nicht wieder ausgetreten?“ Es liegt etwas Erniedrigendes in einer solchen Prozedur. Der Vorsitzende, ein Amtsgerichtsrat, wenig objektive Verhandlungsführung. Suggestivfragen mit negativer Tendenz! Langsam gelingt es mir, wenigstens gleichzuziehen, jedenfalls scheint es mir so. Am Schluß jedenfalls nur mehr ein väterliches Grollen des Beisitzers aus dem Kreis der Justizsekretäre: „Es ist doch furchtbar, wie die Intelligenz überall versagt hat!“ Allein der junge Vertreter der Anwaltschaft wollte offenbar helfen. Ich erlebte wieder, wie schwer es ist, Anwalt in eigener Sache zu sein, zumindest bis Befangenheit und Erregung bezwungen sind.

Der Spinnfaserprozeß

Die Verhaftungen

24. März 1947

Die Fahrt mit dem Wagen von Wuppertal über Witten, Dortmund, Paderborn nach Kassel führt von einer zerstörten Stadt in die andere. Das alte, ehrwürdige Paderborn schmerzt besonders. Wie schön war damals der kurze Aufenthalt dort nach den Tagen in Horn mit Inge, Ostern 1933, erste April-Tage, aufbrechende Kastanienknospen, Weiden im zarten Grün am Wasser und die alten Kirchen. Jetzt stehen nur noch Ruinen. Aber die Menschen, die mit zahlreichen Priestern vom Gottesdienst kommen, waren sich des Niederdrückenden ihrer Umgebung offenbar kaum bewußt. Sie waren an das Bild gewöhnt, strömten ihrer Wohnung zu. Es war eben doch Sonntagmorgen.

Kassel ist fürchterlich. Mit Mühe erkannte ich den Königsplatz wieder an einigen Fassaden, um mich von da aus zu orientieren. Es gibt wenig Städte, die auf weiten Flächen so vollständig jede Erinnerung an ihr früheres Bild verloren haben. An den Fuldaufem, in ausgebranntem Gemäuer, in Schutt und verbogenem Stahl wird die Verbindung zwischen zwei Straßenbahnstrecken durch ein hin und her pendelndes Fahrenpaar hergestellt. Gespenstisches Hasten der Menschen dazwischen.

26. März 1947

Am Vormittag in der Fabrik eine Abteilungsleiterbesprechung über „Kompensationen“. Ein Behördenreferent, dem Stoffe für die Beschaffung von Benzin in etwas auffallendem Verhältnis zur Verfügung gestellt worden waren, ist in eine Untersuchung geraten. Der Leiter der Prüfung, ein KPD-Mitglied, hat Aufklärung verlangt. Die politischen Aspekte komplizieren den Fall und lassen eine grundsätzliche Festlegung des „Möglichen“ auch für die weitere Praxis erwünscht erscheinen. Als Ergebnis bleibt nur, daß Kompensationsgeschäfte¹²⁴ nur mit „soliden“ Partnern geschlossen werden sollten und die Einbeziehung von Behördenangehörigen jedenfalls vermieden werden muß. Es werden laufend 40% Geschäfte mit Eigeninteressenten, 40% mit soliden Vermittlern und 20% mit bisher unbekannten Anbietern gemacht. Aber auch ein Rucksack voll Glühbirnen muß unter Umständen gegen hohe Gegenleistung in Kauf genommen werden. Der Fortbestand des Betriebes und die Produktion sind oberstes Gebot. Die Korruption hat balkanesisches Ausmaße angenommen.

28. März 1947

Die Personenzüge nach Frankfurt und Aschaffenburg sind unvorstellbar überfüllt,

meist Hamsterfahrer, insbesondere nach Bayern, aus dem Ruhrgebiet und dem Siegerland, beladen mit Tauschwaren aus der Kleineisenindustrie: Eimer, Sägen, Schaufeln, Gabeln, Sensen. In den Säcken sollen Kartoffeln und Korn zurückkommen. Es gibt keine Kontrolle mehr an der Zonengrenze in Dillenburg und der Frost ist vorüber. So strömen die Scharen, gehemmt nur durch das Fassungsvermögen der wenigen Züge. Von Hanau bis Aschaffenburg war auch auf den Trittbrettern kaum noch ein Platz zum Festhalten.

29. März 1947

Prof. Lieser¹²⁵ scheint im Hintergrund mit politischen Waffen für den Kampf um eine Führungsposition bei VGF zu rüsten. Erste Vorbereitungen dringen durch. Seine kurze Tätigkeit als Oberbürgermeister von Halle scheint ihm Appetit auf die Macht gemacht zu haben. Funcke als neuer technischer Werksleiter in Obernburg fühlt sich – wohl mit Recht – als erstes Angriffsobjekt.

Ich habe zum ersten Mal einen Nachmittag im Garten gearbeitet. Es macht langsam wieder Freude, zumal ich in Lenchen, unserem Flüchtlingsmädchen, eine wirkliche Hilfe habe. Wie spät ist aber alles in diesem Jahr! Die Gemüse- und Obstnot ist schon jetzt groß und die allgemeine Ernährungslage wie im Vorjahr zu Beginn der guten Jahreszeit beängstigend.

2. April 1947

Hungerdemonstrationen im Rheinland und Ruhrgebiet haben zu Ausschreitungen gegen die englische Besatzung geführt. Wo Volkswagen aus der neuen Produktion – durchweg von Engländern benutzt – auftauchten, wurden sie umgestürzt, in Düsseldorf englische Insassen in den Rhein geworfen!

Die Amerikaner erregen sich über das Verhalten der Bergleute, die trotz 4000-Kalorien-Zuteilung und Punkteprogramm streiken. Aber was nutzen die Sonderzuteilungen auf der Zeche, wenn die Familien zu Hause nicht das Brot auf die gekürzten normalen Zuteilungen kaufen können! Auch bei uns werden von den offiziellen 10.000 g Brot für vier Wochen – 1550 Kalorienstandard – nur 6.000 g tatsächlich ausgegeben. Das ist bei 50 g Fett und 150 g Fleisch pro Woche völlig unzureichend, wenn nicht schwarz besorgte Kartoffeln auffüllen können – drei Zentner gegen ein Paar Schuhe von Siegfried. Aber das Hafermahlen ist durch die Sperrung der Mühle problematisch geworden. So geht der Kampf um eine neue Quelle los. Gegen zwei Bettücher und Kopfkissen hat Inge wieder zwei Legehühner bekommen, die wir durch Frost und Diebstahl eingebüßt hatten. Ich hatte es vorher in der Nähe von Würzburg versucht, aber ohne Erfolg.

3. April 1947

Es herrscht viel Verbitterung auch unter den kleinen Bauern. Die Wintersaat ist in dem strengen Frost erfroren, und sie erhalten kein Saatgetreide – nur die Bemerkung: „Warum habt Ihr abgeliefert?“ Täglich werden sie um Lebensmittel überlaufen – auch von jungem Volk. Trotzdem herrscht Mangel an Arbeitskräften, weil das

Hamstern und der Schwarzhandel für viele zum leichteren und einträglicheren Beruf geworden ist. Die letzten moralischen Reserven sind im Hinschmelzen. Die Bürokratie versagt weitgehend. Die nach der Denazifizierung verbliebenen Kräfte sind den Aufgaben nicht gewachsen und die überall durch die Not der Zeit veranlaßte Korruption tut ein übriges. Es besteht wenig Aussicht, daß das Volk aus sich in absehbarer Zeit zu einer selbsttragenden politischen Organisation kommen wird. So bleibt weiter nur die Besatzung als Ordnungsmacht – darüber hinaus noch keine Aussicht!

4. April 1947

Im Ruhrgebiet haben die Hungerstreiks große Ausmaße angenommen – am 1. und 2. 4. ist der gesamte Steinkohlenbergbau im Ausstand. Die Brotzufuhr ist völlig unzureichend, kein Fleisch, kein Fett, kaum Nahrungsmittel und keine Kartoffeln oder Gemüse. Dieser Sommer scheint eine noch krassere Wiederholung der Ernährungslage vom letzten Jahr bringen zu sollen.

5. April 1947

Reimann wurde in Kassel verhaftet. Die Hintergründe sind noch nicht klar. Durch Vermittlung eines Beamten der Kasseler Preisprüfstelle waren 500 l Benzin gegen Stoffe im Wert von mehreren 1000 RM getauscht worden. Die Stoffe wurden in Frankfurt auf dem Schwarzen Markt festgestellt und der Weg zur Spinnfaser zurückverfolgt. Der Leiter der Kasseler Außenstelle des Landeswirtschaftsamts, der die Angelegenheit betreibt, ist Mitglied der KPD. Auf seine Veranlassung hat die Polizei bei sämtlichen leitenden Angestellten der Spinnfaser Haussuchungen nach Textilien durchgeführt. Wieweit die dabei gefallenen Aussagen kleinlichen Besitzneides, politisch motiviert oder nur der Zeitnot entsprungen sind, ist noch nicht klar.

Mit Funcke in Wiesbaden bei Col. Taylor, mit dem Funcke in laufender Verbindung steht¹²⁶ und der über Property Control die Freilassung Reimans als von der US-Militärregierung bestellter Custodian der Spinnfaser AG erwirken will. Wir aßen mit ihm in der Offiziersmesse der Militärregierung – für uns jedesmal eine andere Welt mit ihrem selbstverständlichen Komfort und Wohleben. Weitzel, den wir als stellvertretenden Leiter des Landeswirtschaftsamts in seiner Wohnung in Frankfurt aufsuchten, wußte schon von dem Vorfall. Nach seiner Unterrichtung gilt als entscheidende Belastung die Tatsache, daß das Benzin gestohlen war, was sicher keiner bei der Spinnfaser wußte, insbesondere nicht Reiman. Hinter seiner Verhaftung stehen offenbar noch andere Absichten.

Anschließend dann noch bei Dr. Mueller in Darmstadt¹²⁷, der mit einem jüdischen Freund in abendlichem Gespräch der Vorostertage zusammen war, „Staatssekretär“ Strauß – seltsam, welche Titel und Formen im Miniaturwirkungsbereich deutscher Provinzstaatlichkeit wieder zu wachsen beginnen¹²⁸!

Der Tag war schön in der Vielfalt der Eindrücke und unter dem Antrieb einer Aufgabe. Es wurde mir wieder einmal deutlich, wie sehr die volle Kraft doch erst

aus der Verantwortung zum eigenen Tun erwächst. Mein Leben verläuft ja in dieser Zeit meist nur in der Rolle des Beraters und des Bearbeiters im breiten Verband. Eine Wartezeit durch die Situation gegeben, aber doch mit dem Willen zu späterer Ablösung durch eigene Verantwortung. Aber ich glaube noch Zeit zu haben und kann die Gegenwart kaum besser verbringen – im Täglichen leidlich gesichert, mitgetragen von der großen Organisation der Firma, ohne die Risiken eigener politischer Entscheidung in dieser so ganz dem Vorübergehenden ausgelieferten Zwischenperiode. Was würde ich eintauschen, wenn ich jetzt etwa als Anwalt in Gießen anfinde, „Mietmaul“ in kleinen und kleinsten Alltagsstreitigkeiten nach so ganz anderer Gewöhnung im breiten Rahmen des wirklich großen internationalen Industrieunternehmens. Es könnte nur eine Existenzmöglichkeit unter dem Zwang von Umständen sein, aber kein Ziel eines freien Entschlusses.

8. April 1947

Die Ostertage waren völlig verregnet. Wir hatten seit langem wieder einmal Funkkes bei uns. Die Gespräche Erinnerungen an früheres Leben als Europäer und Versuch der Deutung unserer Wirrnis. Die brennende Frage gerade dieser Tage, in denen in Moskau die erste Friedenskonferenz über Deutschland abgehalten wird, ist, ob Deutschland wieder als eine Einheit zustande kommt oder ob die Entwicklung der letzten beiden Jahre die Aufteilung in eine östliche und eine westliche Hälfte endgültig besiegelt. Auch Col. Taylor erwartet eher das letztere – entsprechend der offenbar schon weitgehend vorweggenommenen Erwartung der Amerikaner, zumindest in Deutschland. Roosevelt hatte geglaubt, mit Stalin am Ende auch fertig zu werden. Er starb, wie Taylor sagte, „im rechten Augenblick“.

Hitler lebte in dem Wahn, mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts die weltgeschichtliche Entwicklung der Unterordnung Europas unter die neuen Weltmächte verhindern und ins Gegenteil umkehren zu können. Bei kluger Nutzung des tatsächlich Erreichbaren hätte er dem Kontinent noch auf lange die entscheidende Mittlerrolle erhalten können. Die Entwicklung ist wieder ein Beweis dafür, wie absterbende Daseinskomplexe aus dem Zerfall ihrer Substanz sich selbst das Ende bereiten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß aus den aus so langer Geschichte erwachsenen europäischen Staaten, ihrem Nationalitätsbewußtsein, den tiefgehenden Unterschieden in Sprache und Kultur der europäischen Völker überhaupt ein einheitliches europäisches Bewußtsein entstehen kann, wie es von außen gesehen als selbstverständlich erscheinen mag. Es ist wie mit den Gliedern einer alten Familie, die im Verhältnis zueinander nur ihre Besonderheiten und Rivalitäten sehen und sich zerstreiten, obwohl sie für die Welt um sie herum nur die Zweige eines Baumes sind. Unter Völkern brauchen solche Zustände nicht endgültig zu sein. Hätte eine kluge Führung deshalb eine Chance gehabt? War es geschichtlicher Zwang oder war es menschliche Fehlentscheidung geschichtlichen Ausmaßes – diese Frage beherrscht alles Suchen nach der Wahrheit dieser letzten Jahre.

11. April 1947

Die Feststellungen in Kassel haben bestätigt, daß die KPD die Gelegenheit eines

nicht ganz zu rechtfertigenden Benzin-Geschäfts der Spinnfaser benutzt hat, um daraus größtmögliches politisches Kapital zu schlagen. Sie war dazu in der Lage, weil der gesamte Prüfungsdienst des Landeswirtschaftsamts unter kommunistischer Leitung steht und der Leiter der Außenstelle Kassel, Humburg, ein aktiver kommunistischer Agitator ist¹²⁹. Sein Plan nach wochenlanger Vorarbeit: Haus-suchungen in der Osterwoche, Verhaftung Reimanns am Gründonnerstag, der Haftrichter – am Karfreitag wie üblich nur ein Vertreter – erläßt Haftbefehl wegen Fluchtversuchs und Verdunkelungsgefahr¹³⁰. Die Akten kommen nicht vor Osterdienstag zur Staatsanwaltschaft. Eine Rundfunkbesprechung wird zusammen mit Humburgs KPD-Parteigenossen, dem Redakteur beim Rundfunk in Bad Nauheim, organisiert, daraufhin Presseanfragen, die den Oberstaatsanwalt zu einer Presse-Besprechung veranlassen, dabei Nachschieben pikanter Details (Textil-funde bei vereinzelt untergeordneten Angestellten)¹³¹. Der Justizminister, der zu Ostern in seiner Heimatstadt Kassel weilte¹³², wird durch einseitige Schilderung beeinflußt. Von ihm wird dann wieder die Staatsanwaltschaft scharf gemacht. Die Praxis der Kompensationsgeschäfte ist den Justizbehörden nicht geläufig und wird noch nach dem Wortlaut des § 1a der Kriegswirtschaftsverordnung als „verbotene Tauschgeschäfte mit Kriegsstrafandrohung (Verbrechen)“ bezeichnet.

Daß für die Durchführung solcher Geschäfte die generelle Genehmigung seitens der Fachreferate des Landeswirtschaftsamtes an gewisse Firmen erteilt war, mußte die Prüfstelle des Amtes wissen und hat es wahrscheinlich gewußt. Es war aber ein Leichtes, nach außen den Eindruck eines schweren Verstoßes gegen Bewirtschaftungsbestimmungen zu erwecken. Das geschah dann auch nach Kräften. Humburg hatte damit gerechnet, daß nach der Verhaftung Reimanns kein handlungsfähiges Vorstandsmitglied mehr da sein würde, und hatte durch einen Mittelsmann versucht, einen ehrgeizigen Angestellten, der schon seit längerem aus Anlaß seiner Denazifizierung (Pg von 1933) Verbindung mit der KPD aufgenommen hatte, zum stellvertretenden Treuhänder bestellen zu lassen und damit vollendete Tatsachen für die Leitung des Betriebes zu schaffen. Glücklicherweise konnte Ritzauer als Vorstandsmitglied der Spinnfaser AG – allerdings bisher ohne praktische Tätigkeit am Ort – rechtlich in die Bresche springen¹³³. Er wurde zum stellvertretenden Treuhänder bestellt, nachdem die Amerikaner den Eingriff in ein deutsches Verfahren abgelehnt hatten. Die Bemühungen der Gegenseite, den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden der Spinnfaser einzuschalten, scheiterten an dessen Interesse an einer Weiterführung der bisherigen Textilausgaben an die Belegschaft. So kam es auch nicht zu der von Humburg für seine propagandistischen Interessen gewünschten Betriebsversammlung.

Wesentlich für die Richtigstellung der ersten, durch Humburg inszenierten Presseäußerung war, daß Frau Dr. Selbert, eine SPD-Abgeordnete, die Verteidigung von Reimann übernommen hat. Unsere sachliche Gegenaktion setzte natürlich beim Landeswirtschaftsamt Wiesbaden ein, das erfreulicherweise die bisher nur mündlich erteilten Genehmigungen zur Vornahme von betriebswichtigen Tauschgeschäften auch gegenüber der Staatsanwaltschaft bestätigte. Von Bedeutung war auch, daß wir für die Haftentlassungsbeschwerde eine große Anzahl schriftlicher Eingaben vorlegen konnten, in denen Reimann bei den hessischen

Wirtschaftsbehörden schon seit längerem die Unzulänglichkeit der bisherigen behördlichen Regelung dieses umstrittenen Komplexes beklagt hatte¹³⁴.

Der absolute Mangel an Verbrauchsgütern aller Art hat zu einer völligen Durchlöcherung der Bewirtschaftung geführt. Neben dem eigentlichen Schwarzen Markt hat sich ein Grauer Markt entwickelt mit der Folge einer Sonderversorgung der in wirtschaftlich stärkerer Position Befindlichen (Produzenten, Händler), und zwar mit Duldung durch die Wirtschaftsbehörden. Zweck ist die Produktionsförderung durch Bereitstellung des Notwendigen an der zunächst entscheidenden Stelle, dem Produzenten. Eine Nebenfolge ist allerdings die bessere Versorgung Einzelner und selbstverständlich auch von Privatpersonen, die mit den Dingen zu tun haben. Die KPD muß die Stimmung der zunächst leer ausgehenden Massen ausnutzen. Der Plan bestand, wie sich herausstellte, seit langem, ursprünglich gegen Kelsterbach erdacht. Die zufälligen Zusammenhänge in Kassel boten dann den besseren Ansatzpunkt.

In dieser Angelegenheit war es für mich zum ersten Mal notwendig, persönlich eine Position im derzeitigen politischen Kampf zu beziehen¹³⁵. Es gibt gerade unter der Intelligenz viele, die das heute zu vermeiden suchen, um bei einer doch noch befürchteten russischen Entwicklung nicht vorbelastet zu sein. Hier liegt zusammen mit den Aussichten für Ehrgeizige, die auf eine solche Entwicklung setzen, zur Zeit die stärkste psychologische Macht des Kommunismus. Wenn wir aber selbst unser Schicksal beeinflussen wollen, sind persönliche Entscheidung und Einsatzbereitschaft des Einzelnen die ersten Voraussetzungen. „Objektivität“, d. h. in Wirklichkeit Opportunismus um jeden Preis bedeutet für unsere Schicht die Selbstaufgabe von vornherein. Eine Weiterarbeit in einer „Konzernleitung“ ist ohnehin ohne eine solche innere Entscheidung mit allen äußeren Konsequenzen unvermeidlich, ein Zögern nur Schwäche.

17. April 1947

Reimann ist aus der Haft entlassen. Begründung: In grundsätzlichen Fragen ist § 1a der Kriegswirtschaftsverordnung¹³⁶ durch Genehmigungen des Landeswirtschaftsamts abgedeckt, Verfehlungen einzelner Angestellter begründen keine persönliche Verantwortung für ihn; er hat sich persönlich nicht bereichert. Sein alsbaldiger Versuch einer Fühlungnahme mit dem Landeswirtschaftsamt war sein gutes Recht und nicht, wie zunächst von der Staatsanwaltschaft behauptet worden war, eine zulässige Begründung für eine Verdunkelungsgefahr.

Daß eine solche Feststellung überhaupt getroffen werden mußte, beweist wieder, wie wenig Rechtsbewußtsein allgemein vorhanden ist, wie die moralischen Zerstörungen des Nationalsozialismus nachwirken, wie jedes Mittel zum Zweck berechtigt erscheint – die gleiche Mentalität, die die KPD entwickelt hat und betätigt.

18. April 1947

Rückreise von Kassel im „Behördendienstzug“ Bielefeld – Stuttgart, einem der Dieseltriebwagen, wie sie vor dem Krieg als FDT auf den großen Strecken einge-

setzt waren. Unerhörtes Gefühl, normalen Reisens, ohne Überfüllung, ohne Verspätung, ohne Elendsgestalten – wenngleich das Äußere der in diesem Zug reisenden „Behördenvertreter“ die Spuren der Zeit nicht verheimlicht.

19. April 1947

Die Moskauer Konferenz über die Friedensregelung für Deutschland und Österreich wurde ergebnislos abgebrochen. Die Amerikaner sind nicht bereit, Lebensmittel nach Deutschland zu liefern, um den Russen Entnahmen aus der laufenden Produktion für Reparationen zu ermöglichen. Sie verlangen, daß mögliche deutsche Ausfuhren zunächst zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhren verwendet werden. Die USA hatten mit harten Verhandlungen gerechnet, aber eine Einigung über Österreich erhofft. Diese scheiterte an der Weigerung der Russen, die beschlagnahmten Werke in ihrer Zone herauszugeben, die sie als deutsches Eigentum beanspruchen, obwohl sie erst nach dem Anschluß in deutsche Hände überführt worden waren. Da es sich um wesentliche Grundlagen der österreichischen industriellen Produktion handelt, würden die Russen in der österreichischen Wirtschaft die entscheidende Position mit allen politischen Rückwirkungen behalten – Satellitenstaat.

25. April 1947

Mit Ritzauer beim Präsidenten des Landeswirtschaftsamts in Wiesbaden. Das Amt war über die Aktion der Gewerkschaften im Anschluß an die Veröffentlichung des Kontrollratsgesetzes Nr. 50 noch nicht unterrichtet. Das Ziel dieser Aktion war, eine völlige Unterbindung von Kompensationsgeschäften und auch von Sachprämien zu erreichen, weil zu Ungunsten einer Bevölkerungsschicht die andere bevorzugt würde. Die Gewerkschaften stellten es sich zur Aufgabe, soziale Gerechtigkeit zu pflegen. Aus Gründen sozialer Gerechtigkeit aber müßten diese Geschäfte unterbleiben.

Das Landeswirtschaftsamt ist jedoch bereit, aufgrund einer vom hessischen Wirtschaftsminister gegebenen Ermächtigung wie bisher den Abschluß von Kompensationsgeschäften zur Aufrechterhaltung und Leistungssteigerung der Betriebe grundsätzlich zu genehmigen. Bedenken bestehen insofern noch, als das gesetzliche Verbot für die Durchführung von Tauschgeschäften gem. § 1a Kriegswirtschaftsverordnung von einem Landeswirtschaftsamt bzw. Wirtschaftsminister nicht ohne besondere gesetzliche Grundlage aufgehoben werden kann. Tauschgeschäfte wären demnach im Sinne des Art. 1 des Gesetzes nach wie vor als unerlaubt anzusehen. Im streng juristischen Sinn würden eventuell sogar die Behördenvertreter als „bei der Verwaltung rationierter Waren beschäftigter Personen“ durch die Genehmigung solcher Geschäfte straffällig. Man glaubt jedoch, sich angesichts der Gesamtsituation über solche Bedenken hinwegsetzen zu können. In einem Schreiben, das wir mitnehmen können, wird die der Spinnfaser früher bereits erteilte allgemeine Ermächtigung zur Durchführung von Kompensationen erneut bestätigt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß es sich bei Abgabe von Fertigerzeugnissen aus dem sogenannten Versuchskontingent um wirkliche Tragever-

suche handeln muß und daß Kompensationsgeschäfte im Rahmen der zehnprozentigen Freiquote lediglich zur Beschaffung von Rohstoffen und Betriebsmitteln abgeschlossen werden dürfen.

Auch die Abgabe von Sachwertprämien an die Belegschaft soll – auch ohne die in Hessen noch fehlende offizielle Ermächtigung des Landeswirtschaftsamts – weiter zulässig sein. Es wird aber daran festgehalten, daß Kompensationsgeschäfte für Kantinenbedarf nicht genehmigt werden können. Auch dürfe Benzin nur auf Grund behördlicher Zuteilung bezogen werden. Hinsichtlich der Weitergabe von im Kompensationsweg erworbener Ware an Dritte wächst die Erkenntnis, daß der bisher in dieser Frage bezogene Standpunkt in der Praxis nicht haltbar ist. Man wird endgültig damit rechnen müssen, daß neben dem amtlich bewirtschafteten Markt ein gewisser freier Sektor für an sich bewirtschaftete Waren besteht. Nur auf diese Weise wird eine Steigerung der Versorgung auch im eigentlichen Bewirtschaftungsbereich erzielt werden.

12. Mai 1947

Wittert van Hoogland ist nun doch – drei Monate nach der Ankündigung – als „Representative“ der Aku in Erscheinung getreten. Die formalen Hindernisse, von den Besatzungsbehörden gewollt oder natürliche Folge englisch-internationaler Militärbürokratie, waren nicht schneller zu überwinden. Wittert, gewandt, diplomatisch, mit freundlichen Umgangsformen, ist für uns eine akzeptable Erscheinung. Es mag allerdings sein, daß die ungeklärten Besitzrechte die Holländer zunächst noch zu einer größeren Zurückhaltung veranlassen.

Wittert weiß wenig vom eigentlichen Geschäft und wird sich dafür wohl auch nie ernsthaft interessieren.

14. Mai 1947

Ich fahre nach Kassel über Meschede, um von Kurt Enßlins Schwiegermutter die fünf Flaschen Bucheckernöl in Empfang zu nehmen, die sie dort aus unserem Sammelergebnis vom letzten Herbst hat herstellen lassen. Am nächsten Tag, nach einer kurzen Besprechung im Werk, ein Maimorgen im Park von Schloß Wilhelmshöhe. Strahlende Sonne am tiefblauen Himmel, die wunderbaren Baumbestände, die Durchblicke über Wiesen, die Luft voller Vogelstimmen, ein Erlebnis außerhalb unserer so kärglichen und sorgengehetzten Zeit.

Nachmittags im Zug nach Gießen wieder Bavink „Grundlagen und Ergebnisse der Naturwissenschaften“¹³⁷. Die theoretische Erkenntnis auf dem Gebiet der Physik und der Chemie ist zu einem Stadium durchgedrungen, in dem die uneingeschränkte Gültigkeit der Gesetze mechanischer Kausalität erschüttert ist und einer umfassenderen Betrachtung Platz gemacht hat. Diese Entwicklung weiter zu vertiefen und ihre Ergebnisse zum Bestandteil unserer allgemeinen Bildung zu machen, erscheint als Aufgabe unserer Zeit. Auf einer höheren Ebene menschlichen Bildungsstrebens muß es möglich sein, die Ergebnisse der Naturwissenschaften und damit der Technik, die zum beherrschenden Faktor unseres äußeren Lebens geworden sind, mit den Erfahrungen der menschlichen Kultur in eine

Übereinstimmung zu bringen. Es gilt, die Spaltung der Bildung in Technik und allgemeine Lebensgesetzlichkeit wieder zu überwinden. Menschen, die nach ihrer Stellung in der Bildungshierarchie, das geistige und kulturelle Bild ihrer Zeit gestalten sollen, dürfen nicht nur Spezialisten ihres Faches sein, denen das lebendige Bewußtsein der Lebensgesetze und ihrer Anwendung auf die sie umgebende Wirklichkeit abgeht. Sie werden sonst nur zu leicht das Opfer einseitiger, pseudo-intellektueller Einflüsse, denen sie aus allgemeinem Wissen um die Gesetze des menschlichen Zusammenlebens kein überzeugtes Bewußtsein andersartiger Notwendigkeiten entgegensetzen haben. Es gilt die Nahtstelle aufzuzeigen und bewußt zu machen, wo sich naturwissenschaftliche und menschliche Anschauung berühren und auf einer höheren Ebene zu einer Wahrheit zusammenfließen.

16. Mai 1947

Vor dem Entnazifizierungsausschuß Wuppertal. Der Vorsitzende der Abteilung V, Ginkel (KPD), ist der von K. Frowein entlassene frühere Betriebsratsvorsitzende von Bemberg, der natürlich Glanzstoff-Leuten mit besonderem Mißtrauen gegenübersteht. So bin ich erheblich in Spannung, so etwas wie Vorexamens-Stimmung! Als ich dann um 10.00 Uhr morgens hinkam, war Ginkel nicht da und die anderen wollten ohne ihn meine Sache nicht verhandeln. Man war sonst sehr höflich, aber man hat mich vor den Höflichen gewarnt – „verwendet die eigenen Worte des Betreffenden zu seiner Belastung“; das Verfahren in der britischen Zone ist ja geheim, es gibt auf diese Weise keine Verantwortung. Ich erlebe in diesen Tagen, wie sehr die unentschiedene Existenzfrage die Nerven belastet. Kühle, objektive Betrachtung kann in eigenen Angelegenheiten nicht vom Willen oder Verstand erzwungen werden.

20. Mai 1947

Vits ist zum zweitenmal in Wuppertal entnazifiziert. Seine Tätigkeit für die Engländer bei der Planung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus hat die KPD auf den Plan gerufen, nachdem mit der SPD nach anfänglichem Widerstand – Agartz wollte das selbst machen – ein modus vivendi gefunden worden war. Die Presseangriffe – als solche, nicht etwa der Inhalt, der nicht neu war – galten als neues Tatsachenmaterial für die Wiederaufnahme. So wurde vor dem Vollausschuß mit 20 Mitgliedern nochmals verhandelt. Das Ergebnis: Kategorie IV, Mitläufer. Ob das nun endgültig ist? Jedenfalls ist er wieder ein erhebliches Stück weiter. Ich war davon nicht immer überzeugt. Für uns ist es ein großes Glück, denn keiner sonst im Vorstand hat genug Führungsqualität nach innen und außen und die auseinanderstrebenden Kräfte sind natürlich jetzt ohnehin überall am Werk.

25. Mai 1947

Zu Pfingsten ist Vater gekommen, mit Brot aus hessischer Mehrzuteilung auf unsere US-Zonen-Marken, Suppenerzeugnissen, Handkäse usw. schwerbeladen. Sein wirkliches Gepäck wäre in einer kleinen Aktentasche bequem untergekommen. Ein Zeichen der Zeit!

26. Mai 1947

Wir haben bei schönstem Frühsommerwetter einen Weg am Main entlang nach Röllfeld und dann über den Berg nach Heubach gemacht. Vater ist wieder erstaunlich rüstig.

27. Mai 1947

Im Schnellzug am Rhein entlang nach Wuppertal. Ich ziehe diese Fahrt dem Auto bei weitem vor. Bei Zügen durch die französische Zone sind die Wagen nicht überfüllt. Es haben nur wenige Reisende die erforderlichen Pässe. Wichtig ist natürlich, daß ich mit dem Auto nach Frankfurt gebracht und in Köln abgeholt werde. Sonst wäre der Zeitaufwand dreifach.

28. Mai 1947

Heute endlich die Verhandlung vor Ginkel und noch einem Mitglied des Entnazifizierungsausschusses Wuppertal. Ich war nach allem Vorhergegangenen abgestumpft und gefaßt. Die Gründe meines Eintritts in die Reiter-SA interessierten nochmals und dann vor allem Fragen über meine Tätigkeit in Holland. Ob ich nicht bei der Plünderung von Arnheim beteiligt gewesen sei; wie es überhaupt möglich war, ohne intensiven Einsatz für die Ziele der deutschen Besatzung etwas für die Holländer zu tun; warum die Holländer mich wegen der geleisteten Dienste jetzt nicht hier an die Spitze gestellt hätten? – Ich glaubte am Schluß, mit Erfolg bestanden zu haben. Das Ergebnis muß sich noch zeigen.

30. Mai 1947

Abs war in Wuppertal. Wittert hatte die Überbringung von Richtlinien aus Arnheim in Aussicht gestellt. Es wurde ihm bedeutet, man werde sich diese „als Empfehlung dienen lassen“¹³⁸. Vits hat ihm auch sonst die beanspruchte Unabhängigkeit klar zu machen versucht.

31. Mai 1947

Ritzauer ist in einiger Aufregung. Er ist in Kassel wegen des Kompensationsverfahrens vernommen worden und befürchtet, als Vorstandsmitglied der Spinnfaser AG verantwortlich gemacht zu werden. Aus dem Verfahren Reimann könnte ein Verfahren Ritzauer u. Gen. werden.

5. Juni 1947

Bei Weitzel in Frankfurt, um Vorschläge für die Personen der Verteidiger in dem in Kassel nun doch kommenden Prozeß zu besprechen, dann mit Rechtsanwalt Scherf, dem Justitiar der Degussa – ein klardenkender Jurist mit praktischer Einstellung – dasselbe Thema. Es bleibt bei dem vorgesehenen Dr. Berndt¹³⁹.

24. Juni 1947

Die Vorbereitungen des Kasseler Prozesses bringen viel Unruhe. Aus dem Blick-

punkt der britischen Zone, wo besonders im Rheinland die Bewirtschaftung fast vollständig zusammengebrochen ist, erscheint es vielen in Wuppertal als ein Versagen der Verteidigung, daß eine Beilegung des Verfahrens vor Eröffnung der Hauptverhandlung nicht möglich sein soll. Die Angriffe konzentrieren sich auf mich. Aktionistische Vorschläge aus dem eigenen Haus finden natürlich ein offenes Ohr bei denen, die sich in Bedrängnis fühlen. Ich glaube, es ist eine typische Situation. Noch gibt es keine Möglichkeit zur sachlichen Entscheidung, denn ich kann nicht beweisen, was ich zu wissen glaube, daß nämlich die Staatsanwaltschaft auf keinen Fall – so wie die Dinge in Kassel liegen – auf das Strafverfahren verzichten kann und wird. Also kann meine Verteidigung nur eine moralische sein. Ich bin meiner Sache sicher. Es kommt zu einem Zusammenstoß mit Vits, der sich in die Aktion der mir latent mißgünstig Gegenüberstehenden hineinziehen ließ. Aber ich halte stand.

30. Juni 1947

Meynen und Wittert in Elberfeld. Die erste grundsätzliche Besprechung über das Verhältnis Aku/VGF. Nach Auffassung der Holländer sind die Verträge mit den Deutschen durch die holländische Regierung aufgehoben. Also sei nur das Beteiligungsverhältnis (99%) maßgebend. Selbst wenn die Aku-Verwaltung die früheren Abmachungen über eine gemeinsame holländisch-deutsche Verwaltung des Gesamtkonzerns von sich aus als Gentlemen Agreement anerkennen wollte, würde sie durch den holländischen Staat daran gehindert werden¹⁴⁰. Vits besteht auf der Selbständigkeit der deutschen VGF-Verwaltung. Für ihn ist die Verteidigung dieser Position die eigentliche Aufgabe für die weitere Zukunft. Er weiß, daß keiner sonst im Vorstand ihr gewachsen ist. Meynen hat sich heute verständiger gezeigt, als zunächst zu erwarten war.

Ein Zwischenfall wie aus den ersten Monaten der Besetzung. Ein Mr. Hollaender, der fünfte Sachbearbeiter von OMGUS Berlin für den Aku/VGF-Komplex und die schlechteste Erscheinung unter allen – andere hatten wenigstens Format in ihren Investigationsmethoden –, verlangte Akten über Einkäufe der Holländer in Deutschland, über Ausfuhrvereinbarungen mit Holland usw. – grob und honigsüß im dauernden Wechsel, wühlte er in allen Akten. Als er an die Privatakten von Vits ging, kam es zum Zusammenstoß und Beschwerde bei Mr. Gage¹⁴¹ – Falschspiel – scheinbarer Rückzug. Am nächsten Tag wurde in Kinds Zimmer im 3. Stock Hollaenders Aktentasche gestohlen¹⁴², angeblich mit wichtigsten Dokumenten. Das gab ihm Veranlassung oder Vorwand, sämtliche Schränke und Schreibtische im ganzen Haus zu erbrechen und durchzuwühlen. Manöver, Wirklichkeit? In jedem Fall sehr unerfreulich.

6. Juli 1947

Ein Besuch mit Vits und Reimann im Büro der Frankfurter Anwälte Dr. Mertens/ Dr. Berndt gibt neues Wasser auf die Mühle des Mißtrauens und des mehr oder weniger ausgesprochenen Vorwurfs gegen mich, den schwierigen Fall doch wohl nicht optimal zu bearbeiten. Der „persönliche Eindruck“, den beide Anwälte auf

Vits und Reimann machen, wird – für Mertens berechtigt – als denkbar ungünstig bezeichnet, die Antwort auf mein Gegenhalten 10 Tage vorher. Für Reimann ist das verständlich, denn die etwas schnoddrige Art von Berndt ist für ihn – Vorstand der Spinnfaser AG – nicht restlos erfreulich. Ich muß weiter den Nacken steif halten, denn noch ist unbestimmt, ob Berndt wegen des IG-Prozesses überhaupt für den Termin zur Verfügung stehen wird, und dann ist die Verteidigerfrage wieder ganz offen.

8. Juli 1947

Mit Schmekel nach Kassel. Die Anklageschrift liegt jetzt vor. Ritzauer ist mit angeklagt. Die Staatsanwaltschaft versucht, möglichst vom Allgemeinen wegzukommen. Sie erkennt die Zulässigkeit von Kompensationsgeschäften grundsätzlich an, erhebt aber den Vorwurf des Mißbrauchs. Alles ist auf den gesetzlichen Tatbestand der Kriegswirtschaftsverordnung und Verbrauchsregelungstrafverordnung abgestellt.

9. Juli 1947

Reimann von neuem verhaftet, dazu Ritzauer! Die Staatsanwaltschaft hatte den Plan offenbar schon lange. Die Begründung der Strafkammer lautet erneut „Verdunklungsgefahr“. Ein Textil-Ingenieur der Spinnfaser AG, der die Gelegenheit benutzen wollte, sich für seine Entlassung zu rächen, hatte offene Ohren für seine Zuträgereien gefunden. Zu Beginn der Ermittlungen glaubte er die Situation gekommen, um sich an die Spitze zu spielen. Schritt für Schritt hatte er die kommunistischen Prüfer mit Material versorgt und versuchte das Verhältnis zwischen Leitung, Betriebsrat und leitenden Angestellten zu vergiften. Dann kam der Rückschlag. Er wurde wegen ständiger Störung des Betriebsfriedens entlassen. Man war bereit, ihm durch das Angebot einer Position bei der Lehrspinnerei Denkerdorf noch eine Brücke zu bauen. Als sich das zu zerschlagen drohte, bekam er es mit der Angst und nutzte seine Beziehungen zu Linkskreisen, die er für seine Entnazifizierung in Anspruch genommen hatte, um die Staatsanwaltschaft und den Vorsitzenden der Strafkammer in seinem Sinne zu informieren. Kern der Begründung für die angebliche Verdunklungsgefahr und damit für die Verhaftung von Reimann und Ritzauer war diesmal die Behauptung, beide würden sich sonst bemühen, Angestellte der Spinnfaser, die im kommenden Verfahren in Betracht kamen, für sich zu beeinflussen. Die Strafkammer war sehr stolz auf ihre juristische Konstruktion.

11. Juli 1947

Es war ein mühsames Stück Arbeit, das alles wieder umzuwerfen. Tage vergingen, bis das Material zusammengetragen war. Erklärungen von Betriebsratsmitgliedern und von mehreren Angestellten waren zu sammeln und das juristische Gegengebäude aufzuführen. Der Betriebsrat nahm eine erfreulich klare Haltung zu den krankhaften Ambitionen des „Gauners“ ein. Das Ergebnis schien uns recht überzeugend zu sein.

12. Juli 1947

In Wuppertal sind alle Puppen am tanzen! Vits hat Wind gesät und Sturm geerntet. Die Familie Ritzauer mit ausgedehntem Anhang ist in größter Unruhe. Die ersten Anwälte sollen angesetzt werden, um die Freilassung zu erreichen, – aber woher nehmen? Eine „Kanone“ in Köln sagt ab. Vits muß beruhigen und sich nun auch selbst auf die Qualitäten der Kasseler Kampftruppe zurückziehen.

13. Juli 1947

Ein Sonntag zu Hause in der Siedlung in Erlenbach ist nur Hetze mit ständigem Telefonieren im Kramladen gegenüber. Einer unserer Verkaufsleiter er bietet sich als Schweizer Staatsangehöriger, im Untersuchungsgefängnis aufzukreuzen. Er gibt zahlreiche Päckchen in Schweizer Rote-Kreuz-Verpackung ab, dazu zwei Flaschen Wein aus Klingenberg. Aus Wuppertal war schon ein ganzer Koffer „mit allem“ gekommen – Sonderkurier! Ich fahre abends mit Schmekel nach Kassel. Auf dem Weg dorthin sind wir noch eine Stunde bei Dr. Berndt in Frankfurt. Schmekel ist ganz positiv von ihm beeindruckt. Berndt war früher Generalstaatsanwalt, vielerfahren und ein Kämpfer, dazu ein repräsentativer Weißkopf mit klugem Gesicht. So beginnt die Rehabilitierung für mich.

14. Juli 1947

Eine fiebrige Halsentzündung kommt mir dazwischen, aber ich kann mich aufrechterhalten. Man sorgt für Tabletten und Priesnitzumschlag.

Im Zuchthaus ist alles korrupt. Der Frühwärter findet sich bei uns ein, um für Ritzauer Brot und Rauchfleisch, Schnaps und Tabakwaren incognito abzuholen. „Für Geld ist hier alles zu haben“, sagt ein Schließer schon am zweiten Tag zu Ritzauer. Nur die Preise, insbesondere für Brot, sind teurer als draußen (zwei Zigaretten für eine Scheibe Brot) „Hunger!“ tönt es abends monoton durch die Gänge. Verbotene Grenzgänger müssen in großer Zahl acht Tage absitzen, Polen und Ukrainer mit schwerem Strafregister, abgeglittene Jugendliche, dazwischen ein siebenfacher Lustmörder.

Raemisch¹⁴³ gelingt es, Ritzauer und Reimann zu sprechen. Wir arbeiten alle fieberhaft, Lennerts – das Chauffeurehepaar, bei dem wir in Kassel wohnen, – sind vorbildlich in ihrem Einsatz, Tag und Nacht.

Das Abschreiben der Strafakten – 250 Blatt in 36 Stunden – ist eine Meisterleistung von vier Sekretärinnen in zwei Nächten und einem Tag in dem kleinen Holzhaus von Assessor Vogt¹⁴⁴, dem treuen, klugen und unermüdlichen Helfer draußen im Wilhelmshöher Wald.

17. Juli 1947

Kampftag. Ich werde als erster Zeuge vernommen. Der Vorsitzende Dr. Erich Lewinski, Jude, früherer Kasseler Anwalt, vor 1933 KPD-Agitator, von 1935–1947 als Emigrant durch die ganze Welt gezogen, seit drei Monaten Vorsitzender der Strafkammer beim Landgericht Kassel. Die Informationen Vogts über seine „unternehmerfeindliche Einstellung“ sind offenbar richtig. Wir kämpfen gegen

dauernde Suggestivfragen. Schritt für Schritt muß er vor den Zeugen zurückweichen. Als der Belastungszeuge¹⁴⁵ auf drei Fragen nicht antworten kann und den Staatsanwalt desavouiert, sind die Beisitzer gewonnen. Der Staatsanwalt versucht noch einmal beschwörend, die Situation für sich zu retten. Er beantragt neuen Haftbefehl. Wir zweifeln noch – aber dann haben wir gewonnen. Beide werden noch am Abend frei. Der sympathische Berichterstatter der Strafkammer nimmt mich am Arm: „Das hätten Sie sich ersparen können“ – wenn wir nämlich den Belastungszeugen nicht entlassen hätten. Doch er irrt, wir brauchen dieses erfolgreiche Vorgefecht für die Hauptverhandlung.

18. Juli 1947

Den ganzen Freitag im Auto unterwegs durch die Sommerlandschaft mit den ertoreiften Feldern und den dunklen Wäldern des Hessenlandes. Weitzel will aus seiner Stellung als Leiter des Landeswirtschaftsamts Wiesbaden ausscheiden. Er hat das ewige Dilemma in der Behörde satt. Dr. Rudolf Mueller möchte ihn als Sozjus – pièce de résistance – für sein neues Wirtschaftsrechtsbüro gewinnen. Mueller ist wie immer voll neuer politischer Pläne.

21. Juli 1947

Am Samstag große Anwaltsbesprechung in Kassel. Vits ist da, Mueller betont meine ausschlaggebende Rolle. Mein Planreferat macht Eindruck. Es ist ein großer Erfolg für mich geworden. Aber die Anstrengungen der letzten 14 Tage haben mich völlig erschöpft. So verbringe ich den Regensonntag fast nur auf der Couch und bin auch am nächsten Tag noch wie zerschlagen.

Wegen der ständigen Arbeitsverpflichtungen in der russischen Zone kommen ständig tausende junger Männer über die Grenzen der amerikanischen und britischen Zone. Sie kommen in Lager oder Gefängnisse (8 Tage) und melden sich zahlreich zum Bergbau. Er bedeutet hier wenigstens nicht die Übergangsstufe zu Sibirien wie drüben in der russischen Zone.

22. Juli 1947

Nun geht die Reise wieder von neuem los: Wiesbaden – Wuppertal – Kassel und zum Samstag hoffentlich zurück.

Die Fahrt nach Wuppertal war zeitgemäß. An einem glühendheißen Sommertage – sie wollen in diesem Jahr kein Ende nehmen und beängstigen uns in der Auswirkung auf die Ernte – im Holzgenerator-Wagen von morgens sieben bis abends halbf. Bremsschaden und stundenlanges Abkühlenlassen der Reifen, von denen wir nicht wußten, ob sie überhaupt noch bis Wuppertal halten, waren Ursache der Verzögerung.

Wittert war – zwischen Tür und Angel – wieder einmal da. Abends Einladung bei Ritzauer als Anerkennung für die Mitwirkung bei der Haftentlassung. Die Familie ist noch zurückhaltend. Sie hatten sich während der Haft zu leidenschaftlich mit Mißtrauen erfüllen lassen. Die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten für die einzelnen Tatbestände der Anklage gelingt langsam. Wenn es ernst wird, ist die Ver-

suchung für jeden zu groß, erst einmal den eigenen Kopf aus der gemeinsamen Schlinge ziehen zu wollen.

24. Juli 1947

Die Entnazifizierung in Wuppertal ist nun mit Erfolg beendet. Ich habe mir den Schein mit dem Vermerk „politisch unbelastet“ abgeholt. Das entspricht der Bezeichnung „Mitläufer“ in der amerikanischen Zone. Die Entscheidung ist rechtskräftig. Das gibt nun doch ein Gefühl größerer Sicherheit nach außen. Ich habe auch für entsprechende Verbreitung gesorgt.

25. Juli 1947

Mit Kurt Frowein nach Kassel. Er ist angefüllt mit seinen eigenen Entnazifizierungssorgen und erhofft zum Herbst Gruppe III b, d. h. Beschäftigungsmöglichkeit. Dann schwebt ihm eine Art Delegierter des Aufsichtsrats bei Bernberg vor. Da er offenbar weiß, daß mein Name für einen Vorstandsposten dort zur Erörterung steht, wollte er das Terrain erkunden. Ich habe mich zurückgehalten und zunächst die Abgrenzung unter Hinweis auf seine dynamische Persönlichkeit als schwierig bezeichnet. Das wäre es wohl auch, wenn auch vielleicht nicht unlösbar. Er ist immerhin 63 und für den Anfang hätte seine Mitwirkung auch viele Vorteile. Aber noch ist es nicht so weit und ich selbst bin noch nicht klar, was ich anstreben soll. Es wird alles sich von selbst entwickeln müssen. Etwas anderes will ich auch nicht, zumal Schmekel mir in diesen Tagen erstmals erklärt hat, daß er am liebsten nicht mehr allzu lange aktiv sein will. Es eilt nichts für mich und z. Zt. besteht zwischen Vits und mir ein stiller Kampf um die Anerkennung als selbständige Person. Er hat sich nun Dr. Schirmer von der Treuarbeit als Juristen zur persönlichen Mitarbeit geholt. Ich habe dem nur zugestimmt. Es ist vielleicht etwas leichtsinnig – aber ich glaube damit durchzukommen. Es geht um Grundsätzliches.

27. Juli 1947

Wieder in Kassel. Reimann war gefaßt und doch brach durch die Haltung hin und wieder die Spannung und Unsicherheit vor der kommenden Entscheidung, zumal er die Gegenkräfte allenthalben spürt. Es ist nicht leicht, in einem Strafverfahren unter der Anklage eines Vergehens zu stehen, das immerhin zu einer Freiheitsstrafe führen kann. Wie viel weniger bedeuten demgegenüber die Entnazifizierungssorgen der letzten Monate und wie stark habe ich doch auch sie empfunden. Es ist gut, von Zeit zu Zeit selbst eine Not zu spüren, um nicht für andere das Verständnis zu verlieren.

28. Juli 1947

Auf der Rückfahrt von Kassel am Samstag mit dem nun wieder wohlbereiften „Buick“ hatten wir einen anderen schweren Schaden und blieben bei Butzbach auf der Autobahn liegen. Abschleppen des Wagens bis zur Abzweigung Butzbach kostete nach manchen vergeblichen Versuchen den Rest meines Tabakvorrats. Die Unterbringung des Wagens bis zum Montag im Dorf mit einiger Gewähr, daß

wir nicht nachher nur ein ausgeplündertes Wrack vorfinden, war nur durch das Versprechen zu erkaufen, ein Paar Strümpfe für die Frau des nach Kriegsende als Fuhrunternehmer hier hängengebliebenen Düsseldorfer Autospezialisten nachzuliefern. Glücklicherweise konnten wir von Obernburg abgeholt werden. Die Fahrt im offenen kleinen Wagen im Mondschein durch die Dörfer war noch schön, warme Sommernacht, heimkehrende Liebespaare an den Dorfeingängen, da und dort Lampen auf dem Balkon – ein friedliches Bild.

30. Juli 1947

Bei Rechtsanwalt Kappus, dem Schwager von Scherf, in Frankfurt. Wir haben juristische Fragen zum Kasseler Prozeß besprochen. Ich lerne ihn schätzen. Ein jüngerer Mann mit offenem Blick.

Dr. Mueller hatte eine Teestunde vorbereitet. Unsere Ansichten zur politischen Gegenwart stimmen weithin überein. Er hat jedes Mal neue Pläne und verbindet praktischen Idealismus mit einer Art Verschwörertum gewisser Politiker. Ich halte gern diese Verbindung zur Abstimmung und Anregung. Er hat mir den „Bavink“ neu geliehen.

1. August 1947

Den ganzen Tag mit Ritzauer und Schmekel Prozeßvorbereitung. Ritzauer ist erfreulich fest und sicher. Er steht auch nicht dauernd in der gespannten Kasseler Atmosphäre wie Reimann.

Am Abend wieder einmal Russisch. Nach einigem Vorbereiten kommt auch das Sprechen wieder. Ich komme jetzt nur noch ab und zu dazu. Aber aufgeben möchte ich nicht an der Stelle, die ich erreicht habe.

2. August 1947

Reimann erneut verhaftet – zum dritten Mal! Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat das Oberlandesgericht den Strafkammerbeschuß aufgehoben. Es wird langsam zuviel für ihn, und diesmal wird es kaum möglich sein, vor der Verhandlung noch eine Freilassung zu erreichen. Es gibt keine Instanz mehr. Eine Anfrage der KPD im Hessischen Landtag und deren Rückwirkung auf den ohnehin festgelegten Justizminister haben wohl ihren Anteil an dieser Entwicklung.

3. August 1947

Es ist immer noch fast unerträglich heiß und trocken. Gestern Abend haben wir mit Funckes in unserem Garten verbracht.

Nachts schellt es, ein deutscher Kriegsgefangener steht vor der Tür. Der Sohn eines Pförtners im Werk kommt aus Rußland, aus dem Ural, und sucht seine Angehörigen. Entlassung wegen Wasser in den Beinen, jahrelang nur von Brennesselsuppe ernährt. Wir zeigen ihm das Haus in der Siedlung, wo seine Eltern wohnen. Seine Mutter kann es kaum fassen und ertragen, als sie nachts aus dem Schlaf gerissen plötzlich ihren Sohn vor sich sieht – in abgetragener Montur mit einem alten Gesicht.

16. August 1947

Vorbesprechung für den Kasseler Prozeß in Treysa. Auf Rat von Dr. Berndt entschließt sich Ritzauer zu erneuter Haftstellung zur Vermeidung eines Steckbriefes.

17. August 1947

Die Trockenheit und Dürre in diesem Jahr ist erschreckend. Woche um Woche brennt die Sonne in ganz Westeuropa und besonders im mittleren Deutschland, fast kein Regen, von ganz seltenen Gewitterschauern abgesehen. Das Land ist braun und versengt. Kartoffelernte, Grünfutter, Rüben und Kohl sind weitgehend vernichtet. Die Sorge über die Ernährung im nächsten Jahr schiebt sich drohend vor. Denn es besteht keine Aussicht auf ausreichende ausländische Hilfe. Die Einfuhrzahlen liegen fest. Bei guter Ernte hätten sie uns für die Westzonen wohl eine etwas auskömmlichere Nahrung als im vergangenen Jahr gesichert. Bei schlechter Ernte – die Mindererträge werden teilweise 40–50% betragen – werden wir mit dem Verbleibenden ebenfalls auskommen müssen.

Ganz Europa stößt den gleichen Hilferuf an die USA aus. Auf der Pariser Konferenz zur Vorbereitung des Marshall-Plans wurden Forderungen von 20–30 Mrd. \$ als Einfuhrkredit für West- und Nordeuropa errechnet. Deutschland kann als besiegtes Land nur an letzter Stelle auf Berücksichtigung hoffen. Wenn nicht alle anderen auf die Ruhrkohle und damit die Herstellung einigermaßen erträglicher Verhältnisse in diesem Bereich angewiesen wären, würden die Aussichten für uns wohl noch ungünstiger.

Die Schlachthäuser sind überfüllt, weil die Bauern das Vieh nicht mehr ernähren können. Die Abschachtungen gefährden aber zugleich die künftige Fettversorgung, die zu einem entscheidenden Teil auf der Buttererzeugung beruht.

Die Hauptverhandlung

22. August 1947

Wir sind zur Vorbereitung der endgültigen Verhandlung im „Spinnfaser-Prozeß“ nach Kassel gefahren. Die letzten Wochen waren sehr anstrengend, zumal die eigentliche Prozeßvorbereitung immer wieder durch die Verhaftungen und die Notwendigkeit der Bearbeitung der Haftverfahren unterbrochen und verhindert worden war. Aber es ist wieder einmal eine Aufgabe, die ganz in Anspruch nimmt – „mitten im Zeitgeschehen“. Es ist „der“ Wirtschaftsprozeß der Nachkriegswirtschaft. Die Vorbereitung der Öffentlichkeit durch Zeitung, Rundfunk und die ständigen neuen Verhaftungsnachrichten ist ungewöhnlich intensiv und die politischen Leidenschaften sind stärkstens beteiligt. Die KPD sucht Propagandastoff, die SPD wagt nicht zurückzustehen. Man hat sich aus ideologischen Gründen – „Planwirtschaft“ – gegen Kompensationen festgelegt, obwohl der der SPD angehörende hessische Wirtschaftsminister Koch die erforderlichen Ausnahme-genehmigungen erneut bestätigt hat.

24. August 1947

Heute, Sonntag nachmittag, hatten wir eine letzte „Generalstabsbesprechung“ der Verteidigung. Dr. Berndt, erfahrener Forense als Ritzauers Verteidiger, sein Sozios Kappus, sympathischer, gründlicher Arbeiter zusammen mit Assessor Vogt vom Büro Dr. Mueller bilden mit mir als „Generalstabschef“ die Arbeitsgarde. Dr. Klefisch, alter angesehener Strafverteidiger aus Köln, neben der SPD-Landtagsabgeordneten Frau Selbert¹⁴⁶ Verteidiger für Reimann, Rechtsanwalt Kalsbach aus Barmen, geschickter Psychologe, Verteidiger für Koecke¹⁴⁷.

Eine wertvolle Ergänzung aus Kassel ist noch der dortige beste Strafverteidiger Isele – alle zusammen ein gutes Team, das sich in seinen Qualitäten gegenseitig ergänzt und das es gilt, nun zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Die Aufgabe ist zunächst schwierig, weil die Anwälte von draußen erst im Lauf der Verhandlung wirklich in den Stoff hineinwachsen. Auch müssen sie dahin gebracht werden, über die Einzelmandate hinaus jeder für das Ganze zu stehen und zu handeln.

26. August 1947

Reimann gelang es gestern morgen, in seiner Vernehmung als Angeklagter die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Die Verhandlung erreichte in Frage und Antwort zwischen ihm und dem Vorsitzenden Lewinski zeitweise wirtschaftspolitisches Niveau. Zum ersten Mal wurde der Öffentlichkeit klar, daß es sich nicht um persönliche Vorteile handelt, sondern darum, was zur Wiederingangsetzung und Steigerung der Produktion an Kompensationen als erlaubt angesehen werden kann. Der Vorsitzende agiert zunächst als reiner Positivist – „aber die gesetzlichen Vorschriften müssen beachtet werden; womit soll der Straßenbahnschaffner kompensieren; mit den Kompensationen fängt es an und mit dem Schwarzen Markt und den Jugendlichen, die wir dann hier bestrafen müssen, endet es“. Er hat von einem idealen Standpunkt in vielem recht, aber es ist offenbar, daß er – erst vor drei Monaten aus der Emigration zurückgekehrt – von der deutschen Nachkriegswirklichkeit viel zu wenig weiß. Langsam von Zeuge zu Zeuge und dann entscheidend mit den Sachverständigen, dem Leiter des Landeswirtschaftsamts Wiesbaden, Kassner, und dem früheren hessischen Wirtschaftsminister Dr. Mueller gelingt es, dem Gericht und der Öffentlichkeit klar zu machen, daß es in den letzten beiden Jahren eine funktionierende Wirtschaftslenkung überhaupt nicht gab und nicht geben konnte, weil alle Voraussetzungen dafür fehlten. Der Lenkungsapparat des Dritten Reiches war zerschlagen, seine Basis – der ideelle und tatsächliche Zwang der Kriegswirtschaft – war weggefallen, die letzten Reserven, die jede funktionierende Verteilung als Puffer braucht, aufgezehrt, nichts zu verteilen und keine Menschen, keine Räume, keine Mittel, nicht einmal Geld, um die Veröffentlichungen von Vorschriften in der dafür Bezahlung verlangenden Tagespresse durchzuführen. Die Referenten in den Ämtern hatten selbst nicht einmal von der Kriegswirtschaftsverordnung gehört, geschweige denn den Text gesehen. Sie gaben zu, daß die Anordnungen, auf die sich die Anklage stützt, weitgehend gar nicht gehandhabt werden konnten, und es ergab sich vor allem, daß der Begriff „Kompensation“ in dieser ganzen Zeit kein rechtlicher Begriff mit festumrissenen Abgrenzungen

war, sondern eine zwangsläufige Erscheinung der Wirklichkeit, die leben wollte und leben mußte auch dann, wenn Vorschriften und Bestimmungen nur nachhinken konnten und das Gewordene erst hinterher eine Deutung und Abgrenzung erfuhr¹⁴⁸.

30. August 1947

Am Samstag nachmittag mit Berndt und Kappus „Ariadne auf Naxos“ in einer ausgezeichneten Aufführung des in der Nazizeit von Göring als Bühne seiner Frau Emmi nachdrücklich geförderten Kasseler Staatstheaters.

31. August 1947

Der Sonntag ist wieder ganz der Arbeit gewidmet. Fragen an Sachverständige sind noch vorzubereiten. Die Einteilung der Plädoyers ist noch offen. Rechtsfragen sind zu klären. Die hilfsweise zugezogene Akte Humburg, des KPD-Initiators des ganzen Verfahrens, enthält noch wertvolles Material.

An den Prozeßtagen hat sich ein fester Ritus herausgebildet. Verhandlung von 9-11 Uhr, dann Stehpause im Garten des Wirtshaus-Tanzsaals, der – gerade fertiggestellt – neben dem Theater als derzeit größter Saal in Kassel Schauplatz der Verhandlung ist. Danach bis 13 Uhr Fortsetzung der Verhandlung, dann Pause für das Mittagessen, das für den Spinnfaser-Anhang von dem tüchtigen Kantinenbewirtschafter in einem reservierten Nebenraum des Gasthauses „Wilhelmshöher Hof“ aus den Wärmebehältern der Spinnfaser-Küche serviert wird. Dann bis 16 Uhr erneut Verhandlung und sofort danach in der Wohnung Reimann mit starkem Kaffee oft bis nach 18 Uhr Besprechung des Tagesergebnisses mit allen Anwälten und Angeklagten sowie Planung für den nächsten Tag. Diese Abstimmung und Zusammenfassung ist von unschätzbarem Wert für das gemeinsame Handeln und die Vorbereitung der Angeklagten. Abends Sonderarbeiten, Fragen vorbereiten. Berndt, als auswärtiger Anwalt dem Gericht gegenüber frei,

Klefisch, tiefgründig erfahrener Jurist, immer wieder das Grundsätzliche anrührend, leider gesundheitlich nicht mehr voll leistungsfähig,

Kappus, Vogt und ich die Arbeitsbienen.

Frau Selbert – in der örtlichen SPD angesehen – wird eingepaukt und Kalsbach bemüht sich, aus seinem Mandanten Koecke, „der Krähe“ – er war als Leiter des Zellwollverkaufs manchmal etwas zu unbekümmert in seinen Kompensationsmethoden – einen „Kanarienvogel“ zu machen.

Isele bringt das „Salz“, die Kenntnis des Milieus und der Personen.

3. September 1947

Am Mittwoch nach Ende der Beweisaufnahme bin ich völlig erschöpft wie zuletzt nur im Schiedsgerichtsprozeß Blüthgen¹⁴⁹. Aber damals – 1937 – war ich nur Hilfsarbeiter und diesmal trage ich entscheidende Verantwortung.

4. September 1947

Bei den Anträgen des Staatsanwalts: Reimann 3 Jahre Gefängnis usw. – tiefes Er-

schrecken! Es war als habe man fast nichts vergessen und fast nichts dazu gelernt. Oder bedeutete der Antrag nur Fassade zur Wahrung des Gesichts der Staatsanwaltschaft nach allem Vorhergegangenen? Jedenfalls gefährlich als Ausgangspunkt für das Gericht – das alte Verfahren des Handels zwischen Staatsanwalt und Gericht?

5. September 1947

Die Plädoyers der Verteidigung leisten Entscheidendes. Frau Selbert war für alle überraschend gefaßt und gut. Sie wußte, daß sie im grellsten Rampenlicht stand; Klefisch mit allen Registern des erfahrenen Verteidigers, von der glänzenden Lachsalve über trockenste und etwas abwegige Jurisprudenz bis hin zu tiefer menschlicher Rührung;

Berndt war als früherer Generalstaatsanwalt, gefürchteter Kämpfe und Kenner der Interna mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Außerverfolgungsetzung für Ritzauer zu seinem Leidwesen für den Auftritt in der Verhandlung außer Gefecht gesetzt worden.

Kappus und Vogt tüchtige Lanzenbrecher;

Isele – eine glänzende Schlußapothese, die dem Vorsitzenden Lewinski, dem etwas eitlen Idealisten, mit allen Hilfsmitteln der Rechtsphilosophie – gewagt aber erfolgreich – die Brücke zum königlichen Richter baute. Es war die Psychologie, die dem Verfahren von uns zu Grunde gelegt worden war und die durch alle Tiefen des Positivismus – tagelang über Weckuhren, Büstenhalter, Kochtöpfe, Schmierpäckchen des fröhlichen Wanderburschen Grünhaupt, Koeckes Gehilfen – Isele dann doch zur Höhe führte: „Es gab einmal eine Zeit, da hatte Kassel ein berühmtes Gericht, den Oberappellationshof, und dieses Gericht hatte einen über die Grenzen Hessens weit hinaus bekannten Vorsitzenden Eccius. Er pflegte zu sagen: Zuerst stellen Sie fest, wo sitzt der Schweinehund und wenn Sie ihn haben, suchen Sie es juristisch zu begründen. Wir alle sind uns in gemeinsamer Arbeit vieler Tage durch mancherlei Irrtümer darüber klar geworden, daß hier unter diesen Angeklagten sich kein Schweinehund befindet. Meine Herren Richter, suchen Sie es zu begründen.“

Der Prozeß hat im ganzen Konzern viel Unruhe hervorgerufen. Endlich können wir glaubwürdig gegensteuern¹⁵⁰.

6. September 1947

Der Betriebsrat und die Vertrauensleute der Gewerkschaft haben sich in einer „Resolution“ mit Reimann solidarisch erklärt und das Gericht ersucht, „zu einem gerechten Urteilsspruch zu gelangen“¹⁵¹.

8. September 1947

Das Urteil:

Reimann – 20.000,- RM Geldstrafe.

Koecke – sechs Monate Haft – er war zu leichtfertig bei der Auswahl seiner Abnehmer und von Anfang an unser Sorgenkind.

Ritzauer und Bartsch freigesprochen.

Grünhaupt sollte nun doch etwas bekommen für diese Benzin-Affäre, die den Ausgangspunkt gebildet hatte, also 3.000,- RM.

Der Einsatz war lohnend. Ich war froh, in diesem Kampf, bei dem es immer auch um mein Ansehen ging, oben geblieben zu sein.

9. September 1947

Nachts stehend nach Frankfurt – scheußlich, die Stunden vorher auf dem Kasseler Bahnhof, das übliche Bild der wartenden, auf Bündeln hockenden Menschen, das dauernde Kämpfen mit dem Schlaf.

10. September 1947

Nochmals nach Wuppertal im Kriegsschnellzugwagen – nur an den Seiten längs je eine Holzbank, in der Mitte liegt alles dichtgedrängt durcheinander.

Ein Junge aus Düsseldorf fängt an, auf der Mundharmonika zu spielen und fast alle singen oder summen mit. Das unbeschwerte Leben drängt durch. Ein großes Verlangen kommt über die Menschen, einmal unbeschwert, losgelöst, nur fröhlich sein zu können – ein Fest zu feiern wie früher. Doch bald verstummt es wieder, das Abgehärmte, Müde, die verbissene Hast und Anspannung, die sture Gleichgültigkeit gewinnen wieder die Oberhand. Versöhnlich ist nur, daß es so wenig Streit gibt unter den zusammengepferchten Menschen. Es lohnt sich wohl nicht mehr. Sie haben gelernt, daß sie sich damit selbst keinen Dienst tun und sind nüchtern genug, danach zu handeln.

22. September 1947

Urlaub zu Hause, schlafen und in Ruhe etwas lesen, Äpfel zusammenholen und Dinge erledigen, die schon lange anstanden.

23. September 1947

Es hat endlich geregnet, und es ist stiller Herbstnebel gekommen.

24. September 1947

Die Art, wie der Heimkehrer Klein wieder in das Leben der Heimat aufgenommen wurde, zeigt mehr als alles andere, was heute Deutschland ist. Es dauerte fast 14 Tage, bis er über Flüchtlingskommissar und Landratsamt eine Zuzugsgenehmigung und damit Lebensmittelkarten erhielt. Solange mußten ihn Eltern und Schwester mit durchschleppen, die selbst nichts zu essen haben. Der Arzt erklärte Frau Klein: „Geben Sie ihm gut zu essen, sonst geht er Ihnen ein. Eigentlich müßte er in ein Krankenhaus!“ Aber die Zulagekarten gibt es nur, wenn man im Besitz einer Kennkarte ist und eine Kennkarte kann nur ausgestellt werden, wenn ein Paßbild vorhanden ist. Es gibt keinen Fotografen, der Filme oder Papier hat, weder in Erlenbach, noch in Obernburg, noch in Aschaffenburg. Sie haben wohl alle noch irgendeinen Rest, aber der wird für einen Flüchtling oder Heimkehrer, der nichts zur Gegenleistung hat, nicht hergegeben. Endlich gelang es ihm nach vier Wochen, in Miltenberg ein Paßbild zu erhalten und dann nach einer weiteren Woche

die Kennkarte. Damit waren wenigstens die bürokratischen Voraussetzungen für die Ausgabe der Zulagekarten geschaffen, deren Aushändigung dann wiederum Wochen erfordert, am 20. September – ich schreibe dies am vierundzwanzigsten – waren sie noch nicht ausgestellt.

Der Grund für das alles – die Menschen sind abgestumpft bis zur völligen Gefühllosigkeit. Durch die Entfernung aller irgendwie formell dem Nationalsozialismus Zugerechneten ist eine geübte und fachlich leistungsfähige Verwaltung kaum noch da. Überall weniger als Mittelmaß, ohne Erfahrung, einem Netz von sich widersprechenden oder unendlich umständlichen Anordnungen unterworfen.

Die Unfähigkeit geht von oben nach unten. Oben wirkt sie sich natürlich noch vernichtender aus. Parteipolitik bestimmt die Besetzung der Stellen. Aber woraus bestehen diese Parteien, die nun ihre Leute für alle möglichen Stellungen nominieren? Es ist nur eine ganz kleine Schicht aus der Zeit vor 1933 übrig gebliebener Politiker. Der Mitgliederbestand ist verschwindend gering. Es will ja niemand noch einmal den Fehler machen, einer Partei beizutreten. Die allgemeine Gleichgültigkeit und der Kampf um die dringendsten Bedürfnisse der Existenzerhaltung lassen weder Kraft noch Antrieb übrig für ein öffentliches Interesse – über das „Nehmen“ hinaus!

Die Wahlbeteiligung von 70-80% gibt ein falsches Bild. Sie zeigt nur die passive Seite, die Regierten, die bei dieser Gelegenheit einer allgemeinen Grundeinstellung Ausdruck geben. Sie wollen keinen Kommunismus, keine Diktatur nach NS-Muster mehr, auch keine Diktatur der Arbeiterklasse, jedenfalls soweit es sich um Menschen bürgerlicher Herkunft oder Einstellung handelt. Arbeiter, die nicht Kommunisten sind, auch Teile des früheren Bürgertums wählen SPD, weil sie Sozialisierung und Planwirtschaft wollen. Eine der wesentlichsten Unklarheiten der SPD ist die „Planwirtschaft“. Wie ist sie möglich, ohne die mit Zwang gesteuerte Staatsmaschine zentraler Prägung und wie soll sie sich mit dem Bekenntnis zur demokratischen Freiheit vertragen, die doch den entscheidenden Unterschied zum kommunistischen Programm ausmacht! Der österreichische Nationalökonom von Hayek – seit 1932 in London – hat dieses Dilemma in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ überzeugend angesprochen.

Die Sozialisten werden den Weg zur „gelenkten“ Wirtschaft in einer organischen Form finden müssen, wenn es einen anderen Sozialismus als den bolschewistischen geben soll. Der Hang des Deutschen zum Absoluten wird auf diesem Weg das schwerste Hindernis sein. Unsere politische Unselbständigkeit und die Einflüsse der Besatzungsmächte können uns vielleicht vor der eigenen Gründlichkeit bewahren. Überhaupt ist der erzwungene Unterricht in der auf Schritt und Tritt fast als unerträglich empfundenen Unzulänglichkeit eine nützliche Schule für den Teil der Deutschen, der immer noch das Ideale als das – wie er meint – allein Erstrebenswerte erkämpfen will, anstatt sich mit dem Möglichen – und damit dem wirklich „Politischen“ – vertraut zu machen und es mit Vernunft zu handhaben.

So stehen wir immer wieder vor der Frage: Befinden wir uns in einer Prüfung oder ist das, was uns umgibt, Zeichen endgültigen Verfalls und Niedergangs. Die Antwort kann nicht der Verstand geben. Nur der der Menschennatur mitgegebene

Wille zu überleben, dieses ständige „Dennoch“ gegenüber der so häufig fast hoffnungslosen Widerwärtigkeit trägt uns noch. Ob es genug Menschen unter uns geben wird, die diesen Mut nicht verlieren – weil sie ihn aus noch vorhandener Kraft nicht verlieren können – wird unsere Zukunft entscheiden, soweit sie nicht von außen durch einen Krieg, der uns zerreibt oder durch den Osten, der über uns kommt, entschieden wird.

26. September 1947

Nun mußte ich den Urlaub doch schon wieder abbrechen. Wittert wird am Mittwoch in Wuppertal erwartet mit wichtigen Mitteilungen. Vits legt Wert darauf, daß ich da bin. Also heißt es fahren. Die Aussicht auf eine ruhige Woche zu Hause hatte als eine schöne Verheißung vor mir gestanden.

29. September 1947

Die Holländer wollen ein technisches Vorstandsmitglied nach Wuppertal entsenden, van Halewijn. Meynen hielt es für ausreichend, diesen Entschluß Vits kurzerhand in einem Brief mitzuteilen. Vits ist mit Wittert zu Abs gefahren, der allerdings gerade zu Vernehmungen für den IG-Prozeß in Nürnberg nach Badenweiler geladen war. Wittert wurde eine Mitteilung für van Vlissingen mitgegeben, eine so grundlegende Maßnahme könne nur mündlich besprochen werden.

Die Berufung der Holländer auf die Anordnung der holländischen Regierung über die Einziehung feindlichen Vermögens und damit der in deutschem Besitz befindlichen Aktien und Prioritätsaktien der Aku bedeutet noch nicht, daß damit auch die Verträge kurzerhand erloschen sind. Nach unserer Auffassung sind sie nach internationalem Recht zu beurteilen. Eine Anrufung des Schiedsgerichts der internationalen Handelskammer in Paris bietet uns allerdings in absehbarer Zeit noch wenig Chancen. Nach dem Vertrag von 1929 soll „im Zweifel“ holländisches Recht maßgebend sein. Würden sich in der psychologischen Situation der Nachkriegsjahre ausländische Schiedsrichter finden, die mit Nachdruck für deutsche Interessen eintreten? Wir werden jedenfalls versuchen, uns deutsche politische Unterstützung zu sichern. Prof. Geiler¹⁵² wird ein Rechtsgutachten abgeben.

Offenbar handelt es sich in Arnheim auch mehr um die persönliche Politik von Meynen. Wittert ließ auf meine Frage, wie Kamphuisen als maßgebender Jurist der Aku und van Vlissingen vom Standpunkt der Gesamtpolitik dazu stehen, entfahren: „Sie sind nicht gefragt worden“. Vlissingen überlasse das den Herren in Arnheim – und die probierten es eben.

4. Oktober 1947

Weitzel hat bei Dr. Mueller als Sozios angefangen, fühlt sich aber noch nicht ganz sattelfest – verständlich! „Vor 20 Jahren Meisterprüfung, dann in der Konfektion und nun plötzlich in einem Modosalon in der Tauentzienstraße“¹⁵³. So die Beurteilung seiner Lage!

Das Zusammensein mit Godo Remszhard war diesmal eine Enttäuschung. Er hatte sich erst am späten Abend zu Hause eingefunden. Wir waren beide müde

und abgespannt. Selbst bei ihm, dem freiesten Geist, dem ich bisher begegnet bin, scheint durch die Bindung an das Brot – in diesem Fall die Frankfurter Rundschau – aus dem, was bisher nur eine Sympathie war, nun auch die ideologische Bindung zu werden. Seine Schwabennatur hatte ihn bisher eine Position im Spiel des Lebens noch nicht beziehen lassen. Nachdem er Familie hat, ist der Zwang zur bürgerlichen Existenz unabweisbar, und er sucht sie natürlich da, wo sie ihm am nächsten liegt. Der erwachende Kampfgeist treibt dann unwillkürlich weiter in die Exponierung und damit in die Verengung eines konkreten politischen Ziels. Wir werden einmal viel Zeit haben müssen, um im Gespräch den Weg zurück und die Klärung miteinander zu finden.

6. Oktober 1947

Nach der Unterbrechung sind es dann doch noch ein paar Urlaubstage geworden. An zwei Tagen bin ich hinausgelaufen, einmal auf die Spessarthöhe und dann auf die andere Talseite in den Odenwald. Anders als früher gelang es mir, das Maß zu finden und nicht nur immer weiter zu eilen. Immer wieder habe ich eine Stunde zwischendrin in der Sonne gelegen, geschlafen, geträumt und die schöne Herbstnatur und die noch ungewöhnlich warmen Sonnentage genossen. So war auch das Alleinsein eigentlich zum ersten Mal eine rechte Erholung. Die Landschaft um den Main ist so unerhört abwechslungsreich, von der Lieblichkeit und Reife des Tales bis zur großartigen Mittelgebirgsgliederung in den Seitentälern des Spessart.

9. Oktober 1947

Bis dann wieder der unvorgesehene Abruf nach Wuppertal und Kassel kam zu Besprechung unserer Revisionsbegründung mit den Anwälten. Ob es gelingt, das weitere Verfahren beizulegen, ist noch ungewiß. Politische Hemmungen im Ministerium treffen sich mit enttäuschem Prestige bei der Staatsanwaltschaft. Die Angst der SPD-Minister vor der kommunistischen Interpellation wird vielleicht den Ausschlag dafür geben, anstelle eigener Entscheidungen lieber auf den gesetzlichen Gang des Verfahrens zu verweisen.

Klefisch kommt in der Revisionsinstanz besonders zum Zuge mit seinem juristischen Können und seiner Erfahrung. Es hatte einige Zeit gebraucht, bis er in der Sache warm wurde. Nun hat ihn fast sportlicher Ergeiz gepackt, das Feld siegreich zu behaupten. Er kämpft mit überlegener Klarheit und Ruhe. Für mich ist es ein Erlebnis, wieder einmal einer guten juristischen Konstruktion in knapper, prägnanter Diktion zu begegnen. Wir verlieren im Umtrieb des Tatsächlichen, in der abwägenden, einhüllenden, Umwege gehenden Diplomatie leicht diese andere Qualität.

12. Oktober 1947

Am Sonntag nachmittag ein australischer Film. Die Geschichte eines Viehtrecks aus Nord-Australien nach dem Südosten: „Das große Treiben“. Neben dieser für uns so fremden Landschaft war das wesentliche die angelsächsische Pioniermentalität. Die nüchterne, wortkarge Härte im Entschluß und Handeln, die Kühnheit

im Vorsatz und die Zähigkeit bis zum letzten in der Ausführung, „Fair Play“, aber ohne Sentimentalität. Der Held wäre in einem deutschen Film undenkbar gewesen. Man wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihn dazu zu machen. Künstlerisch war das Ganze zu breit und fast banal. Aber es blieben starke menschliche Eindrücke.

13. Oktober 1947

Von Wuppertal nach Kassel, die Fenster der Schnellzugwagen noch nicht alle verglast. Die Hälfte der Reisenden wie in allen Zügen auf längere Entfernungen heute Hamsterer. Es geht um Kartoffeln. „Wer sich nicht jetzt etwas beschafft, der kann im Winter die Tapete von den Wänden fressen“ – allerdings in waschechtem Kölsch. In Hagen wird am Zug „Lektüre“ angeboten, Kriminalgeschichten, vier Blatt für eine Reichsmark. Sie werden gekauft, gelesen und dann „was zum Qualmen“. Amizigaretten werden zu sieben RM das Stück angeboten. Ein Arbeiter nimmt zwei. Sein Nettoarbeitslohn am Tag beträgt nicht mehr als fünf RM. Wie leben diese Menschen eigentlich?

Rechtsanwalt Isele in Kassel hat unser Honorarangebot mit 6000 RM beanstandet. Er verstehe Klefisch nicht, der als berühmter Nestor nicht mehr als 8000 RM gefordert habe. Was soll er dann in den kleineren Fällen verlangen? Wir hatten geglaubt, daß ihm der Barbetrag mit Rücksicht auf die Steuerbelastung – nur 5000 RM verbleiben im Höchstfall bei Einkommen über 24000 RM jährlich – gleichgültig sein würde und verweisen auf die Sachleistung, für die er dann auch eine gepfeferte Wunschliste überreicht. Er lebt mit sechs Töchtern in zwei Behelfsheimen in Marburg, 30 km von Kassel und fährt jeden Tag hin und her. Sein Büro ist eine Art Baubude in den Trümmern eines zerbombten Hotels am Kasseler Bahnhof, kaum verputzt, noch ohne Licht und z. T. ohne Türen, in drei Räumen mit knapp 30 qm arbeiten 16 Angestellte in Schichten, um mit dem Platz auszukommen. Strafpraxis, Steuerpraxis, Notariat. Er müht sich unglaublich ab. Warum, wenn der Ertrag so zweifelhaft ist? – wohl wie mancher heute aus der Überlegung „nach der Geldumstellung kommt es darauf an, eine sichere Stelle, eine fundierte Praxis zu haben“. Zu einem guten Teil ist es aber bei allen auch der ewige Deutsche, die Arbeit und das Pflichtgefühl.

17. Oktober 1947

Durch die Dürre ist die Kartoffelernte in diesem Jahr besonders gering, im Sand des Maintals so kümmerlich, daß viele kaum mehr als die Aussaat zurückbekommen. Auch uns ist es im Garten so ergangen. Die Zuteilung für den Winter soll einen Zentner Einkellerungskartoffeln betragen. Die laufenden Lieferungen – vier Pfund pro Kopf und Woche – sind seit sechs Wochen im Rückstand. Wenn wir nicht auf dem Tauschweg etwas vorweg besorgt hätten und Inge nicht auf die Karte für werdende Mütter mehr Nahrungsmittel bekäme, müßten wir wirklich hungern. Ein Geschäftsfreund auf der anderen Talseite, wo der Boden lehmig und ertragreicher ist, hat Hilfe angeboten und Tauschquellen erschlossen. Als Hausierer mit Stoffen aus der „Textilprämie“ des Werkes, die wir auch als Mitglieder der Hauptverwaltung erhalten, muß ich mit den Bauersfrauen handeln. In den Familien, in

denen die Frau herrscht, sind Textilien am meisten begehrt. Sechs bis sieben Zentner werden mir zugesagt. Wir können hoffen, mit der Zuteilung auf zwölf zu kommen – die Hälfte von dem, was wir im letzten Winter mit vier Personen verbraucht haben.

Dann kommt der Abtransport – zweizentnerweise in einem niedrigen klobigen Handwagen mit handtellergroßen, gußeisernen Rädern, ebenfalls im Schwarzhandel erworben. Mit Eckemar an der Deichsel acht km hin, dann schwerbeladen die gleiche Strecke zurück, das letzte Stück des Weges im Dunkeln hinter der Siedlung auf grundlosen Sandwegen. Der Junge weint vor Erschöpfung. Aus dem Industriegebiet fährt man hunderte von Kilometern mit der Bahn, um die Hälfte oder weniger heimzuschaffen. Wir können also nicht klagen.

Beim Bauern geht die Tür auf, ein junger Mann aus dem Ruhrgebiet: „Brauchen Sie Damenstrümpfe, Büchsendeckel?“ Für zwei Paar Strümpfe erhält er 1½ Pfund Fett. Für die Deckel wird ihm eine andere Adresse empfohlen. Er fragt auch nach für die Bauern als Selbstversorger entbehrlichen Lebensmittelmarken. Strümpfe sind vor allem begehrt. Die Strumpffabriken von früher liegen alle in der russischen Zone.

19. Oktober 1947

Ein anderer Bauer will Fett und Mehl im Tauschweg liefern. Ich sitze einen ganzen Nachmittag in Aschaffenburg bei Mittelsleuten. Als er endlich kommt, bietet er mehrere Pfund Butter gegen Stoff für ein Hochzeitskleid. Ich habe den Stoff nicht und weiß auch nicht, ob und wie ich ihn bekommen kann. Aber ich greife zu, weil ich dann denn Eltern in Gießen etwas Butter bringen kann. Mit anderen Lebensmitteln sind sie durch Vaters Treuhänderschaft (property control) für einen frühen Parteigenossen versorgt, aber sie leiden als alte Menschen Mangel an Fett. Unsere Kinder und auch wir können das noch mit anderem ausgleichen.

Viele Menschen verstehen diese Zeit nicht mehr. Leidenschaftlich fordern sie von den Behörden die Beseitigung des Tausch- und Schwarzhandels. Es sind moralisch oft die Besten und dann – nur zu verständlich – diejenigen, die aus dem Kreis der Sachwertbesitzer und Sachwertbezieher ausgeschlossen sind. Politische Parteien, insbesondere natürlich die KPD, machen sich das zunutze und so wird die Auseinandersetzung allenthalben mit Erbitterung geführt. Der Mangel hat einen Punkt erreicht, bei dem auch vollständige Verteilung den dringendsten Bedarf nicht decken würde. So kämpft jeder für sich um das zufällig Erreichbare. Die Behörden sind durch die politische Umschichtung in Gefüge und Bestand erschüttert. Der moralische Verfall nach einem solchen Krieg, nach einer solchen Niederlage bewirkt den Rest. Der Strom hat die Deiche durchbrochen und sucht sich selbst einen Weg.

Anders als die Briten, die alles selbst machen und in engster Beschränkung halten wollen, haben die Amerikaner mit etwas mehr Elastizität und Freiheit eher noch geholfen, Ordnungen zu bewahren. Die Bewirtschaftung ist deshalb hier auch im Bewußtsein der Menge viel länger erhalten geblieben. Auch waren in der britischen Zone die Menge der Menschen größer und die Hilfsmittel und Zufuhren geringer, war der Mangel noch krasser.

22. Oktober 1947

Die endgültigen Demontage-Listen der amerikanischen und britischen Militärregierungen wurden jetzt veröffentlicht. Im Grunde mehr eine Fassaden-Aktion aus der Pariser Länder-Außenminister-Konferenz, die aber zu einer erheblichen Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit geführt hat – ein Beweis für die von den Verantwortlichen bereits befürchtete wachsende Opposition gegen die Besatzung. In Wirklichkeit handelt es sich in vielem um wirkliche Rüstungsbetriebe, zum Teil sogar um bereits demontierte Anlagen. Wenn es überhaupt einen wirksamen Aufbau geben sollte, werden ohnehin neue und vielleicht modernere Maschinen an die Stelle der zu demontierenden treten. Vorerst können wir nicht einmal das Verbleibende voll ausnutzen.

25. Oktober 1947

Bei Prof. Geiler, um über das von ihm in Aussicht gestellte Gutachten in der Akusache zu sprechen. Herrschaftlich modernes Haus, hoch auf dem Berg, sehr leer und wenig ausgefüllt auch aus unserem Dasein. Ich bin etwas enttäuscht, hatte mir ihn stärker, würdiger vorgestellt. Stattdessen wirkt er gesellschaftlich, konventionell, fast glatt und nicht sehr tief bei aller gründlichen Bildung¹⁵⁴.

26. Oktober 1947

Mueller war menschlich besonders aufgeschlossen. Er gab mir die Essays von Francis Bacon mit. Mit der Verlegung des Wirtschaftsrats nach Frankfurt¹⁵⁵ sitzt er jetzt noch mehr mitten im politischen Geschehen – sympathisch, vielseitig interessiert. Seine Hoffnung – wie ich glaube wishful thinking – geht dahin, daß die USA die Russen in China für eine Freigabe West- und Mitteleuropas entschädigen.

29. Oktober 1947

Immer wieder steht die bange Frage vor uns, was aus Europa werden soll. Ist es wahr, daß nur der Marxismus eine Lösung für die Zukunft enthält? Daß er fortschrittlich ist, nur weil er gegenüber der Zerrüttung des alten Europa unvermeidlich sein soll? Ich wehre mich wie viele andere gegen einen solchen angeblichen geschichtlichen Zwang. Aber aufbauende Kräfte anderer Art sind kaum zu erkennen. Fast alle fürchten eine nochmalige Unfreiheit in der Diktatur nach dem Erlebnis des Nationalsozialismus und seiner Folgen. Aber es fehlt an der Bereitschaft zu gemeinsamem zielbewußtem Handeln gegenüber der zynischen Entschlossenheit des sowjetischen Kommunismus.

31. Oktober 1947

Mit Eckemar noch einmal zum Kartoffelholen mit dem Handwagen, wieder zweimal acht km hin und zurück, um 2½ Zentner nach Hause zu bringen. Wir sind am Ende beide wieder ganz erschöpft und froh, die Tour in diesem Herbst wohl zum letzten Mal gemacht zu haben. Acht Meter Bettuchstoff für die Kartoffeln, einen Liter Öl sowie 25 Pfund Weizen mit einem Mahlschein zum Selbsteinlösen in der Mühle, die wegen Wassermangel nur selten Weizenmehl ausliefert.

1. November 1947

Unsere Stärke ist allein die Hoffnung, daß wir zwischen dem Gleichgewicht des amerikanischen und sowjetischen Macht- und Behauptungswillens Zeit finden werden, zwischen Ost und West langsam eigene Art wieder gesunden lassen. Eine schwache Hoffnung, die häufig nur in das *carpe diem* ausmündet – ein wie bescheidener Tag dazu!

2. November 1947

Diesmal kommen die Langstrecken-Hamsterer des Industriegebiets mit ihren Kartoffelsäcken auch aus dem Württembergischen. Nordbayern ist durch die Dürre fast selbst zum Zuschußgebiet geworden. Der Zug aus Karlsruhe, den ich in Wiesbaden erreiche, ist auch am Sonntag überfüllt – ein zulassungsfreier Eilzug, in den ich nur durch das Fenster einsteigen kann – ein Heerlager auf Säcken und Kisten hockender Menschen und immer wieder quetscht sich noch irgendwo einer dazwischen. Bei dem Eintritt in die französische Zone bei Lorch am Rhein Kontrolle durch die deutsche Grenzzonepolizei: „Alles heraus“ – aber wie jetzt üblich ist es nur eine proforma-Kontrolle, wenn auch mit großen Scheinwerfern. Alle Kartoffelsäcke passieren ungehindert. Nur Zigaretten-Schwarzhändler mit größeren Mengen amerikanischer Ware werden herausgegriffen. Welche Wohltat, von Köln aus wenigstens das letzte Stück in einem Wagen zu fahren, den man mir von Wuppertal geschickt hatte.

3. November 1947

Kamphuisen, Meynen und Wittert in Elberfeld, um die deutsche Tochtergesellschaft unter Kontrolle zu nehmen. Vits kämpft mit Abs um die Selbständigkeit von VGF. Die Reserven sind schwach. Die Holländer „probieren“, wie weit sie kommen mit Anspruch und Auftreten. Man einigt sich schließlich auf van Halewijn, den früheren Betriebsleiter der Zellwolle-Fabrik in Arnheim als holländisches Vorstandsmitglied bei VGF, jedoch ohne Exekutive.

Vits sieht in dieser Auseinandersetzung seine historische Aufgabe bei VGF. Seine inzwischen gefestigte politische Situation – der Kohleauftrag der britischen Militärregierung in Essen – und der materielle Rückhalt im Schwelmer Eisenwerk, dem schwiegerelterlichen Betrieb, erlauben den vollen persönlichen Einsatz. Das entscheidende Ringen geht um die Besetzung des Aufsichtsrats. Die Holländer verlangen vier zu drei, um nach außen – wie sie sagen – den alliierten Besitz dokumentieren zu können. Abs wird als Vorsitzender akzeptiert. Die Entscheidung wird auf den 11. 11. vertagt.

6. November 1947

Zweiter Besuch bei Geiler. Er rät zum Kompromiß vier zu vier¹⁵⁶.

Godo Remszhard ist nicht zu Hause. Seine Frau schüttet ihr Herz aus. Sie leidet unter seinem Eigensinn. Er kennt keinen Zeitbegriff und keine Einteilung im Täglichen. Sie begreift nicht, warum der sonst so Nachdenkliche und Gewissenhafte leidenschaftlich-hartnäckig dem russischen Kommunismus anhängt und keine

Kritik anerkennt. Es ist dasselbe, was ich selbst beim letzten Zusammensein empfunden habe. Er ist völlig festgefahren. Jede kritische Äußerung treibt ihn nur weiter in die Einseitigkeit.

Bei Kappus in Frankfurt eine Stunde zu Hause. Wir sprechen über Bücher, die er in repräsentativen Reihen noch erfreulich besitzt, darunter eine pergamentgebundene Faustausgabe in drei Bänden, bei der auf jeder Seite nur 10 bis 15 Zeilen in großen schönen Buchstaben den Gehalt der Worte wundervoll einprägsam erscheinen lassen. Eine Flasche Wein, er hat sie gerade erhalten. Er gibt mir Seife mit für unser kommendes Baby. Sie bringt Gummiband und Strümpfe für die Kinder, die zeitgemäße Umrahmung menschlicher Bindung.

Dr. Mueller glaubt, daß schon jetzt genügend Unterstützung zu finden sein wird, um das deutsche Interesse an der Aku/VGF-Regelung mit Aussicht auf Widerhall vertreten zu können.

8. November 1947

Weitzel ist an einer Gehirnhautentzündung lebensgefährlich erkrankt. Er ist seit langem chronisch unterernährt und ohne Widerstandskraft.

9. November 1947

Inge war gestern mit in Frankfurt, das letzte Mal wohl vor dem Kind. Die im Stadel wieder ausgestellten Bilder waren ein großer Eindruck für sie. Ich kam aus Zeitmangel nicht mehr dazu. Auf dem Rückweg setzten wir Dr. Mueller zu Hause in Darmstadt ab. Eine schöne Fahrt durch den Herbstwald, zauberhaft und so noch nie erlebt das goldene, von Sonne matt durchschimmerte Blätterdach im Kranichsteiner Park.

11. November 1947

Die zweite Unterhaltung mit den Holländern in Wuppertal brachte den Lohn für die Festigkeit gegenüber dem ersten Ansturm. Sie verzichteten auf die holländische Mehrheit im Aufsichtsrat von VGF und überlassen uns die Benennung der vier Deutschen. „Es war alles nicht so gemeint“. Wie vermutet, schätzen sie in Wahrheit die eigene Position nicht so stark ein, wie der Anspruch zeigen sollte. Für uns ist die Parole von Abs „Zeitgewinnen, wir können nur stärker werden“ sicher richtig. Ich bewundere seine überlegene Taktik – eine glänzende Ergänzung zu Vits' energiegeladener, gefühlsbetonter Kampfarmt. Halewijn ist mitgekommen, noch ungeübt auf dem Parkett, aber viel guter Wille.

13. November 1947

Ich habe unendlich viel Arbeit und spüre allenthalben, wie meine wachsende Position von denen, die sich zeitig erwarteten Entwicklungen anpassen, gewürdigt, von anderen mit Mißtrauen betrachtet wird. Vor einigen Tagen hatte Vits seit langem wieder von dem Plan einer baldigen Berufung in den Vorstand gesprochen, zunächst stellvertretend, wenn Schmekel nochmals für 2-3 Jahre weiter bleiben sollte. Schmekel wird im Januar 1948 sechzig und schwankt selbst noch zwischen dem

Wunsch nach einem freieren Leben und dem zähen Willen zur Behauptung am erkämpften Platz. Ich habe Zeit, aber das Bewußtsein einer festen Aussicht läßt mich die Aufgaben wacher sehen. Auf Greifbares warten bedeutet anderes, als im Ungewissen mit Möglichkeiten spielen. Aber es gibt noch viel bis dahin.

14. November 1947

Eine Fahrt von Wuppertal nach Gießen im überfüllten Zug wieder nur mit Längsbänken, auf einem kleinen Koffer hockend. Als es dunkel wurde, fing einer mit einem Lied an. Und dann wurde durch Stunden ein Lied nach dem anderen gesungen, immer wieder neu, die Capri-Fischer „Bella, bella, bella Marie“ gar dreimal. Manchmal war ein Vorsänger da mit einer stärkeren Stimme, die anderen sangen den Refrain mit und alle gehörten zueinander. Es waren meist Langstreckenhamsterer auf dem Weg vom Ruhrgebiet nach Bayern, dazu eine Artistengruppe aus Düsseldorf, die „zum Einsatz“ nach Gunzenhausen auf dem Weg war.

15. November 1947

Francis Bacon Essays – men of great place geben die Freiheit hin für die Macht. Der Versuchung der Korruption hat Bacon selbst nicht widerstanden und auch dem Freunde Essex nicht die Treue gehalten. Aber am Ende der englischen Betrachtung, mit der der Band eingeleitet ist, lautet das Fazit seines Lebens dann doch: „Sehet, ein Mann!“ Seine Irrungen und Wirrungen sind notwendige Teile des Gesamtbildes. Deutsche hätten im Blick auf das Ideal eher die Mängel seines Charakters herausgearbeitet!

In Gießen mit den Eltern auf dem Friedhof. Eine Gedenktafel für Theo auf dem Familiengrab bringt die Erinnerung erschütternd nahe. Im Tage leben wir darüberhin. Aber in solchen Augenblicken schmerzt die Wunde wie damals.

16. November 1947

Vorbesprechung der Verteidiger in Kassel für den Revisionstermin im Spinnfaserprozeß vor dem Oberlandesgericht am 27.11. Die Taktik wird besprochen und den Beteiligten der Stoff nochmals nahegebracht.

Isele klagt über den Alltag des Provinzanzwalts, der die kleinen Dinge betreiben muß, die bei ihm nun einmal den Ertrag bringen. Sein Wunsch darüber hinaus zu kommen, wird sich kaum noch erfüllen. Zu lange schon hat er in diesem Umkreis gelebt und ist zu fest darin gebunden, auch durch die große Familie.

20. November 1947

Ritzauer ist erfreulich klar geblieben in dem Wunsch, sich von der Verantwortung für die Tagesgeschäfte zu entlasten und gibt Zahn¹⁵⁷ Einblick und Raum für eine künftige Arbeit als Verkaufsleiter unter dem Vorstand. Die bis dahin sich selbständig fühlenden Verkaufsleiter haben überraschend erfahren, daß es auch dort einmal nicht nur bei Worten geblieben ist und sehen ihre Positionen bedroht. Die Erkenntnis – Verbesserungen sind nur gegen Widerstände der bisherigen Nutznießer möglich.

23. November 1947

Nachmittags wieder einmal bei Funckes. Sie hatten Inge schon am Sonntag davor besucht. Er hat recht, die Gelegenheit zu freundschaftlicher Aussprache bedarf bewußter Pflege. Wir sind darin zögernder, weil wir uns leichter mit uns selbst begnügen. Inge fühlt sich erfreulich gut zwei Wochen vor dem erwarteten Ereignis.

25. November 1947

Bei Mueller in Frankfurt und anschließend mit Vits bei Geiler. Sein Haus in Wiesbaden ist äußerst repräsentativ. Geiler ist kein idealer Berater, denn er stimmt den eigenen Vorschlägen immer zu. Ganz oben dabei sein wollen, aber gar kein Führer! Nach Köln will er nicht übersiedeln und hat deshalb das Amt des Präsidenten eines neuen Reichsgerichts abgelehnt.

26. November 1947

In Kassel war zum ersten Mal nach dem Kriegsende eine Teilausstellung der alten Bilderbestände zu sehen. Rembrandt war wieder ein neues Erlebnis. Die Menschen schweben in der Mitte des Seins. Bei van Dijk sind sie Realität, bei Rubens gemalte Oberfläche.

27. November 1947

Revisionstermin vor dem Oberlandesgericht. Eine frühere Villa war für die Berufungsspruchkammer hergerichtet worden. Sie wird nun vom Oberlandesgericht gastweise mitbenutzt. Es ist kaum auszudenken, daß solche Räume wirklich zu bewohnen vor 10 Jahren nicht außerhalb der Möglichkeiten gelegen hatte. Der Generalstaatsanwalt aus Frankfurt war selbst gekommen, ein früherer Breslauer Anwalt, erfahrener Fechter mit höchstem intellektuellen Niveau und brillanter Suada, schonungslos und gefährlich. Er spricht von Klassenjustiz und Rechtssprechung im Dienst des Kapitalismus – sein Auftrag aus Wiesbaden! Wenn die Begründung des Landgerichts zur Rechtfertigung der Kompensationsgeschäfte (Naturrecht) Schule mache – Anzeichen dafür lägen vor – sei das Ansehen der Justiz besonders unter den heutigen Umständen aufs äußerste gefährdet. Das Gericht, beste deutsche Richtertradition, insbesondere der Senatspräsident Aufarth, ein Greis mit durchgeistigtem Kopf und Händen in fast unbeweglicher Ruhe beim Anhören der 10 Stunden dauernden Plädoyers, nur an wenigen Stellen die Ansicht des Gerichts mit einigen klaren Sätzen formulierend.

Unsere Anwälte – vor allem Altmeister Klefisch aus Köln – mit breit angelegter Darlegung aller juristischen Aspekte, Kalsbach, unser Wuppertaler Starverteidiger, viel wirkungsvoller als in der ersten Instanz, schwungvoll, aber zugleich eindringlich und prägnant. Frau Selbert, die SPD-Landtagsabgeordnete, in der ersten Instanz auch als politische Repräsentanz von besonderer Bedeutung, war diesmal der Situation nicht voll gewachsen. Isele hatte das Pech, am Schluß auf Ermüdung beim Gericht zu stoßen. Sein in der ersten Instanz so gelungener rechts-

philosophisch-wissenschaftlicher Vortrag scheiterte an der juristischen Grundsatzfestigkeit des Vorsitzenden, dieses alten Könners. An einem kritischen Punkt, in der Frage nach dem Verhältnis des positiven Rechts zu einer darüberstehenden Gerechtigkeit, erfuhr Isele eine ärgerliche Zurückweisung, was seinen gerade in diesem Prozeß aus der Provinzpraxis herausstrebenden Ehrgeiz aufs tiefste traf. Das Urteil war ein überlegenes, nüchternes Abwägen der Situation, in den Hinweisen auf das Subjektive von leicht verborgenem Wohlwollen für Reimann getragen. Es lautete auf Zurückverweisung an die Strafkammer auf Grund der beiderseitigen Revision. Lewinski, der Vorsitzende der ersten Instanz, wird alles daran setzen, materiell bei seiner Erkenntnis zu bleiben.

Die Strafkammer hatte ihr Urteil vom 8.9.1947 im Sinne der Darlegungen der Verteidigung insbesondere Iseles, im wesentlichen darauf gestützt, daß die Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung in der ganz anders gelagerten Nachkriegssituation nicht mehr angewandt werden könnten. Es liege „hier der extreme Fall vor, in dem ausnahmsweise das Gesetz hinter der Idee der Gerechtigkeit zurücktritt“. Die Kriegswirtschaftsverordnung enthalte Zweckmäßigkeitsregeln, die insoweit als sie die Tatbestände der unbedingt notwendigen Kompensation erfassen, ungerecht geworden seien. Das Oberlandesgericht ging demgegenüber von der Weitergeltung der Kriegswirtschaftsverordnung aus. Im Gegensatz zum Landgericht räumte es aber den Bewirtschaftungsstellen die Befugnis ein, Ausnahmen zuzulassen. Der hessische Wirtschaftsminister habe sich in seinen am 6. 5. 1947 erlassenen Richtlinien für die Genehmigung von Kompensationsgeschäften entschieden. (Der Erlaß dieser Richtlinien war wesentlich durch den inzwischen angelaufenen Spinnfaserprozeß veranlaßt.) Aus der allmählichen Entwicklung und Erweiterung der Lenkungsmaßnahmen erkläre sich, daß die Strafbestimmungen nicht in einem einzigen Gesetz, sondern in nach und nach entstandenen Gesetzen und Verordnungen niedergelegt seien. Dazu gehöre auch das Kontrollratsgesetz Nr. 50. Da dieses Gesetz in Hessen erst im Frühjahr 1947 veröffentlicht worden war, war es bisher im Prozeß nicht zur Sprache gekommen. Erst am Tag vor der Revisionsverhandlung hatte die Staatsanwaltschaft auch noch auf dieses Gesetz hingewiesen. Seine wörtliche Anwendung hätte weitreichende Folgen haben können. Das Oberlandesgericht vertrat aber den Standpunkt, daß alle diese Vorschriften nicht aus dem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen herausgenommen werden könnten. Nur so sei es möglich, daß das gesetzte Recht sich den mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig wechselnden Bedürfnissen der Wirtschaft anpaßt und seine ihm zugedachte Aufgabe des Schutzes dieser Wirtschaft erfüllt. Einer Heranziehung des Naturrechts oder des übergesetzlichen Notstandes bedürfe es nicht. Die Kontrolle der Durchführung eines genehmigten Kompensationsgeschäftes bleibe der eigenen Regelung durch die Lenkungsbehörden überlassen. Diese Rechtsauffassung sichere auch die volle Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte unter Ausschluß der Eigenmächtigkeit einzelner Wirtschaftskreise. In dieser Hinsicht fehlten im Urteil des Landgerichts noch einige tatsächlichen Feststellungen. Deshalb sei unter Aufhebung des Urteils vom 8.9.1947 die Zurückverweisung an die erste Instanz erforderlich¹⁵⁸.

30. November 1947

Am 26. 11. hat in London die zweite Friedenskonferenz für Deutschland begonnen¹⁵⁹. Der Gegensatz zwischen USA und Sowjetunion ist so tiefgehend, daß niemand sich vorstellen kann, wie eine Einigung zustande kommen soll. Alle wissen, daß der Einfluß auf Deutschland entscheidend ist für einen Einfluß auf Europa im Ganzen und keiner kann und will ihn dem anderen überlassen. So kann es kommen, daß als Ergebnis nur die Teilung bleibt, das nationale Unglück für uns auf unabsehbare Zeit. In USA scheinen die führenden Kräfte ganz zuletzt davon wieder abzurücken und die Situation lieber offen halten zu wollen.

Sie erwarten wohl, daß es ihnen doch noch gelingen wird, die russische Macht langsam wieder zurückzudrängen, wenn die noch verbliebene Verzahnung mit dem Osten gehalten und weitmöglichst aktiviert wird. Vielleicht denken die Russen ebenso in umgekehrter Richtung, und so mag ein non liquet das Ergebnis sein. Also wird Ungewißheit in allem und jedem fortbestehen. Die Russen versuchen gerade jetzt mit allen Kräften, unter Überspringung Süd- und Westdeutschlands in Frankreich und Italien durch die KPD die staatliche Ordnung in Frage zu stellen und die USA auf diese Weise auszumanövrieren. Der Erfolg ist immerhin, daß die politische Notwendigkeit des Marshall-Plans nunmehr auch bei den aus wirtschaftlichen Gründen noch zögernden Kreisen des US-Kongresses gesehen wird. Aber wo wird der Weg endgültig hingehen? Werden die „demokratischen Kräfte“ im Westsinn in Europa auf die Dauer stark genug sein, sich selbst zu erhalten? Die bisherigen Erfahrungen in diesem alten Kontinent weisen eher auf das Gegenteil hin. Wird ein gemilderter Neofaschismus, ein halbautoritäres Regime der Bürgerreste auf dem Boden der Tradition des alten Europa nach den Vorstellungen de Gaulles die Ordnung erhalten? Auch für Deutschland wäre ähnliches wohl auf die Dauer zu wünschen. Unseren geistigen Grundlagen entsprechende Kräfte des Sozialismus hätten entscheidend mitzuwirken. Oder werden die Russen uns doch eines Tages überrennen und in ihr Schema einschmelzen? Es wäre das wirkliche Ende Europas.

Wir können an der Entscheidung nur in dem Maße mitwirken, als es uns gelingt, das Vakuum zu gestalten, das jetzt zwischen den Fronten besteht – solange das noch schwebende Gleichgewicht der Weltmächte es zuläßt. Der Weg ist weit und die Gefahr des Einbruchs von außen riesengroß. So können wir nur den Fortbestand dieses Gleichgewichts wünschen. Er ist unsere einzige Lebenschance. Eine Verschiebung selbst zugunsten der USA würde den Krieg mit Rußland zur Folge haben und der würde schon aus technischen Gründen weitgehend unser physisches Ende bringen – potentieller Kriegs- oder Besatzungsraum zwischen den Mühlsteinen.

4. Dezember 1947

Drei arbeitsreiche Tage in Wuppertal. Nachdem die Grundorganisation von VGF – zentrale Exekutive in Einkauf und Verkauf für alle Werke – durch den Zusammenbruch und die Aufspaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen in Zonen und Länder seit zwei Jahren in Wegfall gekommen ist, wurde die

Entwicklung nur durch die lose gesteuerten Notwendigkeiten des Augenblicks bestimmt¹⁶⁰. Eine Zusammenfassung ist unumgänglich geworden, wenn von einer einheitlichen Unternehmensführung künftig überhaupt noch die Rede sein soll. Daß die gesamte Leitung sich in diesen Tagen vollständigen politischen Umbruchs – im Vergleich zu der Entwicklung rundum fast ein Wunder – halten konnte, wurde ganz wesentlich durch das Gewährenlassen derjenigen erkaufte, die als frühere Nicht-Parteigenossen und politisch Verfolgte in Positionen drängten. Nachdem die Kategorisierungen der Parteigenossen jetzt soweit abgeschlossen sind, daß schwere Erschütterungen durch politische Denunziationen und Intrigen nicht mehr unmittelbar zu befürchten sind, muß die dringend notwendige Reorganisation, die Anpassung der Organisation an die veränderten Verhältnisse erfolgen, wenn nicht das Gesamtunternehmen schweren Schaden leiden soll.

Erstaunlich ist, daß Ritzauer, der doch politisch völlig unbehindert war, es nicht geschafft hat, seine Sparte, den Verkauf, in Ordnung zu halten. Das Mißtrauen gegen diejenigen, die in dieser Zeit über Ware verfügen, tut ein übriges¹⁶¹. Bei Rathert, dem als technischem Vorstandsmitglied als Erbe von seinem Vorgänger auch der Einkauf untersteht, zeigt sich, daß noch so gut gemeinte Aktivität allein nicht den Erfordernissen eines ihm doch wesensfremden kaufmännischen Arbeitsgebietes gerecht werden kann¹⁶².

Im ganzen liegt der Grund für das Desaster wesentlich auch darin, daß eine große Organisation wie die unsere nicht genug vielseitige Erziehung und Auslese zustandebringt, daß in den Zeiten der ständigen Ausdehnung zu viele eng begrenzte Spezialisten ohne echte Bewährungsprobe auf einer breiteren Basis in die weiteren Stufen aufgewachsen sind. Der Einzelne wird getragen und gehalten von dem Rahmen des Ganzen. Erst wenn dieser Rahmen wegfällt, zeigt sich, wie wenig Halt und Kraft viele aus sich heraus haben. Wir brauchen gerade im Kaufmännischen wieder Menschen, die anpassungsfähig und doch verantwortungsbewußt handeln können. Es liegt ein großer Wert in der Tradition und dem Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gruppe von Menschen, die in einer gemeinsamen Aufgabe auf- und zusammengewachsen ist. Aber es besteht auch eine große Gefahr, wenn nicht mehr die durch die Aufgabe geforderte Qualifikation, sondern nur das Vorhandensein eines angemessenen Anwärters die Besetzung einer Stelle bestimmt. Wenn die Gesetze der Auslese dann – gar im Hinblick auf bald erwartetes eigenes Nachlassen – nur mit Zögern beachtet werden, müssen sich nachteilige Folgen ergeben. Wir sind nun auf dem Weg, dem zuvorzukommen – unter Erschütterungen selbstverständlich!

8. Dezember 1947

Probleme des internationalen Rechts beschäftigen uns für die Weitergeltung unserer Verträge mit Holland und England – aber auch gegenüber Demontagen und Dekartellisierung. Gibt es ein internationales Recht gegenüber der souveränen Macht des Siegers, der die Tatsachen nach eigenem Interesse und aus politischem Ressentiment gestaltet? Den Regeln einer früheren, inzwischen weitgehend aus

den Fugen geratenen Völkergemeinschaft im europäischen Gleichgewicht kommt wohl auch heute noch, wenigstens im zivilisatorischen Bewußtsein des Westens, ein Rest von Bedeutung zu. Und der Unterlegene muß nach jedem Mittel greifen, um zu versuchen, seine Lage zu erleichtern, auch wenn es noch so schwach erscheint.

15. Dezember 1947

Die Londoner Konferenz ist heute so zu Ende gegangen, wie es von uns erwartet und befürchtet wurde. Die Russen wollten keine Entscheidung, die eine Änderung des Status quo, nämlich die Zurückdrängung ihres Einflusses in der Ostzone, hätte bedeuten können. So haben sie flammende Propagandareden gegen die Westmächte „zum Fenster hinaus“ gehalten und taten am Ende noch erstaunt, als die anderen ihnen erklärten, daß das nun auch keinen Zweck mehr habe und man dann lieber auf unbestimmte Zeit auseinander gehen wolle. Der nächste Schritt sind die Verhandlungen USA und England mit Frankreich über den Anschluß der französischen Zone an die Bizone zur Trizone. Frankreich wird dabei noch eine Mitwirkung im Ruhrgebiet auszuhandeln versuchen. Die USA haben die Beteiligung an den Zuschüssen zur britischen Zone im Verhältnis 3:1 für die Doppelzone übernommen und sich dafür einen verstärkten Einfluß in allen wirtschaftlichen Fragen des Gesamtgebiets gesichert.

Die Soforthilfen zur Vorbereitung des Marshall-Plans sind von den beiden Häusern des amerikanischen Parlaments mit überwältigender Mehrheit genehmigt worden. Nachdem die großen Streiks, die die Russen durch ihre kommunistischen Parteifreunde zur Unterstreichung ihrer Politik in Frankreich und Italien in Szene gesetzt hatten, mit einem Prestigeverlust der kommunistischen Partei zu Ende gekommen sind, ist Sowjetrußland endgültig für diesen Bereich in der Defensive. Es kommt jetzt alles darauf an, ob es gelingt, das Ziel des Marshall-Plans, die wirtschaftliche Stabilisierung West-Europas, zu erreichen und damit Europa wieder eine echte politische Existenz zu sichern, die als ausgleichender Faktor selbständig in dem politischen Spiel mitwirken und zu einem gesunden Gleichgewicht zwischen Ost und West beitragen kann. Diese Auslegung des Marshall-Plans, wie sie Lippmann, der berühmte Kommentator amerikanischer Außenpolitik in der New York Herald Tribune gab, hat eine Aussicht, mehr zu schaffen – wenigstens auf lange Sicht – als eine amerikanische Kolonie in Europa. Voraussetzung ist, daß die geistigen Kräfte des „alten Europa“ noch stark genug sein werden, um zu einer Neugestaltung in einer europäischen Union zu kommen und die Verkrustungen überkommener Nationalstaatlichkeit im Zwergenformat abzuschütteln. Es ist das die Frage, um die Europas Hoffnung und unsere tiefe Skepsis sich wechselnd bewegen.

Inzwischen wird der Eiserne Vorhang mitten durch Deutschland immer dichter geschlossen werden, zumindest im Politischen, denn wirtschaftlich erzwingen die Notwendigkeiten des Austauschs zwischen den beiden früher zusammengehörenden Hälften gebieterisch eine Durchlöcherung dieses Prinzips, wenn nicht auch die Ostzone und damit die Wünsche des Russen auf Reparationen aus dieser

Zone ernsthaft beeinträchtigt werden sollen. Zögern würden die Russen nur, wenn sich ihnen – wie es im Hintergrund aller Einheitspropaganda der SED steht – eine Chance zur kommunistischen Durchdringung und Umgestaltung ganz Deutschlands böte. Entfällt aber diese Möglichkeit, weil sich entgegen der russischen Spekulation à la baisse West-Europa und West-Deutschland unter amerikanischem Einfluß lebenskräftig reorganisieren, dann soll nach der russischen Absicht der Osten doch soweit sowjetisiert sein, daß schon durch das Eigeninteresse der inzwischen dort zur Herrschaft Gekommenen die Anziehungskraft eines „bürgerlichen“ Wohlstands im Westen ausgeglichen wird.

Für Deutschland als Ganzes bedeutet das die Teilung auf Dauer, so lange, bis eines der großen Systeme durch Gewalt zur Aufgabe der Position gezwungen wird – oder irgendein Handel im Rahmen der Weltpolitik doch noch einmal die Russen zu einer Rückgabe veranlaßt. Eine wenig wahrscheinliche Hoffnung und eine große Sorge sind so zur Voraussetzung einer deutschen Wiedervereinigung geworden. Die Russen haben konsequenterweise bereits begonnen, die ihnen in ihrem Bereich widerstrebenden Kräfte entweder in die „Einheitsfront“ ihrer politischen Fassade zu pressen oder wie bei der erzwungenen Änderung in der Führung der Ostzonen-CDU – Abberufung von Kaiser und Lemmer – aus dem politischen Geschehen zu verdrängen.

21. Dezember 1947

Die Entwicklung VGF/Aku ist in ein neues Stadium eingetreten. Ein in der „Welt“ erschienener Artikel über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten hat bei den Holländern offenbar den Eindruck erweckt, als ob wir die vorläufige Verständigung nun doch nicht einhalten würden. Die Beteuerung von Vits, daß der Artikel nicht von ihm inspiriert sei, wird von den Holländern nach dem Inhalt nicht geglaubt. Daß der Artikel nach der inzwischen erreichten Verständigung noch in dieser Form erschienen ist, war auch von Vits sicher nicht gewollt, auch wenn frühere Informationen zu Grunde gelegen haben. Unsere Unterrichtung des US-Decartellization Office über den Briefwechsel zum Eintritt von van Halewijn in den VGF-Vorstand und zu der Forderung der Aku auf Einschaltung in den VGF-Export taten ein übriges. So kam die Bemerkung, es genüge ja erst einmal, wenn neben Abs und Carp noch Wohlthat in den Aufsichtsrat von VGF eintrete. Die vier vorgesehenen Holländer hätten dann die Majorität. Bedauerlich ist für uns, daß die sachlichen Forderungen van Halewijns auf Straffung der Leitung gegenüber den Werken auch ganz in der Linie einer gesunden VGF-Politik liegen müssen – nur nicht mit dem Sammelpunkt Arnheim – und daß der VGF-Vorstand bisher aus politischen und personellen Gründen zu schwach war, diese Notwendigkeiten im eigenen Bereich nach dem Zusammenbruch durchzusetzen.

In dieser Situation heißt es, sich ernsthaft auf den Rückhalt zu besinnen, über den wir verfügen. Eine selbständige deutsche Glanzstoff-Gruppe der Aku, entsprechend den Verträgen von 1929, ist ein an sich verständliches nationales Ziel. Aber was die Verträge von 1929 und 1939 noch wert sind, wird erst der Friedensvertrag zeigen. Die Durchsetzung irgendwelcher Ansprüche, wenn sie überhaupt

bestehen bleiben sollten, vor einem internationalen Schiedsgericht ist nach der Einziehung der in deutschem Besitz gewesenen Prioritätsaktien der Aku durch den holländischen Staat eine problematische, wenn nicht hoffnungslose Aufgabe. Es bleibt daneben die Frage nach einer möglichen politischen Hilfe durch Amerikaner, Engländer oder Deutsche. Die Letzteren werden auf lange nichts Entscheidendes zu sagen haben, und der bereits in Aussicht gestellte Schachzug, Beseitigung der Verwaltung von 1939 durch andere genehmere Deutsche, würde einer Aktion von dieser Seite den Wind aus den Segeln nehmen.

Die Dekartellisierung wird zumindest von den Amerikanern offenbar als eine ernste Aufgabe betrachtet. Noch sind wir nicht in Zeitnot. Solange die VGF-Aktien im Girosammeldepot in Berlin wegen der Blockierung durch die Russen nicht zur Verfügung stehen – und es ist noch nicht abzusehen, wann das der Fall sein wird –, kann keine Hauptversammlung einberufen werden und keine Neuwahl des Aufsichtsrats mit etwaiger holländischer Majorität erfolgen. Solange kann aber auch der Vorstand nicht abberufen werden. Wie steht es aber dann mit der eigenen Position? Die Holländer werden versuchen, einen Keil zu treiben. Nach allen Anzeichen würde man mir keine Schwierigkeiten bereiten – vielleicht das Gegenteil. Ich bin entschlossen, mit auszuseiden, wenn sich nach dem Beschluß der Werksleiter vom 4. November wirklich so viele an dieses Vorhaben halten, daß eine eindrucksvolle Demonstration möglich ist¹⁶³. Ich will mich auch nicht aktiv einspannen lassen, in einer holländischen Neuordnung eine führende Rolle zu spielen, wenn es zu einer solchen Demonstration nicht kommt. Es bleibt abzuwarten, was dazwischen noch für Möglichkeiten liegen. Der Aufbau einer Anwaltspraxis in Wuppertal bleibt eine denkbare Lösung, wenngleich die Schwierigkeiten rein praktisch – Räume, Wohnung – enorm sein würden. Auch würde ich aus Neigung in einem solchen Fall lieber in Frankfurt bleiben.

30. Dezember 1947

Ich habe mit Funcke gesprochen. Vielleicht würde nach dem Grundsatz „der Zar ist weit“ die Zentralisierung aller wirklichen Macht in Arnheim für die Werksleiter vorübergehend eine Ausweitung ihrer Position bringen. Das deutsche Nationalbewußtsein ist durch den Ausgang dieses Krieges soweit zerstört, daß vor dem eigenen Gewissen die Ausrede schnell bereit liegt: „Was bedeutet das alles schon gegenüber dem nationalen Desaster, das wir im Ganzen erlebt haben und ständig weiter erleben?“

31. Dezember 1947

Die Weihnachtstage standen unter dem Zeichen der erwarteten Geburt des Kleinen – seit 14 Tagen ist das Ereignis überfällig, aber noch müssen wir weiter warten. Inge tut mir oft leid. Sie hatte sich nach ihrer sonstigen guten Konstitution so ganz auf einen normalen Ablauf eingestellt. Die Verzögerung muß nun umsomehr Unruhe schaffen. Glücklicherweise, daß wir das Weihnachtsfest noch miteinander zu Hause erleben konnten.

Frl. Klompé¹⁶⁴ hatte aus gutem Herzen ein Weihnachtspaket zusammengepackt, ein Paar Nylonstrümpfe von der Tante in New York, 2 Päckchen Zigaretten,

Schokolade von vergessener Qualität und auf meine Bitte „Griechische Sagen“ auf Holländisch für Eckemar. Sie haben in der Schule ja nur so unzureichende Hilfsmittel für den Unterricht. Die Sagen waren nur einmal vorerzählt worden. Namen und Geschehnisse schwirrten in den Köpfen durcheinander. Nun muß ich zwar das Holländische übersetzen, und es geht manche halbe Stunde dafür hin. Aber es macht ihm und mir viel Freude.

Was würde geschehen, wenn unsere Ordnung in dieser Zeitwende der europäischen Kultur doch noch zusammenbrechen sollte? Müßte man sich nicht einfach auf den Weg machen, irgendwohin, um dem Zwang der Unterwerfung zu entgehen? Würde es ein solches Entrinnen geben und wohin könnte es führen angesichts der täglichen Frage nach der nackten Existenz? Was soll mit Familie und Kindern geschehen? – Seltsam, wie solche Fragen unter dem Schleier täglichen geordneten Daseins immer wieder hochsteigen! – Kennzeichen unserer wahren Lage in diesem in seinen Grundlagen erschütterten Europa!

Daneben dann ein Buch wie Thomas Mann „Lotte in Weimar“! Ganz Reminiszenz und Versuch der Wiedererweckung des genialen Weimar. Goethe darin eine fast zwischen menschenferner Geistesgröße und menschlichem Dasein irrlichternde Erscheinung. Gut ist die Wahl der Blickpunkte, gut – wie immer – die Sprache bei Thomas Mann. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob es eine wirkliche Neuschöpfung eines Großen oder ein Sicherschöpfen in einem Großen ist – in jedem Fall hat es mich sehr angeregt, wieder nach Goethe zu greifen und damit die wirkliche Atmosphäre zu suchen, die Thomas Mann aus dem Gefühl unserer Zeit mit ihren psychologischen Problemen durchleuchtet und umbildet.

*Januar 1948*¹⁶⁵

Die Tage nach Weihnachten waren belastet durch das Warten auf die Geburt des Jungen. Als durch den nicht endenden Regen das Hochwasser einsetzte, war eine neue Gefahr entstanden. Würde es gelingen, beim Eintritt der Wehen rechtzeitig über den Main in das Obernburger Krankenhaus zu kommen? Der Umweg über Aschaffenburg erfordert beim Ausfall der Fähre über eine Stunde auf schlechtesten Straße. Würde überhaupt ein Wagen heranzuholen sein, wenn – wie bereits vor einigen Tagen – die Telefonverbindungen durch Wasserschäden unterbrochen oder ständig überlastet sind. Auf dringendes Anraten von Funcke ist Inge dann am 2. 1. abends in das Krankenhaus Obernburg übergesiedelt, um dort das Ereignis abzuwarten. Der Arzt aus Erlenbach, ein erst vor kurzem aus Aschaffenburg übergesiedelter Spezialist, empfahl dringend die Einleitung der Geburt mit Spritzen. Im Krankenhaus lehnte man ab und verwies auf den natürlichen Weg – als Zugeständnis Bohnenkaffee oder ein heißes Bad. Und so gelang es am 5. Januar. Frl. Holters hatte den Kaffee beschafft. Nachts begannen die Wehen, und in drei Stunden war der Kleine da. Wie glücklich und froh waren wir beide, daß diese schwere Belastung überwunden war, ein Gefühl schwerelosen Schwebens nach dem Druck der letzten Wochen! Wie nahmen die Kinder, insbesondere Gisela, an dem Geschehen Anteil.

Vor der Währungsreform

4. Januar 1948

Die seit langem erwartete Währungsreform steht seit Anfang Dezember wieder im Mittelpunkt der Erörterungen. Angeblich sollen die Besatzungsmächte überraschend ohne deutsche Mitwirkung nach dem „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“ handeln wollen, d.h. Abwertung aller Guthaben und Forderungen auf 10%, Entschädigung von Kriegsschäden und Währungsverlusten durch Zertifikate aus einer fünfzigprozentigen Belastung, dazu eine Vermögensabgabe vom dann verbleibenden Rest für alle, progressiv gestaffelt 10-90%. Zunächst wollen die Amerikaner aber nochmals eine Verständigung mit den Russen suchen. Sie befürchten das völlige, endgültige Auseinanderfallen der Ost- und Westzonen als Folge einseitiger wirtschaftlicher Maßnahmen. Auch erwarten sie eine russische Sabotage der Währungsneuregelung durch Einpumpen von Notenbeständen aus der Ostzone in den Umtausch.

6. Januar 1948

Ein ganzer Feiertag mit Rathert und seinem Stab in der Diskussion über die Entwicklung der Continuemaschine und der Herstellung ausgeschrunpfter Seide. Am Nachmittag Besprechung mit Kiefer, dem Inhaber einer Konstruktions- und Apparatefirma für Trockenverfahren, ein klar rechnender, kaufmännisch und technisch gleichermaßen versierter Unternehmer, der sich in seiner Kraft und seinem Selbstbewußtsein nachdrücklich abhebt von dem Kreis angestellter Spezialisten aus dem Konzern. Es geht um die Entwicklung des kontinuierlichen Spinnverfahrens für unsere Kunstseide. Ein Bild aus den vergangenen zwei Jahren bietet die Schilderung seiner Erfahrungen mit amerikanischer Industriespionage. Nach der Besetzung erschien in seinem Betrieb Baron Cohorn, ein früher aus Deutschland emigrierter jüdischer Konkurrent¹⁶⁶. Mit drei Mitarbeitern in amerikanischer Uniform. Mit freundlich-teilnahmsvoller Geste kündigte er den nochmaligen Besuch von zwei Mitarbeitern für den nächsten Tag an, die dann ganz nüchtern und geschäftsmäßig die Herausgabe sämtlicher Zeichnungen und Unterlagen der wichtigsten, in den letzten Jahren gebauten Trockenmaschinen forderten. Eine Bitte um Bedenkzeit wurde mit dem Hinweis auf ein mitgebrachtes Formular beantwortet. Inhalt: Anforderung eines Lastwagens mit kompletter Mikrofilmapparatur und Militärpolizei zur Sicherstellung der gesamten Unterlagen des Betriebes mit allen Kalkulationen, Entwürfen usw. zur Veröffentlichung durch das State Department. Die Durchführung dieser Operation würde die kostenlose Benutzung aller Erfahrungen des Betriebes durch alle Konkurrenten in der Welt zur Folge haben. Als Anreiz für Kiefer, sich diese Konsequenz zu ersparen, wurde alternativ ein anderes Formular vorgelegt. Danach waren die sauberen

Vertreter der von der Besatzungsmacht angeordneten Untersuchung bereit, sich in dem Bericht an die auftraggebende Stelle mit der Erklärung zu begnügen „Besuch bei Kiefer, Datum . . ., Ergebnis: keine Feststellungen von besonderem Interesse“ – um dann hohnlachend mit ihrem Raub über alle Berge zu gehen. Wir haben verlernt, uns zu erregen. Aber angesichts der Fülle moralischer Belehrung, die für uns laufend über den Ozean dringt, ist ein solcher Fall immerhin erwähnenswert¹⁶⁷.

11. Januar 1948

Fahrt durch die französische Zone am Rhein entlang nach Wuppertal. Im Personenzug von Frankfurt nach Koblenz zweieinhalb Jahre nach Kriegsende noch kein Abteil mit intakten Fenstern, unmögliche Wagen zusammengestoppelt. In Koblenz werden im D-Zug Lindau-Köln, in den ich umsteigen muß, fünf Wagen für französische Transporte geräumt. Die verbleibenden drei Wagen sind so vollgepfropft, daß eine große Anzahl Menschen zurückbleiben muß. Neben uns wird noch dazu ein Abteil durch Militärposten für Franzosen geräumt.

In Bingen waren viele frühere deutsche Kriegsgefangene eingestiegen, die aus Frankreich vier Wochen auf Urlaub fahren. Viele von ihnen wollen drüben bleiben und auch die Frauen holen, weil das Leben dort für Spezialarbeiter so viel bessere Chancen bietet. Ihre moralische Haltung ist so überzeugend, daß einem plötzlich wieder deutlich wird, wie die Not, die Enge und die Jagd um die Selbsterhaltung, der Kampf aller gegen alle die Menschen in Deutschland verändert haben. Es sind die Jahrgänge um 30, die hier so bitter fehlen.

13. Januar 1948

Wegner ist endlich aus Berlin nach Elberfeld umgesiedelt. Wir sind uns klar darüber, daß wir gemeinsam viel tun können, um in der Verwaltung wieder eine Ordnung aufzubauen. Das Fehlen eines handelnden Unterbaus läßt dort kaum noch eine zielbewußte Arbeit zustandekommen. Die Beschlüsse des Vorstands – wenn sie nach langem Verhandeln von vier, jetzt sogar fünf nebeneinander tätigen Vorstandsmitgliedern endlich gefaßt werden – bleiben unausgeführt, weil niemand da ist, der sich für die Durchführung verantwortlich fühlt.

Ritzauer hat mich erneut für den Bernberg-Vorstand vorgeschlagen, aber Vits hat mit Blick auf die künftige Bestellung bei VGF abgelehnt.

21. Januar 1948

Ein russischer Farbfilm, sehr malerisch, auch technisch hervorragend. Eindrucksvoll für mich die Volksszenen aus der Zeit vor 100 Jahren, das Milieu aus Turgenjews Erzählungen, die ich mit Frl. Ulrich gelesen hatte. Das „weltanschauliche“ Zugeständnis spürbar in der Darstellung des Gutsherrn, aber nicht aufdringlich in diesem Märchenfilm. Die russische Sprache war für mich natürlich ein besonderer Eindruck; mit Hilfe des darunter geschriebenen deutschen Textes habe ich doch eine Menge verstanden, ein starker Anreiz, das Russische weiter zu betreiben, nachdem ich einmal so weit bin.

26. Januar 1948

Abends mit Schmekel bei Korsten. Die Freude der Rheinländer an der Geselligkeit schafft auch die äußeren Möglichkeiten „zur Erbsensuppe aber mit Speck dabei“. Dazu gibt es noch Tee, eine Bowle und Zigarren, größtenteils aus lang gehüteten Vorräten. Aber irgendwie wird doch auch immer wieder noch etwas beschafft.

29. Januar 1948

Van Schaik und Daniels¹⁶⁸ waren zum ersten Mal mit Meynen in Elberfeld. Ich war sehr unruhig, was diese große Besetzung bedeuten würde. Es war dann mehr ein Höflichkeitsbesuch zur Besprechung laufender Fragen. Daniels versuchte zwar, seine Idee eines Exportmonopols der Aku für VGF-Erzeugnisse weiterzutreiben. Aber die anderen mußten einsehen, daß eine Lösung dieses Problems im Sinne der Holländer nicht möglich ist, solange die Militärregierung maßgebenden Einfluß darauf nimmt, was, wohin und zu welchen Bedingungen exportiert wird und erfahrungsgemäß dabei vor allem amerikanische Interessen berücksichtigt werden. Dazu kommt, daß Holland uns nicht zu den gleichen Bedingungen Rohstoffe oder gar Lebensmittel gegenliefern kann, denn der holländische Staat nimmt aus Devisengründen von allen Transitlieferungen ebenfalls nochmals 10-15% für sich in Anspruch.

Das Verhältnis Vits/Meynen ist leicht gespannt. Zwei impulsive Naturen mit starkem Machtbewußtsein.

Auf Antrag der Aku hat der holländische Staat jetzt die Verträge von 1929 und 1939 als weiterbestehend anerkannt und sich aber an Stelle der Deutschen aufgrund der Beschlagnahme als Feindvermögen als Partner dieser Verträge bezeichnet. Damit wird wenigstens der Fortbestand vorerst auch von der Gegenseite anerkannt, und es kommt nun darauf an, wer der Träger der in Deutschland auszuübenden Rechte ist. Diese können keinesfalls als Feindvermögen in Holland beschlagnahmt werden. Es bleibt abzuwarten, ob nicht durch den Friedensvertrag eine formelle Aufhebung dieser Verträge erfolgt. Aber wann wird ein Friedensvertrag überhaupt geschlossen werden? Bei der jetzt immer weiter zunehmenden Spannung zwischen Rußland und den Weststaaten ist nicht bald damit zu rechnen.

Van Schaik war gemessen an seiner immer zurückhaltenden Art sehr positiv in seiner Haltung zu mir.

1. Februar 1948

In Gießen bei den Eltern. Vater ist erstaunlich in seiner Frische. Die Tatsache, daß er im vergangenen Jahr in seinem Beruf mit 79 Jahren noch mit Erfolg arbeiten konnte, erfüllte ihn mit Stolz und hat ihm neuen Auftrieb gegeben. Mutter ist weniger gut daran. Ihr ganzer Eifer ist, dem Sohn aus Küche und Keller auch in dieser Zeit etwas Gutes zu tun.

2. Februar 1948

Die offizielle englische Politik ist nun mit einer großen Rede Bevins zur Idee des

Westblocks als wirtschaftliches und militärisches Instrument gegenüber den russischen Expansionswünschen übergegangen. Damit ist die von Churchill bereits vor Jahren herausgestellte Paneuropa-Idee in einer beschränkteren Fassung auch bei der Labour-Regierung legitimiert und das europäische Gegenstück zum Marshall-Plan in Szene gesetzt worden. Die Frage ist, was das Ende dieser Entwicklung sein wird. Eine Beruhigung liegt wohl darin, daß auch Rußland in absehbarer Zeit keinen Krieg will. Aber niemand weiß, was in drei, fünf oder zehn Jahren sein wird und wie Europa dann in einer solchen Auseinandersetzung bestehen wird.

3. Februar 1948

Schmekel bezieht schon die Möglichkeit einer Atombombe auf das Ruhrgebiet in die praktischen Überlegungen für die Umsiedlung nach Elberfeld ein. Er denkt wohl daran, daß er nach zwei Jahren vielleicht ohnehin nicht weiter bei VGF tätig sein wird. Für mich können solche Befürchtungen nicht ausschlaggebend sein. Je mehr sich wieder die Aufgaben in Elberfeld konzentrieren, umso unabweislicher wird der dauernde Aufenthalt dort. Eine Wohnmöglichkeit wird es ohnehin erst im nächsten Jahr geben. Wir hoffen, daß bis dahin auch die Ernährungslage etwas entspannt sein wird.

4. Februar 1948

Eugen Kogon gibt im Januar in den „Frankfurter Heften“ einen Rückblick über die Jahre nach dem Ende des Krieges. Er meint, es seien die Jahre der Vorbereitung gewesen und spricht von 1948 als dem Jahr der Entscheidungen.

[Im Original-Tagebuch folgen hier umfangreiche Auszüge aus Kogons Artikel: Das Jahr der Entscheidungen, Frankfurter Hefte 3.Jg., 1948/Heft 1, S. 16-28].

8. Februar 1948

Mit Cpt. Varda bei Mr. Grainer, dem Legal Officer der Militärregierung in Wiesbaden. Es geht um die Auslegung des Kontrollratsgesetzes 50. Mein Englisch ist mangels Übung schlechter geworden.

Bei Dr. Mueller in Frankfurt. Der Fall Semler zeigt wieder einmal die Unzulänglichkeit der Schicht, die heute die deutsche politische Führung darstellt. Man glaubt, im vertrauten Kreise zu sprechen, aber es sind Journalisten dabei – man greift die Militärregierung in schärfster Weise an, mit der man zusammenarbeitet, aber hat nicht einmal das Belegmaterial¹⁶⁹.

9. Februar 1948

In Kelsterbach gab es für einen kleinen Kreis Care-Pakete aus dem Exportgeschäft¹⁷⁰. So bekommen wir auch einmal einige amerikanische Büchsen, das heiß begehrte Ziel so vieler.

Bei der Rückfahrt in jedem Ort, in jeder Stadt Menschen, die in irgendwelchen Verkleidungen zum Rosenmontagsball streben. Es ist auffallend, wie stark in diesem Jahr überall der Drang ist, wieder einmal Feste zu feiern, das Leben zu genie-

ßen, auch einmal etwas zu haben in der dauernden Misere. Natürlich gibt es viel Enttäuschung, wenn sich dann herausstellt, daß die Voraussetzungen so ganz und gar fehlen, für die Mädchen die Männer, für alle das festliche Zubehör, Speise und Trank. So wird es oft eine etwas verkrampfte Lustigkeit. Man hat es ja auch gelernt, Feste zu feiern. Doch die Kinder haben ihre Freude. Gisela war – von Frau Clostermann¹⁷¹ mit Eifer als Tirolerbub hergerichtet – ganz dabei, ein Wirbelwind unter ihren Kumpaninnen.

11. Februar 1948

Dr. Mueller bat mich, ihn in einem Ausschuß des Vereins für gewerblichen Rechtsschutz in Frankfurt zu vertreten. Wir waren zu fünf. Die Themen: Abwehr gegen die Wegnahme der Patente im künftigen Friedensvertrag, die Behandlung der Patentinhaber der Ostzone bei dem künftigen bizonalen Patentamt in Köln, Anerkennung der Sozialisierungen und ihrer Rechtsfolgen bei uns.

Die Teilnehmer, frühere bewährte Kämpfer ihres Fachgebietes, heute durch die Zeit und ihre Schrecknisse zerrupfte alte Männer! Die ausgebombte Großstadt und der Hunger haben ihnen den Stempel aufgedrückt. Wie sehr leben wir doch immer noch auf der besseren Seite des deutschen Daseins! Aber wieviel mehr leiden unter den Ereignissen gerade die älteren Menschen, die nicht mehr die Fähigkeit haben, eine neue Aufgabe zu finden. Die Zwischenschicht der Männer „im besten Alter“ muß das Leben tragen. Sie ist dünn geworden. Zu viele sind gefallen oder fürs erste ausgeschaltet. Aber wenn auch jede Gewißheit des Erfolges fehlt und nur vage Hoffnung hinter diesem bisweilen schon fast ruhelosen Tätigsein steht. Es gibt keinen anderen Weg herauszukommen, wenn es überhaupt ein „Heraus“ geben wird.

13. Februar 1948

Wittert behauptet, daß sich in Italien die Verhältnisse deutlich konsolidieren. Amerikanische Einfuhren beginnen sich auszuwirken. Die Sozialisten in England ringen um den weiteren Ausbau der staatlichen Planung. Ist der staatliche Lohnstopp der nächste Schritt auf dem Weg in einen neuen Totalitarismus oder gibt es einen Mittelweg zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Staatswirtschaft – eine in der Praxis noch nicht erprobte staatliche Lenkung?

14. Februar 1948

Am Mittwochabend bei Godo erneut das sonderbare Erlebnis, daß dieser im Grunde seines Wesens jeder Ordnung Entgegengesetzte, unbändig Freiheitsbedürftige nun sich so ganz in einen Betrieb eingefügt hat, noch dazu in den einer Zeitung, der von seinem Ablauf her fast die größten Anforderungen an Zeiteinteilung und Termingebundenheit stellt. Er kann nun vieles ausströmen, was sich bei ihm in den Jahren des Wartens und Suchens angestaut hat und die Kulturredaktion der „Frankfurter Rundschau“, für die er nun ganz verantwortlich ist, ist ein politischer Ort, der ihm entspricht. Es ist eine historische, gefühlsmäßige Bindung, die ihn zu den Russen treibt und ihn blind macht gegen die Auswirkungen dieses Systems, vor dem wir uns fürchten.

Wir sprechen wieder einmal wie vor fünfzehn, zwanzig Jahren bis fast zum Morgen, über Bücher, Kunst, Freiheit, und Freiheit wofür... Ich will mit ihm streiten, aber er läßt sich nicht darauf ein. Er will nicht Rede stehen für seinen alten Glauben, für den er vielleicht selbst fürchtet, wenn er ihn rational verteidigen müßte. Aber das Ausweichen ist zugleich Freundschaft.

15. Februar 1948

Eine Ausstellung über Rudolf Kirchner, den verstorbenen Schweizer Expressionisten, hinterläßt starke Eindrücke. Wieviel näher sind wir dem aus der Vorahnung des Zeitgeistes Geschaffenen inzwischen gekommen, die alte Erfahrung, wie der wirkliche Künstler oft seiner Zeit vorauslebt und erst erkannt wird, wenn sein Schaffen vorüber ist.

19. Februar 1948

Dr. Kleine - IG - ist da, um wegen der Übernahme der Perlonarbeiten zu verhandeln¹⁷². Seine Forderungen gehen weit, aber er hat auch viel zu bringen, sehr viel, und weiß darum. Eindrucksvoll für uns wieder zu erfahren, welche umfangreiche, fast luxuriöse Forschungsausstattung der IG früher zur Verfügung stand.

Für Funcke ist es eine herbe Enttäuschung, die Führung in der Entwicklung der vollsynthetischen Fasern nun aufgeben zu müssen. Er hat die Linie bis dahin mit Großzügigkeit, Klarheit und Geschick vertreten und findet nun weniger Anerkennung, als er zu verdienen glaubt. Er hat zu einem Teil Recht damit, und auch für den Nichtbeteiligten ist daraus wieder zu erfahren, daß es in Politik und Geschäft keine Dankbarkeit zu erwarten gibt. Er selbst zieht daraus die vernünftige Konsequenz, sich mit dem Erreichten zu begnügen und den noch erlaubten Genuß des Lebens anzustreben.

22. Februar 1948

Am Freitag, dem kältesten Tag dieses Winters, war ich mit dem Wagen in Heidelberg. Ich hatte Eckemar mitgenommen. Wir waren auf der Hinfahrt tüchtig durchgefroren. Aber es lohnte sich doch auch für den Jungen. Wir fuhren gegen Abend noch einmal zum Schloß hinauf mit dem Blick auf die schöne, unzerstörte Stadt, ein unwahrscheinliches Bild für unsere trümmergewohnten Augen. Wunderbar ist auch jedesmal die Fahrt durch das altbebaute Neckartal bis hinauf nach Eberbach und dann quer durch den Odenwald zum Main, am Erbacher Schloß und am Michelstädter Rathaus vorbei.

23. Februar 1948

Nach Wuppertal - Die „Schnellzüge“ haben in der Bizone wieder richtige Schnellzugwagen, die Fenster Glasscheiben. Anders ist es noch in der französischen Zone, wo - soweit die Fenster überhaupt geschlossen werden - noch laufend Bretterverschalungen mit Dezimeter großen, quadratischen, offenen Licht- und Gucklöchern angebracht werden - offenbar aus der Einstellung, die Deutschen nicht vorzeitig zu verwöhnen. Alles in dieser Zone ist noch wie unter einer lastenden

Hand – im Großen, im Kleinen vermag man manchmal auch die Deutschen leben zu lassen.

24. Februar 1948

Minnie Kothe¹⁷³ hat nach über drei Jahren auf einen Brief freundschaftlich geantwortet und Pakete angeboten, wenn eine Möglichkeit bestehen sollte, sie aus Holland zu transportieren. Es war nicht der Zweck meiner Ansprache. Aber auch wenn das Angebot zur Zeit nicht zu verwirklichen ist, war es ein schönes Zeichen menschlicher Verbundenheit und Anteilnahme. Aus Arnheim soll auch etwas kommen. Dort besonders bei Frä. Klompé wirkliche Herzenswärme!

Durch die mancherlei Beschaffungsaktionen dieses Winters geht es uns jetzt im Notwendigsten erstaunlich gut, wenn auch ohne jeden Luxus. Es ist eine Beruhigung, für kommende schlechtere Zeiten einen Rückhalt zu wissen.

26. Februar 1948

Wegner hat einen Vorstoß unternommen. Er will das Sekretariat in Elberfeld vorläufig übernehmen. In der Konsequenz unter Umständen eine Einennung für mich. Ich habe Vits im Gegenangriff klar gemacht, daß der Mangel Nummer eins in der Organisation der Zentrale die mangelnde Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder untereinander ist und daß regelmäßige Vorstandssitzungen mit bindenden und protokollierten Beschlüssen sowie eine klare Festlegung der Exekutive notwendig sind¹⁷⁴. Ich habe mich bereit erklärt, Protokolle und Organisation zu übernehmen, nicht aber eine Verantwortung als Prügelknabe zwischen den nebeneinander herlaufenden Gewalten. Diese offene Kritik war für Vits etwas bitter, aber er hat die Berechtigung eingesehen. Ich glaube, einen Vorstoß zugleich in die Regulierung der Vorstandssphäre vorbereitet zu haben mit eventuell entscheidenden Auswirkungen. Als zuverlässigen Zwischenposten möchte ich Wicht¹⁷⁵ ins Sekretariat nach Elberfeld schicken. Hoffentlich akzeptiert ihn Vits. Er kennt Wicht noch nicht, für den der erfolgreiche Anfang auf dem Parkett in Elberfeld eine ungewöhnlich schwierige, aber lohnende Aufgabe würde.

29. Februar 1948

Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei hat zur vollständigen Eingliederung dieses bisherigen Übergangslandes zwischen Ost und West in den sowjetischen Machtkreis geführt. Die fast unheimliche Konsequenz des russischen Vorgehens – als nächster Schritt wird der Abschluß eines sogenannten Bündnisvertrags mit Finnland betrieben – hat zu einer weiteren tiefen Beunruhigung des Westens geführt. In Deutschland geht, wie seit drei Jahren üblich, sofort wieder das Kriegsgerücht um. Dabei geht es vielen um eine Art primitiver Hoffnung, durch eine Änderung auch eine Besserung des eigenen Zustands zu erreichen. Aber auch wenn man dieser Zweckhysterie nüchtern gegenübersteht, so wächst doch für jeden die Sorge, daß die Entwicklung irgendwann zu einem Zusammenstoß führen muß, dem wirklichen „Weltkrieg“, den Molotow anläßlich der Londoner Konferenz gesprächsweise, wenn auch erst nach frühestens fünf Jahren,

als unvermeidlich bezeichnet haben soll. Bis dahin versuchen die Russen, den strategischen Gürtel und damit die Ausgangsposition soweit wie irgend möglich vorzuschieben. Offenbar besteht die Erwartung, daß die Westmächte zu einem konsequenten Handeln doch nicht kommen. In der Tat sind die realen Aussichten für eine geschlossene, als Einheit ins Gewicht fallende westeuropäische Allianz nicht sehr groß, wenn auch England dieses Ziel neuerdings anstrebt. Ob aber der durch die Jahrhunderte gewachsene europäische Partikularismus sich selbst überwinden kann, ist mehr als fraglich. Dazu gehört die Frage, ob nicht der Kommunismus durch seine innenpolitischen Positionen in West- und Südeuropa in der Lage ist, ein wirkliches Handeln gegen den Ostblock zu paralysieren. Wahrscheinlich sind dies die Schicksalsfragen für Europa, für uns alle. Wir Deutsche vermögen nur, uns um eine klare Sicht zu bemühen, den Blick frei und klar zu halten – und zu hoffen – für uns und unsere Kinder.

4. März 1948

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben hier eine außerordentliche Resonanz. Die darin zum Ausdruck kommende Zielstrebigkeit der russischen Politik hat erneut alle Sorge vor einer Ausweitung dieser Politik auch auf Deutschland lebendig werden lassen. Im Betrieb sind diese psychologischen Rückwirkungen besonders zu spüren, – „Der Russe kommt ja doch noch“ – und mancher denkt wieder einmal daran, sich rechtzeitig darauf einzustellen. Radikale Elemente versuchen, Kapital daraus zu schlagen und sei es nur, um diejenigen einzuschüchtern, die mit der Diebstahlskontrolle beauftragt sind – eines der ernstesten Probleme der täglichen Betriebspraxis. Der traditionelle Weg des Bolschewismus zeichnet sich auch hier wieder ab. Über die Anarchie zum totalitären Zwang. Am Ende sind dann die Anarchisten zumeist doch die Betrogenen. Aber sie sind auch diesmal so blind wie immer.

Es bleibt die ernste Frage, wie der russischen Initiative überhaupt wirksam begegnet werden kann. Eine westliche Besatzung wird in Westdeutschland wohl erst beendet werden können, wenn die Abgrenzung zu Rußland endgültig geworden ist – in friedlicher Entwicklung oder nach der so häufig in banger Erwartung vorausgesehenen gewaltsamen Auseinandersetzung, dem Krieg um Europa und in Europa, den wir kaum noch einmal überleben können.

11. März 1948

Auf dem Weg nach Partenkirchen in den Winterurlaub. Inge kann wieder nicht mitkommen wegen des Kleinen. Ich will mir die Tage frei nehmen. Es gibt ja nach dem Krieg wieder so etwas wie einen Urlaubsanspruch. In Partenkirchen kann ich wieder bei Onkel und Tante unterkommen. Es wäre unvernünftig, die Möglichkeit nicht zu nutzen.

Der Schnellzug Frankfurt-München ist nur mäßig besetzt. Es gibt schon in Aschaffenburg einen Sitzplatz. Ist es der strenge Zulassungszwang für Schnellzüge oder – was noch wahrscheinlicher ist – der doch jetzt vielfach aufkommende Geldmangel, der das teure Bahnfahren beschränkt und sogar auf dieser Hamsterstrecke nach Südbayern den Andrang mäßigt?

In Nürnberg steigt ein Mann im halben Soldatendress ein – dem Anzug nach ein Kriegsgefangenenheimkehrer. Er kommt – wie sich später herausstellt – aus dem Nazi-Internierungslager in Langwasser und fährt zu einem kurzen Familienurlaub. Er spricht mich auf meine Lektüre an: Alfred Weber „Kulturgeschichte als Kulturosoziologie“. Wir kommen schnell in ein Gespräch. Offenbar war er früher Historiker in der Universitätslaufbahn. Seine Nazi-Belastung wird nicht klar. Wir kommen zu Planck, Bavinck und den Problemen der Kausalität. Es ist ein besonderes Erlebnis, mit einem Fremden nach wenigen Worten solche Themen zu besprechen. Das ist Deutschland und die Zeit, die uns alles geraubt, doch innerlich so frei gemacht hat.

Eindrucksvoll das Bekenntnis, daß die Jahre der Besinnung im Lager von einem Menschen, der innerlich ehrlich ist, als Gewinn empfunden wurden – als gerechte Strafe – doch daß nun die Möglichkeit zur Bewährung gefordert wird anstelle der für dauernd drohenden Verfemung. Die kann nur zur Verbitterung oder gar in die Verschönerung führen. Es war im gleichen Abteil noch ein anderer dabei – mit dem gleichen Erlebnis –, der schon auf diesen Weg drängte.

15. März 1948

Frühlingstage im Schnee, Tage mit strahlender Sonne und fast südlich blauem Himmel. Ich fuhr oder ging mit den Skiern hinauf bis dahin, wo es am schönsten war, wo der Schnee noch lag, wo der Übergang in den kommenden Frühling schon spürbar war, wo die Tannen warm und dunkel in der goldenen Sonne standen und wenig unterhalb schon die Blumen blühten.

Eine Bildhauerin hat Hermann Ottos Kopf modelliert, Gräfin Schulenburg, eine Verwandte des früheren Moskauer Botschafters¹⁷⁶. Es ist sein Kopf aus der Zeit der Anspannung, der Ungewißheit und des Kampfes um eine neue Existenz. Ich sehe den Bruder lieber nicht so, aber ich glaube, das Abbild ist gut. Im Gespräch mit der Künstlerin an einem langen Regenabend wurde mir wieder der Unterschied deutlich zwischen Erkennen und schöpferischem Tun – das erste mein Teil, die Suche nach der Wirklichkeit des unmittelbaren Seins in seinem Wesen und seiner Erscheinung. Es ist weniger als das andere – von der Gesamtheit des Lebens her –, aber ich spüre es immer deutlicher als meinen innersten Antrieb. Ein Erlebnis, wie im Laufe eines Abends das Verständnis für das Schaffen der Künstlerin plötzlich dazu kam, wie Flächen lebendig wurden, Personen greifbar und nahe. Hermann Otto will ein Buch über ihre Arbeiten herausgeben.

23. März 1948

Das Tagebuch Ulrich v. Hassells über die Jahre vor dem Kriegsausbruch bis zum 20.7.1944 läßt noch einmal wie im Film die Menschen und Ereignisse dieser schicksalsschweren Jahre lebendig werden. Wie unendlich leichtfertig und ohne Wissen um Maß und „Wirklichkeit“ ist da von den Verführern der Deutschen gehandelt worden und wie gelang diese Verführung, die die empfindlichsten Stellen mit genialem Geschick zu nutzen verstand. War das ein historisch gesetzmäßiger Prozeß – wie ihn Spengler vorausgesagt hat? Oder geht es hier um Schuld aus

falscher Entscheidung? Gorkis „Nachtasyl“ in seiner russischen Tiefe und Menschlichkeit trotz mittelmäßiger Besetzung auf der einheimischen Bühne ein nachwirkendes Erlebnis.

25. März 1948

Rückfahrt nach Hause mit dem Wagen. Funcke hatte eine Reise nach München darauf eingerichtet. So konnten wir wieder einmal durch das Land fahren, um Schönheit zu suchen.

Der Abschied von den Bergen war schwer gemacht durch den an diesem Morgen wieder strahlend blau gewordenen Himmel. Immer wieder ging der Blick zurück auf die weißen Spitzen oder auf das dichte Grün der Matten gegen dunkelblau da, wo die Sonne es am intensivsten beleuchtete.

Ettal, Linderhof, Wies, Steingaden. Die Wallfahrtskirche in der Wies wurde der stärkste Eindruck dieses Tages, ein Sinnbild der Eleganz und des verfeinerten Geschmacks. Da ist kein Christentum mehr, wenn nicht als Gleichnis himmlischer Vollendung auf Erden, Malerei und Architektur aufgelöst in einem vollkommenen Gefühl des Schönen.

In Landsberg sind wir noch ausgestiegen und dann in Nördlingen, Dinkelsbühl, Feuchtwangen und Rothenburg – zuletzt schon im Abendlicht. Besonders eindrucksvoll war in Landsberg das alte Bürgertor und ein Orgelspiel in der weiträumigen, nach all dem Barock so solide und beruhigend wirkenden Pfarrkirche.

In Feuchtwangen zum Gründonnerstag abend ein Bürgergottesdienst, die Männer alle im Zylinder – ein Bild vergangener Zeit, ein romanischer Kreuzgang und einige alte Steinarbeiten in Späteres eingebaut, auch im Teil ein Ruf aus der Vergangenheit.

28. März 1948

Ostertage zu Hause – Übergang vor dem Alltag – aber hier noch ohne die frühen Blumen der Bergwiesen.

29. März 1948

Funcke hat ein Angebot als Produktionsleiter einer Kunstseide- und Zellwolle-Fabrik in Matanzas auf Cuba, 60 Meilen von Havanna, bekommen. Sein früherer Chef aus Elizabethtown (NARC), Charles Wolff, würde der Leiter sein. Eine schwere Entscheidung! Einerseits verlockend für ihn, aus dem verarmten, zerstörten Deutschland wieder hinaus in die freiere Welt, aus dem von politischen Sorgen geschüttelten Europa noch einmal in ein besseres Leben zu kommen. Aber er ist schon über fünfzig. Sein hier erdienter Rückhalt würde verlorengehen. Die für seine Art zu leben so wesentliche Umgebung europäischer Kultur müßte er aufgeben. Dazu die Klimafrage, 25 Grad Jahresdurchschnittstemperaturen. Er ist eingeladen, zunächst zu einer Besprechung nach Cuba zu kommen, und das ist für sich schon ein bedeutendes Ereignis¹⁷⁷.

31. März 1948

Die amerikanisch-britische Import-Export-Agentur JEIA erteilt die Genehmigung zur Ausreise nur, wenn der größte Teil des ausländischen Gehalts an die JEIA fließt. Der Deutsche, der draußen arbeitet, soll nur einen kleinen Teil für seinen eigenen Verbrauch behalten. Das wird doch den Drang, das Land zu verlassen, bei vielen dämpfen. Aber dieser Drang ist allenthalben lebendig bei jungen aktiven Menschen, denen das Vaterland als Ideal durch Irreführung und Enttäuschung der vergangenen Jahre zerbrochen ist. In Partenkirchen saßen mir abends im Gasthaus zwei Baustudenten gegenüber, Brüder, von denen der eine nach Beendigung des Studiums unter Mitnahme möglichst gründlicher Erfahrungen in der deutschen Wasserbauverwaltung für immer nach Argentinien auswandern wollte. Der Bruder will nach Australien, um dort Bauerfahrungen und Fortschritte der Welt kennen zu lernen, die er dann später zu Hause nutzbar machen will. Aber hinaus aus dem Gefängnis! Das ist das Gefühl der Jungen schlechthin.

1. April 1948

Xaver Fuhr: Eine Mappe mit Reproduktionen aus einer Folge „Kunst des 20. Jahrhunderts“. Die fast willkürlichen Farbkompositionen haben nichts mehr mit der Wiedergabe der Gegenstände zu tun, aber sie packen, wie bei Kirchner, den ich vor Wochen in Frankfurt sah. Nicht anders ist es mit der manchmal bizarren Form. Das Problem dieser neuen Kunst: Ist der subjektive Ausdruck noch für eine größere Zahl Mitmenschen verständlich, wenn ein gemeinsamer Ausgangspunkt im Dargestellten selbst nicht mehr vorhanden ist? Es kommt zwar nicht auf die Ähnlichkeit an, aber doch auf Erkennbarkeit, etwas Typisches. Form und Farbe können sich nur im Gegenstand manifestieren. Es mag da viele noch offene Wege geben, aber es gibt gewiß auch eine Grenze. Bei Paul Klee und Picasso scheint sie erreicht. Was bedeutet diese Auflösung? Das Ende einer Kulturepoche und den Übergang zu Neuem?

2. April 1948

Der Kampf mit den Holländern um die Selbständigkeit der Glanzstoff-Verwaltung hat wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Meynen zeigt sich immer mehr als die treibende Kraft einer vollständigen Leitung von Arnheim aus. Wittert entwickelt sich erkennbar zum Exponenten seiner Politik, wahrscheinlich mit Versprechungen für eine künftige Position im VGF-Vorstand.

Abs empfiehlt mit Recht, jetzt doch möglichst bald eine Hauptversammlung abzuhalten und den neuen Aufsichtsrat wählen zu lassen, um einen Puffer zwischen Arnheim und den VGF-Vorstand zu schieben. Vits ist sich über die möglichen Konsequenzen seiner Politik im klaren. Die anderen wissen, daß sie ohne ihn von den Holländern nichts zu erwarten haben, so daß jetzt eine erfreuliche Einmütigkeit im Vorstand besteht.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Zunächst wurde auf einen geschickten Brief des VGF-Vorstands von der holländischen Seite mündlich wieder das Vertrauen ausgesprochen. Ein von der Aku inspirierter Artikel im

„Wirtschaftsspiegel“ vom Januar hatte coram publico noch die gegenteilige Feststellung enthalten.

4. April 1948

Der Film aus der Nachkriegszeit in Wuppertal „Menschen in Gottes Hand“ war ein erfreulicher Beweis ernsthafter künstlerischer Arbeit. Das Problem der durch den Krieg aus der Bahn geworfenen jungen Menschen, nüchtern in der Darstellung unserer Zeit, aber gerade dadurch packend, vielleicht etwas zu zielstrebig in der Moral der Geschichte, aber sonst glaubhaft aufgebaut. Es gibt also in Deutschland wieder eine Leistung aus uns selbst heraus, und es sind junge Menschen da, die sie verwirklichen – es waren lauter neue, im Film bisher unbekannte Gesichter.

7. April 1948

Tagebuch! Es ist mir inzwischen zur inneren Notwendigkeit geworden, diese Rechenschaft abzulegen, und in der Vorbereitung darauf ordnen sich die Gedanken noch bewußter.

8. April 1948

Odrich¹⁷⁸ traf ich nach fast einem halben Jahr wieder in Wuppertal. Es ist offenbar alles sehr mühsam für ihn, ganz aus dem Nichts in Stuttgart ein Unternehmen wieder aufzubauen, und er gehört – bei aller Geschicklichkeit – im Grunde nicht zu der Art von Menschen, denen heute solche Aufgaben gelingen können. Er war nicht müde, aber angespannt – wissensdurstig wie immer, informiert, auch erfreut, es zeigen zu können. Aber schmerzlich für ihn im Grunde doch der Besuch an der Stätte seines größten Wirkens früher.

9. April 1948

Oberbruch – Patentbesprechung mit der Werksleitung. Mittagessen wie in der Vorkriegszeit in der Hinterstube eines ländlichen Gasthofes. Erzählungen aus dem Leben auf dem Balkan früher, wo Henrich aufgewachsen ist und Schieck einige Jahre als Ingenieur gearbeitet hat¹⁷⁹. Wo ist diese Freizügigkeit und Großzügigkeit des Lebens für uns hingekommen? Geblieben nur die Erfahrung, daß der Deutsche, wenn er als technischer Spezialist ins Ausland geht, immer besorgt sein muß, nach Einvernahme seiner Kenntnisse den Stuhl vor die Tür gesetzt zu erhalten.

10. April 1948

Alfred Weber „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“, fesselt mich ungewöhnlich. Die Kontraktion des Geschichtsstoffes von Jahrhunderten jeweils auf die Wesenszüge einer Epoche ist ihm in vielen Kapiteln überzeugend gelungen. Die Darstellung des Griechentums voll lebendiger Unmittelbarkeit, während die Leistungen Roms daneben offenbar doch zu kurz kommen. Bei all dem werden Probleme unserer Zeit, die Probleme des einzelnen Ichs, auf ein Maß zurückgeführt, das Abstand und Ruhe vermittelt.

14. April 1948

Mit Schmekel bei Dr. Mueller in Frankfurt. Er war gerade von einem Vortrag aus den USA zurück, den Clay vermittelt hatte, den er übrigens als fähig und klar auch im Willen, Westdeutschland zur Gesundung zu führen, schildert. Das Gegenteil war oft behauptet worden. Dagegen seien die politischen Verhältnisse in USA verworren und ohne erkennbare Linie. Die Fassade täusche mehr vor, als an politischem Gestaltungswillen im Weltraum von dort zu erwarten sei – bei der zielbewußten Linie der russischen Führung eine düstere Erkenntnis. Auch die neue Bizonen-Verwaltung wird von Dr. Mueller als wenig effizient bezeichnet.

Bei Abs, der um den Posten als Vorsitzender der Landeszentralbank in Frankfurt verhandelt.

16. April 1948

Mit Aretz in Wuppertal. Die Holländer haben ihn als „Agent“ für die „Decontrol“ des in der US-Zone belegenen Vermögens vorgesehen¹⁸⁰. Er ist sich nicht klar, was damit bezweckt wird. Soll zwischen ihm und dem Vorstand ein Keil getrieben werden? Soll die beschleunigte Entlassung aus der Property Control die Rechtsstellung der Aku verbessern? Wird Aretz bei dieser Gelegenheit seine Idee vorantreiben, im Property-Control-Verfahren die Streitfrage um das deutsch-holländische Verhältnis zum Austrag zu bringen? Das wäre der falsche Ort und die falsche Zeit. Es ist viel zu früh für ein objektives Urteil. Wir würden dem Zufall der persönlichen Entscheidung irgendeines Control Officers preisgegeben.

17. April 1948

Der Erwerb einer Lederaktentasche und einer schönen Einkaufstasche für Inge aus Kelsterbacher Beständen (Kompensation Seide gegen Offenbacher Exportlederartikel)¹⁸¹ ist ein Ereignis. Wird man sich damit überhaupt sehen lassen können?

18. April 1948

Die Demokratie in Deutschland – die junge alte, denn es sind fast nur alte Männer aus der Weimarer Zeit, die bereit sind, mitzuspielen. Alles andere steht dem politischen „Betrieb“ abwartend, uninteressiert oder ablehnend gegenüber. Wie weit sind wir von der amerikanischen Anteilnahme des einzelnen an dem öffentlichen Geschehen entfernt! Aber wird so etwas überhaupt wachsen können in diesem Volk, das den Kompromiß nicht will – den „faulen“ Kompromiß – und nun dazu vom vorgepredigten Ideal so gründlich enttäuscht worden ist, daß überhaupt die Bereitschaft zum Glauben fehlt – an irgendetwas. Es braucht wohl Zeit und eine Führung aus neuen Männern, die den Nationalsozialismus wirklich durchlebt und innerlich überwunden haben. Auch braucht es in Europa die Klärung dessen, was Sozialismus wirklich sein soll – keine Doktrin ohne reale Gestalt, keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Form des Gemeinschaftslebens, die einigermaßen jedem das Seine zu geben weiß.

21. April 1948

Die Wahl in Italien am vergangenen Sonntag mit einem beträchtlichen Übergewicht der Christlich-Sozialen hat einen Alpdruck von Europa und der Welt genommen. Die Umklammerung durch einen militanten Kommunismus war nach den Prager Ereignissen wenige Wochen zuvor überall als unmittelbar gegenwärtig empfunden worden. Nun werden die „Demokratien“ wohl weiter Mut fassen zur Gestaltung dessen, was von Europa geblieben ist. Die Russen werden versuchen, in Berlin den Eisernen Vorhang wieder ein Stück weiter nach Westen zu schieben, um damit im Nervenkrieg um das Prestige einen Pluspunkt zu gewinnen.

22. April 1948

In einem Konzert mit zwei Brahms-Quartetten in ausgezeichnete Besetzung merke ich, wie die Erlebnisfähigkeit auch in der Musik – ähnlich wie in der Malerei – über die Klassik hinausgewachsen ist, so daß sie fast nicht mehr genügt, bei aller Schönheit herkömmlich erscheint. Vielleicht spricht mit, daß nun drei Jahre nach dem Krieg das äußere Leben für uns doch in vielem ruhiger geworden ist. Es gibt keine Bomben, keine unmittelbare Lebensgefahr mehr, keine Toten und keine Schreckensnachrichten. Damals war eine Mozart-Melodie die Sprache aus einer anderen Welt. Gerade die Geschlossenheit der Form, die reine Melodik waren seelische Gegengewichte gegen die Auflösung und Zerstörung ringsum, Inseln der Fassung und Besinnung. Nun will das Problem schon wieder in der Kunst erlebt werden, und das Geschehen der Vergangenheit hat die Sinne empfänglicher gemacht.

25. April 1948

Wir genießen die Schönheit und den Zauber des Frühlings in diesem Jahr wieder in vollen Zügen. Ist schon etwas Wehmut und Abschiedsstimmung vor der Rückkehr in die Großstadt im nächsten Jahr dabei? Oder ist es die Freude und das Aufatmen in der Hoffnung auf bessere Zukunft, die doch in diesem Jahr lebendig ist – Marshall-Plan, Währungsreform, Verheißungen, auch Sorgen, aber alles doch anders und neu und deshalb besser als erwartet.

26. April 1948

Wir – Schmekel, Aretz und ich – sprechen über den Massenmenschen, darüber daß es darauf ankommt, dem einzelnen wieder ein Bewußtsein vom Wert und den Anforderungen gelernter und gekannter Arbeit zu geben und damit die geistige Verarmung zu bekämpfen, die aus der Monotonie des Handgriffs ebenso erwächst wie aus der Unbildung des Spezialisten, der keinen Überblick mehr über das Leben als Ganzes und seine Aufgaben hat.

27. April 1948

Auch bei anderen ist in diesem Jahr die Frühlingshoffnung lebendiger als sonst – die Sehnsucht, aus den Sorgen und der ständigen Ungewißheit wieder in eine größere Ruhe und Sicherheit zu gelangen. Wie schön ist diese Vergeßlichkeit des

Menschen, die es erlaubt, auch mit 40 Jahren das Frühlingserlebnis so neu und rein zu spüren – weniger drängend vielleicht als in früheren Jahren, aber vielleicht noch reicher in der Fülle der Eindrücke und bewußter auskostend. Die weiten Fahrten durch das Land an Rhein und Main bringen besondere Erlebnisse. Die Straße über den hohen Westerwald läßt Erinnerungen an die Jugendfahrten dort oben vor 25 Jahren wieder wach werden, auf den kargen Heideflächen mit Weiden, Steinen und einzelnen Bäumen. Weilburg an der Lahn, eine zauberhafte Kulisse, Schloß über der Lahn mit dem so ganz erhaltenen Hof, Wald ringsum, ein Märchenbild aus der Vergangenheit. Die Augen wollen es nicht glauben, wenn dann auf einem Altan sich plötzlich eine Tür öffnet und doch ein Mensch unserer Tage in Geschäften herunterkommt – ein Mensch, etwas versauert, arm geworden in der seelischen Not unserer Zeit, die dort erst recht alles Leben abgetötet zu haben scheint.

30. April 1948

Von Wuppertal nach Gießen durch regenverhangenes Land. Die beiden alten Eltern dort in der Misere ohne Hilfe. Immer mehr wird mir klar, wie das Alter zu einem Nachlassen der Reaktionsmöglichkeiten führt, die Anpassung an die unvermeidlichen Veränderungen verloren geht. Es ist sinnlos zu raten, und es bleibt nur die Hoffnung, daß sie sich doch noch wieder irgendwie durchschlagen. Vater klagt über G.¹⁸²: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan“. Ich kann etwas zum Kompensieren mitbringen. So fließt der Brunnen doch wieder reichlich, fast zu viel zum Tragen.

1. Mai 1948

Ein Aufsatz in den „Frankfurter Heften“ über das Element der Wiederholung in der Propaganda rührt an das weite Feld der Psychologie und insbesondere der Massenpsychologie, auf dem mir wesentliche wissenschaftliche Aufgaben für die weitere Zukunft zu liegen scheinen. Wir müssen mit dem Problem der Massen fertig werden, wenn die Menschheit künftig überhaupt mit sich selbst noch fertig werden soll. Eine großartige Verknüpfung zu den Erkenntnissen der modernen Physik über die Bedeutung des statistischen Gesetzes im Mikrokosmos bietet sich an. Gibt es nicht ein System, das in ähnlicher Weise menschliches Verhalten mit einbeziehen und verständlich machen würde? Fast drängt es mich, auf diesem Gebiet selbst einmal zu wirken – nur besser, als jetzt möglich wäre.

Max Planck „Reden und Vorträge“ – eine Fundgrube wertvoller Erkenntnisse gegenüber den grundsätzlichen Fragen unserer Zeit.

Wie überlegen wirkt die These Plancks gegenüber dem „Scheinproblem“ Kausalität und Willensfreiheit, das mich so intensiv beschäftigt hat und wie einfach und zugleich großartig: die Kausalität als objektive Grundlage alles Geschehens – Determinismus –, aber daneben ganz unabhängig die subjektive Notwendigkeit der eigenen Entscheidung, die frei sein muß, weil es außerhalb der menschlichen Möglichkeit liegt, die wahre, dahinterstehende Kausalität im Augenblick der Entscheidung zu erkennen und einzubeziehen. Diese Verschiedenheit der Ebenen,

auf denen die Begriffe Kausalität und Willensfreiheit liegen, läßt für das menschliche Handeln die ethischen Verpflichtungen erst recht als Elemente des Gesetzmäßigen, weil Lebenserhaltenden, verbindlich erscheinen. Immer wieder beeindruckend ist die Bescheidenheit des großen Wissenschaftlers und Menschen gegenüber Weltall und Leben neben der Unbedingtheit seines Wahrheitswillens.

4. Mai 1948

Fahrt nach Wuppertal über Wiesbaden, Unterhaltung mit Aretz über die Möglichkeiten, unsere Kenntnisse und Wünsche für eine vernunftgemäße und aussichtsvolle „Betriebsdemokratie“ aus der Enge unserer eigenen Überlegungen hinauszutragen. Er ist auf die absoluten Lösungen ausgerichtet, will das Ziel im Großen durchsetzen. Ich würde eine Mitwirkung im praktischen Experiment schon für einen Erfolg halten.

Es ist richtig, daß die Masse zuerst das Argument aus dem Gefühl verlangt und daß deshalb ein Handeln aus Vernunft nicht leicht auf Massenwirkung hoffen kann. Aber bei den Führern der Masse, die schließlich auch aus der Vernunft handeln müssen, wenn das Gewollte Bestand haben soll, wäre der Ansatzpunkt zu suchen. Richtig erscheint mir sein Vorschlag, dieser Aufgabe durch lokal zu organisierende Aussprachen und Arbeitsgemeinschaften näher zu kommen.

6. Mai 1948

Seit langem wieder einmal die neunte Sinfonie von Beethoven! Das Städtische Orchester Wuppertal spielte in geschultem Zusammenklang, der Chor im Finale war wie immer ein Problem. Die von Beethoven gewollte Einheit der Wirkung habe ich noch nie erleben können. Diesmal kam hinzu, daß der Männerteil im Chor wegen der Kriegsausfälle nicht über die Kräfte verfügte, die die Aufgabe erfordert – aber noch lange klingen sie nach, die so oft gehörten und wirklich zum Besitz gewordenen Hauptmotive dieser großartigen Musik.

7. Mai 1948

Vits soll in Nürnberg für die angeklagten IG-Vorstandsmitglieder als Zeuge auftreten, eine undankbare Aufgabe, die für ihn selbst wegen des damit verbundenen Rampenlichts voller Gefahren ist. Anerkennenswert ist seine menschliche Bereitschaft zu helfen und der Corpsgeist – andere kneifen!

8. Mai 1948

Von Zeit zu Zeit schwirren phantastische Gerüchte wie Lauffeuer durch das Land. Ab Herbst sollen Kartoffeln und Brot nicht mehr rationiert sein – sinnlose Hoffnungen gehetzter Menschen, deren Gedanken sich in der Sorge um die Nahrung in der Zukunft erschöpfen, auch wenn die des Tages einigermaßen gesichert ist. Richtig ist nur, daß es etwas mehr Fett geben wird, 400g im Monat. Auf einmal waren Einfuhren möglich – Lockerung der politischen Hungerauflage!

11. Mai 1948

Die Zeugenvernehmung von Vits in Nürnberg ist gut verlaufen. Eindrucksvoll war für ihn der technisch hervorragende Apparat mit den Übersetzern und die angelsächsisch reservierte Haltung des Gerichts. Der Ankläger versuchte wie erwartet, die Person von Vits durch Fragen nach seinen Positionen im Dritten Reich zu diskreditieren, aber es scheint dies gegenüber seiner sachlichen Darstellung wenig Wirkung gehabt zu haben. Nach Vits kam als Zeuge ein Häftling, der über die Haft- und Vernehmungsmethoden der Amerikaner aussagte, um den Wert der in der Haft von den IG-Vorstandsmitgliedern abgelegten Geständnisse zu erschüttern. Es sind wenig erfreuliche Vorgänge psychischer Quälerei dabei zur Sprache gekommen, die den Richtenden nicht angenehm in den Ohren geklungen haben mögen, wenn es – wie in diesem Prozeß – um Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht.

13. Mai 1948

Hermann Otto war auf der Durchreise wieder einmal da. Wie sehr ist er innerlich wieder sicherer geworden, nachdem seine politische Überprüfung beendet ist. Er wird sich bemühen, antiquarische Bücher für mich zu kaufen.

14. Mai 1948

Vortrag des FDP-Vorsitzenden Blücher in Wuppertal, eine kluge und aktive Persönlichkeit mit weitem Horizont. Keine nur individualistische Reaktion, wie ich sie von dieser Seite immer befürchtet habe, sondern der Appell an die persönliche Initiative und Verantwortung als Voraussetzung jeder freiheitlichen Gestaltung. Auf die Menschen selbst und ihre Einsatzbereitschaft kommt es an, wenn die Entwicklung sich nach ihnen richten soll.

17. Mai 1948

Bei herrlichem Frühsommerwetter von Miltenberg nach Amorbach mit den Kindern und Ensslins. Die Kirche hat mich diesmal etwas enttäuscht. Der Eindruck der „Wies“ war noch zu nahe. In Miltenberg haben wir dann noch im Main gebadet und sind im Hochgefühl eines ausgefüllten Tages nach Haus gefahren.

19. Mai 1948

Mit Dr. Mueller und Aretz in Wiesbaden. Ein amerikanischer Chief Decartellization Officer, Mr. Meyer, von Cpt. Varda seit langem über das Problem Aku/VGF informiert, hatte gefragt, ob nicht im Zuge einer Dekartellisierung eine Trennung zwischen Holland und Deutschland durchzuführen wäre. Solche Gedanken sind ein nützliches Gegengewicht gegen die Überlegungen der Holländer, die Dekartellisierung zur Zerschlagung der VGF-Einheit zu benutzen und die einzelnen Werke von Holland aus dann ungehindert zu beherrschen¹⁸³. Aber alles ist in einem unverbindlichen Stadium, und die Amerikaner, an die wir herankommen, sind fünfte und sechste Garnitur – ohne Entscheidungsbefugnis, deshalb Zurückhaltung!

21. Mai 1948

In Heidelberg und Ludwigshafen bei der IG. Es fällt auf, wie die Menschen in der französischen Zone noch bedrückter und verbitterter sind als bei uns. Jeder weiß von sinnlosen Schikanen der Besatzung zu berichten – eine Atmosphäre ohne Optimismus und Vorwärtssicht. Aber es sind noch die alten geschulten Kräfte da. Wenn sie sich auch jetzt mit den Mühsalen der gegenseitigen Fehden zerreiben, wieder ausgerichtet zu freier Arbeit angesetzt, wertvollster Besitz für eine Aufwärtsentwicklung.

Inge war mitgekommen, eine schöne Fahrt durch Odenwald und Neckartal. Aber sie war doch enttäuscht von der Stadt Heidelberg und dem Leben der Menschen dort. Wenn auch die mancherlei Veranstaltungen, Musik, Theater, Vorträge, in den deutschen Städten durchweg wieder ein erfreuliches Niveau erreicht haben, lohnt es sich trotz der geistigen Anregung, die das alles bedeutet, doch nicht, in der Stadt zu leben, selbst nicht in einer unzerstörten, wie es Heidelberg als eine der ganz wenigen ist. Auf dem Land gleicht die Natur das Elend irgendwie aus, umhüllt es. In der Stadt tritt es so unmittelbar entgegen, und die wenigen Ausnahmen – meist Ausländer mit ihren blitzenden Wagen und tadellosen Garderoben – machen den Gegensatz zu all den vielen nur noch drastischer.

23. Mai 1948

Es ist schon wieder zu trocken, und wir wollen nicht hoffen, daß es den Beginn einer Dürre wie im vorigen Jahr bedeutet. Die Winterfrucht steht gut, und wir können auf eine gute Ernte hoffen.

Die Eltern Fock aus Itzehoe sind gekommen, um unser Dasein in Erlenbach doch noch einmal vor dem erwarteten Umzug nach Wuppertal in Augenschein zu nehmen, dazu den neuen kleinen Enkel, der auch ihre ganze Freude ist.

25. Mai 1948

Im Zug von Frankfurt nach Köln wieder Restaurationsbetrieb – ein ungewöhnliches Ereignis. Wenn 50g Fleischmarken für ein belegtes Brot verlangt werden, so ist das an sich nicht zu viel, bei einer monatlichen Fleischration von 100 Gramm aber unmöglich auszugeben. Natürlich gibt es keine Gläser oder Becher zu den Mineralwasser- und Bierflaschen. Auch der Inhalt scheint nicht ganz befriedigend zu sein. Manche Flasche wird halbvoll wieder zurückgegeben. Immerhin, der Ruf ertönt, seit Jahren nicht gehört: „Kaffee, Bier, belegte Brote!“

26. Mai 1948

In Wuppertal „Film ohne Titel“ – der Versuch einer Komödie aus unserer Zeit. Eine gelungene Mischung von Ernst und Leichtigkeit. Söhnker ist erfreulich reifer geworden, Fritsch alternd, eine weniger ansprechende Reminiszenz¹⁸⁴. Frisch und stark war eine neue junge Schauspielerin, Hildegard Knef. Auch hier das Gefühl, daß eine deutsche Filmkunst wieder im Werden ist, die zwar noch keinen eigenen Stil hat, aber die Besonderheit menschlicher Reife aus den grausigen Erfahrungen der Überlebenden.

27. Mai 1948

Besuch Meynens in Wuppertal, der typische Exponent des Machtstrebens. Ein Glück ist, daß er in Vits einen so vollwertigen Gegenspieler hat. Seine beste Waffe ist seine rücksichtslose Offenheit. Sie zwingt den Angreifer, seine Ziele zu verschleiern. So kommen dann doch immer wieder Kompromisse zustande, die uns erlauben, weiter auf Zeitgewinn zu setzen. Dabei ist die Position in der englischen Kohleverwaltung für Vits immer wieder ein wertvoller Rückhalt, der den anderen zur Vorsicht zwingt. Ich kann in der gemeinsamen Besprechung mit in die Verhandlungen eingreifen. Abs mustert mich durchdringend. Vits bereitet weiter die Position für mich vor.

29. Mai 1948

Diebstahl auf Kohlezügen, das übliche Bild im Revier. Wo immer sich eine Gelegenheit bietet, springen Kinder und Halbwüchsige auf die Waggons, werfen herab, andere lesen auf. Der Verlust der so allenthalben entsteht, muß beträchtlich sein. Eine der vielen Formen der Selbsthilfe, wie sie in Deutschland gang und gäbe geworden sind. Polizei, die in der Nähe ist, sieht darüber hinweg. Niemand findet mehr etwas dabei.

Ami-Zigaretten kosten in Frankfurt vier bis fünf, in Köln sieben bis acht RM. Zwischenhändler leben von der Arbitrage in regelmäßigem Pendelverkehr, man spricht im Zug ganz selbstverständlich darüber.

30. Mai 1948

Nun ist das Wetter umgeschlagen und die erste Juni-Hälfte soll weiter den ersehnten Regen bringen. Wir sind alle abhängig von diesem Naturgeschehen, denn unsere tägliche Nahrung wird weitgehend dadurch bestimmt. Wer, wie wir, einen Garten bebaut, wird noch unmittelbarer darauf hingewiesen.

Bei Bernhardt habe ich den aus Rußland heimgekehrten Mann gesprochen. Er hat es offenbar nicht so schwergehabt wie andere, zuletzt im Bergwerk. Auch er wurde schließlich nur wegen Arbeitsunfähigkeit entlassen. Alle haben das Wissen um die russische Wirklichkeit mitgebracht, ihre Primitivität, das Schema und die vielfachen Mittel, durch Scheinleistung seine Erfüllung vorzutäuschen, dazu die Verschwendung dessen, was doch nur einem unpersönlichen Kollektiv gehört.

31. Mai 1948

Ein paar Tage zu Hause. Die Arbeit abends im Garten ist eine schöne Entspannung, zumal ich nur nachzusehen und nachzuarbeiten brauche und unser tüchtiges Mädchen Lenchen¹⁸⁵ das Laufende mit Eifer und Freude betreibt. Schön in der Dämmerung noch ein Gang mit Inge durch die Kornfelder gleich hinter dem Haus, zwischen Wald und Wiesen nicht weit der Fluß mit der dunklen Waldwand auf dem anderen Ufer. Wie werden wir später wohl noch oft an diese Abendwege und die Schönheit dieses Flußtales zurückdenken!

2. Juni 1948

Schmekel war bei Arno Breker in Wemding am Ries zum Modellieren seiner Büste – Geschenk des Vorstands zu seinem 60. Geburtstag.

4. Juni 1948

Sommerfest bei Glanzstoff, das erste seit vielen Jahren, und so war die Stimmung gelöst und freudehungrig wie selten. Wir haben bis zur Morgenhelle getanzt und uns dem Rhythmus und dem Trubel hingegeben, ohne den Druck, der in den Kriegsjahren hinter jeder Freude dieser Art stand, und doch auch etwas von der Hoffnung erfüllt, daß eine bessere Zeit beginnen würde. Unsere kompensationskräftige Firma hatte für Speis und Trank sorgen können, wesentliche Voraussetzungen des Wohlbefindens nach dem Mangel der letzten Jahre. Am nächsten Tag ohne Schlaf mit Kaffeeaufmunterung wieder intensiv durchgearbeitet – ein erfreuliches Gefühl „es geht noch!“.

6. Juni 1948

In der letzten Ausgabe der „Zeit“ waren Auszüge aus dem Tagebuch Carl Burckhardts, des Völkerbundskommissars in Danzig in den Jahren 1938 und 1939 abgedruckt. Sie enthalten die ergreifende Erkenntnis der Wirklichkeit und der zu erwartenden Folgen bereits zu einer Zeit, in der wir nun im dumpfen Zwang des Schicksals uns dem Auferlegten beugten.

8. Juni 1948

Mitgliederversammlung einer wirtschaftlichen Vereinigung ostdeutscher Flüchtlinge in Düsseldorf, Menschen, die führende Aufgaben hatten, durchweg von Leid, Kampf und Sorge gezeichnet. Anklage und tiefer Pessimismus vermischt mit kämpferischem Willen, das Schicksal doch noch zu meistern. Sie fühlen sich verlassen und ausgestoßen und kämpfen um eine neue Existenz. Doch nur die Tüchtigsten werden sie in einer Form erringen, die ihrer Vorstellung aus der Vergangenheit in etwa entspricht. Dieser Teil der deutschen Gegenwart ist uns, die wir in einer so viel gesicherteren Position leben, schon fast verloren gegangen. Wie schnell kann man auch in allgemeiner Not zum beatus possidens werden.

10. Juni 1948

Strahlende Sommerhitze – im offenen Wagen nach Köln, dann weiter mit dem Zug „Hoek van Holland-Basel“, dem einige Wagen für Deutsche angehängt sind. Sie unterscheiden sich nachhaltig von den internationalen Waggons des Zuganfangs. Aber man kann am offenen Fenster sich den Wind um die Ohren brausen lassen. Von der Plattform aus zieht der Rhein im Sommersonnenlicht vorbei, das schöne vertraute Bild, die Krönung dann im Rheingau, dieser alten, im wirklichen Sinne vollständigen Landschaft.

11. Juni 1948

Die Haltung zum Leben, wie ist sie immer wieder innerlich zu erkämpfen und nach außen klar zu machen! Schmekel ist aus Anlaß der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz über die Zukunft Westdeutschlands wieder voller Pessimismus. Ist es das fortgeschrittene Lebensalter, das diese Einstellung bestimmt? Es ist fast hoffnungslos, im Vorstand darüber zu sprechen. Der Wille zur Zukunft müßte doch gerade hier die Meinungen bestimmen, an eine Gesundung zu glauben und einfach danach zu handeln. Ist das nicht die allein mögliche Haltung, wenn es überhaupt eine Aussicht für uns geben soll, das Chaos und das Elend zu überwinden? Wie – wir wissen es nicht in den Einzelheiten, wann – wir wissen es noch weniger, ob – wir können nur daran glauben und danach handeln. Das ist keine Frage der Objektivität. Wenn uns die letzten 30 Jahre mit allen ihren Entwicklungen und Erlebnissen etwas gesagt haben, dann ist es doch das Wissen um die Unberechenbarkeit des Lebens. Mag dahinter auch ein Zweifel am Erfolg bleiben. Er läßt die Rückschläge leichter ertragen und gelassener hinnehmen. Aber er darf nicht den Willen lähmen, es zu versuchen, und die Hoffnung zerstören, daß es vielleicht doch gelingt. Das ist wohl auch die einzige Antwort auf Funckes Frage nach den Aussichten des Lebens hier gegenüber der Möglichkeit der Auswanderung nach Cuba.

13. Juni 1948

Als Sachverständiger aus der Industrie in Stuttgart zu einer Tagung des Büros für Friedensfragen, eine Gründung der drei Ministerpräsidenten der US-Zone, bisher die einzige Stelle in Deutschland, die systematisch Material zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages sammelt. Ein wenig homogener Kreis von juristischen Spezialisten, insbesondere des Völkerrechts, und Behördenvertretern, ein Ansatzpunkt, aber auf noch viel zu schmaler Basis und ohne Ausrichtung auf die großen realen Interessen, die doch schließlich für die Zielsetzung maßgebend sein müssen. So bleibt die Arbeit bisher weitgehend begriffsjuristisch. Es müßte eine im Wesen politische Aktion daraus werden, wenn eine solche Bemühung Sinn haben soll – politisch im nationalen Sinn. Theoretisch weiß man das dort auch, aber es fehlen noch die dafür notwendigen Kräfte. Es wird wohl noch eine lange Zeit vergehen, bis einmal wirkliche Verhandlungen kommen.

14. Juni 1948

Abends bei Odrich in Obertürkheim. Die Familie wohnt in einer Holzbaracke – ein Raum – im Fabrikhof der dortigen Radialwerke. Unmittelbar vor dem Fenster Berge von Fässern und Kisten, wenige Meter weiter die Hauptstrecke Stuttgart-Eßlingen, auf der alle fünf Minuten ein Zug vorbeifährt, der Raum nur durch Möbel in Küche, Schlaf- und Wohnkoje aufgeteilt. Manches von den alten Sachen wurde gerettet. Aber wie wenig ist von dem Großbürgerhaus einst in Wuppertal und auch später noch in Berlin übriggeblieben. Die alte Mutter ist die Seele des praktischen Lebens. Er angespannt, aber zäh mit dem Leben und seinen harten Forderungen kämpfend.

15. Juni 1948

Am nächsten Morgen auf der Autobahn nach München.

16. Juni 1948

Im „Haus der deutschen Kunst“ sind Bilder aus den Beständen der Pinakothek ausgestellt. Sie sind wie liebe alte Bekannte. Stärkster Eindruck ist diesmal eine ganz nordische Madonna von Raffael! Es war wohl die innige Mütterlichkeit, die mich aus dem nahen Erlebnis in der eigenen Familie diesmal so besonders ansprach, dazu ein Selbstbildnis von Marées in älteren Jahren, Caspar David Friedrichs „Riesengebirgslandschaft“ – die brauenden Nebel aus den Tälern, die herbe Reinheit der Abstraktion bei allem Naturalismus, und daneben Waldmüllers Innerlichkeit und Lebensdichte, die mich trotz ihrer manchmal allzu naturnahen Gegenständlichkeit tief berührte. Er ist einer der Deutschen, insoweit mit Thoma vergleichbar. Im ganzen habe ich in meiner Einstellung zur Kunst auf allen Gebieten Abstand gewonnen. Es sind Fragen aufgekommen gegenüber der früher so selbstverständlich angenommenen Gültigkeit der klassischen Kunst, das Relative der Stile ist deutlicher geworden, das Erlebnis weniger naiv und nicht nur vom unbewußten Eindruck bestimmt. Die Wende zu den Vierziger Jahren bringt eine Weiterentwicklung, die ich als Gewinn empfinde.

Die Wende

18. Juni 1948

Tag der Verkündung der Währungsreform!¹⁸⁶ Endlich löst sich die Spannung, die sich in den letzten Tagen und Wochen nach jahrelanger Ungewißheit, ständigen Ankündigungen und nachfolgenden Dementis unerträglich angestaut und zuletzt zu einer völligen Lähmung des normalen Wirtschaftslebens geführt hatte. Noch weiß niemand, was die Auswirkungen sein werden. Doch daß eine grundsätzliche Änderung unseres täglichen Wirtschaftens damit verbunden sein wird und erhebliche Beschränkungen in der Verwendung des bisher so bedenkenlos ausgegebenen Geldes kommen, ist fast allen klar. Für die meisten verbindet sich damit eine Hoffnung. Aber nun stehen wir vor der Frage, ob diese Hoffnung sich erfüllen wird. Letztlich geht es um das Problem, wie ohne Ostdeutschland, nur aus dem in der ganzen Welt schwieriger werdenden Export, die 50 Millionen Menschen ernährt werden sollen, die in den drei Westzonen zusammengedrängt sind. Denn daß die Russen ihre Zone räumen werden, ist nicht zu erwarten. Was soll politisch aus diesem geteilten Deutschland werden, um das als Ganzes sich die beiden großen Weltmächte politisch bemühen, doch zugleich mit dem Willen, seine Macht niederzuhalten.

20. Juni 1948

Am Samstag mittag mit Inge beim evangelischen Pfarrer in Hofstetten, um die Taufe für Roland zu besprechen. Er ist Flüchtling aus dem Osten mit einer jungen Frau und drei kleinen Kindern, ein Mensch, der glaubt und aus seinem Glauben handelt. Er hat in dieser katholischen Gegend vierzehn Gemeinden von Mömmingen im Odenwald bis Volkersbrunn im inneren Spessart zu betreuen.

Dann bei Scherer in Großwallstadt, einem Dorfbürger, Händler, Handwerksmeister und Gartenfreund, Patriarch, als solcher außerhalb der Zeit und doch ein Mann der Wirklichkeit auf geraden und wenn es sein muß auch ein wenig krummen Wegen, derb und lebensweise. Ich bin immer wieder gern dort, um ein Glas Apfelwein zu trinken und über das Leben im Gegenständlichen zu sprechen.

21. Juni 1948

Der erste Teil des Kopfgeldes mit vierzig deutschen Mark wurde am Sonntag auf dem Bürgermeisteramt ausgegeben¹⁸⁷. Es war eine Erlösung für viele, daß nun das dauernde Warten auf die Neuregelung ein Ende hat. Es hatte sich alles gestaut und verkrampft. In den letzten Tagen war noch eine fieberhafte Bezahlung aller irgend möglichen Verpflichtungen in altem Geld versucht und im wesentlichen erfolgreich betrieben worden. Nun ist über Nacht eine neue Zeit da. Die Läden sind gefüllt mit Waren der verschiedensten Art, seit Jahren nicht gesehen

und bisher nur im Kompensationsverkehr unter Schacher und Handel zu bekommen, eine Märchenstimmung! Nur zögernd beginnen die Umsätze mit dem neuen Geld, das noch kaum jemand aus der Hand zu geben wagt in der Ungewißheit, wann die normalen Einnahmen wieder zu fließen beginnen¹⁸⁸.

23. Juni 1948

Am 22. 6. in Wuppertal die erste Zusammenkunft der künftigen Aufsichtsratsmitglieder von VGF. Van Schaik war betont herzlich mir gegenüber. Es ist schön, daß hier die menschliche Achtung, die wohl gegenseitig in schwierigen Umständen gewachsen ist, die Jahre überdauert hat¹⁸⁹. Im ganzen ein Kreis qualifizierter Männer: Abs, Wohlthat, Merton, Carp und auf der holländischen Seite van Schaik, Kamphuisen, Meynen und Daniels¹⁹⁰.

24. Juni 1948

Die Situation, in der wir leben: der frühere kaufmännische Werksleiter in Breslau, zweimal geflüchtet – zuerst aus Breslau und nun wieder aus Elsterberg – erregt sich in bitteren Worten über den „Luxus“ des Essens, das gestern mit den Gästen eingenommen wurde. Luxus, so wie er es aus der Einstellung des früher Verwöhnten, nunmehr aus allen Sicherheiten geworfenen Flüchtlings sah, obgleich es doch nur eine – im „normalen“ Sinn – einfache Mahlzeit war: Brühe, Gemüseplatte mit Büchsenfleisch, Sauce, Griesspeise, für 12 Personen 4 Flaschen Wein und für jeden eine Tasse Kaffee, schwarz mit Zucker! So sind die Maßstäbe durch den Mangel verwirrt, und es bedarf der Rechtfertigung, wenn bei einer solchen Gelegenheit solchen Gästen ein solcher Empfang bereitet wird.

Die anschließende Besprechung mit den Holländern ließ erkennen, daß Forderungen und Ansichten unter ihnen selbst keineswegs übereinstimmten. So konnten wir auch auf der Gegenseite für den eigenen Standpunkt immer wieder Ansatzpunkte finden.

26. Juni 1948

Am Freitag waren in Obernburg die kaufmännischen Leiter versammelt, um über die notwendigen Sofortmaßnahmen zur Währungsreform zu beraten. Auflösung der Kompensationslager, Einstellung der Sachprämien, Geldverkehr, Geldbeschaffung durch Verkäufe, plötzliche Notwendigkeit, die Kreditfähigkeit der Abnehmer wieder zu prüfen, für die seit Jahren alle Unterlagen fehlen¹⁹¹.

27. Juni 1948

Wir haben Roland heute getauft. Schwägerin Gerda war mit ihrem Utz unmittelbar nach Verkündung der Währungsreform von ihrem Ferienaufenthalt bei uns noch mit altem Geld nach Hause gefahren. So waren nur Funckes da. Der Pfarrer kam auf einem Motorrad im alten Soldatenregenmantel, erfreulich in seiner Ehrlichkeit und Überzeugung.

Der Täufling war nach dem Darmkatarrh der letzten Tage wieder voller Lebenskraft und zeigte für die Feierlichkeit der Handlung wenig Einsicht. Frau Funcke als Patin hatte Mühe, ihn zu halten.

28. Juni 1948

Am Samstag in Frankfurt die ersten Einkäufe, Schere, Kochtopf, Spülschüssel, Eimer, Kirschen in beliebiger Menge frei. Niemand begreift, wo Obst und Gemüse bis dahin geblieben waren – auch in Wuppertal waren in den nächsten Tagen alle Stände gefüllt, die Preise erträglich. Aber die allgemeine Unsicherheit ist noch groß. Wie wird es weitergehen? Wird das Angebot an Waren anhalten? Werden die Preise steigen oder zurückgehen? Wie wird alles in drei Monaten oder in einem halben Jahr aussehen? Die Bewirtschaftung ist auf vielen Gebieten aufgehoben, sogar die Eier sind freigegeben. Es werden fantastisch billige Preise vom Schwarzmarkt berichtet; Butter DM 4,- bis 6,- das Pfund, Zigaretten DM 2,50 für 20 Stück, so daß die offizielle Zuteilung amerikanischer Zigaretten für DM 0,30 pro Stück in den Läden liegen bleibt.

30. Juni 1948

Der Kampf um Berlin ist in vollem Gang. Die Russen haben nun auch die Zufuhr für die Bevölkerung gesperrt und versuchen damit, die Westmächte herauszu-drängen. Diese wiederum haben einen Lufttransport mit täglich über 200 schweren Transportmaschinen organisiert – auf die Dauer allerdings eine unhaltbare Lösung. Auch glauben Kenner der amerikanischen Mentalität nicht an die Beständigkeit des jetzigen Standpunkts. Auf der anderen Seite ist von London und Washington enormes Prestige investiert, so daß ein Rückzug kaum mehr möglich erscheint. Die Entscheidung, die hier fällt, wird für ganz Europa vielleicht auf lange Sicht ausschlaggebend sein. Ein Problem für die Russen ist, daß es bei ihnen im Balkan-Gebälk kracht. Tito wurde wegen Insubordination aus der Kominform ausgeschlossen.

2. Juli 1948

Dewey wurde am Montag zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gewählt. Man rechnet mit Foster Dulles als Außenminister und damit mit einem für Westeuropa und auch Deutschland günstigen Kurs.

27. Juli 1948

Verhandlungen in Köln und Wuppertal mit den Courtaulds-Leuten über die finanziellen Fragen von Köln. Brainsbury, der Jurist, etwas ledern und umständlich; Koppel, liebenswürdiger Diplomat, noch in den Anfängen weltmännisch-wichtiger Tätigkeit; Stappert, ihr deutscher Helfer, ein gründlicher Artist seines Fachs. Der Fluch der bösen Tat . . ., diese vor 20 Jahren von Blüthgen zur Offenhaltung aller Auslegungsmöglichkeiten bewußt überkomplizierte und verwischte Materie ist auch diesmal nicht befriedigend aufzulösen¹⁹².

31. Juli 1948

Am Freitag spät in der Nacht von Wuppertal zurück, in Frankfurt in den Schnellzug nach Passau, der zum ersten Mal nach der Währungsreform wieder so angefüllt war mit Menschen, daß nur ein Stehplatz blieb. Ein Teil waren Ferien-

reisende, die nun mit ihrem Geld wieder etwas anfangen können und Aussicht haben, selbst am „Lago di Bonzo“ (Tegernsee) ein Unterkommen zu finden, – überwiegend aber DPs aller Nationalitäten in seltener Anhäufung. Man versteht nicht mehr recht den Grund ihres Reisens. Der Schwarzhandel, der in erster Linie Steuerschmuggel geworden ist (Kaffee, Tabak), kann es doch kaum noch bringen.

1. August 1948

Abs soll wegen der Neuregelung für Glanzstoff-Courtaulds befragt werden. Da er zur Bach-Woche in Ansbach weilt, fahren wir bei herrlichem Sonnenwetter Sonntag früh morgens im offenen Wagen über Miltenberg, Wertheim, Würzburg, Ochsenfurt am Main entlang. Inge lernt zum ersten Mal diesen schönsten Teil des Maintals kennen. Das kleine Hotel („Schwarzer Bock“), in dem Abs in Ansbach wohnt, bietet am Mittag manches „friedensmäßig“, ebenso der „Eisenhut“ in Rothenburg, wo wir auf der Rückfahrt zum Kaffee Pause machen. Wie schön, daß wir das zusammen noch einmal sehen können. Das kleine Schloß Weikersheim, auf das uns Abs noch aufmerksam gemacht hatte, ist eine große Überraschung – wie oft bin ich auf der Reise von München da vorbeigefahren und habe nicht vermutet, daß sich hinter der grünen Mauer des Parks ein solches Dornröschendidyll verbirgt. Die Biedermeiereinfahrt mit dem breiten, behäbigen Turm, dahinter der verwunschene Schloßhof mit der herrlichen Steinballustrade am Renaissance-Querbau, belebt durch die lange Reihe der skurril vermenschlichten steinernen Zwerge. Amorbach und dann noch der Abstecher nach Waldleiningen, dem englischen Landsitz im herrlichen Waldgelände¹⁹³. Wir wollen uns in dem jetzt dort eingerichteten Sanatorium für einige Septembertage einquartieren. Man hatte uns Widersprechendes berichtet, aber die Lage ist so schön, die gepflegte und großzügige Einrichtung etwas so Ungewöhnliches in dieser Zeit, daß wir sofort zusagen. Die Unannehmlichkeiten des für diesen Zweck nicht gebauten Schlosses werden uns wohl nicht sehr stören und auch mit den Auswirkungen des Sanatoriumsbetriebs werden wir uns abfinden.

7. August 1948

Sommerfest der Obernburger Hauptverwaltung in der Villa Elsave. Wir haben eine Nacht durchgetanzt. Man hatte sich mit den Vorbereitungen im Eifer der Konkurrenz zu dem nun auch vorgesehenen Betriebsfest in Elberfeld gewaltig angestrengt. Es war nicht umsonst. Daß ich die Freude am Tanzen, an der einfachen rhythmischen Bewegung nach so vielen Jahren der Entwöhnung noch behalten habe, wundert mich manchmal. Aber es geht fast allen so. Ein unbändiger Wille bricht durch, wieder einmal fröhlich zu sein. Daß es noch dazu möglich war, nach der Not der letzten Jahre eine gute Bewirtung zu bieten, gab allen ein Gefühl wiedergewonnener Freiheit.

11. August 1948

Zum ersten Mal seit langem wieder einige Tage in einem Hotel – Trierer Hof Elberfeld. Noch ist vieles mangelhaft. Ein Blechschrank, aber ein leidliches Bett,

kein Schlüssel in der Klotür, aber wieder markenfreie Gerichte, die allerorts berühmten, wenn auch teuren russischen Eier, Fisch und Krabben.

12. August 1948

Es ist doch ein anderes Leben geworden in der Bizone seit dem Tag der Währungsreform. Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft waren doch nicht nur Illusion. Die Not, die Sorge um das Morgen, sitzt nicht mehr täglich im Nacken. Aber es gilt nicht für alle. Zu viele verfügen nun über keine Mittel mehr, nachdem die „Kopfquote“ verbraucht und die Ersparnisse zerflossen sind. Es gibt zu viele, die nicht mehr arbeiten können oder keine Aufgabe finden, die ihnen eine ausreichende Lebensgrundlage ermöglicht. Bei all den Unzulänglichkeiten unserer staatlichen Organisation wird es eine schwere Aufgabe werden, da den Ausgleich zu schaffen und oft wird nur die bitterste Not bleiben. Dazu kommt, daß noch immer die meisten nicht wirklich begriffen haben, daß der verlorene Krieg auch auf lange Sicht Opfer und Verzicht zur Folge haben muß, Verzicht auf Genuß, auf ein sorgloses Leben, auf das, was „früher“ an kleinen oder großen Annehmlichkeiten für so viele selbstverständlich war. Wenn jetzt die Bewirtschaftung lockerer geworden ist, glauben viele, daß ihnen damit das, was nicht mehr zugeteilt wird, auch nach Belieben „zusteht“ – Es kommen alle die Ansprüche wieder hervor, die der „Nationale Sozialismus“ der vergangenen Jahre den Menschen anerkennen zu müssen glaubte, und die von einem falsch verstandenen Sozialismus unserer Tage weiter eifrig genährt werden. Wenn etwas „frei“ ist, meinen viele, jeder müsse es haben können und für den, der es nicht bezahlen kann, ist der, der den Preis fordert, ein „Verbrecher“. Niemand erinnert sich daran, daß es in den letzten drei Jahren keine Eier gab und daß „früher“ – in der Vorkriegszeit, als ganz selbstverständlich nach den vorhandenen Mitteln gelebt wurde – Butter und Eier auch zu den Festgenüssen gehörten. Als in den Läden Eier überhaupt nicht zu erhalten waren, wurde daran kaum Anstoß genommen. Aber der Sturm bricht los, wenn Eier, zu 60 bis 70 Pfennig pro Stück überall ausgestellt, wegen des Preises natürlich nicht in beliebiger Menge gekauft werden können. Psychologie des Sozialismus, wie er nicht sein soll. Wenn man die Freiheit will – was sie zuwege gebracht hat gegenüber dem Zwang ist offenkundig – muß man auch ihre Folgen tragen wollen. Im übrigen müssen wir alle lernen, uns auch in der Zukunft nach unserer sehr kurzen und dünnen Decke zu strecken. Die Kriegsfolgen müssen „abverdient“ werden. Aber niemand will es wahrhaben. Das alles beginnt jetzt erst. Aber es wird noch schwierige, unruhige Jahre geben, bis die Menschen in Deutschland gelernt haben werden, ihre Wünsche und Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

2. September 1948

Dr. Sch. aus Düsseldorf hat auf meine Einladung das Werk Obernburg besucht; mit Familie kostenlos im „Fränkischen Hof“ in Klingenberg untergebracht, fragte er noch nach „Tragversuchen“¹⁹⁴, die ihm gerne gegeben wurden. Seine Hinweise zu unseren Entwürfen für eine Antidekartellisierungsschrift waren von gewissem Wert. Wir hätten früher diesen Weg beschreiten sollen¹⁹⁵. Mir wird klar, wie sehr

Vits die Ergänzung im Detail braucht und auch Unterstützung durch eine konstruktive Phantasie in der psychologischen Erfassung und Bekämpfung des Gegners.

5. September 1948

Zwei Wochen dringend erwünschten Urlaubs im „Schloßsanatorium Waldleiningen“. Wir hatten ein ärztliches Attest vorweisen müssen, weil die amerikanische Besatzungsbehörde die Räume nur für dringend Erholungsbedürftige freigegeben hat. Aber es wurde nicht zu genau damit genommen. Mit dem Arzt haben wir in den zwei Wochen, abgesehen von einer formellen Visite auf dem Zimmer und einem kurzen Abschiedsbesuch, keine Berührung gehabt. Seine Beruhigungsspillen habe ich mir gerne verschreiben lassen, um etwas zu haben, wenn in den Zeiten starker Arbeitsanspannung das Wachliegen frühmorgens wieder kommt. Das Wandern durch die Wälder, die ruhigen Stunden in der Herbstsonne auf der Liegewiese, den Blick in Tannengrün und Himmelblau, die Gedanken losgelöst und kein „Muß“ der täglichen Arbeit! Da das Haus nicht für die jetzige Verwendung gebaut ist, waren insbesondere die sanitären Einrichtungen in vielem unvollkommen (Waschkabinen für gemeinsame Benutzung). Auch sonst war in Geschirr und Ausstattung zu spüren, daß der jetzige Betrieb erst in den Jahren nach dem Krieg eingerichtet worden war, in denen es außer den von den Amerikanern überlassenen Krankenbetten und den wunderbaren US-Army-Decken nichts gab, was zur Ausstattung eines Sanatoriums gehört. Das Kuriosum: die „Blaue Minna“, ein eineinhalb Tonnen Lastwagen, auf den ein Dorfschreiner eine blaugestrichene Holzkarosserie à la Gefängniswagen zur Unterbringung der Fahrgäste montiert hatte. Es müssen ja alle Gäste von Heidelberg oder Kaulbach, der nächsten Bahnstation, mit dem Wagen an- und abtransportiert werden.

12. September 1948

Funcke ist aus Cuba und USA zurück und hat uns am Samstag in unserem Schloß besucht. Er hat sich endgültig entschlossen, hier zu bleiben. Es wird dort nur Spanisch gesprochen, und er glaubt, das nicht mehr so lernen zu können, daß es für eine Betriebsführung ausreicht. Dazu käme der Verzicht auf Menschen europäischer Kultur. Auch die Unsicherheit der Zukunft hier konnte da nicht den Ausschlag geben. Er hat wohl rechtgetan. Der Mensch kann sein Schicksal nicht allein gestalten, sondern muß bereit sein, das auf ihn Zukommende zu tragen, wo und wie es ihn trifft. Diese Haltung ist wohl die einzige, mit der wir jetzt hier leben können. Dem Zweifel, der Angst, der kopflosen Suche nach Rettung vor einem drohenden Ungemach, ist nichts entgegenzusetzen außer diesem und der Hoffnung, daß es nach den Jahren der ständigen Lebensgefahr in Bomben und Kriegswirren nicht noch einmal soweit kommen muß.

15. September 1948

Die Schlösser der Grafen Erbach in Erbach und Fürstenau, das Rathaus in Michelstadt und die Einhards-Basilika in Steinbach aus der Zeit um 800 – ehr-

würdige Zeugen vergangener menschlicher Schöpfung, Bilder unseres Landes und seiner Menschen, im ständig weiter fließenden Strom der Zeit.

17. September 1948

Das „Schloßsanatorium“ ist zu etwa 70% mit Erholungspatienten der Eisenbahner-Krankenkasse belegt. Nach der Währungsreform wußte man sich nicht anders zu helfen, um überhaupt den Betrieb weiterführen zu können. Leute mit Geld können jetzt bereits auch anderwärts in größerer Freiheit und Abwechslung ein Unterkommen finden. Die Belegung ist auch jetzt nur halb. Das „vornehme“ Milieu fördert nicht das Wohlbefinden der zum Teil sehr einfachen Menschen. Sie kommen aus allen Teilen der Bizone, aus Westfalen wie auch aus Oberbayern.

19. September 1948

Der Sonntag zu Hause bei herrlicher Herbstsonne – ein schöner Ausklang der Ferientage!

20. September 1948

In Kassel zur Besprechung der Preisfragen. Dr. Isele, unser Preisspezialist und Helfer, entpuppt sich als Mykologe von hohen Graden. Er kennt die Waldleininger Wälder als vielseitiges „Pilzjagdgebiet“. Wir fachsimpeln im Zug über seltene Sorten und schwierige Unterscheidungen.

21. September 1948

Die Umstellung vom Urlaub fällt mir diesmal besonders schwer. Die Gedanken sind noch nicht wieder auf die Arbeit konzentriert. Dahinter, wie schon in den letzten beiden Urlaubstagen, eine untergründige Nervosität. Unwillkürlich beobachte ich, ob die Erholung auch wirklich das erwünschte Nachwachsen der Kräfte gebracht hat. Psychologie und Neurose des Urlaubs. Erst über Wochen muß sich die eigentliche Wirkung in einem Mehr an Kraft und Ausgeglichenheit zeigen.

24. September 1948

Die Berlin-Krise – das politische Hauptthema über Monate! Brennpunkt des Machtkampfes zwischen Ost und West. Das Ergebnis ist noch nicht vorauszusagen. Die amerikanisch/englische Luftbrücke ist eine Zwischenlösung, um Zeit zu gewinnen – mehr moralisches Phänomen als Mittel der Entscheidung. Wochenlange Verhandlungen im Kreml mit dem zähen Geduldsspiel, das die westliche Welt als russische Verhandlungskunst nun schon so oft hat kennenlernen müssen. Die Kriegsfurcht ist allenthalben groß. Immer wieder gehen die Russen bis an die äußerste Grenze des „Schießkrieges“, ohne ihn zu eröffnen. Er wird noch nicht kommen, weil keine Seite ihn jetzt will. Aber niemand weiß, was der Zufall zuwege bringen kann. Wenn die Russen vorrücken sollten, muß Deutschland bis zum Rhein geräumt werden, wenn nicht sogar Westeuropa bis zu den Pyrenäen. Ich habe oft Gelegenheit, sturen Optimismus zu predigen, der uns seelisch allein das Leben in dieser Atmosphäre des Zweifels und der Angst ermöglicht. Auch

das Schlimmste wird ertragen werden müssen, bis dahin müssen wir hoffen, daß es uns erspart bleibt.

6. Oktober 1948

In Frankfurt zur Vertragsregelung für das neue Vorstandsbüro¹⁹⁶. Zum Kaffee bei Stremme¹⁹⁷. Ein junger Holländer ist dort im Quartier als Messegast. Er gibt sich recht überlegen, wenn auch nicht unfreundlich. Sein Kaffee ist hervorragend, der Berg Waffeln von Frau Stremme vorzüglich. Die langversprochenen Damenstrümpfe habe ich ihr nun übergeben können. Dann war ich noch für eine halbe Stunde auf der ersten Frankfurter Messe, zu einem Teil gelungene Schau, zum anderen primitiver Behelf, dazwischen eine sich drängende Menge von Sehleuten.

8. Oktober 1948

Mit Funckes in der Paradeismühle, die schöne Gelegenheit dort wollten wir auch mit ihnen nutzen. Nach einem Gang durch das Wiesental und über die südlich angrenzende Höhe mit dem Blick auf den Spessartkamm in weiter Ausdehnung, am Abend der Hecht auf der Platte und ein Steinwein, das unkompliziert wirklich Gute, wie selten!

11. Oktober 1948

Die Bücherpakete aus Berlin sind nun ziemlich vollständig da. Nachdem die eigenen Bücher alle verloren sind, hat sich dieser Schlußkauf noch eben vor der Währungsreform doch gelohnt. Es waren eine Menge besitzenswerter Dinge in dieser Bibliothek eines fremden Mannes, die nun zu unserem langsam wieder anwachsenden Bestand gekommen sind. Auch diesmal war es so, daß ich nicht selbst¹⁹⁸ die Wahl getroffen hatte. Nun kommt alles wieder aus einem ganz anderen geistigen Bereich und aus einer Zeit 20 Jahren vor der unsrigen. So gibt es auf lange manches, wonach zu greifen sich lohnt.

13. Oktober 1948

Mit Inge und den Kindern nach Gießen zu Vaters achtzigstem Geburtstag. Auf dem Gleiberg, kleiner Familientag, ein gelungenes, harmonisches Fest – für Vater das schönste Geschenk, daß wir alle da waren.

19. Oktober 1948

Werksleitertagung in Elberfeld. Funcke berichtet über seine Amerika-Reise. Der äußere Aufwand – Mittagessen im Zoo und abends im „Siechen“ in Barmen – geht über den uns „angemessenen Lebensstandard“ weit hinaus. Der nach der Währungsreform überall in den Westzonen bemerkbare Hang zur Übertreibung bestätigt sich auch bei uns. Alles möchte möglichst schnell zum früheren Lebensstil zurück und im materiellen Genuß nachholen, was in den letzten Jahren so gründlich entbehrt werden mußte.

21. Oktober 1948

Besuch Daniels/Meynen. Es wird hart um die Exportregelung – Übertragung des Auslandsverkaufs von VGF auf die Aku – und den technischen Austauschvertrag gerungen, ohne Einigung – aber Meynen legte am Schluß doch Wert darauf, als Verhandler und nicht als Diktator zu erscheinen.

22. Oktober 1948

Mit Godo im Stadel: „Expressionismus“ – Nolde mit seinen intensiven und doch geheimnisvollen Farben bedeutet eine neue aufwühlende Welt – auch Kirchner in seinem mehr den Intellekt ansprechenden Konstruieren. Wo das Gegenständliche überhaupt verlassen wird, zögere ich noch. Godo spricht dann von geistigen Symbolen des Atomzeitalters. Das ist nicht abzutun. Er meint, die Entdeckung der gegenstandslosen Malerei bedeute soviel wie die Entdeckung der Perspektive. Die Beurteilung der Qualität auf dem neuen Weg erscheint mir als besondere Aufgabe.

24. Oktober 1948

Heinz Weitzel und Gerd Weissner besuchen uns in Erlenbach. Rohrbrunn bei schönstem Herbstwetter. Ein seltsames Erlebnis, so mit Kameraden aus lange zurückliegender Vergangenheit zu wandern. Es war ein guter Zusammenklang und ein schöner Tag.

31. Oktober 1948

Giselas Geburtstag mit Kindertrubel und Übermut – Scherben am Schluß! Sie erlebt so mit ganzem Herzen. Wie sie später wohl aussehen und durch das Leben gehen wird? Wieviel reicher ist unser Leben durch die Kinder!

1. November 1948

Allerheiligen. Die Gräber auf den katholischen Friedhöfen besonders schön geschmückt in diesem Jahr. Auf dem Weg nach Wuppertal, aus dem schnell dahinrasenden Triebwagen immer wieder der Blick auf die feiertäglichen Menschen zwischen den Gräbern mit den weißen Chrysanthemen und den brennenden Kerzen in der beginnenden Dämmerung. Ein neues Bild im Erinnerungsbuch des mir so sehr am Herzen liegenden Rheingaus.

4. November 1948

Der Wahlsieg Trumans ist eine Weltsensation. „Niemand“ hatte ihn erwartet. Ein ausdrucksvoller Beweis von wishful thinking, dem alle führenden Kreise in USA offenbar unter dem Einfluß von Presse und Propaganda der Interessenten erlegen waren. „Das Volk“ dachte anders. Damit haben die Gewerkschaften in USA zum ersten Mal einen starken politischen Erfolg errungen und sich aus dem engeren Kreis der labour relations herausbegeben. Es bahnt sich also auch dort die Entwicklung an, die in Europa seit längerem für die politische Zielsetzung der Arbeiterorganisationen kennzeichnend ist.

23. November 1948

Vits war acht Tage in der Schweiz und hatte dort eine Herzattacke, das Ergebnis ständiger Hast und Überanstrengung, angina pectoris, die typische Krankheit der Generaldirektoren, wie ihm gesagt wurde, ein ernstes Signal für die Notwendigkeit größerer Schonung. Er hat das Zeichen erkannt und wird hoffentlich danach leben.

25. November 1948

Ritzauer ist fest entschlossen, aufgrund seiner Erlebnisse als Angeklagter und Voruntersuchungshäftling des Spinnfaser-Prozesses die Bestimmungen des neuen Kompensationsgesetzes auch nach dem Buchstaben zu halten¹⁹⁹. Der Vorstand schließt sich dem zunächst in corpore an, und der Jurist soll die Verantwortung übernehmen. Ich muß das ablehnen, denn bei der Art unserer derzeitigen Wirtschaftssituation sind Grenzfälle unvermeidlich, in denen nur der praktische Verstand entscheiden kann. Präjudizien liegen nicht vor. Neuland kann nicht ohne Risiko betreten werden, und es entspricht der Eigenart der deutschen Lage, daß das Risiko nicht nur ein finanzielles, sondern mehr noch ein juristisches ist. Die Gesetze sind so überstürzt geschaffen, so wenig ausgereift in ihren Formulierungen, daß sie den Erfordernissen der Wirklichkeit auch bei bestem Willen zu gesetzestreuem Handeln nicht entsprechen. Also heißt „Führen“ für alle Beteiligten gleichzeitig auch Wagen und Verantworten. Aufgabe des Juristen kann nur sein, die Wahrscheinlichkeit des noch Tragbaren herauszuarbeiten und das Ergebnis den verantwortlich Handelnden für die Entscheidung bereit zu halten. Man mußte das einsehen. Doch bleibt in solchem Zusammenhang für den praktischen Erfolg das anonyme Kapital mit seinen beamteten Sachwaltern gegenüber dem selbständigen Kaufmann, der für sich wagt, im Hintertreffen.

27. November 1948

Vits befürchtet aufgrund einer Warnung von Koppel (Courtaulds), daß Meynen doch die vertikale Dekartellisierung²⁰⁰ bei der Besatzungsmacht weiterverfolgt. Sein jetziger Besuch in USA mag auch diesem Ziel dienen. Meynen kennt aus seiner Tätigkeit als holländischer Kriegsminister im Jahr nach Kriegsende den Staatssekretär Saltzmann im State Department, dem die US-Militärregierung in Deutschland untersteht. Dr. Mueller hält eine solche Entwicklung für praktisch ausgeschlossen, weil nach dem Wesen der Dekartellisierung – wenn schon Maßnahmen ergriffen werden – auch der Zusammenhang der Aku mit den VGF-Werken nicht bestehen bleiben könne. Auch der britische Sachbearbeiter der Militärregierung in Hamburg hat alle Bedenken für unbegründet erklärt, aber uns hält dieses Problem doch in ständiger Bewegung.

28. November 1948

Von Stipp²⁰¹ ist ein Paket mit vielen schönen Sachen gekommen – unser erstes richtiges Amerika-Paket! Advent! Wir singen mit den Kindern Weihnachtslieder. Gisela hat gute Fortschritte gemacht und kann nun ihre Stimme schon kräftig

allein halten. Der kleine Roland schaut mit großen Augen zu. Er trippelt an dem Gitter seines Laufstälchens entlang und weiß sich recht energisch durchzusetzen.

3. Dezember 1948

Mitgliederversammlung der Dr.-Hans-Jordan-Stiftung²⁰² in Obernburg. Debatte mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Oberbruch über die Berechtigung von höheren Unterstützungen an Hinterbliebene gehobener Angestellter. Immer wieder stößt das Nivellierungsstreben durch, das schwierigste Problem, vor dem wir in unserer Zeit stehen. Es ist das gleiche wie bei den Auseinandersetzungen um das Preisgefüge jetzt nach der Währungsreform. „Für alle Gänsebraten oder für keinen!“ Alle Arten Schwarzhandel werden eher in Kauf genommen, als das offene Anerkenntnis eines Unterschieds in der Befriedigung der Lebensbedürfnisse.

5. Dezember 1948

Wahl in Berlin. Die SED hatte Wahlenthaltung propagiert. Trotz stärkstem Druck von dieser Seite betrug die Wahlbeteiligung 85%. Höchstens 5% der Stimmen wurden in den Berliner Westsektoren für SED und damit für die Russen abgegeben – ein Bekenntnis von großem moralischem und politischem Wert.

Die Lebensverhältnisse in Berlin sind infolge der russischen Blockade äußerst schwierig. Nur zwei Stunden Strom am Tag und kaum Heizmaterial, keine frischen Kartoffeln, kein Gemüse – und noch ist keine Einigung zwischen Amerikanern und Russen abzusehen.

6. Dezember 1948

Auf Wohnungssuche in Frankfurt für die Mitarbeiter eines neuen Verkaufsbüros. Es gibt bei der Anzahl der angebotenen Objekte doch schon so etwas wie einen Markt, und wir glauben am Ende, das Richtige gefunden zu haben. Es ist ein riskantes Geschäft, weil man den jeweiligen Partner nicht kennt und nur nach dem Augenschein urteilen muß. Ein Nachkriegskaufmann – Elektromonteur, Lebensmittel- und Südfrüchte-Großhändler, Bauunternehmer in einer Person – kauft aus den im Handel erworbenen großen Gewinnen Ruinen und finanziert den Aufbau. Ein hervorragendes Wohnhaus, dessen früherer jüdischer Eigentümer verschollen ist, wird ihm überlassen, um den Verfall zu verhindern. Von uns verlangte er nur einen geringen Zuschuß. Offenbar kann er den Rest aus un versteuertem Gewinn einschießen. Daneben betreibt er zwei andere Großobjekte, die er bar bezahlt. Die dazu erforderlichen Beträge können nur mit großen Hortungslägern über die Währungsreform gebracht worden sein. Aber er ist tüchtig und macht nicht einmal einen schlechten Eindruck.

1. Januar 1949

Silvester noch einmal in Waldleiningen. Am Mittwoch sind wir mit Funckes weggefahren. Neuendorf, der „falsche Fuffziger“, Geschäftsführer des Sanatoriums, hatte diesmal wirklich vorgesorgt. Die Zimmer (21 an der Zahl) wurden

geheizt, das Essen war gut und es gab manche Möglichkeit, Fleisch zusätzlich zu bekommen. Auch waren die Gäste aus Anlaß der Weihnachtstage etwas ausgesucht. Das Zusammensein mit Funckes war sehr harmonisch. Auf den Waldwegen gab es manch anregendes Gespräch. Wunderbar auch die Farben des Winters, das Grün des Moores, zartes Grau und Braun und in der Ferne ein blauer Schimmer über den Waldbergen. Manchmal die Waldspitzen auf der Höhe leicht bezuckert von Schnee. Nur die Pilze fehlten, die im September so besonders mannigfaltig hier die Wege gesäumt hatten. Unwillkürlich suchte das Auge danach.

Am Silvester nachmittag waren wir zum Abendgottesdienst in der Abteikirche in Amorbach. Die Barockdeckengemälde und das matte Gold der Kanzel glänzten in dem Licht der vielen hundert Kerzen. Die wundervolle Orgel umrahmte mit klar unterscheidbaren Einzelstimmen den Gottesdienst. Wie lange hatte ich an den vertrauten Formen nicht mehr teilgehabt!

2. Januar 1949

Ein Abschiedsgespräch mit Frau Dilger, der sympathischen Hausdame, Flüchtling aus dem Osten, über Sinn des Lebens und des Leidens in dieser Zeit. Am Nachmittag auf der Rückfahrt von Leiningen in Amorbach ein geistliches Konzert vor wenigen Gästen, Orgel, Geigen und ein kleiner geschulter Chor, nur Bach – in diesem intimen Kreis ein großer Genuß, besonders der Gesang und am Schluß die Orgel, das brausende Weltall in einer großen Fuge. Die Frau des Organisten, Kraft und Innigkeit in dem schönen Gesicht mit dem dunklen Haar. Wir werden zum nächsten Konzert Anfang Februar möglichst wieder dort sein.

5. Januar 1949

Vits überrascht mit dem Entschluß, mich künftig zu den Vorstandssitzungen zuzuziehen zur Protokollierung und Kontrolle der Durchführung. Daraus kann sich ein wesentlicher Einfluß ergeben. Mein Neujahrsbrief war offenbar der letzte Anstoß, nachdem ich schon im Vorjahr einmal die Anregung dazu gegeben hatte. Ich muß nun aktiv werden, nachdem das Ziel sichtbar geworden ist. Schmekel wird sich noch eine Weile behaupten wollen. Ich möchte nicht drängen, aber darf auch nicht aus zu großer Zurückhaltung das Gesicht verlieren. Lange Konferenz mit unserem Baumeister Halbig über die Wohnungsprobleme für die Rücksiedlung nach Wuppertal – in allen seinen Auswirkungen ein umfangreiches Projekt.

6. Januar 1949

Vits ist zum ersten Mal nach dem Krieg nach Holland gefahren.

7. Januar 1949

In Köln gibt es z. Zt. wöchentlich wieder zwei Konkurse wie seinerzeit 1929. Nachkriegsgründungen gehen ein²⁰³. Preisermäßigungen auch bei Schuhen und Textilien. Durch Einfuhr italienischer Apfelsinen – 0,35 DM je Pfund – wird auch ein Druck auf die Apfelpreise erwartet. Lohnerhöhungen bis 0,75 DM pro Stunde werden in Nordrheinwestfalen²⁰⁴ noch notwendig werden. Die „Zürcher

Zeitung“ enthält Interessantes über die Situation in USA. Wallstreet und Börse haben seit längerem ihren früher ausschlaggebenden Einfluß eingebüßt. Im übrigen teilen sich die Industriemanager und die Gewerkschaften in die Führung. Die Kriegsrüstung hatte nicht die Ausmaße, die von den USA im Vorjahr behauptet wurden.

9. Januar 1949

Ein ruhiger Tag in Wuppertal, Zeitungen nachlesen. Es hat sich herausgestellt, daß die JEIA nicht einmal die durch Exporte der Bizone verdienten Devisen für Einfuhren verwendet hat. Deshalb Rohstoffknappheit allenthalben. Abends bei Kayser zum Essen²⁰⁵.

10. Januar 1949

Vits ist aus Arnheim zurück. Man hat ihn geschäftlich gut aufgenommen, allerdings privat mit größter Zurückhaltung – immer noch als früheren Feind behandelt. Vlissingen hat ihm versichert, daß die Aku seit über einem Jahr nichts mehr wegen einer Aufspaltung von VGF durch Dekartellisierung unternommen hat und daß personelle Änderungen in der Leitung nicht beabsichtigt sind. Das bedeutet für ihn die Verlängerung seines in diesem Jahr ablaufenden Fünfjahresvertrages. Es ist allerdings abzuwarten, ob ein so langfristiger Vertrag wieder abgeschlossen wird. In der Exportfrage will die Aku den Abschluß des zu nächst vorgeschlagenen Vertrages noch zurückstellen. Man hat nun selbst Bedenken wegen des Dekartellisierungsgesetzes. Auf dem technischen Gebiet wird von Arnheim weiter nachdrücklich die Übertragung aller Auslandsrechte an künftigen VGF-Erfindungen verlangt. Damit würden Auslandsgründungen von VGF für alle Zukunft unmöglich. Der Aufsichtsrat wird in corpore darüber zu entscheiden haben.

12. Januar 1949

Wieder ein Tag in Obernburg – eine Fülle verschiedenartiger Arbeit. Die im täglichen Geschäft stehen, neigen dazu, in die Verbands- und Kartell-Praktiken von früher zurückzufallen. Die alten Gewohnheiten sind schwer zu überwinden. Ich muß warnen, damit nicht Dekartellisierungs-Interessenten Material für Maßnahmen gegen VGF sammeln können. Ich werde am Freitag mit Dr. Mueller eingehend über dieses Thema sprechen.

13. Januar 1949

Zum sogenannten „freien Donnerstag Nachmittag“ seit langem einmal wieder zu Hause. Aber die Zeit ist mit dem Lesen der Berge von Tageszeitungen ausgefüllt, die sich bei der dauernden Abwesenheit ansammeln. Ich komme schon gar nicht mehr dazu, ein Buch zu lesen, wie Zehrer „Der Mensch in dieser Welt“, das mich sehr interessiert, aber wegen des etwas umständlichen, wiederholenden Stils Zeit erfordert²⁰⁶.

14. Januar 1949

Mit Halbig in Frankfurt, um die noch offenen Wohnungsprobleme zu lösen. Die Bautätigkeit scheint noch nicht ernsthaft von einem Konjunkturrückgang bedroht, wenn auch sonst viele Warnrufe ausgestoßen werden (Preisrückgänge und Konkurse). Nachmittags bei Dr. Mueller und Weitzel Dekartellisierungsfragen. Das amerikanische Gesetz ist nach Grundgedanken und Formulierung ein hoffnungsloser Fremdkörper in unserem Wirtschaftsdenken. So häufen sich die Verstöße, ohne daß es den Beteiligten überhaupt bewußt wird. Eine neue Anweisung der Militärregierung in Hessen an finanzielle Unternehmen zur Kontrolle der unter Gesetz 52 stehenden Unternehmen zeigt die ganze Hilflosigkeit einer Militärbürokratie, die den Überblick über ihre eigenen Maßnahmen (Decontrol) verloren hat und vom Grünen Tisch operiert.

16. Januar 1949

In der „Zeit“ ein guter Artikel zu der Frage, die unsere derzeitige Situation nach außen kennzeichnet: Wieviel Selbstgefühl „dürfen“ wir schon wieder zeigen, wieviel wirtschaftliche und politische Erholung ist man bereit, uns zuzugestehen? Wie steht es mit Klugheit und Würde, diesen beiden wesentlichen Eigenschaften, die deutsche Politiker haben müßten und nur sehr teilweise haben. „Deutschland, das unbeliebte Volk Nr. 1“. – Nachdem es wirklich ein Stück aufwärts gegangen ist, kommt auch in England ein deutlicher Umschwung der öffentlichen Meinung gegen uns auf. Es droht, zu schnell zu gehen. So weit ist man dort noch nicht, auch wenn man es vorgab, als wir ganz darniederlagen, und bei uns versteht man die Lage meist nicht richtig.

18. Januar 1949

Zum ersten Mal Protokoll der Vorstandssitzung. Das Konzert der Meinungen in wesentlichen Fragen der Weiterentwicklung des Unternehmens war erfreulich; erfreulich auch, daß die beiden Techniker Rathert und Halewijn offenbar einen gewissen Ausgleich miteinander gefunden haben. Es wäre ein großes Glück, wenn das dauern würde. Für mich bleibt eine Menge dabei zu tun und wahrscheinlich immer mehr²⁰⁷.

19. Januar 1949

Vertragsarbeiten zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms für die Rück-siedlung der 1943 in den Aschaffener Raum evakuierten Teile der Hauptverwaltung. Die große Diskrepanz zwischen den gestoppten Mieten und den enorm gestiegenen Baukosten (Index 300% gegenüber 1936) macht eine Verzinsung der Kaufbeträge unmöglich. Folge ist die Forderung nach verlorenen Zuschüssen von 30-50%, ohne die nicht gebaut werden kann. In Wuppertal sind ca. 50 Wohnungen zu schaffen, dazu 10 in Frankfurt. So bin ich in den letzten Monaten zum Experten für neuzeitlichen Wohnungsbau und Finanzierung geworden, Wiederaufbau ausgebombter Häuser und Etagen-Wohnungen, Gesamtaufwand ca. 1 Million DM. Dafür werden hier in Obernburg und Umkreis entsprechende Wohnungen frei.

Für ein wirklich durchschlagendes Wohnungsprogramm sind Mieten und Baukosten bis jetzt ein unüberwindliches Hindernis. Wenn es gelingt, die Produktion in den Betrieben weiter in Gang zu bringen und zu halten, wird die Wohnungs- und Baufrage in der nächsten Zeit ein öffentlicher und sozialer Diskussionsgegenstand Nr. 1 werden - neben dem Lastenausgleich.

Der Umbruch der Preishausse der ersten Monate nach der Währungsreform hat begonnen, vor allem bei Leder und teilweise auch bei Textilien. Das Auspendeln soll beginnen. Die einschränkende Kreditpolitik soll auch dahinwirken²⁰⁸.

20. Januar 1949

Zum ersten Mal nach dem Kriegsende in Wuppertal im Schauspiel: „Des Teufels General“ von Zuckmayer, dem wohl meistgespielten Stück aller Bühnen in Deutschland nach dem Krieg. Sehr lebendig, realistisch und packend in seiner menschlichen Zeichnung, aufwühlend in seiner Fragestellung. Der unpolitische Fachmann an hervorragender Stelle im Dienst des Nationalsozialismus und Hitlers Krieg stößt auf den Widerstand eines Menschen, der die Niederlage des kriegführenden, des nationalsozialistischen Deutschlands will, um jeden Preis will, selbst um den Preis des Opfers von Kameraden. Wir alle waren die aktiven oder mitlaufenden Fachleute im Dienst des Nationalsozialismus, einem Teil seiner verkündeten Ideale, einem Teil seiner nur unvollkommen erkannten Irrungen verfallen. Zu einem Teil auch waren wir Gegner dessen, was für uns erkennbar geschah, aber ohne Willen zum aktiven Widerstand. Wir wollten nicht, daß Deutschland den Krieg verlor, weil es unser Vaterland ist und stehen nun vor der Frage, ob wir es hätten wollen müssen. Man kann diese Frage von sich abschütteln, um sich das Gewissen leicht zu machen. Man kann das unbedingt Wahrhaftige der Widerstandsforderung anerkennen und die Konsequenz dieser geistigen Entscheidung auf sich nehmen, so wie es in der Fragestellung des Stückes liegt. Man kann diese Haltung auch als Überforderung ansehen, weil es dem wirklichen Leben fremd ist, die völlige Vernichtung des eigenen Landes aus freiem Entschluß hinzunehmen, wissend, daß das Ideal im Leben nicht erreicht werden kann und damit die im Dienst am Ideal verursachten Opfer verschuldete Opfer am Leben anderer werden. Es ist letztlich die Entscheidung darüber, ob der Mensch berechtigt ist, um eines moralischen Zieles willen andere Menschen zu vernichten. Ist es eine Frage des Umfangs dessen, was auf dem Spiel steht. Ich glaube nein. Die Todesstrafe für den Verbrecher ist kein Gegenbeweis, denn da geht es um persönliche Schuld und Sühne, nicht um die abstrakte Gerechtigkeit. Die Welt geht andere Wege, erst recht im Zeitalter der Atombombe. Es gibt wohl keine absoluten Antworten. Sie müssen aus dem Maß der Dinge erwachsen – so schwer das ist – und so unbefriedigend gerade dem deutschen Geist, der das Maß nur schwer findet.

23. Januar 1949

Bei vielen Gesprächen in dieser Zeit der beginnenden äußeren Konsolidierung unseres Lebens kommt wieder aus dem Untergrund der Zweifel über die Zukunft, über die Dauerhaftigkeit dieses Wiederaufbaus, der Zweifel über das europäische

Schicksal, praktisch die Frage nach den Russen. An der Einstellung zu dieser Frage gruppieren sich alle Menschen in Deutschland – wohl im Europa dieser Tage.

24. Januar 1949

Vits in Obernburg, das erste Vorstandsprotokoll genehmigt, dazu die beiden Ausarbeitungen für den Aufsichtsrat über die Handhabung der Courtaulds-Beziehungen und die Patent-Selbständigkeit von VGF im Ausland gegenüber den Aku-Wünschen, die uns für immer auf den deutschen Bereich beschränken wollen.

Abends mit Funcke bei Frl. Holters, die zusammen mit ihrem amerikanischen Freund, dem zuständigen CIC-Chef, eingeladen hat. Mit Rücksicht auf ihn wird Englisch geredet und viel gelacht. Er gefällt nicht übel, verständig und bei aller Vergangenheit in seinem Beruf doch einfach. Immer wieder diese amerikanische Fähigkeit zur Wärme – wenn auch mit Bekehrereifer –, die bei uns so abhanden gekommen ist.

25. Januar 1949

Mit Inge nach Wiesbaden und Frankfurt. Gerd Weissner beim Landeswirtschaftsamt möchte dort weg – wie alle Beamten oder Staatsangestellten, die nicht in die Parteipolitik – in diesem Fall SPD – passen. Die Wirtschaft lockt mit besseren Bezügen und dem Nimbus der Großzügigkeit²⁰⁹.

26. Januar 1949

Im Büro in Obernburg – die Zeitungsplage. Es kann zur Zwangsvorstellung werden. Und doch kann ich mich nicht entschließen, auf viel zu verzichten, weil mir die Unterrichtung so wesentlich erscheint für meine Arbeit und meine Vorstellung vom Leben – wirklich mittendrin zu sein!

Eine glückliche Stunde zwischen sechs und sieben zu Hause, wenn der Kleine umher läuft und vergnügt mit allem Unfug treibt.

28. Januar 1949

Es hat sich in Wuppertal wie immer viel angehäuft in wenigen Tagen. Die Courtaulds Forderung nach Umstellung in englische £Stg oder Reichsmark im Verhältnis 1:1 beschäftigt uns immer wieder. Weitergeltung der Verträge mit St. Pölten²¹⁰, Organisation der Presseberichterstattung. Abends zwei Stunden das Buch von Zehrer. Es ist eine ungewöhnliche Arbeit über die Grundlagen unseres Seins, – endlich eine Perspektive aus der Gesamtsicht. Man möchte wünschen, daß möglichst viele dieses Buch in die Hand bekommen. Es könnte in der Anwendung auf unsere Lage einen Anfang bedeuten, gerade in Deutschland, wo die Fragwürdigkeit der Zeit den Menschen so nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht worden ist und der Wille zum Weiterleben trotz allem noch stark geblieben ist.

Später bei Schmekel mit Sardemann²¹¹, Korsten, Kayser und Frauen. Frau Schmekel sehnt sich nach den Jahren auf dem Land wieder nach einer Gesellig-

keit „wie früher“. Darauf war alles abgestellt. Aber die Formen sind leer geworden vor der Unerbittlichkeit, mit der uns das Primitivste nahegerückt war in den vergangenen Jahren, und die Sucht, wieder „vollständig“ zu sein, erscheint wie eine Bemühung ohne Sinn. Es soll so schnell wie möglich wieder alles im Äußeren werden wie es war. Doch wäre es innerlich unwahr, selbst wenn es erreicht werden könnte.

Die Menschen werden sich erst wieder zurecht finden müssen. Wie schwer das im Ganzen sein wird, führt das Buch von Zehrer deutlich vor Augen. Ich bin davon gepackt, wie zuletzt nur von der Erkenntnis der Grenzen der Naturwissenschaften bei Bavinck. Es ist das Erlebnis dieser Jahre um vierzig – Mitte des Lebens, wenn es seine mögliche Ausdehnung erreichen sollte – zu einer „Weltanschauung“ zu kommen. Bis dahin habe ich eigentlich nur Lebenserfahrung und Bildung gesammelt. Die Offenheit gegenüber den vielfachen Möglichkeiten geistigen Inbesitznehmens und zugleich das Vertrauen auf einen tragenden Urgrund des eigenen Handelns ließen mich häufig den Bindungen ausweichen. Ich wollte frei bleiben gegenüber der Fülle der Wirklichkeit. Es ist beglückend zu erfahren, wie diese eher wartende Haltung nun zu einer Konkretisierung kommt. Es ist die Bescheidung des Sokrates: „Ich weiß, daß ich nichts weiß“ und damit die Freiheit den Menschen und dem Schicksal gegenüber. Man möchte diese Bereitschaft vielen mitteilen, aber es werden nur die so denken können, die selbst an die Stelle gekommen sind, wo die Konkretisierungen des Lebens aus Vergangenheit und Gegenwart nur als relative Erscheinungen empfunden werden.

3. Februar 1949

Erste Jubiläumsschrift-Besprechung mit dem Schriftleiter von Hoppenstedt²¹². Die Kernfrage, für welches Niveau die Schrift vorgesehen werden soll. Auch bei „gebildeten Laien“ gibt es große Unterschiede. „Nett“ oder so solide, daß ein sachlich interessierter Mensch auch später noch einmal danach greift. „Die Entwicklung der Kunstfaserindustrie in Deutschland, zusammengestellt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums von VGF“. Aus diesem Gedanken, für den sich auch Vits entschieden hat, läßt sich etwas machen.

4. Februar 1949

In diesen Tagen habe ich in Wuppertal ausnahmsweise im Hotel gewohnt, um beim 73. Geburtstag von Moewes das Familienfest nicht zu stören. Im Trierer Hof stellt man wieder die Schuhe zum Putzen vor die Tür. Aber die Zimmereinrichtung ist noch mangelhaft, der Zimmerpreis sehr hoch – Mangelware in einer ausgebombten Stadt. Bezeichnend ist aber auch, daß „Leute der Vergangenheit“ Verwunderung äußern, weil ich nicht im „ersten“ Hotel mit dem repräsentativen Namen aus der Zeit vor dem Krieg wohne²¹³, sondern nur in einem „bürgerlichen“. Vor einem Jahr hätte noch niemand danach gefragt. Jeder wäre froh gewesen, überhaupt irgendwie unterzukommen. So schnell wird vergessen, so groß ist bei vielen der Wunsch, das alte Leben möglichst schnell wieder zu leben, und wieviel hätten wir doch lernen sollen aus dem Geschehen dieser letzten Jahre!

5. Februar 1949

Zurück nach Obernburg und Frankfurt, dort bei der Landeszentralbank und bei Dr. Duden²¹⁴. Immer wieder die Beispiele eines völlig autokratischen Regiments der Behörden in bunter Vielfalt. Einmal sind es die Militärregierungen – darunter vor allem die amerikanische mit ihren Missionsideen auf dem Gebiet der Schulorganisation, Gewerbefreiheit, Jagdrecht, „Umerziehung“ à l'Americaine auf Gebieten, die die von draußen Kommenden in ihrer Bedeutung und historischen Gebundenheit überhaupt nicht übersehen können und deren eigene Einrichtungen von durchaus problematischem Wert sind. So würde das Recht auf Jagdausübung, wenn es wie in USA jeder Volljährige hat, bei uns die Vernichtung des Wildbestandes zur Folge haben und damit den Verlust eines doch wesentlichen deutschen Kultur- und Gemütswertes bedeuten. Die sechsjährige Grundschule für alle setzt eine hochwertige Lehrerausbildung für die Schule voraus, wenn die künftigen Schüler der höheren Schule nicht schwere Nachteile für ihre Ausbildung erleiden sollen. Die Lockerung der Gewerbezulassungsbeschränkungen mag auf vielen Gebieten eine notwendige Erleichterung für die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimkehrer bringen.

Bei den deutschen Behörden wirkt sich vor allem der Mangel jedes breiteren politischen Interesses im deutschen Volk aus. Ein kleiner Klüngel von Partei- und Behördenbürokratie hält das Heft in der Hand. Niemand sonst ist wirklich beteiligt an dem, was sie tun. Die mangelnde deutsche Eignung zur Demokratie, zu einer lebendigen öffentlichen Meinung kommt zusammen mit der noch stark spürbaren Gewöhnung aus der Zeit des Nationalsozialismus, die jeden denken läßt: „Es hat ja doch keinen Zweck sich zu wehren. Was soll ich mir Unbequemlichkeiten machen.“

Abends mit Funcke, Stöckly, Kleine, Lelij und drei anderen Holländern in Klingenberg im „Fränkischen Hof“²¹⁵. Es gibt zum Schluß noch ein gutes Gespräch über – wieder – die neue Naturwissenschaft.

Stöckly meinte später noch, daß das vor 20 Jahren in einem Kreis von Technikern so nicht möglich gewesen wäre, als die Lehren der klassischen Physik noch ausschließlich das Denken beherrschten – aufgelockertes Interesse heute, aber noch erstaunlich wenig wirkliches Wissen über die neuen Erkenntnisse bei diesen „Fachleuten“. Wie lange brauchte es, bis geistige Entwicklungen sich wirklich durchsetzen, und wie wenig kann man wissen, was daraus wird. Aber es ist ein erregendes Gefühl, als Zeitgenosse eine solche Entwicklung mitzuerleben.

10. Februar 1949

Aufsichtsratssitzung in Elberfeld. Ich komme erst zum verspäteten Mittagessen dazu. Es hat eine ernste Auseinandersetzung gegeben. Vits hat die holländische Forderung nach künftiger Übertragung aller ausländischen Patente von VGF auf die Aku kategorisch abgelehnt. Bei der Einstellung der Militärregierung zu solchen Fragen können die Holländer z. Zt. nicht wagen, mit diesem Thema vor die Öffentlichkeit zu treten und etwa Konsequenzen in der Besetzung des Vorstands zu ziehen. So lautet die Antwort: Abbruch des technischen Austausches zwischen Aku und VGF. Endgültig soll die Delegiertensitzung²¹⁶ darüber entscheiden.

Abends noch mit Halewijn, Lelij und Stöckly im „Turmhof“, auch eines von den in Wuppertal neu eröffneten Luxus-Speiselokalen. Halewijn versucht auf der gemeinsamen Heimfahrt, noch einen versöhnlichen Ton in der Frage des Tages zu finden und damit vielleicht noch eine zusätzliche Information von mir zu erhalten. Ich muß ihm sagen, daß wir hinter dem Verlangen der Aku nur ein politisches Ziel sehen können. Er ist sich wohl zum ersten Mal ganz klar darüber, daß ich den Aku-Wünschen nicht etwa aufgeschlossener gegenüberstehe.

15. Februar 1949

Vorstandssitzung – mir obliegt wieder das Protokoll. Schmekel ist in Garmisch in Urlaub. Der Ablauf der Aufsichtsratssitzung wird in Argumentation und Gegenargumentation zwischen Halewijn und Vits nochmals wiedergegeben. Die Holländer glauben offenbar, mit der Sperrung des Erfahrungsaustausches eine von uns gefürchtete Waffe zu besitzen. Dabei ist viel Selbstüberschätzung. Es wird wohl noch ein letzter Ausgleichsversuch zwischen Abs und van Vlissingen gemacht werden, aber es steht im Hintergrund wieder einmal die Frage, wie es letztlich im Verhältnis Aku/VGF weitergehen soll. Wenn Amerikaner oder Engländer beteiligt wären, wäre die Lage wohl schon gegen uns entschieden. So spielen deren Widerstände gegen die kleinen Staaten immer noch hemmend mit hinein und stützen unsere Position. Aber wie wird es nach einem etwaigen Friedensvertrag? Es wird mir immer klarer, daß ein Ausscheiden von Vits auch für mich die entsprechende Konsequenz bedeutet. So wird die Auseinandersetzung in ihrer weiteren Entwicklung immer mehr zu einer Lebens- und Existenzfrage auch für mich. Ein Glück, daß ich gerade jetzt in der Mitte des Lebens stehe und daß Vits eine Persönlichkeit ist, die zu stehen und zu kämpfen weiß.

Abends mit dem Triebwagen zurück nach Obernburg. Zehrer beschäftigt mich viel. Eine neue Sicht entsteht von diesem Blickpunkt der Zeitwende und der religiösen Wiedergeburt aus. Anleuchten, auflockern, Bereitschaft wecken. Zehrer wohnt in Kampen und ist ein Freund des Verlegers Rowohlt.

Immer wieder wird deutlich, wie sehr sich die Lebensverhältnisse in Westdeutschland seit der Währungsreform geändert haben. Immer neu ergreift mich ein Staunen. Zu tief sitzt noch die Erinnerung an den totalen Mangel dieser nun erst einmal verflossenen Nachkriegsjahre. Es gab nichts – und nun gibt es alles!

17. Februar 1949

Inges 40. Geburtstag. Nachmittags wieder einmal ruhig zu Hause. Den Abend verplaudern wir. Der Kleine läuft dazwischen. Er ist etwas verwöhnt als Liebling aller und versucht, es mit Eigensinn zu nutzen.

18. Februar 1949

Frankfurt – Steuerausschuß Gesamttextil und dann noch zu Rudolf Mueller. Er war noch voll von Eindrücken aus den geraden geführten Verhandlungen über die Bosch-Dekartellisierung²¹⁷.

19. Februar 1949

Pascual Jordan „Das Bild der modernen Physik“²¹⁸, Fortführung der Gedanken von Bavink. Mikrophysikalische Faktoren wirksam auch für Erscheinungen im organischen Leben – Feinsteuerung des Lebens aus dem Bereich der nicht-kausalen Quantenwirklichkeit, entsprechende Beeinflussung in den Reaktionen des Nervensystems – Versuch, auch geistiges Geschehen quantenphysikalisch gelenkt zu sehen, d. h. ein wissenschaftlich fundierter Weg zu der von mir bei der Lektüre von Bavink so stark empfundenen Einheitlichkeit kulturellen, sozialen und physikalischen Geschehens nach den Gesetzen der statistischen Wahrscheinlichkeit.

22. Februar 1949

Der erwartete Brief der Aku liegt vor. Einstellung des technischen Erfahrungsaustausches als Antwort auf unsere kategorische Ablehnung, eine Verpflichtung zur Übertragung aller VGF-Patente auf die Aku zu übernehmen. Wird es dabei bleiben? Oder wird Abs mit Vlissingen doch noch einen *modus vivendi* finden? Ich kann mir eigentlich keinen Ausweg vorstellen. Dann wird aber auch die Position von Halewijn unhaltbar, denn er kann nicht die Forschung von VGF leiten, wenn kein Austausch zur Aku besteht.

23. Februar 1949

Die Bemühungen um eine gute Jubiläums-Chronik von VGF erweisen sich bei der Fülle des Stoffes und der kurzen Zeit immer mehr als Problem.

Marjorie Kinnan Rawlings, wieder eine Rowohlt-Rotationsdruck „Frühling des Lebens“ – die Geschichte eines Jungen, der vor fünfzig Jahren oder länger im Südwesten der USA heranwächst – eine andere Welt und ein schöner Ausblick voller Menschlichkeit.

24. Februar 1949

Eine Unterhaltung mit Halewijn zeigt sein Bemühen, Kontakt zu haben und menschliches Verständnis zu wecken. Die Unterschiede des Denkens in Holland und Deutschland werden dabei herausgearbeitet und erklären die gegenseitigen Haltungen.

25. Februar 1949

Bei Abs auf Bentgerhof – ein Muster verborgener Zuflucht, Wirtschaftszufahrt und äußeres Bild bäuerlich ungepflegt, im Inneren bequem und angefüllt mit wertvollen Stücken, ohne auch da aufdringlich zu sein, zwei Originalskizzen von Degas im Wohnzimmer und andere Franzosen, alte Becher, eine lässige Gepflegtheit. Abs zieht mich in ein langes Gespräch über das Aku-Problem im Ganzen und die neueste Entwicklung, vor allem die Kündigung des technischen Austausches. Er hatte in Paris bei der Internationalen Handelskammer eine Aussprache mit Vlissingen und ist von dessen Ansehen in den Kreisen der Internationalen Handelskammer beeindruckt. Er warnt vor deutscher Selbstüberschätzung und tendiert zu elastischer Klugheit unter Wahrung der Würde.

Wir besprechen alle Möglichkeiten, und er bittet mich um eine Ausarbeitung für eine Besprechung in Aufsichtsrat und Vorstand. Ich habe den Eindruck, daß er mir dabei auch auf den Zahn fühlen will wegen der weiteren Absichten.

27. Februar 1949

Aufbruch nach Partenkirchen. Ich habe ein etwas schlechtes Gewissen wegen der wichtigen geschäftlichen Besprechungen, die ich damit versäume. Aber wenn ich jetzt nicht fahre, fällt der Skiurlaub in diesem Jahr ganz aus. Ich will mich nicht nur zum Sklaven der Arbeit machen – „Industriesklaven“, wie Funcke sagt – und versuche, mir einen Teil Freiheit zu erhalten. Ob der Verstoß gegen die Spielregeln sich doch noch einmal rächt? In Partenkirchen abends Regen, aber am Morgen war alles weiß von Schnee, und das ging vier Tage so fort, bis der Schnee einen halben Meter hoch war. Inzwischen schauen Inge und ich die Sportmoden in den Auslagen an, lernen den Überfluß der hiesigen Cafés kennen, heilen mit Bienengiftsalbe den im Zug plötzlich aufgetretenen, äußerst schmerzhaften Hexenschuß, lassen uns vom Schneesturm fast von der Straße blasen. Ich spiele Schach mit dem alten Onkel. Wir bummeln und genießen den Urlaub.

4. März 1949

Auf der Pfeifferalm. „I wißt wirkli net, was mer net kriagn könnt für Geld“ sagt treuherzig die Kellnerin, als wir über die gewandelten Zeitverhältnisse sprechen. Abends noch etwas Skiüben auf dem Hang oberhalb der Schalmeialm – unerwartet in diesem Jahr noch einmal so schilaufen zu können!

5. März 1949

Auf dem Wank²¹⁹ war es noch kalt, vor allem, als die Sonne gegen Mittag wieder etwas verschwand. Die Abfahrt nach der Elsterbergalm wie im Vorjahr nicht einfach. Das Schwingen am Steilhang habe ich nun einmal im heimatlichen Mittelgebirge nicht gelernt. Anders die weitere Abfahrt auf dem Ziehweg bei dem guten Schnee ohne Eis. Unten mußte ich mir allerdings von einem jugendlichen Fahrer noch sagen lassen: „Wenn Sie so herunterschleichen!“

6. März 1949

Über die Partnachalm zum Raintalerhof – Gewerkschaftsheim, nichts von dem Entgegenkommen der aus Verdienstantrieb wieder gastlichen Hoteliers in Garmisch-Partenkirchen.

8. März 1949

Über den Eckbauer oberhalb Elmau nach Klais, für uns die landschaftlich reizvollste Tour in dieser Gegend, entlang der Wettersteinkette bis der Blick auf das Karwendel frei wird, das Wetter zwischen Sonne und leichtem Schatten wechselnd. Wald- und Almstrecken mit uralten Ahornbäumen. Trotz aller Beschwer für Inge als so gar nicht mehr geübte Skiläuferin war es am Ende doch auch für sie ein voller Genuß.

10. März 1949

Zugspitze. Wir haben Glück mit dem Wetter – Föhn mit einer weiten Sicht bis in die Zentralalpen hinein. Immer wieder das besondere Erlebnis, ganz oben zu sein in Fels und Schnee, wenn auch die Bewältigung zu Fuß mehr Befriedigung verschafft als die bequeme Fahrt mit der Zugspitzbahn. Die Erinnerung an die früheren Gipfeltouren wurde wieder lebendig, aber auch das Bewußtsein der inzwischen vergangenen Jahre und der Veränderungen, die sie gebracht haben.

11. März 1949

Funcke trifft nachmittags ein. Wir laufen noch etwas auf nahen Wegen. Leider ist der Ausblick auf die Berge stark in Schleiern.

12. März 1949

Rückfahrt mit dem Wagen über Ettal, Wies, Landsberg, Augsburg, Nördlingen, Dinkelsbühl, Rothenburg – immer wieder eine eindrucksvolle Route, die Wucht des Ettaler Klosters, die Pracht und Eleganz der Kirche in der Wies, Landsberg mit seinem Marktplatz, dem Bayertor und den großen Kirchen, diesmal ganz besonders dann Augsburg, das ich zum ersten Mal etwas näher kennenlernte. Funcke mit seiner echten Freude an den Zeugnissen vergangener Kultur ist ein wertvoller Mentor.

13. März 1949

Wie sehr spüre ich nach dieser Winterreise wieder den körperlichen Ausgleich des Skilaufens gegenüber der einseitigen Beanspruchung von Intellekt und Nervenkraft, die die Berufsarbeit mit sich bringt.

15. März 1949

Vorstandssitzung – nachmittags Besprechung der Jubiläumsschrift. Wir werden uns klar darüber, daß die Zeit noch sehr knapp werden wird. Wir müssen mit verteilten Rollen arbeiten, um rechtzeitig fertig zu werden. Unser Gedanke, unter allen Umständen Niveau zu halten in der Aufgabenstellung – Die Technologie der Kunstseide als Beispiel industriegeschichtlicher Entwicklung – hat Aussicht sich durchzusetzen. Muthesius²²⁰, der letztlich verantwortliche Gestalter, scheint die Voraussetzungen mitzubringen.

Nochmals Verhandlungen mit den Engländern über die künftige finanzielle Struktur bei GC. Unser Vergleichsvorschlag, Aufwertung unserer Umstellungsforderung als Beteiligung, erscheint nach gründlicher Aussprache mit allen Beteiligten als durchführbar. Es ist ein fachlicher Genuß, mit Stappert zu diskutieren, der mit außerordentlicher Präzision denkt und „sich unseren Kopf zerbricht“, d. h. mit unseren Gedanken ringt, die bewußt nur in allgemeiner Form vorgebracht werden, um die Gegenseite zu echter Mitarbeit bereit zu machen. Ich empfinde bei diesen englisch-deutschen Diskussionen wieder meinen Mangel im Englischen, der es nicht erlaubt, souverän mit dem Partner in dessen Sprache umzugehen. Funcke hat recht mit seinem Rat, nach dieser Richtung noch eine wirkliche Anstrengung zu unternehmen.

20. März 1949

Mit Funcke eine Stunde im Wald hinter der Orgelwiese. Die Aufgabe, durch intensiven persönlichen Einsatz Einfluß auf die Masse der Menschen zu nehmen und den Betrieb wirklich zu führen, ergreift ihn immer mehr. Seine Gefahr – zuviel zu wollen. Aber er ist ein starker Anreger in der ernstesten Frage, die an uns alle gestellt ist.

24. März 1949

Werksleitersitzung. Das wesentlichste Ereignis ist ein Vortrag des Leiters der Aku-Personalabteilung Elfers über neue amerikanische Methoden der Menschenführung in den Betrieben. Elfers wirkt zunächst eher unscheinbar, zeigt aber dann einen überlegenen Geist, umfassende Wirklichkeitseinsicht verbunden mit dem „Dennoch“ eines idealistischen Gestaltungswillens. Hinter allem menschliche Bescheidenheit. Bei uns sind die Geister zum Thema des Vortrags noch wenig geklärt, umso wichtiger seine Anregung.

Abends ein angeregtes Zusammensein mit Moog²²¹ und Halewijn beim gemeinsamen Abendessen – leichte Besäufnis, aber in vino veritas. Dann noch ein langes Gespräch mit Wegner, der mit mir nicht mehr übereinstimmt und mir vorwirft, rücksichtslos nach dem Vorstandsposten zu jagen. Er will zunächst nicht glauben, daß mir das Angebot gemacht wurde, ohne daß ich mich beworben habe, daß ich oft gezweifelt habe, ob ich den Weg überhaupt mitgehen soll, daß es mir im Grunde noch um andere Dinge geht als Position oder Macht, nachdem ich im Äußeren das erreicht habe, was mir als Lebensstandard erwünscht erscheint. Am Ende sagt er selbst, ich müsse die Chance wahrnehmen. Seinen Vorwurf, zuviel zu übernehmen, aber nicht mehr werktreu zu arbeiten, habe ich ernst zu nehmen.

26. März 1949

Nach langer Zeit wieder eine ausführliche Aussprache mit Vits. Er hatte vor einigen Tagen eine Unterredung mit Meynen, in der alle Aspekte der gegenwärtigen und künftigen, der persönlichen und allgemeinen Situation zur Behandlung kamen. Meynen kam dann offenbar doch nicht vorbei an der Kraft der Persönlichkeit von Vits, seiner Unmittelbarkeit und seinem Mut. Das Ergebnis bedeutet wohl wieder einen Waffenstillstand auf Sicht.

Mit dem Abbruch des technischen Austausches hat sich die Aku selbst in ein Dilemma gestürzt, aus dem man heraus möchte, ohne das Gesicht zu verlieren. Auch Halewijn ist beeindruckt durch das, was bei VGF geschieht, und durch die Menschen, die am Werk sind.

Vits war mit einigen anderen Industriellen bei François-Poncet. Die Kunst der Diplomaten, ohne Schwere zu kämpfen, das hohe Niveau der Dialektik empfand er doch als eine noch mögliche Bereicherung eigener Haltung. Erfreulich für uns alle ist seine Heranziehung zu vielen wesentlichen Ereignissen in der Öffentlichkeit.

27. März 1949

Bei Funckes mit seinem Schwager Erfurt²²². Wir sprachen lange über Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Er sieht darin einen Weg zu Befriedung des sozialen Lebens. Ich fürchte den Mißbrauch der damit aus der Hand gegebenen Macht durch die andere Seite, deren erklärtes Ziel schon jetzt die volle Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ist. Dies müßte das Ende der Eigeninitiative des Unternehmers und seiner Verantwortung bedeuten. Richtiger erscheinen mir Leistungslohn und Prämien, weitgehende Information und gute Menschenführung, die die Idee des Klassenkampfes durch überzeugende praktische Wirklichkeit endgültig ad absurdum führen.

30. März 1949

Halewijn sucht nach einem Weg zur Überwindung der Schwierigkeiten zwischen Aku und VGF. Ich mache ihm nochmals klar, daß wir nicht bereit sind, eine Verpflichtung auf uns zu nehmen, von der wir schon jetzt wissen, daß wir sie nicht erfüllen wollen. „Sie haben einen harten Kopf“, ist sein Schluß und der Versuch, mit Indignation Eindruck zu machen. Fast bis zur politischen Beleidigung geht er in der Darstellung der deutschen Lage.

31. März 1949

Nach Bremen zur Tagung der Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen. Die Stadt ist zerstört, aber das Schönste ist doch erhalten geblieben, das wunderbare Renaissance-Rathaus und der Dom, die Fassaden ringsum, eine Welt, die wir nur noch bewundern, nicht mehr nachschaffen können.

1. April 1949

Die Tagung in Bremen war ungewöhnlich interessant und eindrucksvoll. Das Niveau der Vorträge und der Menschen war erfreulich. Dr. Janssen²²³, den ich in Stuttgart kennen und schätzen gelernt hatte, leitete das Ganze mit der Sicherheit, die der trotz schauerlicher Zerstörung erhaltene genius loci dem Bremer Bürger verleiht. Alle Gäste waren der Bewunderung voll über die Atmosphäre und Gastlichkeit, die uns umging, die vorzügliche und doch geräuschlose Organisation. Mit einem Zimmergenossen im Hotel, Dr. Heinz Pentzlin, einem früheren Auslandskorrespondenten der Frankfurter Zeitung, nun Hamburger Korrespondent der Stuttgarter Wirtschaftszeitung, hatte ich interessante Gespräche über das Zeitgeschehen. Abends Senatseinladung im Bacchussaal des Ratskellers, eine würdige Tafel, freigebig, ohne üppig zu sein. Auch der sozialdemokratische Senat lebt aus der Tradition einer großen Vergangenheit, und sein Leiter Kaisen, ein früherer Gewerkschaftsfunktionär, genießt auch bei seinen Parteigegnern höchstes persönliches Ansehen – in Hamburg ist es übrigens ebenso.

2. April 1949

Schlußvorträge und Ausklang. Prof. Wahl, Dekan der juristischen Fakultät in Heidelberg²²⁴, hatte einen besonders fundierten Vortrag über das Recht der Persönlichkeit im internationalen Recht gehalten. Wir waren am Abend vorher

schon ins Gespräch gekommen. Nun mußten wir gemeinsam bis zum Nachtzug warten. Es wurde eine menschliche Begegnung auf vielen Gebieten. Zum ersten Mal wieder Schlafwagen nach fünf Jahren.

3. April 1949

Am Sonntag in Gießen – Hermann Otto war von Alsfeld gekommen. Wir haben vor allem über Partenkirchen gesprochen. Er will nun endgültig nicht dorthin zurück. Die Aussicht, wieder Lehrer sein zu können, ist doch verlockender und sicher richtiger für ihn. Vater hat immer viele geschäftliche Anliegen, wenn sein juristischer Sohn kommt. So sitzen wir noch bis in die Nacht und entwerfen Verträge. Ich möchte ihm die Freude nicht nehmen, obwohl mir etwas Ausspannung zu Hause lieber wäre. Am Montagmorgen nach Wuppertal, Reisen am laufenden Band.

6. April 1949

Partnersitzung GC in Wuppertal, eine würdig formell freundschaftliche Tagung mit ausgezeichnetem Lunch in der „Hoteletage“²²⁵, zum ersten Mal Kellnerbedienung. Stappert wieder mein Pendant auf der Gegenseite, selbstgefälliger Narzissus. Aber es geht ganz gut, wenn man ihm seine Formalitäten zum Spielen läßt.

8. April 1949

Ich hatte tagelang nichts davon gemerkt, daß es Frühling geworden ist. Zwischen der Irenenstraße²²⁶ und dem Büro liegen nur Trümmer ohne Grün. Umso stärker war der Eindruck draußen auf der Fahrt nach Obernburg. Am Abend durch den Autotrübel der gerade schließenden Frankfurter Messe. So ähnlich stelle ich mir den Betrieb in den New Yorker Straßen um Mittag vor. Immer nur ein paar Meter – dann warten! Zu Fuß würde es weit schneller gehen.

9. April 1949

Abends bei Funckes in Obernburg. Wir werden erst nach dem Umzug wissen, wie sehr uns dieser menschliche Kontakt doch zum Bedürfnis und zur lieben Gewohnheit geworden ist. Ab und an eine Gelegenheit zu offener Aussprache mit Menschen gleichen Niveaus und ähnlicher Interessen.

12. April 1949

Der Entwurf für ein deutsches Dekartellisierungsgesetz ist Vits vom Verwaltungsamt für Wirtschaft zur Stellungnahme übergeben worden. Ein alter Ministerialrat aus dem früheren Reichswirtschaftsministerium hat den Inhalt seiner Schubladen aus dreißig Jahren zusammengesucht und ein juristisch einigermaßen einwandfreies, im übrigen recht weltfremdes und sehr bürokratisches Reglement entworfen. Es gibt so wenig Fachleute, und es wird schwer sein, selbst ein so ungeeignetes Elaborat zu Fall zu bringen. Ein Glück, daß wir es frühzeitig zu sehen bekamen. Mit handfester Kritik wurde dann auch nicht gespart.

14. April 1949

Gündonnerstag – Am Mittwoch für Ostern Schluß gemacht und im Garten noch etwas hergerichtet, um wenigstens in den paar Wochen, die wir noch hier sind, unmittelbar am Haus Ordnung zu haben.

17. April 1949

Wunderbares Osterwetter – sommerlich warm, tiefblau und klar der Himmel. Die Pflaumen- und Birnenblüten kommen überall heraus. Wir laufen von Kleinstadt durch den Weinberg nach Leidersbach und Bad Soden, braten draußen am Waldrand wieder unsere Pfanne mit Nudeln und füttern zu viert daraus, die Kinder haben große Freude daran.

18. April 1949

Nachmittags sind Enßlins noch einmal da vor ihrem Umzug nach Oberbruch. Wir trinken im Garten Kaffee – Abschiedsstimmung auch für uns. Denn auch unser Weggang rückt immer näher, und die Gedanken richten sich immer mehr darauf aus. Abends beginne ich „Dr. Faustus“ von Thomas Mann.

19. April 1949

Den ganzen Tag mit der Durchsicht und Korrektur des Entwurfs für die Chronik, die die Grundlage für die Jubiläumsschrift werden soll, beschäftigt. Es zeigt sich immer mehr, wie schwer es ist, aus einer solchen Fülle von Geschehen – 50 Jahre eines großen Unternehmens – das Wesentliche herauszuschälen. Zeitgeschichte und Industriegeschichte gehen ständig ineinander über. Immer mehr wird klar, daß die Darstellung nicht chronologisch sein darf. Der ausgedehnte Stoff kann nur an Einzelthemen gestaltet werden.

20. April 1949

Mit Inge im Wagen nach Wuppertal, um gemeinsam die Wohnungsausstattung vorzubereiten. Wir waren noch einmal in Kelkheim, dem Dorf der Möbelhersteller im Taunus, wie die Dörfer der Schneider in der Aschaffener Umgebung. Nachmittags haben wir dann in Wuppertal zusammen die Wohnung besichtigt. Es ist schön, wieder einmal planen zu können und sich im voraus vorzustellen, wie es wohl werden wird.

24. April 1949

In einer Ausstellung gegenstandsloser französischer Maler in Elberfeld. Wir fanden nur schwer Zugang, bis ein Graukopf zu erklären begann und von Bildern von Nolde, Marc und den „Kühen“ von Mataré aus eine Entwicklungslinie zog. Er sprach über das Recht des Künstlers zum Neuschaffen, über die anderen geistigen Voraussetzungen und technischen Malmöglichkeiten unserer Zeit. Auch sei ja nicht alles reife Kunst, was dabei herauskommt. Es gibt Anfänge und Übergänge und auch in der neuen Kunst da und dort mehr Zusammenschau und Reife als bei anderen²²⁷.

9. Mai 1949

Elly Ney spielte in Wuppertal Beethoven, Appassionata und die Sonaten opus 110 und 111. Durch Thomas Manns Ausdeutung der Sonate 111 in „Dr. Faustus“ war ich darauf besonders vorbereitet.

10. Mai 1949

Fräulein Klompé in Wuppertal. Sie ist unverändert herzlich. Schade, daß ich sie noch nicht nach Hause einladen kann.

12. Mai 1949

Die Berliner Blockade ist tatsächlich aufgehoben. Die Wohnung in Wuppertal wird nun wohl schon Mitte Juni fertig. Dann hat es ein Ende mit dem ständigen Fahren und dem Getrenntsein von der Familie, aber die wenigen Wochen müssen noch in Kauf genommen werden. Nachmittags bei Dr. Mueller – der Ferguson-Bericht²²⁸, mehr eine Reminiszenz aus der Zeit des Morgenthau-Plans – wird besprochen. Aber es werden sich doch wieder Rückwirkungen für uns ergeben, wenn auch nur für vorübergehend. Immer wieder neigen unsere Kaufleute dazu, in die alten Denkgewohnheiten der Ausschließlichkeitsbeziehungen, der Lieferverpflichtungen und Tätigkeitsabgrenzungen zurückzufallen. Ich benutze dann Dr. Mueller als Mahner und Gewissen, damit uns nicht eines Tages doch Vorwürfe aus kleineren Kartellverstößen gemacht werden können, die schließlich noch das Ganze gefährden.

14. Mai 1949

Hattenheimer Treffen „Arrivierter Wandervögel“. Weitzel hat eine Anzahl Freunde aus der früheren Jugendbewegung eingeladen. Das Hotel Reß ist ein glücklicher Ort für ein solches Vorhaben. Gediegen, aber nichts von Luxus; die „vollkommene“ Landschaft des Rheingaus als Umrahmung. „Die Beichte“ der Teilnehmer am Samstag abend ergab einen bunten Strauß von Schicksalen der Generation zwischen vierzig und fünfzig. Manche – Stig Nissen und der mir schon von Bremen²²⁹ her besonders sympathische Schütte – hatten den Weg aus einer zunächst zu idealistischen Berufseinstellung – „Ostlandarbeit“ – zu den Wirklichkeiten des Nachkriegs gefunden. Andere kämpften als Flüchtlinge oder zunächst politisch Belastete noch mühsam um Existenz und endgültige bürgerliche Gestalt. Daneben die strebsamen „Berufsfanatiker“ – zu denen ich mich auch zählen muß. Wesentlich für alle war die Begegnung mit einigen wenigen Jüngeren, Vorposten der nach uns kommenden Generation. Vielleicht gelingt es, daraus zu einer Überwindung der geistigen Armut und Leere zu kommen, die gerade für die Schicksal zu sein scheint, die ihre entscheidenden Jugendjahre nur in „Ordnung und Befehl“ des autoritären Staates verbracht haben und von einem vollständigeren Leben – einem Leben in verantwortlicher Freiheit – noch nichts erfahren haben.

Entscheidend war die Bemerkung von Habel, dem Senior des Kreises, daß uns das Erlebnis der Persönlichkeitswerdung in der Altersabstufung zueinander, wie wir sie in der Gruppe der Jugendbewegung einst erfahren haben, gemeinsame Grundlage ist²³⁰.

18. Mai 1949

Hillen war gekommen, um Formulierungen des Aku/VGF technical agreements mit mir zu besprechen²³¹, ein kluger und gewandter Jurist. Die Aussprache hat viel zum besseren Verständnis der gegenseitigen Standpunkte beigetragen. Damit wird wohl auch das Zusammenkommen künftiger erleichtert. Man sucht den Kontakt und hat mich nach Arnheim eingeladen. Vielleicht kann auf die Dauer ein Stück vernünftiger Vermittlung dabei herauskommen.

Sonst wieder Arbeit in Fülle – es war 20 Uhr, als ich das Büro verließ. Anschließend dann im neuen Garten des noch nicht bezogenen Hauses Gladiolenzwiebeln eingesetzt und fast im Dunkeln in den noch unfertigen Räumen Umschau gehalten.

19. Mai 1949

Ein längeres Gespräch mit Schmekel mit der Aufforderung, bei ihm doch abends hereinzusehen, wenn ich hier allein bin.

20. Mai 1949

Benelux-Ausschuß der „Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen“ in Bremen. Durch die gute Vorbereitung kam einiges dabei heraus. Alle Beteiligten haben erkannt, daß es im Verhältnis zu Holland, dem am intensivsten noch auf Ablehnung gegenüber allem Deutschen beharrenden Land der früheren Kriegsgegner, darauf ankommt, das Verständnis für das Aufeinanderangewiesensein in wirtschaftlichen Dingen zu wecken. Nach dem Wegfall der niederländischen Kolonien – in Holland unvermeidlich den Deutschen angekreidet – hängt die Wirtschaft des Landes nun zu einem beträchtlichen Maß von Deutschland ab²³².

21. Mai 1949

Interjura Abendschoppen. Mueller und Weitzel haben Klientel und Freunde in ihr Büro in Frankfurt eingeladen. Es war ein angeregter Abend. Raemisch, Magnus, Strauß, Scherf, Acherath, Dietz, Duden – über fünfundzwanzig Teilnehmer²³³. Am interessantesten am Schluß ein Gespräch mit Prof. Böhm, dem Rektor der Frankfurter Universität, der seit längerem eine Art Investiturstreit mit dem hessischen Kultusminister Stein wegen der Besetzung einer Professur führt: „Die Demokratie ist ein schwerfälliges Floß, auf dem man immer halb im Wasser steht. Aber es geht nicht so leicht unter.“ Seine These: Beschränkung geistiger Betätigung darf es nur im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen geben.

23. Mai 1949

Die Konferenz der vier Außenminister in Paris nach der Aufhebung der Berliner Blockade beginnt. Man hat in letzter Minute seitens der Westmächte auch eine deutsche Delegation eingeladen. Werden wieder nur Reden gehalten werden? Was wollen die Russen wirklich mit ihrer neuen Initiative?²³⁴

24. Mai 1949

Zum ersten Mal den ganzen Tag Vorstandssitzung. Im Anschluß an die Sitzung habe ich am Abend noch in zwei Stunden das Protokoll diktiert. Es ist jedesmal eine besonders anstrengende Arbeit, aus dem völlig ungeordneten Hin und Her der Diskussion eine übersichtliche Formulierung von Themen und Ergebnissen herauszuarbeiten.

Ich habe Vits am Tag darauf angeregt, diese Besprechungen, die so wesentlich sind für die Einheitlichkeit von Meinung und Handeln der Gesamtleitung, etwas straffer zu führen.

26. Mai 1949

Den ganzen Tag mit Henrich die Jubiläumsschrift durchgearbeitet. Muthesius konnte nicht aus seiner Journalisten-Haut. Er hat mit Geschmack den Stoff geordnet und in eine Übersicht und Form gebracht. Aber wir hatten mehr angestrebt. Es ist eher eine Unterhaltungsdarstellung geworden, nicht eine Monographie über die Kunstseide „für den gebildeten Laien“. Sie wird nicht in die Bibliothek gestellt, sondern in das Besuchszimmer gelegt werden. Wir wollen versuchen zu bessern, was noch zu bessern ist, aber an der Grundanlage werden wir nichts mehr ändern können. Vits ist zufrieden, aber ich habe mit meiner Meinung nicht zurückgehalten.

27. Mai 1949

Auf eine Annonce in der Aschaffenburg-Zeitung hin besuche ich in Königstein eine Familie, die alte Perserbrücken anbietet. Der Vater der Frau war Orientalist und Sammler. Ein Teil der Bestände ging in Thüringen verloren, wohin man „verlagert“ hatte. Der Rest wird nun verkauft, um mit dem Erlös eine Weinhandlung zu finanzieren, die der Mann, ein ausgebombter Düsseldorfer, wieder in Gang bringen will. Ich entscheide mich nach einigem Hin und Her für eine besonders schöne kaukasische Brücke – die oder keine! –. Der Preis von DM 650,- erscheint günstig, und wir sind zu Hause glücklich über diese unverhoffte Bereicherung.

31. Mai 1949

Wieder nach Wuppertal – nachmittags in Köln im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für gewerblichen Rechtsschutz ein Vortrag eines Hamburger Professors²³⁵ über das Dekartellisierungsgesetz. Ein aktuelles Thema, bei dem die Meinungen noch wenig abgeklärt sind. Gerade fangen die ersten Wirtschaftsanwälte an, in die Materie einzudringen. Von dieser Seite wurde denn auch die Diskussion bestritten.

1. Juni 1949

Die Wohnung in Wuppertal macht Fortschritte. Es besteht wirklich Aussicht, daß wir zum 20. 6. einziehen können.

Mit Dr. Berrer und einem Juristen der I. G. Leverkusens sowie einem Vertreter der Phrixgruppe eine Besprechung über eine Satzung für die neue bizonale

Arbeitsgemeinschaft der Kunstseide- und Zellwolleindustrie²³⁶. Da wir in der Niveaufrage übereinstimmten, ging das Ganze gut voran. Wir aßen anschließend im „Turmhof“. Die Mengen sind manchmal schon zuwider, nachdem die Augen satt sind. Nachmittags zurück nach Obernburg. Die weiteren Exemplare des Entwurfs der Jubiläumsschrift müssen den Kritikern zu Pfingsten zugehen, damit wir am Ende der darauf folgenden Woche fertig sind.

4. Juni 1949

Abends bei Essers – nachdem der Termin durch mancherlei Mißgeschicke ein paarmal verlegt werden mußte. Er klug, sehr konkret und klar in seinen Vorhaben.

5. Juni 1949

Mit Vater, der noch einmal zu einem kurzen Besuch gekommen ist, und den Kindern von Laudenbach in den Odenwald, eine Abschiedswanderung, die uns die ganze Schönheit noch einmal vor Augen führt.

7. Juni 1949

Um fünf Uhr morgens mit dem Wagen nach Wuppertal, um elf Uhr Vorstandssitzung. Die Jubiläumsschrift kommt wieder zur Sprache. Besonders schwierig die Frage nach der historischen Wahrheit. Die erfahrenen Älteren bremsen, wie ich einsehe wohl mit Recht, wo Kritik an Menschen und Zuständen in Erscheinung treten könnte. Das Bild wird zwar farbloser dadurch. Aber es ist wohl klüger. Ein weiteres Problem ist die Herausstellung der lebenden Personen. Persönliche Propaganda – bei noch so berechtigtem Stolz über die Leistungen bei VGF in den letzten zehn Jahren – muß notwendig zu Lasten des Niveaus gehen. Unseren schönen Plan haben wir begraben müssen.

Ich erfahre von Vits, wie stark Funcke ihn in den Tagen des bevorstehenden Zusammenbruchs bei der Entscheidung beeinflußt hat, nach Coburg zu gehen: „Sie haben jetzt die Wahl zwischen ihrem Beruf und ihrer Familie zu treffen“ und wie tief bei Vits noch die Verärgerung darüber lebendig ist, daß seine Kollegen damals mit seinem Abtreten gerechnet und sich auf die alleinige Weiterführung eingerichtet hatten.

9. Juni 1949

Wegner arbeitet an organisatorischen Verbesserungen und Sparüberlegungen. Der Markt für Kunstseide beginnt enger zu werden und wieder kommt die Parole: „Von morgen ab wird gespart“. Ich kann ihm nicht verhehlen, daß das Beispiel wichtiger ist als der Befehl. Solche Vorhaben lassen sich mit wirklicher Konsequenz nur durchführen, wenn glaubwürdige Vorbilder da sind. Wegner ruft nach dem Verwaltungsdirektor. Der ist nicht da und kann nicht da sein, solange nicht eine echte Autorität geschaffen wird und jedes Mitglied des Vorstands sich ihr unterwirft.

11. Juni 1949

Ein kleines Abschiedessen bei Moewes. Seit sechs Jahren habe ich in der Familie gelebt, wenn ich in Wuppertal war, und war froh, etwas wie ein Heim dort zu haben. Für sie war ich der angenehme und wenig anwesende Untermieter, der ihnen eine andere Belegung ersparte.

15. Juni 1949

Abschied mit meinen Obernburger Abteilungen auf der Paradeismühle.

17. Juni 1949

In Frankfurt. Steuerausschuß Gesamtextil – noch einmal bei Dr. Mueller. Zu Hause sind die Packer!

18./19. Juni 1949

Die Möbelwagen sind da. Abends fahren wir nach Wiesbaden-Biebrich und am nächsten Morgen avec toute la famille auf dem Rheindampfer bis Köln – als besonderes Erlebnis schon lange geplant für den Umzug nach Wuppertal.

Rückkehr und Ausblick

„Es wird ausgeladen. Aber nachmittags muß ich schon wieder ins Büro: Festschrift. Ritzauer hat Bedenken“, ist in meinem Tagebuch für den 20. Juni 1949 vermerkt. Es folgen noch Eintragungen bis in den August des Jahres. In ihnen ist viel von den praktischen Fragen des Umzugs und den Eindrücken die Rede, die uns beim Wiederseßhaftwerden in der Stadt beschäftigen, in der wir bis zum Sommer 1943 mehr als acht Jahre gelebt hatten.

Das Haus, ein früheres Einfamilienhaus, dessen Oberstock und Mansarde wir nun bewohnten, war gerade fertig geworden. Es liegt am Südrand der Stadt, die in diesem Teil von den Bombenangriffen besonders schwer getroffen worden war, unsere frühere Wohnung – noch in Trümmern – nicht weit entfernt. Ein verwahrloster Garten wurde aus der Gewohnheit der letzten Jahre wieder urbar gemacht. Wir genossen die größeren Räume, den kleinen Balkon in der Sonne. Aber der Main war noch in lebendiger Erinnerung. Es gab Augenblicke, in denen uns das Neue, das wir schließlich doch herbeigewünscht hatten, wieder „zweifelhaft“ wurde. Manchmal empfanden wir uns nur zu Gast „bei der Rolle, die wir spielen“. Zu stark war noch die Erinnerung an „die Siedlung in Erlenbach“.

Mitte Juli fuhr ich zum ersten Mal wieder nach Obernburg „aus dem feuchtkühlen Wechselwetter im Bergischen in hochsommerliche Hitze am Main. Das Herz ging mir auf, als der Wagen von Frankfurt her sich Seligenstadt und den Spessartbergen näherte. Abends bei Funcke in der Wohnung über dem Fluß.

Nach ausgedehntem Bad im Main von ihrem Garten aus – der Blick ins Eisenbacher Tal – die Fische springen unten im Fluß.“

Das Werk Obernburg war inzwischen wieder voll in Produktion gekommen. Wurden im Jahr 1947 noch 3.647 Tonnen Kunstseide dort erzeugt, so wurden es 1948 7.840 Tonnen. Im Mai 1949 wurde zum ersten Mal wieder nach dem Krieg die ganze wiederhergestellte Kapazität genutzt, so daß die Gesamtleistung im ersten Halbjahr 1949 auf 5.847 Tonnen gesteigert werden konnte. Über die Hälfte entfiel auf technische Garne für die Kautschukindustrie. Von den textilen Garnen wurden auf Grund eines über die JEIA mit einer amerikanischen Gesellschaft abgeschlossenen Export/Importvertrages 25 Prozent nach USA ausgeführt. Dafür erhielt das Werk Zellstoff und andere Roh- und Hilfsstoffe, die anders nicht zu beschaffen waren.

Meine beruflichen Aufgaben waren bereits in den letzten beiden Jahren fast ausschließlich von den Anforderungen der „Hauptverwaltung“ bestimmt gewesen, die sich nun in allen ihren Teilen wieder in Wuppertal versammelte.

Die Verhandlungen mit dem englischen Partner bei Glanzstoff-Courtaulds über die Neugestaltung der finanziellen Verhältnisse in Köln kamen bald zu einem

Abschluß. Die Kartellprobleme und die Frage der Dekartellisierung nahmen noch lange einen breiten Raum in meiner Arbeit ein. Die letzten Entscheidungen in der Frage einer etwaigen Auflösung des Konzerns wurden erst im Jahre 1952 getroffen²³⁷. Damit wurde auch der Weg für eine abschließende Regelung zwischen der holländischen und der deutschen Seite des Konzerns offen. Die Verhandlungen darüber dauerten noch bis zum Jahre 1953. Beide Partner hatten in einem langen – über weite Teile auch schwierigen – Prozeß lernen müssen, die Auswirkungen des Krieges, wie sie sich voll erst nach und nach herausstellten, zu begreifen. Emotionen mußten abklingen. Es mußte herausgefunden werden, was in der veränderten Lage politisch, wirtschaftlich, personell und organisatorisch als eine die Zukunft tragende Lösung angesehen werden konnte. Die nunmehr rasche Konsolidierung der Bundesrepublik war für die holländische Seite ebenso von Bedeutung wie die nicht zu übersehende Aufbauarbeit in den im Westen verbliebenen VGF-Betrieben²³⁸. Für die deutsche Seite war schmerzlich, daß auf eine Mitwirkung in der Spitze des holländischen Unternehmens fürs erste verzichtet werden mußte²³⁹. Bei dem holländischen Partner wuchs zunehmend die Erkenntnis, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen und personellen Umständen dem Gesamtinteresse am besten gedient sein würde, wenn die deutschen Betriebe von den in der unternehmerischen Leitung auch nach dem Krieg bestätigten Deutschen weitergeführt würden. Für die überschneidenden Interessen, besonders im internationalen Bereich, wurden brauchbare Lösungen gefunden. Am 6. Juni 1953 wurde ein Vertragswerk unterzeichnet, das für viele Jahre zur Grundlage erfolgreicher Zusammenarbeit wurde²⁴⁰.

Die Jahre nach 1949, die Jahre des Wirtschaftsaufschwungs, ja des Wirtschaftswunders, brachten der Chemiefaserindustrie ein ungewöhnliches Wachstum. Es waren die neuen synthetischen Fasern, voran Perlon und Nylon, dann die Polyester- und Acrylfasern – in der Bundesrepublik Diolen, Trevira, Dralon – die in ihrem Siegeszug das Bild dieser Industrie weitgehend veränderten. VGF hatte durch die frühzeitige Wiederaufnahme der Perlonarbeiten in Obernburg, wohin Funcke noch mit den Versuchsmaschinen aus Elsterberg im Juli 1945 vor den in Thüringen einrückenden Russen hatte flüchten können, einen für den Beginn wichtigen Vorsprung. Am 1. Oktober 1950 wurde in Anwesenheit des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard in Oberbruch die erste Perlonfabrik der Bundesrepublik eröffnet.

Anmerkungen

¹ Zu Art und Umfang des Unternehmens vgl. die von VGF der englischen Militärregierung am 18. 4. 1946 überreichte „Geschäftsübersicht“, Dok. 3.

² Zur Stärkung der äußeren Position in Holland war dem Verf. 1942 mit der damals mehr formalen Bestellung zum Leiter der Rechtsabteilung Prokura erteilt worden. Einige juristische Aufgaben waren ihm auch während des Krieges noch in Wuppertal verblieben.

³ Dr. h. c. Hermann J. Abs, seit 1937 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG und für das Auslandsgeschäft zuständig.

⁴ Da das Aktienkapital von VGF zu fast 100% bei der holländischen Aku lag (vgl. Dok. 3) fiel das Vermögen von VGF unter die Sperre des Gesetzes Nr. 52 des alliierten Kontrollrats (Property Control). Die Führung eines der Vermögenssperre unterworfenen Unternehmens verblieb bei der Unternehmensleitung. Der Treuhänder (Custodian) hatte aber darauf zu achten, daß keine verbotenen Handlungen vorgenommen wurden (z. B. Devisengeschäfte, Handlungen, die die finanzielle Lage des Unternehmens beeinträchtigten). Die schriftliche Bestätigung der Bestellung von Vits zum Custodian für VGF erfolgte erst später, weil sich erst nach dem mündlichen Auftrag durch den örtlich zuständigen Offizier der britischen Militärregierung herausgestellt hatte, daß Vits auch schon während des Krieges Vorsitzender des Vorstandes gewesen war. Eine daraufhin eingeleitete politische Überprüfung durch die zentralen britischen Besatzungsstellen in Bad Oeynhausen führte nach Einschaltung des zuständigen Londoner Ministeriums am 6. 11. 1945 zur schriftlichen Bestätigung. (Mündl. Darstellung Vits gegenüber Zempelin). Eine erneute politische Überprüfung der Person von Vits durch die britische Militärregierung erfolgte vor seiner Bestellung zum Financial Adviser der Coal Control Group auf Villa Hügel. Dem für ihn positiven Ergebnis schloß sich dann später auch die amerikanische Militärregierung bei der Bildung der Combined Coal Group der beiden Besatzungsmächte an. Die Bestellung von Vits zum Custodian von VGF wurde durch Aufsichtsratsbeschluß der Aku vom Februar 1946 ausdrücklich gebilligt. Von diesem Beschluß wurde der britischen Militärregierung über das holländische Auswärtige Amt Kenntnis gegeben.

⁵ Vits schrieb darüber am 24. 4. 1947 an Mr. Johannes Meynen, Vorstandsmitglied der Aku: „Meine Tätigkeit bei Col. Hembry hat Ende Januar bereits begonnen. Ich habe einen eingehenden Plan ausgearbeitet, der eine Zwischenlösung für die Verwaltung des Bergwerkseigentums vorsieht und der die Sicherung der Eigentumsrechte gewährleisten sollte. Dieser Plan ist Gegenstand eingehender Erörterungen und wird naturgemäß von der kommunistischen Partei stark angegriffen. Ich habe aber den Eindruck, daß er trotzdem im wesentlichen durchgeführt wird. Darüber hinaus werde ich betriebswirtschaftliche Vorschläge machen, auch Vorschläge für die Preisgestaltung, Subventionen usw. Ich bin bestrebt, die Arbeiten in nicht zu ferner Zeit abzuschließen. Da ich meine Tätigkeit bei Glanzstoff nicht vernachlässigen möchte, werde ich durch die zusätzlichen Arbeiten auf die Dauer zu stark beansprucht; auf der anderen Seite sind sie auch gerade für die ausländischen Aktionäre vielleicht von entscheidender Bedeutung.“

⁶ Notiz vom 28. Mai 1945, auf die sich die Darstellung bis zu diesem Datum auch im übrigen weitgehend stützt (Zentralarchiv der Enka AG, Wuppertal).

⁷ Dr. Jens Strube, der technische Werksleiter in Obernburg, war Präsident der Gauwirtschaftskammer in Würzburg und einer der wenigen aktiven Nationalsozialisten unter den Werksleitern von VGF.

⁸ Dorf zwischen Aschaffenburg und Obernburg, wo Schmekel bei der Umsiedlung der Hauptverwaltung von Wuppertal nach Aschaffenburg eine Wohnung gefunden hatte.

⁹ Die Bezeichnung „Gefolgschaft“ und „Betriebsführer“ entsprachen dem in der Zeit des Nationalsozialismus verordneten Sprachgebrauch für „Belegschaft“ und „Werksleiter“ (Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. 1. 1934).

¹⁰ Vgl. Dok. 25.

¹¹ Aus der ersten Besprechung dieser Art (Notiz des Verfassers vom 20. 4. 1945): „Herr Schmekel erläuterte kurz die derzeitige Situation für die VGF-Verwaltung und wies vor allem darauf hin, daß wir uns unter den grundsätzlich veränderten Verhältnissen von allen bisherigen Vorstellungen über Arbeitseinsatz, Gehälter und z. T. zwangsweise auch sozialen Verpflichtungen freimachen müssen. Welche Maßnahmen endgültig zu ergreifen sind, ist noch nicht zu übersehen. Die künftigen Maßnahmen der Besatzungsbehörden werden dafür in erster Linie maßgebend sein. Schon jetzt steht fest, daß äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten erforderlich sein wird und daß endgültig wohl nur ein Teil der bisher beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder weiter beschäftigt werden kann. Es soll allen Gefolgschaftsmitgliedern angeraten werden, sich selbst möglichst eine bezahlte Beschäftigung zu suchen, und es soll auch qualifizierten Kräften nicht verwehrt werden, auf Wunsch aus den Diensten von VGF auszuschcheiden. Das Arbeitsverhältnis für Angestellte ruht z. Zt. mit allen Rechten und Pflichten. An der Auszahlung eines 2-Monatsgehalts für die Zeit vom 1. 3.- 30. 4. für alle Angestellten der Verwaltung wird festgehalten...“

¹² Noch Anfang März 1945, wenige Tage vor der Besetzung, hatte der Vorstand gewisse Richtlinien für die bevorstehende neue Lage festgelegt. Dabei bestand Einvernehmen, daß wahrscheinlich finanziellen und sozialen Notwendigkeiten in gleicher Weise Rechnung getragen werden müsse. Jedenfalls müsse angestrebt werden, „die Glanzstoff-Familie“, d. h. die „Stammgefolgschaften“ auch in schlechten Zeiten nach Möglichkeit durchzuhalten. Äußerste Sparsamkeit werde gepredigt werden müssen, diese Sparsamkeit aber müsse in den sozialpolitischen Forderungen ihre Grenzen finden. Vgl. Dok. 1.

¹³ Vgl. Dok. 20.

¹⁴ Strube starb im Lager Hammelburg einige Monate später an Entkräftung.

¹⁵ Josef Wesner, früherer Vorarbeiter im Werk, ebenfalls Altkommunist und dann Vertrauensmann der Amerikaner, später der erste Betriebsratsvorsitzende im Werk Obernburg nach dem Kriegsende, ein integrier Mann und um die Wiederherstellung der Ordnung bemüht. Dem bayerischen Wirtschaftsministerium (Wiedergutmachungs- und Wiedererstattungsabteilung) wurde am 28. 5. 1946 in diesem Zusammenhang u. a. berichtet: „Auf Anfordern der holländischen Gesellschaft hatte sich VGF im Herbst 1944 bei der Räumung gewisser holländischer Gebiete durch die deutschen Militärbehörden damit einverstanden erklärt, daß die aus den Betrieben der Aku abtransportierten Betriebseinrichtungen und Betriebsmaterialien, Rohstoffe und Fertigwaren in möglichst großem Umfang in VGF-Betrie-

ben und in von VGF angewiesenen Lagerstätten aufgenommen wurden. Der Zweck dieser Maßnahme war, die betreffenden Bestände möglichst dem Gesamtunternehmen zu erhalten.“

16 Zivilpersonen durften zu Beginn der Besetzung ihre Häuser zwischen 19.00 und 7.00 Uhr nicht verlassen. Vgl. Dok. 25.

17 Dr. Rosemarie Holters war Volkswirtin in der Hauptverwaltung und mit nach Aschaffenburg und dann Obernburg verschlagen.

18 Werner Aretz, Rechtsanwalt, Leiter der Arbeits- und Sozialabteilung der Hauptverwaltung, war schon Mitte Mai 1945 als Berater (Adviser) des Arbeitsamtes für den Aschaffenburg-Bezirk und für die Militärregierung in Miltenberg eingesetzt worden. Als Nicht-Pg war es ihm auch frühzeitig gelungen, Verbindung mit dem in Aschaffenburg eingesetzten amerikanischen Wirtschaftsoffizier Oberleutnant, später Captain John P. Varda aufzunehmen. Aretz wurde am 10.7.1946 im Rahmen der US Vermögenskontrolle zum Treuhänder für das Werk Kelsterbach bestellt. Der technische Werksleiter in Kelsterbach, Dr. Ernst Mengerlinghausen, war als früherer Pg vorübergehend seiner Funktion enthoben. Der kaufmännische Werksleiter, Schlüter, ein aktiver Nationalsozialist, war ausgeschieden.

19 Mit einer Kohlenversorgung, die die Herstellung chemischer Fasern und damit die Rohstoffversorgung der Textilindustrie ermöglichen würde, war nach Ansicht von General Draper, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung bei OMGUS Berlin, aus damaliger Sicht der Militärregierung nicht vor drei Jahren zu rechnen. J. Pines, United States Economic Policy towards Germany 1945-1949, New York 1958, S. 320.

20 Litzmannstadt, die polnische Stadt Lodz, die nach der Besetzung Polens im ersten Kriegsjahr den Namen eines bekannten Generals aus dem Ersten Weltkrieg erhalten hatte, der sich später frühzeitig zum Nationalsozialismus bekannte. Dort befand sich seit altersher eine bedeutende Textilindustrie.

21 Das war in diesem Zeitpunkt ein viel zu weit gestecktes Ziel. Aber es entsprach der Mentalität der Beteiligten, insbesondere von Rathert.

22 Um eventuelle Streitigkeiten unter den bereits versammelten und etwa noch weiter sich dort einfindenden Werksleitern zu vermeiden, hatte Vits nach der Besetzung Obernburgs und damit der Trennung von den im dortigen Raum befindlichen übrigen Vorstandsmitgliedern am 1.4.1945 in Elsterberg Julius C. Funcke Vollmacht erteilt, den Vorstand zu vertreten. Auch dem Verf. hatte Vits vor der Abreise nach Coburg einen Umschlag übergeben, der Weisungen für den Fall der Behinderung seiner Person enthielt. Funcke war von Vits darüber unterrichtet worden und sprach den Verf. 1946 angesichts der noch ungeklärten Umstände einer weiteren zentralen Unternehmensführung darauf an. Der Verfasser hat den Umschlag Vits nach 1949 ungeöffnet zurückgegeben. Funcke war 1935 nach mehrjähriger Tätigkeit bei der American Glanzstoff Corporation in Elizabethtown/Tennessee, einer Mitte der zwanziger Jahre gegründeten Tochtergesellschaft von VGF, technischer Werksleiter in Kelsterbach und anschließend in Breslau geworden. Bei Kriegsanfang hatte er die Leitung des VGF-Forschungsinstituts in Berlin-Teltow übernommen und war in der Anfangszeit maßgeblich an der Entwicklung der vollsynthetischen Garne bei Glanzstoff beteiligt. Funcke hatte sich vor der Besetzung mit allen wichtigen Unterlagen zum Werk Elsterberg begeben,

wo sich auch die von ihm betreute Pilotanlage für die künftige Perlonerzeugung von VGF befand. Vgl. auch Anm. 38.

²³ Albert Korsten, einer der Verkaufsleiter aus Wuppertal, mit dem Verf. von 1942 bis 1944 bei der Aku in Arnheim tätig, aktiv und besonders kontaktfähig. Für die Organisation und Betreuung der holländischen Lieferungen nach Deutschland, die insbesondere Aufgabe von Korsten während des Krieges war (vgl. Anm. 63), hatte das RWM zunächst einen aktiven Nationalsozialisten aus dem Konzernbereich, E. Schlüter, benannt. Der Verf., der Schlüter und seinen Hintergrund aus Prozessen der frühen Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft kannte, konnte ablehnen und sich für Korsten entscheiden, der sich in seiner schwierigen Aufgabe hohes Ansehen bei der Aku erwarb. Mit Schlüter (vgl. auch Anm. 18) hätten die Dinge in Arnheim und weit darüber hinaus unvermeidlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

²⁴ Curt Michaeli, Geschäftsführer der Bastfaser GmbH, einer Tochtergesellschaft von VGF in Fehrbellin/Pommern.

²⁵ Vits, der häufig und gern das Werk Obernburg besuchte, hatte sich in der Nähe, oberhalb des Dorfes Laudenbach, schon in den vorhergegangenen Jahren ein kleines, landschaftlich besonders schön gelegenes Ferienhaus gebaut.

²⁶ Dr. Erich Reimann war am Kriegsende kaufmännischer Leiter der Spinnfaser AG, einer 1935 zur Herstellung von Zellwolle in Kassel gegründeten Tochtergesellschaft von VGF. Er hatte aus rassischen Gründen (zu einem Viertel jüdischer Abstammung) unter dem Nationalsozialismus Schwierigkeiten gehabt. Er fühlte sich Vits, der ihm wiederholt Beistand geleistet hatte, zu Dank verpflichtet. Seine Bestellung zum Vorstandsmitglied durch Vits als Aufsichtsratsvorsitzenden und ein weiteres in Kassel ansässiges Aufsichtsratsmitglied am 17. 5. 1945 wurde später durch ein formal beschlußfähiges Quorum bestätigt.

²⁷ Dr. Erich Raemisch war seit der Gründung der Internationale Kunstseideverkaufsbüro GmbH, Berlin, eines 1931 unter deutscher, französischer, italienischer, belgischer und holländischer Beteiligung geschaffenen Syndikats zum Verkauf von Kunstseide, in Deutschland dessen Hauptgeschäftsführer. Auch er war zu einem Viertel jüdischer Abstammung und hatte darunter zu leiden gehabt.

²⁸ Vits hatte noch Anfang März 1945 veranlaßt, daß die zentrale Anlage der VGF-Konten in Wuppertal zugunsten einer Verteilung auf mehrere Standorte aufgegeben wurde, nachdem bekannt geworden war, daß Überweisungen von damals bereits von alliierten Truppen besetzten West-Gebieten in das noch unbesetzte Deutschland nicht mehr möglich waren. Das VGF-Konto bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in Aschaffenburg belief sich Anfang Mai 1945 auf RM 2,2 Millionen.

²⁹ Die Grenzen der alliierten Besatzungszonen waren durch eine am 12. September 1944 in London unterzeichnete und in Jalta nochmals bestätigte Vereinbarung festgelegt worden. Aber die amerikanischen Truppen hatten in überraschendem Vorstoß am 12. April bereits die Elbe nicht weit von Berlin erreicht und Sachsen und Thüringen vor den Russen besetzt. Churchill war zunächst dafür, diese Linie zu halten, „bis die Freiheit von Süd- und Mitteleuropa gesichert sein würde“. Aber Truman hielt sich an die von Roosevelt noch genehmigten Anordnungen und erteilte den Befehl, Sachsen und Thüringen zu räumen.

³⁰ Carp war nach dem Tod Stefan Karl Henkells, einem Schwiegersohn Vlissingens und Schwager von Ribbentrop, als Vertrauensmann deutscher Nationalität von der holländischen Seite für den Aufsichtsrat von VGF benannt worden. Mit Frederik Hendrik Fentener

van Vlissingen als Aufsichtsratsvorsitzendem der Aku in Arnheim hatte Vits nach 1939 ein Vertrauensverhältnis gefunden, von dem er hoffte, daß es auch über den Krieg hin Bestand haben würde. Er wurde darin nicht enttäuscht, wenn auch Vlissingens Einfluß nach 1945 bei der Aku nicht mehr allein bestimmend war. Politische Verdächtigungen wegen angeblicher Kooperation mit den Deutschen, die insbesondere auch im Zusammenhang mit den Dekartellisierungs- und Restitutionsinteressen von amerikanischer Seite erhoben worden waren, hatten sich allerdings als haltlos erwiesen (Vgl. Dok. 12). Im Juli 1945 wurde Vits auch von der amerikanischen Besatzungsmacht mit einer zentralen Aufgabe betraut. Zusammen mit Raemisch wurde er zum Adviser des Central Textile Office (CTO) der US-Militärregierung in Heidelberg berufen. Die zur CTO herangezogenen Deutschen genossen für einen wenn auch vorübergehenden Zeitraum im Rahmen der von der Besatzungsmacht anerkannten Aufgabe Bewegungsfreiheit.

31 Christian Börner war der Oberingenieur des Werkes Obernburg. Er mußte während seines Denazifizierungsverfahrens (Pg vor 1937) wegen seiner hohen fachlichen Qualifikation längere Zeit mit Genehmigung der Militärregierung als „beratender Ingenieur“, d. h. „in gewöhnlicher Arbeit“ ohne Anordnungsbefugnis eingesetzt werden.

32 Bruno Walter war der langjährige Leiter der Finanzabteilung der Hauptverwaltung. Zur Hälfte jüdischer Abstammung, hatte er nur durch die nachdrückliche Unterstützung von Vits seine Position bis zum Kriegsende halten können. In den ersten Nachkriegsjahren, bis Februar 1948, war ihm auch der zentrale Einkauf unterstellt.

33 In der amerikanischen Direktive JCS 1067 war festgelegt worden: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zweck seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.“ (Zit. nach: Ursachen und Folgen, Bd. 24, S. 26ff.)

34 Die Dekartellisierung der deutschen Industrie war eines der zentralen Anliegen der Amerikaner. Dementsprechend enthielt auch die Direktive JCS 1067 ein Verbot von Kartellen und verfügte die vollständige Kontrolle aller Transaktionen in fremder Währung und des deutschen Vermögens im Ausland. Bei den Beziehungen zwischen der Aku in Arnheim und VGF ging es den Amerikanern entsprechend dem US-Antitrustlaw um die Auflösung großer Unternehmenskomplexe (vgl. Anm. 195 und 238 sowie Dok. 11). Zugleich interessierte aber die Frage, ob und inwieweit die in den USA gelegenen Fabriken des Konzerns (North American Rayon Corporation, American Bemberg Corporation in Elizabethtown/Tennessee und American Enka Corporation in Asheville/North Carolina) als deutsches Eigentum betrachtet und durch die USA enteignet werden könnten.

35 Wie sich einige Tage später herausstellte, hatte am 11. Juni in Wuppertal bereits eine Durchsuchung der Schreibtische und Schränke der Vorstandsmitglieder sowie der Tresore durch eine amerikanische Kommission stattgefunden, über die Schmekel abschließend berichtete. Vgl. Dok. 10.

36 Die Aufgaben, die sich für das Werk Obernburg aus der neuen Lage ergaben, wurden im Protokoll der Tagesbesprechung, das wie regelmäßig in diesen Monaten nach der Besetzung des Werkes vom Verf. erstellt wurde, im einzelnen aufgeführt. Vgl. Dok. 17.

³⁷ Der Aku/VGF Konzern war seit 1929 so organisiert, daß die Aku als Dachgesellschaft fast alle Aktien von VGF besaß, in ihrer Leitung aber bis zur Aufhebung der zwischen den Konzernpartnern abgeschlossenen Verträge durch die holländische Regierung bei Kriegsende paritätisch deutsch-holländisch besetzt war (vgl. Dok. 3); umgekehrt war ein großer Teil der Aku-Aktien in deutschem Publikumsbesitz. Während des Krieges hatten noch bedeutende Zukäufe von deutscher Seite stattgefunden. Maßgebend konnten aber nur die Verhältnisse bei Kriegsausbruch sein. Daß zu diesem Zeitpunkt keine deutsche Mehrheit bestand, wurde später nachgewiesen. Vorarbeiten für die Prüfung der Vermögens- und Einflußverhältnisse zwischen Aku und VGF waren in den USA bereits während des Krieges durchgeführt worden.

³⁸ In Weißmain im Fichtelgebirge war schon früher ein Ausweichlager u. a. für Räumungsgut aus den Aku-Betrieben (vgl. Anm. 15) eingerichtet worden. Die Perlonversuchsanlage wurde anschließend nach Obernburg verbracht. Die Überführung dieser mit einer Lizenz der IG Farbenindustrie erstellten Versuchsanlage für vollsynthetische Garne nach Obernburg war die Voraussetzung für den raschen Aufbau dieser für die spätere Entwicklung von VGF entscheidenden Neufertigung. Vgl. Anm. 22, 172.

³⁹ Dr. August Brötz, Chemiker, war am Kriegsende technischer Werksleiter in Elsterberg, vorher aber schon viele Jahre in Obernburg als Chemiker in verschiedenen Positionen tätig gewesen. Am 1. 1. 1946 trat Brötz vorübergehend zugunsten von Funcke von seinem Posten als kommissarischer Werksleiter zurück und war Produktionsleiter des Werkes, bis Funcke 1950 Vorsitzender des Vorstandes der J. P. Bemberg AG Wuppertal-Barmen wurde.

⁴⁰ Vgl. Dok. 22, 26.

⁴¹ Für den Vorstand galt Entsprechendes (vgl. Dok. 26). Im August 1945 traf Vits mit Abs als Aufsichtsratsvorsitzendem eine Vereinbarung, die entsprechend der im Bereich der früheren Deutschen Bank sich herausbildenden Grundsätze eine Ermäßigung der vertraglichen Bezüge um 70% vorsah.

⁴² Ernst Rattenhuber gehörte zum Kabinett des ersten von der Militärregierung ernannten bayerischen Ministerpräsidenten Schäffer. Er hatte beim Zusammenbruch aus eigener Initiative die genossenschaftliche Milchversorgung Münchens organisiert. Vgl. Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besetzung*, Frankfurt 1972, S. 160.

⁴³ Gemeint waren u. a. auch Industrie- und Handelskammern, die in Hessen bald eine gewisse Bedeutung erhielten. In Bayern waren es eher die Industrieverbände, wie der Verband der Chemischen Industrie, die sich der genannten Aufgabe annahmen.

⁴⁴ Im Werk Obernburg, das unter dem Einfluß von Strube „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ geworden war, waren die leitenden Mitarbeiter durchweg der NSDAP beigetreten.

⁴⁵ Dr. Georg Lante, früher bei VGF tätig, dann Leiter der Abteilung Exportvergütung im Kunstseideverkaufsbüro Berlin, war nach dem Krieg nach München übersiedelt und hatte eine zunächst mehr untergeordnete Aufgabe in der neugeschaffenen Landesstelle für Textil übernommen.

⁴⁶ Anton Reiss, Malermeister in Obernburg, Vertreter von Handel und Handwerk im Beratenden Ausschuß.

⁴⁷ Der Verf. hatte 1929/30 im Hinblick auf eine etwaige Laufbahn im Auswärtigen Dienst während seines juristischen Studiums an der Universität Gießen bereits zwei Semester Rus-

sisch betrieben. Luise Ulrich war in Moskau als Tochter eines deutschen Kaufmanns aufgewachsen und bis zum Kriegsende Dolmetscherin für die über tausend russischen Arbeiter im Werk, nunmehr ohne Tätigkeit.

48 Nach der Handhabung der Denazifizierungsgesetze in der amerikanischen Besatzungszone konnte ein Parteimitglied von 1933 dort zu dieser Zeit keine leitende Tätigkeit mehr ausüben. Vgl. Anm. 96 sowie Tagebuch 24. und 31. 7. 1945.

49 Daniel Fischer, früher Repräsentant der Aku im internationalen Kunstseidensyndikat Berlin.

50 Es handelte sich um ca. 60.000 Düsen im Werk von RM 800.000. Durch die Rücklieferung dieser Düsen und anderer wichtiger Betriebsmaterialien sind die holländischen Betriebe in den Stand gesetzt worden, relativ früh wieder mit der eigenen Produktion zu beginnen. Mr. Gage vom Special Financial Detachment der britischen Militärregierung in Düsseldorf erkundigte sich wenige Tage später – nach einem Besuch von Vlissingens, der kurz zuvor mit Ritzauer zusammengetroffen war – in Wuppertal nach holländischen Besuchern bei VGF. Bei dieser Gelegenheit wurde er von Schmekel auch über den Besuch von Fischer in Obernburg und die Mitgabe der Aku-Spinddüsen unterrichtet. Mr. Gage war erstaunt, daß ein holländischer Offizier überhaupt über die Grenze gekommen war und fügte hinzu, die Schwierigkeiten, die die Holländer mit der Rückführung von Räumungsgut hätten, beruhten nicht auf Transportgründen. Im Hintergrund stehe die Frage, ob wegen einer nach dem damaligen Stand der amerikanischen Untersuchung eventuell anzunehmenden deutschen Mehrheit am Aktienkapital der Aku überhaupt Restitutionsansprüche von holländischer Seite bestünden. Vgl. Anm. 34.

51 Die Auswertung der Fragebogen oblag den zentralen Sonderabteilungen der US-Militärregierung für Entnazifizierung, die Durchführung der Entlassungsverfügungen den örtlich zuständigen Offizieren. Dabei kamen aber allenthalben Sondereinflüsse im Sinne einer strengerer wie auch einer großzügigeren Auslegung, je nach der politischen Einstellung der Chefs der einzelnen amerikanischen Verwaltungseinheiten und ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sonderabteilungen, zum Zug. Auch seitens der verschiedenen Armeebereiche wurden Sonderkompetenzen zur Erhaltung fachmännischer Effektivität in Anspruch genommen. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 150 ff.

52 Die von VGF unter dem Namen American Glanzstoff Corporation gegründete Gesellschaft, bei der auch Funcke tätig gewesen war.

53 Adam Stegerwald, von den christlichen Gewerkschaften kommend, war von 1920 bis 1933 Mitglied des deutschen Reichstages gewesen, 1929-1930 Reichsverkehrsminister und 1930-1932 Reichsarbeitsminister. Nach dem Zusammenbruch Mitbegründer der CSU, Regierungspräsident von Unterfranken, Ende 1945 gestorben.

54 Ritzauer stellte sich als Nicht-Parteigenosse für die Mitarbeit in der Kammer zur Verfügung.

55 Hüchtebrock, Kaufmann in Obernburg.

56 Die Nachricht eilte der Wirklichkeit weit voraus. Sie war Ausdruck unterschiedlicher Strömungen in der Militärregierung.

57 Dr. Walter Gammert, 1929 bei Bernberg eingetreten, war seit 1932 für VGF im Internationalen Kunstseideverkaufsbüro in Berlin tätig gewesen. Als im Oktober 1941 unter dem

Einfluß des Reichswirtschaftsministeriums die bei einer Tochtergesellschaft der Aku liegende Beteiligung an der französischen Rayonne de Valenciennes S.A. gegen entsprechende Beteiligungsrechte des führenden französischen Chemiefaserherstellers Comptoir des Textiles Artificielles an der Textiles Artificielles d'Alsace S. A. eingetauscht worden war, hatte er die kaufmännische Leitung der elsässischen Kunstseidenfabrik in Kolmar übernommen. Im August 1945 wurde ihm die kaufmännische Leitung des Werkes Obernburg übertragen.

58 Displaced Persons, in den Westzonen noch in großer Zahl lebende Ausländer, die während des Krieges als Fremdarbeiter aus den besetzten Gebieten, als KZ-Häftlinge oder auch noch nachher im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen nach Deutschland gekommen waren.

59 Denazifizierungsdokumente des Verfassers im Anhang als Belege (Dok. 39).

60 Central Textile Office, Heidelberg.

61 Dr. Ernst Pieper war der Leiter des zentralen Textiltechnischen Instituts von VGF.

62 Die Genehmigung zur Einsicht in die eigenen, inzwischen im alten Reichsbankgebäude liegenden Akten wurde zur Beantwortung immer neu gestellter Fragen erst im Januar 1946 erteilt.

63 Die Zielsetzung des damaligen Reichswirtschaftsministeriums ging nach der Besetzung Norwegens, Belgiens und der Niederlande durch die deutschen Truppen dahin, einerseits die dort vorhandenen industriellen Kapazitäten für die Zwecke der deutschen Kriegswirtschaft einzusetzen, andererseits aber auch eine gewisse Mindestselbstversorgung der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit textilen Rohstoffen zu ermöglichen. „Die 'Festung' brauchte Ruhe im Innern, und diese war in dem großen kontinental-europäischen Raum nicht aufrechtzuerhalten, wenn nicht die Mindestbedürfnisse der Bevölkerung gedeckt wurden“. Hans Kehrl Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 210. Kehrl war nach Kriegsende in amerikanischer Haft in Landsberg. Er wurde dort von Wittert van Hoogland und Meerburg als Abgesandter der Aku aufgesucht. Nach seinen Plänen sollten, wie er damals erklärte, die während des Krieges nach Deutschland gekommene Mehrheit der Aku-Aktien bei einem für Deutschland siegreichen Ausgang dazu verwendet werden, die Führung des Gesamtkonzerns in deutsche Hände überzuleiten (Mitteilung L. H. Meerburg, Mitglied des Vorstandes von Aku und Akzo an den Verf.). Die einem solchen Vorhaben entgegenstehenden Bestimmungen der Aku-Satzung (Rechte der Prioritätsaktionäre und Stimmrechtsbeschränkungen für die Stammaktionäre, vgl. Dok. 3) wären auf rechtlichem Wege kaum zu beseitigen gewesen.

64 Die Grundsätze der Direktive JCS 1067 über die Entnazifizierung im besetzten Deutschland waren für die US-Zone in einer USFET Direktive vom 7. Juli 1945 systematisiert, aber in der Folge vielfach planlos erweitert worden. Aber der Umfang der Aufgabe, der Versuch, mit formalen Kriterien menschliches Verhalten abzuurteilen, der Konflikt, in dem die Verantwortlichen vor Ort standen, wenn sie Personen aus ihren Aufgaben entlassen mußten, deren Mitwirkung für eine effiziente Verwaltung unerlässlich war, dies und eine Menge anderer Faktoren führten zu einer völligen Änderung der Entnazifizierung nach Sinn, Ausdehnung und Apparat. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 68.

65 Die auf Grund der „Anweisung für finanzielle Unternehmen“ zum Militärregierungs-gesetz Nr. 52 erfolgte Blockierung der Konten aller wegen NS-Parteizugehörigkeit Entlassenen bedeutete eine einschneidende Behinderung auch für die Lebenshaltung.

66 Im übrigen galt auch hier, was Dr. Hans Schlange-Schöningen, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und 1931/32 Reichskommissar für die Osthilfe, ab Januar 1946 Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Besatzungszone, im Vorwort zu seinem Bericht über die damalige Tätigkeit aus ganz anderen und unvergleichlich größeren Aufgaben mitgeteilt hat: „Wieviel in einer konkreten Situation an Hilfe von den Besatzungsmächten zu erhalten war, entschied sich oft nicht so sehr nach der objektiven Sachlage, über die die Meinungen auf beiden Seiten vielfach weit auseinander gingen, als nach dem Grad an Überzeugungskraft und Vertrauenswürdigkeit, mit dem die deutschen Argumente vorgetragen wurden. Dazu gehörte ein sicherer Instinkt dafür, welche Leistungen auf deutscher Seite von den anderen mit Recht erwartet werden konnten und in welchem Augenblick auch der Besiegte seinen Standpunkt mit Festigkeit und Würde vertreten konnte und mußte.“ Hans Schlange-Schöningen, *Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949*. Bearb. von Justus Rohrbach, Hamburg 1955, Vorwort. Vgl. auch Dok. 27.

67 Die Gewerkschaftsgründung war, soweit erkennbar, nicht von betrieblichen Anstößen getragen. Vgl. dazu Siegfried Mielke, *Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit*, in: H. A. Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, Göttingen 1979, S. 74 ff.

68 Ein Werk der Zellstoff-Waldhof AG, Mannheim. Die in unmittelbarer Nachbarschaft erbaute Süddeutsche Zellwolle AG Kelheim war eine der nach 1933 zur Verstärkung der Autarkie auf dem Textilsektor neugegründeten Zellwollfabriken.

69 „Behelfsheim“ – offizielle Bezeichnung für die in den letzten Kriegsjahren an Ausgebombte gelieferten Holzbaracken aus standardisierten Fertigteilen.

70 Die Mehrbelastung nach dem neuen Einkommensteuertarif betrug bei der Einkommensteuer mindestens 35%, bei Lohnsteuerpflichtigen 25% gegenüber den bei Kriegsende erhobenen Sätzen. Schon bei Einkommen von RM 13.000 bis RM 18.000 kam es zu einer Besteuerung des Mehreinkommens von 60%, bei RM 30.000 bis 40.000 von 80% und in der Spitze bis zu 95%. Vgl. „Der Betrieb“, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Steuern und Wirtschaftsrecht, Düsseldorf vom 5. 4. 1950.

71 Für die erste Bahnfahrt nach Wuppertal im Herbst 1945 hatte es nur den leeren, offenen Kohlenwaggon gegeben, in Hagen-Vorhalle eine Nacht auf dem verdreckten Steinfußboden im Bahnhofsvorraum mit vielen anderen.

72 Emil Moewes, Exporthelfer von VGF, während der Diaspora des Vorstands Senior in Wuppertal, am 16. 4. 1946 vom Amtsgericht Wuppertal auch zum Mitglied des durch die politischen Veränderungen nicht mehr ausreichend besetzten Aufsichtsrats von VGF bestellt, hatte mir die Couch im „Herrenzimmer“ seines unbeschädigten Hauses für die Tage meiner jeweils nur vorübergehenden Anwesenheit in Wuppertal eingeräumt. Das war als „Belegung“ behördlich genehmigt. Die Verpflegung (Brot, selbst erzeugter Rübensirup, „Spelzenhafer“) brachte ich mit, gelegentlich auch etwas Tabak „Eigenbau“ aus unserem Garten für die Pfeife des alten Herren.

73 Kurt Frowein, Mitglied des Vorstands der J. P. Bemberg AG, Wuppertal-Barmen, einer Tochtergesellschaft von VGF. Vgl. Dok. 3.

74 Gewinne einer Tochtergesellschaft, deren Kapitalanteile zu mindestens 25% im Eigentum einer anderen Gesellschaft lagen, blieben nach dem Schachtelprivileg des damaligen

deutschen Körperschaftssteuerrechts bei der Muttergesellschaft steuerfrei. Zur Zeit der amerikanischen Besetzung machten sich starke Tendenzen geltend, das Schachtelprivileg abzuschaffen, um Industriekonzentrationen auch mit den Mitteln des Steuerrechts entgegenzuwirken. Der bisherige Körperschaftsteuersatz von 20% war bereits durch Kontrollratsgesetz gestaffelt auf 35 bis 65% erhöht worden.

75 Ludwig Erhard hatte als damaliger bayerischer Wirtschaftsminister Vits im Februar 1946 mitgeteilt, die Steuerinteressen der deutschen Länder würden eines Tages die Gründung einer besonderen Tochtergesellschaft für das Werk Obernburg erforderlich machen. Da rein steuerliche Erwägungen maßgebend wären, würde es VGF auch nichts nützen, wenn es als holländisches Unternehmen anerkannt würde.

76 Francis Thomas Davis, Oberst der britischen Besatzungsarmee, war im Zivilberuf seit 1935 Boardmitglied von Courtaulds Ltd., London, des Partners von VGF bei der Glanzstoff-Courtaulds GmbH in Köln, die 1926 mit je 50% Beteiligung von VGF und Courtaulds gegründet worden war.

77 Stephanus van Schaik, seit 1942 das holländische Vorstandsmitglied der Aku, Arnheim, 1945/46 als Minister für Verkehr und Energie Mitglied des ersten holländischen Nachkriegskabinetts. Jhr. J. M. van den Bosch, Adjunktdirecteur der Aku und Schwiegersohn des Aufsichtsratsvorsitzenden Fentener van Vlissingen. Vgl. Anm. 164 u. 168.

78 Karl Geissler, Einkaufsleiter im Werk Obernburg.

79 Dr. Clemens Jung, Produktionsleiter im Werk Obernburg.

80 Vgl. Anm. 75. Erhard hatte gelegentlich der Besprechung mit Vits auch dringend empfohlen, die bisherige Handhabung beizubehalten, daß zwei Vorstandsmitglieder von VGF sich vorzugsweise in der amerikanischen Zone aufhielten.

81 Dr. Kurt Enßlin, Jugendfreund des Verf. aus der Wandervogelzeit, Chemiker bei VGF, mit seiner Frau vom Werk Sydowsaue bei Stettin ohne Habe nach Obernburg gekommen.

82 Die Fabrik in Köln, war im Krieg nicht beschädigt worden und konnte als erstes Chemiespinnereiwerk in der britischen Zone bereits am 14. 6. 1945 ihre Produktion aufnehmen. Vgl. Dok. 3.

83 Im Unternehmen hatten sich Auseinandersetzungen über die Aufnahme von Mitarbeitern aus den verschiedenen Werken, vor allem der Ostzone, ergeben. Auch die Werksleitung Obernburg hatte zu dieser Zeit Bedenken gegen den weiteren Zuzug von Angehörigen des Unternehmens aus den im Osten verlorenen Werken angemeldet. Der Vorstand hielt jedoch in einer ausführlichen Stellungnahme daran fest, daß von einer übermäßigen Belastung des Werkes keine Rede sein könne.

84 Schon Anfang März 1946 hatte Schmekel Richtlinien für die Betreuung der in Obernburg aus anderen Glanzstoffwerken eintreffenden Flüchtlinge mit Textilien und Einrichtungsgegenständen erstellt. Vgl. Dok. 23.

85 Südchemie AG, Heufeld.

86 Der kurzfasrige Buchenholzzellstoff ist für die Weiterverarbeitung zu Papier nicht geeignet. Bei der Kunstfaserherstellung wird der Zellstoff chemisch vollständig aufgelöst, so daß die Länge der Holzfasern ohne Bedeutung ist und für gewisse Produkte auch Buchenholzzellstoff eingesetzt werden kann. Vgl. Dok. 11.

87 Der Fachkommission gehörten Vertreter mehrerer bedeutender amerikanischer Kunstseidenproduzenten (u.a. E. J. du Pont de Nemours and Company, Wilmington, Del. und Celanese Corp., New York) an.

88 Zweite Konferenz der Außenminister der Alliierten in Paris im April/Mai und im Juni/Juli 1946.

89 Die Eingaben Meyerlings (vgl. 28. 4. 1946), Mitarbeiter in dem dem Verf. unterstehenden Archiv der Hauptverwaltung, an den Minister für Sonderaufgaben und politische Befreiung, Heinrich Schmitt in München, den einzigen kommunistischen Minister im Kabinett Hoegner, und an den bayerischen Arbeitsminister hatten zu intensiven Ermittlungen verschiedener Instanzen beider Ministerien gegen mehrere leitende Personen bei VGF geführt. Schmitt hatte bereits mit seinem ersten Entwurf eines deutschen Entnazifizierungsgesetzes (lex Schmitt) versucht, mit der politischen Bereinigung eine gesellschaftliche Umwälzung in Gang zu bringen. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 355.

90 Nach einer Anordnung der Militärregierung vom 23. 6. 1946 sollten alle Personen, die nach dem 8. 5. 1945 aus dem Gebiet einer Besatzungszone in eine andere freiwillig verzogen sind oder die nach dem 1. 9. 1939 aus Gründen verzogen sind, die direkt oder indirekt mit den deutschen Kriegsmaßnahmen oder dem Verlauf des Krieges zusammenhängen, zurückgeführt werden. Eine Aufschiebung bis zu 60 Tagen sollte nur für nach Entscheid der Militärregierung dringend benötigte Kräfte in Betracht kommen.

91 Dr. Heinz Weitzel, Jurist, mit dem Verf. aus der bündischen Jugend vor 1933 befreundet, später Sozius von Dr. Rudolf Mueller in Frankfurt.

92 Mitte 1948 wurde dem hessischen Wirtschaftsministerium in Beantwortung einer Anfrage eine Übersicht über die insgesamt bei VGF seitens der Alliierten in den Westzonen entnommenen technischen Einrichtungen und Unterlagen übergeben. Vgl. Dok. 7, 8. – VGF hatte im übrigen bereits im Mai 1947 von dem hessischen Wirtschaftsministerium die Mitteilung erhalten, daß laut Information der Militärregierung in Wiesbaden die Einreise „bisher nicht tätig gewesener Investigatoren in die amerikanische Zone nicht mehr zugelassen“ würde. Spätestens bis zum 30. 6. 1947 sollten alle bisher ausgestellten Ausweise ungültig werden.

93 Ulrich Vaubel, damals fünfjähriger Sohn von Dr. Theo Vaubel, eines im Oktober 1941 im Kaukasus gefallenen jüngeren Bruders des Verf., Gerda Vaubel geb. Fock seine Mutter, Schwester der Frau des Verf.

94 Durch das am 5. 3. 1946 in den Ländern der US-Zone in Kraft getretene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, ein Ergebnis amerikanischer Initiative und begrenzter deutscher Mitwirkung, wurde die endgültige Durchführung der Entnazifizierung deutschen Spruchkammern übertragen: „Der Spruchkammerapparat war eine Laienbürokratie in schöffengerichtlicher Verfassung. Nach der Konstruktion des Gesetzgebers hätte er innerhalb von zwei Monaten aus dem Boden gestampft werden müssen, um dann die gigantische Aufgabe, ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung Bayerns in gerechter Würdigung der einzelnen Gesamtpersönlichkeit zu überprüfen, in jedenfalls absehbarer Zeit zu erledigen.“ Niethammer, Entnazifizierung, S. 336.

95 „Nutznießer“ in der Definition des für Bayern, Groß-Hessen, Württemberg-Baden geltenden Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus war, wer aus der Gewaltherrschaft der NSDAP, aus der Aufrüstung oder aus dem Krieg durch seine politi-

sche Stellung oder seine politischen Beziehungen für sich oder andere persönliche oder wirtschaftliche Vorteile in eigensüchtiger Weise ausgeschlagen hat. Als Nutznießer galt insbesondere aber auch, wer bei der Aufrüstung oder bei Kriegsgeschäften Gewinne erzielte, die in einem auffallenden Mißverhältnis zu seinen Leistungen standen oder wer als Anhänger des Nationalsozialismus durch Ausnützung persönlicher oder politischer Beziehungen oder durch den Eintritt in die NSDAP es erreichte, sich dem Wehrdienst oder dem Frontdienst zu entziehen.

96 Die Entnazifizierung in der britischen Zone hatte von Beginn an weniger Wert auf die formale Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen oder zu der Ämterhierarchie des Dritten Reiches gelegt („mandatory removal“ der US-Zone) als auf die Prüfung und Beurteilung der Einzelperson und ihres politischen Verhaltens im Dritten Reich.

97 Godo Remszhard, Wohnungsgenosse und Freund des Verf. aus dessen zehnmonatiger Tätigkeit als Gerichtsreferendar in einem jüdischen Anwaltsbüro in Frankfurt im Jahr 1932. Remszhard war wenige Jahre älter als der Verf., schon 1932 überzeugter Kommunist, und hatte nach Jahren freier journalistischer und schriftstellerischer Betätigung 1946 als Feuilletonredakteur der „Frankfurter Rundschau“ zum ersten Mal einen Ansatz für eine feste berufliche Arbeit gefunden.

98 Vgl. Dok. 40.

99 Die Chemiefaserindustrie hatte schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik (Autarkieprogramm) eine besondere Förderung erfahren. Wer in diesen Jahren in einem Unternehmen dieser Industrie in höhere berufliche Positionen aufgerückt war – Schmekel war 1937 stellvertretendes, 1940 ordentliches Vorstandsmitglied bei VGF geworden – mußte mit entsprechenden Vorhaltungen rechnen.

100 NSKK – Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, eine Gliederung der NSDAP.

101 Dann doch nicht geschehen.

102 Aretz war Motor in diesen Fragen. Im Werk Obernburg ist erst im September Entsprechendes eingeleitet worden: Vgl. Dok. 23.

103 Elfjähriger Sohn des älteren Bruders des Verfassers, Dr. Hermann Otto Vaubel, der als Lehrer im hessischen Staatsdienst bis zu seiner Denazifizierung ohne Amt und wieder in der Buchhandlung des alten Onkels in Partenkirchen tätig war, die er nach früherem Lebensplan ohnehin hatte übernehmen sollen, nachdem er in Kunstgeschichte promoviert hatte.

104 Nachfolger des Befreiungsministers Heinrich Schmitt (KPD) war am 1. 7. 1948 Anton Pfeiffer (CSU) geworden. Nachdem schon unter Schmitt der Versuch, die Entnazifizierung juristisch-bürokratisch zu bewältigen, zweifelhaft geworden war, verlor sie in der Folge wegen der Unklarheit der Ziele und der Masse der Betroffenen immer mehr an Kredit. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 386.

105 Hans Windisch, Führer und Verführte, Totentanz und Wiedergeburt. Eine Analyse Deutschen Schicksals. Seebuck am Chiemsee 1946.

106 Der Verfasser erhielt den formellen Rückführungsbescheid am 7. 9. 1946.

107 Thüringische Zellwollefabrik Schwarza, nach 1933 im Rahmen des nationalsozialistischen Autarkieprogramms errichtet.

108 Otto Esser, damals Mitarbeiter von Gammert in der kaufmännischen Werksleitung, später Werksleiter und Generalbevollmächtigter bei VGF und Vorsitzender des Arbeitsrings Chemie der Arbeitgebervereinigung der chemischen Industrie in der Bundesrepublik, seit der Ermordung von Hanns Martin Schleyer im Oktober 1978 Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

109 Bruno Walter, wie der Verf. in der formalen Hierarchie des Unternehmens als Prokurist in einem den Werksleitern etwa vergleichbaren Rang, aber mit den Werksbelangen nicht unmittelbar befaßt.

110 Als nach dem Zusammenbruch langsam wieder Überlegungen über eine künftige Gestaltung der Wirtschaft begannen, waren die großen industriellen Einheiten durch die nationalsozialistische Befehlswirtschaft dem Wettbewerb weitgehend entfremdet. Ihr Schicksal war noch ganz unbestimmt. So war der Gedanke einer künftig eher sozialistischen Wirtschaftsordnung vielfach im Gespräch. Auch die amerikanische Regierung hatte ursprünglich die Verstaatlichung gewisser Industrien ins Auge gefaßt, um den politischen und wirtschaftlichen Mißbrauch privater Wirtschaftsmacht für die Zukunft auszuschließen, wollte aber im übrigen den Deutschen die Entscheidung über ihr Wirtschaftssystem überlassen. Clay selbst war ein entschiedener Gegner jeder Sozialisierung und verhinderte de facto die Inkraftsetzung der alsbald für Berlin und Hessen von den verfassungsgebenden Organen beschlossenen Sozialisierungsbestimmungen. Er vertrat den Standpunkt, daß eine so weitreichende Entscheidung erst getroffen werden könnte, wenn das deutsche Volk als Ganzes wieder zu einer wirklichen freien Willensentscheidung in der Lage sei. Zur Begründung diente ihm auch, daß zentrale staatliche Wirtschaftsmacht erst recht die Gefahr erneuten militärischen Potentials heraufbeschwören würde. Ganz anders war die Lage in der britischen Besatzungszone, wo die bald nach Kriegsende in England an die Macht gekommene Labourregierung den entscheidenden Einfluß hatte. Dort stützte sich die Besatzungsmacht für lange vor allem auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die in ihrem „Kölner Programm“ den Wiederaufbau Deutschlands auf sozialistischer Grundlage gefordert hatte. Vgl. Gimbel, Besatzungsmacht, S. 116ff, Winkler, Weichenstellungen, S. 93 ff.

111 Avivage: Schutzschicht für das Ablaufen der fertigen Garne auf den Weiterverarbeitungsmaschinen in Zwirnerei und Weberei.

112 Jhr. Mr. E. B. F. R. G. Wittert van Hoogland war leitender Mitarbeiter in der Auslandsabteilung der Aku. Über seinen vorherigen Besuch in Wuppertal am 7. 11. berichtete Vits, daß Wittert van Hoogland eine ausdrückliche Genehmigung der englischen Militärregierung hatte. Er sei insbesondere beauftragt, die Aku-Glanzstoff-Interessen bezüglich Elsterberg und Tannenberg wahrzunehmen. Er war auch schon in Prag wegen Lobositz, in Rom wegen Bemberg-Gozzano. Vgl. Dok. 3; Anm. 115. Van Vlissingen fungiere weiter als Aufsichtsratsvorsitzender der Aku. Als Aufsichtsratsmitglied und juristischer Berater sei Prof. Pieter Wilhelmus Kamphuisen für die ausländischen Interessen zuständig. Kamphuisen würde in den nächsten Tagen nach Washington fahren, um mit den Amerikanern wegen des niederländischen Charakters der Aku zu verhandeln.

113 Nach langen Verhandlungen mit dem State Department gelang es der Aku im August 1947, ihren Mehrheitsbesitz an den Aktien der Amerenka Corporation in Asheville, NC voll zurückzuerhalten. Sie gab dafür die Mehrheitsbeteiligungen an den früheren Glanzstoffgründungen North American Rayon Corporation und American Bemberg Corporation ganz auf. Die US-Behörden hatten zunächst einen Anteil von 30% am Grundkapital der Aku-

Beteiligungsgesellschaften in USA gefordert. Von holländischer Seite war die deutsche Beteiligung an der Aku bei Kriegsausbruch auf 25% geschätzt worden. Neben der Abgabe der Beteiligten zahlte die Aku noch \$ 400.000,-. Im Rahmen dieser Regelung wurden die während des Krieges auf Grund der Feindvermögensgesetzgebung in USA beschlagnahmten bedeutenden Guthaben der Aku freigegeben. Die Mehrheitsbeteiligungen an der North American Rayon Corporation und der American Bemberg Corporation wurden von den amerikanischen Behörden veräußert. Für die englische Tochtergesellschaft der Aku, die Britenka Ltd., wurde mit der britischen Regierung eine Regelung getroffen, die der Aku den Rückkauf der enteigneten Beteiligung ermöglichte. Bemühungen der holländischen Regierung, auf alliierter Seite zu einer einheitlichen Regelung der gesamten mit der deutschen Beteiligung am Aktienkapital der Aku zusammenhängenden Fragen zu kommen, waren erfolglos geblieben.

114 Dr. Gustav Wegner, Wirtschaftsprüfer, hatte mit Vits schon vor dessen Eintritt bei VGF 1939 im Rahmen der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft zusammengearbeitet und war Vits zu VGF gefolgt. Er war lange sein engster persönlicher Mitarbeiter. Bei Kriegsende war Wegner zunächst in Berlin geblieben und hatte sich dort unter schwierigen Bedingungen um Mitarbeiter von VGF, aber auch um die Abwicklung des Kunstseideverkaufs-büros gekümmert.

115 Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers hatte 1934 die Gold Diskontbank die deutschen Eigentümer von Aku-Aktien, die es aus einem 1929 angebotenen Umtausch von VGF-Aktien in Aku-Aktien in großer Zahl gab, zur Abgabe aufgefordert. Ein Teil war zur Beschaffung von Devisen von den deutschen Behörden im Ausland veräußert worden. Den in Berlin lagernden Rest hatten die Russen als Kriegsbeute übernommen und wollten die nun von der Aku geltend gemachten Eigentumsansprüche an den in der Sowjetzone gelegenen VGF-Werken damit abgelenken.

116 Heinrich Hilger war bis zum Kriegsende Mitarbeiter der VGF-Exportabteilung.

117 Der Zugang zu derartigen „Dienstreisezügen“ war für Mitarbeiter privater Unternehmen schwer zu erreichen. VGF Obernburg hatte von der Reichsbahndirektion in Nürnberg einen Dauerausweis erhalten, der abwechselnd benutzt wurde; Einzelgenehmigungen wurden gelegentlich telefonisch von Nürnberg an Aschaffenburg erteilt. Für den Verkehr zwischen Aschaffenburg und Obernburg durften mit Genehmigung auch Güter- und Gepäckwagen benutzt werden.

118 „Dieser Winter (1946/47) war der kälteste seit Jahren. Die Wasserwege froren zu und die Eisenbahn konnte den dadurch entstehenden Mehrbedarf an Landtransporten mit ihren unzulänglichen Beständen an Waggons und Lokomotiven nicht bewältigen. Viele Züge lagen fest, weil die nur notdürftig reparierten Maschinen infolge des scharfen Frostes Kesselschaden erlitten, Weichen einfroren und Gleise verschneiten. Zeitweilig war die Hälfte aller Lokomotiven und Güterwagen unbrauchbar.“ Schlange-Schöningen, Schatten des Hungers, S. 114.

119 Dr. Siegfried Balke, damals Geschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie in Bayern, später, von 1964 bis 1969, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

120 Der Verf. hatte in seinen Jugendjahren oft die Schulferien bei einer dort verheirateten Schwester seines Vaters verbracht.

¹²¹ Die Vermögenssperre (property control) galt nicht nur für ausländisches Eigentum, sondern auch für das Vermögen aller früheren Parteigenossen der Belastungskategorien 1-3, d. h. für alle, die mehr als Mitläufer waren.

¹²² Dr. Rudolf Mueller war am 11. 9. 1946 von den deutschen Bevollmächtigten beider Zonen zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und Leiter des Verwaltungsamts für das amerikanische und britische Besatzungsgebiet in Minden gewählt worden und hatte Anfang Oktober seine Tätigkeit aufgenommen. Am 1. Januar 1947 wurde nach dem inzwischen von den Alliierten in Washington abgeschlossenen Abkommen die Zweizonenverwaltung Wirklichkeit. Am 16. 1. 1947 wurde Mueller, nachdem die SPD aufgrund der Wahlen in der US-Zone die Mehrheit im Verwaltungsrat für Wirtschaft hatte, abgewählt und durch Viktor Agartz, den damaligen wirtschaftspolitischen Cheftheoretiker der SPD ersetzt.

¹²³ Die Militärregierungen beider Zonen gingen nach und nach dazu über, auch deutsche Behörden in die Bearbeitung der Dekartellisierungsvorhaben einzuschalten. Der bürokratische Leerlauf wurde damit noch größer (neue umfangreiche Fragebogen in englischer und deutscher Sprache). Zu den politischen und rechtlichen Problemen der Dekartellisierung vgl. Memorandum Dr. Mueller an die Militärregierung vom 6. 3. 1947 (Dok. 13).

¹²⁴ Der Spinnfaser AG war vom Landeswirtschaftsamt in Wiesbaden im Herbst 1946 im Rahmen der Textilbewirtschaftung ein „Freikontingent der im eigenen Betrieb hergestellten Zellwolle für Werksbedarf“, d. h. zur Beschaffung von Rohstoffen und Betriebsmaterialien im Tauschverkehr – sogenannte „Kompensationsgeschäfte“ – zugestanden worden. Auch war ihr gestattet worden, textile Fertigwaren für diesen Zweck zu beschaffen und weiterzugeben.

¹²⁵ Vgl. 31. 8. 1946.

¹²⁶ Colonel Taylor war im zivilen Beruf in der amerikanischen Chemiefaserindustrie tätig. Funcke kannte ihn aus seiner früheren beruflichen Tätigkeit in USA.

¹²⁷ Dr. Rudolf Mueller (vgl. 21. 3. 1947) hatte seine Wohnung in Darmstadt.

¹²⁸ Dr. Walter Strauß, Okt. 1945-Dez. 1946 Staatssekretär im Hessischen Staatsministerium, Mitglied des Direktoriums des Länderrats der US-Zone, 1947/1948 stellv. Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, ab April 1948 Leiter des Rechtsamts der Bizone, Mitglied des Parlamentarischen Rates (CDU), 1948-1962 Staatssekretär im Bundesjustizministerium.

¹²⁹ Einige Wochen später teilte der Oberstaatsanwalt in der Kasseler Zeitung (Nr. 79 vom 30. 5. 1947) mit: „Mehrfache Strafanzeigen gaben Veranlassung, Ermittlungen über die Person des Leiters der Prüfungsstelle Kassel des Landeswirtschaftsamtes, Hans Georg Humburg, anzustellen, die ein überraschendes Ergebnis hatten. Es stellte sich nicht nur heraus, daß Humburg die Berufsbezeichnung als ‚Diplom Kaufmann‘ ständig zu unrecht geführt hat, sondern daß er vor allem in einer Weise mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft ist, die ihn für die Ausübung eines öffentlichen Amtes unfähig macht.“ (13 Vorstrafen, darunter zehn wegen Betrug z.T. in Einheit mit Urkundenfälschung, unbefugter Führung eines Adelsprädikats usw.). Gegen Humburg wurde wegen Verdachts des Amtsmissbrauchs und anderer strafbarer Handlungen Haftbefehl erlassen.

¹³⁰ Drei leitende Angestellte der Spinnfaser AG, die Humburg unmittelbar nach der Verhaftung Reimanns aufsuchte, berichteten: „Wir schnitten die Frage an, was nun wirklich an Verfehlungen gegen Herrn Dr. Reimann vorgebracht wird und was die Inhaftierung recht-

fertigt. Herr Humburg antwortete, es sei beobachtet worden, daß sogleich nach Anlaufen der Untersuchungsaktion gegen Spinnfaser A.-G. von Herrn Dr. Reimann nach außerhalb verschiedene Telefongespräche geführt und Fühlungnahme zu den verschiedenen Dienststellen gesucht worden sei, aufgrund deren der Oberstaatsanwalt eine Verschleierungsgefahr befürchtete.“ (Notiz v. 9. 4. 1947).

¹³¹ An anderer Stelle der Notiz v. 9. 4. 1947 wird dazu mitgeteilt: „Zunächst gab uns Herr Humburg Kenntnis von einer Niederschrift des Oberstaatsanwaltes, die am nächsten Tage in den Kasseler Zeitungen veröffentlicht werden sollte. Der uns von Herrn Humburg vorgelesene Text deckte sich mit Ausnahme eines Satzes mit der Veröffentlichung, die am Mittwoch, den 9. 4. in den „Hessischen Nachrichten Nr. 44“ erfolgte und folgenden Wortlaut hat: Wirtschaftsvergehen bei der Spinnfaser A.-G. Kassel. Zu der Rundfunkdurchsage über Wirtschaftsvergehen in Kassel erfahren wir von der Oberstaatsanwaltschaft Kassel: Durch Überprüfung des Geschäftsbetriebes der Firma Spinnfaser A.-G. wurde festgestellt, daß unter Überschreitung und willkürlicher Auslegung erteilter Genehmigungen für den Interzonenverkehr in großem Umfange Fertigfabrikate beschafft und damit der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen wurden. Die so beschafften Waren wurden teils gehortet, teils unter fortgesetztem Verstoß gegen die Verbrauchsregelung an Personen abgegeben, die zum Bezug derselben nicht berechtigt waren, vor allem an leitende Angestellte des Betriebes und Geschäftsfreunde. Es handelt sich um so erhebliche Mengen von Fertigwaren, daß bei ordnungsgemäßer Einsetzung der Bedarf einer kleineren Stadt hätte befriedigt werden können. Die Schwere der Verfehlungen hat zu Verhaftungen u. a. des geschäftsführenden Direktors der Spinnfaser A.-G., Dr. Erich Reimann, geführt. Die Untersuchungen erstrecken sich in diesem Zusammenhange auch auf die Firma Karl Anton Henschel. Die Ermittlungen gehen weiter.“

¹³² Georg August Zinn, 1947-1962 Justizminister u. 1950-1969 Ministerpräsident in Hessen.

¹³³ Da der Verkauf der in Kassel hergestellten Zellwolle ebenso wie der übrigen in den deutschen Betrieben des Konzerns hergestellten Produkte bis zum Kriegsende unter der Gesamtleitung des dafür zuständigen Vorstandsmitglieds mit Sitz in Wuppertal stand, war Ritzauer schon vor mehreren Jahren zum Mitglied des Vorstands der Spinnfaser AG bestellt worden.

¹³⁴ Vgl. dazu Schreiben Spinnfaser AG an das Landeswirtschaftsamt Wiesbaden vom 8. 2. 1947, an dessen Präsidenten vom 2. 4. 1947 und an den Minister für Wirtschaft in Hessen vom 5. 4. 1947 (Dok. 32-34).

¹³⁵ Dem Verf. oblag es als Leiter der Rechtsabteilung des Gesamtunternehmens, die im Zusammenhang mit dem „Spinnfaserprozeß“ anfallenden Rechtsfragen zu bearbeiten und alle zur Verteidigung der Angeschuldigten notwendigen Maßnahmen zu organisieren („Generalstabschef“ der Verteidigung).

¹³⁶ Die Kriegswirtschaftsverordnung war am 4. 9. 1939 als verschärftes Sonderrecht für die Wirtschaft erlassen worden (Abschnitte I-IV Kriegsschädliches Verhalten, Kriegssteuern, Kriegslöhne, Kriegspreise). Nach dem Zusammenbruch war sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt worden. Die Abschnitte II und teilweise III waren durch neue Gesetzgebung des Kontrollrats überholt. Die Preisbehörden leiteten aber ihre Zuständigkeit immer noch aus dieser Verordnung her. Wieweit die Bezugnahme darauf überhaupt noch berechtigt war, mußte genauer untersucht werden, da insbesondere die hessische Verordnung über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. 12. 1945 „von einem Erlöschen der Reichsgewalt“ gesprochen hatte.

¹³⁷ „Einführung in die heutige Naturphilosophie“ von Bernhard Bavink, Leipzig, 1944 in achter Auflage zum letzten Mal erschienen, eröffnete dem Verf., Schüler eines humanistischen Gymnasiums in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, zum ersten Mal einen umfassenden Einblick in die moderne Physik.

¹³⁸ Formulierung von Abs.

¹³⁹ Rechtsanwalt Dr. Erich Berndt, Frankfurt, mit einer vermögenden Jüdin verheiratet, war nach 1933 als Oberlandesgerichtsrat in eine Amtsrichterposition (Handelsregister) versetzt und nach Kriegsende von den Amerikanern zum Generalstaatsanwalt in Frankfurt bestellt worden. Um unabhängiger zu sein, war er später in eine Sozietät mit Rechtsanwalt Dr. Mertens getreten.

¹⁴⁰ Vgl. Dok. 3.

¹⁴¹ Für VGF zuständiger Offizier der britischen Militärregierung in Düsseldorf.

¹⁴² Otto Kind, Verkaufsdirektor von VGF, wegen seiner Auslandserfahrung und seiner englischen Sprachkenntnisse damals Verbindungsmann zur Militärregierung in der britischen Zone.

¹⁴³ Ritzauer war vor 1939 Kollege von Raemisch in der Leitung des Kunstseideverkaufs-büros Berlin gewesen.

¹⁴⁴ Assessor Karl Vogt war Mitarbeiter für die Sozietät von Dr. Rudolf Mueller in Frankfurt und Verteidiger für einen der mitangeklagten kaufmännischen Angestellten.

¹⁴⁵ Der von der Spinnfaser AG entlassene Textilingenieur, der im Zusammenwirken mit dem Leiter der Außenstelle Kassel des Landeswirtschaftsamtes (vgl. 11. 4. 1947) das Verfahren initiiert hatte.

¹⁴⁶ Dr. Elisabeth Selbert wurde im August 1948 als SPD-Abgeordnete zum Mitglied des Parlamentarischen Rates zur Vorbereitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

¹⁴⁷ Oskar Koecke war der für den Zellwollvertrieb zuständige Verkaufsdirektor von VGF in Wuppertal.

¹⁴⁸ Über die Situation bei der zuständigen Behörde, dem Landeswirtschaftsamt Wiesbaden, hat dessen stellvertretender Leiter Heinz Weitzel in der Hauptverhandlung ausgesagt: „Die Bewirtschaftungsanordnung über Textilien, die sogenannte Textilanordnung I/46, war, wenn ich mich recht entsinne, zu Beginn des Jahres 46 im Länderrat in Stuttgart beraten worden und zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Wir von Wiesbaden aus waren dann etwas von den Dingen abgeschnitten, weil einige unserer Referenten durch Eingriffe der Besatzungsmacht kaltgestellt wurden, wenigstens vorübergehend. Es war uns nur bekannt, daß die Verordnung bei OMGUS Berlin zur Genehmigung vorlag. Es dauerte dann ziemlich lange. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, waren wir im Juni 1946 außerordentlich überrascht, als es hieß, die Textilanordnung ist genehmigt, sie wird nunmehr in Kraft treten. Rein technisch stellte uns das vor außerordentlich schwierige Probleme. Wie sollten wir diese Anordnung veröffentlichen? Wir hatten nicht das Papier, um sie vervielfältigen zu können. Es war tatsächlich so, daß wir die Presse bezahlen mußten und diese nicht das Papier hatte, um sie zu drucken. Einen Staatsanzeiger gab es damals noch nicht, so daß wir uns in der Weise beholfen haben, daß wir die Anordnungen vervielfältigt haben, sämt-

lichen Industrie- und Handelskammern und gewerblichen Vereinen zur Verfügung stellten und bekannt gaben, daß dort diese Anordnung eingesehen werden könnte.“

149 Rechtstreit vor einem von Hermann Göring eingesetzten Schiedsgericht über die Rechtmäßigkeit der fristlosen Kündigung des 1933 unter turbulenten Umständen bei VGF ausgeschiedenen früheren Generaldirektors Dr. Fritz Blüthgen.

150 Eine zusammenfassende Darstellung des Spinnfaserprozesses wurde erstellt und den leitenden Angestellten, den Betriebsratsvorsitzenden von Hauptverwaltung und Werken, aber auch anderen Unternehmen nahestehenden Personen sowie maßgebenden Persönlichkeiten in Behörden und Politik zugeleitet.

151 Die Resolution wurde unter Mitwirkung mehrerer kommunistischer Betriebsratsmitglieder, darunter des langjährigen Vorsitzenden Karl Schmitt, gefaßt.

152 Prof. Karl Geiler, von Oktober 1945 bis Januar 1947 hessischer Ministerpräsident.

153 Die Tauentzienstraße in der Nähe des Kurfürstendamms war im Berlin der dreißiger Jahre ein besonders anspruchsvolles Einkaufszentrum.

154 Lucius D. Clay, der amerikanische Militärgouverneur, schrieb in seinen Memoiren Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 115: „Dr. Geiler, würdig und eindrucksvoll, besaß einen außergewöhnlichen Ruf als fähiger Jurist.“

155 Aufgrund des britisch-amerikanischen Abkommens über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung vom 29. 5. 1947 war am 25. 6. 1947 der Wirtschaftsrat, gebildet aus Vertretern der Landtage der Länder beider Besatzungszonen, in Frankfurt zusammengetreten.

156 Prof. Geiler hatte inzwischen das von VGF erbetene Gutachten über die 1929 zwischen Aku und VGF abgeschlossenen Verträge fertiggestellt. Er vertrat ebenso wie Abs und Vits den Standpunkt, daß eine holländische Mehrheit im Aufsichtsrat von VGF nicht akzeptabel sei, daß aber eine Parität zwischen holländischen und deutschen Mitgliedern zurzeit als eine befriedigende Lösung angesehen werden könne. Von der Weitergabe des Gutachtens an die Aku wurde zunächst abgesehen, da die Zeit dafür noch nicht reif schien.

157 Dipl.-Kfm. Michael Zahn, Leiter einer neu geschaffenen zentralen Direktion für den Inlandsverkauf, später Vorstandsmitglied, von 1954 bis 1970 Vorsitzender des Vorstands der Phrix Werke AG, Hamburg.

158 Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts ließ sich die Staatsanwaltschaft mit der weiteren Bearbeitung des Falles Zeit. Ein inzwischen noch eingeleitetes Preisprüfungsverfahren führte zu weiterer Verzögerung. Schließlich gab das Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts, das der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 26. 7. 1949 erließ, Anlaß, das Verfahren gegen die beiden noch verbliebenen Angeklagten Reimann und Koecke durch Beschluß des Landgerichts Kassel vom 13. 3. 1950 einzustellen. Für Reimann wurde Straffreiheit nach diesem Gesetz ausdrücklich festgestellt. Auch für Koecke wurde das Ausmaß möglicher Zuwiderhandlungen als so gering bezeichnet, daß eine Einstellung nach dem Straffreiheitsgesetz vom 31. 12. 1949 erfolgte. – Auch für die interne Organisation von VGF und insbesondere für die Aufgaben und Verantwortung des Vorstands ergaben sich aus diesem Spinnfaserprozeß neue Fragestellungen. Vgl. Dok. 6.

159 Fünfte Außenministerkonferenz in London vom 25. 11. bis 15. 12. 1947, bei der das Deutschlandproblem zum zweiten Mal im Mittelpunkt stand.

¹⁶⁰ Auch die lange in ihrer konkreten Auswirkung ungeklärten Beschränkungen der alliierten Vermögensbeschlagnahme hatten wiederholt zu Schwierigkeiten in der Abgrenzung der Verantwortung und der Befugnisse auch im Verhältnis zwischen dem Vorstand von VGF und den in der amerikanischen Zone bestellten Subcustodians geführt.

¹⁶¹ Schon in einer Vorstandssitzung am 25. 9. 1946 war über erhebliche „Mißstände“ beim Vertrieb bewirtschafteter Waren im Verkauf Obernburg gesprochen worden. Vits schrieb dazu am 4. 10. 1946: „Jedenfalls werden diese zu einem großen Teil nicht zu beweisen sein, es wird aber immer wieder darauf hingewiesen.“ Am 8. 12. 1946 erklärte Ritzauer gegenüber dem Aufsichtsrat, die straffe Zentralisierung des Verkaufs sei die besondere Stärke des Glanzstoff Unternehmens gewesen. Infolge der Zonen und Länderbildung sei jedoch inzwischen eine völlige Dezentralisierung notwendig geworden. Im Hinblick auf die stets erwartete zentrale Lenkung der Wirtschaft in der Bizone sei der provisorische Charakter der Dezentralisation der Verkaufsorganisation zunächst bewußt beibehalten worden. Die Erfahrungen des Kasseler Prozesses hätten jedoch gezeigt, daß dadurch die Abgrenzung der Verantwortungen zu sehr verwischt werde. Deshalb sei inzwischen eine klare Regelung erfolgt. Danach tragen die kaufmännischen Werksleitungen die volle Verantwortung für die Abgabe der Ware gegenüber den behördlichen Bestimmungen der Länder. Die Zentrale steuere die Verkaufspolitik und den Kundendienst. Alle Verhandlungen mit bizonalen Behörden, z. B. für Export usw., würden zentral geführt.

¹⁶² In einer Werksleitersitzung am 4. 11. 1947 war eine bessere Abstimmung zwischen der Einkaufstätigkeit der zentralen Einkaufsabteilung in der Hauptverwaltung und der Einkaufstätigkeit der Einkaufsabteilungen der Werke sowie eine einheitliche Regelung der Kompensationsgeschäfte gesucht worden. Dem Zentraleinkauf sollte die Beschaffung aller Massenrohstoffe und derjenigen Materialien obliegen, bei denen die zentrale Beschaffung einen wirklichen Vorteil bietet. In der Praxis der ersten Nachkriegsjahre waren auch bei der Beschaffung der Massenrohstoffe weitgehend die Werke mit eingeschaltet worden bzw. sie hatten zur Überbrückung dringender Notlagen die Initiative ergriffen. Bei Kohle war durch die Zuteilung aus den regionalen Wirtschaftsbehörden zugewiesenen Länderkontingenten auch Ende 1947 noch nicht an eine zentrale Beschaffung zu denken. Eine einheitliche Regelung für den Abschluß von Kompensationsgeschäften scheiterte auch an der ganz unterschiedlichen Handhabung. In Nordrhein-Westfalen bestand eine offizielle Regelung für Kompensationsgeschäfte überhaupt nicht. Die Richtlinien für die praktische Handhabung mußten mit den örtlichen Wirtschaftsämtern ausgehandelt werden. Dementsprechend war auch eine generelle Bereitstellung eines Anteils der den Werken jeweils zugestandenen Quote ihrer Produkte für vom Zentraleinkauf abzuschließende Kompensationsgeschäfte nicht möglich. Jeder Fall mußte im Zusammenwirken von Werks- und Zentraleinkauf behandelt werden. Bei der Zentrale wurde ein Fertigwarenlager für Kompensationszwecke eingerichtet, um auch im Werksinteresse Gegenleistungen ohne schädlichen Zeitverlust erbringen zu können. Der Kompensationsbedarf der Hauptverwaltung selbst mußte von allen Werken nach einem festgelegten Schlüssel gemeinsam getragen werden. Auch die „Leistungsprämien“ (Sachprämien) für die Angestellten der Hauptverwaltung (Elberfeld und Obernburg) mußten auf ähnliche Weise umgelegt werden. Vgl. Notiz des Verf. vom 17. 12. 1947: Die Kompensationsbedingungen sowohl der verschiedenen Werke wie auch für die einzelnen Geschäfte innerhalb eines Werksbereichs wichen häufig stark voneinander ab, weil die Angebote auf besonderen Voraussetzungen bei dem Lieferanten beruhten oder nur für kleine Mengen in Betracht kamen. Andererseits mußten gelegentlich auch Geschäfte zu ungünstigeren Bedingungen abgeschlossen werden, wenn mit Rücksicht auf die Versor-

gungslage oder andere Umstände ein anderer Ausweg nicht zur Verfügung stand. Trotzdem wurde ein Austausch von Kompensationsbedingungen für alle mit dem Einkauf Befassten als wertvoll angesehen.

¹⁶³ Entwurf des Verf. für ein Sonderprotokoll zur Werksleitersitzung vom 4. 11. 1947: „Die anwesenden Werksleiter erklären sich mit der allgemeinen Haltung und den getroffenen Maßnahmen des Vorstandes in dieser Frage voll solidarisch und ermächtigen Herrn Dr. Vits, nach seinem Ermessen und zu einem ihm notwendig erscheinenden Zeitpunkt mit dem Rücktritt des gesamten Vorstands auch den Rücktritt aller anwesenden Werksleiter zu erklären, falls von holländischer Seite Forderungen gestellt werden, die unter Abwägung aller Umstände vom Standpunkt der Erhaltung einer selbständigen deutschen Glanzstoff-Verwaltung als unzumutbar anzusehen sind. Der Vorstand ermächtigt die Werksleiter, von den im Verhältnis Aku/VGF bestehenden Problemen bei ihnen geeignet erscheinenden Gelegenheiten auch maßgebende Gewerkschaftsvertreter zu unterrichten...“.

¹⁶⁴ Hilde Klompé, Sekretärin des holländischen Vorstandsmitglieds, späteren Vorsitzenden des Vorstands der Aku, van Schaik, mit der der Verf. während des Krieges oft schwierige Fragen behandelt hatte. (Ihre Schwester, Dr. Margaretha A. M. Klompé, spielte in der niederländischen Politik eine wichtige Rolle, u. a. als Minister für Soziale Fürsorge 1956-1963 und für Kulturelle Fragen 1966-1971). Vgl. auch Anm. 77 und 168.

¹⁶⁵ Mit dieser Eintragung, die nicht unter einem Tagesdatum erfolgte, beginnt die Kladde für 1948.

¹⁶⁶ Baron Oskar von Cohorn hatte in den USA eine Ingenieursfirma O. Cohorn Corporation New York, gegründet, die den Bau von Kunstseidefabriken in der ganzen Welt betrieb und den von ihm errichteten Fabriken auch Fachkräfte für deren Leitung vermittelte. Bei einem späteren Aufenthalt in der Bundesrepublik besuchte Baron von Cohorn auch VGF. Vits schrieb am 28. 9. 1950 darüber: „Heute besuchte mich Herr von Cohorn. Er erzählte mir, daß er zur Zeit in Deutschland sei, um von der I.G. oder von Wacker die Verfahren zur Rohstoffherstellung für die Acetatseide zu erwerben, da er mit der Errichtung einer Acetatseidenfabrik beschäftigt wäre. Bei der Gelegenheit hätte er meine Bekanntschaft machen wollen. Ich habe Herrn von Cohorn gesagt, daß ich auch schon lange seine Bekanntschaft hätte machen wollen, um ihm mitzuteilen, wie wenig erfreulich sein Verhalten Glanzstoff gegenüber gewesen wäre. Er hätte als Leiter einer amerikanischen Kommission unsere Fabriken besucht, wogegen wir uns nicht hätten wehren können, und hätte diese Tätigkeit dazu ausgenutzt, um an zahlreiche unserer Herren Vertragsangebote zu machen. Leider hätte Dr. Baumgürtel dieses Angebot angenommen, während alle übrigen Herren allerdings erfreulicherweise die Angebote abgelehnt hätten. Ich hätte gegen diese Ausnutzung einer amtlichen Funktion zu privaten Geschäftszwecken seinerzeit über unsere Verbände bei General Clay protestieren lassen. Herr von Cohorn erwiderte, daß er die Angebote erst nach seiner Rückkehr ins Privatleben gestartet hätte. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß dies kein Unterschied wäre, da er ja den Eingang zu unseren Betrieben auf dienstlichem Wege empfangen hätte.“ Dr. Bernhard Baumgürtel, seit 1942 bereits stellvertretender Produktionsleiter im Werk Oberbruch Bez. Aachen, war 1945 als Nicht-Pg zum Leiter dieses Stammwerkes von VGF bestellt worden. Das Werk erhielt trotz intensivster Bemühungen erst im Februar 1947 von der englischen Militärregierung das Permit zur Wiederaufnahme der Produktion. Baumgürtel nahm Anfang 1948 ein Angebot von Cohorn für eine leitende Tätigkeit in dessen Unternehmen an und war u. a. in Brasilien für ihn tätig.

¹⁶⁷ Eine Kontrolle von ausländischen Besuchern in deutschen Betrieben der US-Zone hatte schon Anfang 1946 begonnen. Auf Anweisung des US-Hauptquartiers durfte die Werksleitung in Obernburg seit dem 7. 3. 1946 ausländische Besucher nur mit schriftlicher Genehmigung der örtlichen Militärregierung empfangen. Eine durchgreifende Beschränkung setzte aber erst 1947 ein.

¹⁶⁸ Der Verf. hatte mit van Schaik während seiner Tätigkeit in Arnheim im Krieg in ständigem engem Kontakt gestanden (vgl. Anm. 189). Nach dem Krieg wurden neben van Schaik als ordentlichem Vorstandsmitglied der Aku noch fünf stellvertretende Vorstandsmitglieder berufen, unter ihnen Jaques Daniels, der langjährige Verkaufsleiter der Aku, der während des Krieges mehrere Wochen in einem deutschen Lager in Holland verbracht hatte, sowie Johannes Meynen, der – bis zum Kriegsausbruch europäischer Repräsentant der Hercules Powder Company, Wilmington, USA – nach Kriegsende zunächst holländischer Kriegsminister geworden war.

¹⁶⁹ Am 4. 1. 1948 hielt der Wirtschaftsdirektor der Bizone, Johannes Semler, auf einer CSU-Versammlung in Erlangen eine Rede, in der er die Politik und die Praktiken der Besatzungsbehörden angriff. Viele seiner Feststellungen sprachen auch nach Ansicht der amerikanischen und englischen Militärregierungen die Grundprobleme zutreffend an. Die polemische Form seiner Äußerungen führte zu einer heftigen Reaktion. Semler wurde am 24. 1. 1948 von seinem Posten entlassen.

¹⁷⁰ Nachdem für Obernburg bereits durch einen Export-Import-Vertrag zwischen einer Fa. John J. Ryans & Son, New York, der Joint Export-Import Agency in Frankfurt und dem staatlichen Außenhandelskontor Bayern eine Erleichterung der Rohstoffversorgung angestrebt worden war, kam im August 1947 durch Vermittlung des früheren Wirtschaftsoffiziers der Militärregierung in Aschaffenburg, Cpt. Varda (vgl. Anm. 18), ein Vertrag mit einer Firma Lesavoy Industries Inc., New York, zustande, der in erster Linie für die Rohstoffsicherung des Werkes Kelsterbach bestimmt war. Obernburg wurde mit Teilen einbezogen. In diesem Vertrag verpflichtete sich der amerikanische Partner nicht nur, Zellstoff, Schwefel, Pyrit, Olein, Packmaterial und sonstige Materialien, sondern auch Lebensmittelpakete für die Belegschaft des Werkes Kelsterbach zu liefern, was angesichts der bis zur Währungsreform ebenfalls schwierigen Beschaffung von Arbeitskräften zu einer besonders wirksamen Hilfe wurde. Der Umfang der Pakete, die anfangs unmittelbar aus USA an die einzelnen Empfänger gesandt wurde, war wie folgt gestaffelt: „According to our arrangements of yesterday we beg to hand you enclosed the lists of our workers for the food parcels. Group No. 1, containing 363 names, are the best respectively hard working people, No. 2 with 492 names are middle class and No. 3 those who do easy work and therefore are to get the smallest parcels (208 names). Regarding the contents of the parcels for the three groups we suggest a relation of 1,5:1,0:0,75.“ (Schreiben VGF an Lesavoy vom 21. 8. 1947). Später meldeten sich – auch in der Öffentlichkeit – kritische Stimmen zu derartigen „Kompensationsgeschäften“ mit dem Ausland, insbesondere aus der Besorgnis, der deutschen Kundschaft und damit dem deutschen Bedarf würden dadurch dringend benötigte textile Garne entzogen. Daß diese Kundschaft, die verarbeitende Textilindustrie, sich darauf ihrerseits um Belieferung mit Kunstseide durch die frühere ausländische Konkurrenz von VGF bemühte, wurde bald auch bei VGF als unerwünschte Fehlentwicklung betrachtet. Der Lesavoy-Vertrag wurde im Dezember 1948 beendet.

¹⁷¹ Werner Clostermann, der Leiter der Wirtschaftsstelle (Rechnungswesen und Kalkulation) von VGF – bewohnte mit seiner Frau die andere Hälfte des Siedlungshauses, in dem der Verf. mit seiner Familie untergekommen war.

¹⁷² VGF hatte die Lizenz zur Herstellung von Perlon im März 1943 von der I.G. Farbenindustrie (IG) erworben. An den Lizenzverhandlungen war auch Dr. Johannes Kleine als Leiter der betreffenden Sparte der IG beteiligt gewesen. Vits gelang es 1948, Kleine, für den Arbeitsmöglichkeiten auf seinem Fachgebiet bei der IG zu damaliger Zeit nicht bestanden, als Berater für VGF zu verpflichten – sozusagen als Ersatz für die im Lizenzvertrag vorgesehene technische Beratung durch die IG. Kleine zog in der Folge auch noch weitere auf dem Perlongebiet erfahrene Fachkräfte der IG, u. a. Dr. Alfred Ebert – das spätere technische Vorstandsmitglied von VGF – nach. Vgl. auch Anm. 38.

¹⁷³ Minnie Blickmann-Kothe, eine mit dem Verf. aus der Studentenzeit befreundete, damals in Amsterdam lebende Holländerin.

¹⁷⁴ Auch Jr. Arie van Halewijn, inzwischen als technischer Kollege von der Aku in den Vorstand von VGF entsandt, hatte in diesen Tagen – aus ganz anderen Gründen – um eine Normalisierung der Vorstandsarbeit nachgesucht. Er schrieb am 9. 2. 1948 an Vits: „... Aus diesem Brief ersehen Sie, daß ich danach strebe, eine gute Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Rathert aufrecht zu erhalten, daß Herr Dr. Rathert aber andererseits Verständnis dafür haben muß, daß ich meine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der VGF auch so auffassen will, daß ich mit die große Verantwortung trage, die der Vorstand in dieser schweren Zeit der Wiederinbetriebsetzung und Aufbaues der Werke zu tragen hat. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn beiderseits der gute Wille vorhanden ist, wir zu einer für alle Teile ersprießlichen Zusammenarbeit kommen können und werden. Ich habe das Gefühl, daß ich hier immer noch als Aku-Angestellter angesehen werde und möchte ernstlich in den Glanzstoffkreis aufgenommen werden. Deshalb möchte ich auch mit den nicht rein technischen Nöten und Sorgen unserer Gesellschaft vertraut werden und bedaure es deshalb sehr, wie ich Ihnen schon vor einem Monat sagte, daß die Vorstandssitzungen nicht regelmäßig abgehalten werden können. Für mich, der ich mich als Außenstehender nur allmählich einarbeiten kann, wäre es gut, wenn ich soviel wie eben möglich an diesen Vorstandsbesprechungen teilnehmen könnte. Ich verstehe vollkommen, daß bei der heutigen Lage, die die Vorstandsmitglieder zu vielen Reisen zwingt, es sehr schwer ist, einen bestimmten Tag dafür festzulegen, nehme aber doch an, daß es möglich sein wird, die Besprechungen allwöchentlich an einem Tag abzuhalten, an dem möglichst viele Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wie ich seinerzeit schon sagte, wäre es vielleicht dann angebracht, daß für die nicht anwesenden Herren eine Niederschrift der Besprechung angefertigt wird, die evtl. nur stichpunktartig zu sein brauchte. Ich glaube, daß ein derartiges, ziemlich zwangsweises Zusammenkommen, wobei Monatsbilanzen, schwebende Probleme, allgemein interessierende Fragen usw. besprochen werden, im Interesse von Glanzstoff sein wird.“

¹⁷⁵ Dipl. Kaufmann Wolfgang Wicht, einer der vom Verf. für das Sekretariat der Hauptverwaltung in Obernburg kurz zuvor eingestellten Kriegsteilnehmer (vgl. 3. 2. 1947), später Leiter der Sozialabteilung von VGF.

¹⁷⁶ Ursula Gräfin von der Schulenburg hatte in den Monaten vor dem deutschen Einmarsch dem Botschafter – er war unverheiratet – in Moskau das Haus geführt.

¹⁷⁷ Vits schrieb wenige Tage später, am 14. 4. 1948, in einer Notiz an Abs und seine Vorstandskollegen: „In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß besonders qualifizierte Herren ausscheiden wollen ... bei den Plänen von Herrn Funcke und bei anderen Herren hat man stark den Eindruck, daß die Herren Zweifel gegen die Stabilität der Geschäftsführung bei Glanzstoff hegen. Sie fürchten, daß ihre großen Verdienste in der jetzigen Zeit ohne ein ver-

nünftiges Äquivalent in späterer Zeit nicht anerkannt würden. Der Eintritt von Herrn van Halewijn in den Vorstand hat hierbei zweifellos stark beunruhigend mitgewirkt. Die Herren fürchten, es könnten auch für Werksleitungen Vertreter der Aku in Frage kommen... Es wird erforderlich sein, daß der neue Aufsichtsrat nach seiner Wahl alsbald zu all diesen Problemen in klarer Form Stellung nimmt.“

178 Walter Odrich, Vorstandsmitglied von VGF, hatte den Verf. im Juni 1934 als jungen Juristen nach Wuppertal geholt. Er mußte 1939 wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Kehl aus dem Vorstand ausscheiden. 1949 war er als Geschäftsführer der Minimax GmbH in Stuttgart tätig.

179 Dr. Lothar Henrich, Leiter der Patentabteilung von VGF, stammte aus Hermannstadt, Siebenbürgen. Sein Vater war dort Bankdirektor gewesen. Er hatte den Verf. zuerst auf das Buch von Bavink „Einführung in die heutige Naturphilosophie“ aufmerksam gemacht (vgl. Anm. 137). – Karl Schieck, technischer Werksleiter des Werkes Oberbruch.

180 Neben Vits, dem Treuhänder für das Gesamtunternehmen mit Sitz in Wuppertal (vgl. Anm. 18), waren für die in der amerikanischen Zone gelegenen Werke noch Untertreuhänder ernannt worden (Reimann für Kassel, Aretz für Kelsterbach). Noch am 18. 3. 1948 wurde Schmekel durch die Militärregierung in Bayern zum Zonentreuhänder für die in der US-Zone gelegenen VGF-Betriebe Obernburg (einschließlich der dort noch arbeitenden Teile der Hauptverwaltung), Kelsterbach und Kassel bestellt. Trotzdem benannte die Aku in ihrem Freilassungsantrag vom 31. 3. 1948 Aretz zu ihrem „Agent“ für die inzwischen möglich gewordene Freilassung aus der Vermögenskontrolle, wie sich herausstellte aber wohl mehr aus praktischen Gründen. Dem Antrag wurde im August 1948 durch die inzwischen eingeschalteten deutschen Behörden (Landesämter für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung) entsprochen. VGF blieb aber auch nach der Aufhebung der Treuhänderschaft von Vits und Schmekel noch dem Gesetz Nr. 52 unterworfen. Als Treuhänder fungierte der Repräsentant der Aku, Wittert van Hoogland. Den endgültigen Abschluß brachte erst die Einstellung des Dekartellisierungsverfahrens im Herbst 1952. Vgl. Anm. 237 und Dok. 6.

181 Auf Initiative von Aretz war in Kelsterbach frühzeitig ein „Sachprämiensystem“ für Mitarbeiter entwickelt worden, das behördliche Anerkennung fand, für die gesamte hessische Industrie beispielgebend wurde und auch in anderen Ländern der amerikanischen Zone Interesse fand.

182 Die Vermögenssperre für den Inhaber eines größeren Lebensmittelgeschäftes als alten Pg war inzwischen aufgehoben, der Vater des Verf. nicht mehr Treuhänder.

183 Vgl. Dok. 14.

184 Hans Söhnker und Willy Fritsch, bekannte Filmschauspieler der Vorkriegsjahre.

185 Tochter der Flüchtlingszwangseinmieter.

186 Die Währungsreform erfolgte durch drei gleichlautende Erlasse der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung vom 18. 6. 1948 mit Wirkung vom 21. 6. 1948.

187 Am Stichtag der Währungsreform konnte jeder Einwohner der drei westlichen Besatzungszonen 40 RM im Verhältnis 1:1 in neue DM eintauschen, weitere 20 RM im gleichen Verhältnis im August/September. Unternehmen waren berechtigt, den bei ihnen Beschäftigten DM 60,- als Übergangsgeld auszuzahlen. RM-Konten bei Banken und Sparkassen wurden im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Die Hälfte des danach verbleibenden Guthabens

stand zur freien Verfügung, die andere Hälfte wurde zunächst auf einem „Festgeldkonto“ gutgeschrieben. Das Umtauschverhältnis für diese Konten wurde später so verkürzt, daß sich für die RM-Konten im Durchschnitt nur ein Umtauschverhältnis von 100:6,5 ergab.

188 Vits berichtete kurze Zeit später in der Hauptversammlung von VGF am 24. 8. 1948: „Die durch die Währungsreform zunächst eingetretenen Liquiditätsschwierigkeiten [lt. Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat vom 13. 9. 1948 betrug der Geldbestand bei VGF am 18. 6. 1948 in alter Währung RM 7.401.000, der Anfangsbestand in neuer Währung DM 589.000] konnten überwunden werden. Da gerade in der Textilwirtschaft durch die verhältnismäßig hohe Kopfquote große Umsätze getätigt wurden, waren unsere Abnehmer schnell wieder im Besitz flüssiger Mittel. Die nach der Währungsreform durchgeführte Aufhebung zahlreicher Bewirtschaftungsmaßnahmen hat sich auch auf unser Arbeitsgebiet günstig und produktionssteigernd ausgewirkt. Wir glauben, daß auch auf dem Textilgebiet ein Übergang zu einer völlig freien Marktwirtschaft möglich sein wird, sofern die Industrie sich ihrer volkswirtschaftlichen Verantwortung bewußt ist und die nun wieder unter ihrer eigenen Verantwortung stehende Preispolitik nach den Notwendigkeiten der gesamten Volkswirtschaft ausrichtet und auf Konjunkturgewinne verzichtet. Bei den jetzt auftauchenden Übergangsschwierigkeiten ist zu berücksichtigen, daß so weitgehende Strukturveränderungen der Wirtschaft auch bei bestem Ablauf nicht reibungslos vor sich gehen können.“

189 Es war die Haltung, die van Schaik noch viele Jahre später in einem Schreiben an den Verf. zu den Worten veranlaßte: „Ich gedenke noch öfters der schwierigen Kriegsjahre, wo Sie mir so gut geholfen haben und wo wir in feindlichen Verhältnissen Freundschaft geschlossen haben.“ (Schreiben van Schaik v. 8. 1. 1964).

190 In dem Lagebericht des Vorstands zu der AR-Sitzung am 22. 6. 1948 wurde mitgeteilt, daß die Produktion der drei in der amerikanischen und britischen Zone gelegenen Werke von VGF sich von 1.800 Tonnen Chemiefaser im Jahr 1945 über 2.100 Tonnen 1946 auf 5.400 Tonnen 1947 gesteigert hatte. Für 1948 wurde eine Gesamtzerzeugung von 11.000 Tonnen und damit eine Kapazitätsauslastung von 50 Prozent geplant und ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. In der Reichsmarkschlußbilanz zum 30. 6. 1948 wurde nach dem aus den vergangenen Jahren noch bestehenden Verlustvortrag von RM 12,24 Mill. für das erste Halbjahr 1948 zum ersten Mal nach Kriegsende ein Gewinn (RM 3,54 Mill.) ausgewiesen. In der Aufsichtsratssitzung am 13. 9. 1948 konnte mitgeteilt werden: „Die Währungsreform hat den betrieblichen Ablauf nicht beeinflußt. Anfangsschwierigkeiten wurden überwunden. Durch die Realisierung von Lagerbeständen und sorgfältige Finanzplanung konnten alle laufenden Geldverpflichtungen reibungslos abgewickelt werden. Auf die Löhne und Gehälter wurden zunächst Abschlagszahlungen geleistet. Restbeträge wurden mit einer Verzögerung von 14 Tagen ausgezahlt. Die Arbeitsleistung ist durch die Umstellung der Währung günstig beeinflußt. Die Krankenziffern gingen merklich zurück, und Bummelschichten und Werksdiebstähle hörten fast ganz auf. Die Einzelleistungen besserten sich... Die Gesteungskosten stiegen seit längerer Zeit durch Preiserhöhung bei allen Roh- und Hilfsstoffen. Hierzu trat die Steigerung durch Lohn- und Gehaltserhöhung um 15-26,5%. Wir waren dadurch gezwungen, Mitte Juli die mit Wirkung von April 1947 für das Werk Oberbruch genehmigte Preiserhöhung um ca. 25% auch für die Werke Obernburg und Kelsterbach durchzuführen. Damit erreichten wir zugleich die gewünschte Vereinheitlichung unserer Preisliste. Auch die neuen Preise werden auf dem Gebiet der Textilseide nur eine mässige Gewinnmarge belassen... Die hohen Steuern belasten das Ergebnis und zugleich die Liquidität. Die Erwartung, daß ein Teil der Steuerverpflichtungen durch Anrechnung der Verlust-

beträge der vergangenen Jahre aufgefangen werden würde, ist durch den Währungsschnitt und die steuerliche Übergangsregelung enttäuscht... Der Tag des Währungsschnitts brachte uns die Auflockerung der Bewirtschaftung und stellte uns mit der fast völlig freien Wirtschaft vor absatzpolitische Fragen, die in Deutschland in weiten Kreisen fast ganz in Vergessenheit geraten sind... Die Kundschaft vermerkt es mit Anerkennung, daß wir uns bemühen, keinen Kunden verhältnismäßig benachteiligen oder bevorteilen zu wollen, und daß wir keine Vorbehaltsklauseln hinsichtlich der Preisstellung für alle bestätigten Aufträge machen...“ (Protokoll der Aufsichtsratsitzung).

¹⁹¹ Fast die gesamte Buchhaltungsunterlagen von VGF waren bei einem Bombenangriff in den letzten Tagen vor der Besetzung vernichtet worden und mußten in mühevoller Kleinarbeit wieder rekonstruiert werden. Zur finanziellen und insbesondere Liquiditätsfrage schrieb Reimann bereits am 17. 6. 1948 an Vits: „In den letzten Tagen habe ich Besprechungen mit allen hiesigen Banken, mit denen wir Geschäftsbeziehungen unterhalten, geführt und von allen die Zusage erhalten, daß wir nach der Währungsreform jede nur denkbare Unterstützung erfahren werden. Es ist damit zu rechnen, daß wir für Lohn- und Gehaltszahlungen zunächst Kredite in Anspruch nehmen müssen, während wir uns für den Einkauf der benötigten Roh- und Betriebsstoffe der Möglichkeit der Wechselbegebung zu bedienen haben werden. In den vergangenen Tagen haben wir selbstverständlich alle notwendigen Maßnahmen nochmals eingehend erörtert. Vor allen Dingen habe ich nochmals überprüft, mit welchen größeren Verpflichtungen auf Grund langfristiger Aufträge, die seinerzeit vom Aufsichtsrat genehmigt worden sind, wir in die Währungsreform eintreten... Was die Höhe der Kreditinanspruchnahme betrifft, so wird dieselbe naturgemäß abhängig sein von unseren Absatzmöglichkeiten, wobei ich in der ersten Zeit nach der Währungsreform eine gewisse Zurückhaltung bei unseren Kunden erwarte, die nach den Feststellungen, welche ich gelegentlich meiner letzten Reise getroffen habe, im allgemeinen auf einige Monate hinaus mit Rohstoffen gut versorgt sind...“

¹⁹² In den zwanziger Jahren waren bei der Gründung der gemeinsamen Tochtergesellschaft überaus komplizierte Regelungen unter Einschaltung von Schweizer Tochtergesellschaften beider Partner getroffen worden. – Dr. Fritz Blüthgen, früherer Vorstandsvorsitzender von VGF. – Dr. Albert Stappert, Rechtsanwalt in Heidelberg.

¹⁹³ Ein im 19. Jahrhundert dem Windsor Castle nachgebautes Jagdschloß der Fürsten von Leiningen, die mit dem englischen Königshaus in verwandtschaftlichen Beziehungen standen.

¹⁹⁴ Textile Fertigwaren aus neuen Mischungen chemischer Fasern durften im Rahmen behördlicher Pauschalgenehmigungen in beschränktem Umfang hergestellt und zur Erprobung ihrer Trageeigenschaften abgegeben werden.

¹⁹⁵ Durch das Gesetz Nr. 56 der US-Militärregierung vom März 1947 waren alle Unternehmen, die mehr als 10.000 Personen beschäftigten, einer eingehenden Überprüfung unterworfen worden. Umfangreiche Berichte waren zu erstellen, nachdem VGF mit den im Westen verbliebenen Tochtergesellschaften inzwischen wieder eine entsprechende Anzahl von Mitarbeitern hatte. Laut Aufsichtsratsprotokoll vom 13. 9. 1948 wurden am 31. 8. 1948 in den drei VGF-Werken, bei den Verwaltungsstellen und in den Betrieben der Glanzstoff-Courtaulds GmbH, der Spinnfaser AG sowie der Kunstseiden AG 13.168 Arbeitskräfte beschäftigt. Dr. Sch., ein früherer Reichsbankinspektor, war von der britischen Militärregierung (Property Control) dem amerikanischen Beauftragten für die Dekartellisierung in Düsseldorf, Col. Kirby, als Mitarbeiter zur Verfügung gestellt worden. Insbesondere kam es

darauf an, diejenigen Arbeitskräfte glaubhaft auszusondern, bei denen die derzeitige Tätigkeit nicht als Dauerbeschäftigung im Rahmen normaler Betriebsführung anzusehen war (Beseitigung von Kriegsschäden, Nachholung von Instandsetzungsarbeiten am Maschinenpark, Mehrbesetzung wegen Leistungsabfall durch Unterernährung, Erfüllung neuer sozialer Aufgaben, Vorbereitung neuer Produktionsprogramme). Der Besuch in Obernburg sollte dem Sachbearbeiter einen Einblick in die Produktionsvorgänge zur Beurteilung der von VGF gemachten Angaben ermöglichen. Vgl. Anm. 237.

¹⁹⁶ In einer Vorstandssitzung in Obernburg im September 1946 war eingehend über Standort und Größe der künftigen Hauptverwaltung von VGF gesprochen worden. Vits berichtete dazu am 4. 10. 1946: „Der Standort der Hauptverwaltung kann erst endgültig entschieden werden, wenn der Bestand des Unternehmens nach Entscheidung der Viermächtekonferenz gesichert ist. Es wird dann u. a. zu berücksichtigen sein, daß in Wuppertal das Verwaltungsgebäude noch intakt ist und daß die günstige Lage zu Holland und zu Minden von Bedeutung ist. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß im Raum Frankfurt die wichtigsten Werke liegen und daß möglicherweise die Zentrale Wirtschaftslenkung auf die Dauer von Minden in den Raum Frankfurt verlegt wird.“ Rücksiedlungen wurden dementsprechend vorerst nicht veranlaßt. Nach der Errichtung des Wirtschaftsrates der Bizone und des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Frankfurt wurde dort für den Vorstand eine Unterkunft und ein kleines Büro eingerichtet.

¹⁹⁷ Dir. Ludwig Stremme, Leiter des Holzeinkaufs der Degussa und im Krieg Reichsbeauftragter für Holzkohle, Frankfurt, mit dem der Verf. in den letzten Kriegsmonaten im Zusammenhang mit dem Auftrag zur Selbstmeilerung von Holzkohle durch Betriebe der Chemiefaserindustrie in Verbindung gekommen war.

¹⁹⁸ Der Verf. hatte zuvor aus dem Nachlaß des 1943 in Rußland gefallenen jüngsten Bruders Siegfried Vaubel wieder einige Bücher erhalten.

¹⁹⁹ In einem Standardbrief vom November 1948 wird ein in diesem Zusammenhang typischer Vorgang behandelt. Vgl. Dok. 9.

²⁰⁰ Unter vertikaler Dekartellisierung war der Verzicht auf eine deutsche Konzernverwaltung und die unmittelbare Unterstellung der deutschen Werke unter die Verwaltung der Aku, Arnheim, verstanden worden. Vgl. Dok. 14.

²⁰¹ Stephan Seidel, ein 1934 nach USA ausgewandelter Studienfreund des Verf.

²⁰² Die Dr.-Hans-Jordan-Stiftung war ein 1919 aus Anlaß des 70. Geburtstages des Vorsitzenden des Gründungs-Aufsichtsrats von VGF, Jordan, geschaffenes Sondervermögen für soziale Hilfeleistungen. Es wurde 1937 auf Veranlassung von Schmekel auf einen eingetragenen Verein übertragen, dem insbesondere die Gewährung von Altersbeihilfen an frühere VGF-Mitarbeiter aller Kategorien oblag. 1964 erfolgte aus Anlaß des fünfundsiebenzigjährigen Dienstjubiläums von Vits als Vorstandsvorsitzendem die Umbenennung in Jordan-Vits-Stiftung. Die Mitglieder des Vereins sind seit dieser Zeit paritätisch aus Vertretern des Management und der Betriebsräte zusammengesetzt. Die Stiftung ist Träger einer nach Dienstjahren geregelten freiwilligen betrieblichen Altersversorgung für die Arbeiter und Tarifangestellten von VGF.

²⁰³ Auch bei VGF war die wirtschaftliche Lage schwieriger geworden. Zwar war der Gesamtumsatz von VGF von 5,4 Mill. kg in 1947 auf 12,55 Mill. kg in 1948 gestiegen. Aber die Ertragslage war unbefriedigend. Vits schrieb am 15. 12. 1948: „Bekanntlich haben wir uns

sehr bemüht, die Erhard'sche Wirtschaftspolitik dadurch zu stützen, daß wir in unserer Preispolitik ganz besonders vorsichtig vorgegangen sind. Nachdem nun in Oberrhein Lohnerhöhungen eingetreten sind und zahlreiche Rohstoffe weiter im Preis gestiegen sind, ergibt die Vorschau auf das Jahr 1949, daß wir auch bei Annahme recht hoher Produktionsziffern nur einen überaus bescheidenen Gewinn erzielen würden...". Vits schlug eine Erhöhung der Preise für textile Seide um 15% vor (die Preise für Reifengarn hielt er für ausreichend) und wies darauf hin, daß die bisherige vorsichtige Preispolitik den erwarteten wirtschaftspolitischen Erfolg nicht hatte, weil die Händler und Weiterverarbeiter übermäßig hohe Aufschläge machten. Im übrigen müsse VGF im Lauf der Jahre mit immer stärkerer Auslandskonkurrenz rechnen. Die Mittel für die bis dahin unbedingt erforderlichen Rationalisierungs- und Modernisierungsarbeiten könnten nur aus dem Verkaufserlös der Produkte kommen.

204 Das Land Nordrhein-Westfalen war durch eine Verordnung der britischen Militärregierung aus dem nördlichen Teil der früheren preußischen Rheinprovinz und der Provinz Westfalen gebildet worden. 1947 wurde noch Lippe-Detmold zugeschlagen.

205 Hans-Herwarth Kayser, Leiter der Personalabteilung der Hauptverwaltung von VGF.

206 Hans Zehrer, *Der Mensch in dieser Welt*, Hamburg, Stuttgart 1949, einer der „Rowohlt's Rotationsromane“, die in Auflagen von je 100.000, im Zeitungsformat auf billigstem Papier gedruckt, zu Preisen von DM 0,50 bis DM 3,- erschienen und sofort vergriffen waren.

207 Neben der Vorsorge für eine regelmäßige Sitzungsfolge und der Anfertigung und Verteilung der Protokolle war dem Verf. aufgetragen: „das Protokoll daraufhin durchzusehen, ob sämtliche Beschlüsse auch tatsächlich durchgeführt werden, vor jeder Vorstandssitzung zu prüfen, ob über Punkte früherer Sitzungen noch ergänzende Berichte zu erstatten sind oder weiteres zu veranlassen ist“ (Notiz Vits 4. 1. 1949).

208 „Als Erhard die Industriepreise freigab, war seine durchaus richtige Erwartung, daß gerade die hohen Preise sowohl als Motor rasch wachsender Produktion wirken, als auch der Industrie die Mittel zur Selbstfinanzierung der dafür notwendigen Investitionen verschaffen würden. Es kam nur darauf an, wie lange dieser Prozeß dauern und ob er nicht in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft zu untragbaren Spannungen führen würde.“ Schlange-Schöningen, *Schatten des Hungers*, S. 222.

209 Gerd Weissner, Freund von Weitzel, trat kurz danach in die Anwaltssozietät von Dr. Mueller ein.

210 Österreichische Glanzstoff-Fabrik St. Pölten, Tochtergesellschaft von Aku/VGF, ab Kriegsende vorübergehend in russischer Verwaltung. Vgl. Dok. 3.

211 Rechtsanwalt Dr. Werner Sardemann, Wuppertal.

212 Die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG war am 19. September 1899 gegründet worden. Das fünfzigjährige Jubiläum stand bevor. Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt.

213 Hotel Kaiserhof, Wuppertal-Elberfeld.

214 Dr. Konrad Duden, Justitiar der Schering AG, seit Kriegsende Rechtsanwalt in Frankfurt, Berater für internationales Recht, seit 1953 Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Heidelberg.

- 215 Jr. Th. Lelij, Leiter der Patentabteilung der Aku. Dr. Joseph Stöckly, Schweizer, bis zum Anfang des Krieges der langjährige Leiter der Patent- und Forschungszentrale von VGF in Berlin-Teltow-Seehof.
- 216 Der Aufsichtsrat der Aku kann satzungsgemäß einige seiner Mitglieder, allein oder zusammen mit Mitgliedern des Vorstandes, mit der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben betrauen (Delegierte Aufsichtsratsmitglieder). Davon ist wiederholt Gebrauch gemacht worden. Der Verf. war 1972-1978 delegiertes Aufsichtsratsmitglied der Akzo.
- 217 Dr. Mueller vertrat inzwischen alle deutschen Großunternehmen, gegen die von den amerikanischen Behörden Dekartellisierungsverfahren eingeleitet worden waren.
- 218 Pascual Jordan, Das Bild der modernen Physik, Hamburg 1947.
- 219 Hausberg von Partenkirchen, 1.800 m hoch.
- 220 Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftspublizist in Frankfurt.
- 221 Dr. Karl Moog, Chemiker in Kelsterbach, bei dessen Familie der Verf. bei dem ersten Besuch in Kelsterbach im April 1945 gewohnt hatte.
- 222 Fritz Erfurt, Mitinhaber der Papierfabrik Friedrich Erfurt + Sohn in Wuppertal.
- 223 Dr. Hermann Janssen, Rechtsanwalt in Bremen.
- 224 Eduard Wahl war 1947/48 Verteidiger im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, 1949-1969 MdB (CDU).
- 225 Gasträume im Obergeschoß des damaligen Verwaltungsgebäudes von VGF am Laurentiusplatz in Elberfeld.
- 226 Haus von Emil Moewes, bei dem der Verf. bei seinen Wuppertaler Aufenthalten wohnte.
- 227 Gesprächspartner war der Museumswärter Johannes Sinz im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum, selbst Sammler moderner Kunst. Der Verf. hat in den späteren Jahren die Entwicklung der gegenstandslosen Kunst mit engagiertem Interesse begleitet.
- 228 Die von G. S. Ferguson, dem Chairman der Federal Trade Commission, geleitete Industrial Survey Commission war eines von den üblichen Gremien, die von Fall zu Fall zur persönlichen Beratung der amerikanischen Präsidenten bestellt wurden und sich aus Sachkennern verschiedensten Herkommens zusammensetzten.
- 229 Tagung der Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen, vgl. 1. April 1949.
- 230 Teilnehmer: Weitzel, Weissner, Fremerey, Nissen, Veith, Chilian, Diewald, Habel, Schütte. Dr. Gustav Fremerey wurde später Präsident des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt, Dr. Ehrenfried Schütte war von 1948 bis 1956 Geschäftsführer der Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen in Bremen, seit 1963 Vorstandsmitglied der Münchner Rückversicherungs-AG, Hans Joachim Veith erfolgreicher Rechtsanwalt in Düsseldorf.
- 231 Mr. Ph. A. M. Hillen, der Leiter der Rechtsabteilung der Aku.
- 232 Vgl. dazu Schriftwechsel Meynen/Vits vom 24. 3. und 5. 4. 1949, Dok. 15.

232 Anmerkungen

²³³ Staatssekretär Walter Strauß, vgl. Anm. 128; Dr. Magnus, Ministerialdirektor im Hessischen Wirtschaftsministerium; Professor Franz Böhm, später Herausgeber der *Ordo*-Jahrbücher, 1952-1965 MdB (CDU).

²³⁴ Der sowjetische Außenminister Andrej Wyschinskij hatte die Wiederbelebung des Alliierten Kontrollrats vorgeschlagen, unter dessen Hoheit ein gesamtdeutscher „Staatsrat“ mit Regierungsfunktion für die vier Besatzungszonen agieren sollte. Der Vorschlag wurde im Westen als Rückschritt empfunden und abgelehnt (eine deutsche Delegation nahm an der Pariser Außenministerkonferenz nicht teil).

²³⁵ Prof. Hans Würdinger, Ordinarius für Handels-, Schifffahrts- und Bürgerliches Recht in Hamburg.

²³⁶ Auf Anregung der britischen Militärregierung war im Juni 1946 ein „Fachverband Kunstseide und Zellwolle“ für die in der britischen Zone liegenden Firmen gegründet worden. Ab Mitte 1948 hatte er seinen Sitz in Frankfurt. VGF, die den Schwerpunkt ihrer Betriebe nach dem Krieg in der amerikanischen Zone hatte, drängte, insbesondere wegen der Rohstoffversorgung, schon früh auf die Gründung einer gemeinsamen Fachvereinigung für beide Zonen. Aber erst am 28.6.1949 kam unter Einbeziehung der entsprechenden Fachabteilungen der allgemeinen Wirtschaftsverbände in Bayern und Hessen die bizonale „Arbeitsgemeinschaft Kunstseide und Zellwolleindustrie“ zustande, in die Ende 1949 die Betriebe der französischen Zone einbezogen wurden.

²³⁷ Zwar hatten die amerikanische und die britische Militärregierung die Zuständigkeit für die Durchführung der Dekartellisierungsgesetze nach der Gründung der Bundesrepublik auf die deutschen Behörden übertragen. Die Alliierte Hohe Kommission hatte sich jedoch gewisse eigene Rechte vorbehalten. Wie VGF mit Schreiben vom 1. 3. 1951 mitgeteilt wurde, – die nachfolgend zitierten Texte waren dem Schreiben als Auszüge beigelegt – wurde noch am 23. 12. 1950 in einem Memorandum der Bundesregierung erklärt: „... Die Bundesregierung ist bereit, die Firmen Degussa, Vereinigte Glanzstoffwerke AG und Siemens & Halske AG alsbald, nachdem die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen durch die gesetzgebenden Körperschaften erlassen worden sind, einer genauen Untersuchung darüber zu unterziehen, ob sie eine übermäßige Zusammenballung von Wirtschaftsmacht darstellen, und alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen anzuordnen, die notwendig sind, um eine etwa festgestellte übermäßige Wirtschaftskraft zu beseitigen. Aus diesen Gründen bittet die Bundesregierung dringend, von der Einleitung neuer Entflechtungsverfahren gegen die Firmen Degussa, Vereinigte Glanzstoffwerke AG und Siemens & Halske AG durch die Alliierte Hohe Kommission abzusehen...“

Die Alliierte Hohe Kommission antwortete darauf am 16. 2. 1951: „Wie wir erfahren, besteht ein Austausch von Beteiligungen zwischen den Vereinigten Glanzstoffwerken und ausländischen Konzernen, die dem Henkel-Degussa-Metallgesellschaft-Abkommen ähnlich ist. Wenn dem so ist, dann könnte vielleicht die Ausschaltung dieser Beteiligungen und die Feststellung, daß die Glanzstoffwerke ein unabhängiges Unternehmen sind, auf dem Gebiet der Kunstseide in Deutschland dasselbe erreichen wie die Trennung von Henkel, Degussa und Metallgesellschaft auf dem Tätigkeitsgebiet dieser Gesellschaften. Es wird vorgeschlagen, daß die Bundesregierung die bestehenden Beziehungen zwischen den Vereinigten Glanzstoffwerken und ausländischen Firmen untersucht und bei Vorhandensein von Eigentumsverbindungen die Möglichkeit der Auflösung durch freiwillige Abmachungen der beteiligten Unternehmungen prüft.“

Ministerialrat Roland Risse, der spätere Leiter des deutschen Kartellamts in Berlin, teilte am 1. 3. 1951 als Kartellreferent im BMW mit, daß es für weitere Maßnahmen wohl vor allem auf das zwischen Aku und VGF am 1. 6. 1949 neu abgeschlossene Abkommen über technischen Austausch und die gemeinsame Beteiligung mit Courtaulds Ltd. an der Glanzstoff-Courtaulds GmbH in Köln ankomme.

Am 2. 6. 1951 versuchte das BMW auf alliierte Veranlassung nochmals, VGF zu eigenen Verhandlungen mit der Aku über eine Entflechtung zu veranlassen. Dazu waren weder die Aku noch VGF bereit (Vgl. Dok. 16a und 16b). Noch am 13. 11. 1951 wurde dem Verf. von einem Vertreter des Dekartellisierungsreferats im Bundeswirtschaftsministerium, von Engel, mitgeteilt, daß die deutschen Stellen zwar von den alliierten Behörden (DIDEG) gegenüber Dritten, z.B. im Falle Aku/VGF, gegenüber dem holländischen Außenminister Stikker als zuständig erklärt würden. „In Wirklichkeit werde das BMW aber laufend wegen des Fortgangs angesprochen, und zwar mit dem Hinweis, daß man die Fälle Siemens, Degussa und Glanzstoff den deutschen Stellen übergeben habe, um ihnen Gelegenheit zu dem Nachweis zu geben, daß sie selbst zur Durchführung wirksamer Entflechtungsmaßnahmen fähig seien. Bei positiver Lösung wünschten die dahinter stehenden alliierten Stellen damit für sich in USA erhebliche Propaganda zu treiben. Ein negatives Ergebnis würde als Vorwand benutzt, den deutschen Stellen Unfähigkeit vorzuwerfen und sich ständig weiter in das Dekartellisierungsgebiet einzuschalten und Einfluß zu nehmen. Nach außen treten diese Tendenzen weniger in Erscheinung, insbesondere würden sie im Fall Aku geleugnet, weil die betreffenden Stellen wissen, daß sie sich gegenüber den anderen beteiligten europäischen Regierungen nicht durchsetzen können und lediglich für sie unliebsame Diskussionen entstehen.“ Von Engel berichtete in diesem Zusammenhang auch über eine Ansprache eines ihm persönlich nahestehenden Vertreters der deutschen Angestelltengewerkschaft „...Danach sind amerikanische Gewerkschaftsvertreter an die DAG mit der Anregung herangetreten, doch beim Deutschen Gewerkschaftsbund die Dekartellisierungsnotwendigkeiten stärker zu vertreten als dies bisher mit Rücksicht auf die bekannte Haltung der Gewerkschaften (große Unternehmen als Sprungbrett für Sozialisierung) der Fall war. Dabei sei insbesondere auch der Fall Aku/VGF besprochen worden und seitens der amerikanischen Vertreter angeregt worden, eine unmittelbare Fühlung zwischen deutschen und holländischen Gewerkschaftsvertretern in dieser und anderen Angelegenheiten herbeizuführen...“ (Notiz des Verf. vom 13. 11. 1951). Der amerikanische Hochkommissar McCloy ließ dann die Angelegenheit im Sande verlaufen.

²³⁸ Bei einem zweiten Besuch von Vits in Arnheim Ende August 1949 erklärte ihm van Vlissingen, er habe schon vor zwei Jahren auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland hingewiesen. Die gleichen Worte, die er damals gebrauchte und die niemand habe hören wollen, würden jetzt von den Ministern öffentlich verkündet. Nach dem Verlust Indonesiens bleibe nur die Wahl zwischen völliger Verarmung oder enger Zusammenarbeit mit dem natürlichen Hinterland Hollands – Westdeutschland. Auch könne man in einem fremden Land eine große Gesellschaft nicht von außen führen. Dem entsprach eine Mitteilung von Vits an Geiler 1947: „Im Herbst 1945 hatte ich den Besuch des Sohnes des Herrn van Vlissingen, des Obersten Jan van Vlissingen, der mir die Grüße seines Vaters überbrachte und mich bat, solange eine Verbindung nicht bestände, in eigener Verantwortung zu handeln. Im übrigen erklärte er, sein Vater wünsche eine Zusammenarbeit in der bisherigen Weise. Deutschland würde eines Tages nicht mehr besetzt sein, es sei daher s.E. nicht richtig, die jetzige Situation von der holländischen Seite aus durch einseitige Maßnahmen auszunutzen.“ (Notiz Vits für Geiler v. 2. 7. 1947).

²³⁹ Abs wurde erst im Jahre 1962 auf Grund eines persönlichen Mandats in den Aufsichtsrat der Aku berufen.

²⁴⁰ Die 1953 zwischen Aku und VGF getroffenen Vereinbarungen blieben bis zum Juni 1969, dem Datum des Ausscheidens von Vits aus dem Vorstand, in Kraft. Mit dem Zusammenwachsen der europäischen Märkte in der EWG und den veränderten Verhältnissen auf dem Weltmarkt war eine noch engere Verbindung zwischen den kapitalmäßig bereits seit drei Jahrzehnten eng verbundenen Chemiefaserunternehmen notwendig geworden. Der Verf., der im Juli 1969 die Nachfolge von Vits im Vorstandsvorsitz übernahm, hielt eine Anpassung der Konzernorganisation unter den gewandelten Umständen für unerlässlich. Vits hat noch maßgeblich an dem Zustandekommen der neuen Regelung mitgewirkt, die eine Fusion von Aku und Glanzstoff über die nationalen Grenzen hinweg zum Ziel hatte und die als einziges von mehreren ähnlichen Vorhaben von Bestand blieb. Vits starb im Januar 1970 im Alter von 67 Jahren. Der Zusammenschluß der Aku mit einem anderen bedeutenden chemischen Unternehmen in Holland, der Koninklijke Zout-Organon N.V., führte im September 1969 zur Entstehung der Akzo N.V., Arnheim, in deren vielseitigem Arbeitsgebiet die Chemiefaserbetriebe von Aku und VGF in Deutschland, Holland und zahlreichen anderen Ländern unter nunmehr einheitlicher Leitung einen bedeutenden Anteil haben.

Dokumente

Die nachfolgenden Dokumente sind nach Sachbereichen und innerhalb dieser Bereiche chronologisch geordnet, um dem Leser den Überblick zu erleichtern. Sie wurden, soweit es sich nicht um persönliche Unterlagen handelt, dem Bestand des Zentralarchivs der Enka AG (früher Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG) in Wuppertal entnommen. Die Zufügung der Dokumente, das gilt auch für die Belege aus der persönlichen Sphäre des Verfassers, soll dem an Schwerpunkten des Geschehens näher interessierten Leser die Möglichkeit zu vertieftem Einblick geben. Die Dokumente aus dem Unternehmen Glanzstoff und dem Werk Obernburg mögen auch als Zeugnisse für Führung in einer Notzeit dienen. Die Dokumente zur Entnazifizierung des Verfassers werden – über die noch im Gang befindliche, notwendige Auseinandersetzung der Generationen hinaus – als Belege aus der Wirklichkeit jener Tage angeboten.

Einige Dokumente wurden um unwesentliche bzw. im hier angesprochenen Zusammenhang nicht relevante Passagen gekürzt. Formalia wie Ortsangaben, Adressen, Diktatzeichen, Bearbeitungsvermerke, Verteiler und Grußformeln wurden, um Platz zu sparen, in der Regel nicht mit abgedruckt.

Übersicht:

I. Unternehmen

a) Vorbereitung der Besetzung und Übersicht über das Gesamtunternehmen am Kriegsende

1. Notiz Vits an den Vorstand, 6. 3. 1945: Maßnahmen zur Sicherung von Unternehmen und Mitarbeitern angesichts der bevorstehenden Feindbesetzung.
2. Beschluß des Vorstands, 14. 3. 1945: Festlegung der Aufenthaltsorte und Aufteilung der Verantwortungsbereiche.
3. Auszug aus einer Geschäftsübersicht, 18. 4. 1946: Darstellung des Glanzstoff-Konzerns, seiner Tochtergesellschaften, Werke, Produkte, Kapazitäten, Umsätze, Personal vor dem Kriegsende nebst Kurzbericht 1945 Geldmittel und Belegschaft in der englischen und amerikanischen Zone sowie VGF-Produktion insgesamt.

b) Entwicklung in der Nachkriegszeit

4. Notiz Vits, 7. 5. 1946: Grundsätzliches zur Finanzpolitik.
5. Erlaß der britischen Militärregierung Solingen, Property Control (20. 5. 1946): Bevorzugte Wiedereingangssetzung von Unternehmen im Eigentum von Einwohnern der UNO-Länder.

6. Auszug aus Notiz Schmekel zur Unternehmensorganisation, 3. 11. 1947.
7. Schreiben des Hessischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr an VGF, 15. 6. 1948: Erfahrungen bezüglich der Beschlagnahme oder Einsichtnahme von Zeichnungen, Betriebsvorschriften, Patenten usw. durch alliierte Militärkommissionen oder Personen.
8. Antwortschreiben VGF, 19. 7. 1948.
9. Abnehmerrundschreiben VGF, 18. 11. 1948: Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze in den Kundenbeziehungen nach der Währungsreform.

c) Dekartellisierung und Neuregelung zwischen Aku und VGF

10. Notiz des juristischen Vorstandsmitglieds von VGF, Schmekel, 29. 6. 1945: Die ersten Untersuchungen der amerikanischen und britischen Militärregierungen über die Konzernzusammenhänge Aku/VGF.
11. Schreiben VGF an den Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr, 23. 1. 1946: Konzernentflechtung.
12. Schreiben OMGUS, Economics Division, R. H. Goldner an J. Martin, Chief Decartellization Branch, 13. 2. 1946: Aku – VGF Investigation.
13. Memorandum Dr. Rudolf Mueller, 6. 3. 1947: Administration of the Decartellization Laws in both zones.
14. Notiz Vits, 11. 1. 1949: Dekartellisierung Aku – VGF.
15. Briefwechsel Meynen/Vits, 24. 3. und 5. 4. 1949: Ausgleich der Kriegsschäden in Holland und künftige Beziehungen.
16. Briefwechsel Bundesminister für Wirtschaft/VGF, 29. 6. und 11. 10. 1949: Trennung Aku/VGF gemäß Auflage der Alliierten Hohen Kommission.

II. Werk Obernburg

a) Betrieb

17. Notiz Vaubel, 22. 6. 1945: Tagesbesprechung nach Erhalt des ersten Produktionsauftrages.

b) Belegschaft

18. Aufruf an die Gefolgschaftsmitglieder der Glanzstoff-Fabrik Obernburg, 15. 4. 1945: Plünderungsgut, Auszahlung noch offener Lohnforderungen.
19. Bekanntmachung an die Gefolgschaft des Glanzstoff-Werkes Obernburg, 17. 4. 1945: Instandsetzungsauftrag, Ruhen des Arbeitsverhältnisses.
20. Mitteilung an die Gefolgschaftsmitglieder der VGF, 7. 5. 1945: Folgerungen aus dem Ruhen des Arbeitsverhältnisses.
21. Bekanntmachung, 7. 6. 1945: Aufräumarbeiten, Beihilfen für Nichtbeschäftigte.
22. Notiz Rathert, 30. 6. 1945: Bildung eines vorläufigen Betriebsrats für Werk Obernburg.
23. Bekanntmachung, 6. 11. 1946: Entgeltliche Abgabe von Sachprämien.

c) Allgemein

24. Notiz Schmekel, 13. 3. 1946: Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung.

III. Militärregierung

a) Bekanntmachung, Kontakte, Information

25. Bekanntmachung an die Zivilbevölkerung, 13. 4. 1945: Auflagen der Besatzung.
 26. Notiz Vaubel, 4. 7. 1945: Erster Besuch bei der Militärregierung Obernburg.
 27. Abschiedsbrief des Majors Logan, Militärregierung Obernburg, 15. 2. 1946 aus Anlaß seiner Rückkehr nach USA.

b) Mitteilungen an Werk Obernburg

28. Erste Produktionsgenehmigung, 26. 6. 1945: Herstellung von Erntebindegarn.
 29. Erklärung der Militärregierung für Bayern, Economics Division – Industry Branch, 25. 6. 1946: Reparation Plant.

IV. Deutsche Behörden

30. Anordnung des Landrats Miltenberg, 12. 4. 1945: Wiederinstandsetzung des Werkes Obernburg.
 31. Bekanntmachung des Bürgermeisters von Obernburg, 19. 4. 1945: Rückgabe von entwendeten Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen.

V. Spinnfaserprozeß

32. Schreiben Spinnfaser AG an das Landeswirtschaftsamt Wiesbaden, 8. 2. 1947: Problematik der Kompensationsgeschäfte.
 33. Schreiben Spinnfaser AG an den Präsidenten des Landeswirtschaftsamtes Wiesbaden, 2. 4. 1947: Verbindliche Richtlinien für Kompensationsgeschäfte.
 34. Schreiben Vorstand VGF an den Minister für Wirtschaft in Hessen und an das Landeswirtschaftsamt in Wiesbaden, 5. 4. 1947: Verhaftung Reimanns.

VI. Persönliches

a) Dienstlich

35. Schreiben Vorstand VGF an den Verf., 3. 5. 1945: Vorläufige Beschäftigung.
 36. Schreiben Vorstand VGF an den Verf., 1. 6. 1945: Verlängerung der Beschäftigung um 3 Monate.
 37. Schreiben Vorstand VGF an den Verf., 27. 6. 1945: Gehaltsermäßigung.

b) Entnazifizierung

38. Notiz Funcke, 24. 7. 1947: Entnazifizierungspolitik der Militärregierung Obernburg.
39. Schreiben des Verf. an den Landrat von Obernburg, 17. 10. 1945: Vorstellung gegen Entlassung aus dem Anstellungsverhältnis bei VGF.
40. Schreiben Aku an Captain Varda, Militärregierung Aschaffenburg, 25. 4. 1946: Tätigkeit des Verf. in Holland während des Krieges.
41. Bescheid der Spruchkammer Obernburg, 2. 9. 1946: Einreihung des Verf. als „Mitläufer“.
42. Einspruch des Verf. gegen den Spruch v. 2. 9. 1946.

Dokument 1: Notiz Vits an den Vorstand, 6. 3. 1945

Durch den Wegfall verschiedener Werke und insbesondere durch den wiederholten Stillstand der übrigen Werke ergeben sich erhebliche finanzielle Auswirkungen, die – worüber im Vorstand Klarheit besteht – rechtzeitig überdacht werden müssen.

Da die Instandhaltungskosten der Werke eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen und sämtliche Roh- und Hilfsstoffe bis auf einen Teil der Kohlenkosten wegfallen, wird am meisten ins Gewicht fallen, ob und in welchem Umfang das Lohn- und Gehaltskonto gesenkt werden kann.

Dieses wiederum ist jedoch nicht nur eine finanzielle Frage, sondern eine Frage der Sozialpolitik.

Wollte man die Angelegenheit nur finanziell lösen, so könnte man bis auf einen kleinen Arbeitsstab die Gefolgschaften abbauen, denn es ist anzunehmen, daß man die Gefolgschaftsmitglieder zur gegebenen Zeit zurückbekommen könnte, wenn die Produktion wieder aufgenommen werden kann, weil eine Aufnahmemöglichkeit in anderen Industrien im allgemeinen auch nicht in Frage kommt. Dies würde jedoch der von uns betriebenen Sozialpolitik nicht entsprechen. Die Glanzstoff-Familie muß die wirklichen Familienmitglieder, d.h. die Stammgefolgschaften, auch in schlechten Zeiten nach Möglichkeit durchhalten.

Daraus ergibt sich:

- a) Neu hinzugekommene Gefolgschaftsmitglieder, insbesondere meldepflichtige Frauen, können alsbald abgebaut werden,
- b) auf Ausländer sollte man weitgehend verzichten,
- c) eigenen Wünschen, ausscheiden zu dürfen, sollte man weitgehend stattgeben,
- d) die dann noch verbleibende Stammgefolgschaft sollte gehalten werden.

Das letztere bedeutet nicht, daß diese untätig in den Werken herumlaufen sollen, sondern es soll – wie Herr Aretz in früheren Notizen festgelegt hat – eine Beschäftigung innerhalb oder außerhalb der Werke geschaffen werden. Als Beschäftigung außerhalb der Werke ist besonders die Notdienstverpflichtung heranzuziehen. Die Ausfallvergütung ist weniger geeignet, weil sie leicht demoralisierend wirken kann.

Für die Angestellten gelten die gleichen Grundsätze, auch für die Angestellten in der Hauptverwaltung.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß äußerste Sparsamkeit gepredigt werden muß, daß aber diese Sparsamkeit in den sozial-politischen Forderungen ihre Grenze findet.

Auf der anderen Seite finden die sozial-politischen Erwägungen wieder eine Grenze an der Gefährdung des Bestandes des Unternehmens. Auf weite Sicht ist es für die gesamte Gefolgschaft naturgemäß am richtigsten – auch unter Inkaufnahme vorübergehender Arbeitslosigkeit – das Unternehmen als solches lebensfähig zu erhalten.

Die Liquiditätsfrage spielt naturgemäß hierbei eine entscheidende Rolle. Die Ausarbeitung von Dr. Güttges vom 1. 3. bietet eine Reihe von zahlenmäßig fundierten Gesichtspunkten, die die Grundlage für die Entschließungen jeweils geben können. Praktisch wird naturgemäß nur eine Vermengung der verschiedenen Stufen in Frage kommen.

Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß die liquiden Mittel nicht überall greifbar sind. Durch Besetzung einzelner Gebiete können u.U. größere Guthaben in Fortfall kommen, wobei nicht immer die Gewähr geboten ist, daß an der gleichen Stelle die entsprechenden Unkostenträger ebenfalls wegfallen. Außerdem sind die Wertpapiere nicht ohne weiteres realisierbar. Auf der anderen Seite wird sich die Liquidität aber durch Lagerverkauf verbessern.

z. Zt. Klingenberg, den 6. 3. 1945

N.S. Das Rundschreiben an die Werke, welches einen Tag vor meiner Rückkehr herausgegangen war, habe ich leider bisher noch nicht gesehen. Ich nehme aber an, daß es die vorerwähnten Grundsätze berücksichtigt.

Dokument 2: Beschluß des Vorstands, 14. 3. 1945

Nachdem in der westlichen Zone die Konzernwerke Oberbruch, Komar, Köln und Waldniel in den vom Feinde besetzten Gebieten liegen, muß vorsorglich klar gestellt werden, von welcher Stelle aus die Konzernleitung die Betreuung vornimmt, wenn wider Erwarten die auch in der westdeutschen Zone liegenden Werke Kelsterbach, Obernburg, Wuppertal-Barmen, Remscheid-Lennep sowie die Verwaltungsstellen Wuppertal Elberfeld, Aschaffenburg, ferner das Tochterunternehmen Bemberg, Wuppertal-Barmen in die feindlich besetzte Zone einbezogen werden sollen.

Es wurde der Beschluß gefaßt, daß sich im gegebenen Falle der Vorstand teilt.

Die Herren Dr. Vits und Ritzauer verlegen gegebenenfalls ihren Berufswohnsitz nach Coburg, dem Ort der von dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion im Dezember 1944 angeordneten Ausweichstelle der Konzern-Verwaltung.

Die Herren Dr. Rathert und Schmekel behalten ihren Berufssitz in Aschaffenburg.

Der Vorstand einigte sich hinsichtlich des Aufenthaltes der einzelnen Herren auf Grund des Umstandes, daß die Familien der Herren Dr. Vits und Ritzauer dort evakuiert sind, wegen diejenigen der Herren Dr. Rathert und Schmekel mit diesen zusammen wohnen.

Die Herren Dr. Vits und Ritzauer werden von Coburg aus die Konzernwerke Kassel, Elsterberg, Tannenbergl, Sydowsaue, Lobositz, St. Pölten und gegebenenfalls Breslau und Tomaszow betreuen, sowie die Zweigstellen Berlin, Chemnitz und Wien.

Darüber hinaus ist der Aufenthalt im mitteldeutschen Raum für Herrn Dr. Vits gegebenenfalls notwendig für seine Aufgabe als Leiter der Fachgruppe Chemische Fasern und Präsident der Reichsvereinigung Chemische Fasern und für Herrn Ritzauer als Präsidialmitglied und Vorsitzender des Fachausschusses Kunstseide der Reichsvereinigung Chemische Fasern.

Dokument 3: Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.G. Wuppertal-Elberfeld: Geschäftsübersicht, 18. 4. 1946 (Auszug)

a) Art des Unternehmens

Die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken Aktiengesellschaft wurde am 19. 9. 1899 gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Wuppertal-Elberfeld.

Die allgemeinen Vereinbarungen mit der Aku erfuhren im Sommer 1939 einige Änderungen, insbesondere dahingehend, daß der ausschlaggebende Einfluß bei der Besetzung der Verwaltungsposten in den deutschen Konzerngesellschaften den deutschen Mitgliedern der entsprechende Einfluß für die ausländischen Konzerngesellschaften auf Grund dieser Vereinbarung den holländischen Mitgliedern der Aku-Verwaltung vorbehalten wurde. Im November 1939 wurde für die Kriegsdauer eine Sonderregelung getroffen, wonach die holländischen Verwaltungsmitglieder aus allen Verwaltungsstellen in deutschen Konzerngesellschaften ausschieden. Entsprechend haben die deutschen Herren ihre Ämter in der Verwaltung der Aku vorübergehend zur Verfügung gestellt. Nom. 6.000 hfl. Prioritätsaktien aus dem Besitz der deutschen Gruppe wurden bei dieser Gelegenheit auf einen holländischen Staatsangehörigen, Herrn Rechtsanwalt Jansma, Amsterdam, als Treuhänder für die deutsche Gruppe übertragen.

Das *Werk Oberbruch* (englische Zone) ist das Stammwerk des Unternehmens. [...] Im September 1944 wurde das Werk Oberbruch infolge der Kampfhandlungen im Aachener Gebiet stillgelegt.

Das *Werk Obernburg* (amerikanische Zone) produzierte ursprünglich textile Kunstseide nach dem Spulungsverfahren. In den Jahren 1935/36 wurde die Umstellung und Erweiterung eines Teiles der Fabrik auf grobtitrige Festseide für Reifen und Treibriemen (technische Seide) beschlossen. Im Juni 1938 lief die erste Produktion dieses Erzeugnisses an, Ende 1941 wurde auch die textile Erzeugung des Werkes auf technische Seide umgestellt. Dabei wurde gleichzeitig die Fabrikation von Nähgarn aufgenommen. [...]

Auch die Festkunstseide wurde zum Teil im eigenen Betrieb zu Cord und Geweben aus Cord verarbeitet.

Das *Werk Obernburg* wurde im März 1945 durch die kriegsbedingten Ereignisse stillgelegt. Um die deutsche Landwirtschaft mit dem dringend benötigten Erntebindegarn zu versorgen, wurde nach Genehmigung der amerikanischen Militärregierung die Betriebstätigkeit am 9. Juli 1945 wieder aufgenommen, die infolge Kohlen- und Rohstoffmangels Ende August wieder eingestellt werden mußte.

Im Dezember 1945 konnte der Betrieb zur Erzeugung von Sackgarn und textiler Kunstseide mit einer Tagesleistung von 5-6000 kg wieder anlaufen.

Das *Werk Kelsterbach* mußte, genau wie Obernburg, im Jahre 1942 auf behördliche Anweisung von textiler Kunstseide auf grobtitrige Reifenseide umgestellt werden. [...]

Das seit der Besetzung stillliegende Werk nahm nach Genehmigung durch die amerikanische Militärregierung am 26. I. 1946 die Erzeugung von textiler Kunstseide und solcher mit Titerschwankungen in Höhe von rund 2000 kg Tagesproduktion wieder auf.

Das in der russischen Besatzungszone gelegene *Werk Elsterberg*, das nur textile Kunstseide herstellte, nahm Ende 1945 die Erzeugung mit 2000 kg täglich wieder auf. [...]

Das *Werk Sydowsaue bei Stettin* (polnische Zone) diente zur Erzeugung von textiler Kunstseide nach dem Zentrifugenverfahren. In geringen Mengen wurde künstliches Roßhaar und besonders hochfeste Kunstseide hergestellt, die während des Krieges als Ersatz für Naturseide verwendet wurde.

In 1944 ging die Erzeugung durch kriegsbedingte Einflüsse, wie Kohlen- und Rohstoffmangel, Arbeitseinsatzschwierigkeiten, sowie die Stilllegung des Werkes Oberbruch um mehr als 3 Mill. kg Kunstseide und fast 1 Mill. kg Zellwolle zurück.

Rechnet man die Erzeugung der vergangenen Jahre auf eine vergleichbare Maßzahl – ein Garn mit dem Grundtiter von 120 den. – um, so sieht die Entwicklungsreihe der gesamten VGF-Erzeugung folgendermaßen aus:

	kg	davon techn. Festseide kg	davon textile Kunstseide kg
1938	23.415.850	205.997	23.209.853
1939	24.049.198	634.658	23.414.540
1940	19.991.783	911.506	19.080.277
1941	20.522.245	1.886.420	18.635.825
1942	16.807.113	3.765.590	13.041.523
1943	18.124.369	4.608.000	13.516.369
1944	16.455.295	3.764.702	12.690.593

[...]

Die mengenmäßige Produktionsfähigkeit wurde effektiv ausgenutzt:

	im Jahre	1943	1944
für Kunstseide:	Oberbruch	93,1%	56,6%*
	Obernburg	92,4%	88,3 %
	Kelsterbach	96,0%	92,5%
	Elsterberg	90,7%	92,8%
	Sydowsaue	78,3%	76,5%
	Breslau	86,1%	82,6%
	Gesamt VGF	90,3%	81,4%
für Zellwolle:	Oberbruch	100,0%	78,3%

* Stilllegung des Werkes Anfang September 1944 infolge Frontnähe.

Seit dem Jahre 1934 war die mengenmäßige Kapazität unserer Werke mit der betrieblichen notwendigen Reserve völlig ausgenutzt.

[...]

Der erzielte Erlös unserer Produkte ist abhängig von der jeweiligen sorten-, titer- und qualitätsmäßigen Zusammensetzung der Verkäufe in dem betreffenden Zeitraum. So brachte die Umstellung auf technische Festseide für Reifen und Treibriemen sowie die allgemeine Tendenz, gröbere Titer zu verwenden, im Laufe der Jahre einen fühlbaren Erlösrückgang.

[...]

Die nachstehenden wertmäßigen Umsatzzahlen spiegeln die Entwicklung der Geschäftslage unseres Unternehmens seit dem Jahre 1937 wieder:

	in Mill. RM	Kunstseide	Zellwolle
1937		95,6	4,9
1938		97,6	4,4
1939		91,1	4,2
1940		95,5	3,5
1941		114,0	4,0
1942		122,4	5,2
1943		131,6	5,6
1944		117,0	5,9
1945		14,4	—

b) Fabrikanlagen

Die Höhe der Kriegsschulden erreichte nach den bisherigen Schätzungen und den bisher

bekanntgewordenen Tatsachen einen Umfang von rund 12 Mill. RM. Dabei ist der Verlust für den von den Russen vorgenommenen Maschinenausbau im Werk Sydowsaue (jetzt polnische Zone) und eventuelle unbekannte Schäden im Werk Breslau (polnische Zone) nicht einbegriffen. Im einzelnen waren folgende Betriebsstätten betroffen:

Werk Oberbruch (engl. Zone, hauptsächlich 1945 eingetreten) mit	RM	3.380.000
Werk Obernburg (amerik. Zone, 1945 eingetreten)	RM	6.860.000
Werk Kelsterbach (amerik. Zone, 1945 eingetreten)	RM	150.000
Hauptverwaltung Elberfeld mit	RM	1.185.000
andere Verwaltungsstellen bzw. aus Luftsicherheitsgründen in andere Gebiete verlagerte Verwaltungsstellen	RM	360.000
allgemeine Kriegsschäden (vorläufig geschätzte Verluste durch rollendes Roh- und Betriebsmaterial)	RM	1.060.000
	RM	<u>12.995.000</u>

c) Personal.

Der Aufsichtsrat bestand nach dem Ausscheiden der holl. Mitglieder im November 1939 aus den Herren:

Hermann J. Abs, Berlin, jetzt Hamburg, Vorsitzter
 Theodor Momm, Kaufbeuren, stv. Vorsitzter
 Emeran Amon, Düsseldorf
 Philipp F. Reemtsma, Altona-Barenfeld
 Kurt Freiherr von Schröder, Köln
 Justizrat Dr. Paul Wesenfeld, Freiburg/Br., 1945 verstorben
 Stefan Karl Henkell, Wiesbaden, während des Krieges (am 20. 6. 1940) verstorben, an seiner Stelle eingetreten
 Werner Carp, Hahnerhof bei Ratingen.

Die Gesellschaft betrachtet die Mandate der Herren Emeran Ammon und Kurt Freiherr von Schröder als politische Mandate und als erloschen.

Die Herren Hermann J. Abs, Vorsitzter, und Werner Carp sowie Philipp F. Reemtsma befinden sich in Vernehmungshaft.

Der Vorstand wird gebildet von den Herren:

Dr. jur. Ernst Helmut Vits, Vorsitzter,
 Dr. phil. Hermann Rathert, Technik,
 Carl Ritzauer, Verkauf,
 Karl Schmekel, Verwaltung.

[...]

Einen Überblick über die Entwicklung der Belegschaftszahlen (effektiv Beschäftigte nach Abzug der Einberufenen) gibt die nachfolgende Aufstellung:

am Jahresende	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Oberbruch	3.498	3.560	3.700	3.765	3.841	4.053	42	390
Obernburg	2.326	2.694	3.212	3.125	3.198	3.237	3.053	1.047
Kelsterbach	1.637	1.741	1.624	1.611	1.627	1.661	1.626	378
Elsterberg	1.134	1.133	1.113	976	996	1.223	1.192	
Sydowsaue	1.432	1.429	1.568	1.556	1.757	1.801	1.767	
Breslau	1.245	1.104	1.095	1.076	1.162	1.239	1.211	
Su. VGF-Werke								
Arb. m.	6.828	6.521	7.023	6.581	5.992	6.023	3.710	
w.	3.646	4.290	4.400	4.586	5.571	6.160	4.406	
Angest.	798	850	889	942	1.018	1.031	775	
Summe	11.272	11.661	12.312	12.109	12.581	13.214	8.891	
Zentralstellen	430	480	502	508	561	582	569	222
Gesamt VGF	11.702	12.141	12.814	12.617	13.142	13.796	9.460	

Kurzbericht 1945

I. Geldmittel

Die flüssigen Mittel – Kasse und Bankguthaben – betrugen am 31. 12. 1945

in der englischen Zone RM 4.915.724

in der amerikanischen Zone RM 2.103.892

RM 7.019.616.

Außerdem standen zu Buch als Überweisungen der Besatzungszeit nach Erfurt RM 6.000.000,–, von denen im neuen Jahr

RM 1.600.000

dem Konto der Deutschen Bank W.-Elberfeld wieder gutgeschrieben wurden, also insges. verfügbare Mittel

RM 8.619.616.

[...]

II. Belegschaft.

Am Ende 1945 betrug die Zahl der beschäftigten Gefolgschaftsangehörigen in der anglo-amerikanischen Zone 2.037 Personen

gegenüber 5.290 am 31. 12. 44 an den gleichen Stellen

und 13.600 am 30. 12. 44 bei Gesamt-VGF.

Die beurlaubten bzw. nicht entlassenen Personen betrugen in der anglo-amerikanischen Zone

151 Personen mit Beihilfe

2.827 Personen ohne Beihilfe

Es könnte auf weitere

2.978 Personen zurückgegriffen werden.

III. VGF-Produktion 1945.

Die Produktion betrug bis zur Besetzung

englische Zone	—
amerikanische Zone	1.653.029 kg
russische Zone	317.239 kg
polnische Zone	466.038 kg
	2.436.306 kg.

Die Produktion betrug nach der Besetzung

englische Zone	—
amerikanische Zone	165.040 kg
(davon 128.905 kg Erntebindegarn)	
russische Zone	171.873 kg
(nur Werk Elsterberg)	
polnische Zone	—
	336.913 kg.

Die Produktion des gesamten Jahres 1945 betrug	gegenüber 1944
englische Zone	—
amerikanische Zone	1.818.069 kg
russische Zone	489.112 kg
polnische Zone	466.038 kg
	2.773.219 kg.
	32.276.941 kg.

Dokument 4: Notiz Vits, 7.5.1946: Grundsätzliches zur Finanzpolitik

- I. Die nicht unerheblichen flüssigen Mittel unserer Gesellschaft haben uns auch nach dem Zusammenbruch und der Stillegung unserer Werke eine gewisse Bewegungsfreiheit ermöglicht. Wir waren daher erfreulicherweise auch in der Lage, den sozialen Belangen der Mitarbeiter Rechnung tragen zu können. Wir konnten langjährigen Mitarbeitern Arbeitsplätze in den westlichen Werken erhalten oder zuweisen. Den übrigen konnten wir Beihilfen zahlen. Wir haben zwar eine nicht unbeachtliche Verringerung der Angestelltenzahl herbeigeführt, konnten dabei aber soziale Härten grundsätzlich vermeiden.

Auch die Beseitigung der Kriegsschäden, insbesondere in Kassel, Obernburg und Oberbruch konnte tatkräftig in die Hand genommen werden. Alle Aufwendungen hierfür dienten der Schaffung einer Mindestkapazität, wie sie für ein rentables Arbeiten unbedingt erforderlich ist.

Auch bei der Wiederauffüllung der Magazinbestände konnten wir das Notwendige tun.

Bei allen diesen Maßnahmen war auch zu berücksichtigen, daß eine Geldabwertung nicht zu umgehen sein würde, so daß es zweckmäßig war, die RM-Beträge möglichst bald für die vorbezeichneten Zwecke auszugeben.

Bei allen Erwägungen finanzieller Art konnten wir auch davon ausgehen, daß unsere Industrie alsbald wieder anlaufen sollte. Entsprechende Erklärungen waren mir bereits im Juli v.J. von den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte gegeben worden.

- II. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Wiederingangsetzung der Werke in einem viel langsameren Tempo vor sich geht, als wir dies damals annehmen durften. Soweit die Werke wieder laufen, ist die Ausnutzung der Kapazität außergewöhnlich gering. Die Wiederingangsetzung von Oberbruch ist ebenfalls wieder um Monate verschoben worden, während ich nach den Erklärungen des englischen Hauptquartiers fest damit rechnen konnte, daß im April oder Mai die Ingangsetzung erfolge.

Da nun auch die währungspolitischen Maßnahmen mindestens noch einige Monate entgegen allen Erwartungen verschoben werden dürften, müssen wir mit einer gewissen Stabilität der jetzigen Verhältnisse rechnen.

Wir müssen also davon ausgehen, daß eine Beschäftigung der Werke zur Rentabilitätsgrenze noch auf längere Zeit nicht möglich ist und daß demgemäß die vorhandenen flüssigen Mittel hierdurch und durch neue Belastungen (insbesondere wesentlich erhöhte Vermögenssteuer) immer weiter beansprucht werden müssen, wobei wir diese Mittel vorläufig noch als vollwertig ansehen können.

Da nun auch die in den vergangenen Monaten in der Luft hängende Zerschlagung der Gesellschaft bisher nicht durchgeführt worden ist, müssen klare Grundsätze herausgestellt werden. Hinzu kommt, daß die Einführung der custodianship eine erhöhte Verantwortung gebracht hat.

III. Es ist daher für die Zukunft folgendes zu beachten:

1. Es muß im Gesamtunternehmen allergrößte Sparsamkeit angewendet werden. Alle sozialen Maßnahmen haben auch im wohlverstandenen Interesse der Belegschaft die Grenze dort, wo ihre Aufrechterhaltung die Lebensfähigkeit des Unternehmens gefährden würde.
2. Die Werke müssen die gesamte Unkostengestaltung der bis auf weiteres zu erwartenden geringen Kapazitätsausnutzung anzupassen versuchen.
3. Die Hauptverwaltung einschl. Technischer Verwaltung muß der Größe des Restunternehmens angepaßt werden. (Fortfall von Breslau, Sydowsaue, St. Pölten, Lobositz und Kolmar!)
4. Die Verteilung der dünnen Rohstoffdecke muß stärker nach Rentabilitätsgesichtspunkten erfolgen. Es muß überlegt werden, wo ihr Einsatz für das Gesamtunternehmen am rentabelsten ist, gleichgültig, welches Werk die Rohstoffe besorgt hat. Selbstverständlich sind hierbei Produktionsprogramme der Besatzungsmacht oder der deutschen Behörden zu berücksichtigen.
5. Aus der dringend notwendigen Sparsamkeit ergibt sich auch, daß Einkäufe der Werke für Auffüllung von Magazinbeständen unter Anwendung eines strengen Maßstabes erfolgen müssen. Anschaffungen für die Produktion unwichtiger Dinge (Teppiche für Büros etc.) können nicht mehr in Frage kommen.

Es bleibt vorbehalten, diese Gedankengänge durch Einzelanweisungen des Vorstandes (z.B. Sicherstellung des Grundsatzes III/5.) festzulegen. Ich bitte, sie jedoch in der Tendenz sofort zu beachten.

Dokument 5: Headquarters Military Government, Stadtkreis Solingen an Dr. Vits, 20. 5. 1946: Reactivation of U.N. Business Enterprises

1. Ruling has now been given by higher formation that reactivation of U.N. business enterprises should be given priority on the following basis:

Factories in the british zone of Germany will be reactivated purely on a sound economic basis, i.e. the deciding factors will be the need for product, the efficiency of the factory and its geographical location. Where two factories, one German owned and the other owned by one of the United Nations, are found capable of making the same articles and of running with the same efficiency, and both are equally well situated, the preference for reactivation will be given to the firm belonging to one of the United Nations.

2. Please forward with the *minimum delay* details of United Nations firms in control NOT at present re-activated but in such a state of repair, at present to warrant this being carried out.

Dokument 6: Notiz Schmekel, 3.11.1947: Vorschläge zur Unternehmensorganisation

Kriegs- und Nachkriegszeit haben wachsende Aufgaben, vermehrte Arbeit und erhöhte Verantwortung für die leitenden Personen aller Unternehmen gestellt. Diese Entwicklung, die ich im Sommer 1946 speziell unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung des Vorstandes zur Erörterung gestellt hatte, wurde damals in einer Aufsichtsratssitzung besprochen. Es wurde anerkannt, daß sich daraus andere Maßstäbe als früher für die Beurteilung des Pflichtenkreises ergeben müssen.

Die Tendenz hat sich seitdem in der gleichen Richtung fortgesetzt. Mit der Wandlung, Verwirrung und zunehmenden Kompliziertheit aller wirtschaftlichen Vorgänge häufen sich die Aufgaben quantitativ und qualitativ. Parallel damit steigt das Maß der Verantwortung, teils durch die Probleme als solche, teils durch ausdrückliche Bestimmungen. Die Konsequenzen treffen sowohl den Vorstand als auch die Leiter der Werke und die leitenden Angestellten.

Der Kasseler Prozeß beleuchtet solche Folgen nur auf einem Teilgebiet; freilich gerade auf demjenigen, auf dem die Probleme am deutlichsten in Erscheinung treten, weil sie sowohl intern wie auch sichtbar nach außen ständig zu Kollisionen zwischen dem Pflichtenkreis und positiven Bestimmungen führen. Der Bereich, für den die gleichen oder ähnliche Feststellungen zu treffen sind, ist natürlich sehr viel weiter...

[Schmekel hatte dazu auf die Tatsache verwiesen, daß seit Kriegsende nicht einmal die Vorschriften des Aktiengesetzes über Berichterstattung an den Aufsichtsrat, Sitzungen des Aufsichtsrats, Jahresberichte und Hauptversammlungen eingehalten werden konnten. Dazu seien für die Mitglieder des Vorstandes und die Werksleiter die besonderen Anordnungen der Vermögenskontrolle gekommen.]

...Klare Richtlinien über das Verhältnis des Treuhänders zu den aktien- und handelsrechtlichen Organen der Gesellschaft und über den zivilrechtlichen Umfang der Pflichten aus dem Treuhändervertrag fehlen, ebenso über die internationalen Verhältnisse. – Wenn Differenzen mit den Aufsichtsbehörden auftreten, werden manchmal Fragen des sachlichen Ermessens dazu Ursache sein. Darüber hinaus liegen Bindungen vor, die den Keim zu Konflikten in sich tragen. Es mag lediglich erwähnt werden, daß der Treuhänder in der US-Zone ausdrücklich verpflichtet ist, die bestehenden deutschen Gesetze und Anordnungen, also auch einschließlich der gesamten wirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Vorschriften, zu befolgen...

Die Konflikte, die aus den wirtschaftsrechtlichen Vorschriften entstehen, treten täglich zu Tage. Der Gegensatz zwischen der Scheinwelt des noch geltenden Wirtschaftsrechts und zwischen der Wirklichkeit weitet sich aus. Der Ablauf des wirtschaftlichen Lebens, die Zwangsordnung der wirtschaftsrechtlichen Vorschriften und die Verantwortlichkeit des Vorstands im Sinne des § 70 AG „Aktiengesetz“ sind nicht mehr miteinander in Einklang zu bringen. Wer das für den Betrieb und auch für die Allgemeinheit Vernünftige und Notwendige tun will, ist nicht mehr in der Lage, sämtliche Verteilungs- und Bezugsvorschriften oder sonstige wirtschaftliche Bestimmungen in vollem Umfang zu erfüllen. Die Aufrechterhaltung der Betriebe hängt sowohl in den rein technischen und in den Beschaffungsfragen, wie auch hinsichtlich der Erhaltung der Arbeitskräfte davon ab, wie die Geschäftsführung und die Leiter der Betriebe sich in diesem Gewissens- und Interessenkonflikt entscheiden. Die

Wirtschaftsbehörden, deren Möglichkeiten schon durch unklare und in den Zonen und Ländern verschiedene Bestimmungen aller Stellen mit Anordnungsbefugnissen, durch den Verlust der Autorität oder durch unzureichende Kräfte beschränkt sind, bleiben gegenüber dem Mangel machtlos. Die Geschäfts- und Betriebsleitungen sind in diesem Zwiespalt gezwungen, nach dem Maßstab zu handeln, daß sie ihre Entscheidungen vor der Gesellschaft, dem einzelnen Betrieb und der Allgemeinheit, und nicht zuletzt vor dem eigenen Gewissen verantworten können. Niemand aber nimmt ihnen das Risiko ab, auf Grund positiver, längst durch die Wirklichkeit überholter Vorschriften bestraft zu werden...

Mit Gewißheit kann man sagen, daß die aus der politischen Situation entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit allen Folgen für die einzelnen Unternehmen noch lange anhalten werden. Der Weg aus dem chaotischen Tiefstand, den der Zusammenbruch hinterließ, ist mühsam und lang. Einzelne Komplexe werden sich vereinfachen und neue Fragen an ihre Stelle treten. Es ist notwendig, bei den Länderregierungen und dem bizonalen Wirtschaftsamt, die sich natürlich nicht im Unklaren über die wirklichen Dinge sind, den möglichen Einfluß aufzubieten, daß die verhängnisvolle Neigung zur weiteren Bürokratisierung des öffentlichen Lebens und des Wirtschaftsapparates abgebremsst wird, und daß bei der Hoffnungslosigkeit aller Versuche, den Mangel zu bewirtschaften, Lockerungen dort eintreten, wo ohnehin feststeht, daß die Bewirtschaftung keinen Nutzeffekt mehr hat. Viel ist davon trotz der sich bei einzelnen Länderregierungen anbahnenden Erkenntnisse nicht zu erwarten, da die Versorgungsschwierigkeiten, je mehr sie wachsen, umso mehr eine straffe Lenkung zu erfordern scheinen. Mindestens wird das von der Masse erwartet, und die Regierungen sind nur allzu bereit, darauf einzugehen. Aus diesem unglücklichen Zirkel kommen wir einstweilen nicht heraus...

Es bleibt die Frage, was wir im eigenen Kreise tun können, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, ohne die Fehler der öffentlichen Wirtschaft mitzumachen.

Zwei Mittel stehen zur Verfügung:

- a) Einsatz der richtigen Leute an der richtigen Stelle,
- b) Anpassung der Organisation.

zu a)

Die leitenden Stellen müssen entlastet und von allzu viel Kleinarbeit und technischem Kleinkram im Geschäftsablauf befreit werden. Das ist möglich und notwendig durch Übertragung von Aufgaben und Arbeiten an nachgeordnete Stellen, unter der Voraussetzung, daß dort Personen vorhanden sind, denen die entsprechenden Aufgaben in eigener Verantwortung mit vollem Vertrauen überlassen werden können. Mehr denn je hat der Grundsatz: *men not measures* zu gelten. Unsere vielen Überlegungen in den letzten Monaten, die der Besetzung gehobener Positionen galten, zeigen, daß wir über solche Kräfte nicht ausreichend verfügen. Trotz des Rückstroms von Leuten aus den östlichen Werken besteht eine Lücke, die schwer zu füllen ist. Der Ausfall von Führungskräften... ist fühlbar. Die verbliebenen Kräfte, auch wenn sie ihren Platz vorher durchaus ausfüllten, sind teils überaltert, teils nicht selbständig oder wenig genug, um mit den heutigen Verhältnissen so fertig zu werden, daß man ihnen größere Verantwortung einräumen könnte. Andere sind durch politische Belastungen nicht überall verwendbar. Von besonderem Gewicht ist in Zeiten, in denen die kaufmännische Moral brüchig wird, die Vertrauensfrage. Die Lücke ist umso schwerer zu füllen, weil in den Jahrgängen im Alter von 25-40 Jahren ein sichtbarer Mangel an zureichenden Kräften besteht. Zuviel sind gefallen, und andere sind 10 Jahre aus der Ausbildung herausgerissen und müssen erst mühsam das Versäumte nachholen, so daß aus den

aus dem Kriege oder aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten nur langsam eine Auffüllung zu erwarten ist.

Wir sind deshalb trotz des anscheinend noch starken Personalstands darauf angewiesen, uns nach qualifizierten Kräften außerhalb der eigenen Reihen umzusehen.

Da die beste Organisation nur klappt, wenn die in ihr tätigen Menschen auch mit dem nötigen Verständnis arbeiten, sollte diesem Punkt besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein. Wir wissen zur Genüge, daß es bei VGF in der Frage der Zusammenarbeit an manchen Stellen gefehlt hat und noch fehlt. Die vielen wechselseitigen Klagen von Werken gegen Verwaltung und umgekehrt, von Abteilungen gegen Abteilung usw. sind nicht immer Organisationsfehler, im Gegenteil nach meiner Ansicht viel häufiger ein Symptom für den Mangel an Zusammenarbeit, sei es aus fehlender Begabung, aus Selbständigkeitsstreben an falscher Stelle, aus Angst vor dem Wettbewerb, aus falschem Prestige-Streben oder aus allen möglichen Gründen, manchmal vielleicht auch nur aus dem Wunsche, sich lästigen Kontrollen durch andere Abteilungen zu entziehen.

Da wir eine ideale Besetzung der einzelnen Posten nicht erreichen können und die Organisation nicht eine absolute Zwangsläufigkeit im Ablauf des geschäftlichen Mechanismus bringen kann, bleibt eine Erziehungsarbeit zu leisten, die sich der dafür möglichen Mittel – Belehrung, Anerkennung oder Abhilfe – bedienen muß. Hier wird der Einsatz einer Organisationskontrolle wirksam sein können, wenn sie die auftretenden Mängel rechtzeitig erkennt und ihre Abstellung veranlaßt...

Auf den skizzierten Wegen kann eine beschränkte arbeitsmäßige Entlastung erreicht werden. Die Verantwortung bleibt unverändert. Welche Anforderungen an die Führung der Gesellschaft und an die leitenden Mitarbeiter gestellt werden können und nach welchen Maßstäben ihre Verantwortung unter den so veränderten Umständen zu bemessen ist, kann nur sehr allgemein beantwortet werden. Wir sind nicht Richter in eigenem Falle. Wir können nur unseren Fall vetreten, die Situation klarlegen, wie sie wirklich ist, und uns um Verständnis bemühen. Die Grundsätze der Sorgfaltspflicht dürfen nicht überspitzt werden. Eine Verantwortung, die die Organe der Gesellschaft nach außen und insbesondere dem Staate gegenüber zu tragen haben, sollte in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft nach dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob in wohlverstandener Wahrung der Pflichten gegenüber dem Unternehmen gehandelt ist und so gehandelt werden konnte. Entscheidend bleibt eine faire und verständnisvolle Beurteilung der Schwierigkeiten und Probleme unserer heutigen Arbeit.

Dokument 7: Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr an Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.G., Obernburg/Main, 15. 6. 1948: Erfahrungsberichte

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Büro für Friedensfragen, Stuttgart, bin ich daran interessiert, die Erfahrungen zu sammeln, welche bezüglich der Beschlagnahme oder Einsichtnahme von Zeichnungen, Betriebsvorschriften, Patenten usw. durch alliierte Militärkommissionen oder Personen bei den einzelnen Firmen gemacht worden sind. Ich bitte Sie, mir Ihre Erfahrungsberichte zuzusenden. Für die Zusammenstellung des Berichtes gebe ich Ihnen folgende Anhaltspunkte, ohne damit den Umfang Ihres Berichtes einschränken zu wollen.

1. Kennzeichnung der fremden Besucher, deren Nationalität, Ausweise, uniformierte oder zivile Besucher, Zahl der Besucher, Häufigkeit des Besuches, Fachkenntnisse der Besucher.

2. Gegenstand des Besuches bzw. des Interesses und Art der Auswertung durch die Besucher.
3. Schätzung des Schadens.

Im Auftrage: gez. Frowein

Dokument 8: Antwortschreiben VGF an den Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr, 19. 7. 1948: Erfahrungsberichte

Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 15. 6. Die Beantwortung der von Ihnen darin gestellten Fragen bereitet gewisse Schwierigkeiten, da unsere Betriebe in der Zeit nach Kriegsende von sehr zahlreichen Kommissionen der Besatzungsmacht besucht und überprüft worden sind. Wiederholte Besuche haben durch Vertreter der PIAT und der T-force sowie seitens französischer, canadischer und holländischer Vertreter stattgefunden. Es handelte sich bei den Besuchern regelmäßig um Sachverständige aus der Kunstfaserindustrie oder verwandten Industriezweigen, z. B. der die Kunstfaserindustrie speziell beliefernden Maschinenindustrie. Sollten Sie nach dieser Sichtung weitere Angaben für erforderlich halten, so müßten wir uns dann bei unseren verschiedenen Werksstellen noch im einzelnen bemühen.

Gegenstand der Besuche waren jeweils die Besichtigung unserer gesamten Anlagen, die Feststellung technischer Neuheiten jeglicher Art, die Anforderung von Berichten, Zeichnungen sowie die Anfertigung von Kopien des bei uns vorliegenden schriftlichen Materials. Aus uns inzwischen aus dem Ausland zugegangenen Anfragen haben wir entnommen, daß die alliierten Kommissionen, die unsere Werke besichtigt haben, umfangreiche Berichte über die bei uns angewandten Verfahren erstattet haben, die auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Wir müssen also damit rechnen, daß unser gesamter technischer Besitz jedem ausländischen Wettbewerber durch die Maßnahmen der Besatzungsmacht frei zur Verfügung gestellt worden ist.

Eine Bewertung der gesamten Gegenstände, die wir den Besuchern zur Verfügung zu stellen hatten, stößt natürlich auf gewisse Schwierigkeiten. Wir haben aber bereits aus anderem Anlaß eine entsprechende Zusammenstellung angefertigt, bei der wir die Bewertung so vorgenommen haben, als ob wir bei einer Neugründung die Erfahrungen bzw. Unterlagen selbst erwerben müßten und entsprechende Pauschal- bzw. Lizenz-Zahlungen zugrunde zu legen wären.

Es handelt sich dabei um folgende Gegenstände:

- | | |
|---|----------------|
| 1. die gesamten Betriebsdaten des Werkes Obernburg der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G., insbesondere die Herstellung von Hochfestseide | |
| Bewertung | RM 2.850.000,— |
| 2. Einsatz einer besonderen Einrichtung für das Auflösen von Viskosen – Birich-Zerfaserer | RM 600.000,— |
| 3. Unterlagen über eine neue Maschine zum Sulfidieren und Mischen | RM 600.000,— |
| 4. Unterlagen über die gesamte Druckwäsche | RM 175.000,— |
| 5. Vorreifewagen | RM 20.000,— |
| 6. Clettenlagerung an Spinnmaschinen | RM 20.000,— |
| 7. Gesamte Unterlagen für ein bei uns neu entwickeltes Zwirnverfahren – DD-Maschinen | RM 237.000,— |

Der Patentbesitz, der ebenfalls im Ausland der Beschlagnahme verfallen ist, dürfte im wesentlichen in diesen Summen einbegriffen sein.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G.
gez. Rathert gez. Vaubel

Von zahlreichen alten Geschäftsfreunden oder auch von einzelnen unserem Unternehmen oder seinen Angehörigen nahestehenden Persönlichkeiten tritt immer wieder der Wunsch an mich heran, zugunsten ihres Unternehmens, auch wenn es nicht Direktverarbeiter unserer Produkte, d. h. also für die Kunstseidensparte Weberei oder Strickerei oder Wirkerei und für die Zellwolle Spinnereibetriebe sind, dadurch eine Hilfe zu leisten, daß Kunstseide oder Zellwolle zur Verfügung gestellt wird oder an einen Direktverarbeiter mit der Maßgabe geliefert werden soll, daß die daraus hergestellte Ware dem Betreffenden für seine geschäftlichen Zwecke zur Verfügung steht. Selbstverständlich habe ich sehr großes Verständnis dafür, daß besonders solchen Freunden, die aus dem Osten kommen und hier eine neue Existenz gründen müssen, der Gedanke naheliegt, eine derartige Hilfe von uns zu erbitten. Ich muß aber hierzu einiges grundsätzlich klären, warum es unmöglich ist, diesen Wünschen nachzukommen.

Nach der Währungsreform hat, von uns sehr begrüßt, Herr Professor Erhard einen Kurs freier Marktwirtschaft konstituiert. Diese Bestrebung müssen wir mit allen Mitteln unterstützen, um nicht wiederum in einen Zustand zu geraten, der durch staatliche Zwangsmaßnahmen die Entwicklung von Industrie und Handel in ihrer eigentümlichen und erstrebenswerten Form vollständig behindert. Falls die Bemühungen um eine freie Marktwirtschaft, die augenblicklich mit unserer Unterstützung von vielen Seiten unter stärkster Anstrengung gemacht werden, mißlingen, steuern wir m. E. in eine Zwangswirtschaft hinein, wie wir sie noch nie gehabt haben. Bei der Bedeutung der mit uns und auch mit meiner Person verbundenen Firmen im Rahmen der Industrie für künstliche Fasern und in Anbetracht der Tatsache, daß ich persönlich als Vorsitzter der Arbeitsgemeinschaft meiner Industrie und als Beirats-Mitglied der führenden Gremien der Textil-Industrie eine hohe Mitverantwortung trage, bin ich zu der Folgerung gezwungen, daß auch in unserem Rahmen erreicht werden muß, daß der normale Ablauf des Warenflusses vom Rohstoffhersteller über den Verarbeiter zum Konfektionär etc. und zum Handel mit allen Mitteln wieder hergestellt wird. Aus diesem Grunde verkaufen wir unsere Produkte ohne jede weitere Auflage an unsere histori-

schen Abnehmer, d.h. die Direktverarbeiter unserer Erzeugnisse. Diese können genau so wie wir dann die von ihnen hergestellte Ware ebenfalls frei verkaufen. Wir müssen erwarten, daß auch dort das notwendige Verantwortungsgefühl besteht, sowohl die für den Markt notwendigen Produkte herzustellen, als auch eine gerechte Belieferung ihrer normalen Abnehmer vorzunehmen, resp. den sozialen Anforderungen gerecht zu werden. Wir müssen es deshalb auch ablehnen, wenn unsere Kunden ihre Abnehmer an uns verweisen, damit sie Rohstoffe beschaffen sollen und sehen eine solche Handhabung als einen unfreundlichen Akt unserer Kundschaft an.

Sie werden verstehen, daß unter diesen Umständen auch nicht in Einzelfällen Ausnahmen gemacht werden können, da wir durch das Schaffen von Präzedenzfällen unsere gesamte Politik gefährden und ich meine eigenen Richtlinien an die Verkaufsorgane unserer Unternehmen nicht desavouieren kann.

Unser Bestreben ist dahin gerichtet, unsere Produktion so schnell wie möglich auszuweiten, um eine befriedigende Deckung unserer Kundenwünsche erreichen zu können.

Hochachtungsvoll
gez. Ritzauer

Dokument 10: Notiz Schmekel, 29. 6. 1945

Bei meiner Ankunft am 11. 6. in Wuppertal traf ich im Geschäftsgebäude die Herren Dr. Vits und Ritzauer in einer Besprechung mit drei Herren in Uniform, die sich als Beauftragte des U.S. Control Council eingeführt hatten. Es waren Mr. Allen und Mr. Schlaeger, Zivilangestellte der amerikanischen Armee, und ein als Dolmetscher fungierender Sergeant der englischen Royal Artillerie. Mr. Allen sprach fließend deutsch.

Die Kommission war bereits am Sonnabend und Sonntag im Hause gewesen, hatte sich die Tresorschlüssel ausliefern lassen und den Inhalt der Tresore durchsucht, außerdem auch die Schreibtische und die übrigen Schränke in den Zimmern Dr. Vits und Schmekel. Dabei hatten sie auch einige Aktenstücke aussortiert und mitgenommen. Mit entnommen waren u. a. das Protokollbuch der Aufsichtsratssitzungen VGF (3. Band) sowie die Bemberg-Aufsichtsratsprotokolle.

An diesen Tagen hatte ein Mr. Berlin an den Nachforschungen teilgenommen. Er hatte persönlich die Tresore durchsucht. An den folgenden Tagen war Mr. Berlin erkrankt und erschien nur vorübergehend. Er soll die Absicht gehabt haben, sofort nach USA zurückzukehren.

Die Herren waren bei meinem Kommen in einer Besprechung über die Verteilung des in Deutschland befindlichen Aku-Aktienkapitals. Es war ihnen schwer klarzumachen, daß die Gesellschaft selbst über die Besitzer des Kapitals keine genauen Angaben machen konnte. Herr Dr. Vits unterrichtete die Herren darüber, daß ein Paket von etwa 12 Mill. Aku-Aktien bei der Deutschen Golddiskontbank sein dürfte, herrührend aus den seinerzeitigen Aufkäufen, und daß sich ein weiteres Paket bei der Deutschen Bank befinde, das aus dem Portefeuille der Aku 1940 erworben wurde und als Unterlage für die Ausgabe von Zertifikaten an Aku-Aktien durch die Deutsche Bank gedient hat. Über die Größe dieses Paketes könne er zuverlässige Angaben nicht machen und die Herren müßten sich an die Deutsche Bank speziell an Herrn Abs in Hamburg wenden. Das Paket sei durch Zukäufe der Deutschen Bank und evtl. auch durch Austausch von Aku-Aktien gegen Zertifikate seitens des Publikums in uns unbekanntem Umfang vergrößert.

Die Herren richteten dann an mich eine Anzahl Einzelfragen wegen des Besitzes der Prioritätsaktien und der kumulativen Vorzugsaktien. Zu dem ersten Punkt habe ich, soweit mir das aus dem Gedächtnis möglich war, die erbetene Erklärung über Verteilung und

Zweck der Prioritätsaktien gegeben. Wegen der Änderungen seit 1939 mußte ich auf die Akten verweisen, die ich nicht zur Hand hatte. Ich habe jedoch schon darauf aufmerksam gemacht, daß 1939 oder 1940 Änderungen in den Vereinbarungen über die Prioritätsaktien getroffen seien, aufgrund deren ich meinen Besitz an Prioritätsaktien abgegeben hatte.

Anhand der den Herren vorliegenden Verträge von 1929 wurden einzelne Fragen über die Verwaltung des Konzerns besprochen. Ich habe dabei die Erklärung abgegeben, daß in allen Vereinbarungen nach 1933 grundsätzlich das paritätische Verhältnis aufrecht erhalten worden ist.

Die Herren fragten auch nach der Verwahrung der Prioritätsaktien in Holland, wozu wir ihnen aus dem Gedächtnis nur erklären konnten, daß diese sich bei einer Bank, deren Namen uns im Augenblick nicht gegenwärtig war, zur Verfügung der Gesellschaftsorgane befänden. Die Deponierung sei so erfolgt, daß eine andere Verwendung der Prioritätsaktien als im Sinne der Vereinbarungen von 1929 ausgeschlossen sei.

Auf die Frage wegen der kumulativen Vorzugsaktien erklärte ich den Herren, daß diese Aktien sich in einer uns unbekannten Streuung in Privathänden befänden. Da ihr Vorzug lediglich in einem Anspruch auf kumulative Vorzugsdividende bestände und sie kein Stimmrecht hätten, wäre ihr Besitz für die Beherrschung der Gesellschaft bedeutungslos.

Die Herren erkundigten sich dann aufgrund einzelner ihnen in den Akten aufgefallener Schriftstücke, insbesondere solcher aus dem Schiedsgerichtsverfahren Blüthgen/Benrath, dessen Akten sie in größerem Umfang durchgeblättert hatten, nach der Bedeutung des Amsterdamer Paketes und Arbeitsausschusses. Zu dem ersten habe ich die in meiner schriftlichen Erklärung wiederholten Erläuterungen gegeben. Die Herren baten noch um eine Aufstellung über die Abwicklung des Amsterdamer Paketes bei der Liquidation von Garschagen & van Peski. Es handele sich für sie um die einwandfreie Feststellung, daß aus diesem Besitz nicht noch verschleierte Teile eines Auslandsvermögens der Gesellschaft übrig geblieben seien.

Den Herren war ein Brief des Dr. Blüthgen aufgefallen, in dem dieser von dem maßgebenden deutschen Einfluß gesprochen hatte unter Hinweis auf die Verteilung der Dezernate im Arbeitsausschuß. Sie fragten, wie es in Wirklichkeit nun später gewesen sei.

Zu dem Thema Arbeitsausschuß habe ich den Herren erklärt, daß dieser im Jahre 1933 aufgelöst und nicht wieder durch ein anderes Gremium ersetzt worden ist. Die Frage des stärkeren Einflusses der einen oder anderen Seite sei die stärkere Persönlichkeit gewesen.

Die Besprechungen nahmen am Dienstag ihren Fortgang. Zur Unterrichtung habe ich den Herren folgende Unterlagen gegeben:

1. Aku-Prospekt 1929
2. Prospekt der Deutschen Bank über die Ausgabe der Aku-Zertifikate von 1940
3. Aku-Statuten
4. Konzernplan 1939
5. Aku-Geschäftsberichte 1937-1942
6. VGF-Geschäftsberichte 1937-1943
7. Originalprotokolle der AR-Sitzungen VGF vom 16. 10. 1934-15. 6. 1944
8. Berichte der Deutschen Treuhandgesellschaft über folgende Prüfungen bei VGF:
 - Zwischenprüfung 1937
 - Abschlußprüfung 1937 mit Anhang
 - Abschlußprüfung 1938 (Anhang)
 - Abschlußprüfung 1939
 - Abschlußprüfung 1940 mit Anhang
 - Abschlußprüfung 1941

9. Protokoll über die am 3. Januar 1944 vorgenommene Aufnahme der Bestände zum 31. 12. 1943 der in den Tresoren der VGF, Wuppertal-E., liegenden Wertpapiere usw.
10. Anmeldung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten gemäß Artikel II, Gesetz Nr. 53 der Militärregierung vom 8. 6. 1945.
11. Liste über die im Archiv Elberfeld befindlichen Akten.

Die Herren erbaten kurze Personalnotizen über die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie leitender Angestellter, die Executive haben und Auskunft geben könnten, die ihnen am Donnerstag übergeben wurden, und zwar für die Herren des Aufsichtsrates, des Vorstandes und außerdem von den leitenden Angestellten für die Herren Moewes, Dr. Vaubel, Clostermann, Walter. Ferner wurde eine Notiz erbeten und gegeben über Herrn Dr. Blüthgen sowie Name und Adresse des letzten Bilanzprüfers Dr. David.

Erbeten wurden ferner die letzten Bilanzen der N. V. Maekubee und der British Bemberg, die bisher noch nicht gegeben wurden, da sie zunächst hier nicht zu ermitteln waren.

Mr. Allen erbat eine vollständige Liste der bei VGF vorhandenen Dokumente und des Ortes ihrer Aufbewahrung. Ich habe ihm erklärt, daß infolge der Verlegung eines Teiles der Verwaltung und aus Luftschutzgründen die Unterbringung der Akten zurzeit sehr unübersichtlich sei. In den hiesigen Tresoren und Kellern befänden sich im wesentlichen ein Teil der Vertragsdokumente und ältere Akten, während die neueren Akten zum wesentlichen Teil nach Aschaffenburg genommen seien und sich jetzt zum Teil in Aschaffenburg, zum Teil aber auch – aus Luftschutzgründen – in Gebäuden des Werkes Oberrnburg befänden. Eine Abschrift der Liste der im Archiv Elberfeld verbliebenen Akten wurde den Herren übergeben (siehe oben).

Nähere Auskunft erbaten Mr. Schlaeger und der Dolmetscher über die Gründe für die Vereinbarungen von 1929. Ich habe ihnen erklärt, daß es sich damals dem Sinn nach um den Ersatz einer Fusion – „Merger“ – gehandelt habe. Eine formelle Fusion sei nicht möglich gewesen, weil es sich um Aktiengesellschaften verschiedenen Rechts gehandelt habe. Die Spitze der Gesellschaft sei in die holländische Gesellschaft verlegt worden, weil die außerordentlich hohen Steuern in Deutschland schon damals eine umgekehrte Konstruktion ausgeschlossen hätten.

Die Unterhaltung nahm am Donnerstag, den 14. 6., und Freitag, den 15. 6., – mit Unterbrechungen – ihre Fortsetzung. Mr. Schlaeger und der englische Dolmetscher stellten speziell Fragen, die sich wieder im wesentlichen auf das Verhältnis Aku/VGF bezogen, insbesondere darauf, wie es mit der Executive in Holland gehalten worden sei, ob während des Krieges Eingriffe in die Aku erfolgt seien, wieweit die Aku als Instrument zu Auslandsfinanzierungen für VGF gedient habe und dazu evtl. gezwungen worden sei. Ich habe mich dahin geäußert, daß die Executive in Holland grundsätzlich nur von den Holländern ausgeübt worden sei. Wie überhaupt vor und auch während des Krieges in deutschen Betrieben deutsche leitende Herren, und in holländischen Betrieben holländische leitende Herren die Executive ausgeübt hätten. Eingriffe in die innere Betriebsführung seien auch während des Krieges nicht vorgekommen, insbesondere seien – in Beantwortung einer speziellen Frage – keine holländischen Herren auf unser Verlangen entlassen worden. Es sei wohl in dem einen oder anderen Fall vorgekommen, daß wir den Herren empfohlen hätten, Angestellte, die eine betont gegnerische Haltung eingenommen hatten, im Hintergrund zu halten. Ich selbst hätte als Vorstandsmitglied der Aku keine Executive ausgeübt und im allgemeinen auch nur an den regelmässigen Delegierten-Sitzungen teilgenommen. Herr Dr. Vaubel sei mein ständiger Vertreter gewesen, dessen Aufgabe hauptsächlich darin bestanden hätte, den Kontakt zu halten und gegebenenfalls zwischen der Aku und deutschen Stellen zu vermitteln. Fälle, in denen das notwendig geworden sei, seien natürlich öfter vorgekommen. Auch Dr. Vaubel hatte keine Executive in der Aku ausgeübt.

Die Aku habe nicht als Instrument für Auslandsfinanzierungen für VGF gedient und hätte auch nicht gegen den Willen der holländischen Herren zu Auslandsgeschäften genötigt werden können. In einzelnen Fällen sei wohl die Aku im Konzerninteresse eingetreten, weil VGF über keine freien Devisen verfügt habe. Dieses sei mir in einem Fall erinnerlich, in dem Lobositz-Aktien aus tschechoslowakischem Besitz von der Aku erworben worden seien, die dann auch in ihrem Portefeuille verblieben.

Die Herren erkundigten sich dann nach den Research-Verträgen. Abschriften der Verträge wurden den Herren übergeben. Ferner händigte ich den Herren die in einem dünnen schwarzen Hefter gesammelten Abschriften der Aku/VGF-Verträge vom August 1939 aus.

Am Freitag haben die amerikanischen Herren einen Teil der Akten im Manteltresor durchgesehen und die in grünen Mappen untergebrachten Originalverträge mit dem zugehörigen Verzeichnis mitgenommen; ferner baten sie um Aushändigung einer größeren Anzahl von Aktenstücken aus dem Archiv, die ihnen laut beiliegender Liste ausgefolgt wurden. Bei letzteren handelte es sich teilweise um Auslandsgesellschaften und teilweise um Syndikats- und Verkaufsvereinbarungen. Besonders die letzteren schienen ein größeres Interesse zu finden. Sie erbaten dazu auch von Herrn Moewes eine Liste der Vertreter und wichtigsten Auslandskunden in den Jahren 1929 und 1939.

Ihren weiteren Besuch hatten dann die Amerikaner für Mittwoch, den 20. 6. in Aussicht gestellt. Mr. Allen kam am 18. und 19. 6. zu je einem kurzen Besuch in das Haus. Er erkundigte sich nach einigen Ergänzungen zu den bereits ausgelieferten Akten, die sich aber nicht hier befanden – es handelte sich um einen älteren Band Prioritätsaktien und einen älteren Band Syndikatsverträge – und teilte dann mit, daß die Herren erst am Mittwoch oder Donnerstag der kommenden Woche hierher kommen würden. Sie beabsichtigten inzwischen nach Holland zu fahren. Er hielt es selbst für zweifelhaft, ob sie in Holland weitere Aufklärung bekommen würden und machte eine Bemerkung in dem Sinne, Herr Dr. van Vlissingen könne sich vielleicht auch nicht frei bewegen. Es sei von ihm früher gesagt worden, daß er zu den Colaborationisten gehöre. Es sei den Herren hauptsächlich um die Aufklärung eines Punktes zu tun, über den keine näheren Angaben gemacht wurden. – Der Vorstand von VGF könne sich bis dahin frei bewegen. Es beständen keine Bedenken, daß ich oder auch Herr Dr. Vits inzwischen nach Aschaffenburg fahren würden, nur müßte jedenfalls mindestens ein Herr vom Vorstand in der nächsten Woche wieder hier zur Verfügung stehen. Anschließend würden dann die amerikanischen Herren nach Frankfurt und Aschaffenburg kommen und er würde begrüßen, wenn auch dann in Aschaffenburg bzw. Obernburg wir zur Auskunftserteilung zur Verfügung stehen würden.

Als Frankfurter Adresse der amerikanischen Kommission nannte Mr. Allen das Haus der Deutschen Bank – US Control Council – Finance Division – Leitung Schmidt.

Freitag, den 29. Juni 1945:

Mr. Allen und Mr. Schlaeger sprachen heute wieder vor. Sie haben in Holland bisher nichts erreicht und beabsichtigen, am kommenden Mittwoch nochmal rüber zu fahren. Bisher konnten sie in Holland nur mit einem Professor de Bruyn (oder so ähnlich) sprechen, der offiziell von der holländischen Regierung für die Maßnahmen eingeschaltet ist, die entweder die größeren Unternehmen oder überhaupt die internationalen geschäftlichen Beziehungen betreffen. Die Herren haben weder Herrn van Vlissingen noch sonst einen Herrn von der Aku sprechen können, da sie auf diesen offiziellen Vertreter angewiesen waren. Herr van Vlissingen hat offenbar nach wie vor einen starken Einfluß. Er ist der maßgebende Mann in verschiedenen Kommissionen über Wiederaufbau der Flußschifffahrt und des Luftverkehrs. Die Herren machten wiederholt Äußerungen in dem Sinne, daß die Holländer ihre Interessen sehr stark wahrten unter Einschluß auch der deutschen Beteiligungen, die sie zu schützen willens seien.

Aus einer Bemerkung des Mr. Allen ist vielleicht zu schließen, daß es sich für die Amerikaner weniger um holländische und deutsche Aku-Interessen als um die Frage der amerikanischen Beteiligungen der Aku handelt und daß deren weitere Behandlung von der Beantwortung der Frage abhängig ist, ob die Aku als eine holländische oder gemischt deutsch-holländische Gesellschaft zu betrachten ist.

Mr. Schlaeger bat um einen Bericht, der die Bedeutung und Abwicklung der Maekubee klarstellt. Außerdem erbaten die Herren eine Abschrift der Liste der in Aschaffenburg ausgelieferten Akten.

Ich habe den Herren heute übergeben:

Abschriften der Bilanz der British Bemberg Ltd. von 1939 und 1940,
Bilanzberichte der Deutschen Treuhandgesellschaft über den Abschluß VGF 1942 u. 1943,
eine Fotokopie der Darstellung über die VGF-Verhältnisse in Hoppenstedts Handbuch von 1940.

**Dokument II: VGF an den Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr
Rudolf Mueller, 23. I. 1946: Konzernentflechtung**

Im Anschluß an die informatorische Besprechung in Frankfurt am 14. I. erlauben wir uns, im nachfolgenden zu dem Gegenstand der Erörterung Stellung zu nehmen. Wir beschränken uns dabei auf einige Hinweise zur jetzigen wirtschaftlichen Beurteilung der Konzerne und behandeln im weiteren nur die besonderen Verhältnisse unseres Industriezweiges und unserer Gesellschaft, sehen aber davon ab, auf die grundsätzlichen Fragen des Konzernproblems, die in den letzten Jahrzehnten mit wechselnden Argumenten politischer und wirtschaftlicher Natur häufig behandelt worden sind, näher einzugehen.

In der Erörterung in Frankfurt wurde zum Ausdruck gebracht, daß Gegenstand der Diskussion ganz allgemein wirtschaftliche Machtstellungen seien, sowohl in der Form der eigentlichen Konzerne wie auch großer Einheiten im vertikalen oder horizontalen Aufbau und schließlich auch in der Form der Kartelle. Die Kartelle sind bereits der Auflösung verfallen. Von den wirtschaftlichen Machtstellungen der Großunternehmen ist bei den meisten nicht viel übrig geblieben, nachdem die I. G. Farbenindustrie A.-G. von den alliierten Mächten übernommen, die Montan- und Hütten-Unternehmen enteignet und die sonstigen Unternehmen nicht nur ihre ausländischen Beteiligungen, sondern auch wertvollste Bestandteile im Inland mit der Abtrennung der Ostzone, der Zerstörung durch Luftangriffe und der Enteignung für Reparationszwecke verloren haben. Dazu kommt der Verlust eines großen Teiles des inländischen und des ganzen ausländischen Absatzmarktes. Es darf danach zuerst die Frage aufgeworfen werden, was noch als Bestand geblieben ist, der Eingriffe rechtfertigen würde oder ob nicht eine gesetzliche Kontrolle und eine Überwachung genügen.

Die Konzerne und sonstigen größeren wirtschaftlichen Gebilde sind mit Ausnahme einiger auf spekulative Gründe zurückzuführender Fälle aus wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten entstanden. Der Staat bedient sich ihrer genauso wie die freie und gelenkte Wirtschaft.

Für eine Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit wird es vor allem auf die Erkenntnis ankommen müssen, ob grundsätzlich oder im Einzelfall das Bestehen noch vorhandener Konzerne oder Konzernteile überwiegend als Vorteil oder Nachteil für die Existenz des restlichen deutschen Wirtschaftsgebietes in dem der deutschen Wirtschaft zugewilligten Rahmen anzusehen ist. Formen wirtschaftlicher Gebilde, bei denen überwiegende technische, kaufmännische oder organisatorische Gründe für eine weitere Zusammenfassung in der bisherigen oder einer ähnlichen Form sprechen, sollten belassen werden,

wenn ihre bisherige Organisation nicht zu berechtigter Kritik Veranlassung gegeben hat und sie ihre Berechtigung erweisen. Denn es darf wohl unterstellt werden, daß bei der künftigen Gestaltung der deutschen Wirtschaft diejenigen Organisationsformen bleiben sollen, die den Wirtschaftsgeboten folgen und damit der durch die Kriegsereignisse in großer Zahl auf engstem Raum zusammengedrückten deutschen Bevölkerung die Möglichkeit bieten, sich die zur Wiedererlangung eines bescheidenen Lebensstandards unumgänglich notwendigen Güter zu erarbeiten. Nach dem Zusammenbruch befindet sich die deutsche Wirtschaft ohnehin in einem Zustand der Verwirrung und Lähmung mit den bekannten Folgen auf dem Gebiet des Wiederaufbaus, der Herstellung einer wirtschaftlichen Ordnung und der sozialen Lage, die durch unwirtschaftliche Lösungen verschlimmert werden würde.

Die Entscheidung, ob im Einzelfall die Zusammenfassung mehrerer Industriebetriebe in einer einheitlichen Organisation unter einheitlicher Leitung (Konzern) aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht oder unerwünscht ist, kann nur nach genauer Prüfung der Produktions- und Absatzverhältnisse sowie der industriellen Entwicklung des betreffenden Industriezweiges getroffen werden.

Für die Kunstseidenindustrie ist darauf hinzuweisen, daß der zur Erstellung der Produktionsanlagen erforderliche Aufwand von vornherein die Schaffung verhältnismäßig großer Einheiten notwendig gemacht hat und daß diese Voraussetzung durch die technische Entwicklung des letzten Jahrzehnts noch eine außerordentliche Betonung erfahren hat. Die Entwicklung dieser Industrie in der ganzen Welt in den letzten 2 Jahrzehnten hat überall bestätigt, daß wirtschaftlich im allgemeinen nur große Produktionskapazitäten arbeiten können.

Das Anwachsen der Einheiten im Zuge der technischen Entwicklung hat in der Industrie der chemischen Fasern zugleich eine bestimmte Spezialisierung zur Folge gehabt, die erst die Zusammenfassung kleiner Betriebe unter einheitlicher Leitung wirtschaftlich gestattet hat. So wurde z. B. bei der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. in einem Werk ganz oder nahezu ausschließlich Reifenseide für die Gewebe von Auto- und Fahrradreifen sowie Kunstseide für Treibriemen und Förderbänder erzeugt, während anderen Werken die Herstellung von Spezialseide für Webereizwecke oder feinfädiger Seide für Wirkerei und Strumpfindustrie übertragen wurde. Es liegt auf der Hand, daß die Spezialisierung eines kapitalintensiven Betriebes auf bestimmte Erzeugnisse von wirtschaftlichem Vorteil ist, daß aber wegen des sonst untragbaren Produktionsrisikos im Fall von Konjunkturschwankungen oder wesentlichen Fortschritten in der technischen Entwicklung eine Aufsplitterung des Produktionsprogramms unumgänglich ist, wenn ein selbständiger Einzelbetrieb das wirtschaftliche Risiko für seine Erzeugung selbst zu tragen hat. Eine solche Aufsplitterung des Produktionsprogramms würde für jedes einzelne Werk eine Rückkehr in die Produktionslage z. Zt. der Anfangsjahre unserer Industrie zur Folge haben. Die Lösung aus dem Verband und Anpassung an andere Aufgaben würde Umstellungen notwendig machen, die technisch und kostenmäßig noch auf lange Sicht nicht durchzuführen sind. Im Interesse sowohl der Preisgestaltung für den inneren Markt wie auch mit Rücksicht auf die auch von alliierter Seite geforderte Ausfuhr soll notwendig die äußerste Kosteneinsparung angestrebt werden.

Wie fast für alle Industrien, so ist auch für die der künstlichen Fasern der wirtschaftliche und technische Vorteil des zentralen Einkaufs ein wesentlicher Faktor, nicht aus Wettbewerbsgründen, die im Zeitalter der gebundenen Preise eine untergeordnete Rolle spielen, sondern wegen der technischen Bedeutung, da die zentrale Führung des Einkaufs den Einsatz gleichmäßiger geeigneter Rohstoffqualitäten und – bei Abweichungen – die Verwendung in der richtigen Produktionsstätte ermöglicht. Dieser Frage kommt bei der hohen

Empfindlichkeit des Endprodukts unserer Industrie eine besondere Bedeutung zu. Fehldispositionen in der Zuteilung oder Verwendung der Rohstoffe werden damit vermieden.

Technisch und wirtschaftlich wertvoll ist ferner die Zusammenfassung der Düsenbestände mehrerer Kunstseidenfabriken in gemeinsamer Verwaltung. Sie bedeutet eine Einsparung wertvoller Edelmetalle, die heute in Deutschland nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen. Bei der Zusammenfassung können aus einer verhältnismäßig geringen gemeinsamen Reserve dieser hochwertigen Goldplatindüsen jederzeit dem einzelnen Einsatzwerk die Spezialdüsen zur Verfügung gestellt werden, die nach Lage der Umstände zur Herstellung des einen oder anderen Produkts erfordert werden. Bei Lösung des Zusammenhanges zwischen den Werken würde jedes einzelne eines erhöhten Bestands bedürfen. Es dürfte bekannt sein, daß vor einigen Monaten in unserem Werk Obernburg durch Einbruch eine große Anzahl Düsen verloren ging. Nur durch den Rückhalt einer gemeinsamen Reserve unserer Werke war es möglich, die für die Produktionsaufnahme erforderliche Zahl von Düsen bereitzustellen.

Die technische Entwicklung der Industrie der künstlichen Fasern ist noch in vollem Fluß. Sie ist im letzten Jahrzehnt nicht zuletzt in den USA besonders stark vorangegangen. Wenn auch künftig das Gebiet der allgemeinen Forschung in der Chemie für Deutschland eingeengt bleiben wird, so wird doch die betriebliche Entwicklungsarbeit bleiben müssen und sie wird gerade bei Wegfall der allgemeinen Forschung noch wichtiger sein. Es ist kein Zufall, daß Träger der Entwicklung in allen Ländern große Gesellschaften oder Konzerne waren, die allein die personellen und sachlichen Aufgaben der technischen Entwicklungen lösen und die Erfahrungen verschiedener Produktionsstätten austauschen konnten.

Ein markantes Beispiel aus den letzten Jahren bietet der Einsatz von Buchenholzzellstoff, der für Papierherstellung nicht geeignet ist, wohl aber für die Erzeugung von Kunstseide und Zellwolle. Während der Einsatz dieses Zellstoffs in den meisten deutschen Kunstfaserwerken auch heute noch auf große Schwierigkeiten stößt, ist es uns durch intensive Bearbeitung des Problems möglich geworden, Buchenholzzellstoff für die normalen Faserqualitäten zu verwenden. Da kein Zweifel sein dürfte, daß die deutschen Nadelholzbestände nicht genügen werden, um den inländischen Holzbedarf zu decken, und da Nadelholz ausschließlich für Bau- und Grubenholz sowie Papier benötigt wird, ist der Einsatz von Buchenholzzellstoff in der Faserstoffindustrie eine unvermeidliche Notwendigkeit.

Die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. hat mit den ihr gehörenden Werken und den ihr nahestehenden deutschen Gesellschaften bis zum Ausbruch des Krieges etwa 50% der deutschen Erzeugung an Viskosekunstseide und nur ca. 15% der deutschen Zellwollerzeugung repräsentiert. Durch die Abtrennung des Gebietes östlich der Oder sind die Werke Breslau und Sydowsaue b. Stettin aus dem Bereich der Gesellschaft ausgeschieden, während das in der russischen Zone gelegene Werk Elsterberg und das Veredelungswerk Tannenberg unserem Einfluß entzogen sind. Die Werke der Tochtergesellschaften in Lobositz/Tschechoslowakei und St. Pölten b. Wien, die von uns gegründet waren und seit etwa 25 bzw. 35 Jahren zu unserem Kreise gehörten, sind als ausländische Beteiligungen abgegeben. Die Kapazität unserer Gesellschaft ist mit diesen Verlusten gegenüber dem Stand von 1938 um ca. 46% vermindert worden. Darüber hinaus ist auch die Leistungsfähigkeit der in den westlichen Zonen verbliebenen Werke durch Luftangriffe und Kampfergebnisse stark herabgesetzt, so u. a. die des Werkes Obernburg um ca. 40-45%, so daß die Kapazität der verbliebenen Betriebe bereits auf weniger als die Hälfte des früheren Standes vermindert ist.

Der Sitz unserer Gesellschaft befindet sich in Wuppertal-Elberfeld, also in der britischen Zone. Die westlichen Produktionsbetriebe liegen teils in der britischen, teils in der amerikanischen Besatzungszone.

Seit dem Jahre 1929 steht unser Unternehmen in einer engen Interessenverbindung mit der Algemeene Kunstzijde Unie N.V. (AKU) Arnheim/Holland, in deren Besitz sich etwa 99% des Kapitals unserer Gesellschaft befinden. Außerdem bestehen Vereinbarungen über einen vollständigen technischen Austausch zwischen dieser Gesellschaft und den Betrieben der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. Es dürfte eine Klärung notwendig sein, inwieweit die überlagernden Interessen der AKU bei Maßnahmen zur Konzernentflechtung berücksichtigt werden müssen und können.

Auch dürfte von Bedeutung sein, daß unsere Gesellschaft durch Vereinbarungen über technischen Austausch an die North American Rayon Corp. in USA, eine Gründung unserer Gesellschaft, gebunden ist. Die Vereinbarungen können u. E. nur bei Aufrechterhaltung des Zusammenhalts zwischen den beiden Gesellschaften durchgeführt werden, zumal eine Erfassung des technischen Entwicklungsguts im Wege des Austausches nur bei einer einheitlichen Unternehmensform auf deutscher Seite möglich erscheint.

Das Erzeugungsprogramm unserer Werke ist ausschließlich auf Artikel abgestellt, die der Friedenswirtschaft dienen. Besondere Umstellungen sind dazu nicht erforderlich, da auch während des Krieges ausschließlich Produkte hergestellt worden sind, die für Bekleidungs- und andere textile Zwecke Verwendung fanden. Der weitere Bedarf der Textilindustrie an dieser Erzeugung ist außer Diskussion.

Wir sind der Ansicht, daß ausreichende Kontroll- und Einflußmöglichkeiten der Öffentlichkeit und der für die künftige Wirtschaftsgestaltung maßgebenden Behörden bestehen. Legislative Änderungen sollten erforderlichenfalls an dieser Stelle einsetzen und den berufenen Organen ausreichende Ermächtigungen geben. Den Notwendigkeiten, die sich aus der starken Dezentralisierung der Regierungsgewalt in den deutschen Ländern ergeben, kann durch eine entsprechende Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Regierungsstellen bei der Produktions- und Absatzpolitik ohne weiteres Rechnung getragen werden.

Wir haben uns bei unseren Bemerkungen von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß das, was bestehen soll, gesund sein muß. Es ist nicht der Interessenstandpunkt für uns maßgebend, sondern der Gedanke, daß das Interesse jedes Unternehmens sich in die Linie einer gesunden und organisch aufgebauten Wirtschaft einzuordnen habe.

Der Übersicht wegen erlauben wir uns eine Anlage beizufügen, in der wir die uns besonders wichtig erscheinenden Punkte unserer Stellungnahme zusammengefaßt haben.

gez. Schmekel gez. Dr. Vaubel

*Dokument 12: OMGUS, Economics Division an James Martin,
Decartelization Branch, 13. 2. 1946: AKU-VGF Investigation*

In the investigation of the AKU-VGF complex the outstanding fact has been the unrivaled position of Mr. van Vlissingen, the chairman of the supervisory board of AKU. His position was not disturbed even during the German occupation of Holland.

Several statements and interrogations of VGF officials and leading German industrialists have disclosed that van Vlissingen had had connections with leading personalities of the German Government and German industry. Van Vlissingen knew Göring who made him a member of the Reichsjagdrat. Van Vlissingen spoke with Schacht several times at the RWM. A daughter of van Vlissingen is married to a Mr. Henckel, brother-in-law of von Ribbentrop. Funk, according to an interrogation of Kehrl of the RWM, wanted van Vlissingen to be treated well and was anxious not to disturb him in any way.

We suspect that van Vlissingen was protected by high Nazi officials and that this was one of the reasons that he was treated courteously by the other German officials and was not removed after the occupation of Holland. It seems advisable to interrogate Göring, Schacht, Ribbentrop and Funk concerning the connections of van Vlissingen with the Nazi party, the German Government, and the extent of his collaboration in the economic set-up of the new European order.

We would appreciate if you could arrange for us to interrogate the afore mentioned persons or have somebody else conduct the interrogation in our behalf.

Ralph H. Goldner

Dokument 13: Memorandum, Dr. Rudolf Mueller, 6. 3. 1947:
Administration of the Decartellization Laws in both zones

1. The powers of the administration provided for are twofold:
 - a) investigation to enable the prosecutor to bring action against excessive concentrations of economic power;
 - b) decision on decartellization cases.
2. Military Government has unlimited power of investigation and decision: decisions by military orders, or if Military Government sees fit to do so: by judicial or administrative bodies (military or German civilian).
3. From a point of view of reestablishing a legal system in Germany with legal remedies it seems to be most necessary to draw a distinct line between
 - a) the ordinary administration of the economy; and
 - b) the administration of justice in cartel matters, entirely independent of the former administration.
4. Wherever it is considered to use German agencies for either task, investigation or judicial administration (as an independent German function or as an agency for institutions of Military Government), those agencies should therefore not be dependent from the ordinary German economic administration in any level of the administration. If it is necessary to put such agencies under a German administration that should be the administration of justice.
5. The reasons for this request are obviously
 - a) the principle of the separation of powers to be applied in this field as in all other fields; and
 - b) certain conditions prevailing in the German administration as set out below.
6. The fundamental law in Germany to require the economy to give information on economic activities for investigation purposes was enacted in 1923 (Verordnung über Auskunftspflicht). This law was restricted to certain governmental offices and to certain fields of information.

This law has been applied extensively and without legal remedies in practice by the German Government since 1933. Without any remedy or right to privacy and without cause everybody was at all times subject to investigations etc.

This practice has been continued more or less by the new German governmental agencies as a convenient method of getting information.

The official secrecy within German administrative bodies is however not guaranteed. Informations leak out to political parties, organizations of competitors, trade unions and other interested parties. Increasingly so called confidencemen (Vertrauensleute) of these

parties are put into such governmental agencies and they act as informers. Files disappear or are copied.

In the judiciary system there is the least chance of such practices.

Obviously the findings and the materials of the subject matter of the decartelization law are of the highest political interest and of interest to competitors. So every precaution should be taken to insure fair proceedings in such matters and a limitation of the knowledge to the responsible parties only, with the sole exception of publicity of court proceedings.

7. To make this statement very clear: if Military Government makes use of German agencies these agencies should not work with means to which Military Government is entitled. If these means cannot be dispensed with, Military Government should not make use of German agencies. If it does, it should encourage or rather demand the system of a normal administration of justice.

Dokument 14: Notiz Vits, 11. 1. 1949: Dekartellisierung

Von englischer Seite hatte ich kürzlich die Nachricht erhalten, daß die AKU die Dekartellisierung von Glanzstoff in dem Sinne betreibt, daß unter Auflösung von VGF die einzelnen Werke selbständige Gesellschaften würden. Die Aktien dieser Gesellschaften sollten unmittelbar an die AKU gehen. Damit würde gleichzeitig das Problem AKU/VGF im Sinne der AKU gelöst werden.

Herr Meynen hatte mir vor ca. einem Jahr davon Kenntnis gegeben, daß ähnliche Erwägungen in der Tat geschwebt hätten. Es war nicht ganz klar, ob die jetzige Information sich auf diesen früheren Vorgang bezöge, oder ob eine neue Einflußnahme seitens der AKU vorläge.

Ich hatte daher Herrn Dr. Fentener van Vlissingen um eine Besprechung gebeten. Diese fand gelegentlich meiner Hollandreise am 7. Januar statt.

Ich habe erklärt, daß ich diese Information erhalten hätte. Der Glanzstoff-Vorstand hätte nicht die Absicht, seine ganze Arbeitskraft wie bisher für das Unternehmen einzusetzen, sondern würde die Konsequenzen ziehen, falls seitens der AKU derartige Schritte noch unternommen würden. Herr van Vlissingen erklärte, daß der Leiter der Kommission für wirtschaftliche Interessen Hollands in Deutschland, Herr Steenberger, vor etwa 1 Jahr von dem amerikanischen Oberst Bronson gehört hätte, die Dekartellisierung Glanzstoffs sei beschlossene Sache. Nur daraufhin hätte man seitens der AKU diesen Vorschlag in Berlin zur Sprache gebracht. Dr. van Vlissingen würde im übrigen bei Durchführung des Vorschlages dafür gesorgt haben, daß die AKU-Interessen in Deutschland dann einheitlich unter Hinzuziehung des bisherigen Vorstandes als Treuhänder der AKU vertreten würden. Seit damals sei aber in der Sache nichts veranlaßt worden, so daß sich meine Information nur auf den von Herrn Meynen mitgeteilten Schritt beziehen könne. Dr. van Vlissingen übernahm die Gewähr dafür, daß uns gegenüber streng loyal gehandelt würde, und daß wir Nachricht erhielten, sofern irgendwelche neuen Vorschläge seitens der AKU in der Dekartellisierungssache gemacht würden.

gez. Vits

Dokument 15: Briefwechsel J. Meynen – E. H. Vits

a) Meynen an Vits, 24. 3. 1949

Lieber Herr Vits,

Es hat mich aufrichtig gefreut, daß wir die vorige Woche die Gelegenheit hatten eine ganz offene Aussprache zu haben über unseren gegenseitigen Wunsch das Verhältnis A.K.U./

Glanzstoff nicht nur fest geschlossen sondern auch freundschaftlich zu halten und daß wir außerdem beide den aufrichtigen Willen ausgesprochen haben, um auch in unseren persönlichen Beziehungen eine gute Basis zu schaffen für eine erfreuliche und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Wo jedoch der Respekt für den gegenseitigen Standpunkt die solideste Basis ist für das von uns beiden gewünschte persönliche Verhältnis, möchte ich Ihnen mal privatim schreiben wegen eines am vorigen Donnerstag von Ihnen gebrauchten Arguments, welches mir bei Analysierung Ihres Gedankenganges nicht verständlich war. Vielleicht können wir, wenn wir uns Anfang April treffen in der schönen Gaststätte in Xanten unter einem Glas Wein darüber von Gedanken wechseln.

Sie erwähnten als Einleitung für Ihren Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen A.K.U. und Glanzstoff zu befestigen, die Tatsache, daß auch wenn der Friedensvertrag die Sequestrierung deutschen Eigentums in Holland, als Kriegsschadenersatz, gutheißen würde, trotzdem jede deutsche Regierung bei Verhandlungen wegen Handelsverträge mit Holland darauf bestehen würde (Sie nannten in der Beziehung unsere Blumenkohle) von Holland zurückzufordern, was Deutschland entnommen worden sei (z.B. Prioritätsaktien der A.K.U. und die darauf basierten Rechte).

Erlauben Sie mir ganz offen zu sagen, daß ich aus diesem Gedankengang dieselbe Mentalität kristallisieren muß, welche ich bedauerlicherweise beim Herrn Minister-Präsidenten Arnold festgestellt habe, als er das Prinzip des Ruhrstatuts über ganz West-Europa ausbreiten wollte, nicht weil er das Ruhrstatut als eine ideale Lösung für das Rohstoffproblem betrachtet, *im Gegenteil*, jedoch nur, weil er die Diskriminierung, welche aus diesem Statut hervorgeht, auf Grund eines verlorenen Krieges aufzuheben wünscht. Dr. Arnold denkt also rein egoistisch.

Es ist Ihnen bekannt, daß Holland während des Krieges völlig leer gestohlen wurde und dabei einen Schaden von ca. hfl. 25 Milliarden erlitten hat. Nun ist meine Frage an Sie, ob Sie der Ansicht sind, daß ein Land, welches völlig unverschuldet von einem anderen Land angegriffen wurde, nicht nur juristisch, sondern auch moralisch berechtigt sei dafür einen Schadenersatz zu bekommen?

Wenn die holländische Regierung nach dem Kriege die Eigentümer von Deutschen in Holland beschlagnahmte, hat sie dadurch nur einen ganz winzigen Bruchteil des völlig erlittenen Schadens zurückbekommen. Aus Deutschland hat Holland keinen Schadenersatz zurückbekommen, sondern nur diejenigen Güter, welche nachweisbar gestohlen oder unter Zwang geliefert worden waren. Schadenersatzansprüche in Gebietszuweisung hat Holland fallen lassen, mit Ausnahme einiger ganz kleinen Grenzkorrekturen.

Ich habe sehr gut verstehen können Ihr Argument, daß abgewartet werden müßte, ob der Friedensvertrag juristisch die Beschlagnahme der Eigentümer in Holland des vormaligen Feindes legalisieren würde.

Ich habe jedoch bis jetzt unter dem Eindruck gelebt, daß Sie der Meinung seien, falls die Beschlagnahme auf Basis eines internationalen Vertrages (Friedensvertrag) juristisch bestätigt worden sei, daß dieser Rechtsgrund auch in Deutschland zu akzeptieren wäre, weil ein *moralisches Recht* hierdurch befestigt wurde.

Aus unserer letzten Unterhaltung verstand ich jedoch, daß Sie auch dieses moralische Recht nicht anerkennen und der Meinung sind, daß Deutschland sich, selbst wenn das moralische Recht in einem Friedensvertrag juristisch verankert liegt, davon in der Zukunft befreien müsse durch Sabotage zukünftiger Handelsverträge.

Meinen Sie denn, daß das deutsche Volk anderen Völkern gegenüber überhaupt keine Verpflichtung hat um gelittenes Unrecht gutzumachen wo und wann möglich?

Ich erinnere mich, daß Herr Abs in einem Gespräch in Arnheim mir mitteilte, daß er mit einer gewissen Genugtuung sich realisiert habe, daß die Beschlagnahme eines wertvollen Vermögensobjektes wie die Lippmann & Rosenthal-Bank jedenfalls zu einem gewissen Teile mithilft den Holland deutscherseits zugebrachten Schaden zu mildern. Sie können sich kaum vorstellen, wie so eine Bemerkung geschätzt wird, weil sie Begriff zeigt für die Realität. Diese Realität ist nämlich, daß wir Holländer die fünf Jahre der deutschen Besatzung zu vergeben und vergessen bereit seien, jedoch unter dem Vorbehalt, daß, wo und wann möglich, die schrecklichen Folgen dieser Besatzung erst mal bereinigt werden. Selbstverständlich kann das nur in einem ganz kleinen Umfang geschehen, aber so weit möglich soll es denn auch geschehen und das deutsche Volk soll das moralische Recht der Holländer auf diese Bereinigung anerkennen. Sollte Deutschland diesen Sinn für die Realität nicht herbeiführen können, so habe ich große Angst für eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Benelux, Frankreich und England einerseits und Deutschland andererseits.

Es handelt sich bei dieser ganzen Frage also nicht um das Verhältnis A.K.U./Glanzstoff, sondern um das Verhältnis von Deutschland zu seinen Nachbarvölkern und um die Haltung, welche die öffentliche deutsche Meinung den berechtigten Wünschen dieser Nachbarvölker gegenüber einnimmt. Ich bin fest überzeugt, und viele europäische Politiker mit mir, daß das Verständnis deutscherseits für die Rechte anderer Völker, leider hervorgewachsen aus den Konsequenzen eines nicht gewollten Krieges, die beste Brücke schlagen wird für eine paritäre Zusammenarbeit in einem zukünftigen föderativen Europa.

Ich habe Ihnen ganz offen über diese Frage schreiben wollen, damit hierdurch ein umrahmtes Gesprächsthema für unser nächstes Zusammensein geschaffen wird.

Es wird mich sehr interessieren, Ihre Reaktion auf dieses Problem kennen zu lernen.
Mit freundlichen Grüßen,

Ihr sehr ergebener,
gez. Dr. J. Meynen

b) Vits an Meynen, 5. 4. 1949

Lieber Herr Meynen!

Da wir uns nun erst am 10. Mai wieder treffen werden, möchte ich doch auf Ihren Brief vom 24. März schon schriftlich – und zwar auch privatim – eingehen.

Ich freue mich, aus der Einleitung zu entnehmen, daß meine Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, und daß Sie, ebenso wie ich, von unserer Unterredung voll befriedigt sind.

Ich stimme auch mit Ihnen darin überein, daß man in vielen Dingen verschiedene Auffassungen haben kann, daß man aber auch andere Auffassungen achten soll. Ich weiß aber auch, daß es gewisse Grundsätze und internationale Regeln gibt, über die man einer Auffassung sein muß. Gerade deshalb begrüße ich es sehr, daß Sie Ihre Bedenken zu meinen Ausführungen in aller Offenheit ausgesprochen haben. Ich glaube, durch meine Stellungnahme eine Klarstellung geben zu können.

Zunächst einmal habe ich die politischen Argumente keineswegs deshalb gebracht, um auf irgendeinem politischen Wege ein privates Ziel zu erreichen. Ich habe vielmehr die Argumente geschildert, um damit eine mutmaßliche Entwicklung darzutun. Ausdrücklich habe ich aber den Wunsch und die m.E. bestehende Notwendigkeit ausgesprochen, daß AKU und VGF eine Regelung für ihre Zusammenarbeit finden möchten, die beide Gesellschaften so befriedigt, daß die politische Entwicklung für beide Gesellschaften uninteres-

sant ist. Wir haben während des letzten Krieges unter heftigen Kämpfen unserer eigenen Regierung gegenüber den Standpunkt vertreten, daß die Verhältnisse AKU/VGF auf einer unpolitischen und kommerziellen Ebene lägen, und daß man nicht daran rühren sollte. Wir haben auch aus den Käufen von AKU-Aktien von deutscher Seite keinerlei Konsequenzen gezogen. Mein Wunsch ist es, diesen Standpunkt fortzusetzen und zu verhindern, daß Wünsche und Leidenschaften auf der einen Seite später durch Wünsche und Leidenschaften auf der anderen Seite bekämpft werden. Wenn wir also Wege finden, die für eine befriedigende Zusammenarbeit geeignet erscheinen, so habe ich durchaus die Absicht, diese unabhängig von jeder politischen Entwicklung zu vertreten.

Bezüglich Ihrer politischen Tendenzen sind wir – glaube ich – auch nicht so weit auseinander wie Sie glauben. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß das deutsche Volk anderen Völkern gegenüber sehr viel gutzumachen hat. (Daß es nicht ganz einfach ist, diese selbstverständliche These im deutschen Volk durchzusetzen, liegt zum erheblichen Teil an der Politik der Besatzungsmächte).

Ich bin also auch der Auffassung, daß Wiedergutmachungsansprüche von Holland grundsätzlich anzuerkennen sind. Ich bin nicht sachverständig genug, um zu sagen, welche Wege dabei die besten sind. Ob man Zahlungen leisten soll, ob man mangels Transfermöglichkeiten aus der laufenden Produktion Güter Holland zur Verfügung stellen sollte, oder welche wirtschaftlichen Möglichkeiten sonst noch bestehen. Ich glaube nur, daß der Fall AKU/Glanzstoff kein geeignetes Reparationsprojekt ist. Einmal weil der materielle Wert der VGF-Aktien ohnehin bereits bei Holland liegt und zum anderen, weil Glanzstoff ein so besonders wichtiges Glied der deutschen Volkswirtschaft ist, daß die Aufgabe einer selbständigen Verwaltung immer wieder zu Schwierigkeiten wegen nicht zu vermeidender Interessenkollisionen führen würde. Manche Differenzpunkte der letzten Zeit zeigen m.E., daß diese Auffassung richtig ist.

Sollte trotzdem der Friedensvertrag eine abweichende Regelung vorsehen, so wird eine Korrektur im Wege der Verständigung erstrebt werden müssen. Mit anderen Worten: werden also lebenswichtige Rechte der deutschen Volkswirtschaft verletzt, so kann in einem Handelsvertrag m.E. die deutsche Seite als freiwillig zu vereinbarende Leistung hier entsprechende Vorschläge machen. Die deutsche Seite kann holländische Wünsche in diesen Handelsvertragsverhandlungen befriedigen, die vielleicht für die deutsche Volkswirtschaft uninteressante Lieferungen betreffen, die aber für Holland wesentlich sind, falls Holland die deutschen Gegenwünsche befriedigt. Es soll sich dann dadurch also keineswegs um eine Sabotage von Handelsvertragsverhandlungen handeln, sondern um die Regelung von Problemen, die man ganz allgemein in solchen Verhandlungen zu bereinigen pflegt. So komme ich dann tatsächlich auf den berühmten Blumenkohl zurück, der vielleicht wirklich einmal als Äquivalent für eine Neuordnung der Beziehungen AKU/VGF eine Rolle spielen kann. Daß es nicht dahin zu kommen braucht, ist mein aufrichtiger Wunsch, den ich aus meinen vorstehenden Ausführungen zu entnehmen bitte.

Ich hoffe, daß diese Ausführungen dazu beitragen, Ihnen meine Äußerungen aus der letzten Besprechung in einem anderen Licht erscheinen zu lassen und freue mich sehr, wenn wir die Unterhaltung über diese sehr interessanten Probleme persönlich fortsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
gez. Vits

Dokument 16: Briefwechsel Bundesministerium für Wirtschaft – VGF

a) Der Bundesminister für Wirtschaft

An die

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG., Wuppertal-Elberfeld, 29. 6. 1951,

Betr.: Entflechtung von VGF und AKU

Ihr Schreiben vom 15. Mai 1951 bedeutet nur eine teilweise Beantwortung meines Schreibens vom 1. März 1951 – IB7-37062-390/1 –. Es enthält zwar eine Darstellung des Sachverhalts und der geschichtlichen Vorgänge, die zu dem gegenwärtigen Zustand geführt haben; es sind aber keine Vorschläge unterbreitet, in welcher Weise eine Entflechtung zwischen AKU-VGF durchgeführt werden könnte.

Ich darf bitten, baldmöglichst in Unterhandlungen mit der AKU einzutreten mit dem Ziel, eine solche Trennung vorzunehmen. Die Alliierte Hohe Kommission hat mich wissen lassen, daß sie Wert darauf legt, diese Trennung in absehbarer Zeit durchgeführt zu sehen. Falls die Beteiligten keine geeigneten Vorschläge hierfür unterbreiten können, besteht die Möglichkeit, daß die Alliierte Hohe Kommission ihrerseits Maßnahmen trifft, um die angestrebte Trennung herbeizuführen.

Da ich gebeten worden bin, in Kürze über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den VGF und der AKU zu berichten, und da ich es für tunlich halte, daß seitens der Beteiligten zunächst alles versucht wird, um selbst zu einer praktischen und beide Teile befriedigenden Lösung zu kommen, bevor etwa die Alliierte Hohe Kommission die Durchführung der Trennung übernimmt, darf ich bitten, die erforderlichen Verhandlungen baldmöglichst aufzunehmen und mir über die Ergebnisse zu berichten. Falls etwa bei den Verhandlungen ernsthafte Schwierigkeiten auftreten sollten, bitte ich ebenfalls, mich zu verständigen.

Im Auftrage:
gez. Dr. Graf

b) VGF an den Bundesminister für Wirtschaft, 11.10.1951, Betr.: Entflechtung VGF/AKU

Wie wir bereits Herrn Regierungsdirektor Dr. Thiesing mitgeteilt haben, konnte wegen der Urlaubszeit eine Stellungnahme zu dem Schreiben des Herrn Bundesministers für Wirtschaft vom 29. 6. 1951 – Gesch.Nr. IB7-37062 – 1007/51 – erst in diesen Tagen herbeigeführt werden. Wir konnten auch jetzt erst mit der Direktion der Algemeene Kunstsijde Unie N. V. (AKU) in dieser Sache in Fühlung treten. Dabei hat die AKU zum Ausdruck gebracht, daß sie als niederländisches Unternehmen nicht bereit sei, unter einem Druck der Alliierten Hohen Kommission oder des Bundesministers für Wirtschaft über Maßnahmen für eine Trennung der beiden Unternehmen zu verhandeln. Nach Lage der Umstände empfinden auch Aufsichtsrat und Vorstand unserer Gesellschaft diesen Ausgangspunkt für die Führung dieser Verhandlungen als ungeeignet. Wir bedauern daher feststellen zu müssen, daß Verhandlungen nach Maßgabe Ihres Schreibens vom 29. 6. 1951 nicht möglich sind.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß unabhängig von diesem Zusammenhang seit einiger Zeit zwischen der AKU und uns ein Gespräch über den gesamten Fragenkomplex im Gange ist, welches demnächst fortgesetzt werden wird. Wir werden gern zur gegebenen Zeit über das Ergebnis berichten.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G.
gez. Vits gez. Schmekel

**Dokument 17: Notiz Vaubel, 25. 6. 1945: Tagesbesprechung Obernburg
22. 6. 1945**

1. Herr Dr. Rathert unterrichtet die Anwesenden über den Auftrag der Militärregierung, die Erzeugung von Erntebindegarn im Werk Obernburg mit 5 tato aufgrund der vorhandenen Rohstoff- und Kohlevorräte unverzüglich aufzunehmen. Bis zum 27./28. 6. kann je 1/2 Auszwirnmachine betriebsfertig gemacht werden, so daß von dem vorhandenen Garn damit bereits 2.200 kg täglich im 3-Schichtenbetrieb zu Erntebindegarn gezwirnt werden können. Es soll jedoch angestrebt werden, die Produktion möglichst schnell auf 5 tato im 2-Schichtenbetrieb ohne Sonntagsarbeit zu bringen, wofür wahrscheinlich 4 Maschinen erforderlich sein werden. Herr Börner wird die entsprechenden Vorbereitungen sofort in Angriff nehmen.

(Börner)

Die Heranziehung der erforderlichen Arbeitskräfte ist eine der dringendsten Fragen für die Aufnahme der Erntebindegarnproduktion. Mit gewissen Schwierigkeiten ist mit Rücksicht auf die anderweitige Beschäftigung zahlreicher wertvoller Arbeitskräfte in Landwirtschaft usw. zu rechnen. Bei der Einstellung sollen in erster Linie die besten Arbeitskräfte herangezogen werden und im übrigen darauf gesehen werden, daß in möglichst weitem Umfang Beihilfeempfänger berücksichtigt werden.

Der Leutebedarf wird wie folgt festgelegt:

Bis zum 26. 6. für 2-Schichten im Textilbetrieb	90 Frauen und 80 Männer (möglichst auch Jungen)
bis zum 2. 7. für Viskosebetrieb	60 Männer
bis zum 12. 7. für Spinnerei (12 Maschinen)	12 Männer
bis zum 12. 7. für Wäscherei u. Trocknerei	25 Männer
bis zum 12. 7. für Nebenbetriebe	20 Männer

Herr Dr. Bona übernimmt es, aufgrund der von Herrn Dr. Glatzel zur Verfügung zu stellenden Personalunterlagen sofort mit dem Arbeitsamt Aschaffenburg und Obernburg wegen der Einstellung Rücksprache zu nehmen. In der Arbeitsaufforderung an die früheren Gefolgschaftsmitglieder wird darauf hinzuweisen sein, daß derjenige, der jetzt nicht die Arbeit aufnimmt, damit rechnen muß, daß der Arbeitsplatz später von einem anderen besetzt ist. Auf die Erfassung von Wehrmachersrückkehrern soll besonders geachtet werden.

(Börner)

Wegen der Frage der Wiedereinführung der Sonntagsarbeit wird auch mit den kirchlichen Stellen Fühlung genommen werden. Herr Dr. Rathert wird den zuständigen Pfarrer von Obernburg alsbald aufsuchen.

2. Soweit Vorarbeiter nur als gewöhnliche Arbeiter beschäftigt werden, soll nur der Normallohn zur Auszahlung kommen.
3. Grundsatz für den *Stromverbrauch* muß sein, mit Rücksicht auf die Kohlenversorgungslage nur soviel Strom zu erzeugen, wie die Wärmebilanz erfordert. Danach wird der Bedarf der Spinnerei im wesentlichen aus der eigenen Krafterzeugung gedeckt werden können, während die Viskosefabrik und die Textilbetriebe mit Fremdstrom versorgt werden sollen.

(Börner)

4. Es wird festgelegt, daß 2.000 *Düsen* mit je 300 Bohrungen sowie die erforderlichen Versuchsdüsen aus dem bisherigen Aufbewahrungsort entnommen werden. Der Rest soll dort weiter belassen und wie bisher verschlossen werden.

(Dr. Jung)

5. Die Frage der *Aufenthaltsräume* wird eingehend besprochen. Für die Viskoseabteilung ist ein ausreichender Raum vorhanden. Seine Wiederinstandsetzung wird von Herrn Halbig bevorzugt vor übrigen Arbeiten veranlaßt werden. Auch für die Spinnerei kann eine entsprechende Möglichkeit geschaffen werden. Für den Textilbetrieb soll der frühere Aufenthaltsraum für Winderei und Säuberei unter entsprechender Abtrennung von Männer- und Frauenraum vorgesehen werden. In den Aufenthaltsräumen soll ein Wächter eingesetzt werden (möglichst Kriegsbeschädigter), der in der Freizeit mit Schreibearbeit beschäftigt werden könnte.

(Halbig)

6. In der Düsenstation sind die Zerstörungen besonders gründlich vorgenommen worden. Herr Börner wird bemüht sein, die Instandsetzung bevorzugt durchzuführen.

(Börner)

7. Die Fahrradständer bei Pförtner 3 werden mit Stacheldraht umzäunt werden. Es wird eine besondere Kontrolle mit Markenausgabe stattfinden. Die Aufbewahrung von Fahrrädern bei Pförtner 4 wird nur auf eigene Gefahr gemäß einem dort anzubringenden Anschlag stattfinden können. Die früher geltenden Bestimmungen über Radfahr- und Rauchverbot im Werk, ebenso über Mitnahme von Fahrrädern in den Betrieb werden wieder in Kraft gesetzt.
8. Es wird nochmals festgelegt, daß der eigene Fährbetrieb bei Inbetriebnahme der Oberburger Fähre eingestellt werden wird. Herr Dr. Bona wird in dem betreffenden Zeitpunkt eine Vereinbarung mit dem Inhaber des Fährbetriebs treffen, wonach der Überfahrpreis für die mit Werksausweis versehenen Gefolgschaftsmitglieder des Werkes Oberburg durch ein vom Werk zu zahlendes Pauschalentgelt abgelöst ist.
9. Die Straßenbeleuchtung im Werk wird wieder in Gang gesetzt werden.
10. Mit der Inbetriebnahme des Werkes wird auch eine *schärfere Abtrennung des von der amerikanischen Truppe belegten Teils* von dem Betrieb erforderlich. Herr Dr. Rathert wird zusammen mit Herrn Dr. Jung mit dem Major deswegen Fühlung nehmen. Vor allem offenes Feuer vor dem Gebäude sowie Rauchen wird unterbunden werden müssen. Außerdem wird bei Wiedereingang von Schwefelkohlenstoff der Lastwagenverkehr in der Nähe der Waggons und Abfüllvorrichtung beschränkt werden müssen.
11. Die Einteilung der Schichten für den 2-Schichtenbetrieb wird von 6-2 und von 2-10 vorgesehen. Die endgültige Regelung wird jedoch von dem Eisenbahnfahrplan abhängen. Herr Dr. Bona wird am 26. 3. mit dem Reichsbahnbetriebsamt in Aschaffenburg wegen der vorgesehenen Fahrzeiten Fühlung nehmen.
12. Für die sichere Unterbringung der *Filterstoffe* muß besonders gesorgt werden. Die Filtertuchwäscherei ist betriebsbereit. Eine Verlegung wird vorerst nicht in Betracht kommen.
13. Eine neue zentrale *Nähstube* für alle Abteilungen wird in dem dem Viskosebetrieb gegenüberliegenden Laboratorium anstelle der alten abgebrannten Nähstube eingerichtet. Die Organisation soll Herrn Stepf übertragen werden, die Leitung im übrigen durch die Vorarbeiterin, Frau Jung, ausgeübt werden.

14. Verwaltung und Einsatz der Gästebarracke wird Frl. Grumbach übertragen.
15. Da mit der Eröffnung der Produktion auch die *Kantinenverpflegung* wieder einsetzen muß, wird Herr Dr. Bona mit dem Ernährungsamt in Obernburg unter Berufung auf die Rücksprache zwischen Oberlandrat Schwesinger, Dr. Rathert und Dr. Vaubel am 22. Fühlung nehmen. Eine Milchzuteilung in dem früher üblichen Umfang wird anzustreben sein. Im übrigen werden Zusatzrationen für besondere Arbeiterkategorien nicht mehr zu erhalten sein, da nach bisher bekanntgewordenen Bestimmungen nur für Untertagearbeiter noch Zulagen gewährt werden.

Die notwendige Kocheinrichtung (kochen mit Kohle) ist in der Belgierküche für das nur allein in Betracht kommende Eintopfessen noch vorhanden. Der Kartoffelvorrat beträgt 300-350 Ztr. Die erforderliche Gemüsemenge wird die Bezirksabgabestelle lt. Mitteilung von Herrn Dr. Bona zur Verfügung stellen.

Herr Dr. Bona übernimmt es, einen verantwortlichen Leiter für den Einkauf und die Verwaltung der Küche auszusuchen. Das Kochen soll zunächst Frau Börner übertragen werden. Falls die Leistungen sich erneut als unzureichend erweisen sollten, ist an eine Änderung mit der Aschaffenburg Besetzung gedacht.

Für die *Lebensmittelaufbewahrung* wird der Bunker bei Pfortner 4 vorgesehen. Nur ein Eingang soll offen bleiben, der andere zugeschweißt werden. Den Schlüssel erhält ausschließlich die Küchenleitung. Auf der Treppe wird eine Rutsche für schwerere Pakungen angebracht werden. Herr Dr. Bona wird sich um die Beschaffung von 500 Geschirren aus Klein Heubach bemühen. Löffel sollen von der Gefolgschaft mitgebracht werden.

(Börner, Halbig)

Das Essen soll wie bisher zum Preis von RM 0,40 pro Ration abgegeben werden, und zwar immer so, daß ca. 30 Portionen fertiggestellt werden, die nach Abgabe der Essensmarken am Eingang von den Betreffenden selbst in Empfang genommen werden. Es wird mit einer Benutzung durch 100-150 Gefolgschaftsmitglieder gerechnet, und zwar in erster Linie aus Tagschichten und Angestellten. Die Essenszeit kann erst festgelegt werden, wenn der Fahrplan der Bahn bekannt ist. Die Beteiligung soll grundsätzlich für die ganze Woche gefordert werden. Für die Nachtschicht soll eine Suppe zu billigerem Preis hergestellt werden, die in Wärmebehältern in die Abteilungen transportiert und dort vom Pfortner 4 verteilt wird. Geschirrspülen durch den Garderobenwärter.

Die *Abfallverwertung* durch Schweinemast soll wieder aufgenommen werden. Ein Schweinestall wird im Anbau des früheren Schweinestalls eingerichtet werden.

(Börner, Halbig)

16. Die Bekanntmachung über die Beihilfe soll nunmehr sofort herausgehen. Eine Bekanntmachung über die neue *Arbeitszeit* wird erst nach Regelung der Verkehrsverhältnisse ergehen können. In dieser Bekanntmachung sollen auch alle anderen Fragen, die die Arbeitsordnung betreffen, mit enthalten sein. Eingehende Arbeitspläne für die einzelnen Abteilungen werden daneben noch von den Abteilungsleitern fertiggestellt und mit Herrn Dr. Rathert besprochen werden.
17. Herr Börner übernimmt es, den Abtransport von *Silkowan aus Darmstadt* (3-Wochenbedarf) vorzubereiten. Herr Börner weist im übrigen darauf hin, daß die *Öl- und Fettbeschaffung* evtl. unter Heranziehung der Kelsterbacher Bestände äußerst schwierig ist. Herr Dr. Rathert wird Herrn Dr. Mengerlinghausen nochmals auf die Bedürfnisse für einen Produktionsanlauf in Obernburg hinweisen. Herr Dr. Jung erhält den Auftrag, den

Filterstoffbedarf für 3 Monate zusammenzustellen, damit auch insoweit die notwendige Ergänzung aus Kelsterbach angefordert werden kann.

(Börner, Dr. Jung)

18. Herr Börner wird prüfen lassen, inwieweit der OT-Wagen auf Braunkohlebrikett mit dem Kolmaer Generator umgebaut werden kann. Es wird erwogen, die Zulassung des Oberbrucher Omnibusses in einem späteren Zeitpunkt der Produktionsfortsetzung für Transportzwecke zu beantragen.

gez. Dr. Vaubel

Dokument 18: Aufruf an die Gefolgschaftsmitglieder der Glanzstoff-Fabrik
Obernburg, 15. 4. 1945

Im Zusammenhang mit den Kriegseignissen der letzten Wochen haben zahlreiche Gefolgschaftsmitglieder insbesondere aus der Sorge heraus, sich die Arbeitsstätte zu erhalten, Materialien und Einrichtungsgegenstände aus dem Werk in ihren Wohnungen sichergestellt. Die Werksleitung prüft z. Zt. die Möglichkeiten für eine Wiederinbetriebnahme des Werkes und hofft, dazu die Zustimmung der Besatzungsmacht zu erhalten. Um eine Grundlage für die Möglichkeiten der Wiederinbetriebnahme zu erhalten, ist es erforderlich, die bei den einzelnen Gefolgschaftsmitgliedern sichergestellten Materialien, Einrichtungsgegenstände usw. zu erfassen. Es werden deshalb in den nächsten Tagen im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde und dem zuständigen Bürgermeister aus Gefolgschaftsmitgliedern bestehende Kommissionen die einzelnen Häuser besuchen und eine Liste der dort vorhandenen, werkseigenen Güter aufstellen. Die sichergestellten Gegenstände sollen zunächst in den bisherigen Aufbewahrungsorten verbleiben. Lebensmittel sollen, soweit nicht größere Mengen in Betracht kommen, nicht erfaßt werden.

Die Werksleitung bittet alle Gefolgschaftsmitglieder bei der Erfassung der sichergestellten Gegenstände mitzuwirken, damit möglichst bald ausreichende Unterlagen über die für die Wiederaufnahme der Produktion zur Verfügung stehenden Materialien vorliegen. Es liegt im Interesse jedes Gefolgschaftsmitgliedes alles zu tun, um eine möglichst beschleunigte Wiederinbetriebnahme des Werkes zu ermöglichen und damit sich selbst die Voraussetzung für die weitere Sicherung des eigenen Lebensunterhalts zu schaffen.

Die Werksleitung wird etwa noch ausstehende Lohnbeträge aus bisher geleisteter Arbeit in vollem Umfang auszahlen. Die Werksleitung ist z. Zt. damit befaßt, die Unterlagen, die durch die Brandschäden z. T. zerstreut oder zerstört sind, wieder herzustellen. Es wird auch im übrigen alles getan werden, um die Zeit der Nichtbeschäftigung in der tragbarsten Weise zu überbrücken, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß die Gefolgschaft in tatkräftiger Weise mithilft, die Wiedereröffnung zu ermöglichen.

Genehmigt vom Landrat für die
Kreise Marktheidenfeld, Miltenberg,
Obernburg am 11. 4. 1945

Dokument 19: Bekanntmachung an die Gefolgschaft des Glanzstoff-Werkes
Obernburg, 17. 4. 1945

Von dem von der Militärregierung eingesetzten Landrat haben wir den Auftrag erhalten, das Werk wieder instandzusetzen. Die notwendigen Vorbereitungsarbeiten haben begonnen.

Über die Wiederinbetriebnahme des Werkes können bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Der Erfolg der verschiedenen eingeleiteten Maßnahmen wird dafür maßgebend sein.

Infolge der Stilllegung des Werkes ruht zur Zeit das Arbeitsverhältnis. Wiedereinstellungen können nur von Fall zu Fall nach Maßgabe der erforderlichen Arbeiten erfolgen. Löhne und Gehälter für vor der Stilllegung des Werkes geleistete Arbeit werden nach Beendigung der Abrechnungsarbeiten ausbezahlt. Die Unterlagen werden zur Zeit zusammengestellt. Der Zeitpunkt der Auszahlung wird bekanntgegeben. Beim Pfortner 2 wird eine Auskunftsstelle des Lohnbüros eingerichtet. Die in Frage kommenden Gefolgschaftsmitglieder werden aufgefordert, sich bei diesem Büro zu melden. Dieses Büro wird auch in allen anderen das Werk und die etwaige Wiedereinstellung betreffenden Fragen Auskunft erteilen.

Das Werk kann nur von Personen betreten werden, die über einen von der Werksleitung nach dem 15. 4. 45 ausgestellten schriftlichen Ausweis verfügen.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G.
Werk Obernburg

*Dokument 20: An die Gefolgschaftsmitglieder
der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G., 7. 5. 1945*

Die Folgen des gegenwärtigen Krieges bringen für unser Unternehmen und seine Gefolgschaft schwerste Stunden. Die Arbeiten unserer Werke sind zum Stillstand gekommen. Das Werk Obernburg hat durch die Ereignisse schwere Schäden erlitten. Von dem Werk Kelsterbach wissen wir, daß es gleichfalls durch Artilleriebeschuß beschädigt ist. Mit den übrigen Werken besteht z. Zt. ebenso wie mit Wuppertal und den anderen Verwaltungsstellen keine Verbindung.

Wir wissen noch nicht, wann und in welchem Umfang wir die Arbeiten in den Werken wieder aufnehmen können. Im Werk Obernburg ist in Übereinstimmung mit einer Anordnung des zuständigen Landrats mit der Feststellung der Schäden und den Wiederherstellungsarbeiten begonnen worden.

Die Lage des Unternehmens zwingt, daraus alle notwendigen Folgerungen zu ziehen. Unser dringlichstes Bemühen wird es sein, die Erzeugung wieder ingangzubringen, da nur auf diese Weise die Erhaltung der Gesellschaft und damit die Lebensmöglichkeiten für die Gefolgschaft gesichert werden können. Bis dieser Zeitpunkt erreicht ist, sind allergrößte Einschränkungen unvermeidlich. Zur Klarstellung der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse, wie sie sich aus der Lage der Gesellschaft ergeben, teilen wir folgendes mit:

1. Nach den Bestimmungen der Alliierten Militärregierung für besetzte Gebiete des Deutschen Reiches gelten die bisherigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen grundsätzlich weiter, soweit sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt sind.
2. Der Stillstand unserer gesamten Arbeiten hat das Ruhen aller Arbeitsverhältnisse zur Folge. Damit ruhen auch alle wechselseitigen Rechte und Verpflichtungen. Gefolgschaftsmitgliedern, die infolge der Nichtbeschäftigung keinen Verdienst haben, werden wir im Rahmen der verfügbaren Mittel Beihilfen für den Übergang zahlen. Über den Kreis der Gefolgschaftsmitglieder, der für diese Regelung in Betracht kommt, sowie über die Höhe der Beihilfen wird noch eine besondere Bekanntmachung herausgegeben.
3. Eine Weiterbeschäftigung erfolgt nach Vereinbarung im einzelnen Fall. Bei Wiederbeschäftigung im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten werden soziale Verhältnisse, Dienstzeit und Leistung in erster Linie berücksichtigt.
4. Falls Gefolgschaftsmitglieder wünschen, das Arbeitsverhältnis mit dem Unternehmen aufzulösen, werden wir diesen Wünschen entsprechen und die dafür erforderliche Zustimmung des Arbeitsamtes einholen.

5. Gefolgschaftsmitglieder, bei denen das Arbeitsverhältnis ruht, sind nicht gehindert, anderweitig tätig zu werden, und zwar in Form eines zweiten Arbeitsverhältnisses. Es ist erwünscht, daß dazu jede sich bietende Gelegenheit, gleich welcher Art, benutzt wird.
6. Die Auszahlung der Löhne und Gehälter erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und in Übereinstimmung mit den Verfügungen der Militärregierung.
Für Arbeiten, die bis zum Stillstand der Betriebe geleistet worden sind, erfolgt volle Bezahlung.
Für Gehälter werden Höchstbeträge festgesetzt werden, die nur den dringenden Lebensbedarf sichern können.
7. Die freiwillig gewährten Trennungsgelder und andere Leistungen (Wohnungs- und Verpflegungszuschüsse) können grundsätzlich nicht weitergewährt werden.
8. Bei der Bezahlung der Löhne und Gehälter werden Abzüge für die aufgelöste NSDAP, ihre Gliederungen u. ä. (DAF) nicht mehr erhoben. Dagegen bleiben die Abzüge für den Reichsstock für Arbeitseinsatz, Lohnsteuer und soziale Abzüge usw. bestehen bis zum Erlaß anderweitiger Anordnungen.
9. Gefolgschaftsmitglieder, deren Arbeitsverhältnis ruht und die Wert auf Fortführung ihrer Krankenversicherung legen, müssen unverzüglich ihre freiwillige Weiterversicherung bei der für sie infrage kommenden Krankenkasse beantragen.
10. Urlaubsansprüche für 1945 bestehen bei Ruhen des Arbeitsvertrages grundsätzlich nicht. Sonstige rückständige Ansprüche z.B. Familienheimfahrten sind im einzelnen geltend zu machen.
11. Für Schwerbehinderte gelten die gleichen Grundsätze.

Diese Maßnahmen sind als vorläufige Regelung zu betrachten, die durch die Not geboten ist. Sie können auch nur gelten, solange nicht durch Maßnahmen der All. Militärregierung Änderungen notwendig werden. Wir sind uns der Härten bewußt, die dadurch für zahlreiche Gefolgschaftsmitglieder entstehen und werden von unserer Seite alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Folgen für das Unternehmen im ganzen wie für seine einzelnen Angehörigen zu mildern.

[Rathert]

Dokument 21: Bekanntmachung

Seit unserer Bekanntmachung vom 3. 5. 1945 haben die Aufräums- und Wiederherstellungsarbeiten einen guten Fortgang genommen. Wir beabsichtigen jetzt, unsere Arbeitnehmer in erweitertem Umfang für diese Arbeiten heranzuziehen. Eine Vollbeschäftigung kann für die bisher nicht wieder Beschäftigten jedoch noch nicht in Aussicht genommen werden.

Der Arbeitseinsatz wird sich vielmehr wie folgt gestalten müssen:

1. Vollbeschäftigte
2. Teilbeschäftigte
3. noch nicht Beschäftigte

Das Arbeitsverhältnis der Vollbeschäftigten ist bereits vorläufig geregelt. Bezüglich der Arbeitszeit wird mit Wirkung vom 18. 6. eine Neuregelung getroffen werden, für die eine besondere Bekanntmachung ergeht.

Die Arbeitszeit für Teilbeschäftigte wird, von Ausnahmefällen abgesehen, 8 Stunden an drei aufeinander folgenden Tagen der Woche betragen. Soweit eine Beschäftigung am alten Arbeitsplatz nicht möglich ist (z.B. Aufräumarbeiten), werden Tariflöhne gezahlt nebst einem Zusatzbetrag gemäß dem drittletzten Absatz dieser Bekanntmachung.

Wir fordern alle Gefolgschaftsmitglieder, die bisher weder bei uns weiterbeschäftigt worden sind, noch anderwärts eine ausreichende Arbeit finden konnten, auf, sich umgehend bei der Personal-Abteilung des Werkes (Pfortner 2) zu melden, wo sie über ihren weiteren Einsatz nähere Anweisungen erhalten werden. Wer wegen zu großer Entfernung des Wohnortes vom Werk ohne besondere Reiseerlaubnis nicht zum Werk kommen kann, wird aufgefordert, sich bei dem zuständigen Bürgermeister zu melden. Wir werden alsdann für Beschaffung der erforderlichen Ausweise bemüht sein.

Für diejenigen, die aus besonderen Gründen (z.B. mangelnde Verkehrsmöglichkeit) weder im Werk beschäftigt werden können noch über anderweitige Arbeits- und Einnahmequellen (z.B. eigene Landwirtschaft, Einsatz bei anderen Arbeitgebern) verfügen, werden wir nach Maßgabe einer von uns auf unseren Antrag mit Genehmigung der Militärregierung vom zuständigen Arbeitsamt erteilten Ermächtigung für die Zeit ab 1. 6. 1945 Beihilfen gewähren, die sich nach der Höhe des früheren Arbeitsverdienstes richten. Beihilfen kommen nicht in Betracht für Arbeitnehmer, die sich eine andere Arbeit leicht beschaffen können, die eine andere Arbeit ablehnen oder über eine ausreichenden wirtschaftlichen Rückhalt verfügen. Die Voraussetzungen für die Beihilfegewährung werden von uns im Einvernehmen mit den zuständigen Bürgermeistern und Arbeitsamtdienststellen geprüft werden.

Die Beihilfen werden betragen:

bei alleinstehenden Ledigen:

- a) 50% des bisherigen normalen Brutto-Arbeitsverdienstes, wenn dieser nicht mehr als RM 200,- monatlich betrug,
- b) 45% des bisherigen normalen Brutto-Arbeitsverdienstes, wenn dieser nicht mehr als RM 300,- monatlich betrug,
- c) 40% des bisherigen normalen Brutto-Arbeitsverdienstes, wenn dieser nicht mehr als RM 450,- monatlich betrug,
- d) 30% des bisherigen normalen Brutto-Arbeitsverdienstes, wenn dieser mehr als RM 450,- monatlich betrug.

Bei Verheirateten ohne Kinder oder mit nur einem Kind erhöht sich der für die Entschädigung maßgebende Prozentsatz des früheren Arbeitsverdienstes um 5%, bei 2 und mehr Kindern tritt eine Erhöhung um 10% ein. Ledige, die ganz oder überwiegend nahe Angehörige zu unterhalten haben, werden wie Verheiratete ohne Kinder behandelt. Die Erhöhung tritt nur für solche Angehörige ein, für die Steuerermäßigung auf der Steuerkarte vermerkt ist.

Der Höchstbetrag der Entschädigung beträgt monatlich brutto RM 200,-. Diese Höchstgrenze erhöht sich bei einem Zuschlag von 5% des früheren Arbeitsverdienstes um RM 30,- und bei einem solchen von 10% auf RM 60,-.

Durch anderweitige Arbeit erzielter Lohn wird auf die Beihilfe angerechnet, soweit er 20% des für die Berechnung der Beihilfe maßgebenden Verdienstes überschreitet. Gefolgschaftsmitglieder, die Beihilfe beziehen, sind verpflichtet, jeden Nebenverdienst aus Arbeit dem Betrieb zu melden.

Da eine öffentliche Kurzarbeiterunterstützung z. Zt. nicht mehr besteht, werden wir denjenigen Gefolgschaftsmitgliedern, die bei uns vorerst nur mit einer verkürzten Arbeitszeit (weniger als 46 Stunden wöchentlich) eingesetzt werden können, von uns aus zu dem tatsächlich erarbeiteten Lohn zusätzlich noch einen Teil der Beihilfe in Höhe von 20% des früheren Verdienstes auszahlen.

Die Neuregelung tritt mit Wirkung vom 1. 6. 1945 in Kraft, und zwar für die Dauer von 3 Monaten. Da die Vorarbeiten für den Einsatz in beschränkter Arbeitszeit nicht mehr recht-

zeitig zum Abschluß gebracht werden konnten, werden Gefolgschaftsmitglieder, die im Laufe des Monats Juni zum Einsatz herangezogen werden, für den bis dahin bereits verstrichenen Teil des Monats Juni die auf diesen Zeitraum entsprechend dem vorstehend angegebenen Grundsätzen entfallenden Beihilfebeträge erhalten.

Es ist unsere Absicht, die Härten, die der durch die Nichtbeschäftigung eintretende Verdienstausfall nach sich zieht mit der jetzigen Regelung soweit zu mildern, daß unsere Arbeitnehmer in dieser Übergangszeit nicht auf die Inanspruchnahme der Öffentlichen Fürsorge-Einrichtung angewiesen sein sollen. Unser nächstes Ziel bleibt die Wiederaufnahme der Erzeugung.

Obernburg, den 1. 6. 1945

[Entwurf Vaubels]

Dokument 22: Notiz Rathert, 30. 6. 1945:
Bildung eines vorläufigen Betriebsrates

Vor ca. 6 Wochen habe ich im Vorstand den Vorschlag gemacht, insbesondere zwecks Durchführung der Bereinigung der Belegschaft, einen vorläufigen Betriebsrat im Werk Obernburg zu bilden. Die Herren Schmekel und Ritzauer erklärten sich von vornherein ablehnend mit dem Bemerkten, man solle diese Fragen der Bildung eines Betriebsrates sowie der Bereinigung einer Gefolgschaft durch die Gewerkschaften an sich herankommen lassen. Herr Dr. Vits war zuerst meiner Ansicht, ging dann später zur Ablehnung über. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ein zu langes Warten die Verhältnisse im Werk verschärfen, insbesondere jedoch dem Vorstand wegen seiner Unentschlossenheit und mangelnden Absicht zur Klärung der Verhältnisse später Vorwürfe entstehen könnten. Es ist bei der Ablehnung meines Vorschlages geblieben.

Durch den Auftrag der Militärregierung zur Herstellung von Erntebindegarn, Spinnereibeginn ab 16. 7., ist die Einstellung von insgesamt 750 Arbeitskräften erforderlich. (Ca. 450 sind bereits vorhanden.) Ich persönlich kann bei der fehlenden Kenntnis der Obernburger Belegschaft die Verantwortung nicht tragen, daß die geeigneten Leute eingestellt und nicht mehr tragbare ausgeschieden werden. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, sofort einen vorläufigen Betriebsrat zu bilden. Durch wiederholte Besprechungen mit Herrn Wesner gewann ich den Eindruck, daß dieser der geeignete Obmann eines kommenden Betriebsrates sein wird. Herr Wesner ist nach den Mitteilungen der Herren Dr. Glatzel und Stepf ein sehr guter Vorarbeiter der Bruchwäsche. Er war früher Kommunist, ist jedoch von seiner Einstellung völlig geheilt. W. war im KZ. W., der zur Zeit Polizist bei der U.S. in Erlenbach ist, hat sich nach Genehmigung seines Ausscheidens durch den Bürgermeister bereiterklärt, die Bildung eines vorläufigen Betriebsrates zu übernehmen. Er hat folgende Belegschaftsmitglieder hierfür vorgeschlagen:

Schäfer, Karl
Eichelsbacher, Peter
Hain, Osmund
Fecher, Anton
Lindner, Fritz

Sämtliche Mitglieder sind von den Herren Dr. Brötz, Dr. Bona und Börner als brauchbar bezeichnet worden.

Am 30. 6. 1945 13 Uhr habe ich den vorläufigen Betriebsrat der obigen Zusammensetzung erstmals einberufen, um ihn in Gegenwart der Herren Dr. Brötz und Dr. Bona in sein Amt einzuführen. Ich habe darauf hingewiesen, daß Deutschland nach dem verlorenen Kriege mit allen seinen Auswirkungen, die wir zur Zeit bereits erkennen, für die Zukunft einen

ungemein schweren Stand haben werde, wenn es sich von dem Untergang retten wolle. Es sei daher Pflicht jedes Einzelnen, alles zu vermeiden, was den inneren Bestand und die Leistung des deutschen Volkes schwächen könnte, d.h. Arbeitsfriede sei die erste Forderung in jedem Unternehmen, so auch bei uns. Wenn nunmehr von den Gewerkschaften der Antrag herangetragen werde, eine Bereinigung der Belegschaften unter Mitwirkung des Betriebsrates durchzuführen, so sei dieser Auftrag nicht zu verstehen als eine wilde Aufräumung von Parteimitgliedern, sondern unter vorstehender Berücksichtigung der Leistung des Einzelnen für den Betrieb sei zu prüfen, ob die Tätigkeit als Parteimitglied bei mildester Beurteilung nicht doch das Verbleiben im Werk ermögliche. Genau so wenig wie 1933 Kommunisten und Sozialdemokraten wahllos ausgeschieden seien, müsse auch jetzt der gleiche Maßstab angelegt werden. Die Mitglieder versicherten, sich dieses Prinzip zu eigen machen zu wollen. Ich habe alsdann dem Betriebsrat die Listen der gesamten bis zum 30. 6. eingestellten Belegschaftsmitglieder übergeben mit der Bitte, *intern* eine Überprüfung durchzuführen, über ihre Auffassung nichts nach außen gelangen zu lassen und gegen Donnerstag/ Freitag, den 6. 7., mit der Werksleitung gemeinsam in die Überprüfung einzutreten.

Nachdem Herr Dr. Brötz durch die Besetzung von Elsterberg durch die Russen dort zum mindesten vorübergehend freigeworden ist und sich in Obernburg aufhält, hat der Vorstand es für richtig gehalten, Herrn Dr. Brötz kommissarisch die Leitung des Werkes Obernburg zu übertragen, ohne daß diese Einsetzung ein Präjudiz für die künftige Besetzung der Werksleitung des Werkes Obernburg sein kann. Ich habe Herrn Dr. Brötz gegenüber dem Betriebsrat in sein Amt eingeführt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß nach allem, was ich bisher festgestellt habe, Herr Dr. Brötz auf Grund seiner früheren langjährigen Tätigkeit im Werk Obernburg nicht nur nach dem Umsturz tragbar, sondern bevorzugt geeignet ist. (Diese Auffassung hatte mir Herr Wesner wenige Tage vorher ausdrücklich mitgeteilt.)

gez. Dr. Rathert

Dokument 23: Bekanntmachung Nr. 105, 6. 11. 1946:

Entgeltliche Abgabe von Sachprämien

In der Bekanntmachung Nr. 89 vom 21. September 1946 wurde die Belegschaft darüber unterrichtet, daß sich die Werksleitung im Einvernehmen mit dem Betriebsrat entschlossen hat, gute Arbeitsleistungen sowie ordentliche Führung und Verhalten besonders zu belohnen in der Form, daß gegen Entgelt Sachprämien zur Verteilung gelangen. Die nachstehenden Ausführungen geben einen Überblick über die Art der Bewertung, die Höhe der Punktzuschläge und -Abzüge sowie die sonstigen Bestimmungen

1. Bewertungsgrundlage

Jedes Belegschaftsmitglied erhält pro Monat eine Grundpunktzahl von 200 Punkten
Verheiratete und diesen Gleichgestellte – maßgebend ist die
Eintragung in der Steuerkarte – erhalten zu dieser Grundpunktzahl
je Monat einen festen Zuschlag von 50 Punkten

2. Punktzuschläge

Die Gewährung von Punktzuschlägen hat zur Voraussetzung:

- gute Arbeitsleistung
- einwandfreies betriebliches Verhalten
- pünktliche Arbeitsaufnahme und
- nicht vorzeitige Arbeitsbeendigung
- pünktliches Einhalten der Arbeitspausen.

Die Punktzuschläge werden in der nachstehend ausgewiesenen Höhe gewährt, und zwar für

regelmäßige Nachtschicht	25 Punkte
regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit	50 Punkte
besonders verantwortliche Tätigkeit, z.B. Meister, Obermeister, Abteilungsleiter usw.	50 Punkte
gelernte Arbeit, sofern diese befriedigend ausgeführt wird, z.B. selbständige Handwerker, Vorarbeiter in den Produktionsabteilungen usw.	50 Punkte
Arbeiten im Spinnbad, in der Spinnerei, Druckwäsche, Sulfidierung sowie bei einer Beschäftigung als Bleilöter, Aschenfahrer, Sandstrahler und Kanalarbeiter	50 Punkte
außergewöhnliche Sonn- und Feiertagsarbeit	25 Punkte
Leistung von Überstunden (mindestens 10 im Bewertungsmonat)	25 Punkte
Sofern bei der Verrichtung von Akkordarbeiten der Leistungsdurchschnitt der Abteilung überschritten wird, erhalten die Belegschaftsmitglieder, die über dem Abteilungsdurchschnitt liegen, einen 10%igen Zuschlag auf die Grundpunktzahl des Monats, das sind	20 Punkte
Bei besonderen Leistungen werden Punktzuschläge in einer der Art der Leistung jeweils entsprechenden Höhe gewährt werden.	

3. Punktabzüge

Bei Arbeitsversäumnissen werden in folgender Höhe Punkte in Abzug gebracht:

	bei entschuldigtem Fehlen	bei unentschuldigtem Fehlen
Versäumnis der 1. Schicht von Dienstag bis Freitag	25 Punkte	40 Punkte
bei Nachtschicht	30 Punkte	60 Punkte
Versäumnis der 2. Schicht von Dienstag bis Freitag	60 Punkte	100 Punkte
bei Nachtschicht	100 Punkte	200 Punkte
Versäumnis der 1. Schicht am Samstag oder Montag	30 Punkte	60 Punkte
Versäumnis der 2. Schicht am Samstag oder Montag	100 Punkte	200 Punkte
Versäumnis der 1. Schicht an Sonntagen	50 Punkte	100 Punkte
Versäumnis der 2. Schicht an Sonntagen	100 Punkte	250 Punkte

Bei Versäumnis von 3 und mehr Schichten erfolgt in dem betreffenden Monat keine Punktbewertung, das heißt es erfolgt in diesem Monat auch keine Gutschrift der Grundpunktzahl.

Bei Nichterreichen der Normalleistung im Akkord beträgt der Abzug 10% von der Grundpunktzahl

20 Punkte

Bei Diebstahl im ersten Fall verfallen im Wiederholungsfall werden

700 Punkte

1000 Punkte

in Abzug gebracht, sofern nicht die in der Regel erfolgende fristlose Entlassung durchgeführt wird, wodurch sämtliche Punkte verfallen.

Bei Ausscheiden aus dem Werk verfallen grundsätzlich sämtliche Punkte, gleichgültig, ob der Austritt vom Belegschaftsmitglied selbst herbeigeführt wird oder ob eine Kündigung erfolgt.

In den Fällen, in denen eine abweichende Regelung getroffen wird, bedarf es einer besonderen Entscheidung der Werksleitung und der Stellungnahme des Betriebsrats.

Wird festgestellt, daß ein Belegschaftsmitglied die erworbenen Sachprämien weiterverkauft oder vertauscht, erfolgt ein Abzug von 500 Punkten, da aus einem solchen Verhalten geschlossen werden kann, daß die gekauften Gegenstände nicht benötigt werden.

Verkauft oder vertauscht ein Belegschaftsmitglied im Wiederholungsfalle im Rahmen des Punktsystems erworbene Gegenstände, dann *verfallen sämtliche Punkte*.

Bei schlechter Arbeitsleistung und bei sonstigen Verstößen gegen die Betriebsdisziplin werden ebenfalls Punktabzüge vorgenommen. Die Höhe der Punktzahl, die jeweils zum Abzug kommt, wird von Fall zu Fall festgesetzt werden.

4. *Punktgewährung bei Freizeit auf Grund tariflicher Vorschriften usw.*

Bei Tarifurlaub, ärztlich bestätigter Arbeitsunfähigkeit und bei sonstiger Freizeit, die auf Grund tariflicher Vorschriften gewährt wird, erfolgt kein Abzug von Punkten.

In diesen Fällen wird so verfahren, als ob das Belegschaftsmitglied gearbeitet hätte. Bei lang anhaltender, ärztlich bestätigter Arbeitsunfähigkeit erfolgt eine Punktbewertung im Höchstfalle bis zu 6 Monaten. Nach Ablauf des Monats, in dem die Arbeitsunfähigkeit eintritt, kommt jedoch nur die Grundpunktzahl von 200 bzw. bei Verheirateten oder diesen Gleichgestellten von 250 Punkten in Anrechnung. Dagegen erfolgt eine Gewährung von Punktzuschlägen während dieser Zeit nicht, da die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt werden können.

5. *Ermittlung und Bekanntgabe der monatlich erreichten Punktzahl sowie der Gesamtpunktzahl.*

Die jeden Monat erreichte Punktzahl sowie die Gesamtpunktzahl wird ähnlich wie die Lohnverrechnung auf eine Punktverrechnungskarte bzw. auf ein Punktschlagblatt eingetragen. Diese Anschlagblätter werden jeweils nach Ablauf eines Monats in den Betriebsabteilungen zum Aushang gebracht, damit sich jeder Betriebsangehörige selbst davon überzeugen kann, welche Punktzahl von ihm im abgelaufenen Monat erreicht worden ist und wie hoch sich die Gesamtpunktzahl beläuft. Außerdem wird die jeweils monatlich erreichte Punktzahl auf dem Abschlagzettel des Monats eingetragen, der dem Bewertungsmonat folgt.

Bei den Angestellten erfolgt die Eintragung der Punktzahl jeweils in den monatlichen Abrechnungszetteln.

6. *Durchführung der Abgabe von Sachprämien*

Über die Art der Sachprämien, deren Verteilung jeweils möglich ist, werden von Fall zu Fall besondere Bekanntmachungen erfolgen.

Diese Bekanntmachungen werden ein Warenverzeichnis enthalten, aus dem der Punkt- wert des einzelnen Gegenstandes sowie der Verkaufspreis ersichtlich sind. Der Punkt- wert der verschiedenen Gegenstände wird gemeinsam durch die Werksleitung und den

Betriebsrat festgesetzt, während der Verkaufspreis den jeweiligen Einkaufsbedingungen entspricht.

Abgesehen von diesen Bekanntmachungen ist beabsichtigt, sobald die räumlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, einen Raum einzurichten, in dem die Gegenstände zur Ausstellung kommen, die verteilt werden können. Die verschiedenen Artikel werden in einer solchen Weise gekennzeichnet, daß Punktwert und Verkaufspreis ohne weiteres ersichtlich sind. In Fällen, in denen eine besonders stark gefragte Mangelware zur Verteilung kommt, besteht die Notwendigkeit, einen entsprechenden Verteilungsschlüssel auszuarbeiten, dessen Festlegung wiederum gemeinsam durch Werksleitung und Betriebsrat vorgenommen wird.

Die Einlösung der Gegenstände erfolgt in der Weise, daß sich das Belegschaftsmitglied an das Lohnbüro wendet mit dem Ersuchen um Ausstellung eines Gutscheines in der Höhe, der dem Punktwert des Gegenstandes entspricht, dessen Erwerb beabsichtigt ist. Es ist selbstverständlich, daß die Ausstellung dieses Gutscheines nur bis zu der Punkthöhe erfolgen kann, über die der Betriebsangehörige auf seinem Punktkonto verfügt. Die Gewährung von Vorschußpunkten kommt grundsätzlich nicht in Frage.

7. *Wartezeit*

Die Wartezeit für neu eintretende Betriebsangehörige beträgt 2 Monate. Vom dritten Beschäftigungsmonat ab werden sie in die Punktbewertung im Rahmen der oben gegebenen Richtlinien miteinbezogen.

8. *Inkrafttreten des Punktbewertungsplanes*

Die Punktbewertung erfolgt mit Wirkung vom 16. September 1946. Der Plan gelangt in der vorstehenden Form zunächst bis zum 31. Dezember 1946 zur Einführung. Die im Laufe dieser Zeit gemachten Erfahrungen werden bei der endgültigen Fassung des Punktplanes ab 1. Januar 1947 Berücksichtigung finden. Die Belegschaft wird gebeten, auch ihrerseits durch Anregungen zur Ausgestaltung des Punktplanes beizutragen. Diesbezügliche Vorschläge können dem Betriebsrat jederzeit zugeleitet werden.

Der Betriebsratsvorsitzende:

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G.
Werk Obernburg/Main

gez. Wesner

gez. Funcke

gez. Dr. Gammert

Dokument 24: Notiz Schmekel: Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung in Obernburg, 13. 3. 1946

Zahlreiche Flüchtlinge aus unseren Werken und Verwaltungsstellen aus den russisch und polnisch besetzten Gebieten des Ostens, aus der Tschechoslowakei und aus Österreich haben Zuflucht in den westlichen Zonen gesucht. In einer diesen Flüchtlingen fast gleichen Lage befinden sich die von der Wehrmacht Zurückkehrenden, deren Wohnung und Hab und Gut vernichtet sind und deren nach dem Osten evakuierten Familien jetzt zurückkehren. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht, ihnen in ihren Schwierigkeiten behilflich zu sein und für die Aufnahme und Betreuung zu tun, was in unseren Kräften steht.

Voraussetzung für die Betreuung im Rahmen unserer Aktion ist

1. die langjährige Zugehörigkeit zu VGF und
2. die Zugehörigkeit zu folgenden Glanzstoff-Werken bzw. Dienststellen und deren Verlagerungsstellen:

Breslau
 Sydowsaue
 Elsterberg
 Lobositz
 St. Pölten
 Kolmar
 Berlin (Seehof-Verkauf-Verwaltung)
 Chemnitz
 Werk Tannenberg der Kuag.

Diese Gefolgschaftsmitglieder können dann betreut werden, wenn sie infolge der Kriegseignisse des Jahres 1945 ihre oben genannten früheren Arbeitsstätten unter Zurücklassung ihrer Habe verlassen mußten. In den Rahmen der Betreuung fallen auch solche Gefolgschaftsmitglieder, die zwar in der Lage waren, ihre bewegliche Habe in Sicherheit zu bringen, diese jedoch durch Plünderung an ihrem neuen Dienstort eingebüßt haben.

Sonstige, in der Westzone wohnenden Gefolgschaftsmitglieder, die sich in gleicher oder ähnlicher Notlage befinden, werden in die Betreuung auf Anordnung des Vorstandes einbezogen.

Die Flüchtlingsbetreuung erstreckt sich auf die Hilfe bei Wohnungsbeschaffung und auf die Unterstützung mit Haushaltsgeräten aller Art sowie auf Bekleidungsartikel, soweit sie VGF aus seinen Beständen zur Verfügung stellen kann.

Die Flüchtlingsbetreuung liegt in Händen von Herrn Dir. Funcke. Zwecks Durchführung der Betreuung wenden sich die Flüchtlinge an Herrn Dr. Henrich, der nach Rücksprache mit ihnen und nach Genehmigung ihrer Anliegen durch Herrn Dir. Funcke an die einzelnen Betreuungsstellen Zuweisungen erteilt. Wegen Wohnungsbeschaffung werden die Flüchtlinge an die Wohnungskommission bzw. deren Sekretär, Herrn Schellenberger, verwiesen. Die Ausgabe von Möbeln, Porzellan und ähnlichen Haushaltsgeräten erfolgt durch Herrn Ebbrecht, die Ausgabe von Textilien durch Fräulein Krüger und Herrn Strunk.

Werksangehörige lassen ihren Antrag auf Unterstützung von ihren direkten Vorgesetzten gegenzeichnen und reichen ihn auf diesem Wege bei Herrn Dr. Henrich ein.

Die Flüchtlinge sind verpflichtet, ihre Bedürftigkeit durch genaue Angaben über ihr Schicksal in der kritischen Zeit Herrn Dr. Henrich gegenüber glaubhaft zu machen und eine schriftliche Erklärung über die ihnen noch zur Verfügung stehenden Kleidungs- und Wäschestücke abzugeben.

Im Interesse der gleichmäßigen Zuteilung der knappen Bestände kann die Betreuung mit Textilien nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Antragsteller versichern, nicht mehr als einen tragbaren Mantel, weniger als zwei tragbare Anzüge, weniger als 3 Garnituren Unterwäsche, weniger als 3 Handtücher oder weniger als 3 mal Bettwäsche zum wechseln zu besitzen.

Bei Bewilligung der Anträge wird an die einzelnen Antragsteller pro Person nicht mehr als höchstens

1 Mantel	2 Garnituren Unterwäsche
1 Anzug	3 Handtücher und
	2 mal Bettwäsche

ausgefóhrt.

Da nicht ausreichend Einrichtungsgegenstände und Textilien für den Bedarf der Flüchtlinge zur Verfügung stehen, müssen in erster Linie Familien betraut werden, aber auch für diese kann nicht jeder Bedarfsgegenstand in der Anzahl zur Verfügung gestellt werden, wie es in einzelnen Fällen notwendig wäre.

Es soll durch diese Aktion nicht die Initiative des Einzelnen zur Wiederaufrichtung seines Haushalts ersetzt oder verlangsamt werden. Im Gegenteil sind alle Flüchtlinge stets darauf hinzuweisen, daß die eigene Initiative das wichtigste in ihrer gegenwärtigen Lage ist und daß diese unsererseits nur angeregt und unterstützt werden kann.

Die Flüchtlinge haben die erhaltenen Gegenstände in bar zu bezahlen. In Fällen besonderer Not kann von diesem Grundsatz bis zu einem Betrag von RM 200,- abgegangen werden.

gez. Schmekel

Dokument 25: Bekanntmachung an die Zivilbevölkerung, 13. 4. 1945

1. Eine Militärregierung ist eingesetzt worden, deren Gesetze und Verfügungen in allen Einzelheiten auf das genaueste befolgt werden müssen.
2. Jede Gewaltanwendung und jeder Versuch zur Gewaltanwendung gegen die amerikanischen Streitkräfte oder jede Gewaltanwendung gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung seitens Zivilpersonen werden schwerstens bestraft.
3. Zivilpersonen dürfen in der Zeit von 19-7 Uhr Ortszeit ihre Häuser nicht verlassen.
4. Totale Verdunkelung muß zwischen 30 Minuten nach Sonnenuntergang und 30 Minuten vor Sonnenaufgang strengstens eingehalten werden.
5. Im amerikanischen Armeegebiet ist es verboten, sich ohne besondere Erlaubnis der Militärregierung weiter als 6 km von seinem Wohnort bzw. Wohnsitz zu entfernen. Die Bewegungsfreiheit kann vom örtlichen Militärkommandanten auf weniger als 6 km herabgesetzt oder vollkommen entzogen werden. Es bestehen folgende örtliche Beschränkungen: 6 km nicht auf der Hauptstraße.
6. Eisenbahn, Privatkraftfahrzeuge, Fahrräder und Privatkrafträder dürfen ohne besondere Erlaubnis nicht benutzt werden. Die Benutzung der öffentlichen Ortsverkehrsmittel ist erlaubt.
7. Ansammlungen von mehr als 5 Personen in der Öffentlichkeit oder in Privatwohnungen zu Diskussionszwecken sind verboten. Das Abhalten von Gottesdiensten ist gestattet. Öffentliche Vergnügungsveranstaltungen dürfen nur mit Erlaubnis der Militärregierung stattfinden. Ansammlungen vor Lebensmittelausgabestellen oder vor öffentlichen Ämtern haben sich sofort aufzulösen, falls irgendwelche Unruhen entstehen.
8. Sende-Apparate sowie alle anderen Sende-Mittel, Schußwaffen und sonstigen Kriegsmaterialien sowie Munition und Sprengstoffe müssen bei den Militärbehörden abgegeben werden. Es ist ungesetzlich, derartige Gegenstände zu besitzen oder über sie zu verfügen. Nur die Polizei darf auf Grund eines von der Militärbehörde ausgegebenen Erlaubnisscheines Handwaffen und Munition besitzen und tragen, um Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten.
9. Alle Foto-Apparate sowie Feldstecher werden der Militärbehörde abgegeben.
10. Das Freilassen von Tauben ist untersagt. Sie sind entweder zu töten oder ihre Flügel müssen gestutzt werden.
11. Jeglicher Nachrichtenverkehr wie Post, Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverkehr wird mit sofortiger Wirkung eingestellt.
12. Unzensurierte Zeitungen, sonstige Veröffentlichungen und Plakate jeglicher Art dürfen weder gedruckt, verteilt noch angeschlagen werden.

13. Deutsche Fahnen, Standarten und Hoheitszeichen dürfen nicht gezeigt werden. Das öffentliche Spielen und Singen der Nationalhymne und anderer patriotischer Lieder ist verboten. Dies gilt auch für die Fahnen und patriotischen Lieder aller Länder, die sich noch im Kriege mit den vereinten Nationen befinden.
14. Alle Angehörigen der Wehrmacht, der Waffen-SS und des Volkssturms müssen sich spätestens am – sofort – bei der nächsten amerikanischen Militärbehörde stellen, um den vollen Schutz als Kriegsgefangene genießen zu können, andernfalls werden sie als Spione betrachtet und dementsprechend bestraft.
15. Die folgenden Personen müssen sich innerhalb einer Woche vom Datum dieser Bekanntmachung beim Bürgermeisteramt anmelden:
 - a) alle, die seit dem 1. 1. 1933 jemals Angehörige der Wehrmacht waren;
 - b) alle jetzigen oder ehemaligen Mitglieder der NSDAP, der SS oder SA.
16. Personen, die Angehörigen der Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS und des Volkssturms Unterkunft gewähren, müssen diese Tatsache umgehend dem nächsten Offizier der Militärregierung mitteilen. Versäumnis dieser Mitteilung wird als kriminelle Handlung angesehen und wird dementsprechend bestraft.
17. Das Tragen von Uniformen, Abzeichen oder Dekorationen der NSDAP, SS, SA und anderer parteiamtlicher Organisationen ist verboten. Dies gilt nicht für die Uniformen der Ordnungspolizei oder ähnlicher Polizeieinheiten.
18. Alle Zivilpersonen über 14 Jahre müssen ihren Personalausweis jederzeit bei sich tragen.
19. Das Überschreiten der deutschen Grenze sowie die Ein- und Ausfuhr von Gütern aller Art ist bis auf weiteres verboten.
20. Plünderung, Diebstahl und die widerrechtliche Aneignung von Gegenständen aller Art werden durch die Gerichtshöfe der Militärregierung geahndet.
21. Die absichtliche Zerstörung, Beseitigung, Verbergung oder Änderung von schriftlichen Aufzeichnungen oder Akten jeder Art wird durch die Gerichtshöfe der Militärregierung geahndet.
22. Alle Aufrufe, Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen der Militärregierung müssen sorgfältig gelesen und genau befolgt werden.
23. Der Bürgermeister einer Gemeinde oder ein anderer bevollmächtigter Vertreter kann im Falle von Verstößen gegen die Gesetze der Militärregierung angeklagt und vor Gericht gebracht werden, wenn sämtliche Einwohner der Gemeinde oder eine beträchtliche Anzahl derselben gemeinsam für diese Verstöße verantwortlich sind. Wenn der bevollmächtigte Vertreter der Gemeinde in dieser Eigenschaft verurteilt und das Verschulden der gesamten Gemeinde festgestellt wird, kann allen Einwohnern der Gemeinde eine Strafe auferlegt werden.

Im Auftrage der Militärregierung

Dokument 26: Notiz Vaubel, 4. 7. 1945: Besuch Direktor Funcke, Dr. Brötz, Dr. Vaubel bei der Militärregierung Obernburg am 3. Juli

Wir haben zunächst mit dem Chef der Militärregierung in Obernburg, Cpt. Logan, gesprochen. Herr Funcke hat die allgemeine Organisation des Konzerns kurz dargestellt und darauf hingewiesen, daß die Fabrik in Obernburg die größte Kunstseidenfabrik Deutsch-

lands ist, die nunmehr den Auftrag zur Erzeugung von Erntebindegarn erhalten hat. Über diesen Auftrag war Cpt. Logan bereits durch Major Harle unterrichtet. Da es sich um einen vom Headquarter erteilten Auftrag handelt, wird er uns jede mögliche Unterstützung ange-deihen lassen, insbesondere bezüglich der Ausstellung von Pässen usw. Für die Regelung der Einzelfragen verwies er an Cpt. Dumic, der als Industriereferent tätig ist.

Cpt. Dumic war, wie sich im Laufe der Unterhaltung herausstellte, selbst früher Ange-stellter der American Bemberg. Sein Vater und ein Bruder von ihm leben z. Zt. noch in Elizabethtown. Er war sehr erfreut, mit Herrn Funcke gewisse Erinnerungen austauschen zu können, obwohl er seinerzeit wegen Beteiligung an einem Streik vor Jahren von der American Bemberg entlassen worden war. Seine Stellung im dortigen Betrieb war nicht ganz deutlich festzustellen. Er ist offenbar als Angestellter einer Maschinenbaufabrik im Betrieb tätig gewesen, teilte aber auch mit, anschließend zeitweise über 600 Mädchen beauf-sichtigt zu haben. Die erforderlichen Ausweise zum Überschreiten der Ausgehzeit für die Schichtarbeiter wurden zugesagt. Die Ausstellung soll durch eine von uns bereitzustellende in das Büro von Cpt. Dumic zu entsendende Dame an Ort und Stelle vorgenommen werden. Nach Rücksprache mit Dr. Bona wurde Fräulein Vad damit beauftragt. Für Herrn Hanschke (Frau Hanschke ist als Dolmetscherin bei Cpt. Dumic tätig) hat Cpt. Dumic alle erforderli-chen Ausweise und auch Benzin für Beschaffung von Rohstoffen zugesagt. Es werden wohl keine Schwierigkeiten bestehen, auch für andere Herren (Herrn Walter) entsprechende Bewegungsfreiheit zu erreichen. Für die Bewirtschaftung von Rohstoffen usw. besteht noch keine einheitliche Regelung. Cpt. Dumic stellte jedoch in Aussicht, daß „slowly but surely“ auch für diesen Sektor des Wirtschaftslebens wie bisher schon auf dem Ernährungsgebiet eine klare Organisation einsetzt. Vorläufig wird er uns Einführungsschreiben für die ört-lichen Detachments der Militärregierungen geben, die für unsere wichtigsten Rohstoffliefe-ranten zuständig sind. Er forderte uns auf, ihm alle Erfordernisse ausführlich schriftlich vor-zulegen und wird uns dann bei der Beschaffung behilflich sein. Glanzstoff Obernburg gehört mit 3 weiteren Firmen (Obstverwertung Grünewald, Elsenfeld, Schiffswerft Erlenbach und Ziegelei Albert-Werke, Trennfurt) zu den einzigen im hiesigen Bezirk vorerst zur Produktion zugelassenen Betrieben. Diese wenigen Betriebe sollen in jeder Weise unterstützt werden.

Cpt. Dumic wurde über die Einsetzung des vorläufigen Betriebsrats unterrichtet. Er hatte dagegen keinerlei Einwendungen, betonte nur, daß alle Diskussionen sich lediglich auf Betriebsfragen beschränken müssen und keinen politischen Charakter annehmen dürfen.

Wegen Zulassung von Lastwagen und Personenwagen verwies er an den Transportbeauf-tragten, Oberleutnant Garcia.

Mit Oberleutnant Garcia hat Herr Funcke und der Unterzeichnete am 3. nachmittags verhandelt. Er wurde ebenfalls über die allgemeine Situation des Werkes und den Produk-tionsauftrag für Erntebindegarn unterrichtet. Er erklärte sich bereit, die Genehmigung zum Betrieb weiterer Lastwagen zu erteilen, wenn wir ihm solche nachweisen können. Wir haben daraufhin den hier zur Verfügung stehenden OT-Wagen erwähnt. Oberltn. Garcia wird diesen Wagen beschlagnahmen, sobald wir ihm die Einzelheiten mitteilen und ist mit dem Umbau auf Generatoranlage einverstanden. Außerdem erwähnte er die Möglichkeit, evtl. Wagen aus früheren deutschen Wehrmachtsbeständen zu beschaffen, hat aber solche Wagen z. Zt. noch nicht zur Verfügung. Auch die Zulassung eines PKW für das Werk Obern-burg wurde genehmigt. Einzelheiten (Wagen Winkler) wird der Unterzeichnete gemäß Verabredung am 5. 7. übermitteln. Bei der Unterredung mit Herrn Müller, Landratsamt Obernburg, im Vorraum der Militärregierung wurde ebenfalls kurz die Frage der Zulassung eines PKW für das Werk besprochen. Herr Müller lehnte zunächst ab, da für Glanzstoff doch bereits mehrere Wagen liefen und erwähnte insbesondere wiederholt, daß Herr Dr. Pieper

doch immer mit einem Wagen unterwegs sei. Es wurde klargestellt, daß lediglich in der Zeit der Versorgung des Ausländerlagers dem Werk ein Wagen zur Verfügung stand, dessen Genehmigung jedoch jetzt abgelaufen ist und daß die beiden anderen im bzw. am Werk untergebrachten Wagen für die Hauptverwaltung Aschaffenburg bzw. für Herrn Aretz als Berater des Arbeitsamts und der Militärregierung Aschaffenburg zugelassen sind, dem Werk aber nicht zur Verfügung stehen. Herr Müller erklärte unter diesen Umständen auch von sich aus, mit der Zulassung eines PKW für das Werk einverstanden zu sein. Er fragte nach der erforderlichen Benzinmenge. Es wurde ein laufender Monatsbedarf von mindestens 100 l benannt, zuzüglich des Bedarfs für einzelne weitere Fahrten im Interesse der Rohstoffbeschaffung. Herr Müller erklärte diese Menge zunächst für undiskutabel, gab aber dann zu, daß evtl. die Militärregierung dafür zusätzliche Mengen zur Verfügung stellen müßte.

Mit Oberltn. Garcia wurde noch die Frage der Auszahlung der Angestelltengehälter für Mai und Juni behandelt. Er erklärte, daß Beschränkungen bezüglich der Auszahlungen seitens der Militärregierung nicht bestehen. Es könnten also die in Betracht kommenden Auszahlungen in unbeschränkter Höhe erfolgen, wenn nicht von Bankseite mit Rücksicht auf die Barauszahlungen Grenzen festgelegt sind. Für Obernburg ist das nicht der Fall. Oberltn. Garcia betonte, daß für alle Zahlungen ausreichende Unterlagen geschaffen werden müßten, so daß gegenüber der Militärregierung jederzeit ein Nachweis über die Höhe der geleisteten Auszahlungen erbracht werden kann. Auf die Frage, ob wir berechtigt sind, auch an die Angehörigen verhafteter Gefolgschaftsmitglieder Zahlungen zu leisten, stellte Oberltn. Garcia die Gegenfrage, wie sich der Betrieb in früherer Zeit bei Verhaftung eines Gefolgschaftsmitgliedes verhalten habe. Es wurde geklärt, daß eine Entscheidung nur nach Lage des Falles hätte getroffen werden können, eine Einstellung von Zahlungen jedoch nur bei Verhaftungen wegen ausgesprochener Delikte in Betracht gekommen sei. Oberleutnant Garcia erklärte darauf, daß gegen Auszahlungen an Familienmitglieder von Verhafteten keine Bedenken bestehen würden, wenn sie das Existenzminimum für die betreffende Familie nicht überschreiten. Für die z. Zt. vorgesehenen allgemeinen Beihilfesätze von VGF wird dies wohl gelten können. Eine entsprechende schriftliche Bestätigung wird der Militärregierung zugeleitet werden.

Die Unterhaltung mit sämtlichen Offizieren der Militärregierung Obernburg verlief äußerst angenehm. Es bestand der Eindruck, daß wir bei der neuen Behörde das Mögliche an Unterstützung erhalten werden. Alle Herren wurden eingeladen, demnächst die Fabrik zu besichtigen, was gern angenommen wurde.

Herr Funcke berichtete sämtlichen Herren über seinen Sonderauftrag zur Rückführung von Räumungsgut, insbesondere Düsen aus dem Elsterberger Bezirk. Da Cpt. Logan noch mit Rückfragen in dieser Angelegenheit rechnete, betonte Herr Funcke, daß der Düsenbestand des Werkes Elsterberg voll erhalten geblieben sei und es sich nur um den in den dortigen Raum verlagerten Bestand gehandelt habe. Oberleutnant Garcia erklärte sich damit einverstanden, daß der von Lt. Col. Read Herrn Funcke zur Verfügung gestellte Lastwagen auch z. Zt. im Umkreis des Werkes benutzt werden kann (wegen des hohen Benzinverbrauchs nur in Ausnahmefällen).

gez. Dr. Vaubel

*Dokument 27: Abschiedsbrief Major Ben H. Logan,
US-Militärregierung Obernburg, 15. 2. 1946*

I realize that this is a poor means of saying goodbye to a group of people whom I have worked with so diligently for almost 8 months, but due the short notice, which I received it is the only possible way. I want to say that those of you in public life have done and are doing a very excellent job. You are doing a service for your communities which sometimes you may think there is no compensation, but the fact that you have helped your communities to recover from the most terrible of wars is compensation enough. I have enjoyed working with you unmeasurably and through this work I have gained some knowledge which I normally would not have had opportunity to gain. Although relation-ship was slightly unusual I believe that I have made some very definite friends in Landkreis Obernburg. I leave Obernburg with my mind at ease that this Landkreis is in good hands.

Sincerely
Ben H. Logan
Major, Inf.
Director

Übersetzung:

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß dies kein schöner Weg ist, einer Gruppe von Menschen „Auf Wiedersehen“ zu sagen, mit denen ich fast 8 Monate lang so fleißig zusammengearbeitet habe, aber auf Grund meiner plötzlichen Abreise ist es die einzige Möglichkeit. Ich wollte Ihnen noch sagen, daß diejenigen von Ihnen, die im öffentlichen Leben stehen, eine ausgezeichnete Arbeit geleistet haben und noch leisten. Sie leisten der Gemeinschaft Dienste, für die Sie, wie Sie vielleicht oft glauben, nicht den nötigen Dank ernten, aber die Tatsache, daß Sie mitgeholfen haben, daß Ihre Gemeinde, oder wo immer Sie sonst arbeiten, sich von den schrecklichen Folgen des Krieges erholt, sollte Entschädigung genug für Sie sein. Ich habe die Zusammenarbeit mit Ihnen außerordentlich geschätzt, und durch diese Zusammenarbeit habe ich Erfahrungen gesammelt, die zu sammeln ich sonst keine Gelegenheit gehabt hätte. Obgleich unsere Beziehungen etwas ungewöhnlicher Art waren, glaube ich, daß ich einige wirklich gute Freunde im Landkreis Obernburg gewonnen habe. Ich verlasse Landkreis Obernburg in der festen Überzeugung, daß er in guten Händen ist.

Mit besten Grüßen.

Dokument 28:

MILITARY GOVERNMENT MILTENBERG GERMANY
HEADQUARTERS DETACHMENT 16 A 3
COMPANY "A" 3rd ECA REGIMENT
APO 658 U.S. ARMY

To whom it may concern:

This factory, the Glanzstoff A.G. Obernburg, got order by Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force to produce 5 tons of binder twine daily.

This order has been given by SHAEF. The work of the Glanzstoff-factory may not be interfered

ALLIED EXPEDITIONARY FORCE
MILITARY GOVERNMENT
OFFICE

Dokument 29:

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR BAVARIA
Economics Division - Industry Branch
Reparations and War potential Section

Date:
25 June 1946

SUBJECT: Reparation Plant

To: Property Control Officer

1. The following named plant has been declared for reparations and all machinery, tools, and
+ equipment are the property of the United States Government and are not subjected to seizure or requisition.
+ As described below.

Nr. 153 (136) Ind ACE 96 - Vereinigte Glanzstoff A.G.
Obernburg LK Obernburg - L50/N03

2. The German custodian is charged with the responsibility of safeguarding this property under the direction of the Military Government.
3. No inventories, questionnaires or other information are to be given except upon presentation of proper clearance from the Reparations and War Potential Section, Industry Branch, Office of Military Government for Bavaria, Munich.

By the Command of the Director

gez. J. F. McCaslin
Lt. Col. Ord.
Chief, Rep. &
War Pot. Sect.

DISTRIBUTION:

Berlin - 1
Prop Control OMGB - 1
Prop Control RMGD - 1 + 1 (One) Cord Twister
Team - 1
Plant - 1
File - 1
General - 1

Dokument 30: Landrat der Landkreise Marktheidenfeld-Miltenberg-Obernburg an die Vereinigten Glanzstoffwerke AG. Obernburg, 12. 4. 1945

Anordnung

Sie werden hiermit beauftragt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Werk raschmöglichst wieder instand zu setzen, so daß eine produktive Arbeit möglich ist. Ich werde veranlassen, daß Ihnen die nötigen Sperrschilde für Angehörige des Alliierten Expeditions Korps zugehen und daß durch die Militärpolizei die fremdländischen, außerhalb des Werks wohnenden Arbeiter dahingehend belehrt werden, daß im Innern des Werks zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Wachen tätig sind.

Der Landrat für die Landkreise
Marktheidenfeld-Miltenberg-Obernburg
i. A. Ebert

Die Direktoren der Glanzstoffwerke Obernburg, die mit Herrn Ebert zwecks Rücksprache in Miltenberg waren, werden ihre Pässe morgen in Obernburg beantragen.

Ich bitte daher der Rückfahrt keine Schwierigkeiten zu bereiten; sie fahren in Begleitung des Bürgermeisters Ebert Klingenberg.

Miltenberg, den 12. April 1945

Der Landrat für die Landkreise

Marktheidenfeld-Miltenberg-Obernburg

i. A. Ebert

Dokument 31: Bekanntmachung, 19.4.1945: An alle Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände! Betrifft: Unbefugte Aneignung von Wehrmachts- und Privatgut

1. Wie in der Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 4. April 1945 bereits angeordnet, waren alle Lebens- und Genußmittel, die aus dem

Lagerhaus Obernburg-Elsenfeld

entwendet wurden, restlos auf dem Rathaus abzuliefern. Der seinerzeit ergangenen Anordnung wurde nur teilweise Folge geleistet, obwohl damals in großzügiger Weise jedem Haushaltsangehörigen 3 kg Konserven ohne Anrechnung auf die Ernährung zubilligt waren. Ein großer Teil der Einwohner kam trotzdem der Ablieferungspflicht nicht nach. Im Interesse der Ernährungsschwierigkeiten des gesamten deutschen Volkes haben wir die dringende Pflicht und Verantwortung, für die restlose Durchführung der Anordnung besorgt zu sein. Wir erwarten nunmehr, daß die noch fehlenden Mengen

bis spätestens 20. April 1945, abends 7 Uhr

im Sitzungs-Saal des Rathauses

abgeliefert werden.

2. Die mit Genehmigung der früheren Militär- und Gemeindeverwaltung an die Bevölkerung ausgegebenen Stoffe, Schuhe, Kleidungs- und Wäschestücke sowie sonstige Gebrauchsgegenstände aus der

Stadthalle Obernburg

sind zu Unrecht an den jetzigen Besitzer gelangt. Nach Rücksprache mit dem Oberlandrat kann für jede Person je 1 Gegenstand der gleichen Art behalten werden. Alles übrige ist listenmäßig vom Haushaltungsvorstand zu erfassen und eine Abschrift hiervon

bis spätestens 20. April 1945, abends 7 Uhr

in der Kanzlei des Rathauses

abzugeben. Die Gegenstände bleiben vorerst in Verwahrung des Besitzers und müssen zu gegebener Zeit von ihm abgeliefert werden. Bis dahin ist er für richtige Lagerung und Aufbewahrung voll verantwortlich. Stoffballen müssen restlos gemeldet werden.

3. Die aus der

Glanzstoff-Fabrik Obernburg

entwendeten Nahrungsmittel und Gegenstände (Büromöbel, Büromaschinen, Handwerkszeug, Fertigware, Halbfabrikate, usw.) wie überhaupt alle Gegenstände, sind ebenfalls listenmäßig

bis spätestens 20. April 1945, abends 7 Uhr

in der Kanzlei des Rathauses

zu melden. Der Zeitpunkt ihrer Ablieferung wird noch bestimmt. Von der Werksleitung der Glanzstoff-Fabrik ist lediglich zugestanden, daß für jeden Haushalt kleinere Mengen Seidengarn zurückbehalten werden dürfen.

4. Lebens-, Genußmittel usw., die aus Schiffen von Einwohnern entwendet wurden, sind gleichfalls listenmäßig

bis spätestens 20. April 1945, abends 7 Uhr
in der Kanzlei des Rathauses

anzugeben. Über ihre Ablieferung wird später verfügt.

5. Jedem Einwohner ist hiermit nochmals Gelegenheit gegeben, sich selbst vor Strafe zu schützen. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird mit den strengsten Strafen seitens der Militärregierung geahndet. Nach den festgesetzten Terminen erfolgen durch die Militärregierung unter Zuziehung der deutschen Polizei Haussuchungen, da, wo Verdacht besteht, daß Sachen unbefugt zurückbehalten bzw. nicht gemeldet wurden. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß eine Reihe von schriftlichen und mündlichen Anzeigen vorliegt, wonach eine große Anzahl Einwohner, die aus dem Lagerhaus Obernburg-Elsenfeld, der Stadthalle Obernburg, der Glanzstoff-Fabrik Obernburg und aus Schiffen entnommene Waren nicht im vorgeschriebenen Umfange abgeliefert hat.

Der Landrat Der Bürgermeister

*Dokument 32: Spinnfaser AG an Hessisches Landeswirtschaftsamt,
Produktionsabteilung, Herrn Dr. Brünne, 8. 2. 1947*

Zu der Frage der Tauschgeschäfte haben wir inzwischen unserem Fachverband die Angaben zugeleitet, die nach dem Ergebnis der Besprechung vom 15. Januar als Grundlage für eine Beurteilung der Lage und für Erwägungen über die Möglichkeit einer Abhilfe dienen sollen. Die Besprechung hat klar gezeigt, daß die Industrie den derzeitigen Zustand keineswegs als glücklich ansieht. Die von Ihnen erbetene Mitarbeit setzt allerdings ein Vertrauen voraus, daß die für die Wirtschaft verantwortlichen Behörden zurzeit vielleicht nicht uneingeschränkt besitzen; denn mit den bisher kodifizierten Anordnungen und deren Anwendung haben sie häufig eine wenig glückliche Hand bewiesen.

Es wäre daher vielleicht angebracht, sich bei den weiteren Besprechungen über die Absichten des LWA deutlicher zu äußern, als dies bisher geschah, um sich dadurch der Mitarbeit der Industrie zu versichern. So vorteilhaft es wäre, wenn man sich dabei ausschließlich auf die Kompensationen beschränken könnte, deren praktisch durchführbare, gerechte und wirtschaftlich vernünftige Legalisierung schwierige Fragen genug aufweist, so wird es nach unserer Meinung nicht möglich sein, diese Frage ganz ohne Zusammenhang mit der übrigen Wirtschaftspolitik zu einer annehmbaren Lösung zu bringen. Dafür gibt es zwei Gründe: einmal, daß der Umfang und teilweise überhaupt die Notwendigkeit der Kompensation sehr stark von der Praxis der Bewirtschaftung abhängen, und weiter, daß die für eine funktionierende Regelung der Kompensationen erforderliche Mitarbeit der Industrie leichter zu gewinnen sein dürfte, wenn eine Abstellung der bisherigen Mängel gleichzeitig erwogen oder sogar verbindlich in Aussicht gestellt werden könnte.

Wir haben am 7. September einen ausführlichen Bericht an die verschiedenen zuständigen Behörden gerichtet, in dem wir auch auf die Frage der Gegengeschäfte im Zusammenhang mit der gesamten Bewirtschaftung eingegangen sind; am 16. Dezember haben wir ihn durch einen weiteren ergänzt. In diesen Berichten – in denen wir uns auf Fragen beschränkt haben, die im Einflußbereich der deutschen Stellen liegen, das gilt auch für das

Folgende – haben wir die verbrauchsfreundliche und relativ produktionsfeindliche Einstellung der Bewirtschaftung und die mangelnde Koordination der Zuteilungen der einzelnen Referate beanstandet. Inzwischen ist uns von 3 Referaten mehr oder weniger klar zum Ausdruck gebracht worden, daß sie sich in erster Linie als Sachwalter der Verbraucher betrachten, wobei sie sich offenbar nicht genügend darüber Rechenschaft geben, daß eine produktionshemmende Einstellung im Endeffekt auch eine verbrauchsfeindliche sein muß, und nur eine erhöhte Produktion auch dem Verbraucher nach und nach eine steigende Warenmenge zuführen kann. Es versteht sich von selbst, daß die Wirtschaft den Zweck hat, die Verbraucher zu versorgen. Zur Diskussion steht nur, welcher Weg am besten dazu führt. Das wird häufig der Umweg über die Produktion oder sogar über den Export sein, selbst wenn dadurch der akute Mangel vorübergehend weiter verschärft wird. Deshalb ist die richtige Disposition gerade auch im kleinen von erheblicher Wichtigkeit.

Eine solche Disposition im Rahmen einer zielbewußten wirtschaftspolitischen Lenkung ist nach den bisherigen Erfahrungen nur möglich, wenn die zentralen Referate des LWA ausschließlich die produktionssteigernde Betreuung ihrer Industriegruppe übernehmen. Zu diesem Zweck müssen ihnen Kontingente aller benötigten bewirtschafteten Waren in Verwaltung gegeben werden, und es wäre ihre erste Aufgabe, den Bedarf ihrer Industrie im Rahmen des Ganzen zur Geltung zu bringen. Die Tendenz zu einem derartigen Verfahren hat sich in Wiesbaden bereits gezeigt, war jedoch mehr zufällig, nicht umfassend genug und nicht durch klare Kompetenzen geregelt. Dagegen haben wir den Eindruck, daß der Aufbau des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden nach diesem Prinzip erfolgen soll. Es kann natürlich nur wirksam sein, wenn die Referate ihrer betreuten Industrie auch einwandfreie Bezugsberechtigungen gegenüber der Hilfsindustrie zu verschaffen in der Lage sind, also z.B. gegenüber der Holzverarbeitenden Industrie, der Elektroindustrie und überhaupt allen Wirtschaftszweigen, die Produktionsmittel herstellen.

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß unter dem System der von der Produktionsmittelindustrie selbst verwalteten Fertigungskontingente eine einheitliche Linie der Förderung niemals gewahrt werden kann, weil die Produktionsmittelindustrie weder als Einzelbetrieb noch im Ganzen die Dringlichkeit der an sie herantretenden Anforderungen zu beurteilen in der Lage ist. Gelingt es im Einzelfalle nicht, die Hilfsindustrie oder eine der zahlreichen fremden Referate, auf die die Industrie angewiesen ist, von der Dringlichkeit des Bedarfs an einem bestimmten Produktionsmittel oder einem Hilfsstoff zu überzeugen, so muß das Fehlende herankompensiert werden, sonst käme die Erzeugung zum Stillstand und damit die von anderen Referaten zugewiesenen Rohstoffe nicht zu ihrer zweckmäßigen Verwendung. Überdies besteht natürlich bei industrieverwalteten Fertigungskontingenten immer die Möglichkeit eines Mißbrauchs, zu dem oft schon die Notlage zwingen wird; auch darin liegt wieder ein Anreiz zur Kompensation, der zumindest zu einem erheblichen Teil vermeidbar wäre. Dieser Mißbrauch wird durchaus nicht immer die Form eines ausgesprochenen Verstoßes gegen die Bewirtschaftung annehmen müssen. Es genügt, damit ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, daß die Produktionsmittelindustrie ihre eigenen Rohstoffe zögernd verarbeitet, um davon stets einen möglichst hohen Bestand zu haben; ein solcher ist für ein industrielles Unternehmen ja wesentlich wertvoller als ein hoher Bestand an Fertigwaren.

Eine Abstellung der Mängel wird nur gelingen, wenn die Referate sich ganz der Produktionsförderung ihrer eigenen Industrie widmen können, von der Verteilung an Handel und Verbrauch wären sie also zu entlasten. Die Verteilung der für den Verbrauch bestimmten Waren kann wahrscheinlich vorteilhaft den örtlichen Außenstellen übertragen werden, ebenso wie die Erfassung einheimischer Roh- und Altstoffe. Die Außenstellen müßten

dabei ihre besondere Aufmerksamkeit der möglichst vollständigen Erfassung und dem schnellen Umschlag der Rohstoffe ebenso wie der restlosen und schleunigen Ausgabe der verteilbaren Erzeugnisse widmen; denn gerade an diesen Stellen besteht ebenfalls ein starker Anreiz zur Kompensation (abgesehen von der auch hier deutlich zur Geltung kommenden Tendenz der zögernden Weitergabe, die durchaus verständlich ist, soweit die sich auf die Erhaltung der sachlichen Substanz richtet, aber sicher nicht mehr berechtigt, wenn sie darüber – was häufig der Fall zu sein scheint – hinausgeht).

Der ausschlaggebende Einfluß auf die richtige Verwendung der Halbfabrikate, also in unserem speziellen Fall auf die Verarbeitung der Zellwolle zu Produkten, für die sie sich auch wirklich eignet, muß aber weiterhin den zentralen Referaten vorbehalten bleiben, wenn die Verschwendung knapper Rohstoffe verhindert und ein möglichst hoher wirtschaftlicher Effekt erzielt werden sollen. Das schließt nicht aus, daß es andererseits zu den Aufgaben der Außenstellen gehören wird, den zentralen Referaten rechtzeitig zusammenfassende und begründete Berichte über den Umfang, die Art und die Dringlichkeit des Bedarfs zu übermitteln.

Dürfen wir zum Schluß noch einmal auf unsere Berichte vom 7. September und 16. Dezember verweisen, auf Wunsch sind wir gern bereit, Ihnen weitere Exemplare zu übersenden.

Spinnfaser Aktiengesellschaft
gez. Dr. Reimann I. V. Behn

Dokument 33: Spinnfaser Aktiengesellschaft an den Herrn Präsidenten des Landeswirtschaftsamtes Hessen, 2. 4. 1947

Aus Anlaß der von Ihrer Prüfungsstelle angeordneten Beschlagnahme unserer Bestände an textilen Fertigerzeugnissen, die im Zusammenhang mit einer Prüfung der Außenstelle des LWA in Kassel erfolgt ist, haben mit den von Ihnen eingesetzten Prüfern wiederholt eingehende Unterhaltungen über die Frage der Zulässigkeit von Kompensationsgeschäften stattgefunden. In Anwesenheit der Herren Ober-Ing. Baumert, Produktionsleiter Dr. Berndt, Prokurist Bartsch und Ing. Schlipp hat Herr Dr. Reimann dem Leiter der Prüfungsabteilung, Herrn Dipl. Kfm. Humburg, erklärt, daß er den Abschluß von weiteren Kompensationsgeschäften untersagen werde, bis eine endgültige Klärung dieser Angelegenheit behördlicherseits erfolgt sei. Herr Dipl. Kfm. Humburg verwahrte sich hiergegen und erklärte, seine Prüfungen seien in diesem Sinne nicht zu verstehen und wir sollten in der bisherigen Handhabung fortfahren.

Wir sind nicht bereit, die weitere Verantwortung für die Durchführung von Kompensationsgeschäften zu übernehmen, nachdem wir wiederholt in Schriftsätzen an sämtliche interessierten Dienststellen seit Anfang September 1946 (Wirtschaftsministerium, LWA, Bezirkswirtschaftsstelle u. a.) auf die auch unserer Auffassung nach bedenkliche Entwicklung in der Gestaltung des Wirtschaftsablaufes hingewiesen haben. Auf alle unsere Eingaben ist bisher praktisch nichts erfolgt. Wir haben daher im Bewußtsein, die Verantwortung für einen großen Betrieb zu tragen, die auch von uns als unerfreulich angesehenen Begleiterscheinungen der Kompensationsgeschäfte in Kauf genommen, wobei wir einzig und allein das Wohl und Wehe des Betriebes im Auge hatten. Wir sind nicht bereit, die Verantwortung für die Durchführung weiterer Kompensationsgeschäfte zu tragen, solange nicht von berufener behördlicher Stelle uns die schriftliche Erklärung abgegeben wird, daß wir solche Kompensationen durchführen können. Abschließend möchten wir darauf hinweisen, daß wir vom LWA ein monatliches Globalkontingent für Werksbedarf Spinnfaser

erhalten hatten, mit dem wir uns für berechtigt hielten, Kompensationsgeschäfte durchzuführen.

Es darf in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck betont werden, daß nur durch die Durchführung solcher Kompensationsgeschäfte es gelungen ist, eine erhebliche Menge Zellwolle auf völlig normalem Wege der Textilwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Einschließlich der über den Länderrat abgewickelten Interzonengeschäfte zur Beschaffung von Zellstoff sind im zweiten Halbjahr 1946 etwa 92% der Zellwolle-Produktion auf völlig normalem Wege (d.h. nach Anweisung der zuständigen LWÄ) an Spinnereien geliefert worden.

Unsererseits ist wiederholt versucht worden, den prüfenden Herren verständlich zu machen, daß nur durch Einsatz von Kompensationsgeschäften mit den damit in Kauf zu nehmenden Begleiterscheinungen es ermöglicht worden ist, den weitaus größten Teil der Produktion dem normalen Verbrauch zuzuführen. Bisher hatten wir nicht den Eindruck, daß die prüfenden Herren Verständnis aufgebracht haben, für das, was in den vergangenen 2 Jahren von unserer Gesellschaft für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geleistet worden ist.

Mit größtem Befremden hat auch die Betriebsvertretung der Spinnfaser A.-G. die Durchführung der Prüfungen unter Hinzuziehung polizeilicher Dienststellen aufgenommen.

Wir erwarten von Ihnen nunmehr umgehend Anweisungen über die Weiterführung der Produktion, wobei wir ausdrücklich erklären möchten, daß wir nicht bereit sind, die Verantwortung für die Durchführung irgendwelcher weiterer Kompensationsgeschäfte zu übernehmen, sondern darum ersuchen müssen, daß diese Verantwortung nun von Stellen getragen wird, denen sie rechtens zukommt. Die daraus für die betriebliche Weiterentwicklung entstehenden Folgen sind selbstverständlich von uns nicht zu verantworten.

Spinnfaser Aktiengesellschaft
[gez. Reimann]

Dokument 34: VGF an den Minister für Wirtschaft in Hessen, 5.4.1947

Am gestrigen Tage ist das Mitglied des Vorstandes der Spinnfaser A.-G., Kassel-Bettenhausen, Herr Dr. Erich Reimann, verhaftet worden. Das Verfahren gegen ihn ist aufgrund einer Aktion der Prüfungsstelle des Bezirkswirtschaftsamts Kassel (Außenstelle des LWA Wiesbaden) eingeleitet worden. Herr Dr. Reimann hatte aufgrund der Vorhaltungen der Prüfer den in Abschrift beiliegenden Brief an den Herrn Präsidenten des Landeswirtschaftsamts Hessen, Wiesbaden, geschrieben, der infolge seiner Verhaftung noch nicht zur Absendung gekommen war. Die Begründung des Haftbefehls ist nicht bekannt.

Nach den bisherigen Informationen ist das Landeswirtschaftsamt in diese Angelegenheit nicht eingeschaltet worden. Da es sich bei Herrn Dr. Reimann – stellvertretender Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Kassel, Vorsitzender der Landesvereinigung Textil – um eine anerkannte Persönlichkeit im Wirtschaftsleben von Hessen handelt, ist es notwendig, daß die wirklich maßgebenden Stellen sich einschalten, um zu verhindern, daß aus persönlichen oder politischen Gründen – wofür gewisse Indizien sprechen – ein nicht wieder gut zu machender Schaden für den Betrieb und damit für die Wirtschaft in Hessen überhaupt eintritt.

Da es sich bei den in Rede stehenden Vorwürfen nach unseren Informationen um den Fragenkreis der Kompensationsgeschäfte handelt, ist eine derartige Unruhe eingetreten, daß niemand mehr die Verantwortung für die Führung des Betriebes tragen kann, wenn nicht eine unverzügliche Klärung und Abgrenzung des Fragenkreises nach Recht und

Unrecht in einer Weise erfolgt, die überhaupt ein Weiterarbeiten zuläßt. Die Spinnfaser A.-G. ist die einzige Zellwolle-Fabrik in Hessen und hat unter der maßgebenden Führung von Dr. Reimann mit ihrer Produktion, die zum großen Teil nur durch Kompensationen ermöglicht wurde, zum Wiederaufbau der Wirtschaft entscheidende Beiträge geleistet.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G.
[gez. Schmekel gez. Vaubel]

gleichlautend an das Landeswirtschaftsamt Wiesbaden

**Dokument 35: Vorstand VGF an Dr. Ludwig Vaubel, 3. 5. 1945,
Betr.: Vorläufige Beschäftigung**

Für die Hauptverwaltung ist noch nicht zu überblicken, welche Arbeitsmöglichkeiten demnächst bestehen werden. Über die endgültige Regelung der Arbeitsverhältnisse läßt sich daher im Augenblick noch nichts sagen.

Wir sind bereit, Sie für notwendige Arbeiten heranzuziehen. Im Hinblick auf die noch fehlende Übersicht können wir vorerst eine Beschäftigung nur für die Zeitdauer von höchstens 3 Monaten in Aussicht nehmen und müssen der Klarstellung wegen außerdem darauf hinweisen, daß diese Beschäftigungsdauer durch zwingende Maßnahmen der Militärregierung eine Änderung erfahren kann.

Über die Bedingungen des Einsatzes haben wir Verhandlungen mit den zuständigen deutschen Stellen (Arbeitsamt) und mit der Militärregierung eingeleitet. Wir hoffen, Ihnen demnächst die von diesen Stellen angeordnete Regelung der Arbeitsbedingungen mitteilen zu können.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.G.
[gez. Ritzauer] [gez. Schmekel]

**Dokument 36: Vorstand VGF an Dr. Ludwig Vaubel, 1. 6. 1945,
Betr.: Verlängerung der Beschäftigung**

Wir hatten Ihnen mit unserem Schreiben vom 11. 5. mitgeteilt, daß wir eine Beschäftigung für eine Zeitdauer von höchstens 3 Monaten in Aussicht nehmen könnten. Die weitere Entwicklung ist vollkommen unübersichtlich, so daß wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind, ein Urteil über die Beschäftigungsmöglichkeiten für längere Sicht zu gewinnen. Wir können daher die auf 3 Monate begrenzte Beschäftigungsdauer vorerst nur bis zum 31. 8. ds. Js. verlängern, wobei die jetzigen Bedingungen bezüglich Vergütung unverändert bleiben.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.G.
gez. Rathert gez. Schmekel

**Dokument 37: Vorstand VGF an Dr. Ludwig Vaubel, 27. 6. 1945,
Betr.: Gehaltsermäßigung**

Die Folgen des verlorenen Krieges können nicht ohne Auswirkung auf die Gehälter bleiben. Für einen großen Teil unserer Angestellten ruht zur Zeit das Beschäftigungsverhältnis. Der Stillstand der Werke und die Unkenntnis darüber, ob und zu welchem Zeitpunkt wir mit der Erzeugung wieder beginnen können, zwingen uns auch zu Gehaltskürzungen bei dem Kreis derjenigen Angestellten, die weiterbeschäftigt werden. Wir glauben, daß unsere Angestellten gerade unter Berücksichtigung der Lage der Unbeschäftigten hierfür Verständnis haben werden. Die Herabsetzungen berücksichtigen die sozialen Gesichtspunkte und sind in der

Weise stark gestaffelt, daß sie – erst von einem bestimmten Mindestgehalt an beginnend – mit steigenden Bezügen um einen stärkeren Satz durchgeführt werden.

Wir haben die Grundsätze für die Herabsetzung mit dem Arbeitsamt als der von der Militärregierung eingesetzten maßgeblichen Stelle besprochen und dessen Zustimmung erhalten.

Da festgelegt ist, daß das Höchstgehalt

RM 800,–

nicht übersteigen darf, wird dieser Betrag für Ihre Bezüge gelten.

Vorstehende Regelung ist zunächst für die Dauer von drei Monaten, d. h. für die Monate Mai, Juni und Juli 1945, vorgesehen. Welche Regelung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und allgemeinen Entwicklung dann endgültig erfolgen kann, muß noch offen gelassen werden.

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A. G.
gez. Ritzauer gez. Schmekel

Wir bitten Sie, uns Ihr Einverständnis mit vorstehender Regelung durch Unterzeichnung der beiliegenden Zweitschrift zu bestätigen.

Dokument 38: Notiz Funcke, 24. 7. 1945: Entnazifizierungspolitik der Militärregierung Obernburg

Gelegentlich der Besprechung von Herrn Schmekel, Herrn Dr. Vaubel und dem Unterzeichneten mit Cpt. Dumic kam Dumic selbst auf die angeforderte Liste von Parteimitgliedern zu sprechen. Er wünscht eine Liste zu haben, die sowohl in Verwaltung wie auch im Werk sämtliche Parteimitglieder in Positionen enthält, die in irgendeiner Weise Verantwortung, grundsätzliche Entscheidungen und Menschenführung betreffen, d. h. also auch Abteilungsleiter und Meister. Außerdem würde ihn eine Liste sämtlicher Parteigenossen interessieren, Arbeiter sollen jedoch darin nicht enthalten sein.

Die Politik der Firma, die Beförderungen und Einstellungen stets nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt hat und das auch weiter tun möchte, wurde dargelegt unter Hinweis auf eine gewisse Selbständigkeit und Freiheit der einzelnen Werksleiter. Dem Verlangen des Betriebsrats nach Entlassung einiger Betriebsangehöriger wollte man nicht stattgeben, ohne vorher die grundsätzliche Politik der Militärregierung zu kennen. Über diesen Punkt gab Cpt. Dumic bereitwillig Auskunft. Die Militärregierung legt keinen Wert darauf, daß irgendwelche Leute, die in untergeordneten Stellungen im Betrieb und Büro tätig sind, entlassen werden, sofern sie nicht sich durch Radikalismus oder besondere Aktivität ausgezeichnet haben. Grundsätzlich will die Militärregierung aus allen Führungsstellen bis herab zum Meister alle Parteigenossen entlassen, ohne Ausnahme. Genau so wie in der Verwaltung nicht nur die Bürgermeister, sondern auch die Polizisten entlassen werden müssen. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Politik jegliches Arbeiten des Werkes unmöglich machen würde. Er erklärte, daß er sich dessen voll bewußt sei und daß die Durchführung der Maßnahme Jahre erfordern würde. Er selbst wisse ganz genau, daß in der Textilindustrie jahrelange Erfahrungen notwendig seien. Er würde diesen Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen, auch auf der für morgen vorgesehenen Konferenz in Würzburg, vertreten. Im übrigen würden die Entlassungsmaßnahmen nicht nur von ihm, sondern auch durch eine längere Reihe von vorgesetzten Behörden entschieden, u. a. von Würzburg.

gez. Funcke

Dokument 39: Ludwig Vaubel an den Landrat des Landkreises Obernburg, 17.10.1945, Betr.: Vorstellungsverfahren gemäß Erster Ausführungsverordnung zum Gesetz Nr. 8

Aufgrund Ziff. 5 des Gesetzes Nr. 8 und Ziff. 4 der Ersten Durchführungsverordnung erhebe ich hiermit Vorstellung gegen meine Entlassung aus dem Anstellungsverhältnis bei der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G., Wuppertal bzw. Obernburg.

Ich überreiche als Anlage:

1. den vorgeschriebenen Fragebogen nebst Bestätigung des Arbeitgebers
2. Erklärungen eines Vorstandsmitgliedes und zweier Kollegen aus der Verwaltung der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G., die weder der NSDAP noch einer der ihr angeschlossenen Organisationen angehört haben und die mich seit vielen Jahren aus täglicher Zusammenarbeit kennen.

Vom Juni 1934 bis September 1940 habe ich in Wuppertal gelebt, war anschließend im Rahmen meiner Berufsarbeit fast ständig auf Reisen und wohne seit September 1944 bei meiner bereits früher nach Erlenbach/Main umquartierten Familie.

Bezüglich meiner politischen Vergangenheit möchte ich zur Erklärung und Begründung meines Antrages noch auf folgendes hinweisen:

Ich bin in der Zeit von Dezember 1931 bis Oktober 1932 im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für die höhere Justizlaufbahn entgegen der Stellungnahme schon damals nationalsozialistisch eingestellter Vorgesetzter in einem größeren jüdischen Anwaltsbüro in Frankfurt/Main, Dr. Fritz Gutenstein – Dr. Siegfried Popper, tätig gewesen und war seit dem Jahr 1929 mit Hans Adelung, dem Sohn des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Hessen, Dr. Adelung, sehr eng befreundet, was auch in der Öffentlichkeit (gemeinsames Universitätsstudium) bekannt war. Da außerdem mein Vater ein bekannter Freimaurer in meiner Heimatstadt Gießen war, ergaben sich nach Ablegung des 2. juristischen Staatsexamens im Dezember 1933 Schwierigkeiten für die Anstellung im staatlichen Justizdienst. Eine aufgrund meines guten Examens zunächst vorgesehene Anstellung im damaligen hessischen Finanzministerium wurde mit Rücksicht auf meine politische Beurteilung rückgängig gemacht. Da nur ein ganz geringer Teil der insgesamt geprüften Kandidaten im öffentlichen Dienst eingestellt wurde, mußte ich mit einer entsprechenden Benachteiligung rechnen und habe mich daher im Januar 1934 entschlossen, der SA beizutreten. Aus Freude am Pferdesport, den ich schon früher betrieben hatte, trat ich der Reiter-SA bei, die damals und in der Folge in erster Linie die reiterliche Ausbildung ihrer Angehörigen betrieb und in politischer Beziehung kaum herangezogen wurde. Aufgrund meiner Zugehörigkeit zur Reiter-SA wurde ich am 1. 5. 1937 automatisch ohne eigenen Antrag in die Partei aufgenommen. Ich habe mich weder in der Reiter-SA noch in der Partei irgendwie aktiv betätigt, insbesondere keinerlei Ämter angenommen.

Der Kommandeur der Militärregierung Obernburg, Cpt. Ben Logan, hat mich am 20. August d. J. nach Prüfung meiner politischen Vergangenheit in das Advisory Committee der Militärregierung Obernburg berufen.

Dokument 40: Algemeene Kunstzijde Unie N.V., Arnhem an U.-S.-Militärregierung Aschaffenburg, Capt. J. P. Varda, 25. 4. 1946: Tätigkeit Vaubels in Holland während des Krieges

Dear Capt. Varda, I am in receipt of your letter of April 5th, which arrived here on April 23rd, from which I learned with much pleasure that your return journey to Aschaffenburg took place without mishap.

With reference to Dr. Vaubel's wish I am however of opinion that it would not be in his interest to produce a sort of blanco certificate. We have already experienced that such letters have no result but in the contrary very often make the wrong expression.

I therefore beg you to tell Dr. Vaubel that in the case he will be subject to an interrogation he may always mention us as a witness in his favour. As he saved about twelve men of our Dutch Company for being killed during the strike of April 1943, succeeded with many difficulties to free Mr. van Schaik and Mr. Nolet from prison etc. we will certainly give this testimonial to his judges if asked for.

With my personal regards,

Yours sincerely,

Algemeene Kunstzijde Unie N.V.

gez.: Jhr. J. M. van den Bosch, Ass. Manag. Dir.

**Dokument 41: Spruch der Spruchkammer Obernburg im
Entnazifizierungsverfahren gegen Dr. Ludwig Vaubel, 17. 9. 1946**

Der Betroffene ist: in die Gruppe IV der „Mittläufer“ eingereiht.

Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt: RM 6.000,- in bar sowie die Kosten des Verfahrens. / Zahlungsleistung nur nach Rechtskraft des Spruches bzw. nach Erhalt der Aufrechnung und Zahlungsaufforderung.

Begründung:

Dr. Vaubel war Mitglied der NSDAP von 1937 bis 1945. Von 1934 bis 1940 war er Mitglied der Reiter-SA, in letzterer wurde er 1939 zum Rottenführer befördert. Trotzdem konnte eine aktive Betätigung für die NSDAP nicht festgestellt werden. Sein Eintritt in die Reiter-SA war nur durch sein sportliches Interesse hervorgerufen. Er hat Gegner der Bewegung unterstützt. Die hohe Sühne von RM 6.000,- ist mit dem guten Einkommen begründet. Von einer Leistung in Sachwerten wird Abstand genommen, da Dr. Vaubel durch Bombenschaden einen wesentlichen Teil des Eigentums verloren hat.

**Dokument 42: Ludwig Vaubel an die Spruchkammer Obernburg, 16. 10. 1946:
Einspruch gegen Bescheid vom 17. 9. 1946**

Gegen den Bescheid vom 17. 9. 1946 lege ich hiermit Einspruch ein mit der Bitte um Entscheidung durch die Kammer. Der Einspruch richtet sich gegen die Höhe der Sühnleistung. Bei der Festsetzung der Sühne sind zwar nach Art. 18 des Gesetzes die Erwerbsverhältnisse des Betroffenen zu berücksichtigen, andererseits dürften nach dem Sinn des Gesetzes und der bisherigen Praxis der Spruchkammern die nachgewiesenen Entlastungstatsachen in gleicher Weise heranzuziehen sein. Mit dem Einspruch wird eine Nachprüfung der ergangenen Entscheidung in diesem Punkt erbeten.

Zur Begründung weise ich auf folgendes hin:

1. Wenn auch für meinen Eintritt gerade in die Reiter-SA mein sportliches Interesse maßgebend war, so erfolgte der Eintritt in eine NS-Organisation überhaupt ausschließlich im Interesse der Berufsbegründung. Ich verweise dazu auf die ausführliche Darstellung in Ziff. 1 meines Antrags vom 17. 7. In der dem Antrag beigefügten eidesstattlichen Erklärung des früheren Vorstandsmitglieds der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G., Herrn Walter Odlich, ist dazu folgendes gesagt:

„Als er im Dezember 1933 sein großes Staatsexamen machte, ergaben sich ernste politische Schwierigkeiten bei der Übernahme in den Staatsdienst... Im Januar 1934 ist Herr

Dr. Vaubel, der sozialistisch eingestellt war und seine Freunde in den Kreisen der SPD hatte, in die Reiter-SA eingetreten, einmal um sich das zu Beginn seiner Berufstätigkeit notwendige politische Alibi zu verschaffen, andererseits aber durch die Wahl der Organisation die Möglichkeit zu haben, dem politischen Betrieb durch die sportliche Betätigung möglichst wenig ausgeliefert zu sein.“

In der ebenfalls zu den Akten gegebenen Erklärung des Oberbibliothekars Dr. Hepding vom 18. 5. 1946 wird dazu noch folgendes bekundet:

„Wenn er nach 1933 der SA beitrug, so geschah dies aufgrund des Druckes, der vom Staat auf die in Ausbildung stehenden Referendare ausgeübt wurde. Bei seiner Entscheidung für die Reiter-SA war sein starkes sportliches Interesse maßgebend.“

Die durch diese und weitere Belege nachgewiesene grundsätzliche politische Einstellung dürfte auch für die Beurteilung der formellen Daten des Fragebogens durch die Spruchkammer wesentlich sein, dazu auch die Tatsache, daß die Aufnahme in die NSDAP automatisch ohne eigenen Antrag erfolgte (vgl. eidesstattliche Versicherung des Betriebsratsvorsitzenden Friedrich von der Mühlen, Anlage c) des Antrages vom 17. 7.)

2. In der Begründung zu dem Spruch wird erwähnt, daß ich Gegner der Bewegung unterstützt habe. In der nachfolgend nochmals im Auszug wiedergegebenen eidesstattlichen Erklärung des Herrn G. Remszhard, Frankfurt, wird dazu folgendes bekundet:

„In den kritischen Wochen nach der Machtergreifung des Faschismus hat Herr Dr. Vaubel mich vor der Verfolgung der Gestapo gerettet indem er mich längere Zeit in seinem Haus aufnahm und darüber hinaus noch Belastungsmaterial (politische, wissenschaftliche und künstlerische Literatur u. dergl.) an sicherem Ort verbarg. Später hat er mit Rat und Tat einem gefährdeten Studenten zur Flucht ins Ausland geholfen und mir die von diesem im Ausland (USA) besorgten antifaschistischen Schriften vermittelt.“

3. Wenn ich damit bereits aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet habe, so gilt dies in weit stärkerem Maß für die entscheidende Unterstützung, die ich während meiner Tätigkeit als Verbindungsmann zu der Allgemeinen Kunstzijde Unie N.V., Arnhem/Holland, während der Kriegsjahre zahlreichen von den deutschen Besatzungsbehörden an Leib und Leben bedrohten nationalbewußten Holländern gewähren konnte. Vor allem die Tatsache, daß es mir gelungen ist, in einer äußerst kritischen Situation während des holländischen Generalstreiks 1943 unter vollem Einsatz der eigenen Person die Erschießung von 12 Arbeitern und Angestellten der Aku (Gewerkschaftsfunktionäre und von den deutschen Behörden z.T. seit langem listenmäßig erfaßte Angehörige der Widerstandsbewegung) durch die SS zu verhindern, wird von mir als entscheidender Entlastungsgrund angesehen. Frl. Weber, meine damalige inzwischen ausgeschiedene Sekretärin, hat darüber in ihrer eidesstattlichen Erklärung folgendes ausgesagt:

Als im Mai 1943 von der Aku-Belegschaft 13 [sic!] Personen wegen Beteiligung am Generalstreik verhaftet wurden, erreichte Herr Dr. Vaubel durch sein energisches Eingreifen deren sofortige Befreiung. Ohne sein Zutun wären alle diese Leute, genau wie die übrigen Streikteilnehmer anderer Belegschaften mit Sicherheit standrechtlich erschossen worden, da gewisse militärische Kreise Wert darauf legten, gerade bei den bedeutendsten holländischen Unternehmen ein drastisches Beispiel zu statuieren. Herr Dr. Vaubel zog sich damals durch seine Handlungsweise die heftigsten Vorwürfe des deutschen Abwehroffiziers zu. Tatsächlich gehörte zu einem derartigen Vorgehen schon eine Portion Mut – ich selbst war Zeuge einer Unterredung, in deren Verlauf der Abwehroffi-

zier wörtlich drohte, daß, „wenn bei der Aku einmal Waffen gefunden werden sollten, Herr Dr. Vaubel mit an die Wand gestellt würde.“

Am Tage nach der Befreiung der 12 Leute sind in Arnheim die damals gleichzeitig verhafteten 14 Angehörige anderer großer Arnheimer Betriebe nach Aburteilung durch ein Standgericht erschossen worden. Eine Delegation aus dem Betrieb hat mir daraufhin den Dank der gesamten holländischen Belegschaft für mein erfolgreiches Eintreten für die bedrohten Kameraden ausgesprochen.

Der Vorgang ist von dem maßgeblichen Vertreter der Aku, dem stellvertretenden Vorstandsmitglied Jhr. J. H. van den Bosch in einem Schreiben an Cpt. Varda, Militärregierung Aschaffenburg vom 25. 4. 1946 – also noch zu Beginn dieses Jahres – wie folgt bestätigt worden:

„Ich bitte Sie daher, Herrn Dr. Vaubel zu sagen, daß falls er einem Verhör unterworfen wird, er uns stets als Zeugen zu seinen Gunsten benennen kann. Da er während des Streiks im April 1943 ca. 12 Leute unserer holländischen Gesellschaft vor dem Tode bewahrte, mit großen Schwierigkeiten die Herren van Schaik und Nolet aus der Haft befreite usw. werden wir seinen Richtern dieses Zeugnis abgeben, falls wir darum ersucht werden.“

Auf Ersuchen der Spruchkammer wird die heutige Leitung der Aku jederzeit die Richtigkeit meiner Angaben nochmals ausführlich bestätigen.

Der in dem Schreiben der Aku vom 25. 4. erwähnte Herr van Schaik war der damalige holländische Generaldirektor der Aku-Betriebe (über 5.000 Arbeiter und Angestellte), der aufgrund seiner Verbindung zur Widerstandsbewegung nach der Besetzung Hollands durch die Engländer zum holländischen Verkehrsminister berufen worden ist. Er war vom SD aus dem Zug heraus wegen angeblicher Widersetzlichkeit verhaftet und durch mehrere Gefängnisse schließlich in das Zentral-SS-Gefängnis nach Scheveningen gebracht und dort in Dunkelhaft mit einem jüdischen Holländer gehalten worden. Seine Befreiung erfolgte unter dramatischen Umständen und nach Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten gegenüber den beteiligten SS- und SD-Dienststellen. Auch dazu kann auf Ersuchen der Spruchkammer weiteres Beweismaterial erbracht werden.

Herr Nolet, für den ich seinerzeit ebenfalls die Befreiung aus der Geiselhaft erwirken konnte, war der Leiter des Zweigwerkes Ede. Seine Verhaftung als Geisel war formell aufgrund seiner hervorragenden Stellung als Betriebsleiter erfolgt. In Wirklichkeit war der maßgebliche SS-Sturmführer darum bemüht, ein von Herrn Nolet von seinem Vater ererbtes Geschäft einer Geliebten zuzuwenden. In mühsamen Verhandlungen gelang es mir damals, die Befreiung des Herrn Nolet durchzusetzen und auch die übrigen Absichten des erwähnten SS-Führers zu durchkreuzen. Herr Nolet hat in seinem Schreiben vom 12. 5. 1942 seine Dankbarkeit wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Am vergangenen Montag versuchte ich Ihnen nochmals persönlich aufs herzlichste Dank zu sagen für alles, was Sie in der vergangenen Woche für mich und nicht zu mindesten für meine Familie getan haben ... Namens meiner Frau, die so gern Ihre Bekanntschaft machen wollte, möchte ich Sie gern einladen, einen Samstag oder Sonntag Mittag und Abend unser Gast zu sein und dazu nach Ede zu kommen. Es wäre uns eine Freude, Sie in unserem Haus begrüßen zu dürfen.“

Die Einladung zu einem Wochenende in einer holländischen Familie war unter den damaligen Umständen gegenüber einem Deutschen seitens eines nationalbewußten Holländers eine ungewöhnliche Dankesäußerung.

In meiner Eingabe vom 17. 7. habe ich bereits ein Schreiben des ersten Direktors der Hollandsche Kunstzijde Industrie Breda vom 29. 8. 1942 überreicht, in dem Herr Stulemeijer sich für meine Unterstützung bei der Entlassung des Herrn Povel, des Betriebsleiters der Kunstseidefabrik Breda, besonders bedankt.

Zahlreiche damals verhaftete Geiseln sind von der deutschen Besatzungsbehörde später erschossen worden.

In der eidesstattlichen Erklärung von Frl. Weber vom 10. 7. sind noch andere Fälle der Unterstützung holländischer Gegner des Nationalsozialismus erwähnt. Es ist selbstverständlich, daß die vorstehende Darstellung sich nur auf einige markante Fälle beschränken konnte. Die Wertschätzung, die ich mir in Holland während der Kriegsjahre unter schwierigsten Umständen aufgrund meiner Gesamthaltung erworben habe, wird durch folgende Äußerung belegt:

„Sie sind als Freund hier ein- und ausgegangen und ich hoffe, daß Sie davon überzeugt sind, daß es nur in Ihrem persönlichen Interesse war, als Herr van Schaik ihnen diesen Morgen den Rat gab, wieder abzureisen und daß wir Sie bestimmt nicht gern los sein wollten. Sie haben in diesen Jahren viele kleine und große mehr oder weniger schwere Momente mit uns verlebt und ich habe immer so sehr bei Ihnen geschätzt, daß Sie für uns so viel Verständnis hatten... Wenn Sie auch nicht persönlich hier sein können, glauben Sie mir, daß hier in unserem kleinen Kreis fortwährend sehr liebevoll über Sie gesprochen wird. Besser wie Herr van Schaik es diesen Morgen sagte, was Sie ihm und uns gewesen sind, in diesen Jahren, kann ich es doch nicht. Sie sollen nur wissen, daß Sie mit diesem Abschied hier nicht vergessen werden... Wenn wir das, was uns noch bevorsteht, alle gut und gesund überstanden haben, dann hoffe ich, daß Sie sich bald erinnern werden, wie sehr wir uns darüber freuen werden, Sie hier als unseren Gast zu empfangen. Sie waren immer unser Freund.“

Der Brief, aus dem diese Zeilen entnommen sind, wurde am 5. 9. 1944, am Tage meiner letzten Abreise aus Holland von der späteren Chefsekretärin des vorhin erwähnten Direktors und späteren Ministers van Schaik geschrieben.

Aus der eidesstattlichen Erklärung von Frl. Weber füge ich dazu noch folgende Sätze an:

„Durch sein mutiges und gerechtes Vorgehen erwarb sich Herr Dr. Vaubel offensichtlich das Mißfallen der meisten deutschen Wehrmachtsdienststellen sowie maßgebender Parteikreise... Infolge seiner sachlichen und unparteiischen Haltung hatte er mancherlei Anfechtungen und Schwierigkeiten durchzustehen. Bestimmt wäre es für ihn einfacher gewesen, sich vorbehaltlos dem Standpunkt der deutschen Stellen anzuschließen, wie man es von ihm erwartete. Auch wurde ihm übel genommen, daß er trotz seiner formellen Zugehörigkeit zur Partei weder das Parteiabzeichen trug oder mit dem Hitler-Gruß grüßte, noch den wiederholten persönlichen Aufforderungen des Leiters der Ortsgruppe Arnhem, die Parteiversammlungen zu besuchen, nachkam oder sich in sonstiger Weise politisch betätigte, worauf gerade in den besetzten Gebieten besonderer Wert gelegt wurde.“

4. Ich habe mich im vorstehenden darauf beschränkt, nochmals die wesentlichsten Punkte herauszuheben, die meiner Ansicht nach für die Beurteilung meiner politischen Haltung und die daraus zu ziehenden Folgerungen für die Festsetzung der Sühne maßgebend sein müssen. Insbesondere glaube ich, daß das von mir vorgelegte Entlastungsmaterial so überzeugend ist, daß die Festsetzung des höchsten m.W. von der Spruchkammer Obernburg bisher für Mitläufer ausgesprochenen Sühnebetrages von RM 6.000,- dadurch nicht gerechtfertigt erscheint. Auch unter Berücksichtigung meines Einkom-

mens, das ich ausschließlich meinen tatsächlichen Leistungen verdanke, habe ich die Höhe der Sühne im Vergleich zur sonstigen Spruchkammerpraxis der Spruchkammer Obernburg als nicht gerechtfertigt empfunden.

5. Zur Rechtslage weise ich darauf hin, daß die Bestimmung der 6. Durchführungsverordnung zum Befreiungsgesetz, wonach der Beitrag der Mitläufer auf höchstens RM 2.000, – festzusetzen ist, bisher unverändert in Kraft geblieben ist. Jedenfalls ist seitens des Ministeriums für politische Befreiung eine anders lautende Verlautbarung bisher nicht ergangen. Die Bestimmung des § 1 der 6. Durchführungsverordnung hat demnach noch Gesetzeskraft und wird sonst allgemein weiter gehandhabt. Eine Mehrbelastung aufgrund etwaiger interner Richtlinien aus neuerer Zeit ist formal solange nicht möglich, als nicht eine ordnungsgemäße Änderung der bisherigen Bestimmungen durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Sonderministers stattgefunden hat. Sie würde im übrigen eine offensichtliche Benachteiligung derjenigen bedeuten, über deren Anträge erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden worden ist. Auch für Außenstehende ist der Grund einer solchen finanziellen Mehrbelastung nicht erkennbar und muß zu ungerechtfertigten Schlüssen über die politische Belastung des Betroffenen führen.

Abkürzungen

Aku	Algemeene Kunstzijde Unie N.V.
AR	Aufsichtsrat
BayWa	Bayerische Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften AG München
BBC	British Broadcasting Corporation
BWM	Bundeswirtschaftsministerium
CTO	Central Textile Office (Dienststelle der amerikanischen Militärregierung in Heidelberg)
Corp.	Corporation, Gesellschaft des amerikanischen Rechts
Custodian	Treuhänder im Rahmen der Property Control
DP	Displaced Person
FZ	Frankfurter Zeitung
GC	Glanzstoff-Courtaulds GmbH
IG	IG Farbenindustrie AG
IHK	Industrie- und Handelskammer
Ir.	Ingenieur (Bezeichnung für akademisch gebildete Ingenieure in Holland)
JCS	Joint Chiefs of Staff
JEIA	Joint Export-Import Agency (Frankfurt/M.)
Jhr.	Jonkheer (Holländischer Adelstitel)
Kord	Kordgarn, Kordzwirn, mehrfach gezwirnte Chemiefasergarne für technische Verwendungszwecke (z.B. Einlage in Autoreifen)
KVB	Kunstseideverkaufsbüro GmbH, Berlin
KZ	Konzentrationslager
MP	Military Police
Mr.	Meester, Bezeichnung für den akademisch gebildeten Juristen in Holland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U.S.)
PG	Parteigenosse (Mitglied der NSDAP)
Property Control	Kontrolle und Beschlagnahme des Vermögens von Institutionen und Personen aufgrund von Gesetzen der Militärregierung
RM	Reichsmark
RT	Chemiefasergarn für Verwendung in Autoreifen und für andere technische Zwecke
RWM	Reichswirtschaftsministerium
Schwarza	Thüringische Zellwollefabrik GmbH Schwarza
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
Treuarbeit	Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft Berlin
USFET	United States Forces, European Theater
VGF	Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG Wuppertal

Quellenhinweis

Neben den Originalkladden wurden Notizen des Verfassers aus seiner beruflichen Tätigkeit in den Jahren 1945 bis 1949 sowie einige andere das Geschehen unmittelbar betreffende Unterlagen aus dieser Zeit bei der Wiedergabe folgender Eintragungen verwendet bzw. mitverwendet:

9., 11., 12., 20., 24., 25., 26., 29., 30. Mai 1945 – 1., 8., 9., 12., 15., 20., 22., 26., 30. Juni 1945
5., 9., 10., 14., 17., 18., 20., 21., 23., 24. Juli 1945 – 25. 7.–13. 8. 1945; 21., 28., 29. August 1945
6., 10., 12., 16. September 1945 – 21. 9.–31. 12. 1945 – 4. 1., 14. 1., 25. 2., 2. 5., 6. 5., 23. 5., 7. 6.,
26. 6., 29. 6., 25. 7., 5. 9. 1946 – 6. 2., 25. 4., 6. 9., 27. 11. 1947.

Aus der Erinnerung des Verfassers ergänzt sind die Eintragungen zum 18. 5., 23. 7., 16. 8. und 24. 12. 1945 sowie 25. 2., 11. 3., 23. 5., 26. 6. und 5. 9. 1946.

Ebenfalls ganz oder teilweise auf der Erinnerung beruht der Inhalt der folgenden Anmerkungen:

Nr. 14, 15, 18, 21, 22, 25, 26, 27, 30, 31, 32, 38, 44, 45, 47, 56, 67, 68, 71, 72, 97, 99, 101, 103, 112, 114, 126, 133, 138, 142, 143, 145, 149, 151, 160, 166, 168, 172, 182, 191, 192, 195, 240.

Die Originalkladden der Tagebücher und die Kopien aller aus dem Archiv der Enka AG Wuppertal und dem persönlichen Besitz des Verfassers benutzten Unterlagen sind im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München hinterlegt.

Personenregister

Abs, Hermann Josef 12, 18, 120, 133, 138,
139, 146, 159, 161, 172, 174, 189, 190, 204,
209, 220, 221, 225, 234, 244, 253, 264

Acherath 198

Adelung, Bernhard 293

Adelung, Hans 293

Agartz, Viktor 110, 119, 218

Allen 253, 255, 256, 257

Amon, Emeran 244

Anderson, Sir John 30

Aretz, Werner 35, 39, 41, 42, 82, 85, 93, 95,
161, 162, 164, 165, 206, 215, 226, 238, 283

Arnold, Karl 263

Auffarth (OLG-Präsident) 141

Bach, Johann Sebastian 182

Bacon, Francis 137, 140

Balke, Siegfried 105, 217

Bartsch, Johannes 130, 289

Bauer 86

Baumert, Kurt 289

Baumgürtel, Bernhard 78, 223

Bavink, Bernhard 118, 126, 157, 187, 190,
220, 226

Beethoven, Ludwig van 164, 197

Behn, Paul 289

Bender 58

Benrath, Carl 254

Berlin 253

Berndt, Erich 120, 121, 122, 123, 128, 129,
130, 220

Berndt, Franz 289

Bernhardt 167

Berrer, Mannhard 199

Bevin, Ernest 151

Blücher, Franz 165

Blüthgen, Fritz 129, 173, 221, 228, 254, 255

Bocher (Lt.) 58

Böhm, Franz 198, 232

Börner, Christian 41, 208, 267, 268, 269,
270, 274

Bona, Walter 267, 268, 269, 274, 282

- Bosch, Jhr. J. M. van den 71, 84, 213, 294, 296
 Brainsbury, J. B. 173
 Breker, Arno 168
 Brötz, August 44, 45, 46, 58, 209, 274, 275, 281
 Bronson 262
 Brünne 287
 Bruyn, de 256
 Burkhardt, Carl 168

 Carp, Werner 40, 50, 146, 172, 207, 244
 Chilian, Erich 231
 Churchill, Sir Winston 33, 35, 39, 45, 152, 207
 Clay, Lucius D. 67, 161, 216, 221, 223
 Clostermann, Werner 224, 255
 Cohorn, Oscar von 223

 Daniels, Jaques 151, 172, 179, 224
 David 255
 Davis, Francis Thomas 70, 78, 213
 Degas, Edgar 190
 Dewey, Thomas Edmund 173
 Dietrich, Hermann Robert 77
 Dietz 198
 Diewald 231
 Dilger 182
 Dönitz, Karl 32
 Draper, William H. 206
 Duden, Konrad 188, 198, 230
 Dürer, Albrecht 66
 Dulles, John Foster 173
 Dumic, Joe 45, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 57, 58, 59, 78, 83, 282, 292
 Dyck, Anthonis van 141

 Ebbrecht 279
 Ebert, Alfred 225
 Ebert, Ernst 285, 286
 Eccius 130
 Eichelsbacher, Peter 274
 Eisenhower, Dwight D. 39, 51
 Eissner 32, 33, 34
 Elfers 193
 Engel, von 233
 Ensslin, Kurt 77, 78, 79, 99, 100, 118, 165, 196, 213

 Erfurt, Fritz 231
 Erhard, Ludwig 74, 203, 213, 230, 252
 Esser, Otto 93, 200, 216
 Essex, Robert Deveren Earl of 140

 Fäth, Josef 59, 85, 93
 Fecher, Anton 274
 Fentener van Vlissingen, Frederik Hendrik 40, 50, 58, 133, 183, 189, 190, 207, 208, 210, 213, 216, 233, 256, 260, 261, 262
 Fentener van Vlissingen, Jan 233, 262
 Ferguson, G. S. 231
 Fischer, Daniel 210
 François-Poncet, André 193
 Frank (Gen.) 48
 Fremerey, Gustav 231
 Friedman (Lt.) 55
 Friedrich, Alfred 92
 Friedrich, Caspar David 170
 Fritsch, Willy 166, 226
 Frowein, Kurt 69, 71, 78, 119, 125, 212, 251
 Fuhr, Xaver 159
 Funcke, Julius C. 43, 44, 45, 46, 48, 53, 54, 55, 57, 58, 60, 65, 75, 79, 82, 83, 84, 112, 113, 114, 126, 141, 147, 148, 154, 158, 169, 172, 176, 178, 181, 182, 186, 188, 191, 192, 193, 194, 195, 200, 202, 203, 206, 209, 210, 218, 225, 238, 278, 279, 281, 282, 283, 292
 Funk, Walther 260, 261

 Gage, H. L. 121, 210
 Gammert, Walter 47, 56, 65, 74, 76, 85, 210, 216, 278
 Garcia (Lt.) 45, 46, 52, 282, 283
 Gaulle, Charles de 143
 Geiler, Karl 133, 137, 138, 141, 221, 233
 Geissler, Karl 72, 213
 Ginkel 119, 120
 Glasenapp, Helmuth von 8
 Glatzel, Gunther 267, 274
 Goebbels, Joseph 34
 Göring, Emmy 129
 Göring, Hermann 30, 129, 221, 260, 261
 Goethe, Johann Wolfgang von 32, 148
 Goldner, Ralph H. 236, 261
 Gorki, Maxim 158
 Graf 266
 Grainer 152

Grünhaupt, Werner 130, 131
 Grumbach, Hildegard 269
 Gryphius, Andreas 79
 Güttges 239
 Gutenstein, Fritz 293

Haas 45
 Habel 197, 231
 Hain, Osmund 274
 Halbig, Bruno 182, 184, 268
 Halewijn, Arie van 133, 138, 139, 146, 184,
 189, 190, 193, 194, 225, 226
 Hanschke, Carl 282
 Harle (Major) 282
 Hartmann (Col.) 41
 Hartmann 51
 Hassell, Ulrich von 157
 Hayek, Friedrich A. von 132
 Hembry (Col.) 204
 Henckell, Stefan Karl 207, 244
 Henrich, Lothar 160, 199, 226, 279
 Hepding, Hugo 295
 Hilger, Heinrich 100, 217
 Hillen, Ph. A. M. 198, 231
 Himmler, Heinrich 30
 Hitler, Adolf 11, 34, 64, 82, 88, 89, 90, 101,
 114, 185
 Hollaender 121
 Holters, Rosemarie 33, 39, 41, 45, 59, 97,
 148, 186, 206
 Hüchtebrock 55, 210
 Humburg, Hans Georg 115, 129, 218, 219,
 289
 Illert 33, 34
 Isele, Walter 129, 130, 135, 140, 141, 142, 177
 Jaeger (Capt.) 83
 Jansma, K. 242
 Janssen, Hermann 85, 194, 231
 Jodl, Alfred 30
 Jordan, Hans 229
 Jordan, Pascal 190, 231
 Jung, Clemens 72, 73, 99, 213, 268, 269,
 270
 Kaisen, Wilhelm 194
 Kaiser, Jakob 146
 Kalsbach, Werner 128, 129, 141

Kamphuisen, Pieter Wilhelmus 133, 138,
 172, 216
 Kappus, Georg 126, 128, 129, 130, 139
 Kassner, Walter 128
 Kayser, Hans Herwarth 183, 186, 230
 Kehrl, Hans 211, 260
 Kiefer, Erich 149, 150
 Kind, Otto 121, 220
 Kirby (Col.) 228
 Kirchner, Rudolf 154, 159, 179
 Klee, Paul 159
 Klefisch, Theodor 128, 129, 130, 134, 135,
 141
 Klein 131
 Kleine, Johannes 154, 188, 225
 Klompé, Hilde 147, 155, 197, 223
 Klompé, Margaretha A. M. 223
 Knef, Hildegard 166
 Koch, Harald 127
 Koecke, Oskar 128, 129, 130, 220, 221
 Kogon, Eugen 152
 Koppel, John Patrick 173, 180
 Korsten, Albert 39, 71, 151, 186, 207
 Kothe, Minnie 155, 225
 Krüger 279
 Lante, Georg 50, 54, 56, 209
 Larose 53
 Lelij, Jr. Th. 188, 189, 231
 Lemmer, Ernst 146
 Lenk, Josef 93, 94
 Lewinski, Erich 123, 128, 130, 142
 Lewis (Col.) 55, 56
 Lieser, Theodor 45, 91, 112
 Lindner, Fritz 274
 Lippmann, Walter 145
 Logan, Ben H. 12, 45, 51, 54, 55, 58, 59, 60,
 237, 281, 282, 283, 284, 293
 Magnus 198, 232
 Mann, Thomas 148, 196, 197
 Marc, Franz 196
 Marle (Major) 43
 Marrée, Hans von 170
 Mataré, Ewald 196
 Martin, James 236, 260
 May, Karl 103
 McCaslin, J. F. 285

- McCloy, John Jay 233
 Meerburg, Lendert H. 211
 Mellor (Capt.) 59
 Mengerlinghausen, Ernst 49, 206, 269
 Mertens 121, 220
 Merton, Richard 172
 Meyer 165
 Meyerling 74, 81, 214
 Meynen, Johannes 121, 133, 138, 151, 159,
 167, 172, 179, 180, 193, 204, 224, 231, 236,
 262, 264
 Michaeli, Curt 39, 207
 Moewes, Emil 187, 201, 212, 231, 255, 256
 Molotow, Wjatscheslaw 155
 Momm, Theodor 244
 Montgomery, Bernhard Law 39
 Moog, Karl 193, 231
 Morgenthau, Henry 45
 Mühlen, Friedrich von der 295
 Mueller, Rudolf 110, 113, 124, 126, 128, 133,
 135, 137, 141, 152, 153, 161, 165, 180, 183,
 184, 189, 197, 198, 201, 214, 218, 220, 230,
 231, 236, 257, 261
 Müller 282, 283
 Muthesius, Volkmar 192, 199, 231

 Neuendorf 181
 Ney, Elly 197
 Nietzsche, Friedrich 90
 Nissen, Stig 197, 231
 Nolde, Emil 179, 196
 Nolet, H. 294, 296

 Odrich, Walter 160, 169, 226, 294
 Ophüls (Major) 42
 Ortega y Gasset, José 66

 Papen, Franz von 104
 Pentzlin, Heinz 194
 Pfeiffer, Anton 215
 Picasso, Pablo 159
 Pieper, Ernst 58, 211, 282
 Planck, Max 157, 163
 Popper, Siegfried 293
 Povel 297
 Raemisch, Erich 123, 198, 207, 208, 220
 Raffael 170
 Rathert, Hermann 19, 21, 22, 24, 25, 26,
 27, 28, 31, 32, 33, 34, 35, 39, 41, 43, 44, 47,
 49, 50, 52, 54, 106, 144, 149, 184, 206, 225,
 236, 239, 244, 252, 267, 268, 269, 272, 274,
 275, 291
 Rattenhuber, Ernst 47, 48, 56, 209
 Rawlings, Marjorie Kinnan 190
 Read (Lt. Col.) 283
 Reemtsma, Philipp 244
 Reimann, Erich 40, 82, 113, 115, 116, 120,
 121, 122, 125, 126, 128, 129, 130, 142, 207,
 218, 219, 221, 226, 228, 237, 289, 290, 291
 Reiss, Anton 51, 55, 209
 Rembrandt 141
 Remszhard, Godo 84, 85, 87, 133, 138, 153,
 179, 215, 295
 Reuss 85
 Ribbentrop, Joachim von 207, 260, 261
 Risse, Roland 233
 Ritzauer, Carl 19, 22, 28, 35, 50, 57, 70, 115,
 117, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130,
 140, 144, 150, 180, 202, 210, 219, 220, 222,
 239, 244, 253, 274, 291, 292
 Robinson (Col.) 48
 Röhm 45
 Roosevelt, Franklin D. 114, 207
 Rothrock (Col.) 58
 Rowohlt, Ernst 189
 Rubens, Peter Paul 141

 Saltzmann, Charles E. 180
 Sardemann, Werner 186, 230
 Schacht, Hjalmar 260, 261
 Schäfer, Karl 274
 Schäffer, Fritz 54, 209
 Schaik, Stephanus van 12, 71, 151, 172, 213,
 223, 224, 227, 294, 296, 297
 Schellenberger 279
 Scherer 171
 Scherf, Heinz 120, 126, 198
 Schieck, Karl 160, 226
 Schirmer 125
 Schlaeger 253, 255, 256
 Schlange-Schöningen, Hans 212
 Schleyer, Hanns Martin 14, 216
 Schlipp 289
 Schlüter, Erich 206, 207
 Schmekel, Karl 13, 19, 22, 28, 32, 35, 39, 43,
 48, 50, 59, 70, 74, 82, 84, 88, 92, 122, 123,

- 125, 126, 139, 151, 152, 161, 162, 168, 169,
182, 186, 189, 198, 205, 208, 210, 213, 215,
226, 229, 236, 237, 239, 244, 248, 253,
260, 266, 274, 278, 280, 291, 292
- Schmid, Carlo 63
- Schmidt 256
- Schmitt, Heinrich 214, 215
- Schmitt, Karl 221
- Schröder, Kurt Freiherr von 244
- Schütte, Ehrenfried 197, 231
- Schukow, Grigori 39
- Schulenburg, Ursula Gräfin von der 157,
225
- Schwesinger, Wilhelm 26, 31, 269
- Seidel, Stephan 180, 229
- Selbert, Elisabeth 115, 128, 129, 141, 220
- Semler, Johannes 152, 224
- Sinz, Johannes 231
- Söhnker, Hans 166, 226
- Speer, Albert 82
- Spengler, Oswald 157
- Stalin, Josef 30, 34, 35, 39, 45, 77, 114
- Stappert, Albert 173, 192, 195, 228
- Stegerwald, Adam 54, 210
- Stein, Erwin 198
- Stepf, Helmut 268, 274
- Sternberger, Dolf 73, 262
- Stöckly, Joseph 188, 189, 231
- Strauß, Walter 113, 198, 218, 232
- Strawinsky, Igor 66
- Street, G. N. 58
- Stremme, Ludwig 178, 229
- Strube, Jens 21, 22, 28, 205, 209
- Strunk 279
- Stulemeyer, Charles 297
- Taylor, J. I. 113, 114, 218
- Thiesing 266
- Thoma, Hans 170
- Tito, Josip 173
- Truman, Harry S. 34, 35, 39, 45, 179, 207
- Turgenjew, Iwan 84, 150
- Ulrich, Luise 51, 150, 210
- Vad 282
- Varda, John P. 35, 42, 44, 70, 84, 152, 165,
206, 224, 238, 293, 296
- Veith, Hans Joachim 231
- Vits, Ernst Hellmut 12, 14, 15, 18, 22, 28, 39,
40, 41, 43, 58, 66, 69, 70, 74, 78, 82, 84, 86,
92, 93, 102, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125,
133, 138, 139, 141, 146, 150, 151, 155, 159,
164, 165, 167, 176, 180, 182, 183, 186, 187,
188, 189, 193, 195, 199, 200, 204, 206, 207,
208, 209, 213, 216, 217, 221, 222, 223, 225,
226, 227, 228, 229, 230, 231, 233, 234, 235,
236, 238, 239, 244, 247, 253, 256, 262,
264, 265, 266, 274
- Vlissingen, van s. Fentener van Vlissingen
- Vogt, Karl 123, 129, 130, 220
- Wagner, Richard 90
- Wahl, Eduard 194, 231
- Waldmüller, Ferdinand Georg 170
- Walter, Bruno 41, 42, 50, 93, 208, 216, 255,
282
- Weber, Alfred 157, 160
- Weber, Grete 295, 297
- Wegner, Gustav 100, 150, 155, 193, 200,
217
- Weissner, Gerd 179, 186, 230, 231
- Weitzel, Heinz 82, 85, 113, 120, 124, 133,
139, 179, 184, 197, 198, 214, 220, 230, 231
- Wesenfeld, Paul 244
- Wesner, Josef 32, 44, 74, 205, 274, 275, 278
- Wichinsky 31
- Wicht, Wolfgang 155, 225
- Windisch, Hans 11, 88, 89, 215
- Wittert van Hoogland, Jhr. E. B. F. R. G.
97, 118, 120, 121, 124, 133, 138, 153, 159, 211,
216, 226
- Wittgen, von (Major) 23, 24
- Wohlthat, Helmuth Ch. 172
- Wolff, Charles 158
- Würdinger, Hans 232
- Wurster, Karl 54
- Wyschinskij, Andrej 232
- Zahn, Michael 140, 221
- Zehrer, Hans 8, 183, 186, 187, 189, 230
- Zempelín, Hans Günther 15, 204
- Zinn, Georg August 219
- Zöller 36
- Zuckmayer, Carl 185